Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz S. 2



Arbeiterkampf

Jg. 17, Nr. 288, 16. 11. 87 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 5 DM C 21734 E

Hafenstraße

Nach sechs Jahren die Zuspitzung. Der Hamburger Senat will den Konflikt endgültig lösen, ohne echte Zugeständnisse zu machen. TAZ und andere basteln jedoch an der Legende vom Opfer Dohnanyi und der Schuld der autonomen „Hardliner" Seite 3

Falsche Schüsse und falsche Schlüsse

Foto: M. Stroux



Zwei Polizisten erschossen. Zwei schwer verwundet. Tatort: eine Demonstration. Was die Gralshüter des staatlichen Gewaltmonopols schon immer gewußt haben, ist endlich bewiesen: Wer Bulle sagt, schießt auch. A. Dregger entdeckte eine "Blutspur" von der RAF über J. Ditfurth bis nach Frankfurt. "Von der gezielten Regelverletzung bis zu gezielten Schüssen ist es ein weiter Weg, aber die Richtung bleibt dieselbe", schreibt R. Leicht in der "Zeit". "Ob Gewalt gegen Sachen oder Gewalt gegen Personen, ob Propaganda oder Praxis der Gewalt - für den politischen Rechtsbruch gibt es weder eine Rechtfertigung, noch Ratio, noch einen Rabatt wegen vorgeblicher Motive." So wie dies, so der allgemeine Medientenor. Er ist keineswegs neu.

Es ist eine hohe Stunde des Staates. Strategen aller Couleur sehen die Chance, den in den letzten Jahren angeschlagenen Anspruch des staatlichen Monopols auf Gewalt einmal nicht mit Knüppeln, sondern ideologisch und darüberhinaus vor allem moralisch in der Bevölkerung zu verankern, und nach der vollzogenen Integration der GRÜNEN als staatstragende Partei nun auch die radikale Linke zum Kniefall vor dem Dogma des Gewalttabus zu zwingen, indem man sie für die Schüsse verantwortlich macht. Hierin sind sich sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien einig — einschließlich der GRÜNEN.

Gegen diese Benutzung der Frankfurter Toten für die moralische und ideologische Aufrüstung der staatlichen Sicherheitspolitik sind die im Huckepackverfahren auch jetzt wieder vorgebrachten Forderungen der diversen bekannten Scharfmacher dieser Republik nach mehr und schärferen Gesetzen eher von nachgeordneter Bedeutung. Die Debatte um neue Maßnahmen erscheint im Vergleich mit früheren Debatten der Art, etwa z. Zt. des „deutschen Herbstes", eher halbherzig. Tatsächlich würde es ja auch reichen, wenn die radikale Linke demoralisiert werden könnte.

War es früher in vergleichbaren Situationen die Rolle der SPD-Linken, die radikale und militante Linke zur „Vernunft" und den Staat zur Fahndung aufzurufen, so ist diese Rolle inzwischen offenbar an den meinungsmachenden Teil der GRÜNEN und ihr engeres Klientel übergegangen. Mit der Aufforderung W. Schoppes an „die Autonomen" etwa, Zwillen und Helme zuhause zu lassen und die Gesichtsmasken herunterzureißen, mit dem Fahndungsappell der GRÜNEN Fraktion an Zimmermann, der Forderung Schily's nach entschlossenem staatlichem Handeln usw. wird seitens der GRÜNEN die Grenze von der unfreiwilligen Integration zur aktiven Teilhabe an der staatlichen Politik Innerer Sicherheit überschritten.

Fortsetzung Seite 4

Gorbatschow zum Stand der Perestroika

Die Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution

Anläßlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution bilanzierte Gorbatschow im Namen des Zentralkomitees der KPdSU die bisherige Entwicklung der Sowjetunion. — In seinen Ausführungen über die ersten Jahre des Sowjetstaates stellt Gorbatschow insbesondere die Neue Ökonomische Politik heraus, die nicht nur ein kurzfristiger Rückzug gewesen sei. In seiner Würdigung der Lage der Partei nach Lenins Tod bleibt Gorbatschow hinter höher gesteckten Erwartungen zurück: Stalins Position gegenüber der Opposition der 20er Jahre wird bestätigt, es bleibt bei der Ausgrenzung Trotzkis, allein gegenüber der „rechten" Opposition (Bucharin etc.) werden versöhnlichere Töne angeschlagen. Den Kurswechsel der KPdSU Ende der 20er Jahre betrachtet Gorbatschow als historisch unvermeidlich; die Methoden, mit denen die Kollektivierung durchgesetzt wurde, bezeichnet er als den größten Fehler. Halbherzig wie in der Kritik am „Großen Umschwung" bleibt er auch in der Analyse dessen politischer Folgen, die Hunderttausende das Leben kosteten. — Den Reformansatz unter Chruschtschow wertet Gorbatschow positiv, kritisiert aber, daß jener mit den alten stalinistischen Mechanismen weitergearbeitet habe und daher auch die Reformen gescheitert seien. Breschnews Politik wird insgesamt als eine Phase der Stagnation verurteilt. — Die „Idee der Umgestaltung" sei nicht nur eine oberflächliche Reform, sondern die Konsequenz der bisherigen Entwicklung der SU: „Die Demokratisierung der Gesellschaft ist das Herz der Umgestaltung, und davon hängen sowohl die Erfolge der Umgestaltung selbst als auch die Zukunft des Sozialismus insgesamt ab."



Darstellung und Analyse der Rede Gorbatschows auf Seite 36

Der "Schwarze Montag"

Vorboten einer tiefen Krise des Imperialismus

Am Montag, dem 19. Oktober 1987, krachte es gewaltig im Gebälk der internationalen Finanzsphäre des Kapitalismus. An jenem Tage stießen zunächst die großen, im Zuge der Lemminge dann auch die kleineren Aktienbesitzer weltweit über 600 Millionen Aktien ab und ritten die Aktienkurse in den Keller. Die erlittenen Verluste beliefen sich am „bloody monday" auf rund 1.000 Mrd. Dollar — also etwa die Höhe der Gesamtverschuldung der sogenannten „Dritten Welt" oder des westdeutschen Bruttosozialprodukts.

Die Mine wurde losgetreten an der New Yorker Wall Street, wo der Dow Jones-Index um 23% fiel und allein 520 Mrd. Dollar Wertverluste auftraten. Aufgrund der Internationalisierung der Finanzmärkte und der vollkommenen Globalisierung von Aktien-Transaktionen „dank" der modernen Computer, mit der die Spannen von Raum und Zeit überwunden wurden, erfaßte der Crash auch alle anderen Börsenplätze in der kapitalistischen Hemisphäre: Tokio, London, Frankfurt, Sydney, Hongkong usw. 35 Anleger, die alles riskiert und auch alles verloren hatten, begingen Selbstmord, zwei Börsenmakler oder „Broker" wurden von ihren Aktienkunden erschossen. Fortsetzung Seite 14

Golfkrieg — Ein Mordsgeschäft

Ein Krieg der nie zuende gehen darf

Mit 80 Kriegsschiffen demonstriert die NATO Verteidigungsbereitschaft im Golf. Das ist die umfangreichste militärische Arbeitsgemeinschaft des Bündnisses seit seiner Gründung. Selbst die kleineren Partner wie Belgien und die Niederlande zeigen mit je zwei Minensuchbooten Schulterschluß und guten Willen. Die BRD, die immer noch unter dem Handicap gewisser im deutschen Namen verübter Torheiten zu leiden hat, ist durch die Entsendung zusätzlicher Kriegsschiffe ins Mittelmeer wenigstens indirekt mit von der Partie. Es geht um höchste Güter, nämlich um die Freiheit der Meere und um die Sicherung unserer Energieversorgung. Es kann, das hat Verteidigungsbereitschaft nun einmal so an sich, bei diesem Großunternehmen Tote und Verletzte geben und hat sie ja auch schon gegeben. Eine größere kriegerische Verwicklung wird, wenn auch vielleicht nicht direkt bezweckt, so doch offen riskiert. Obwohl der Kolonialismus vordergründig schon vor zwei Jahrzehnten weltweit zusammengebrochen ist, zeigt er seine Lebendigkeit und Leistungskraft. Da kann man dann auch sieben Jahre lang einen Krieg mit riesigen Waffenlieferungen am Kochen halten und im achten Jahr provozierend seine Kriegschiffe im Golf aufmarschieren lassen, um eine Ausweitung des Krieges zu verhindern und sich als internationale Ordnungsmacht darzustellen. Die Brandstifter als Feuerwehr.

Fortsetzung Seite 24

Katyn

Während des 2. Weltkrieges wurden nahe Katyn Tausende polnischer Offiziere ermordet. Von Deutschen? Von Sowjets? Wir referieren die Fakten auf Seite 39

§ 218

Ein Bericht zum Stand der Bewegung: Verfassungsklage, ASF, DGB-Frauen, zur Grünen-Aktion „Frauen-Begehren" und den rechten Angriffen auf die soziale Indikation. Seite 16

DKP

Im Gespräch: Erasmus Schöfer, Schriftsteller und DKP-Mitglied, über Defizite der Kommunisten und die Partei als Entwurf. Seite 41

Atomwaffenverbot ins Grundgesetz

Der Eiertanz hat schon begonnen

Das Interview mit Atomminister Töpfer plätscherte bereits seit einer Stunde ohne erkennbare Höhepunkte vor sich hin, bis der Minister plötzlich die Contenance verlor. Dabei war auch diese Frage des taz-Redakteurs superhöflich, fast seicht formuliert: „Sie kennen den Vorwurf, daß die WAA den technologischen Schlüssel bietet für die Herstellung von waffentauglichem Plutonium. Sollte man nicht auch wegen dieser Möglichkeit auf das Projekt verzichten?" Der Minister schnappte nach Luft und wurde schlagartig laut: „Ich wehre mich mit größtem Nachdruck gegen die Unterstellung, daß mit der WAA die Option auf eine Waffenproduktion offengehalten wird. Wir haben in der Bundesrepublik eine funktionsfähige Demokratie, und wir haben mit dem Atomwaffensperrvertrag ein eindeutiges Wort gesprochen. Ich halte diese Unterstellung für eine Vergiftung des Klimas, die viel schlimmer ist als jede Beschäftigung mit der Kernenergie und die einen größeren Sprengstoff für die Stabilität unserer Gesellschaft beinhaltet. Wir sollten diese verdammte Verdächtigung endlich aus der Welt schaffen." (taz, 25.7.87) Daß letzteres ein Ding der Unmöglichkeit nicht sein muß, demonstrierte sechs Wochen später im Bundestag Fraktionssprecher Ebermann,

strierte sechs Wochen später im Bundestag Fraktionssprecher Ebermann,

als er den Antrag der Grünen auf Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz erläuterte: Ein vernünftiges Argument, diesem Antrag die Zustimmung zu verweigern, gäbe es — so Ebermann — nicht; es sei denn, man wolle die deutsche Atombombe eines Tages wirklich. Den mittleren Tobsuchtsanfall, den daraufhin erneut ein Minister — diesmal Genscher — vor dem Bundestag inszenierte, um das schlichte Anliegen der Grünen mit einer Schimpfwortkanonade zu überdecken („falsch", „unwahr", „böswillig"; „Zwielicht", „Mißtrauen", „Tiefschlag") dokumentierte der AK in seiner Ausgabe Nr. 286. Die identischen Reaktionen der beiden Vorzeige-Minister machen klar, daß eine breite öffentliche Debatte über die Atommachtbestrebungen der BRD ebenso unerwünscht ist wie der absolute Atomwaffenverzicht im Grundgesetz. Wie die renommierte US-Fachzeitschrift „Nuclear Fuel" am 2.11. berichtete, rechnet die Bundesregierung jedoch mit *„ziemlich viel Unterstützung"* für die Forderung nach einem grundgesetzlich festgeschriebenen Atomwaffenverzicht, falls *„die Antiatomkräfte die öffentliche Sorge über den Brennstoffkreislauf der BRD ausweiten und die Verteidigungspolitik in Bonn und Paris nicht präzise formuliert wird".* Im folgenden ein Kurzüberblick über den Stand dieser Debatte.

CDU: Falsches Signal für die Achse Bonn-Paris

CDU-MdB Lamers, zuständig für außenpolitische Fragen, gab auf die Frage nach der Haltung der Union zum Atomwaffenverzicht zwei Antworten, die sich prompt widersprachen: Zum einen sei das Anliegen als solches bereits eine Zumutung: *„dahinter steht ja der Verdacht, die Bundesrepublik würde nach eigenen Atomwaffen streben. Diese Vermutung ist absurd. Wenn die Union dieser Initiative zustimmen würde, würde sie sich diese Argumentation zu eigen machen."* Zweitens stehe, so Lamers, hinter der Initiative *„auch das grundsätzliche Nein zur atomaren Abschreckung. Für die deutsch-französische Zusammenarbeit wäre das jetzt ein völlig falsches Signal."* Beide Aussagen sind erstaunlich. Die erste Aussage basiert auf einer absurden Logik, derzufolge etwa die Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag ein Beweis für Atomwaffenambitionen und die Ablehnung der Beweis für das Gegenteil darstellt.

Der zweite Ablehnungsgrund läßt sich wiederum nur so interpretieren, daß der dauerhafte BRD-Atomwaffenverzicht für die neue deutsch-französische „Sicherheitspartnerschaft" als schädlich, das Offenhalten dieser Möglichkeit jedoch als nützlich bewertet wird.

Die Absage des CDU-Mannes an einen grundgesetzlich fixierten Atomwaffenverzicht ist in Wirklichkeit also eine Bekräftigung der Notwendigkeit desselben.

SPD-MdB Catenhusen: „Seriöse Idee"

W.D. Catenhusen ist Mitglied der „Parlamentarischen Linken" innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion. In einem Interview bezeichnete er die deutsch-französische Nuklearachse nicht als Hindernis, sondern als Grund für die Notwendigkeit des grundsätzlichen BRD-Atomwaffenverzichts. Als Vorsitzender des Bundestags-Forschungsausschusses wird Catenhusen wissen, wovon der spricht, wenn er vor einem *„steigenden Interesse in Westeuropa"* an einer *„deutschen Mitverantwortung und Mitfinanzierung einer westeuropäischen Atomstreitmacht"* warnt. Es sei — so Catenhusen — *„bei einer neuen Arbeitsteilung zwischen Europa und den USA in der nuklearen Verteidigung für Frankreich und Großbritannien sehr attraktiv, die Bundesrepublik zumindest in die nukleare Zielplanung und damit die Verantwortung für einen nuklearen Einsatz einzubeziehen."* Catenhusen bezeichnete die Forderung nach grundgesetzlichen Atomwaffenverzicht als *„eine seriöse Idee, die sorgfältig geprüft werden muß und auch in der SPD offen und unvoreingenommen diskutiert werden sollte."* Eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber würde er *„sehr begrüßen, vor allem, weil 1995 der Atomwaffensperrvertrag ausläuft und sich schon dadurch die Notwendigkeit ergeben könnte, eine grundgesetzliche Klärung der Politik der Bundesrepublik gegenüber dem Besitz von Atomwaffen herbeizuführen."* (taz, 16.10.87) Soweit die Außenseiterposition Catenhusens. Mehrheitlich fordert die SPD-Bundestagsfraktion seit März 1987 eine parteiübergreifende Europa-Initiative, um u.a. die deutsche Mitwirkung an der Einsatzplanung der französischen Atomwaffen und die Errichtung des Aufklärungssatelliten für die Zielplanung der Force de Frappe durchzusetzen. Der Koordinator der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen der französischen PS und der SPD, Egon Bahr, sieht nach eigenem Bekunden in ihrem jetzigen Atomstatus eine „Fellachisierung" der BRD. Schon 1985 plädierte er im „Spiegel" für die Errichtung einer deutsch-französischen nuklearen Planungsgruppe. Stellungnahmen dieses SPD-Spektrums zum grundgesetzlichen Atomwaffenverzicht liegen bisher nicht vor.

Grüne Partei: Aufklärungskampagne über BRD-Atommachtambitionen?

Die mehr oder weniger offene Opposition innerhalb der Grünen gegen den einseitigen Atomwaffenverzicht (vgl. AK 286) ist inzwischen weitgehend marginalisiert. Einstimmig verabschiedete der grüne Bundeshauptausschuß am 10.10.87 einen Antrag von Thomas Ebermann, dieses Thema mit einer Aufklärungskampagne zu einem Schwerpunkt grüne Politik machen zu wollen. Dem hat sich inzwischen praktisch einstimmig auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden der Grünen angeschlossen. Im Oktober veröffentlichte Ebermann eine 15-seitige Kurzdokumentation über die alten und neuen Atommachtambitionen der BRD. Anfang November beschloß die neuinstallierte grüne Kommission „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" (mit VertreterInnen aus BUVO, BHA, BAG und Fraktion) die Herausgabe einer diesbezüglichen Broschüre und die Durchführung eines gleichnamigen bundesweiten Seminars am 6./7.2.88 in Bonn.

Nun macht eine Schwalbe noch keinen Sommer und der Aktivismus eines kleinen Kreises innerhalb der Grünen noch keine Kampagne. In diversen grünen Kreisverbänden stößt die ganze Thematik dem Vernehmen nach sogar überwiegend auf Desinteresse, wobei es für ablehnende oder reservierte Stellungnahmen zwei Grundmuster gibt: Zum einen die Warnung vor weltfremdem Alarmismus über eine herbeigeredete Gefahr (Stichwort: grüne Paranoia), zum anderen die linksdrapierte Kritik an einer vorgeblichen Orientierung auf das Grundgesetz.

Ohne erhebliche Aktivitäten innerhalb der Friedensbewegung (in deren Reihen u.a. die präzise Formulierung für eine GG-Ergänzung entwickelt werden müßte) wird die Totschweigetaktik der SPD-Mehrheit die „seriöse Idee" mit großer Wahrscheinlichkeit unterbügeln.

Eine spezielle Arbeitsgruppe über die Atommachtambitionen der Bundesregierung wird sich auf der bevorstehenden Beratungskonferenz der Friedensbewegung am 28./29.11. in Bonn „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" befassen und für den außerparlamentarischen Bereich erste Festlegungen treffen.

Die o.g. Kurzdokumentation „Die alten und neuen Atommachtambitionen der BRD" ist erhältlich über Büro Ebermann, Grüne im Bundestag, Bundeshaus, 5300 Bonn 1

ms, Bonn

Kommentar des „Weser-Kurier" vom 2.9.87:

„Es geht der CSU allemal um nukleare Optionen, — für einen Alleingang oder für Kooperation mit den europäischen Atommächten. Niemand unterstellt Franz Josef Strauß, daß er, gestützt auf technologische Kompetenz oder atomare Bewaffnung, eine offensive Politik militärischen Drucks auf andere Staaten oder Gesellschaftssysteme betreiben wolle. Doch es genügt seine stete und deutlich formulierte Beharrlichkeit, von welcher Art von Atomwaffenmitsprache auch immer abzurücken, um Mißtrauen zu schaffen. Dieses Mißtrauen in der Bundesrepublik selbst, bei den Verbündeten und im Warschauer Pakt ein für allemal auszuräumen, ist denn wohl auch das Anliegen der Grünen, wenn sie den Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen im Grundgesetz verankert wissen wollen. Es mag besonders der regierenden Union suspekt erscheinen, dasjenige verbindlich festschreiben zu sollen, was ohnehin erklärtes Ziel deutscher Politik ist: Auf Gewalt im Umgang mit anderen Staaten zu verzichten. Doch auch die Wiederbewaffnung galt einst als unvorstellbar — heute besitzt die Bundeswehr Pershing IA-Raketen, wenn sich die atomaren Sprengköpfe auch in amerikanischer Verfügungsgewalt befinden. Da könnten sich vielleicht SPD und FDP, die in Abrüstungsfragen ohnehin konform gehen, schon eher mit dem Vorschlag der Grünen anfreunden. Was spricht angesichts der zur Zeit deutlichen großen Raketen-Abbau-Koalition im Bundestag eigentlich dagegen, die Grundgesetzänderung zugunsten einer atomwaffenfreien Bundesrepublik zu wagen und somit ein Zeichen zu setzen, das alle Welt begreift?"

zen, das alle Welt begreift?"

Fragen eines amerikanischen Journalisten an die Bundesregierung

Pressekonferenz am 28.10.1987
Sprecher: Schmülling, Stellvertretender Regierungssprecher

Frage: Im Bundestag haben die Grünen die Bundesregierung aufgefordert, den Besitz bzw. die Herstellung von Kernwaffen in der Bundesrepublik durch eine Grundgesetzänderung verfassungswidrig zu machen. Was ist die Position der Bundesregierung dazu?

SRS Schmülling: Es ist ja wohl jedem bekannt, daß die Bundesregierung erstens keine Kernwaffen herstellt und zweitens keine besitzt. Ich glaube, bei der Feststellung kann man es wohl belassen. Das ist doch Allgemeingut — wenn ich das einmal ganz deutlich formulieren darf.

Zusatzfrage: Aber die Bundesrepublik ist Partei des NV-Vertrages. Der NV-Vertrag hat eine Kündigungsfrist von drei Monaten. Das steht 1995 wieder zur Debatte. Allerdings gibt es verschiedene Mitglieder der Bundesregierung, die 1974 versucht haben, sich dem NV-Vertrag zu widersetzen. Wie können wir uns davon überzeugen, daß das, wovor die Grünen Angst haben, nie verwirklicht wird?

SRS Schmülling: Wir haben doch offiziell verzichtet. Ich kann mich hier jetzt wirklich nur wiederholen. Ich weiß auch nicht, ob es weiterführt, wenn wir in die Zeitgeschichte 1974 greifen oder jetzt das Jahr 1995 heraufbeschwören. Wir haben in dem Punkt eine so deutliche Position, wie sie deutlicher wohl nicht gemacht werden kann.

Frage: Mit welchem Argument würde sich Ihrer Meinung nach die Bundesregierung dem Versuch widersetzen, diesen feierlichen Verzicht in der Verfassung festzuschreiben? Das würde doch niemanden beunruhigen.

SRS Schmülling: Muß man eigentlich alles in der Verfassung festschreiben? Das halte ich nun nicht für zwingend. Das eine ist ja eine Mißtrauenserklärung gegenüber dem anderen — daß das, was nicht in der Verfassung steht, nun nicht gelten sollte. Wir haben das erklärt. Sie können sich an die Erklärungen halten. Sie bleiben auch so, wie sie erklärt worden sind, nämlich verbindlich.

Frage Lorenz: Herr Schmülling, ist es richtig, daß die Bundesrepublik, bevor es den NV-Vertrag gab, in den sogenannten Pariser Verträgen völkerrechtlich unwiderruflich auf Besitz, Produktion usw. von ABC-Waffen verzichtet hat?

SRS Schmülling: Auch da kann ich Ihnen nicht widersprechen, Herr Lorenz. Ich gehe also noch weiter in der Geschichte.

Rehabilitiert die Opfer der Moskauer Prozesse

Mehr als 50 Jahre sind seit dem Beginn der Moskauer Schauprozesse vergangen. Es ist erstaunlich, daß zu einer Zeit, in der die Regierung der UdSSR sich bemüht, ihrer Besorgnis um die „Menschenrechte" Ausdruck zu geben und die Notwendigkeit von von *glasnost* (Offenheit) betont, die Angeklagten in diesen Verfahren von wenigen Ausnahmen abgesehen immer noch der bezahlten Agententätigkeit für den Faschismus und anderer Verbrechen für schuldig gehalten werden.

Unter diesen Menschen befanden sich mehrere, die in der russischen Revolution von 1917 eine herausragende Rolle gespielt haben. Das Ansehen von Begründern des Sowjetstaates wie Sinowjew, Radek, Trotzki und Bucharin wurde besudelt, ihre Namen wurden aus den Geschichtsbüchern getilgt. Heute zweifelt niemand daran, daß die „Geständnisse", die einzige Grundlage für die Anklage, nichts mit der Wahrheit zu tun hatten. Sieben Angeklagte im dritten Prozeß, Krestinski und andere, sind sowohl juristisch rehabilitiert als auch politisch entlastet worden. (Das gilt auch für die militärischen Führer, Tuchatschewski und andere, deren Militärgerichtsverfahren 1937 durchgeführt wurde). Aber die anerkanntermaßen falschen Aussagen gegen diese Männer waren nicht zu trennen von den Anschuldigungen gegen alle anderen Angeklagten.

Natürlich lebt heute keiner der Angeklagten mehr. Viele wurden unmittelbar nach den Prozessen hingerichtet. Andere kamen im Gefängnis oder im Lager ums Leben. Leo Trotzki, der Hauptangeklagte in allen drei Prozessen, wurde 1940 im Exil ermordet. Jedoch leben die Familien einiger der Angeklagten noch in der Sowjetunion. Manche von ihnen wurden ebenfalls eingesperrt oder des Landes verwiesen. Es lohnt sich, daran zu erinnern, daß eine Überprüfung all dieser Fälle von Chruschtschow zugesagt, dieses Versprechen aber nicht gehalten wurde.

Wir Unterzeichner fordern deshalb die Regierung der UdSSR auf, die Verfahren all dieser Opfer der Rechtsbeugung in der Sowjetunion, wie das auch bei Krestinski geschah, neu aufzurollen. Wir sind überzeugt, daß dadurch die Unschuld aller Angeklagten der Prozesse von 1936-38 bestätigt werden wird. Sie müssen umgehend rehabilitiert, ihre Ehre muß wiederhergestellt werden. Ihre Familien müssen entschädigt und ihre Gräber gekennzeichnet werden.

Unterzeichner aus mehr als dreißig Staaten. U.a. Ernest Mandel, Lew Kopelew, Ken Livingstone, die Vertreter der „Charta 77" aus der CSSR, zahlreiche Parlamentsabgeordnete, in nennenswerter Zahl aus Großbritannien, Dänemark (VS), Italien (u.a. Democrazia Proletaria) und den Niederlanden. Aus der BRD haben unterschrieben:

Wolf Biermann, Prof. H. Brakemeier, Peter Brandt, Prof. Helmut Dahmer, Thomas Ebermann, Prof. Iring Fetscher, Prof. Helmut Fleischer, Petra Kelly, Prof. Leo Kofler, Jakob Moneta, Peter von Oertzen, Erich Rathfelder, Karsten Voigt, Prof. Hermann Weber, Frieder O. Wolf, Winfried Wolf.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spendenaufruf

„Ehrlich gesagt, ein gewisser Geldmangel ist bei uns genauso chronisch, wie der Weihnachtsspendenaufruf mittlerweile obligatorisch." So haben wir im letzten Jahr unseren Spendenaufruf in dieser Zeitung begründet. Das hat sich im Grundsatz nicht verändert. Und doch wollen wir an dieser Stelle nicht verschweigen (wir sind auch ein wenig stolz darauf): Unsere finanzielle Lage hat sich verbessert, die Subvention des ARBEITERKAMPF aus Spenden und Beiträgen des KB verringert. Hauptgrund: Die Preiserhöhung für den AK bei gleichzeitigem Halten der verkauften Auflage. Dafür haben wir in diesem Jahr unseren Maschinenpark erneuert und erweitert und das erstemal seit zehn Jahren wieder unsere Verlags- und Technikräume renoviert. Auch wenn wir nicht im Jammerton oder sichtbar im Gewand des Bettlers vor Euch hintreten, unsere Bitte: Tragt mit Eurer Weihnachtsspende dazu bei, den vorsichtigen Trend einer finanziellen Konsolidierung und des Subventionsabbaus für die Zeitung zu unterstützen. Wir haben nämlich den Ehrgeiz, nicht im politischen status quo zu verharren. Wir haben uns auch in diesem Jahr das Ziel gesetzt, 40.000 DM zu sammeln.

Spenden auf das *neue Konto*:
Heinrich Eckhoff, Postgiroamt Hamburg
Bankleitzahl 200 100 20
Kontonr. 4645 84-204

Aufstand im Hamburger Hafen

Hamburg in der Nacht zum 12. November: Die harte Sympathisantenszene der Hafenstraße reagierte auf die Ablehnung eines Vertrages für die Häuser am Hafenrand durch Senat und Bürgerschaft mit einer Kampfansage. Barrikaden wurden gebaut und in Brand gesteckt, einige Geschäfte überfallen und geplündert. Die Eskalation des mittlerweile sechsjährigen Konflikts war eingetreten. Nicht wenige in der weichen Unterstützerszene beklagten das Ende einer „friedlichen Lösung", die nie zur Entscheidung stand. Der Senat stürzte erneut in eine politische Krise.



Foto: H. Wojahn



Foto: H. Wojahn

Hamburg seit dem 11. November 1987, das ist eine Stadt im Belagerungszustand, mit einem „Aufstandsgebiet" im Hafen, wie autonomb Fighter gerne angeben. Das ist ein Demonstrationsverbot wegen Gefährdung der „öffentlichen Sicherheit" am 14.11., durchgesetzt von angeblich 5000 Bullen. Zahlreiche Hundertschaften Polizei aus mehreren Bundesländern sind hier zusammengezogen. Fünf Hundertschaften des Bundesgrenzschutz wurden auf Anforderung des Senats nach Hamburg verlegt, um der Stadtpolizei „*bei ihrem Einsatz zur Räumung der Hafenstraße behilflich zu sein*", wie ihr Dienstherr, Innenminister Zimmermannn süffisant über die BILD-Zeitung verbreiten ließ. Schnell kam das sozialdemokratische Dementi. Der BGS sei um Unterstützung gebeten worden, da die Hamburger Polizei „*mit den Vorgängen um die Hafenstraße überlastet ist*". Eine treffendere Beschreibung des Schlingerkurses der regierenden SPD bei der Beseitigung de Ärgernisses Hafenstraße — dieser Ansammlung aus „*Chaoten, Kriminellen, Alkoholikern und Rauschgiftsüchtigen*" (CDU-Ehlers in der Bürgerschaft am 11.11.) — ist kaum möglich. Tänzer auf dem Ei: Bürgermeister Klaus von Dohnanyi.

Hin und her

Seit vierzehn Tagen erfährt die politische Szenerie dieser Stadt Wechselbäder. 5000 demonstrierten am 31.10. für die Häuser in der Hafenstraße und unterstützten die Ablehnung von Dohnanyis „Knebelvertrag" durch die Bewohner. Die Vorbedingung für den Vertrag — Befestigungen in den Häusern bis zu diesem Tag abzubauen — wurde nicht erfüllt. Freund stöhnte, Feind jubelte, Schluß mit dem Spuk. Überraschend dann am Montag, 2.11. die unerwartete Wendung: Die Hafenstraße unterschrieb doch und entfernte demonstrativ den NATO-Stacheldraht von den Hausdächern. Freund jubelte, Feind seufzte und forderte, das reiche nicht. Mittwoch, 11.11., parlamentarisches Ringen der GAL-Opposition — und mit geballter Faust in der Tasche auch der SPD-Linken — um die beschissene Vertragslösung. Abgelehnt von Bürgerschaft und Senat. Die Hafenstraße reagierte mit einer heißen Barrikadennacht. „Friedliche Lösung" ade, so Freund und Feind. Die Staatsgewalt zögerte. Promis appellierten entsetzt an die Vernunft, die SPD war hin- und hergerissen, die FDP unglücklich, die Rechten beschworen ein Blutbad. Das Zögern nährte die Hoffnung auf eine kaum mehr erwartete „friedliche" — das meistgebrauchte Wort am Donnerstag und Freitag dieser Woche — Lösung. Die Barrikaden auf der Hafenstraße

schworen ein Blutbad. Das Zögern nährte die Hoffnung auf eine kaum mehr erwartete „friedliche" — das meistgebrauchte Wort am Donnerstag und Freitag dieser Woche — Lösung. Die Barrikaden auf der Hafenstraße

wurden an die Häuser zurückgezogen. Neue Hoffnung. Neue Verträge. Doch Innnensenator Lange erklärte am Donnerstag (12.11.): nach der Randalenacht ist Schluß, die Räumung wird vorbereitet.

Her und hin

Aber der Bürgermeister ließ am selben Abend im Regionalfernsehen verlauten: „*Wir haben nicht die Absicht, jetzt mit Gewalt in die Häuser zu gehen. Darauf können sich die Bewohner verlassen (...) Es ist nie zu spät für eine friedliche Lösung.*" Ein erneutes öffentliches Ehrenwort eines Politikers? Noch am Vortag hatte er — offenkundig Barschels gedenkend — in der Bürgerschaft versprochen: „*Aber auf jeden Fall werde ich kein Ehrenwort abgeben, das ich nicht halten kann.*" *Also hat er sich auch verkniffen, das Wort „Ehrenwort" zu sagen. Neue Hoffnung bei Freund, Verwirrung bei Feind. Nicht so beim Bürgermeister. Er sah keine Differenz zwischen seinen und Langes Worten. „Alles, was gesagt wurde, war zwischen beiden abgestimmt"*, verkündete Senatssprecher Mirow 13.11.

Der „Initiativkreis zum Erhalt der Hafenstraße" hatte für den 14.11. zur Demo aufgerufen, sie wurde verboten, das Demogebiet von BGS- und Polizeitruppen durchsetzt und die Formierung einer großen Demonstration im Keim erstickt. Doch 5000 Menschen ließen sich trotzdem nicht vom Gang zur Hafenstraße in kleinen Gruppen abhalten, um dort an einer Kundgebung teilzunehmen. Die Befürchtung, daß nach der Barrikadennacht die Bewegung in Hamburg gespalten sei, bestätigte sich nicht. Gute (Sieges-) Stimmung machte sich breit. Am selben Tag Senatssondersitzung: Aus, keine Vertragslösung. Stattdessen: Abbau der Barrikaden und Befestigungen in den Häusern, Trennung von den Militanten, erst dann könne man reden. Worüber wurde nicht gesagt.

Gradlinig

Heftige Spekulationen über den inneren Zwist in der SPD machten nach der

Gradlinig

Heftige Spekulationen über den inneren Zwist in der SPD machten nach der erneuten Zuspitzung der Auseinandersetzung die Runde. Die taz, nach eigener Einschätzung sensibler Seismograph für innere Erschütterungen in der SPD, beschwor den Machtkampf zwischen rechtem und linkem SPD-Flügel. Dohnanyi wurde zum taz-Symbol für die „friedliche Lösung".

In Wahrheit entpuppte sich die Sorge um Dohnanyi einmal mehr als Leimrute, auf den dieser Teil der Linken allzu willig kriechen mag. Die Umwertung der Werte begann mit der Erklärung der Hafenstraße zur Chefsache durch den Bürgermeister, der sich die Konfliktlösung zutraute. Der dann vorgelegte und von seiner Fraktion zurechtgestutzte Vertrag war keine Garantie für selbstbestimmtes Wohnen, wenngleich er seither immer so gehandelt wird. Er war der Versuch der Konflikbefriedung ohne substantielle Positionen aufzugeben. Denn trotz Vetragsangebots hat die SPD ihre Pläne zur Hafenrandbebauung nie zu den Akten gelegt. Die aber sehen keine selbstverwalteten Hafenstraßenhäuser vor. Das „Angebot" war ein Entradikalisierungsversuch: Hat man das Projekt erst einmal legalisiert, den Konflikt entschärft, bietet der Vertrag genügend Handhaben zum Nachstoßen in Richtung Erledigung des Problems. Dohnanyi dürfte auf solcherart scheibchenweise Beseitigung des Ärgernisses spekuliert haben. Mieteranwälte bezeichneten die in den Vertrag eingebauten Kündigungs- und kollektiven Haftungsklauseln als „sittenwidrig". Häufig ist betont worden, daß die Leute aus der Hafenstraße mit ihrer Zustimmung zur Vertragsunterzeichnung fast Selbstverleugnung betrieben hätten, was durchaus den Tatsachen entspricht. (Gemeines taz-Lob: „*Lernfähigkeit bis an den Rand des Identitätsverlustes*" — im übrigen haargenau die gleiche Charakterisierung, wie sie im Frühjahr an der Preisgabe von Positionen durch die GAL in den erfolglosen Verhandlungen mit der SPD gelobt wurde)Mehr an Vorleistungen zu verlangen, konnte nur die Forderung nach dem Kniefall sein.

Während die SPD-Linken friedenswerbend durch die linke Opportunistenszene spazieren durften, ließen die SPD-Rechten nie einen Zweifel aufkommen, aus welchem Grunde die Vertragsverhandlungen geduldet wurden: als letzter Versuch einer anderen als der polizeilichen Lösung des „Problems Hafenstraße". Immer noch sitzt nicht wenigen in der SPD die Erfahrung mit dem „Kessel" im Nacken. Wenn SPD-Fraktionschef Busse höhnisch erklärte, unter „friedlicher Lösung" verstehe er, daß die Bewohner freiwillig die Häuser verlassen, dann ist *das* der Kern der Friedensdiskussion in der heißen Woche gewesen. Und nicht das vernebelnde Interpretationsgesülze von SPD-Linken und tazlern, die im SPD-Beton das Gras wachsen hören. Die Aufforderung zur „*Abrüstung auch in den Köpfen auf allen Seiten*".

das vernebelnde Interpretationsgesülze von SPD-Linken und tazlern, die im SPD-Beton das Gras wachsen hören. Die Aufforderung zur „*Abrüstung auch in den Köpfen auf allen Seiten*",

so vier linke SPD-Vorstandsmitglieder, gehört ebenso zu den scheinbar ausgewogenen Vermittlungs-Kuriosa, wie der Auftritt des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Hajen, der auf einer Diskussion im Hafenstraßenzelt die Szene beschwor, jetzt endlich zu handeln (sprich: Befestigungen abzubauen), da Dohnanyi nicht weiter gehen könnte als bisher. Hajen muß besser als jeder andere um die Mehrheitsverhältnisse in der eigenen Partei Bescheid wissen. Mußte daher natürlich auch wissen, daß er den Leuten nichts anzubieten hatte, aber nahezu alles von ihnen verlangte. Dieses Spiel der SPD-Linken ist nicht neu, so hatte Hajen auch gegenüber der GAL agiert. Es funktioniert allerdings nur, wenn man sich auf linke Multiplikatoren verlassen kann. Bei der taz klappt das immer. Man stecke ihr eine „äußerst wichtige" („vertrauliche"!) Information. Ein eitler, geschmeichelter Redakteur findet sich immer („wie wir aus der nächsten Umgebung des Bürgermeisters erfuhren"), der prompt die neueste Desinformation in die Szene streut.

Linke Entlastung für den SPD-Senat

Natürlich hat der FR-Kommentator Karsten Plog zehnmal mehr recht, wenn er schreibt: „*In der Hamburger Bürgerschaft gibt es eine deutliche Mehrheit für eine möglichst baldige Räumung. Auch der Bürgermeister hat ja nicht gesagt, daß er letzlich dagegen ist; er möchte nur vorher alle Mittel ausschöpfen.*" Nichtsdestotrotz wollen wir deshalb nicht ausschließen, daß Dohnanyi über die Hafenstraße kippen könnte. Er hat sich dermaßen mit Haut und Haaren an eine erfolgreiche „friedliche" Lösung geklammert — die Entmischung der Leute in der Hafenstraße in Militante und gute Bewohner, die nichts weiter suchten, als eine vom Senat immer schon geförderte alternative Wohnstätte. Er hat sich öffentlich dermaßen zum Erfolg verpflichtet, daß ein Scheitern ihm schaden kann, er als unentschlossen und erfolglos gilt. Wir hören dann schon das allseitige Gejammer, daß er das Opfer der „Hardliner beider Seiten" wurde, was bei etwas Vernunft hätte vermieden werden können. Wobei selbstverständlich die Hafenstraßen-Hardliner als die eigentlich Klügeren ein wenig mehr Schuld haben könnten. Ganz im Stile des taz-Mottos, daß der Klügere nachzugeben habe. Im wahrscheinlicheren Fall, daß Dohnanyi bleibt und die Häuser geräumt werden, steht die Schuldfrage am Scheitern genauso. So werden Legenden nicht nur gebildet, sondern direkt vorbereitet.

Dabei sind die verschrienen Hardliner aus der Hafenstraße bisher allemal realistischer und illusionsloser gewesen als alle jene, die in sozialdemokratischen Flohsprüngen Riesensätze sehen wollen. Die Perspektive auf Erhalt der Häuser war sowohl im Falle von Annahme als auch Ablehnung des Dohnanyischen Vertragswerks gleich ungünstig. Dies offen und rechtzeitig zu sagen, ist leider erst sehr spät erfolgt und bald zugunsten des Starrens auf den SPD-Zwist aufgegeben worden. Jede Schuldzuweisung in Richtung Hafenstraße wird vor diesem Hintergrund absurd.

Die verständliche Sorge um eine unkontrollierte Eskalation von Gewalt und mögliche Opfer, das berechtigte Bemühen vieler Unterstützer um Vermittlung und Deeskalation, darf nicht den Blick dafür versperren, daß es nicht ein einziges Angebot gegeben hat, das den Leuten in der Hafenstraße eine Zukunft geboten hätte. Die Vorbereitung der militanten Verteidigung der Häuser mag man zwar als politisch unvernünftig betrachten, weil sie nicht zu halten sind (folgt man dem Kriterium, würde es die Häuser bereits nicht mehr geben), doch liegt sie in der Logik des gesamten Verlaufs im Konflikt um die Hafenstraße.

hr.

Grüne Distanzierungen

Grüne Distanzierungen

Sie hatten sich vermutlich große Wirkung versprochen: Die grünen Bundestagsabgeordneten Waltraud Schoppe und Antje Vollmer kamen am 12.11. als Friedensengel nach Hamburg gejettet. Nach ihrer Maskenentfernungsrede im Bundestag glaubte Schoppe offenkundig, als Vermittlerin auftreten zu können. Dohnanyi nahm das Angebot dankend an. Und was entdeckte Schoppe nach Tee mit D.? Daß es in Hamburg noch Politiker gibt, „*die an einer friedlichen Lösung interessiert sind.*" Damit hat der Bürgermeister das jetzt auch grünen-amtlich bestätigt bekommen. Ganz anders dagegen das Hafenstraßen-Lager. Da trauten sich die Friedensengel überhaupt nicht rein. Dafür sekundierte ihnen Thea Bock — „*eine in allen politischen Lagern respektierte Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete der GAL*" — indem sie „heftige Selbstkritik" übte: „*Wir haben Grauzonen zugelassen. Dem Satz ‚alle Formen des Widerstandes sind erlaubt', hätten wir nie zustimmen dürfen. Aber wir haben ihn auch naiv verstanden und gedacht, damit seien alle legalen, witzigen, phantasievollen Formen des Widerstandes gemeint.*"

Wird man dafür in allen politischen Lagern respektiert, daß man entweder grün-alter-naiv ist, oder daß man so unverschämt Unschuld heucheln kann? Von „den Autonomen" war Thea enttäuscht. Sie hätten „*die Solidarität gebrochen, als sie unabgestimmte Tatsachen schufen. Viele sind danach um einige Illusionen ärmer nach Hause gegangen.*" So gesprochen am 12. und abgedruckt am 13.11., dem Höhepunkt der Auseinandersetzung, in der „Hamburger Morgenpost". Als ob die Hafenstraße jemals ein gewaltfreies GAL-Projekt gewesen ist! So wird von grün-Realo-Seite kräftig an der Legende gestrickt, daß letzlich die Autonomen die Schuld tragen, wenn's nicht zum Vertrag kommt. Den Nicht-Hamburgern sei noch mitgeteilt, daß die Haltung von Thea Bock nicht die der GAL ist.

taz: Rettet Dohnanyi!

Der aufmerksame AK-Leser wird sich noch erinnern. Bis zu den Hamburger Neuwahlen im Mai war den Hamburg-Redaktion-Realos der taz Klaus von Dohnanyi nahezu das einzige Hindernis (außer den GAL-Linken) vor der greifbar nahen rot-grünen Zusammenarbeit. Aber: Niemandes Lernfähigkeit soll bestritten werden. Seit den Sommerauseinandersetzungen glauben Hamburgs tazler fest daran, daß die Lösung für einen Vertrag in der Hafenstraße dem Bürgermeister zum Herzensanliegen geworden ist: „*Dohnanyi kämpft um Vertrag*" (taz, 1.10.87).

Klaus viel gut, Alfons schlecht, diese taz-Sommerlegende wird in die jüngsten Auseinandersetzungen in der SPD verlängert. Die Rechten, wissen die taz-Insider mit SPD-connections, wollten aus dem „Problem Hafenstraße" ein „Problem Dohnanyi" machen (6.11.), in der SPD werde dies „hinter vorgehaltener Hand" geflüstert.

Einen Tag später „*erfuhr die taz aus der direkten Umgebung des Bürgermeisters*" von einem neuen Vertragsangebot. Überschrift: „*Der Erste Bürgermeister startet Offensive gegen Räumungsdruck seiner Partei.*" (taz, 7.11.)

Am 12.11. wurde das „*Kesseltreiben gegen Dohnanyi*" entdeckt. Im Kom-

meister startet Offensive gegen Räumungsdruck seiner Partei." (taz, 7.11.)

Am 12.11. wurde das „*Kesseltreiben gegen Dohnanyi*" entdeckt. Im Kom-

mentar verspricht die taz, daß Senat und Innenbehörde keine Räumung wollen. Beweis? „*Wir sind uns da sicher.*" Hat SPD-Linker Hajen das geflüstert? Also: weg mit den Befestigungen in der Hafenstraße, das „*wäre keine Garantie für einen Vertragsabschluß*", aber „*ein Zeichen*", „*Cleverness und Vernunft*".

Am 13.11. auf des Messers Schneide. Überschrift: „*Lange will räumen — Dohnanyi nicht*". Und: „*Nach Informationen der taz*" habe sich der Bürgermeister bereits auf ein neues Vertragsmodell mit Vertretern der Hafenstraße „*geeinigt*".

Am 14.11. zitieren die Hamburger auf taz-Seite 1 mit einem Tag Verspätung gegenüber anderen Zeitungen die immergrüne Kamelle: „*Dohnanyi: ‚Für eine friedliche Lösung ist es nie zu spät.*'"

Am 15.11. erscheint die TAZ am Sonntag (TamS) mit dem Aufmacher: „Schluß mit dem Kesseltreiben gegen Dohnanyi — Verlaßt freiwillig die Hafenstraße!"

★★★★

Die letzte oder die hinterletzte Konsequenz?

Daß die Schüsse an der Startbahn West nur die letzte Konsequenz aus Militanz, Gewaltbereitschaft und sogar aus bloßer Gewaltverharmlosung seien, ist der Kernpunkt der gegenwärtigen Offensive bürgerlicher Ideologie. Tenor der massiv den Linken entgegengeschleuderten Agitation: Das mußte ja kommen; es ist ein Wunder, daß es nicht schon früher gekommen ist; es ist ein Wunder, daß durch den Einsatz von Zwillen noch niemand gestorben ist; wer sich vermummt, bringt es auch fertig, zu schießen; mit der Bezeichnung ,,Bulle'' fängt es an und mit Mord hört es auf.

Wenn es aber absehbar war, wohlmöglich schon seit langem, warum waren dann alle so überrascht, als es passierte? ,,An Pistolenschüsse wollte zunächst niemand glauben'', schrieb die ,,FAZ'' am 4.11. und zitierte den Frankfurter Polizeisprecher: ,,*Wir dachten, die Beamten seien von mit Präzisionskatapulten abgeschossenen Stahlkugeln getroffen worden.*'' In einem anderen Artikel derselben Ausgabe werden Polizisten befragt: ,,*Es ist ein Glück, daß nicht schon vorher etwas passiert ist. Wir haben uns des öftern darüber gewundert, daß es bisher so wenig Verletzte auf unserer Seite gegeben hat.*'' ,,*Daß die Auseinandersetzungen einmal so eskalieren würden, 'hatte niemand geglaubt'.*''

Die ,,FNP'', welche auch nicht gerade zu den sanften Stimmen gehört, zitiert einen Beamten, der nach Ausbruch der als heftig beschriebenen Auseinandersetzungen an der Startbahnmauer noch ,,lächelnd'' zu Protokoll gegeben habe: ,,*Gegen Wackersdorf ist das hier harmlos.*'' Der GdP-Vorsitzende Lutz sprach davon, vor dieser ,,Stufe brutalster Gewalt'' sei ,,bislang noch zurückgeschreckt'' worden.

Gerade die Oppositionspolitiker, die sich in den folgenden Tagen anboten, den außerparlamentarischen Bewegungen strikte Gewaltlosigkeit anzuraten, bekannten reihenweise, das Ereignis sei ,,unbegreiflich'' und mache sie daher ,,fassungslos''. Joschka Fischer sprach von einem ,,Tabu'', das gebrochen worden sei — eine Formulierung, die sich deutlich von den ,,schwimmenden Grenzen'' unterscheidet, welche Waltraud Schoppe wenig später ausmachte. Daniel Cohn-Bendit äußert sein absolutes Unverständnis mit der Frage ''Wie kann man nur...?'', um sich dann die Antwort zu geben, der Schußwaffengebrauch auf Demonstrationen liege in einer ,,möglichen Logik'' ritualisierter Militanz (PS 275). Ehrlicherweise sollte man zugeben, daß man eine solche ,,Logik'' vor dem 2.11.87 für unmöglich hielt.

Nicht zuletzt gab es die von niemandem angezweifelten ungläubigen bis entsetzten Reaktionen in den Reihen der Startbahngegner und Demonstrationsteilnehmer selbst, die spontane einhellige Verurteilung der Tat in allen politischen Lagern der radikalen Linken. Das zeigt, daß der ,,Weg'' von der Militanz an der Barrikade bis in den Busch auf den Mönchbruchwiesen eben kein einfacher ist, sondern durch politische und moralische Steilwände wie Abgründe unterbrochen wird. Was aber den Übergang von der verbalen Aggression (,,Bulle'') zum Revolver anlangt, so wäre diese Gesellschaft längst vom Erdboden verschwunden, wenn er in der behaupteten Weise existieren würde.

Es scheint eine einfache Erklärung dafür zu geben, daß es an der Startbahn bisher trotz heftiger Konflikte verhältnismäßig wenig Verletzungen gegeben hat. Da ist zum einen die gegenseitige Berechenbarkeit gewesen: Beide Seiten wußten bisher, worauf sie sich einlassen, kannten die Mittel des anderen Lagers und konnten davon ausgehen, daß gewisse ungeschriebene Regeln eingehalten werden würden. Was aber das Wichtigste war: Man konnte sich darauf verlassen, daß niemand dem Feind nach dem Leben trachten würde.

Bei den gegenwärtigen Versuchen, mithilfe der Kampagne über die Gewaltfrage alle möglichen Rechnungen zu begleichen, scheint der Abstand zwischen verschiedenen Formen von Gewaltanwendung immer geringer zu werden. Gewalt ist halt Gewalt, und wer da nicht Buße tut, steht am Pranger. Jenseits der Unterscheidung zwischen der Zerstörung von Sachen und der Gewalt gegen Personen — und wer diese Differenz leugnet, kann nur ein Riese in Heuchelei oder Zwerg in Moral sein — ist auch letzteres keineswegs ein und dasselbe. Es macht einen enormen Unterschied, ob mit Steinen oder Molotowcocktails geworfen, ob mit Signalleuchtkugeln oder Zwillen geschossen wird, und es macht einen enormen Unterschied, ob dies zum Selbstschutz in einer Notwehrsituation geschieht oder ob unter dem Motto, wonach Angriff die beste Verteidigung sei, keinerlei Abwägung mehr stattfindet. Es macht einen enormen Unterschied, ob man bei der Anwendung eigener Gewaltmittel in Kauf nimmt, daß sie im ungünstigsten Fall unbeabsichtigt lebensgefährliche Verletzungen hervorrufen könnten, oder ob man Mittel wie eine Pistole benutzt, die gerade die Tötung des Feindes zum Zweck haben. Und es gibt wohl doch auch einen erheblichen Unterschied zwischen dem Tyrannenmord und dem Polizistenmord.

Wem das zu unübersichtlich ist, der kann sich die ganz einfache Tatsache einprägen, daß der Schritt von dem, was heute praktisch und theoretisch unter Militanz verstanden wird, zur bewußten Tötung ein unvergleichlich größerer ist als der von der Gewaltlosigkeit zu jeder Form heutiger Militanz. Zwischen den Grünen und den Autonomen diffundieren weitaus mehr Menschen meist ziemlich unbeschwert hin und her als zwischen den Autonomen und den Knarrenträgern, und sei es auch im Geiste. Der Beispiele sind Legion. Und über grüne Gewaltphantasien im innerfraktionellen Kampf möchte man lieber gar nichts Genaueres wissen.

Die Stellungnahme des mehr anarchistischen Flügels innerhalb der BI gegen die Flughafenerweiterung betont die Schranke gegenüber solchen Taten wie am 2.11. — ,,Das kann keiner von uns gewesen sein'' — und verstärkt sie dadurch noch. Sie behauptet eine intakte Moral innerhalb der radikalen Linken, und wenn das auch vielleicht ein Wunschdenken ist, so jedenfalls ein sympathisches. Die Gruppe um Achim Bender dagegen kritisiert eine Verselbständigung der Militanz an der Startbahn. Sie will Fehler innerhalb der Bewegung bekämpfen, die es schon seit langem gebe und deren Diskussion spätestens jetzt überfällig sei. Diese Freunde sagen, es könne nicht mehr weitergemacht werden wie bisher; die BI müsse ihre Grundlagen überdenken und ein neues Konzept erarbeiten, denn an der Mauer gehe es seit geraumer Zeit nicht mehr um politische Ziele. Politisch nicht oder nur vage motivierte Militanz sei aber nicht einmal unter militärischen Gesichtspunkten akzeptabel. Wenngleich die Schüsse nichts mit Programm und Praxis der BI zu tun hätten, darin besteht Übereinstimmung mit den Wiesbadener und Frankfurter Libertären, hält Achim es dennoch für möglich, daß sie von einem Startbahngegner abgegeben wurden. Man solle sich mit dieser Möglichkeit konkret konfrontieren und sie nicht durch Ausgrenzungen von sich weisen.

Die peinlichste Stellungnahme hat der Ökolibertäre Thomas Schmid als Gastkommentator im ,,Pflasterstrand'' (Nr. 275) abgegeben. Das beginnt mit seinem Dankesgefühl gegenüber den Konservativen, weil der zu befürchtende ,,alttestamentarische Furor'' ausgeblieben sei: Immer noch der Griff zur jüdischen Religion, wenn eine Metapher für Rache oder Grausamkeit gesucht wird, statt in die eingeborenen Mythologien oder auch Realitäten. Schmid beglückwünscht das bürgerliche Lager zur ,,Normalität'' und ,,Gelassenheit'', die es alles in allem bewahrt habe. Beweis: Das bundesdeutsche Fernsehen habe die Bildschirme mit Klaus Hartung, Joschka Fischer, Dany Cohn-Bendit und Otto Schily besetzt. Solange es uns Grünen nutzt, sind wir zufrieden. Wie jede andere Partei zählen die Ökologen ihr Verhältnis zu Staat und Gesellschaft in Sendeminuten.

Im übrigen sollte man nicht zu früh aufatmen. Die politischen Folgen des schwarzen Montags sind noch nicht ausgestanden und die sozialen nicht zu überblicken. Wieviele Faschisten werden durch solche Schüsse produziert? Wieviele Leute wenden sich mit Grausen von der radikalen Linken? Wird man in Wackersdorf noch demonstrieren können? Wieviele Menschen werden nun von radikalisierten oder auch nur hysterisierten Polizisten erschossen werden? Vieles kann auf solche Weise kippen. Nur die Startbahn nicht.

de.









Pressevielfalt wie gehabt

Fortsetzung von Seite 1

Falsche Schüsse und falsche Schlüsse

Halten wir dennoch fest, was trotz des allseitigen moralischen Trommelfeues auch von der Linken gesagt werden muß: Nach Lage der bisher bekannten Tatsachen gibt es keine Rechtfertigung für die tödlichen Schüsse, weder eine moralische, noch eine politische. Was an der Startbahn geschah, ist willkürlicher Mord ohne jede Not und ohne jeden Sinn. Das würde auch gelten, wenn sich erweisen sollte, daß der oder die Schützen sich für Linke halten oder ausgeben würden. Linke Politik muß sich an ihren Methoden und die Methoden an den Zielen messen lassen. Diese Feststellung galt schon für die Erschießung des GI-Pimental durch die RAF im letzten Sommer. Sie gilt umsomehr für gezielte Schüsse aus einer Demonstration, die das Risiko provozieren, daß zurückgeschossen wird und es zu verletzten oder getöteten Demonstranten kommt.

Wie immer die Schüsse zustande kamen, sind sie Anlaß für die Linke, über Sinn und Form von Militanz hierzulande neu nachzudenken, schon allein deswegen, um den Spielraum für unkontrollierbare Aktionen jeglicher Art zukünftig einzuschränken. Darüberhinaus geht es darum, erstarrte Militanzrituale in Frage zu stellen, die reale Ohnmacht durch Imponiergehabe verdrängen, statt Aktionsmöglichkeiten zu suchen, die von den realen Kräfteverhältnissen ausgehen. Es ist an der Zeit, den Begriff der politischen Effektivität wieder in den linken Sprachschatz einzuführen und den Sinn konkreter Aktionsformen nicht allein an mannhafter Standhaftigkeit im Nahkampf mit der Polizei zu messen, sondern daran, ob sie den Handlungsspielraum für linke Politik erweitert, d.h. weitere Menschen aktiv in den Kampf um grundsätzliche Änderung der Verältnisse einbezieht.

Das gilt besonders für die aktuelle Situation vor der Startbahn und an anderen Brennpunkten der Auseinandersetzung wie in Wackersdorf oder der Hamburger Hafenstraße. Es wäre verhängnisvoll, würde jetzt einfach zur Tagesordnung des fighter-Alltags übergegangen werden. In dem Fall würde die Isolierungsstrategie der Polizei sehr schnell aufgehen. Was die kämpferische autonome Szene jetzt ebenso wie die übrige radikale Linke mehr als zuvor braucht, sind politische Bündnisse, nicht Stellvertreterscharmützel, in denen die wenigen vorhandenen Kräfte isoliert und einzeln aufgerieben werden.

Keinen Grund aber gibt es, in die Vorverurteilung von A. Eichler einzustimmen, wie es quer durch die Medien bis hinein in die ''taz'' geschieht, bevor die Tatumstände auch nur annähernd geklärt sind. Von einer Klarheit zu den Tatumständen kann aber z. Zt. nicht die Rede sein. Die Abgabe der Schüsse ist ihm bisher nicht zu beweisen. Er selbst erklärt, die Pistole sei ihm zugesteckt worden. Bis zum Beweis einer Schuld oder einem Geständnis muß E. Eichler als unschuldig betrachtet werden, auch wenn es manche/n danach drängt, schnell einen Schuldigen zu finden. Mehr noch, wer etwas zu seiner Entlastung vorzutragen hat, soll es vorbringen.

Keinen Grund gibt es, die Version der Bundesanwaltschaft zu übernehmen, nach der ''die Autonomen'' die Aktion kollektiv durchgeführt hätten, dies schon gar nicht, bevor geklärt ist, wer geschossen hat, womit, wie oft, von wo aus, welches seine oder ihre Motive waren usw. War der Schütze ein durchgeknallter Einzeltäter, wie VS-Mann Lochte erklärt? War er jemand der, für wen und wofür immer, ein Fanal setzen wollte? War es ein agent provokateur, gar ein Rechter, wie es manche/r Linke schnell glauben möchte? Kommt alles zusammen? Jede dieser Versionen ist offen.

Ausgeschlossen werden darf glücklicherweise nur — darauf möchte ich allerdings pochen, daß geplant mit Wissen der übrigen AktivistinnEn aus der Demonstration heraus geschossen worden sei. Sowohl die für die Aktion verantwortliche Startbahn-Initiative als auch andere örtliche Kräfte haben gleich nach den Vorfällen unmißverständlich erklärt, daß Schußwaffengebrauch nicht Bestandteil ihrer Aktionsplanung war und ist. Schußwaffengebrauch gehört nicht zur Strategie der Szene, schon gar nicht in einer Demo. Wer anderes behauptet, weiß entweder nicht bescheid oder verschweigt wissentlich z. B. die erbitterten Auseinandersetzungen nach der Ermordung des GI-Pimental zwischen der RAF und selbst den härtesten Gruppen des ''Widerstands'', die die Aktion als Mord ablehnten. Man mag die militanten Männlichkeitsrituale dieser Szene bescheuert und sinnlos finden, wie wir es tun, eines aber ist klar: Ihr Motto ist ''Mann gegen Mann'', nicht der Schuß aus dem Hinterhalt.

Keinen Grund gibt es, in den Chor derer einzustimmen, die der Bevölkerung wieder einmal glauben weismachen zu können, Gewalt sei prinzipiell kein Mittel der Politik in diesem Staat und dieser Gesellschaft. Das ist doch purer Hohn gegenüber den Menschen, die in den zurückliegenden Jahren Opfer eben dieser Gewaltlosigkeit wurden oder es ist Dummheit. Muß wirklich erst daran erinnern werden, daß es in diesem Staat nie eine Staatstrauerfeier für einen Philipp Müller, einen Benno Ohnesorg, einen Rudi Dutschke, einen Klaus Jürgen Rattay, einen Günter Sarke gegeben hat? Muß erst erinnert werden, daß dieser Staat in den Jahren 71 bis 77 im Zuge der RAF-Jagd mehr als 10 Menschen als Terroristen auf der Straße ''erledigte'', einschließlich der Toten im 7. Stock von Stammheim, fast weitere zehn politische GegnerInnen in den Knästen zu Tode brachte? Muß erst erinnert werden, daß die Polizei allein im Zeitraum von 71 bis 77 z.B. 150 Menschen im Fieber alltäglicher Menschenjagd erschoß, noch heute im Schnitt mehr als 10 Opfer pro Jahr zu beklagen sind? Muß an die Unterstützung der Folterer des Iran, der Türkei und anderes mehr erinnert werden? Wo war da die Empörung der Herren und Damen Politiker? Wohin haben unsere GRÜNEN Neuparlamentarier diese Lektionen ihrer Jugendzeit inzwischen gesteckt? Welche Illusionen wollen sie der nachfolgenden Generation heute im Namen der Gewaltlosigkeit verkaufen?

Nur albern schließlich sind die Bußreden der Art ''Ich habe mitgeschossen''? Wem nützt solch pastorale Selbstbezichtigung? Hat eine/r was zu sagen, dann soll er oder sie sich melden. Untersuchungen von Augenzeugen im engeren wie im weiteren Sinne werden mehr als gebraucht: Berichte, Fakten über die Vorgänge vor Ort, um konkrete Fragen konkret beantworten zu können, ohne dabei wie bisher allein auf die Versionen von Polizei und Bundeswanwaltschaft angewiesen zu sein. Eine solche Informationsarbeit ist zur Zeit angesagt. Es ist, sozusagen, die Stunde der Roten Hilfe, eines staats- und gruppenunabhängigen linken Untersuchungsausschusses vor Ort. Schließlich ermitteln diese Behörden in eigener Sache. Was das bedeutet, ist nicht zuletzt z.B. aus den Stammheimer Untersuchungsergebnissen sattsam bekannt! Nur eine rückhaltlose Aufklärung aus eigenen Kräften kann der zu befürchtenden Demoralisierung in der Linken entgegenwirken.

Allen Tendenzen zur Legendenbildung nach dem Muster des ,,Kalkar-'' oder ,,Stammheimschocks'' gilt es entschieden entgegenzutreten. Was nach ,,Stammheim'' nicht stimmte, nämlich, daß die RAF für den opportunistischen Zusammenbruch der damaligen ML-Linken verantwortlich war, das gilt heute noch weniger: Die Verstaatlichung GRÜNER und die Stagnation linksradikaler Politik ist entgegen jeder Behauptung von interessierter Seite kein Produkt der Schüsse von Frankfurt, noch weniger einer ziellosen Militanz ,,der Autonomen'', sondern die Versumpfung linksradikaler Perspektiven, die heillose politische und organisatorische Atomisierung der Linken ist eine Bedingung der Schüsse von Frankfurt.

Jedem Versuch von welcher Seite auch immer, ,,den schwarzen Block'', ,,die Autonomen'' wegen ihrer angeblichen Verantwortlichkeit für die Schüsse von Frankfurt als asoziales Lumpenpack zu marginalisieren, als amoralisch und nihilistisch zu verteufeln, als terroristisch zu kriminalisieren, muß von Seiten der radikalen Linken entschieden entgegengewirkt werden.

Die Schüsse von Frankfurt sind kein Signal zum Abbruch der Beziehungen zu ,,den Autonomen'', sondern zur Eröffnung der Diskussion um die Entwicklung längerfristiger gemeinsamer Perspektiven der gesamten radikalen Linken, die weiter reichen als vom Zäunchen zum Graben und vom Graben zur Mauer. Anders gesagt: Wir müssen den widersinnigen Zustand beenden, immer wieder Dinge gemeinsam zu machen, aber nicht miteinander zu reden.

F.

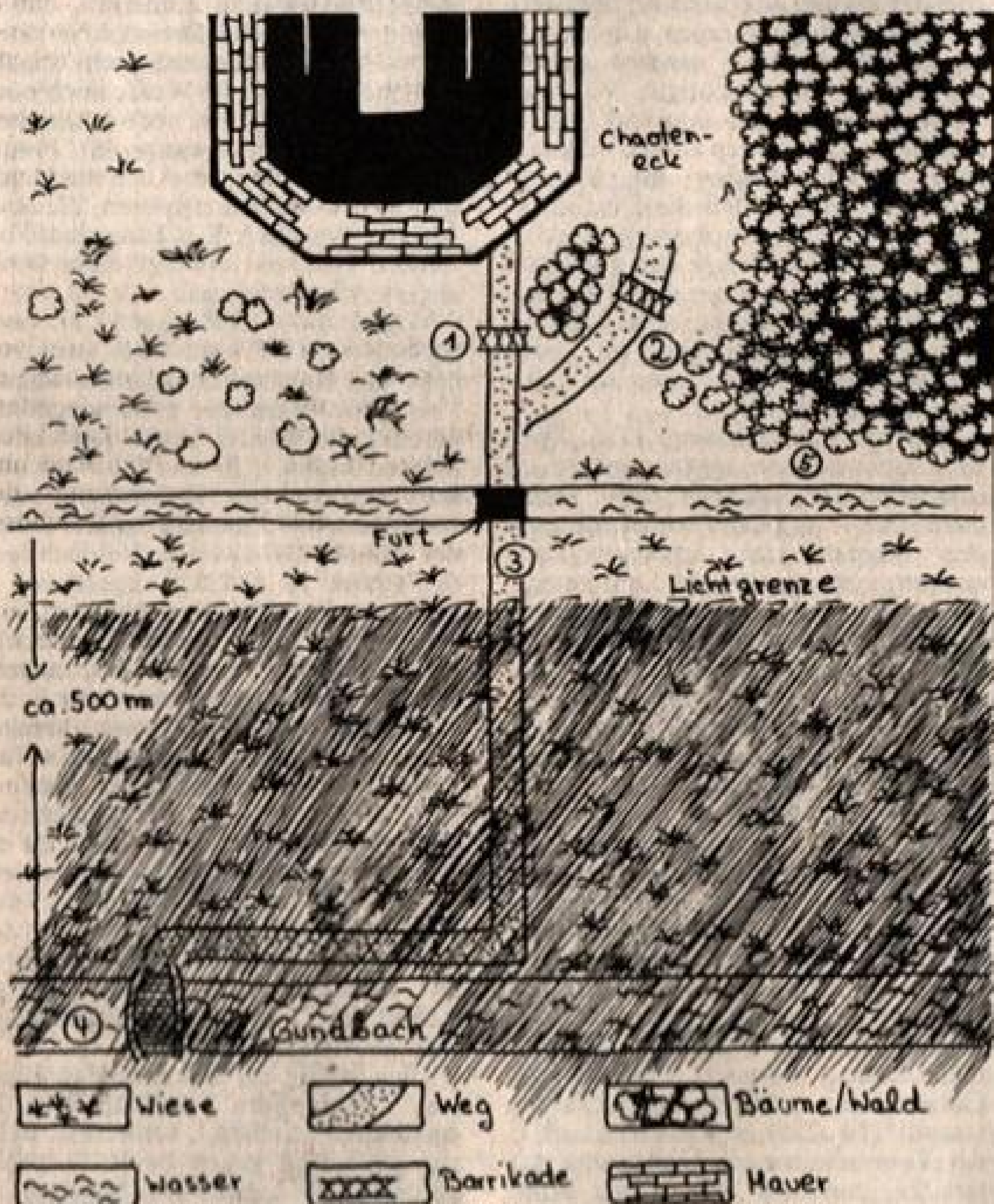
Schüsse aus dem Irgendwo

„Auf Seite 6 dürfen Sie durchatmen", beruhigte die Bildzeitung ihre lieben Leser am 4. November. Über die ersten Seiten des Blattes ist damit alles gesagt, auch über die in kritischen Situationen große Gemeinsamkeit des bundesdeutschen Medienparks. Nachdem am Vorvorabend an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens zwei Polizisten erschossen und zwei weitere angeschossen worden waren, kam es wieder einmal dick: Mordchaoten, Blutnacht, Mordbefehl, Politpöbel, reisender Mob, schwarzer Block, vermummte Gewaltkriminelle, feiges Gesindel, Demonstrationsterroristen. Neben oder hinter ihnen augenzwinkernde Schreibtischtäter, Gewaltprediger, haßerfüllte Systemfeinde, notorische Verharmloser. Auf der anderen Seite wehrlose Polizisten in ihrem Blut, Zielscheiben für Mörder, Prügelknaben der Nation, Magenschmerzen bei jedem Einsatz, schlaflose Nächte von Frau und Familie daheim. Deshalb endlich Härte zeigen, Konsequenzen ziehen, Gesetze verschärfen, Laxheit abstellen ... Je emotionsgeladener die Auseinandersetzung geführt wurde, desto schneller widerlegte sich die zur Schau getragene Betroffenheit der diversen politischen Lager. Daß eine rationale Erörterung Chancen hätte, ist damit noch lange nicht gesagt. Aber als Linke-r ist mensch ja an aussichtslose Versuche gewohnt.

Nachdem sie am 1.11. ihren 300. Sonntagsspaziergang durchgeführt hatten, trafen sich zwei- bis dreihundert Startbahngegner am nächsten Abend aus Anlaß eines sechsten Jahrestages: Am 2.11.81 war ein Hüttendorf polizeilich geräumt und zerstört worden. Die Bewegung, die damals zehntausende mobilisierte, hatte es in eben jenem Waldstück errichtet, das der Flughafenerweiterung zum Opfer fallen sollte. Solche Jahrestage sind den noch verbliebenen aktiven Startbahngegnern wichtige Anlässe, um zu der Betonpiste zu ziehen, die nach dreijähriger Bauzeit im April 1984 in Betrieb genommen benen aktiven Startbahngegnern wichtige Anlässe, um zu der Betonpiste zu ziehen, die nach dreijähriger Bauzeit im April 1984 in Betrieb genommen wurde. Jedermann und so auch der Polizei ist der Ablauf dieser Aktionen bekannt, weil sie — auf beiden Seiten — nach einem ungeschriebenen, aber gleichwohl festen Schema ablaufen. So bot auch der letzte Jahrestag zunächst kein ungewöhnliches Bild. Gegen 19.30 Uhr brachen die Demonstranten mit Fackeln aus Mörfelden-Walldorf auf. Eine halbe bis eine Stunde später sammelte man sich am Südende der Startbahnmauer; der gewohnte Treffpunkt heißt deshalb auch seit langem schlicht „Chaoteneck". Die Polizei hatte zahlenmäßig ungefähr das Doppelte aufgeboten: vier bis fünf Hundertschaften, größtenteils innerhalb der Befestigung. Den Demonstranten entging nicht, daß einige Züge der Uniformierten im Wald postiert waren, der sich nach Osten hin anschließt, ebenfalls keine neue polizeitaktische Maßnahme. Die Startbahngegner errichteten nun Barrikaden über die beiden Wege, die durch den 100 bis 200 Meter breiten Streifen südlich der Startbahn führen.

Dieser Geländestreifen besteht aus dichtem Gestrüpp und neu angelegten niedrigen Waldschonungen und wird südlich durch einen „Vorfluter" begrenzt, ein Wassergraben, der weder besonders breit noch tief ist, aber von sumpfigen Rändern gesäumt wird, sodaß man ihn über eine schmale aufgeschüttete Furt überqueren muß. Die beiden o.g. Wege münden kurz vor der Furt ineinander, sodaß sowohl der Rückzug der Demonstranten wie auch die Verfolgung durch die Polizei diesen Engpaß passieren müssen. Jenseits der Furt beginnen die „Mönchbruchswiesen" mit einzelnen Busch- oder Baumgruppen und einer nord-südlichen Ausdehnung von 400 bis 500 Metern. An ihrem Südende fließt der ein paar Meter breite „Gundbach", eigentlich ein kleiner Fluß, über den es in dieser Gegend nur eine einzige Brücke gibt. Da es der Polizei an dieser Stelle im Prinzip leicht fiele, den Rückzug abzusperren, schleppen die Demonstranten bei solchen Aktionen üblicherweise, so auch beim letzten Mal, Holzbohlen mit, um an vorher verabredeten Stellen Notbrücken über den Gundbach anzulegen. Jenseits des Gundbachs befinden sich wiederum einige Waldstücke.

Gegen 21 Uhr gab die Polizei mit einer Lautsprecherdurchsage, die Versammlung sei illegal und müsse aufgelöst werden, das Signal zu den Auseinandersetzungen. Die Demonstranten warfen Steine, Feuerwerkskörper und Molotowcocktails oder schossen mit Leuchtspurmunition und Zwillen über die Mauer. Die Polizei konterte mit Wasserwerfereinsatz, Gasgranaten und ihrerseits Leuchtkugeln. Uniformierte Kräfte unternahmen einen Ausfall mit Wasserwerfer aus dem Südosttor der Mauer, um an einer brennenden Barrikade (siehe Markierung 1 auf unserer Kräfte unternahmen einen Ausfall mit Wasserwerfer aus dem Südosttor der Mauer, um an einer brennenden Barrikade (siehe Markierung 1 auf unserer Skizze) relativ lange aufgehalten zu werden. Gleichzeitig rückten die im Wald postierten Polizisten von Nordosten her vor, um an der zweiten Barrikade (2) heftig mit Demonstranten zusammenzuprallen. Nach mehreren Anläufen wurde diese Barrikade von der Polizei genommen. Die Startbahngegner flüchteten über die Furt und verteilten sich, um die Verfolgung zu erschweren, über die Mönchbruchswiesen in der Dunkelheit. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Geschehen in nichts von dem unterschieden, was man schon häufig erlebt hatte und dementsprechend wäre es der Presse aufgrund der eingetretenen Gewöhnung kaum mehr als 20 Zeilen wert gewesen. Um nicht der Verharmlosung geziehen zu werden, sei die „FAZ" (4.11.) zitiert: *„Bis dahin glich der Polizeieinsatz vom Montagabend unzähligen aus der Vergangenheit."*



Schematische Skizze des Geländes im Süden der Startbahn West. 1) und 2) Von Demonstranten errichtete Barrikaden. 3) Ort, an dem die angeschossenen Polizisten lagen: hinter einer Furt über einen schmalen Wasserlauf („Vorfluter"). 4) Reguläre Brücke über den Gundbach. 5) Anfänglich genannter Tatort.

Um 21.30 Uhr fielen die Schüsse. Ein 44-jähriger Polizist aus Hanau starb in der Flughafenklinik oder auf dem Weg dorthin, ein 23-jähriger wenig später in der Frankfurter Universitätsklinik. Beide waren in den Bauch geschossen worden. Ein dritter Beamter war mit einem Schuß in die Brust erst einen Tag später außer Lebensgefahr; ein vierter erhielt eine schwere Oberschenkelverletzung. Einige Pressemeldungen sprechen noch von einem fünften Beamten, der einen Streifschuß am Knie davongetragen habe.

Von dem Schußwaffengebrauch erfuhren die zurückkehrenden Demonstranten erst bei Ankunft in Mörfelden-Walldorf. Ihre Reaktion schwankte zwischen Ungläubigkeit und Fassungslosigkeit. Die Polizei führte in der Flughafenanliegergemeinde erste Kontrollen durch und soll nach Zeugenaussagen (Hessischer Rundfunk) bei dieser Gelegenheit ihrerseits zwei Warnschüsse abgegeben haben. Noch in der Nacht wurden im Rhein-Main-Gebiet mindestens 20 Wohnungen durchsucht und nach Angaben von Rechtsanwälten 48 Personen vorläufig festgenommen. Am Morgen fanden sich Landesregierung, Polizeiführung und Generalbundesanwalt Rebmann, der das Verfahren an sich zog, am Flughafen ein.

Schüsse von Demonstranten?

„Plötzlich schrie ein Vermummter durchs Megaphon die Polizisten an: ‚Nicht näherkommen!' Unmittelbar darauf gab er den Mordbefehl: ‚Scharfschützen, Feuer!' Minuten später lagen 11 Polizisten in ihrem Blut." („Bild", 4.11.) Diese erste Darstellung des Geschehens wurde von der Generalbundesanwaltschaft (GBA) und dem Frankfurter Polizeipräsidium aus- („Bild", 4.11.) Diese erste Darstellung des Geschehens wurde von der Generalbundesanwaltschaft (GBA) und dem Frankfurter Polizeipräsidium aus- gegeben. Die „FR" gibt eine Erklärung des GBA wieder, in der es heißt, die fragliche Megaphondurchsage sei „aus dem Wald" gekommen, *„woraufhin von vermummten Demonstranten mit scharfer Munition, Leuchtspurmunition und Feuerwerkskörpern auf die sich zurückziehenden Polizeibeamten geschossen wurde."* („FR, 4.11.) In der Knallerei mit Feuerwerkskörpern habe man den Schußwaffeneinsatz nicht hören können. In mehreren Zeitungen wird die Aussage eines Polizisten zitiert, wonach ein Zischen und ein Klatschen (*„plötzlich machte es plopp"*) zu hören gewesen sei; dann sei der Kollege neben ihm umgefallen. Auch das Blitzen eines Mündungsfeuers wurde von niemandem bemerkt.

Der Sprecher der Frankfurter Polizei, Neitzel, erklärte: *„Sie schossen aus allen Richtungen mit allen möglichen Schußwaffen."* („Bild", 4.11., ebenso „FR") Diese erste Darstellung war der deutlich erkennbare Versuch, die Demonstration als Ganze, mindestens jedoch einen nicht unbeträchtlichen Teil der Demonstranten als Mitwisser und Mittäter zu beschuldigen. So schrieb die „Frankfurter Neue Presse" („FNP", 4.11.) unter Berufung auf Aussagen von Polizisten, die Demonstranten hätten den Schützen sehen müssen, ihn aber gewähren lassen. *„Es ist wohl auch kaum zu verstehen, daß eine Masse Mensch den Mörder so menschenverachtend handeln ließ."* Nach einer auf einer SPD-Pressekonferenz gegebenen Darstellung soll der Frankfurter Polizeipräsident Gemmer davon gesprochen haben, die Schüsse seien „aus einem Pulk schwarzgekleideter Demonstranten heraus" abgegeben worden. („taz", 4.11.)

Politiker der CDU waren um Verallgemeinerungen bemüht. Der Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag, Nassauer, erklärte, *„daß es sich bei den vermummten Demonstranten um reisende Gewalttäter und Verbrecher handle, die nicht vor Morden zurückschreckten"*. („FNP", 4.11.) Der Vorsitzende der Frankfurter CDU-Stadtparlamentsfraktion, Wenderoth, sah *„hinter jedem vermummten Gewalttäter einen potentiellen Mörder"*, und der Kreisverbandsvorsitzende Daum rief dazu auf, *„die geistigen Urheber dieser Taten zur Besinnung zu bringen."* („FAZ", 4.11.) Auf Bundesebene verfolgte Dregger eine „Blutspur" über Wackersdorf und die Hamburger Hafenstraße bis zu Jutta Ditfurth.

Die erste Version mußte so verstanden werden, als hätte sich das tödliche Geschehen am südlichen Rand des Waldes östlich der Startbahn abgespielt (5). Diese Stelle gibt die Bildzeitung an, und auch die ersten Meldungen des Hessischen Rundfunks am Morgen des 3.11., die ausschließlich auf Polizeiquellen beruhten, ließen diesen Eindruck entstehen. Auf dem Fuß und ohne weitere Begründung folgte eine völlig andere Lokalisierung des Tatorts, der jetzt ca. 500 Meter weiter südwestlich, am Gundbach, angesiedelt wurde.

Zunächst war es der Hessische Rundfunk, der am 3.11. behauptete, die Schüsse seien ganz woanders gefallen. *„Die Demonstranten flohen in Richtung Südosten über den Gundbach. Die nachsetzenden Beamten kamen an dem Bachlauf zum Stehen, berichtete am Dienstag morgen ein Reporter des Hessischen Rundfunks, der die Auseinandersetzungen als Augenzeuge erlebte. Sie nahmen zum Teil ihre Helme ab und legten ihre Schutzschilde beiseite."* („FR", 4.11.)



Räumung des Hüttendorfs am 2.11.81. Ein Fotograf nimmt seine eigene Bestrafung auf. Oben: vorher, unten: nachher.

Räumung des Hüttendorfs am 2.11.81. Ein Fotograf nimmt seine eigene Bestrafung auf. Oben: vorher, unten: nachher.



An dieser Stelle und in dieser Situation seien die Schüsse gefallen. Eine Megaphondurchsage von Demonstrantenseite wird hier nicht bezeugt, ebenso wenig ist davon die Rede, daß aus einem Waldgebiet heraus geschossen worden sei. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß der betreffende Reporter direkt am Tatort gewesen ist, da im weiteren auf die Darstellung der Polizistengruppe Bezug genommen wird, zu der die Opfer gehörten.

Noch etwas genauer äußert sich die „FNP": 400 Meter südlich der Startbahn seien die vorrückenden Polizisten durch brennende Barrikaden („Heuballen, Autoreifen und Matrazen") aufgehalten worden. *„Die Täter hatten sich auf der anderen Seite des Gundbaches im Wald (!) verschanzt. Als die Polizisten die Flammen löschen wollten, fielen die tödlichen Schüsse."* Auch die „FAZ" erwähnt eine Entfernung von 400 Metern zur Mauer der Startbahn, obwohl sie im Lokalteil der gleichen Ausgabe („Zeitung für Frankfurt", 4.11.) eine Skizze gedruckt hat, die einen Tatort deutlich näher an der Startbahnmauer zeigt.

Die „taz" (4.11.) spricht im Artikel eines Demobeobachters von 500 m Distanz zur Startbahn. Ein Polizist wird mit der Aussage wiedergegeben, die Lage der toten Beamten könne (am folgenden Tag) *„nicht mehr rekonstruiert werden, weil die Männer in Eile ins Krankenhaus abtransportiert worden seien."* Der „taz"-Bericht legt vage nahe, das Geschehen habe sich mitten auf den Mönchbruchswiesen abgespielt. Er sagt auch: *„Als die Situation begreifbar wird, setzt eine Massenflucht über die Felder ein, überall flackern Barrikaden, die den Rückzug autonomer Gruppen schützen sollten."* Das widerspricht mehreren Demonstranten-Aussagen, wonach man erst bei der Rückkehr nach Mörfelden-Walldorf von dem Schußwaffeneinsatz gehört habe. Wie in anderen Zeitungen wird auch in der „taz" leider nicht angegeben, was der Verfasser selbst beobachtet, was er von wem und wann gehört hat, bzw. wann und wie ihm welche Situation „begreifbar" wurde. So trägt man selbst zur Verwirrung des „verwirrenden Geschehens" bei. Eine ziemliche Leistung vollbringt der Frankfurter „Pflasterstrand" (Nr. 275) mit dem Titel *„Schüsse aus dem Wald"*, ohne sich weiter um den Wahrheitsgehalt zu sorgen.

Diese zweite Version ist diejenige, die in der Folgezeit von der Bundesanwaltschaft, die sich mit Ortsangaben freilich nie präzise festlegt, vertreten wird. Sie hängt unmittelbar mit der vom GBA beharrlich vertretenen Behauptung zusammen, die Schüsse müßten *„aus größerer Entfernung abgefeuert worden sein"* („FR", 4.11.). So wurde am 4.11. von Karlsruhe noch einmal bekräftigt, das Kommando „Scharfschützen, Feuer" sei durch Zeugenaussagen belegt und „aus einem Waldstück" erfolgt. Für den GBA ist diese angebliche Megaphondurchsage der wichtigste Hinweis, der für eine von Demonstranten planmäßig durchgeführte Tat spreche („FR am Abend"). Im Hessischen Rundfunk wurde Rebmann mit der Aussage zitiert, die Schüsse seien aus 150 m Entfernung abgegeben worden.

In der Tat ist das die Mindestdistanz, die angenommen werden muß, wenn wirklich von einer Position südlich des Gundbachs (4) geschossen wurde. Dort gibt es nocheinmal Wald, freilich nicht direkt am Bachufer, sondern in einiger Entfernung. Und ungefähr in diese Richtung hatten sich auch die Demonstranten nach Überqueren des Gewässers zurückgezogen. Somit scheint die Version Gundbach am besten geeignet zu sein, um ein irgendwie von der Demonstration *„geplantes Vorgehen beim Polizistenmord"* auf-

Ein Schuß ...

rechtzuerhalten. Gegenüber der „FAZ" (6.11.) wiederholte die Bundesanwaltschaft, der vermeintliche Täter sei *„sicher nicht der einsame Wolf (gewesen), der als Einzeltäter im Schutz der Dunkelheit zugeschlagen hat.' Der Überfall auf die am Startbahngelände eingesetzten Beamten wäre ,ohne eine gemeinsame Planung nicht möglich gewesen'. Es deute vieles darauf hin, (...) daß die Polizisten in eine Falle gelockt worden seien."* Die betroffenen Beamten seien nicht mit der Verfolgung von Demonstranten, sondern mit dem Abbau einer brennenden Barrikade beschäftigt gewesen *„und boten so eine prächtige Zielscheibe für die Täter"*.

Für die behauptete große Schußdistanz, die zunächst sogar den Gebrauch eines Gewehres vermuten ließ, bevor eine Pistole als Tatwaffe feststand, gab Rebmann als weitere Begründung an, daß *„an den Körpern keine Schmauchspuren festzustellen waren."* („FR", 4.11.) Gemeint ist offenbar, daß bei Schüssen aus kurzen Entfernungen winzige Pulverreste an den Einschußstellen nachzuweisen sind.

Von Bedeutung ist ferner, daß die „FR" bereits am 4.11. meldete, es stehe fest, *„daß einer der getöteten Beamten von vorn, der andere von hinten getroffen wurde."* Dieser Darstellung schloß sich der hessische Ministerpräsident, Wallmann, höchstpersönlich an. Das habe die Obduktion ergeben („Abendpost", 5.11.) Die Bundesanwaltschaft hingegen hat dem stets widersprochen. Ebenso wies sie Spekulationen zurück, es könne sich um mehrere Tatorte gehandelt haben. Vielmehr seien alle Polizisten in unmittelbarer Nähe voneinander getroffen worden. Ansonsten sind die Medien in den folgenden Tagen bemüht, möglichst martialische Aussagen irgendwelcher Autonomer und die einschlägigen VS-Dossiers zu bringen, um den lieben Lesern eine Art Killermentalität der schwarzgekleideten und vermummten Demonstranten plausibel zu machen.

„Schüsse aus unserer Richtung, aber nicht von uns"?

So nervig es ist, immer wieder ins quasi kriminalistische Detail gehen zu müssen, weil es offenbar niemand anders für nötig hält, so bedeutsam ist der genaue Ablauf schließlich doch — nicht nur in bezug auf mögliche Strafverfahren gegen alle, die als Demonstrationsteilnehmer festgestellt werden konnten, sondern auch um eine politische Verantwortung oder Mitverantwortung der Startbahngegner erörtern zu können. Verantwortung heißt zunächst: Antwort(en) zu suchen und zu geben und nicht griffige Politiker-Sprüche abzusondern, deren Halbwertszeit desto kürzer ist, je schneller sie abgegeben werden.

Sprüche abzusondern, deren Halbwertszeit desto kürzer ist, je schneller sie abgegeben werden.

Achim Bender, Arbeiter, Abendschüler, BI-Mitglied aus Mörfelden-Walldorf und militanter Dauerdemonstrant (nicht nur) an der Startbahn West, hat in einem „taz"-Interview wie auch im Gespräch mit dem AK einen Bericht gegeben, der erheblich von den eingangs referierten Schilderungen abweicht. Um Beschönigungen der eigenen Rolle geht es nicht: Achim gehört zu denjenigen, die entschieden für Verantwortlichkeit, Selbstkritik und eine Änderung militanter Politik eintreten. Am Abend des 2.11. erlebte er den Zusammenprall zwischen der Polizei und den Demonstranten an der östlichen Barrikade (2). Nachdem die Polizei dort zwei-, dreimal zurückgeschlagen worden sei, so seine Beschreibung, hätten sich die Startbahngegner rasch zurückgezogen, um an dem Engpaß der Furt über den Vorfluter nicht in Bedrängnis zu geraten. Es sei an dieser Stelle eben bekanntermaßen ein gewisser Vorsprung vonnöten, damit nicht die Letzten an der Furt von den Verfolgern eingeholt werden. Achim jedoch rannte nicht mit, sondern verdrückte sich seitwärts, ließ die Polizei an sich vorbeiziehen und folgte ihr dann, um unmittelbar hinter der Furt zu dem Zug von Beamten zu stoßen (3).

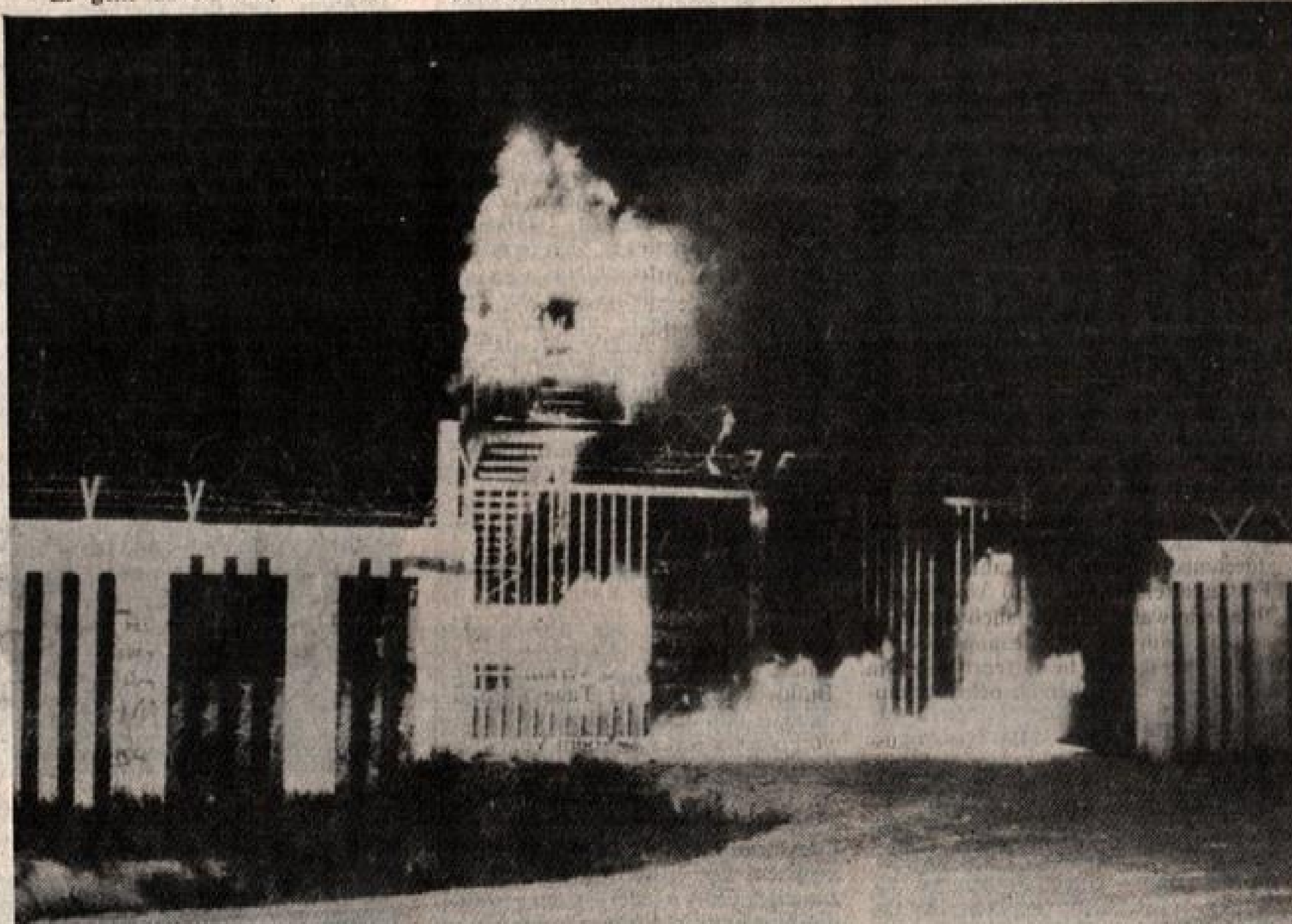
Dort, so sagt er, befinde sich ungefähr die Lichtgrenze der Scheinwerfer, die von der Startbahn herüberleuchten, und dort seien auch die Polizeieinsätze in der Regel zuende. Im Allgemeinen würden die Beamten noch die kleine Furt überschreiten, dann aber eine Verschnaufpause einlegen, um später im Bericht schreiben zu können, man habe den Startbahngegnern auf die Mönchbruchswiese nachgesetzt, was aber wegen der Dunkelheit und der weit auseinandergezogenen Flucht der Demonstranten meist als vergebens ausgegeben werde. Nach Achims Darstellung ist es Teil des Rituals, daß beide Seiten mehr oder weniger von einer Beendigung an dieser Stelle ausgehen.

Aber an diesem Abend merkte er, daß etwas nicht stimmte, um mit einem weiteren Blick zwei am Boden liegende Beamte zu sehen. Wie die herumstehenden Polizisten auch habe er zunächst nicht an etwas Ernsthaftes geglaubt. Dann aber seien die schweren Verletzungen im Bauch festgestellt worden. Er habe in die bleichen Gesichter geschaut und gespürt, „daß es aus mit ihnen war", daß ihr schwacher Überlebenskampf keine Chance mehr hatte. Er habe es trotzdem nicht für wahr halten können. „Das war ein Einschnitt."

Wenig später habe man den in die Brust geschossenen Verletzten an die gleiche Stelle herangetragen. Die ganze Polizistengruppe sei völlig verwirrt gewesen und habe nichts mehr unternommen, sondern sich zurückgezogen, nachdem die Verletzten von Ambulanzwagen abgeholt worden waren. Eine andere Formation sei jedoch vorbeigezogen und in die Mönchbruchswiesen vorgestoßen.

Achim will nun bei Ankunft an der Furt die Silhouetten der letzten Demonstranten weit entfernt am anderen Ende der Wiese, aber noch vor dem Gundbach, also an dessen nördlichem Ufer, wahrgenommen haben. Das Folgende sind Schlußfolgerungen, die er jedoch für sehr wahrscheinlich hält:

— Er geht davon aus, unmittelbar nach den Schüssen an der Furt angekommen zu sein.



nach den Schüssen an der Furt angekommen zu sein.

— Die schwerverletzten bzw. sterbenden Polizisten sind nicht mehrere hundert Meter weit über die Wiese geschleppt worden. Sie müssen also an dieser Stelle (3) oder in ziemlicher Nähe davon getroffen worden sein.

— Die „Nachhut" der Demonstration sei zum Zeitpunkt der Schüsse ca. 400 m entfernt gewesen.

Nach dieser Version könnte es so gewesen sein, daß die Schüsse nicht aus den letzten Reihen der Demonstranten abgegeben wurden, sondern aus einem Versteck in der Nähe der Furt, wo sich vereinzeltes Gebüsch, Baumgruppen und hohes Gras, aber kein Wald befindet. Der Schütze könnte davon ausgegangen sein, daß die Polizei wie üblich an dieser Stelle haltmachen würde, und er könnte genau diese Situation abgewartet haben.

Eine polizeiliche Verfolgung bis zum Gundbach sei erst *nach* den Schüssen aufgenommen worden und zwar durch eben jene *anderen* Polizisten, die an der Gruppe mit den Verletzten vorbeigezogen seien. Aus Berichten anderer Demonstrationsteilnehmer rekonstruiert Achim, daß es an der Gundbachbrücke (4) zu einer weiteren Konfrontation gekommen sei. Dort habe es wohl auch eine Megaphondurchsage gegeben, die er so wiedergibt, daß die Polizei darauf hingewiesen worden sei, man ziehe sich zurück und die Beamten sollten die Leute in Ruhe lassen. Das hätten sie dann auch getan. Jedenfalls liege dieser ganze Vorfall am Gundbach zeitlich eindeutig *nach* den Schüssen. Achim traf die Demonstranten erst in Mörfelden-Walldorf wieder, wo er ihnen berichtete, was er gesehen hatte. Sie hätten zu diesem Zeitpunkt noch nichts davon gewußt.

Die Darstellung des BI-Mitglieds wirft eine Reihe von Fragen auf. Zunächst ist nicht klar, um wieviel später als die Polizei Achim an der Furt ankam. Immerhin ist es möglich, daß dort wenige Minuten vor seinem Eintreffen noch Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei stattfanden. Denn man kann 400 m in sehr kurzer Zeit zurücklegen. Zweitens ist nicht ganz auszuschließen, daß die Schwerverletzten doch über eine größere Strecke zurücktransportiert wurden, obwohl die Erste Hilfe-Regeln das verbieten. Sollte diese Schilderung aber im Großen und Ganzen zutreffen, dann ist es ziemlich ausgeschlossen, daß die Schüsse wegen eines Hagels von Feuerwerkskörpern, Molotowcocktails und Leuchtspurmunition zunächst nicht auffielen. Denn ein solcher Hagel läßt sich aus 400 m Distanz nicht durchführen.

Andererseits ist es auch relativ unvorstellbar, daß die Polizei trotz der angeblichen Feuerwerkskörper, Molotowcocktails etc. stehenblieb und Helme und Schilde ablegte, wie in fast allen Zeitungsberichten erwähnt wird. Offenbar muß die Konfrontation doch mindestens deutlich abgenommen haben, bevor die Schüsse fielen. Jedenfalls findet die Tatortbeschreibung dieser dritten Version mehrfache Bestätigung. So ist es bei „FR" und „HR" ziemlich klar, daß sie in ihren ersten Berichten einfach den Vorfluter mit dem Gundbach und die Furt mit der Brücke durcheinandergebracht haben, ohne das später richtigzustellen. Auch gibt es die Darstellung eines Polizisten („Abendpost" v. 5.11.), der die am Boden liegenden Verletzten „einige Meter" hinter der ersten Barrikade nach der Startbahn (1) gesehen hat.

Boden liegenden Verletzten „einige Meter" hinter der ersten Barrikade nach der Startbahn (1) gesehen hat.

„Andere liefen zu ihnen, hoben sie auf, brachten sie aus der Kampfzone."

Sollten die Schüsse tatsächlich von einer Position nahe der Furt und bei „abnehmenden Kampfhandlungen" gefallen sein, so wäre eine Erklärung für die drei Widersprüche — kein Knall, kein Mündungsfeuer, keine Schmauchspuren an den Körpern — nicht undenkbar. Vielleicht ist ein Schalldämpfer benutzt worden. Erstaunlich wäre dann allerdings, daß ein solcher nicht gefunden wurde, während doch alles andere ganz schnell auftauchte.

Schüsse eines Durchgeknallten?

Noch in der Tatnacht, „beim Morgentee" bzw. um 6 Uhr morgens, nahm die Polizei den 33-jährigen Frankfurter Andreas E. in der Wohnung seiner Freundin fest. Auf einem Vordach fand sie einen Rucksack, der angeblich prall gefüllt war: Eine Pistole des Kalibers 9 „Sig-Sauer", wie sie von der Polizei verwandt wird, einschließlich eines mit fünf Schuß geladenen Magazins, dazu zwei leere Magazine, Leuchtspurmunition samt Abschußgerät, ein Paar Handschuhe, eine Strumpfmaske und drei Walkie-Talkies („Spiegel", 9.11.). Noch am 3.11. wurde bekanntgegeben, daß es sich um diejenige Dienstpistole handele, die einem Zivilpolizisten am 8.11.86 am Rand einer Großdemonstration gegen das Hanauer Atomzentrum entwendet worden war. Ebenso stehe fest, daß einer der beiden Polizisten mit dieser Waffe getötet worden sei. Einen Tag später gab der Sprecher des GBA bekannt, auch der zweite Todesschuß und die lebensgefährliche Brustverletzung seien aufgrund ballistischer Untersuchungen auf diese Pistole zurückzuführen. Schließlich wurden Schmauchspuren, wie sie bei der Verwendung scharfer Munition entstehen, an einem Handschuh nachgewiesen. Bei Andreas E. soll allerdings noch ein dritter Handschuh gefunden worden sein; dieser habe nicht im Rucksack gelegen, sondern sei neben anderen Kleidungsstücken in der Wohnung zum Trocknen aufgehängt gewesen.

Die Presse hatte ihren Täter. *„Das ist der Mord-Chaot"*, schlagzeilte die „Abendpost-Nachtausgabe" (5.11.) und deutete mit einem roten Pfeil auf ein Foto, das durch alle Medien ging. Immerhin mit einem Fragezeichen titelte „Bild" vom gleichen Tag: *„Ist er der Mörder von der Startbahn?"* Unter dem Foto heißt es: *„Stechender Blick, ein zynisches Lächeln um den Mund" (...)* Natürlich. *„Die Beweise lagen auf dem Vordach."* Volle Angaben des Namens, der Adresse und des Arbeitsplatzes von Andreas E. sowie der Anschrift seiner Freundin waren selbstverständlich. Nicht eine Stimme, nicht einmal die „taz" problematisierte, daß der Festgenommene als unschuldig zu gelten hat, bevor in einem rechtsstaatlichen Prozeß, wie es so schön heißt, ein Urteil gesprochen ist. Es gibt eben doch bemerkenswerte Unterschiede zu diversen Trägern des Ehrenworts in der Politik oder Großspendern in der Wirtschaft.

Das bundesdeutsche Aushängeschild an Seriosität, der „Spiegel", erschien am 9.11. mit einer typischen ersten Seite seines Politikteils: Foto von Andreas

an Seriosität, der „Spiegel", erschien am 9.11. mit einer typischen ersten Seite seines Politikteils: Foto von Andreas

E., Foto einer „Sig-Sauer"-Pistole, Foto eines Vermummten mit durchgezogener Zwille, angeblich an der Startbahn West aufgenommen, Überschrift in Zitatform: *„Wir machen Rambo auf links"*. Beabsichtigte Wirkung: Täter, Tatwaffe und „Umfeld" auf einen Blick. Drei Seiten später stellt sich dann, gewissermaßen im Kleingedruckten, heraus, daß die Überschrift dem Text eines Autonomen entnommen ist, der eine *Kritik* damit gemeint hat. Unter allgemeiner Berufung auf die Frankfurter Demoszene wird behauptet, Andreas E. gelte als „einer der härtesten Fighter" und sei „einfach durchgeknallt".

Die „taz" schrieb am 5.11.: *„Doch so verschwommen und unpräzise die offiziellen Äußerungen dazu bisher auch sind — daß der Todesschütze aus den Reihen der Startbahngegner kommt, ist mittlerweile unstrittig."* Dies erscheint unter der Überschrift *„Tatwaffe, aber noch keinen Täter"*. Täter unbekannt, aber Startbahngegner? Gegen die Erklärung des GBA, E. sei „nicht unbedingt" als „Einzeltäter" anzusehen, wohl aber als „Kernfigur", und man wisse, daß er „in starkem Maß in die Szene eingebunden war", baute die „taz" (6.11.) vorsorglich die Verteidigungslinie auf, er sei erst vor wenigen Jahren zur Bewegung gestoßen, sei relativ unpolitisch, lebe „brav und bürgerlich" und habe „kein einziges politisches Buch in seiner Wohnung". Kurzum: Die Szene begann allmählich, sich von dem vermeintlichen Monster abzusetzen. Cohn-Bendit schreibt im „Pflasterstrand" (Nr. 275), er wisse nicht, ob E. der Todesschütze sei. Und wenig später: Er *„verdient den Schutz seiner Szene, auch wenn man sich leidenschaftlich von einer solchen Tat distanziert."* Nach der von Karl Kraus und Gremliza geforderten sprachlichen Genauigkeit kann das nur bedeuten: auch wenn man sich leidenschaftlich von *seiner* Tat distanziert. Denn nur wenn E. als schuldig angenommen wird, gibt es einen Widerspruch zwischen der Distanzierung von der Tat und einem wie immer gearteten nicht-im-Stich-Lassen des Beschuldigten.

Gegen E. wurde Haftbefehl verhängt. Den schnellen Fahndungserfolg erklärte die Frankfurter Polizei damit, daß sie „ihre Pappenheimer" eben kenne. Vier weitere Festgenommene aus dem angeblichen Bekanntenkreis von E. wurden wieder freigelassen. Dabei wurde bekannt, daß die Bundesanwaltschaft seit geraumer Zeit ein Ermittlungsverfahren gegen E. wegen der Teilnahme an Strommastaktionen führt, was seit den Gesetzesverschärfungen von Anfang 1987 den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach §129a begründet. E. werde verdächtigt, den „revolutionären Heimwerkern" anzugehören. Anscheinend geht es um das Fällen zweier Strommasten im Juli/August 1986 in Mörfelden-Walldorf und Dreieich. Vermutlich bei der letztgenannten Aktion war eine Frau, die jetzt ebenfalls kurzfristig festgenommen wurde, durch einen Lichtbogen schwer verletzt worden — ein Unfall, der zu starker Verunsicherung in südhessischen BI-Kreisen geführt hatte.

Schließlich war E. im Oktober letzten Jahres beim Passieren der deutsch-französischen Grenze Straßburg/Kehl zusammen mit einem Freund festgenommen worden. Wie es jetzt in Zeitungsberichten heißt, habe man im Kofferraum des Wagens Feuerwerksmunition („pyrotechnische Gegenstände") gefunden; daraufhin habe E. zwei Wochen, sein Freund sechs Wochen in Haft gesessen. Wohnungsdurchsuchungen bei den beiden hätten Werkzeug zum Fällen von Strommasten — was immer dafür gehalten wird — und Skizzen einer solchen Aktion zutage gefördert. Aus unerfindlichen Motiven, sicher aber nicht zum Schutz vor Vorverurteilungen hat die Bundesanwaltschaft der Presse nicht den wahren Haftgrund vom Oktober '86 genannt: Den beiden wurde der Versuch vorgeworfen, sog. Präzisionszwillen in die BRD einzuführen. E. soll noch ein weiteres Verfahren wegen Landfriedensbruchs an der Startbahn am Hals haben. Insgesamt soll er „seit langem der Polizei bekannt" („FAZ") gewesen sein bzw. „seit KBW-Zeiten" („FR"). Mal heißt es, er sei 1978 erstmals aufgefallen, mal bereits 1974.

Am 6.11. meldeten die Boulevardblätter auf den Titelseiten *„Morgens ins Büro, abends zum Terror"* („Abendpost") und *„Polizistenmorde — 1. Geständnis"* („Bild"), jeweils wieder mit Portraitfotos. Die Springerzeitung behauptete, E. habe zugegeben, *„die Mordwaffe bei sich gehabt und in die Wohnung seiner Freundin gebracht zu haben."* Eine Woche später heißt es zum selben Punkt im „stern" (12.11.): *„E. bestreitet, der Mörder zu sein: ,Ich habe nicht geschossen. Irgendein Fremder hat mir*

„stern" (12.11.): „E. bestreitet, der Mörder zu sein: ,Ich habe nicht geschossen. Irgendein Fremder hat mir

auf der Demo den kompletten Rucksack in die Hand gedrückt.'" Für diese Behauptung spricht immerhin, daß es eine unbegreifliche Dreistigkeit gewesen wäre, wenn jemand nach Abgabe tödlicher Schüsse die Waffe auch noch mit nach Hause, bzw. noch schlimmer: zu seiner (hochschwangeren) Freundin, genommen hätte. Auch die Handschuhe mit Schmauchspuren, die nach Ansicht des GBA E.s Täterschaft beweisen, könnten ihm auf diese Weise zugesteckt worden sein.

Während die „FR" am 10.11. noch spekulierte, ob E.s Aussagen zur Übergabe des Rucksacks vielleicht weitere Personen belasteten, meldete „Bild" bereits, die Polizei suche jetzt einen zweiten Mann. *„Er soll E., nach dessen Aussage, die Todeswaffe zugesteckt haben."* Einen Tag später wurde der Name des zweiten Verdächtigen mit Frank H. (24 J.) angegeben; er komme aus Mörfelden-Walldorf und sei flüchtig. *„Der Gesuchte hielt sich nach Angaben (des GBA-Sprechers) am 2. November zusammen mit E. am Tatort auf. In polizeilichen Vernehmungen habe E. angegeben, die Tatwaffe von H. erhalten zu haben."* („FAZ", 11.11.). Der GBA gehe jedoch weiter davon aus, *„daß E. die Schüsse abgegeben habe. ,Es besteht jedoch der dringende Verdacht, daß dies in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit dem Beschuldigten H. geschehen ist.'"* („Hamburger Abendblatt", 11.11.) Ein Fahndungsfoto wurde veröffentlicht.

Gleichzeitig zur Bekanntgabe dieses sog. „Komplizen" behaupteten die staatlichen Stellen, schweres Belastungsmaterial gegen beide Personen gefunden zu haben. Ein Schlüssel in der Wohnung von E.s Freundin habe sie zu einem Bankschließfach geführt, in dem man eine „Killerliste" entdeckt habe: 35 handschriftlich von E. notierte Namen von Firmen, Managern und Bankiers, alle mit den Anfangsbuch-



Räumung des Hüttendorfs für die Startbahn West. So war das vor sechs Jahren.

staben A und B; auf diese Personen seien wahrscheinlich Anschläge geplant gewesen, meinte die Polizei laut „Bild" (10.11.). Bei weiteren Papieren habe es sich ebenfalls um *„von E. handgeschriebene (!) Bekennerschreiben"* für drei „gelungene Anschläge" gehandelt, jeweils unterschrieben mit *„Autonomes Zellenkommando Joschka Fischer"*. Diese phantasievolle Darstellung wird von anderen Organen nicht bestätigt. Das „Hamburger Abendblatt" (11.11.) spricht von maschinengeschriebenen Selbstbezichtigungsschreiben. Vielleicht waren es auch Drucksachen? Die „FR" schreibt: *„Die Bezeichnung ‚Killerliste' für das aufgefundene Schriftstück nannte (der GBA-Sprecher) ‚völlig falsch'."*.

nannte (der GBA-Sprecher) ‚völlig falsch'.".

In H.s Wohnung soll „ein von ihm verfaßtes Schreiben" zur *„Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes an der Startbahn West gegen die Polizei"* gefunden worden sein. *„Laut Bundesanwaltschaft meint H. damit ausdrücklich den Kampf mit Pistolen und hält es für möglich, ‚die Startbahn zum Kippen zu bringen, wenn wir (...) Bullen töten'."* („FAZ", 11.11.) Dies klingt in der Tat durchgeknallt, und zwar reichlich. Trotzdem ist nicht ganz auszuschließen, daß solche Papiere ihren Weg auf ähnliche Weise zu den beiden fanden wie, nach E.s Darstellung, die Tatwaffe.

Schüsse unter Observation?

Am 6.11. berichtete die „FR", E. sei bereits seit Monaten *„von der Polizei regelmäßig beschattet"* worden. Über eine Beobachtung während der Ereignisse des 2.11. sei dem GBA jedoch „nichts bekannt". Einen Tag später behauptete die Zeitung ebendies: „Aus zuverlässigen Kreisen im Frankfurter Polizeipräsidium" habe sie erfahren, daß die Polizei *„bereits von einem geplanten Anschlag an der Startbahn West gewußt habe, bevor dort am Montag die tödlichen Schüsse (...) fielen."* Der Sprecher des GBA dementierte und bekräftigte sein Dementi nach Rücksprache mit dem Präsidium: *„Weder bei der Bundesanwaltschaft noch bei der Einsatzleitung noch sonst wo ist ein solcher Sachverhalt bekannt."* Am 9.11. vermerkte die „FR" ein weiteres Dementi des GBA-Sprechers. Am 11.11. sah sich die Zeitung bestätigt. Die Karlsruher Behörde gab zu, daß das Telefon der Freundin von E. seit Anfang Oktober abgehört worden sei. Gegen 16.50 Uhr am Tattag sei ein Ferngespräch E.s mit einem Unbekannten abgehört worden.

Es sei von Örtlichkeiten, aber nicht von einer Aktion die Rede gewesen. Die Polizei habe dennoch gemutmaßt, eine Aktion gegen einen Strommast stünde bevor. Deshalb habe man gegen 19 Uhr vor der besagten Wohnung eine Observierung aufgebaut; zu diesem Zeitpunkt sei E. jedoch bereits unterwegs gewesen. Die Beobachter hätten ihn gegen 22 Uhr zurückkommen gesehen, aber mit der Festnahme noch acht Stunden gewartet, weil sie hofften, daß noch weitere Personen eintreffen würden. Die Rundschau blieb hartnäckig. Am 12.11. berichtete sie, die Frankfurter Polizeiführung habe den Hinweis aus der Telefonüberwachung „so vage" gefunden, *„daß kein Zusammenhang mit einem geplanten Anschlag im Mörfeldener Wald hergestellt werden konnte."* In dem Gespräch zwischen E. und dem Unbekannten sei von einer „Spinnenbrücke" als Treffpunkt die Rede gewesen. Dieser Name sei der Polizei unbekannt gewesen, und er sei auch nicht mit der „Wegespinne" in Zusammenhang gebracht worden, in deren Nähe dann die Schüsse gefallen seien. *„Der Polizeivizepräsident erläuterte, nach diesem Sachstand habe die Polizei die Passage aus dem abgehörten Telefonat mit geplanten Ereignissen für diesen Abend an der Startbahn nicht mehr in Verbindung gebracht."*

Am nächsten Tag sah es schon wieder anders aus. Die Polizei hatte aufgrund des Telefonats eben doch mit einem Anschlag am 2.11. gerechnet; sowohl das Präsidum als auch die Einsatzleitung vor Ort hätten wegen der einschlägigen Ermittlungen gegen E. das Umsägen eines Strommasts für möglich gehalten. Aufgrund dieser Vermutung habe die Polizei *„die falsche ‚Wegespinne' an der Startbahn"* observiert. In der Nähe der RWE-Trasse, also an den Strommasten, sei „Polizei ständig präsent" gewesen, nicht aber an einer Wegegabelung am Rand der Mönchbruchwiesen (gemeint ist offenbar der Südrand, also ungefähr Punkt 4 unserer Skizze), wo der

ist offenbar der Südrand, also ungefähr Punkt 4 unserer Skizze), wo der

Schütze *„aus einer Entfernung von etwa 300 Metern auf die Beamten"* geschossen habe. *„Trotz der Distanz konnte er schon wegen des Vollmond-Lichtes die Polizistenreihe in dem Wiesengelände ausmachen."* („FR", 13.11.) Die Rundschau gibt die Forderung des Personalratsvorsitzenden der Frankfurter Polizei, Koppmann, nach lückenloser Aufklärung der ganzen Geschichte wieder und beklagt die Informationspolitik des Präsidiums, das doch nach allem, was man wisse, durchaus umsichtig gehandelt habe. Festzuhalten bleibt, daß sowohl die Bundesanwaltschaft als auch das Polizeipräsidium eine Woche lang alles versucht haben, um die Öffentlichkeit in einem sehr wichtigen Aspekt zu täuschen.

Am (vorläufigen) Ende scheint ausgerechnet die letzte Version die unwahrscheinlichste zu sein. Wie soll jemand aus 300 Metern Entfernung mit einer Pistole derart häufig und verheerend treffen können? Das ist schon bei den anfangs behaupteten 150 Metern so gut wie ausgeschlossen. Hinzu kommt, daß in jener Situation angeblich noch massiv Feuerwerkskörper und Molotowcocktails eingesetzt worden seien, deren Werfer dann ja zwischen dem Schützen und seinen Opfern gestanden haben müßten. Hier paßt nichts mehr zueinander, und wenn die Polizei behauptet, aufgefundene Patronenhülsen machten diese Entfernung zwingend, dann ist eher zu befürchten, daß Spuren verwischt werden.

Umso verhängnisvoller ist es, daß von Andreas E. *über seinen Anwalt* zwei Wochen nach dem Geschehen noch keine einzige Stellungnahme bekannt geworden ist, und daß die BI mit wenigen Ausnahmen ängstlich schweigt, während eine Reihe von Leuten offenbar längst bei der Polizei ausgesagt hat. Unter diesen Umständen gelingt es der Bundesanwaltschaft mithilfe der Medien mühelos, gestern einen Mörder, heute einen Komplizen, morgen einen Rucksackträger, hier ein „Kommando Joschka Fischer", dort eine kriminelle Bürgerinitiative, revolutionäre Heimwerker, Feierabendterroristen, Bekennerschreiben usw. nach Belieben zu präsentieren und wieder fallenzulassen, wenn die jeweiligen Verdächtigungen ihren Zweck erfüllt haben oder nicht mehr zu halten sind. Mit diesem Wechselbad von Drohungen, Angeboten zur Strafmilderung bei Zusammenarbeit mit den Behörden, Repression und Desinformation wurde Anfang der achtziger Jahre bereits der „schwarze Block" in Frankfurt zerschlagen, der damals mit Hausbesetzungen Furore gemacht hatte. Auch damals haben es die Betroffenen versäumt, eine linke Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Diesmal geht es um ungleich mehr. Die Methoden, mit denen heute die Autonomen nicht nur im Rhein-Main-Gebiet zerschlagen werden sollen, sind den Geheimdiensten abgeguckt, als deren oberster Statthalter in der Justiz sich Rebmann versteht. Kurz: Wir werden manipuliert.

Was zu beweisen war.

de.

Vom Recht der Polizei auf Friedensdienst

Die Sprache der „Inneren Sicherheit" hat nach den Schüssen von Frankfurt einen bemerkenswerten neuen Ton: Vom „Friedensdienst der Polizei" sprach Wallmann bei der Trauerfeier im Frankfurter Dom; vom „Recht der Polizei, ihre Aufgabe auch mit dem Schutz des Gesetzes wahrnehmen zu können", der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Gregg im „Spiegel". Junge PolizistinnEn klagten im Frankfurter Dom: *„Warum dienen wir anderen Menschen als Feindbild? Wir wollen doch — wie alle — den Frieden im Innern und draußen in der Welt"*.

Eine Eskalation des inneren Friedens droht. Rechtsfreie Räume sollen beseitigt, das Staatsmonopol auf Gewalt gefestigt werden. Der autoritäre Rechtsstaat rüstet nach, aktuell allerdings nicht mit dem Knüppel, sondern mit der Moral. Mit dem Rückenwind der Empörung über die Schüsse von Frankfurt sehen die klügeren Strategen der „Inneren Sicherheit" die Chance, nach der inzwischen nahezu vollzogenen Integration der GRÜNEN nun auch die radikale Linke zum Kniefall vor dem Dog-

GRÜNEN nun auch die radikale Linke zum Kniefall vor dem Dog-

ma der Gewaltlosigkeit zu zwingen und ihre Zersetzung zu fördern. Die Linke selbst soll die „Gewalttäter isolieren" — andernfalls kann man auch anders, wird auch schon mal anders gehandelt, wie Reb- und Zimmermänner aller Parteien demonstrativ signalisieren. Die Drohung ist die Grundlage des Angebots.

Sehen wir uns das Spielchen an.

F.

Am 2. Dezember, so verkündete das Bundeskabinett zwei Tage nach den Schüssen an der Startbahn, will es sich von einer sofort nach dem Vorfall eingerichteten ad-hoc-Arbeitsgruppe Bericht erstatten und Vorschläge unterbreiten lassen. Auf dieser Grundlage sollen dann entsprechende Beschlüsse über „administrative Konsequenzen" gefaßt werden.

Seitdem und bis dahin rotiert die Propagandamaschine auf allen Etagen des bürokratischen Föderalismus, ohne wesentlich anderes als wehrhafte Demagogie zu produzieren, dies aber kräftig. Es mischen mit: Die hessische Polizeiführung, Landesregierung und der hessische Landtag, laut Bundesregierung in dieser Sache das wichtigste Organ, die Innenministerkonferenz als Geister-Exekutive ohne Verfassungsrang, die ParteirednerInnen in der Bundestagsdebatte, die Fensterprediger beim quasi-Staatsbegräbnis im Frankfurter Dom, die „Polizeipraktiker" bei Anhörungen im Bundesinnenministerium und — wie immer — über allen: Generalbundesanwalt und BKA, die den Fall sofort nach § 129a an sich zogen und seitdem versuchen, eine „kriminelle Vereinigung" als Täter zu konstruieren, die sich angeblich wie der Fisch im Wasser in einer militärisch organisierten autonomen Szene bewege.

Sie sei Rekrutierungsfeld der RAF, läßt die „FAZ" seitenlang einen Bullen aus dem VS-Körbchen plaudern. 11.000 Militante hat der „Spiegel" im engeren Umkreis der Autonomen gezählt. Eine „Blutspur" von der RAF bis in die Hamburger Hafenstraße entdeckte A. Dregger. Wer Bulle sagt, schießt auch, las mensch in der „Zeit".

Wenn auch nicht immer so grobschlächtig: Die Schuldzuweisung ist perfekt und allgemein, noch bevor Tatsachen über den Ablauf der Ereignisse vorliegen. Das galt nicht nur für die Vorverurteilung A. Eichlers als „Mutmaßlichem". Das gilt durchgängig für den „schwarzen Block", dem die schrillste Stimme von links in diesem Konzert, die GRÜNE Abgeordnete W. Schoppe, „Verrat an der gewaltfreien Politik" vorwarf und sie vom Bundestag aus aufforderte, ihre Zwillen wegzuwerfen und die Gesichtsmasken abzureißen.

Den vorläufigen Höhepunkt, von der Bundesregierung vorher zur Grundlagendiskussion für die eigene Entscheidungen erklärt, bildete die Landtagsdebatte in Hessen. Erstaunlich lapidar meldete die „FAZ": *„In Wiesbaden sind sich die Parteien einig im Ziel — uneins über den Weg"*. Im Text wird der Konsens präzisiert: Bei der Diskussion um die Konsequenzen aus den Frankfurter Schüssen *„waren sich alle vier Parteien darin einig, daß die ‚Eskalation der Gewalt' ein Ende haben müsse."* Erstaunlich lapidar, sage ich, denn „alle vier Parteien", das schließt auch die GRÜNEN mit ein. Das aber ist ja doch ein recht beachtlicher Konsens! Wahrlich ein historischer Augenblick, der auch in der „FAZ" mehr Anerkennung verdient hätte! Das letztenmal kam eine solche Einigkeit der Demokraten unter Bundeskanzler Schmidt während der Schleyer-Entführung zustande!

Aber wer bei Papa zu Tisch will, muß sich eben erst die Hände waschen: Man ist sich ja allerseits einig in der moralischen Tabuisierung der Gewalt, wenn sie nicht vom Staat monopolisiert und kontrolliert wird. Man ist sich ja einig in der Kampagne gegen den „schwarzen Block". Man will ja auf allen Seiten aus der Vergangenheit lernen, daß Gewalt kein Mittel der Politik sein kann und darf. Den Haß zu überwinden, sagte Wallmann vor den 20.000 PolizistinnEn in Frankfurt, sei eine Aufgabe für alle. *„Wer Terrorismus wünsche oder einen Unterschied zwischen krimineller und politischer Gewalt mache, habe aus der Vergangenheit keine Lehre gezogen."* Die Politiker hätten die Pflicht, die Polizei so auszubilden und auszurüsten, daß sie ihren Friedensdienst tun könnten, auch gegenüber Personen, die den demokratischen Staat als handlungsunfähig hinstellen wollten. Es gelte vor allem „die geistige Vermummung" zu bekämpfen, forderte sein Stellvertreter Gerhardt (FDP) im Landtag. Nötig sei der Abbau von Feindbildern, wenn auch die „begrenzte Regelverletzung" zulässig sein müsse, ergänzte schließlich J. Fischer.

Als er aber um Vermittlungsgespräche mit Polizeipräsident Gemmer, mit dem Landesvorsitzenden der GdP, Koppmann ersuchte, mußte er eine bittere Absage hinnehmen. Gemmer wies auf die umzeterten Äußerungen J. Ditfurths zum staatlichen Terrorismus hin, auf T. Ebermanns Weigerung, den nach Frankfurt formulierten Fahndungsaufruf der GRÜNEN Bundestagsfraktion mitzutragen. Gemmer ließ die Presse wissen, er sei jederzeit offen für diese Art von Kontakten. Ein Zusammentreffen mit den GRÜNEN, zu denen auch Ebermann gehöre, sei so kurz nach dem Tode der beiden Beamten jedoch nicht möglich. Nach der Lektüre der Tagespresse sei er zu der Erkenntnis gekommen, daß die GRÜNEN immer noch ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt hätten.

Auch Koppmann begrüßte grundsätzlich die Kontakte, *„wies aber daraufhin, daß nach seiner Einschätzung die hessischen Polizeibeamten seiner Zusage zu diesem Zeitpunkt mit Unverständnis begegnet wären."* (FR, 6.7.)

Wer die Ohren noch zum Hören und den Kopf noch zum Denken, statt zum Moralisieren und Tabuisieren benutzt, hätte es wissen können: Innenminister Zimmermann hatte schon nach W. Schoppes Abrüstungs-Aufruf eine Woche zuvor erklärt, solange J. Ditfurth ihre Äußerungen nicht zurückgenommen habe und solange Ebermann jetzt vor einer Pogromstimmung warne, seien die GRÜNEN aufgefordert „ihr Verhältnis zur Gewalt zu klären". (taz, 6.11.)

Weit entfernt davon, individuelle, auch nur aktuelle Positionen zu sein, liegen die Positionen Gemmers und Koppmanns auf der *allgemeinen* Linie, mit denen die Innenbehörden z. Zt. denAnbiederungsversuchen der GRÜNEN begegnen: Der Tisch bleibt gedeckt, aber nur für saubere Händchen. Diese Manöver dienen erstens der weiteren Abrüstung der GRÜNEN selbst. Zweitens sind sie der Versuch, die GRÜNEN, solange es noch geht, zum Transportriemen für politische Entwaffnung und Aufweichung der radikalen Szene zu machen.



Befriedung ist Trumpf

Bleiben wir noch im Herzen der Polizei. Was wird gewünscht? Womit sollen wir dienen? Die „FR" wußte in ihrem Lokalteil zu berichten: H. Koppmann habe an die „furchtbaren Ereignisse am Montag" eine „ganz große Hoffnung" geknüpft: *„Vielleicht haben die Bürger aus Walldorf und Mörfelden jetzt erkannt, daß sie nur allzuoft die Kulisse und den Schutz für jene geboten haben, denen es nur auf Terror und Gewalt ankam. Wenn diese Leute nicht mehr zum sog. Sonntagsspaziergang kämen, wäre ein ganz wichtiger Beitrag zur Befriedung geleistet. Dann wäre denen, die sogar bereit sind, zur Schußwaffe zu greifen, das Nest entzogen, in das man sich flüchten kann."* Gewalt lasse sich nicht mit polizeilichen Mitteln allein verhindern.

Fortsetzung nächste Seite

Ein Schuß ...

Koppmann spricht aus, was alle, alle sich wünschen, die jungen PolzistinnEn bei der Frankfurter Trauerfeier nicht anders als der Bundeskanzler und J. Fischer. Aber damit er nicht mißverstanden werde, fügte Koppmann noch hinzu: *„Friedlicher Protest und gewalttätige Militanz müssen auseinanderdividiert werden — mit Hilfe derjenigen, die Demonstrationen organisieren. Schon die Beleidigung eines Polizisten und der Vergleich mit einem Tier ist ein Ausdruck von Gewalt."* Sein Bundesvorsitzender Lutz verlieh dem allzu nackten Appell noch ein wenig rechtsstaatlichen Nachdruck: Von künftigen Demonstrationsveranstaltern erwarte die GdP „daß ihre Reihen für kriminelle Chaoten geschlossen bleiben." Sonst drohten dem Demonstrationsrecht schwere Gefahren.

Tiefe Sorge um den Rechtsfrieden trieb auch den Hamburger VS-Mann Lochte (CDU) wieder einmal in die erbitterte Konfrontation mit seinem eigenen Klüngel, sowohl in der CDU als auch im Amt. Es heißt, sein Innenminister und Parteifreund Zimmermann habe sich sehr verärgert über ihn gezeigt. Entgegen den Thesen der Bun-



desanwaltschaft nämlich qualifizierte

desanwaltschaft nämlich qualifizierte Lochte die Frankfurter Schüsse im Fernsehen und in einem Interview in der „taz" als Tat eines Einzeltäters, die sich nicht ohne weiteres wiederholen werde. Schußwaffen gehörten nicht zum Handwerkszeug der Szene, meinte er. *„Ich gehe davon aus, daß in dem Fall, daß drei oder vier Leute sowas* (wie in Frankfurt — AK) *vorhaben und sie es den anderen unterbreiten würden, würden die doch auseinandergenommen werden. Die ‚Profis' unter den Autonomen würden doch sagen, der oder die haben nicht mehr alle Tassen im Schrank."*

Da hüpft auch manches Szene-Herz. Danke, Christian, mit dir kann man reden! Der Mann scheint seine Steuergelder wert, für uns jedenfalls. Nur, warum ist er trotz seiner wiederholten Querdenkerei immer noch Chef des Hamburger VS? Schauen wir uns den zweiten Teil seiner Aussage an, dann wissen wir es:

Frage: Glauben Sie, daß es in der Szene Konsequenzen aus den Frankfurter Schüssen geben wird? Lochte: *„Ich hoffe, daß es deutlich dahin führt, daß die Gewalt abnimmt. Mißtrauisch macht mich, daß nun schon betroffene autonome Gruppen sagen, es war keiner von uns. Und darüberhinaus erklären, sowas kann nur eine Provokation gewesen sein. Damit streifen sie alle Verantwortung von sich ab, und da sehe ich natürlich schwarz. Denn eins muß ich sagen und das müssen sich die anderen autonomen Gruppen zuordnen lassen: Wer als Haßkappenfraktion sprachlich skandierend auf Demonstrationen so viel Haß predigt, insbesondere gegenüber der Polizei und auch so militant gegen die Polizei vorgeht, nicht nur Steine wirft, sondern auch mit Leuchtmunition und Gasgranaten schießt, darf sich nicht wundern, wenn irgendein Anhänger das dahingehend interpretiert, daß es auch erlaubt sei, eine Waffe zu nehmen und zu schießen. Und insofern spreche ich da eindeutig von einer politischen Verantwortung, die die Autonomen da haben. Ich setze eigentlich darauf, daß diese Diskussion auch bei den verschiedenen autonomen Gruppen jetzt stattfinden wird"* (taz, 5.11.) — nachdem sie bei den GRÜNEN und ihrem Umfeld zu so einem erfolgreichen Ende gekommen ist, möchte

mensch diesem Satz hinzufügen. Etwas

mensch diesem Satz hinzufügen. Etwas anderes kann dieses kleine verräterische „auch" kaum bedeuten.

Staatsschutz bleibt Staatsschutz. Oder ein bißchen rustikaler: Schnüffler ist Schnüffler. Mißverstehen kann solche Mimikri nur, wer ihre Ziele teilt, nämlich den Staatsschutz. Für alle anderen ist klar: Auch Lochte zielt auf Abrüstung und Zersetzung der Szene. Damit steht er hundertprozentig im gegenwärtigen Konsens der „Befriedung mit unserem rechtsstaatlichen Instrumentarium", wie es Hamburgs Innensenator Lange z. B. nennt, wenn er den Bewohnern der Hafenstraße mal wieder mit Maßnahmen droht. Weil weniger plump als die der Reb- und Zimmermänner, könnten Lochtes Pfeile sich tiefer bohren. Arbeitsteilung nennt mensch das gewöhnlich.

Die Differenzen

Umstritten sind zwischen den Parteien, unter den Innenministern und „Sicherheitsexperten" die Forderungen nach schärferen gesetzlichen Maßnahmen, die vom Zimmermann-Ministerium namens der CDU/CSU vorgetragen werden. Es sind jene Forderungen, die die Scharfmacher-Riege von CDU/CSU seit Jahren, mensch möchte sagen: seit Jahrzehnten bei jeder passenden Gelegenheit aus dem Gepäck zieht.

— Bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe für sog. Vermummung. Bisher galt Vermummung als Ordnungswidrigkeit, die mit Geldbußen geahndet wurde. Nach dem neuen Gesetz dürfte sich die Polizei für verpflichtet erklären, entsprechend dem Legalitätprinzip gegen jede/n DemonstrationsteilnehmerIn vorzugehen, die ihr Gesicht verhüllt.

SPD-Kritik daran, meinungsbildend vorgetragen vom nordrhein-westfälischen Innenminister Schnoor: Durch ein solches Gesetz werde der taktische Spielraum der Polizei eingeengt. Rechtliche Bedenken, die gegen die Beschneidung der grundgesetzlich garantierten Persönlichkeitsentfaltung aus den Reihen der FDP vorgebracht werden, spielen für die Debatte keine Rolle. Justizminister Engelhardt hat die Öffentlichkeit auch wissen lassen, daß dies für die FDP keine Frage der „prinzipiellen Liberalität", sondern der Effektivität sei.

— Strafbarkeit aller TeilmehmerInnen einer Demonstration wegen Landfriedensbruch, die sich aus einer von der Polizei als gewalttätig bezeichneten Demonstration trotz Aufforderung nicht entfernen. Ein einzelner Steinwurf könnte damit ausreichen, eine Demonstration aufzulösen.

Zusätzlich fordern CSU-„Experten" noch die Einführung des sog. Haftgrundes der Wiederholungsgefahr, der bei der zweiten Festnahme zwangsweise eine Verhaftung nach sich ziehe. Dies sei notwendig gegen reisende Gewalttäter.

— Vorbeugehaft für alle „polizeibekannten gewalttätigen Demonstranten" auf der Grundlage einer bundesweiten Melde-Datei.

— Telefonüberwachung auch gegen LandfriedensbrecherInnen.

SPD und auch die GRÜNEN lehnen die Maßnahmen ab. Die SPD wiederholt ihre bekannte Position, die bestehenden Gesetze reichten. Sie müßten nur besser ausgeschöpft werden. Die Schüsse von Frankfurt hätten die politische Situation nicht qualitativ verändert. Dies sei die Stunde der Fahndung, nicht schärferer Gesetze usw. Diese Position teilen inzwischen ja auch die GRÜNEN, die Zimmermann in ihrer ersten Fraktionserklärung zur

auch die GRÜNEN, die Zimmermann in ihrer ersten Fraktionserklärung zur Fahndung aufforderten.

Die FDP gibt sich aufrichtig liberal: wiedersprüchlich nach allen Seiten, nicht festlegbar, offen für die „politischen Notwendigkeiten" und „Ratschläge der Polizeipraktiker". Im übrigen verweisen FDP-Spitzenfunktionäre auf die Beschlüsse des letzten Parteitags gegen die Einführung eines Vermummungsverbots uam., wenn sie auch zugleich betonen, daß die Abgeordneten nicht an ein imperatives Mandat gebunden seien.

Gegen die Stimmen der SPD-regierten Länder legte die Innenministerkonferenz als Beschluß vor:

— Die Beschleunigung „organisatorischer, polizeitaktischer und logistischer Maßnahmen": Innerhalb der nächsten drei Jahre sollen danach besondere „Festnahme- und Beweissicherungseinheiten" aufgestellt werden. Für Bayern verkündete Scharfsekretär Gauweiler bereits Vollzug. 400 bis 500 speziell ausgebildete und ausgerüstete Polizisten würden ab sofort aufgestellt. Darüberhinaus sollen im Vorfeld von Wackersdorf-Demonstrationen ab sofort schärfere Kontrollen durchgeführt werden. Hessen will 100 weitere Polizisten einstellen.

— Verbesserte Ausrüstung (Film-, Foto-, Tonaufnahmen) für die polizeilichen Beweissicherungstrupps bei Demonstrationen, neue Einsatzgeräte, inklusive schlag- und kugelsichere Westen, Langschilde und Kommunikationsmittel.

— Die Einführung von Bürgerkriegswaffen, sog. Distanzwaffen, Gummischrotgeschosse und Gasgranatenwerfer. Zimmermann erklärte, daß die Forschung inzwischen weit genug sei, um die Einführung dieser Waffen zu ermöglichen.

„Westfälische Linie"

„Westfälische Linie"

Die CDU/CSU-Forderungen sind alles andere als neu. Ebensowenig die Argumente der FDP und SPD. Frisch im Geschäft, wenn auch noch nicht ganz hoffähig, sind nur die GRÜNEN. Seit Monaten wird in Polizeikreisen, speziell unter den Innenministern über das Thema der Polizeistrategie bei Großdemonstrationen debattiert, nach „neuen Polizeikonzepten" im „Übergang von den 80er zu den 90er Jahren" gesucht. Die von der Innenministerkonferenz beschlossenen konkreten Maßnahmen machen bisher ausschließlich aktuelle Nachrüstungs-Maßnahmen der Länderpolizeien deutlich, die auch ohne die Frankfurter Ereignisse schon auf ihrer Tagesordnung standen. Niemand braucht sich da eine aktuelle Verantwortung für Verschärfungen einreden zu lassen. Die Schüsse von Frankfurt geben allerdings den propagandistischen background ab, den beabsichtigen Sprung in die 90er Jahre politisch günstig zu verkaufen.

Ich will hier nicht auf Details eingehen. Ein paar Hinweise mögen für's erste genügen:

— Anfang April dieses Jahres führte die Polizei-Führungsakadamie Münster eine Arbeitstagung zur polizeilichen Strategie gegen Großdemonstration durch, Thema: „Verhinderung von Gewalt — die Polizei in der Offensive", begleitet von entsprechenden großangelegten Feldanalysen zum Problem der Gewalt bei Großdemonstrationen. Die aktuellen Veröffentlichungen der polizeilichen Fachpresse sind gefüllt mit den Ergebnissen dieser Analysen und dem Versuch, daraus neue polizeiliche Handlungskonzepte zu entwickeln.(Siehe dazu „Die Polizei", 10/87 und „PFA, Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie, Münster", 3/87, beides soeben erschienen.)

— Der „Spiegel" vom 19.10. veröffentlichte Auszüge aus dem Arbeitsbericht eines Arbeitsstabes der Innenministerkonferenz der Länder über *„Polizeieinsätze bei Großdemonstrationen"*, der offenbar aus derselben Ecke kommt wie die eben zitierten Veröffentlichungen. Tenor: *„Polizei-Experten der Länder plädieren für einen liberaleren Umgang mit Demonstranten."*

Tatsächlich werden sowohl in den Polizeiveröffentlichungen als auch in den „Spiegel"-Auszügen die Erfolge der bisherigen „Befriedungsstrategien" einer Prüfung unterzogen. Fazit: Das *„Phänomen der Polarisierung"* sei außerordentlich besorgniserregend. Die Polizei müsse in der Darstellung ihres Auftrags gegenüber der Öffentlichkeit neu in die Offensive kommen. Sie sei in der zurückliegenden Zeit in die Falle der *„Provokationsstrategie"* der *„Störer"* gelaufen. *„Die Taktik der extremen Gruppen (...) hat sich bewährt. Die Polizei hat sich in der gewünschten Weise verhalten und ist damit — ungewollt — zum Helfer der Störerstrategie geworden."* Die Polizei müsse durch *„Entemotionalisierung"*, *„Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld"*, *„ständige Ansprache"* der Demonstranten u.a.m., insgesamt durch *„schonende Konfliktbewältigung"* wieder Vertrauen gewinnen. Es gebe unter den Demonstranten auch Menschen, die ein Recht darauf

bewältigung" wieder Vertrauen gewinnen. Es gebe unter den Demonstranten auch Menschen, die ein Recht darauf hätten, daß ihr Anliegen gehört werde. *„Es kommt darauf an, das Gespräch zu diesen Bevölkerungsgruppen aufzunehmen, Feindbilder abzubauen und Verständigung zu suchen, um ein Abgleiten dieser Personengruppen in den Kreis der Gewalttäter zu verhindern. (...) Die Polizei muß dann aber auch zeigen, daß sie bereit ist, denjenigen, die Gewalt in eine Demonstration hineintragen wollen, entschlossen entgegenzutreten."* (Spiegel, 43/87)

Nicht anders die Argumentationskette in den übrigen Schriften. Kern ist das alte und glücklichwerweise immer wieder neue polizeiliche Problem der Sortierung in schwarze und weiße Schafe. „Neue" Strategien werden vorgestellt: Was ab 1982 mal die „Berliner Linie" gegen die HausbesetzerInnen war, was 1983 während des sog. heißen Herbstes der Friedensbewegung zur „Stuttgarter Deeskalationslinie" avancierte, heißt in der neueren Polizeidiskussion „westfälische Linie". Ihr Vertreter ist NRW-Innenminister Schnoor, dessen Parteigänger mit einem gewissen verlogenen Stolz darauf verweisen, daß die Zahl unfriedlich verlaufener Demonstrationen in NRW 1986 mit 1,37% deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 3,6% (Bayern ca. 6%) liege.

Es mag für sich sprechen, daß gerade der Fürsprecher der „westfälischen Linie", der Ministerialdirigent Dr. Werner Ruckriegel unter dem Zeichen des Innenministers von NRW die Werbung für seine Konzeption mit den Worten beschließt: *„Im übrigen mag die Aufzählung gezeigt haben, daß die nordrhein-westfälische Linie keineswegs eine ‚weiche' Linie ist. Ich halte überhaupt nichts von den Begriffspaaren ‚weich' und ‚hart'. (...) In Wirklichkeit gestattet unsere Rechtsordnung, erlaubt das Verhältnismäßigkeitsprinzip nur ein flexibles ‚angemessenes' Verhalten."* (Die Polizei, 10/87)

Was immer die Praktiker der „Inneren Sicherheit" rund um die Innenministerkonferenz vor dem 2. Dezember bereits auf dem Verordnungswege unter Umgehung politischer Auseinandersetzung sowie der gewählten Legislative pragmatisch erledigen; was immer das Kabinett am 2. Dezember an konkreten Maßnahmen beschließen oder nicht beschließen mag — eins ist klar: Die Drohung mit schärferen Maßnahmen ist eine Erpressung zum „inneren Frieden", nicht der „innere Friede" ein Garant gegen schärfere Maßnahmen.





Linke und Gewalt

Ein Versuch

Aus den Schüssen vom Montag ergeben sich für uns konkret folgende Fragen:
— Inwieweit kann von einer politischen Verantwortung der „radikalen" Linken gesprochen werden?
— Was haben der Zerfall der außerparlamentarischen Bewegung, Perspektivlosigkeit und schematisierte Militanzrituale mit den Morden zu tun?
— Ist das Gewaltmonopol des Staates nun erst recht bestätigt; Gewaltfreiheit, wie von den Grünen propagiert, die Konsequenz aus den Geschehnissen?

Es gibt seit geraumer Zeit für die „radikale" Linke keine gemeinsame Plattform, in der zusammen diskutiert, wo öffentlich über Inhalte, Aktionen, Ziele und Perspektiven kontinuierlich gestritten wird. Debattiert wird in mehr oder minder abgeschotteten Zirkeln, die nach außen hin ihre Diskussionsprozesse und Positionen kaum vermitteln (können). Jeder macht halt grad, was ihm notwendig erscheint, ohne daß diese „Notwendigkeiten", was Form und Inhalt betrifft, in eine gemeinsame Auseinandersetzung münden.

Mit einer ungeklärten Selbstverständlichkeit beteiligen sich die einen — um die Pole zu nennen — lieber an militärischen, die anderen an seminaristischen Unternehmungen.

Die einen sind offensichtlich nicht in der Lage, dem in der Öffentlichkeit einzig vermittelten Eindruck, ihre Aktionen begründeten sich aus sich selbst heraus, inhaltlich etwas entgegenzusetzen, die anderen zogen sich mangels erkennbarem Sinn zurück, fielen aus den weiterlaufenden Diskussionsprozessen raus und brachten etwaige eigene Ansätze nicht mehr ein. Dieses gegenseitige Nichtverhalten trifft auf alle Gruppen des außerparlamentarischen Lagers zu, inklusive den Verfassern dieser Zeilen.

Es ist eine Sache, daß wir uns nicht direkt verantwortlich für die Schüsse fühlen; als ein „Betriebsunfall" läßt sich das Geschehen jedoch nicht bagatellisieren. Es ist kein Zufall, daß ausgerechnet bei Auseinandersetzungen an der Startbahn geschossen wurde. Auch wenn wir vorher darüber gelacht, es als Hirngespinst abgetan hätten. Die Tat selbst belegt, daß sie denkbar war, und für uns hätte denkbar sein müssen. Der Versuch, den Täter in das Lager der Feinde abzurücken (agent provocateur etc.), verdrängt die Einsicht

Auch wenn wir vorher darüber gelacht, es als Hirngespinst abgetan hätten. Die Tat selbst belegt, daß sie denkbar war, und für uns hätte denkbar sein müssen. Der Versuch, den Täter in das Lager der Feinde abzurücken (agent provocateur etc.), verdrängt die Einsicht

um zwingend gewordene Auseinandersetzungen in den Reihen der Linken. Die Frage muß gestellt werden, inwiefern Militanzrituale und deren innewohnende Überdeckung der Inhalte ihren Teil dazu beigetragen haben, daß ein stillschweigend angenommener Konsens wohl schon länger brüchig war. Militantes Vorgehen, um politischen Zielen Nachdruck zu verleihen, unterliegt konkreten und historischen Bedingungen in einer Gesellschaft. Das heißt: Es gibt keinen abstrakt positiven Militanzbegriff, aus dem sich Aktionen generalisiert ableiten lassen. Mit der Gewaltfrage wird seit Ewigkeiten Popanz getrieben. Militanz wird aus ihren jeweiligen konkreten Zusammenhängen herausgelöst und zu einer eigenständigen politischen Größe stilisiert, als ob sich an dem geworfenen oder nicht-geworfenen Stein an sich irgendetwas begründen ließe. Staat, Medien und Parlamentsparteien haben diesen unreflektierten Militanzbegriff von jeher stark gemacht, viele von uns haben ihn einfach übernommen.

Wer nicht einmal in Ansätzen einen Begriff von einer besseren Gesellschaft im Kopf hat, wer seinen politischen Kampf auf eine vom Vorgehen des Gegners nicht zu unterscheidende Art und Weise führt, hat ausgespielt. Es hat nichts mit Anpassung oder Schwäche zu tun, sein politisches Agieren jeweils in den konkreten Fällen zu bestimmen. Um es plastisch zu machen: Nach Tschernobyl mit verstrahltem Gemüse auf die Fenster des Römers zu werfen, war insoweit richtig, als das Werkzeug „Militanz" symbolisch in deutlicher Weise das konkrete Problem enthielt, ohne daß im Verhältnis zum potentiell Erreichbaren ungerechtfertigte Schäden (Körperverletzungen) entstanden.

Genauso aber war es richtig, die in Wackersdorf entstandene Form der Massenmilitanz aufzugreifen und zu versuchen, diese durch weitergehende inhaltliche Bestimmung des Konflikts voranzutreiben.

Nur lassen sich solche politischen Aktionen nicht stereotyp wiederholen, sollen sie ihren aufklärenden, und darüber zum eigentlichen Ziel führenden Charakter für die Öffentlichkeit wie auch für die Handelnden behalten. Permanente Wiederholung hat etwas mechanisches; sie hat nichts mehr mit dynamischer Bewegung zu tun, kann perspektivloses auf-der-Stelle-Treten nicht übertünchen und macht die geschwächte Bewegung auch nicht stärker. Ritualisierte Militanz verdeckt den politischen Inhalt, was natürlich genauso zutrifft auf die sich monoton wiederholenden Sitzblockaden, das Händchenhalten für den Frieden, die Einrichtung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, oder Wahlkampf und Wahlen.

Gerade von dieser sinnentleerten Politikhuberei der, wie man so schön sagt, gesellschaftlich relevanten Gruppierungen, Institutionen und Verbände, gerade davon hat sich eine gesellschaftsverändernde Linke zu unterscheiden. Tut sie das nicht, hat sie selber keine vertretbaren Inhalte mehr, ist sie nicht besser als die Gegenseite, un-



terscheidet sie sich nur in dem einen Punkt: völlig wirkungslos zu sein.

Allgemeine Dumpfheit rechtfertigt nicht die eigene

terscheidet sie sich nur in dem einen Punkt: völlig wirkungslos zu sein.

Allgemeine Dumpfheit rechtfertigt nicht die eigene

Über den Köpfen kreisende Hubschrauber, die in Wackersdorf die Demonstranten mit Tränengas einnebeln, lassen aus dem Gedanken der Gegenwehr heraus Gewaltphantasien bis hin zum Abschuß dieser Dinger entstehen. Die Frage ist, warum tat dies bislang eigentlich niemand? Die Antwort ist einfach: weil es in der legalen radikalen Linken einen Konsens gibt, der Tote weder in Kauf nimmt noch Verwundete einplant. Hier existiert eine Moral, die immerhin noch in die Lage versetzt, mitzufühlen, die es nicht zuläßt, blindlings draufloszudreschen. Die Schüsse haben zumindest nach außen dieses Bild zerstört.

Eine Wiederholung der Schüsse vom 2. November ist genauso wahrscheinlich, wie sie seit Bestehen der Bundesrepublik bis dahin nicht gefallen sind. Militante Auseinandersetzungen gab es schon in den 50er Jahren um die Remilitarisierung oder das Betriebsverfassungsgesetz, bei denen bereits der erste Demonstrant in dieser Republik am 11. Mai 1952 von der Polizei erschossen wurde. Eine Moral des Mitfühlens und das Bewußtsein um konkrete historische Bedingungen, die den Gebrauch eigener militanter Mittel auf Demonstrationen begrenzten, wußten Gegenschüsse bislang zu verhindern. Heute scheint es uns eher verwunderlich, daß diese moralische Grundlage so lange gehalten hat. Trotzdem müssen wir den von den Realo-Grünen behaupteten Kausalzusammenhang vom Steinewerfer bis zum Scharfschützen verneinen! Die Tat läßt sich weder immanent aus der politischen Diskussion noch der Praxis der Bewegung herleiten. An dem Umgang und Einsatz militanter Mittel muß dennoch Kritik geübt werden, bzw. müssen aus den Schüssen Konsequenzen gezogen werden. Unter dem Stichwort „Ritual" hatten wir eingangs grundsätzlich versucht, auf die Gefahren der Abstumpfung hinzuweisen, dahingehend, den Verzicht von Stereotypen grundlegend zum Qualitätsanspruch politischen Handelns zu machen. Das wäre eine Grundbedingung, um in speziellen, jeweils konkret und öffentlich diskutierten Fällen an Militanz als Teil linker Praxis festzuhalten, die dann eben auch begründbar ist. Der Einsatz potentieller Offensivwaffen wie Mollies oder Zwillen kann nur Ausdruck gesamtlinken Selbstverständnisses sein. Zwillen können, um sich die Prügelhorden vom Leib zu halten, zum defensiven Gebrauch notwendig sein. Mollies, um Sachschäden zu verursachen; nicht um, zufällig oder nicht, Menschenleben zu gefährden. Der individualistische Fighter, der lonesome hero oder einfach der Macho — das geht nicht mehr.

Wenn von struktureller Nähe bestimmter Waffen zur scharfen Knarre die Rede ist, dann kann über Einwände dieser Art nicht hinweggegangen werden. Bei den Pistolen mit Leuchtspurmunition liegt sie auf der Hand, also weg damit, und ohne Diskussion. Zusammenfassend: Ändert sich in angedeuteter Art nichts am Umgang mit Militanz, so ist ihre Anwendung grundsätzlich in Frage gestellt. Der

denkbare Eigenanteil zum 2. November muß genau geprüft und geändert werden.

Zur Frage der Gewalt steht somit für uns fest, daß sie sich immer nur in der konkreten Situation entscheiden läßt: Gegenwärtig gibt es keine Bedingun-

denkbare Eigenanteil zum 2. November muß genau geprüft und geändert werden.

Zur Frage der Gewalt steht somit für uns fest, daß sie sich immer nur in der konkreten Situation entscheiden läßt: Gegenwärtig gibt es keine Bedingun-gen, die einen politischen Mord, oder das Inkaufnehmen von Menschenopfern rechtfertigten. Gewalt kann in der gegenwärtigen Lage in der BRD bloß symbolischen und aufklärenden Wert haben. Es geht derzeit nicht um die Machtfrage in der Gesellschaft, dementsprechend verantwortungsvoll muß deshalb nicht bloß individuell, sondern in möglichst breiter linker Öffentlichkeit diskutiert werden. Es darf deshalb keine Tabus mehr geben, über Gewalt muß offen und rational diskutiert werden. Die Dogmen der abstrakten Gewaltfreiheit, genauso wie der Selbstverständlichkeit von Gewalt und unreflektierter Widerstandsromantik verschleiern lediglich die gegebenen Probleme, tragen zu einem irrationalen und gefährlichen Umgang mit „Gewalt" bei.

Die konkrete gesellschaftliche Situation muß in einem breiten Diskurs analytisch hergeleitet werden und somit auch die Bedeutung von bestimmten Kampfformen. Die gegenwärtige Inferiorität der Massen kann sich historisch allerdings auch wenden, dies sollte nicht ausgeschlossen werden. Auch in der BRD können Situationen eintreten, in denen eine offensivere Militanz geboten sein kann: Rudi Dutschke z.B. plädierte 1967 für den bewaffneten Kampf im Falle, daß Einheiten der Bundeswehr in Vietnam einmarschieren.

Zum Gewaltmonopol des Staates ...

Die radikale Linke wird es auch weiterhin nicht akzeptieren. Es hieße ansonsten, seiner eigenen Knechtung zuzustimmen. Das machen schon genug. Wer hier und jetzt von der Möglichkeit gewaltfreier Politik spricht, der oder die heuchelt ganz bewußt oder ist schlichtweg ignorant gegenüber den objektiven Bedingungen in dieser Gesellschaft.

Das parlamentarische System ist nun tatsächlich so angelegt, daß es über seine immanenten Wege seine eigene Überwindung und die der bestehenden Herrschafts- und Eigentumsordnung ausschließt. Läßt man sich auf die Ideologie des Parlamentarismus ein, so beschränkt man sich zugleich auf die Aussicht von möglichen aber unsicheren Reformen, wie es die Grünen äußerst erfolglos zeigen. Der Entwurf einer gesellschaftlichen Utopie geht verloren, an dem wir hingegen festhalten. Die Verwirklichung einer freien Gesellschaft wird es, wenn überhaupt, nicht mit, sondern über den Kampf gegen diesen Staat geben. Der Zweck des bestehenden Staates ist es schließlich nicht, die Menschen von ihm selbst zu befreien.

Eine in ihren Mitteln und Strukturen vielfältige und doch kollektive außerparlamentarische Linke birgt immer noch einzigst die Möglichkeit zur Wiederaneignung des eigenen Lebens in sich.

Es gibt keine unweigerliche Kontinuität von Niederlagen der außerparlamentarischen Opposition in diesen direkten Auseinandersetzungen mit dem Staat, auch wenn sie bisher eindeutig überwogen. Die Entscheidung macht sich daran fest:
— Wer hat die größere Akzeptanz in der Bevölkerung?
— Ist der Widerstand in der Bevölkerung fest verankert?

Staat, auch wenn sie bisher eindeutig überwogen. Die Entscheidung macht sich daran fest:
— Wer hat die größere Akzeptanz in der Bevölkerung?
— Ist der Widerstand in der Bevölkerung fest verankert?

— Aktivieren sich große Teile der Gesellschaft?
— Kann es gelingen, Massenmilitanz (und das läßt sich nicht mit dem Begriff „Feldschlacht" denunzieren) zu entfalten?

In Wyhl, und das ist bislang die rühmliche Ausnahme, konnte so ein außerparlamentarischer Protest Kapitalinteressen niederringen. Das Konzept Massenmilitanz ist in der Folgezeit oftmals gescheitert. Wyhl zu verhindern, war historisch bedingt möglich. Wackersdorf mit militanten Mitteln zu verhindern, scheint momentan jedoch unmöglich, zumindest bieten Widerstandsformen am Bauzaun wenig Perspektive. Viele hält die Gewalt, die Repression des Staates und die Anwendung seiner militärischen Unterdrückungsmittel davon ab, hier entschlossener vorzugehen.

An außerparlamentarischer Opposition kommen die auf Veränderung Pochenden allemal nicht vorbei, selbst der schlechteste Status Quo kann nur auf der Straße gehalten werden, soll es nicht immer weiter rückwärts gehen. Hierbei darf nicht in Vergessenheit geraten, daß es nicht einmal eine einzige grundlegende Reform des Gesellschaftswesens ohne Druck von der Straße gab, ein Druck, der im jeweiligen Fall nur über den Bruch positiven Rechts seine Kraft entfalten konnte.

Aber nie darf die Anwendung der Mittel einfach vom politischen Gegner kopiert werden. In diesem Zusammenhang muß mit den funktionalisierten Feindbildern aufgeräumt werden, die Begriffe müssen zurechtgerückt werden. Blanker Irrsinn sind heute Parolen wie „Sieg im Volkskrieg" einiger weniger. Derartiges muß argumentativ auseinandergenommen werden, hier verlaufen Linien, die nicht mehr unter einer Bewegung zusammenzufassen sind. Wer mit Blickwinkel Nicaragua oder El Salvador über einen entstellten Imperialismusbegriff eine vorrevolutionäre Stimmung in der Bundesrepublik jetzt ausmacht, kann mit keinerlei politischem Verständnis rechnen.

Zurück zur Startbahn

Die formulierte Kritik an Praxis und Theorie der radikalen Linken bezieht sich nicht allein auf die Startbahn. Es wäre unlauter, die Bewegung gegen die Startbahn unter die gelegentlichen Scharmützel an der Mauer zu subsumieren. An all den Sonntagen, an denen es nicht krachte und die Presse folglich nichts zu berichten wußte, diente die Startbahn als wichtiger Kommunikationsort, auch zur Organisation der verschiedenen BIs. Es ging in erster Linie darum, die über Jahre gewachsenen internen Strukturen zu retten, das „Nichtvergessen" zu dokumentieren, sowie gegen den jetzt z.B. geplanten weiteren Ausbau des Flughafens zu mobilisieren.

Trotzdem gilt die Kritik an ritualisierten Politikformen auch für die Sonntagsspaziergänger; welche Perspektiven im Widerstand an der Startbahn stecken, sollte nun kritisch überprüft werden, Sinn und Zweck sind Außenstehenden schon länger nicht mehr klar.

Der Vertrauensverlust der außerparlamentarischen Bewegung kann jetzt nicht durch Flucht vor Öffentlichkeit aufgefangen werden. Der jetzt anstehenden Kriminalisierung, wie der Kriminalisierung überhaupt, können wir nur solidarisch begegnen.

Eins muß noch klargestellt werden: Der Tod der beiden Polizisten ist nicht bloß wegen den drohenden repressiven Konsequenzen für uns zu bedauern, sondern ganz klar auch wegen der Toten selbst. Wer sich aus der Linken damit zu trösten versucht, daß „bloß" zwei Bullen tot sind, übersieht, daß es auch und in erster Linie zwei Menschen waren, für deren Opfer es keinen Grund gibt. Die beiden Menschen auf ihre Funktion als Polizisten zu reduzieren, folgt genau der brutalen Abstraktionsmethode, mit welcher der Kapitalismus die Menschen von ihrem Menschsein entledigt und zur Ware Arbeitskraft, zu Material, das verarbeitet wird, reduziert. Für den Staat sind Polizisten tatsächlich keine Menschen, sondern lediglich Instrument, die den Gefahren der Herrschaftssicherung ausgesetzt werden. Für uns Linke jedoch geht es darum, den Menschen von seiner Charaktermaske zu befreien und ihn als Mensch zu konstituieren, ihn nicht danach zu behandeln, wozu ihn die Herrschaft gemacht hat.

Die Tatsache, daß der Bulle zur „anderen Seite" gehört, darf noch lange kein Grund sein, ihm seine Rechte als Mensch abzusprechen.

Linke Politik muß eine konstitutive Tötungshemmung enthalten, das unterscheidet uns grundlegend von den Funktionsträgern herrschender Ge-

deren Seite" gehört, darf noch lange kein Grund sein, ihm seine Rechte als Mensch abzusprechen.

Linke Politik muß eine konstitutive Tötungshemmung enthalten, das unterscheidet uns grundlegend von den Funktionsträgern herrschender Ge-walt. Der Mensch darf niemals bloß als Mittel irgendeiner Strategie gesehen werden, sondern muß immer zugleich auch Zweck sein. Der einer freien Gesellschaft immanente Humanismus muß auch auf dem Weg dorthin ständig bewahrt bleiben.

Wenn genau die staatstragenden Kräfte, die soziale und politische Konflikte jederzeit auf Konflikte mit der Polizei verkürzen, jetzt Krokodilstränen vergießen, ist darin nur eine weitere Verhöhnung und Instrumentalisierung der toten Polizisten zu sehen: Im Klima des Erschreckens sollen die Ladenhüter der ganz normalen Innenpolitik wieder mit dem Glanz von Effektivität und Notwendigkeit versehen werden. Die Antwort der Grünen im Bundestag und der meisten selbsternannten Gewaltfreien überhaupt lautet, dem Staat entgegenzukommmen:

Der Fahndungsaufruf der Grünen belegt einen weiteren Bruch mit linken Selbstverständlichkeiten. Wessen Wohnungen sollen denn da durchsucht, wer denn festgenommen werden? Woher das plötzliche Zutrauen in die Wahrheitsliebe und -fähigkeit der Fahndungsorgane? Oder geht es hier der „Parlamentsscene" nur darum, möglichst schnell einen „Schuldigen" zu finden, den „Schaden" zu begrenzen? Zu offensichtlich ist die Konsequenz einer Politik, die eben noch von Stand- und Spielbein faselte und nun Bekenntnisse zu dem verlangt, was es sowieso schon gibt, dem staatlichen Gewaltmonopol. Mit Leuten, die das gesunde Volksempfinden zur Grundlage ihrer Politik machen, ist keine Gemeinsamkeit mehr möglich.

Das sind lediglich Versuche, die Stigmatisierung als „Linke", als „vaterlandslose Gesellen" loszuwerden. Nicht Kritik äußert sich darin, nur Selbstverdummung, die genau das kosten wird, was Grüne Parlamentarier um keinen Preis verlieren wollen — die Bahnsteigkarte fürs Parlament.

Wer die Grünen als Projekt noch ernst nimmt, verlangt von ihnen eine solidarischere Politik gegenüber der radikaleren Linken. Es gibt Grenzen des Zugriffs auf ein Individuum, die auch eine Grüne Partei respektieren muß. Es kommt darauf an, den Fall genau aufzuklären und den potentiellen Tätern die Gelegenheit zu geben, an einem neuen selbstkritischen Diskurs der versprengten Linken teilzunehmen.

LINKE LISTE — Uni Frankfurt

Dokumente

Stellungnahmen zu den Startbahnschüssen

Liebe Freundinnen und Freunde,

In den letzten Jahren haben wir bei den verschiedensten Demonstrationen und Aktionen immer wieder das Bündnis mit Euch gesucht. Wir fühlen uns deshalb in der jetzigen Situation, nach den Morden an der Startbahn, in besonderem Maße gefordert, Stellung zu nehmen.

Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß Ihr Todesschüsse auf Polizisten aus einer Demonstration heraus ablehnt, daß der oder die TäterInnen von Frankfurt nicht in Absprache mit irgendeiner autonomen Szene gehandelt haben können. Und doch seid Ihr für das, was innerhalb Eures Spektrums geschieht, mitverantwortlich.

Was genau in jener Nacht passiert ist, weiß bisher niemand. Das ist aber auch nicht das einzige Problem. Selbst wenn es sich um Provokateure gehandelt haben sollte, so ändert das nichts an der Notwendigkeit einer breiten und selbstkritischen innerlinken Diskussion. Denn Provokateure können aus staatlicher Sicht nur da „sinnvoll" eingesetzt werden, wo ein politisches Spektrum oder eine Bewegung bereits knapp vor einem Schritt steht, den die Provokateure dann tun. Der Provokateur hat lediglich Brückenfunktion; den Weg bis zur Brücke habt Ihr selber zurückgelegt.

Aus unserer Sicht ist es nach wie vor ein qualitativer moralischer und politischer Unterschied, ob eine Demo militant verteidigt oder ob geschossen wird. Trotzdem muß mensch prüfen, was in dem einen ist, daß es zu dem anderen kommt.

Ideologie

Autonome Theorien ähneln in einigen Punkten unseren Auffassungen von Staat und Gesellschaft. Jedoch besteht auch bei Euch nicht nur eine Tendenz zu radikaler Wahrheit, sondern auch zu gefährlichen Vereinfachungen.

Dieser Staat ist nicht bloß ein Schweinesystem, er enthält auch demokratische Elemente. Dieser Staat und seine Organe sind nicht faschistisch. Wir werden uns möglicherweise über diese und andere Punkte vorläufig nicht einigen. Doch autonome Politik und Ideologie sollte sich wieder mehr dem innerlinken Dialog stellen. In der Isolation wird Eure Ideologie mehr und mehr zu einer Rutschbahn in eine Politik, vor der Ihr dann selber fassungslos steht. Wir meinen damit nicht nur die Polizistenmorde von Frankfurt, sondern auch die Schutzgeldabpressereien von Berlin.

Wir fordern Euch auf, nein! Wir fordern Euch heraus: Diskutiert mit uns und den anderen Linken. Hört auf, in-
en von Berlin.

Wir fordern Euch auf, nein! Wir fordern Euch heraus: Diskutiert mit uns und den anderen Linken. Hört auf, in-
nerlinke Debatten aufzumischen und unsere Leute zu bedrohen.

Aktionen

Der Staat rüstet nach Außen und nach Innen unablässig auf. Das ist kein Grund, es ihm gleichzutun. Das Demonstrationsrecht läßt sich nicht militärisch verteidigen, nur politisch. Ihr seid in den letzten Jahren dem staatlichen Aufrüstungskurs gefolgt, ohne je gleichzuziehen. Ihr seid mit dieser Abschreckungslogik in die Sackgasse geraten. Militanter als Ihr Euch bei einigen Demos verhalten habt, geht es nicht mehr. Jeder weitere Schritt wäre nicht mehr militant, er wäre militärisch.

Es ist unser aller Aufgabe, diesen Schritt zu verhindern und alle Konfrontationen bei Demos deutlich unterhalb des Schußwaffengebrauchs zu halten. Das geht nicht, wenn Ihr weiterhin massenhaft zur verschämten Knarre — zur Zwille — greift.

Kämpft mit uns gemeinsam für die Möglichkeit, in diesem Land auch weiterhin massenhafte und staatskritische Demonstrationen durchführen zu können. Schmeißt die Zwillen weg!

Bündnisse

Es hat in den letzten Jahren immer wieder gemeinsame Demos und Aktionen des unabhängigen, des grün-alternativen und des autonomen Spektrums gegeben. Sie waren teils erfolgreich (Bremerhaven-Blockade 1983, WWG-Demo 1985), teils haben sich Autonome nicht an Vereinbarungen gehalten, weil sie vereinzelt und insofern gar nicht zu verbindlichen Absprachen in der Lage waren. Da nun die unmittelbare Gefährdung bei Demos immer weiter zunimmt, sind wir nicht mehr bereit, Eure Unberechenbarkeit allein zu unserem Problem zu machen.

Solange, wie sich innerhalb des autonomen Spektrums nicht ein für uns wahrnehmbarer Zusammenhang herausbildet, mit dem verbindliche Absprachen bei Demos möglich sind, von dem weder Schutzgeldabpressungen noch Zensurmaßnahmen gegen Linke ausgehen und der selbst bei Demos auf Zwillen verzichtet, solange es also einen solchen Zusammenhang nicht gibt, werden wir mit Autonomen — mit Euch — keine Aktions- und Demonstrationsbündnisse mehr machen.

Wir wissen, daß das Anforderungen an Eure Strukturen sind, die für Euch schwer zu erfüllen sind. Wir wissen aber auch, daß es bei Euch ohnehin Diskussionsansätze in diese Richtung gibt.

Wir sehen jedenfalls keinen anderen Weg, zugleich die Fähigkeit, große Demos durchzuführen, zu bewahren und in absehbarer Zeit wieder mit Euch gemeinsam Politik zu machen. Wir wollen keine linke Polit-Szene, die vom autonomen Stachel befreit in Wohlanständigkeit versinkt. Aber dazu braucht es mehr als nur einen gemeinsamen Gegner, dazu brauchen wir offene Debatten und verbindliche Zusammenhänge.

Mit solidarischen Grüßen

Bernd Ulrich (Mitarbeiter am linken Plenum Köln), Dieter Schöffmann (Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam), Ulla Eberhardt (Mitglied der Förderation gewaltfreier Aktionsgruppen Köln), Alexander Schubart (Frankfurt), Gerhard Breitenstein (Dortmund), Jan Stehn (Mitglied der FÖGA, Hamburg), David Balzer (Berlin), Günter Saathoff (Bonn), Jens Siegert (Mitarbeiter im GBAL Friedensreferat, Marburg), Andreas Brandthorst (Arbeitskreis Ziviler Ungehorsam, Bielefeld), Thomas Kegel (Mitglied der FÖGA, Tübingen)

DKP: Komplott der Herrschenden gegen Demorecht

An der Startbahn West sind zwei Polizisten erschossen worden. Unsere Partei verurteilt dieses Verbrechen. Sie spricht den Angehörigen ihr Mitgefühl aus. Und — wir fordern die rückhaltlose Aufdeckung dieses Mordes. Alle Fakten müssen auf den Tisch und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Noch sind die Hintergründe des Verbrechens unklar. Aber, ob es das Werk eines Einzeltäters war oder ob möglicherweise die Tötung der Polizisten verquickt war mit einer außer Kontrolle geratenen Aktion eines bundesdeut-
eines Einzeltäters war oder ob möglicherweise die Tötung der Polizisten verquickt war mit einer außer Kontrolle geratenen Aktion eines bundesdeut-
schen Geheimdienstes — man denke daran, daß der Sprengstoffanschlag auf das Gefängnis von Celle, bei dem es auch Todesopfer hätte geben können, vom „Verfassungsschutz" geplant und wurde —, alle demokratischen Kräfte unseres Landes empfinden den Mord als Provokation, als eine Untat, die objektiv den Scharfmachern Wasser auf ihre Mühlen leitet.

Die äußersten Rechtskräfte nämlich nutzen den Mord, um von den kriminellen Machenschaften der CDU in Schleswig-Holstein abzulenken, Machenschaften, die einen Blick in das Wesen der Politik dieser Partei erlauben und die die Menschen in unserem Land zutiefst beunruhigen.

Vor allem aber kommt den Scharfmachern die durch den Mord an den Polizisten ausgelöste Empörung zupaß, um neue Angriffe auf demokratische Rechte und Freiheiten zu starten.

(...)

Es ist zu begrüßen, daß die Gewerkschaft der Polizei, der DGB, die SPD, die Grünen, führende Politiker der FDP ebenso wie unsere Partei auf die gefährliche Entwicklung hinweisen und, wenn auch in unterschiedlicher Deutlichkeit, ihren Widerstand gegen die Demontage des Demonstrationsrechts ankündigen. Das Komplott der herrschenden Kreise gegen das Demonstrationsrecht muß aufgedeckt werden! Alle demokratischen Kräfte sollten sich, auch wenn sie in anderen Fragen unterschiedlicher Auffassung sind, zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten, zur Zurückweisung aller Angriffe auf das Demonstrationsrecht zusammenfinden. Darauf kommt es jetzt an.

(DKP-Präsidiumsmitglied Jupp Augenfort in „UZ", 6.11.87)

Sozialistisches Büro: Tod an der Startbahn West

(...)

Blutige Demonstrationen hat es in den letzten Jahren immer wieder gegeben und beileibe nicht nur an der Startbahn West am Frankfurter Flughafen. „Opfer" waren zumeist Demonstranten, die bei brutalen Polizeieinsätzen oft schwer verletzt wurden. Solche Erfahrungen haben die Gewaltbereitschaft bei Teilen der Protestbewegung ständig erhöht und die Konfrontationen zwischen ihnen und der Polizei zunehmend verschärft. Der Einsatz von Blendschockgranaten dort, von Zwillen und Leuchtkörpern hier, gehört längst zum gewohnten Bild von Auseinandersetzungen, die sich von dem konkreten Anlaß gelöst haben und jeden Bauplatz, jeden Demonstrationsort in ein x-beliebiges Schlachtfeld verwandeln können. Diese „frei flottierende Gewalttätigkeit" ist nicht mehr Ausdruck des gesellschaftlichen Verhältnisses eines Konfliktes, sondern dessen Projektion: auf die Polizei.

Die von einigen militanten „Autonomen" praktizierte Bürgerkriegstrategie setzt einen Imperativ linker Politik außer Kraft, wonach die Mittel, die man anwendet, den Zwecken, die man verfolgt, untergeordnet sein müssen. Daß die Mittel selbst zum Zweck von Aktionen werden, ist die politische Sackgasse, in die die falsche Alternative Parlamentarismus oder Bürgerkrieg die Gewaltdiskussion in den letzten Jahren manövrierte. Linke Politik hätte noch immer die Aufgabe, politische Handlungsspielräume jenseits von Parlament und bewaffnetem Kampf zu erschließen. Diese Aufgabe ist durch die Todesschüsse an der Startbahn West nicht hinfällig, sondern aktualisiert worden.

Die jetzt eilends schon wieder geforderten öffentlichen Bekenntnisse zu prinzipieller Gewaltfreiheit sind daher ebenso überflüssig wie vernebelnd. Daß die Ereignisse an der Startbahn West weder das Resultat einer zwangsläufigen Gewaltspirale außerparlamentarischen Politik darstellen noch einen originären Zusammenhang zu den Zielen und Methoden der Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung besitzen, haben die „bürgerlichen Fraktionen" der Protestbewegung in den vergangenen Jahren eindrucksvoll demonstriert. „Ihre Sache" wurde von den Schüssen mitgetroffen — zu einer Zeit, da umfangreiche weitere Ausbaupläne des Frankfurter Flughafens bekannt wurden und erster Protest sich zu formieren begann.

Bestürzung und Entsetzen über das Blutbad an der Startbahn West dürfen jetzt nicht zu hysterischen Reaktionen
zu formieren begann.

Bestürzung und Entsetzen über das Blutbad an der Startbahn West dürfen jetzt nicht zu hysterischen Reaktionen
führen. Weder helfen jetzt Selbstbezichtigungen der BI („Wir übernehmen die politische Verantwortung") noch die Forderungen nach neuen und schärferen Gesetzen („Vermummungsverbot") oder weiterer Aufrüstung der Polizei, wie sie die CDU bereits mit Nachdruck erhoben hat. Noch sind keine näheren Umstände geklärt. Fast wohltuend klingen in dieser Situation die besonnenen Töne, die es in dieser Republik trotz allem noch gibt.

(5.11.87)

Klaus Hartung: 1. Sensation: Autonome gegen Mord!

„Wer wissen will, was angesagt ist, sollte die Stellungnahme der Frankfurter Autonomen zur Kenntnis nehmen. Zum ersten Mal distanzieren sie sich ohne Wenn und Aber von dem ‚feigen Mord' und erklären, daß der Täter nicht in ‚ihre Reihen gehört,' auch wenn er sich selbst dazu zählen mag.' "

2. Sensation: Autonome und Staat einig im Kampf um Symbole!

„Und wir wissen leider, daß der Kampf um politische Symbole hierzulande schnell in Brutalität übergehen kann. Nichts wäre falscher, als eine Zwangslogik vom Steinewerfen zum Schießen zu konstruieren. Aber es gibt eine allgemeine politische Logik, die unheimlicher ist, weil sie in vagen Tendenzen sich verwirklicht, die man gemeinhin ‚politisches Klima' nennt. Die ‚linke Szene' ist bedroht von dem Rückzug auf die politische Gesinnung, da reale politische Erfolge nicht mehr denkbar erscheinen, da die politische Phantasie, etwas durchzusetzen, verarmt. Nur zu leicht wird dann die Militanz zum wahren Prüfstein der Gesinnung. Nichts macht die Zwangslogik der Militanz bedrohlicher als die Tatsache, daß sie sich mit der Aufrüstung der Gegenseite rechtfertigen kann. Auch staatliche Organe kämpfen um die Symbole der Durchsetzung, inszenieren ihre Bauzaun-Bürgerkriege. Es gibt ein Milieu der Auseinandersetzung, das Einzeltäter und Provokateure anziehen muß, ein Milieu, in dem sich vielleicht der Traum oder Alptraum der Revolution träumen läßt, in dem aber die Zukunft einer ‚anderen Republik' zerstört wird."

3. Sensation: Hartung hat Prüfung bestanden!

„Selbst der Bundesjustizminister konnte den Gedanken der Versöhnung nicht ganz ablehnen. Der Versuch einer politischen Deeskalierung gegenüber der Vergangenheit ist die vorweggenommene Antwort auf das, was in Mörfelden geschah."

(„taz", 4.11.87)

Heinrich Albertz

Wer hat geschossen?

Nach einem Bekenntnis zur Gewaltfreiheit schreibt der frühere West-Berliner Bürgermeister: „Der Gebrauch von Waffen sei ‚eine Grenze, die nicht überschritten werden darf. Denn wir kommen völlig ins Rutschen, wenn Waffen von anderen geführt werden als von den Sicherheitsorganen.'

Gleichzeitig warnte der Theologe davor, sich ‚in den Chor derjenigen Pharisäer und Schriftgelehrten zu begeben, die so tun, als ob nicht auch vom Staat Gewalt mißbraucht werde — auch hier fielen Todesschüsse'.

Vermutlich, so der Pastor, hätte die jüngste Entwicklung sogar durch in der Vergangenheit ‚häufig etwas besonneneren Polizeieinsatz vermieden werden können: Was in Brokdorf, Wackersdorf oder auch in Hamburg bei anderen Gelegenheiten passiert ist, hat natürlich zu einer Verschärfung der Situation geführt.'

Aufgabe der Bundesanwaltschaft sei es jetzt, ‚weniger zu reden, als vielmehr das Richtige zu tun, um die Täter zu finden'. Erst dann werde sich herausstellen, ‚wer da nun eigentlich geschossen hat'. Albertz: ‚Es ist heutzutage leider nie völlig auszuschließen, daß so etwas auch von Leuten ausgeht, die aus ganz anderen Gründen an derartigen Veranstaltungen teilnehmen. Ich hoffe nur, daß dem nicht so ist.' "

(„Hamburger Morgenpost", 4.11.87)

ist.

(„Hamburger Morgenpost", 4.11.87)

Erste Stellungnahme der BI gegen Flughafenerweiterung Mörfelden-Walldorf

Zwei Polizisten wurden erschossen, neun wurden schwer verletzt. Aus Anlaß des 6. Jahrestages der Hüttendorfräumung an der Startbahn-West versammelten sich mehrere hundert Menschen. Im südlichen Bereich der Startbahnmauer kam es zu schweren Zusammenstößen als die Polizei begann, das Gelände zu räumen. Die Menschen wurden auf die im Süden befindlichen Wiesen getrieben. In der Dunkelheit kam es zu weiteren schweren Auseinandersetzungen. Es ist nicht unser Konzept, lag nie in unserem Interesse, Menschenleben anzugreifen. Wir sind von dem Tod der zwei Polizisten zutiefst erschüttert. Die Tatsachen und Einzelheiten werden in den nächsten Tagen zu klären sein. Dennoch ist es in dieser verworrenen Lage notwendig und unverzichtbar, die politische Verantwortung zu übernehmen. Wohl wissend, daß nun eine Verfolgung und Kriminalisierung gegen unsere Bewegung einsetzen wird.

(3.11.87)

Ergänzung:

Mehrere Rückfragen durch die Presse haben gezeigt, daß der Begriff „Übernahme der politischen Verantwortung" durch die Bürgerinitiative mißverständlich interpretiert wird. Wir erklären hierzu:

Die Bürgerinitiative steht zu den alljährlichen Demonstrationen aus Anlaß des Jahrestages der Hüttendorfräumung am 2.11.81. Diese Demonstrationen haben ihre Ursache in den Polizeieinsätzen im Zusammenhang mit der Hüttendorfräumung, bei denen eine Vielzahl von Startbahngegnern z.T. lebensgefährlich verletzt wurde. Die Rechte der Bürger der Region wurden damals mit Füßen getreten.

Die politische Verantwortung für die Tötungen und die Schwerverletzten kann von uns nicht übernommen werden. Wir verurteilen diese Taten auf das schärfste.

Es fällt uns schwer, zu glauben, daß Startbahngegner diese Taten begangen haben sollen.

(3.11.87)

Libertäres Zentrum, Frankfurt

Wir sind AnarchistInnen und Autonome aus Frankfurt, die für eine selbstbestimmte, herrschaftsfreie Gesellschaft kämpfen. Uns kotzen diese Schüsse am 2.11.1987, dem 6. Jahrestag der Hüttendorfräumung, an. Wir lehnen die Mitnahme von Schußwaffen auf Demos ab. Wir würden uns damit in die Isolation treiben, die unseren politischen Vorstellungen widerspricht. Deshalb ist eine solche militärische Eskalation nicht unsere Sache.

Unsere Mittel, die sich in den verschiedenen sozialen Bewegungen und ihren Kämpfen entwickelt haben, kennt jede/r. Jede/r kann sich darauf einstellen. Wir wenden uns mit diesen Mitteln gegen Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir setzen diese nicht ein, um zu töten, sondern um uns zu schützen.

Der Weg zu einer freien Gesellschaft darf nicht mit Leichen gepflastert sein. Dies unterscheidet uns von der Gegenseite. Ihre Opfer sind nicht nur getötete Demonstranten, sondern alle Menschen, die täglich durch strukturelle Gewalt — ihre Lebensbedingungen — sterben.

Ein Beispiel hierfür ist der Flughafen in Frankfurt, der als Ort für Abschiebungen, der ökonomischen Ausbeutung, der Zerstörung der Umwelt, sowie als militärische Basis dient.

(4.11.87)

Autonome Wiesbanden

Wir als Autonome und Startbahngegner/innen Wiesbadens distanzieren uns aufs Schärfste von den feigen Morden an den beiden an der Startbahn eingesetzten Polizisten.

Politik, die über Leichen geht und Umgang mit scharfen Schußwaffen hat mit unserem Widerstand nichts mehr zu tun. Jemand, der eine derartige Kaltblütigkeit an den Tag legt, gehört nicht in unsere Reihen, auch wenn er sich selbst dazu zählen mag.

Im Laufe der Auseinandersetzungen um die Startbahn West und der nun schon sechs Jahre dauernden Versuche, eine soziale Bewegung zu zerschlagen, haben sich auch unsere Formen von Widerstand geändert.

An Stelle des passiven Widerstands, der schon 1981 brutal zerschlagen wurde, sind direkte Aktino getreten, die ei-
An Stelle des passiven Widerstands, der schon 1981 brutal zerschlagen wurde, sind direkte Aktion getreten, die ei-
ne praktische Behinderung des Baus/Betriebs zum Ziel hatte.

Auch der Schutz unserer Demonstrationen ist im Laufe der letzten Jahre immer wieder Gegenstand unserer Überlegungen gewesen. Permanente Überwachung und wahllose Kriminalisierung einzelner haben uns bewogen, unsere Identität teilweise dem Zugriff der Polizei durch Vermummung zu entziehen.

Es ist immer auch Ausdruck der gesamten Startbahn-Bewegung gewesen, in eskalierten Situationen aktiv schützende und direkte Handlungsweisen zu praktizieren.

Die Tötung von Menschen auszuschließen, war dabei immer unser oberster Grundsatz.

Wir wehren uns gegen die nun einsetzende Hetzkampagne gegen alle, die hier Widerstand leisten.

Der Mord an den beiden Polizisten dient als Mittel, berechtigten sozialen Widerstand als von unseren Utopien losgelöste terroristische Aktion zu diffamieren.

Die Gleichsetzung von Demonstranten mit potentiellen Mördern soll hier ein politisches Klima schaffen, Gesetze und neue Überwachungsmaßnahmen durchzusetzen, die jegliche außerparlamentarische Opposition im Keim erstickt.

In Wiesbaden wurden in Verbindung mit der Erschießung der beiden Polizisten ca. 25 Leute festgenommen, deren einziges „Vergehen" darin besteht, Startbahn-Gegner/innen zu sein. Verschiedene Wohnungen wurden durchsucht, die Bewohner/innen diffamiert in Nachbarschaft und Arbeitsbereich.

Wir sind betroffen über die beiden Morde, aber wir verurteilen auch die Versuche, uns als Mitglieder sozialer Bewegungen zu kriminalisieren.

Waltraud Schoppe im Bundestag

"Prüfen, ob die rechtsstaatlichen Mittel, die wir zur Verfügung haben, nicht ausreichen"

Am Bauzaun wurden zwei Menschen ermordet. Es ist mir immer schwierig, von „Mord" zu reden, noch bevor die Täter der Vorsätzlichkeit und der Heimtücke überführt worden sind;

(Pfui-Rufe bei der CDU/CSU — Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Aber! Aber!)

aber auf der Ebene meiner Empfindungen dieses ungeheuerlichen Vorgangs, auf der Ebene der Trauer mit den Opfern und auch auf der Ebene, daß hier, egal, von wem die Schüsse abgegeben worden sind, Verrat an einer gewaltfreien Politik begangen wurde, wähle ich diese Kennzeichnung. — Wir trauern mit den Angehörigen.

Ich hätte nie geglaubt, daß aus einer Demonstration heraus — und so sieht es ja jetzt aus — geschossen würde. Der Griff zur Pistole ist das verletzte Tabu. Wir haben zwei Tote zu beklagen, und wieder ist ein Stück Menschlichkeit verlorengegangen.

Herr Wallmann, wenn Sie sagen, es habe sich angekündigt, denn es seien schon Molotowcocktails und Stahlkugeln vorher mitgebracht worden, sage ich Ihnen: Das ist richtig. Und ich sage Ihnen: Das ist schlimm. Aber ich sage Ihnen als diejenige, die oft zu Demonstrationen gegangen ist: Es ist auch schlimm, wenn CS-Gas eingesetzt wird, und es ist auch schlimm, wenn über Gummigeschosse diskutiert wird.

(Dr. Waigel (CDU/CSU): Wie sollen sich die Leute sonst wehren — Unruhe bei der CDU/CSU)

Wir haben uns oft gegenübergestanden, Demonstranten auf der einen Seite und Polizisten auf der anderen. So wird es wohl auch noch lange bleiben. Aber ich sage hier ausdrücklich: Die Parteinahme für die Opfer ist für uns unteilbar.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das merkt man!)

Für uns alle muß der Montag eine Scheidelinie sein. Die Tat vom Montag muß Konsequenzen haben, die über die Sache hinausgehen. Wir alle haben Verpflichtung, darüber nachzudenken, was zu tun ist, damit die politische Auseinandersetzung in diesem Land nach den Prinzipien von Gewaltfreiheit verläuft.

(Beifall bei den GRÜNEN — Dr. Waigel (CDU/CSU): Weiß das auch die Frau Ditfurth? — Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU): „von" Ditfurth heißt die Dame!)

— Herr Kollege, Frau Ditfurth macht manchmal Äußerungen, die ich nicht teile und gegen die ich mit aller Kraft auch meine Position setze;

(Zuruf von der CDU/CSU: Die gehört zu dem Kreis! — Dr. Waigel (CDU/CSU): Aber die gehört Ihrer Partei an!)

aber, Herr Kollege, ich sage Ihnen: Frau Ditfurth hat noch nie zum Terrorismus aufgerufen.

(Beifall bei den Grünen — Dr. Waigel (CDU/CSU): Das wäre ja noch schöner! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Dann halten Sie sich auch zurück. Hier einfach die Menschen in eine Schublade zu stecken und danach zu bewerten, das ist der einfache Weg.

(Dr. Waigel (CDU/CSU): Ich stelle Ihnen eine Frage! Ich stecke sie nicht in eine Schublade!)



Das enthebt Sie z. B. davon, sich wirklich zu überlegen, wo denn die Ursachen des Terrorismus liegen.

(Beifall bei den GRÜNEN — Dr. Waigel (CDU/CSU): Das wissen wir schon! In den Äußerungen der Frau Ditfurth!)

Die Millionen Menschen, die in den letzten Jahren und die Tausende, die in den letzten Tagen auf der Straße gewesen sind, die ein Bekenntnis zu einer politischen Idee offen gezeigthaben, sind Ausdruck der Entwicklung in diesem Land zu einer politschen Kultur in Richtung eines offenen Republikanismus. Wir wenden uns gegen jeden Versuch der Demontage an dieser Entwicklung, egal, ob er von einem autoritätsbesessenen Innenminister oder von militan-
den Versuch der Demontage an dieser Entwicklung, egal, ob er von einem autoritätsbesessenen Innenminister oder von militan-
ten Gewalttätern kommt.

(Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU): Unglaublicher Vergleich! — Pfefferman (CDU/CSU): Eine Unverfrorenheit, dieser Beitrag — Dr. Waigel (CDU/CSU): Das sind Unverfrorenheiten! Nicht zu fassen!)

Jetzt muß mutiges Handeln von allen Seiten gefordert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu gehört die klare Absage an militante Gewalt, die Kühnheit, Fehler einzusehen und umzukehren. Und dazu gehört auch die entschlossene Besonnenheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Wallmann und Herr Mischnick, ich sage Ihnen: Ein Vermummungsverbot hätte diese Tat nicht verhindert.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das kennen wir!)

Wenn Sie diese Gelegenheit nutzen wollen, ein Vermummungsverbot, vieleicht eine Verschärfung des Landfriedensbruchstatbestandes, Gummigeschosse, wie es schon in der Diskussion war, oder eine besonders geschulte Einsatztruppe für Demonstrationen durchzusetzen, machen Sie an diesem Punkt Politik mit zwei Toten, die noch nicht begraben sind. Und so etwas geht nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie diese Vorstellungen durchsetzen, ist das Entstehen einer nächsten Generation des Terrorismus wahrscheinlich. Darüber müssen wir nachdenken, das sind doch die Konsequenzen, die wir alle aus den Erfahrungen der 70er Jahre zu ziehen haben.

Es ist doch nicht ein reaktives Verhalten gefordert, sondern jetzt ist ein kühler Kopf gefordert, und jetzt ist gefordert, zu überlegen, ob die rechtsstaatlichen Mittel, die wir zur Verfügung haben, nicht ausreichen. Besonnenheit und an dieser Stelle nicht zu handeln, sind vielleicht die bessere Politik. Ich halte es für ein typisch männliches Verhalten, daß, wenn so etwas passiert, alle sofort denken: Jetzt muß wieder zugelangt werden, jetzt muß gehandelt werden. Das ist nicht immer der richtige Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN — Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU): Ist denn Frau Ditfurth typisch weiblich?)

Ich lasse aber auf der anderen Seite auch keine Entschuldigungen gelten, die besagen: Dieser Staat ist repressiv, und deswegen muß man sich nicht wundern, wenn Menschen zur Pistole greifen oder sich andere militärische Mittel vorstellen.

Man ist manchmal mutlos darüber, in welchen Krisen wir stecken und wie wenig diese Politik in der Lage ist, diese Krisen zu bewältigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber all das rechtfertigt nicht den Griff zur Pistole und rechtfertigt keine Gewalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, wir müssen den Staat in seiner Widersprüchlichkeit anerkennen. Wir müssen sehen: Er ist repressiv. Wir erleben das. Aber dieser Staat hat auch seine Freiheiten. Unsere Politik muß darin liegen, die Repressionen zurückzudrängen und den freiheitlichen Raum aufzubauen. Dafür lohnt es sich auch zu kämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch gegen Unrecht und Gewalt, die
(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch gegen Unrecht und Gewalt, die
vom Staat ausgehen — und sie gehen davon aus — ist mit Terror am wenigsten auszurichten. Wir haben jetzt — das haben doch viele mitgemacht — den Terroristen, die damals den falschen Weg beschritten haben, ein Angebot zur Versöhnung gemacht. Auch wenn es uns allen in dieser Situation schwerfällt, an Versöhnung mit den Terroristen zu denken, dürfen wir die Idee, die wir in den letzten Wochen diskutiert haben, die Idee, den Leuten die Hände zu reichen, nicht vergessen, auch wenn es an diesem Punkt einigen schwerfallen sollte. Denn ich glaube, ein Fortschritt zu einer humaneren Gesellschaft liegt auch darin, daß wir es nicht verlernen, uns die Hände zu reichen, und daß wir es nicht verlernen, uns miteinander zu versöhnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht fällt es mir leichter als allen anderen, hier folgendes zu sagen, weil ich eine andere politische Biographie habe

(Dr. Bötsch (CDU/CSU): Weiß Gott!)

und auch einige von den Leuten kenne, die zu den Autonomen gehören: Werfen Sie nicht alle Autonomen in einen Topf; das geht nicht. Es gibt bei den Autonomen eine Richtung, die sehr hedonistisch ist. Es gibt bei den Autonomen die Gewalttäter, denen wir sagen müssen: Mit uns ist jederzeit ein Dialog möglich, aber auf einer bestimmten Grundlage. Diese Grundlage ist für uns Gewaltfreiheit, und diese Grundlage ist für uns die Absage an die Militanz. Auf dieser Grundlage wollen wir aber Dialog.

Wir sollten uns alle einmal überlegen: Damals, als wir die RAF hatten, war diese Gesellschaft in großen Teilen dialogunfähig. Wir wissen, daß diejenigen, die den Dialog angeboten haben, gleich in das Umfeld der Terroristen, in diesen sogenannten Sympathisantensumpf mit eingeordnet wurden. Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Wir sollten versuchen, den Dialog zu führen. Ich glaube, das ist das Wichtigste, was wir jetzt tun müssen.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage dann auch zu den Autonomen: Auch die Autonomen sind gefordert. Das ist eine schwierige Situation für uns alle; hier wird uns allen viel abverlangt. Den Autonomen verlange ich ab, daß sie die Gewaltfrage diskutieren.

(Dr. Bötsch (CDU/CSU): Da gibt es nichts zu diskutieren!)

Wenn Signale gefordert sind, die Deeskalationsschraube zurückzudrehen, dann sage ich zu den Autonomen: Laßt eure Zwillen zu Hause, laßt eure Helme zu Hause, und reißt euch die Gesichtsmasken runter!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Auch mir, muß ich sagen, macht der schwarze Block in einer Demonstration angst. Ich kann ihnen abverlangen, daß sie das machen. Hier sind schließlich Schritte von allen Seiten gefordert.

Jetzt kommen wir einmal zum Dialog. Ich will Ihnen ein Beispiel von meiner Meinung nach falscher Politik geben. Wir sind gestern in Frankfurt gewesen und haben mit den Bürgerinitiativen in Mörfelden-Walldorf geredet. Wir wollten hinterher mit dem Polizeipräsidenten ein Gespräch haben, weil wir dem Polizeipräsidenten persönlich unsere Anteilnahme an dem Tod der Polizisten überbringen wollten

(Dr. Bötsch (CDU/CSU): Darauf wird er Wert legen!)

(Dr. Bötsch (CDU/CSU): Darauf wird er Wert legen!)

und weil wir mit ihm über die Gewaltfrage, über unsere Stellung dazu und über die Konsequenzen, die wir uns nach diesen Vorfällen vorstellen, reden wollten. Er wollte uns nicht empfangen. Er hat gesagt: Ich habe der Zeitung entnommen, Ihre Position zur Gewalt ist ungeklärt.

Das ist eine falsche Politik. Das ist eine Politik der Vorurteile. Das ist eine Politik der Ausgrenzung. Diese Politik können wir nicht miteinander machen. Er hätte dialogfähig sein müssen. Er hätte sich in dem Gespräch mit uns davon überzeugen können, welche Stellung wir zur Gewalt haben. Auch Sie, gerade Sie, die Sie da so sitzen und so ablehnend gucken, die Sie keine Kontakte zu den Autonomen haben, auch Sie sind gefordert. Suchen Sie einenWeg, und machen Sie Anstrengungen, und reden Sie mit den Leuten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verurteilen Sie die nicht und stellen Sie die nicht in eine Ecke!

(Zuruf von der CDU/CSU: Armes Deutschland!)

— Sehen Sie mal, so geht das hier: „Armes Deutschland!"

(Dr. Bötsch (CDU/CSU): Ja, wirklich!)

Was werfen sie mir vor? Was soll hinter diesem Vorwurf stecken?

(Schwarz (CDU/CSU): Weil Sie meinen, der Staat sei von Natur aus repressiv!)

Ich stelle hier einen Weg vor, der Ihnen vielleicht nicht paßt, weil Sie immer glauben, in solchen Situationen ist der starke Mann gefordert. Aber ich sage Ihnen: Halten sie sich zurück. Lehnen Sie sich zurück, und denken sie einmal darüber nach. Es geht um Deeskalation, es geht um Besonnenheit, und es geht darum, daß an diesem Punkt eine Politik gemacht wird, die nicht dazu führt, daß noch andere Jugendliche — das sind nicht nur Schwarzgekleidete, das sind auch solche Jugendliche, die Spaß und Freude am Leben haben wollen und die auch dafür kämpfen — abdriften. Ein Mensch ist nicht immer nur so, wie man ihn in einer einzigen Situation kennenlernt. Die gehen schwarzgekleidet und machen uns angst. Ein Teil von ihnen macht militaristische Aktionen. Das ist abzulehnen. Aber jeder Mensch ist immer eine Vielheit. Vielleicht sind diese Menschen auch auf der Suche nach einem anderen Weg. Sie sind auf dem falschen Weg. Wir müssen ihnen eine Brücke bauen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie müssen zurück können. Das ist in dieser Situation gefordert, nicht starke Sprüche oder Ausgrenzung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Offener Brief an die grünen Fernsehredner, die sich Realisten nennen von Walter Mossmann

Seit Tagen hör ich euch zu, und ich kanns nicht fassen.
Warum lügt Ihr Euch derart in die Tasche?
Warum tut Ihr so, als ginge es um die absolut gestellte Frage „Gewalt ja" oder „Gewalt nein"?
Warum tut Ihr so, als wär es jemals um die politische Option „Gewaltlosigkeit" gegangen?
Was wollt Ihr mit diesem Gerede verbergen?

Es geht doch offenkundig um die Frage, wer mit einer Polizeipistole Gewalt ausüben darf und wer nicht. Es geht doch offenkundig ausschließlich um das staatliche Gewaltmonopol. Jeder Krimi-Leser weiß, daß ein Polizistenmord schlimmer ist als Mord. Eben weil sich dadurch der Staat herausgefordert sieht. Also redet nicht länger um den heißen Brei herum.

Wenn ich Euch recht verstehe, wollt Ihr selber das staatliche Gewaltmonopol erobern, per Wahlen und per Koalitions-Kompromiß. Ihr wollt Euch dann des Gewaltmonopols bedienen, um die Todesindustrie abzuschaffen, die Atomraketen zu verschrotten, vielleicht sogar soziale Gerechtigkeit herzustellen, wenn es sein muß, auch Sabotage-Banden der Atom-Mafia zu bekämpfen etc. Ihr wollt an die Macht. Ihr wollt selber Befehlshaber werden über den Apparat der Staatsgewalt. Also laßt doch endlich diesen Augenaufschlag.
Entweder Innenministerium oder Gewaltlosigkeit. Beides geht nicht.

Ich nehme Otto Schily aus von dieser Kritik. Er ist tatsächlich Realpolitiker, und er redet auch so. Nur manchmal schweigt er überraschend.
Da sagt der Moderator: „Das Gewaltmonopol des Staates ist ja zum Schutz der Armen und Schwachen". Und Otto Schily schweigt dazu.
Was empfinden wohl in diesem Augenblick alle die Fernsehzuschauer, die auf den Bauplätzen der Atom-Mafia von staatlichen Knüppelgarden zusammengeschlagen worden sind? Und die dann zuschaun mußten, wie im Schutz dieser Bürgerkriegsarmee eine Atomstromfabrik nach der anderen gebaut wurde? Was empfinden alle die Leute, die den Polizisten nicht als Schutzmann kennen, sondern als Bodyguard für korrupte Politiker und Atom-Mafiosi, für Spekulanten und Waffenhändler, ja, auch für die Kaste der Besitzenden, die sich einen Dreck kümmern um „Armut und Schwäche" der Besitzlosen.

Mir scheint, Otto Schily schweigt dazu, weil er nicht will, daß das staatliche Gewaltmonopol in Mißkredit gerät. Schweigen nützt aber nichts. Bei denen, die drunter gelitten haben und leiden, steht das Gewaltmonopol nun mal in Mißkredit.
Und Waltraud Schoppe redet im alten K-Gruppen-Studenten-Jargon von staatlicher Repression. Es geht aber um Gewalt.

Ich denke, solange Otto Schily so gezielt schweigt, und solange Ihr anderen so heiligmäßig daherredet von Eurer Gewaltlosigkeit, solange habt Ihr nicht die geringste Chance, von denen ernst genommen zu werden, denen Ihr angeblich ins Gewissen reden wollt. Gerade Euer Schweigen und Eure Lügen bestärken immer mehr Leute in der hoffnungslosen Meinung, es bliebe nichts anderes übrig als das, was heutzutage „Militanz" heißt, also diese symbolischen Aktionen an symbolischen Orten zu symbolischen Terminen, diese Ablehnung von Politik und Strategie, dieses militärische Gehabe, diese heillosen Rituale an den diversen „Chaoten-Ecken", die immer wieder umkippen in blutigen Ernst.

Walter Moßmann **8.11.1987**

GRÜNE desolat

Kaum hatte die grüne Bundestags-Diva Otto Schily nach der Kritik an seiner Israel-Reise (siehe an anderer Stelle) ihre Spaltungsdrohung in die Welt gesetzt, huschten Kleinert und Fischer hinterher. Schily werde nicht allein gehen, wenn es denn sein müsse. Kleinert drohte aufzudecken, wer in der Fraktion welche Rolle spiele. Erster Querschuß: Karitas Hensel vom Fraktionsvorstand distanzierte sich, da man sie nicht gefragt hatte. Was wollen die Realos?

Schily ist ein Papiertiger

Daß eitle Gecken à la Schily sich nicht in die bedeutungslose Position des fraktionslosen Status begeben dürften, ist die Fraktionsspaltungsdrohung unwahrscheinlich. Spalten würde nur klappen, wenn die Realos 27 der 44 grünen Abgeordneten (so viele werden für die Fraktionsstärke benötigt) gewinnen. Das scheint ausgeschlossen. Auch wenn eine unerwartete Bündnispartnerin in Sicht ist. Petra Kelly hat nämlich bereits mit Parteiaustritt gedroht. Zusammen mit Bastian erklärte sie am 9.11., *,,diese Partei könnte nicht länger unsere politische Heimat sein''*, wenn weiterhin Leute wie Regina Michalik im Bundesvorstand säßen, die das Bündnis zwischen Linken, Grünen, Autonomen und BIs propagierten, und damit gegen *,,das Prinzip der Gewaltfreiheit''* verstießen. Andererseits sind sich Kelly und Schily alles andere als grün.

Realistisch bleibt Schily eigentlich nur der Übertritt zur SPD, den allerdings nicht alle Gefolgsleute mitmachen dürften. So erkärt sich wohl auch der Bremsversuch auch von Schily-Freunden, die jetzt eine Klärung des Standortes der grünen Bundestagsfraktion zur Friedenspolitik, zum Staatsverständnis, zur Gewalt sowie den Vorstellungen einer ökologischen Reformpolitik zur Voraussetzung weiterer Konsequenzen machen wollen (auf einer Sitzung voraussichtlich am 8. Dezember). Zwar ist der SPD-Eintritt einiger Realos (auch wenn Kleinert sich sofort bemühte, diesen ,,auszuschließen'') wahrscheinlicher als eine Kleinfraktion, aber zur Zeit wohl kaum angesagt. Eher geht es um den Versuch, unter Nutzung der Medienöffentlichkeit und deren ,,Sensibilität'' für Gewalt- und Terrorhetze sowie allzeit den Antikommunismus, den Bundesvorstand, die Linken in Fraktion und Partei zu isolieren. Auf nichts anderes zielte Fischer, als er beschwor: *,,Wenn der Bundesvorstand nicht von seiner Rückkehr zum marxistisch-leninistischen Sektiererwesen der 70er Jahre abrückt, dann weiß ich nicht, wie wir wieder zusammenkommen sollen.''* (Hamburger Morgenpost, 14.11.)

Wir distanzieren uns

Im Grünen-Bundesvorstand habe *,,jetzt die alte Kadermentalität des Kommunistischen Bundes, das sektiererische Verratsgeschrei, Einzug gehalten''*, behauptet Joschka Fischer gegenüber der ,,Neue Presse'' Hannover am 13. November. *,,Inquisitorisches Abrechnen''*, eine *,,politische Kopf-ab-Mentalität''* habe sich breit gemacht.

Wir distanzieren uns. Zu Zeiten, als es den Grünen besser ging, da hatten sie mit den Kommunisten nichts am Hut, jetzt wo's ihnen schlecht geht, sollen wir daran die Schuld tragen. Unverschämt. Noch vor kurzem hatten sie sich von der Vergangenheit gründlich gereinigt, das ,,linke Ghetto'' — wie es so schön geschmackvoll hieß — verlassen. Auf der Erfolgswelle schwimmt es sich gut. Und nicht wenige von denen, die heute wegen Kadermentalität angegriffen werden, agierten vor Jahren ähnlich gegen die Linken. War Jutta Ditfurth je im KB? Nicht ein Bundesvorstandsmitglied ist uns bekannt, das eine solche Vergangenheit — geschweige denn Gegenwart — hat! Niemand in Hamburg behauptet, daß der KB die desolate Selbstblockade der GAL herbeigeführt hat, bzw. sie beispielsweise durch Selbstrückzug auflösen könnte. Im Gegenteil sind wir froh, daß wir in den personalen Selbstzerfleischungen keine Aktien haben. Will man uns vielleicht auch die Blockaden im niedersächsischen Grünen-Vorstand entstanden an der Debatte um die Kilometer-Pauschalen-Abrechnungen vorwerfen? Tragen wir die Verantwortung für die Querelen im NRW-Landesvorstand, zu dessen Behebung der Landeshauptausschuß einen Psychologen bewilligte? Oder — um dem Faß den Boden auszuschlagen — drehen wir etwa auch an den Bremer Grünen-Querelen um die Nichtwahl der Christine Bernbacher? Man weiß ja, daß wir bei den Bremer Grünen besonders dicke drinstecken.

Die antikommunistische Leier wird mal wieder bemüht, um auszugrenzen und die eigene Erfolg- und Perspektivlosigkeit zu übertünchen. Wir lassen uns nicht als Streitaxt für Fischers grün-interne Barrikadenkämpfe instrumentalisieren.

hr.

...afen-straße

Grüne Rosita mit Mollie-Material im Auto erwisc...

Von CLAUS PETER BRUNS und STEFANIE OHLENDORF

Polizeisperren an der Autobahn, Wasserwerfer im Schanzenviertel, Hunderte von Mannschaftstransportern in der Innenstadt – Hamburg glich gestern einer belagerten Stadt.

27 Hundertschaften Polizei und Bundesgrenzschutz waren in Hamburg zusammengezogen worden – Angst vor Gewalt am 4. Tag der neuen Auseinandersetzungen um die besetzten Häuser in der Hafenstraße.

In der Nacht zuvor waren wieder Chaoten mit Bussen aus Frankfurt, Amsterdam und dem Ruhrgebiet angereist. Im Eilverfahren verboten Hamburger Richter die für Samstag angekündigte Demonstration.

Die Polizei registrierte während der Nacht: In der Bernhard-Nocht-... [illegible] zwei Vermummte ... Uwe H. (58) aus ... wollte ei-... den liegen. Erst nach fünf Stunden wurde er über die Hindernisse gehievt – dann konnte er zur ambulanten Behandlung abtransportiert werden.

Um 2.30 Uhr zertrümmerten Chaoten in Stadtteil Altona die Scheiben des „Desuma"-Supermarktes. Sie warfen Regale um, nahmen mehrere Flaschen Schnaps und mehrere Stangen Zigaretten mit.

Trotz des Demonstrationsverbotes zogen in den Morgenstunden kleine Gruppen von schwarzgekleideten Chaoten mit roten Fahnen durch die Innenstadt, versammelten sich im Schanzenviertel. Die Polizei drängte einige von ihnen ab und gab über Lautsprecher eine letzte Warnung ... Demonstration sei ver-... gaben nach und zogen einzeln zur Hafenstraße, wo um 12 Uhr die Kundgebung begann.

Die Polizei griff nur einmal ein: Sie nahm zwei Frauen und zwei Männer fest, die mit ihrem Wagen am Pinnasberg auf St. Pauli liegengeblieben waren – sie hatten kein Benzin mehr. Bei der Durchsuchung fanden die Beamten eine Schreckschußpistole, Motorradmasken, Benzin und Lappen für Molotow-Cocktails. Eine der Frauen war die Geschäftsführerin der Hamburger GAL (Grün-Alternative Liste), Rosita Timm.

Mit Rechtsbrechern kein Rechtsfrieden

Um 13 Uhr trat im Rathaus der „Koalitionsausschuß" mit Bürgermeister von Dohnanyi (SPD) und Senator Ingo von Münch (FDP) zusammen und beriet über ein neue[s] Angebot der Besetzer in der Hafenstraße. Sie hatten einen vom Sen... [illegible]

aus: Bild am Sonntag, 15.11.87

aus: Welt am Sonntag, 15.11.87

GAL-Politikerin m... Schreckschuß-Pistole ... Hamburg festgenomme...

JTJ Hamburg

Die Geschäftsführerin der Hamburger Grünen (GAL), Rosita Timm, ist am Samstag zusammen mit drei weiteren Personen bei Kontrollen der Polizei vor einer verbotenen Hafenstraßen-Demonstration festgenommen worden. Die vier saßen in einem Auto, in dem die Polizei Gegenstände, die sich zum Herstellen von Molotow-Cocktails eignen, sowie einen Helm, eine Schreckschußwaffe und Motorradschlupfmasken fand.

Im seit fünf Jahren w... [illegible]

...gebung teil, die – begleitet ... einem starken Aufgebot ... Polizei und Bundesg... schutz – friedlich verlief.

Ein Anwalt der Hafenst... hatte zuvor dem Senat e... unterschriebenen Pachtver... für die besetzten Häuser au... händigt, in dem der Pa... über die Beseitigung von B... kaden und Stacheldraht ge... chen und durch einen erg... zenden Vorvertrag ersetzt w... den war.

Die Quelle der Gewalt?

Orgie der Staatsfrömmigkeit schlecht belohnt

Daß die Grünen Bayerns zum Münchener Empfang von Lady Di und Prinz Charles durch die bayerische Staatsregierung nicht eingeladen wurden, war ein Affront. Daß sie keine Einladung zur staatsoffiziellen Trauerfeier für die beiden erschossenen Frankfurter Polizisten erhalten haben, empörte sie dermaßen, daß sie öffentlich gegen diese ,,Ausgrenzung'' protestierten.

Das war eine gemeine Handlung. Genauso gemein wie die des Frankfurter Polizeipräsidenten Gemmer, der mit Hinweis auf die Haltung Jutta Ditfurths zum ,,Terrorismus'' und Thomas Ebermanns Weigerung, die Erklärung der grünen Fraktionsvorstandsmehrheit zu unterschreiben, ein Gespräch mit den Grünen abgelehnte hatte: *,,Jetzt kann nicht so getan werden, als gebe es nur Friede, Freude, Eierkuchen.''* Waltraud Schoppe warf daraufhin der CDU/CSU ,,Ausgrenzung und Dialogunfähigkeit'' vor (pikanterweise ist der Gemmer allerdings SPD-Mitglied) und beschwerte sich bei seinem Chef, Innenminister Milde, *,,entsetzt''* über diese Verweigerung *,,gerade jetzt, wo Gespräch und Dialog unverzichtbar''* sind.

Was hatten die Realo-Grünen nicht alles getan, ihre Staatstreue aus Anlaß der Erschießungen zu demonstrieren. Grüne reihten sich in die staatsoffizielle Trauergemeinde der heuchelnden Politiker vor den Fernsehkameras ein. Unbesehen wurde die Version übernommen, daß aus der Demonstration heraus geschossen wurde und daß die Täter Autonome seien, flugs war eine kollektive Haftung der Autonomen für die Frankfurter Erschießungen hergestellt. Der grüne Fraktionsvorstand (mit Ausnahme Ebermanns) rief zur Fahndung nach den Tätern auf. Fischer kritisierte mangelnde Umsetzung der Erkenntnisse staatlicher Bespitzelung von Demonstranten. Fischer und Schoppe forderten Demonstranten zur Entmummung und Entwaffnung auf. Schily verlangte Schluß mit der *,,Toleranz gegenüber der Militanz''* und war *,,dafür, daß man auf Demonstrationen sein Gesicht zeigt''*. Als ob es dieser Aufforderung bedurfte, erwartete er vom Staat, daß diese *,,mit Festigkeit''* reagiere. Die hessische Landtagsabgeordnete Irene Sollwedel warf im Fernsehen den grünen Fundamentalisten vor, *,,keine eindeutige Haltung zur Gewalt gegen Sachen eingenommen zu haben''*. Grüne Landtagsabgeordnete aus Hessen nahmen an der Frankfurter Polizeidemonstration teil, dasselbe behauptet die TAZ von der Fraktion der AL Berlin. Die Bewahrung *,,rechtsstaatlicher Besonnenheit''* wurde beschworen. Fischer forderte für die Parole Schluß mit der Gewalt auf die Straße zu gehen. Wenn es um Gewalt geht, darf Petra Kelly nicht fehlen: *,,Die heimtückische Ermordung (...) bestätigt in schauerlicher Weise die Richtigkeit unserers Aufrufes zur Gewaltfreiheit bei Demonstrationen vom Sommer 1986.'' ,,Die Morde an der Startbahn West zeigen, wohin eine verschwommenen Haltung* (zur Gewalt, Anm.) *führen kann''* Deshalb müßten jetzt *,,klare Verhältnisse''* geschaffen *,,und dem ,schwarzen Block' der Vermummten jede Deckung und jeder Rückhalt''* entzogen werden.

Wir dokumentieren nachfolgend die
Rückhalt'' entzogen werden.

Wir dokumentieren nachfolgend die Bundestagsrede der Grünen Waltraud Schoppe vom 5. November. Sie ist Beleg für die beendete Sozialdemokratisierung der Realo-Grünen. Die von ihnen beschworene Versöhnungsrolle, der begonnene Brückenbau, all das mag ihrer Einbildung entsprechen. In Wirklichkeit sind sie dazu nicht mehr in der Lage:

— Wer wie Schoppe die Autonomen zu entmischen versucht in die ,,militaristische'' Minderheit und die große Zahl der eigentlich lieben, aber irrenden Schafe, ist nicht dialogfähig mit ihnen, sondern beweist nur einen äußerst dilletantischen Spaltungsversuch.

— Wer von ,,ausreichenden rechtsstaatlichen Mitteln'', Festigkeit des Staates etc. schwätzt und im gleichen Atemzug die ,,Gewaltfreiheit'' beschwört, hat die bürgerliche Lektion vom Gewaltmonopol gelernt, stellt sich — ungerufen zwar — auf die Seite seiner Exekutoren, auch wenn er Stein und Bein schwört, es friedlicher anwenden zu wollen.

— Wer auffordert, die Masken vom Gesicht zu reißen oder wie Schily wortgleich zu seinen CDU-Kollegen in gespielter Naivität das unbedeckte Gesicht verlangt, verbindet nicht nur wie Zimmermann auch die Schüsse aus dem Hinterhalt mit der Vermummung, sondern verlangt geradezu alles zu vergessen an millionenfacher Bespitzelung, Datenerfassung, Kriminalisierung und Berufsverboten im Zusammenhang mit Demonstrationen.

Der grünen Amnestiedebatte zweiter Teil belegt einmal mehr, daß es nur um eine Versöhnung geht: Die dieses Teils der Grünen und der 68er Generation mit diesem Staat seinen Repräsentanten und Organen. Mögen sie dies tun, je schneller desto besser. Die Verbindung zur politischen Opposition in diesem Lande haben sie Stück für Stück gekappt. Staat, sei gnädig, versöhnlich und dialogfähig: nimm sie auf, sie haben es verdient. Dafür verbürgen wir Kommunisten uns.

hr.

"Macht mal halblang!"

Der "Spiegel" gegen grüne Distanzierer

,,Blinder Eifer schadet nur'', lautet ein altes Sprichwort. Diese beherzigenswerte Volksweisheit scheint den grünen Realos unbekannt zu sein. Sie orientieren sich lieber am ,,gesunden (?) Volksempfinden'', dem sie sich mit ihrer übereifrigen Distanzierung von Jutta Ditfurths Thesen zum Terrorismus (vgl. AK 287, S.8) gefährlich angenähert haben.

Eine unüberhörbare Mahnung zum Innehalten und zur Besinnung hat jetzt die Redaktion des ,,Spiegel'' nach Bonn gefunkt — und zur Blamage der Adressaten in Millionenauflage gedruckt (Nr. 44 vom 25.10.). Das ist ein ungewöhnlicher Vorgang. Bekanntlich ist die ,,Spiegel''-Redaktion sonst jederzeit bereit, auch den ödesten ,,realpolitischen'' Banalitäten ein Forum zu bieten. Der ,,manischen Verweigerin'' und ,,Domina im Bundesvorstand'' Jutta Ditfurth wurde nach dem ,,Fundi-Parteitag'' in Duisburg eigens eine haßtriefende Titelgeschichte gewidmet (Nr. 20 vom 11.5.).

Aber an einer überangepaßten grünen Partei scheint das einzigartige Nachrichtenmagazin auch kein Interesse zu haben. Deshalb wird jetzt Hohn und Spott über die ,,sonst eher stillen und betagteren'' Mitglieder der grünen Bundestagsfraktion ausgegossen: ,,die Hausfrau Charlotte Garbe, die Bäuerin Dora Flinner und die Kauffrau Trude Unruh''. Die kommen aus Kuhdörfern wie Lauenförde oder Bobstadt und empfinden Jutta Ditfurths Terrorismus-Erklärung als ,,staatszersetzend'' und ,,Heroisierung von RAF-Terroristen'' (Unruh). Auch der Rest der Bonner Realo-Mehrheit kriegt Zunder: ,,Nach Mitternacht beschloß die Fraktion endlich eine kuriose Anklage. Der Parteifreundin Jutta wurde zum Gaudi der Fundis attestiert, sie habe ,bisher kein positiv entwickelt formuliertes Staatsverständnis' ''. Kommentar von Thomas Ebermann, dem die ,,Spiegel''-Autoren sich schadenfroh grinsend anschließen: ,,Total heavy''.

Und dann wird es ganz derb: ,,Mit ihrer Schelte wurde die Grünen-Fraktion selbst nach Ansicht von Realos zur fünften Kolonne der Unionschristen — nach dem Mescalero-Muster''. Aber nicht nur den unbekannte Buback-Nachrufer, der 1977 nach dem Mord am Generalbundesanwalt ,,klammheimliche Freude'' empfand und damit für ,,wochenlange Hysterie'' sorgte, stellt der ,,Spiegel'' gemeinsam mit Jutta Ditfurth in die Reihe der böswillig zu Sympathisanten des Terrors gestempelten Oppositionellen: ,,Ähnlich war es Heinrich Böll ergangen, als er 1972 im ,Spiegel' ,freies Geleit' für Ulrike Meinhof gefordert hatte. Böll wünschte keinen ,öffentlichen Prozeß', wurde aber gleichwohl sofort zum Sympathisanten der RAF erklärt''.

Der ,,Spiegel''-Redaktion schaudert vor dem Abgrund an grünem Opportunismus: ,,Jetzt setzte die Grünen-Fraktion mit Mehrheit sogar den Antrag auf eine Aktuelle Stunde zur Beschlagnahme eines ,Info'-Buches mit Briefen von RAF-Gefangenen ab — aus Angst, der Werbung für eine terroristische Vereinigung verdächtigt zu werden?'' Um da gegenzusteuern ist der ,,Spiegel'' sogar zur Verbrüderung mit den linksradikalen ,,Drei Tornados'' bereit, die dem grünen Treiben seit jeher mit Sarkasmus begegnen: ,,Wir sind für die radikale Säuberung der Partei'', zitiert der ,,Spiegel'' den Gastkommentar der drei Anarchisten-Kabarettisten in der ,,taz'', ,,bis nur noch Otto von Schily als Reichskanzler übrigbleibt und Strauß zu den Grünen überläuft''.

DKP und "Gewalttäter"

Allzu gerne wollte die DKP in den Frankfurter Schüssen nicht nur eine objektive, sondern auch eine staatsschutzgelenkte Provokation gegen die ,,demokratische Bewegung'' sehen. Dem diente in ihrer Zeitung ,,Unsere Zeit'' (UZ) der Verweis auf das Celler Loch ebenso, wie der Hinweis auf V-Leute in Wackersdorf, beim Bush-Besuch in Krefeld 1983 und beim Bremer Rekrutengelöbnis 1980. So weit, so denkbar. Während DKP-Startbahnler Rudi Hechler aus Mörfelden die Vision von *,,Schwarzvermummten ,im Dienst' ''* hatte (UZ, 10.11.87), wußte der UZ-Berichterstatter felsenfest: *,,Der einzige mit Namen bekannte Verdächtige hatte mit der Bewegung gegen die Startbahn nichts zu tun. Aber dem Verfassungsschutz war er seit Jahren bekannt.''* (UZ, 6.11.87) Mag sein, daß Eichler nie in den Kreisen gesehen wurde, die die DKP ,,demokratische Bewegung'' nennt, in den Reihen der militanten Startbahnkämpfer war er bekannt.

Was ist daher der Zweck der Übung? Nicht die Warnung vor den offenen Flanken der Szene gegenüber Staatsschutz-Infiltrationen, nicht die Auseinandersetzung um die Sinnhaftigkeit militanter Aktionen, sondern die Denunziation von Militanten als Staatsschutzprodukte. *,,Gewalttätige Demonstranten schaden niemandem so sehr wie den Demonstranten und ihren Zielen. Das ist eine Binsenweisheit. Wer keine Demonstrationen wünscht, weil sie den eigenen Zielen zuwiderlaufen, der muß Demonstrationen behindern (mit dem Abbau des Demonstrationsrechtes) und diskreditieren (mit dem Hinweis auf ,Gewalttäter'). Gäbe es keine Gewalttäter — die Gegner des demokratischen Demonstrations- und Versammlungsrechts müßten sie erfinden.''* (UZ, 6.11.) Folgerichtig empört sich die UZ denn auch, daß Eichler zwar *,,seit langem als Strommastumsäger bekannt war''*, doch: *,,Warum ist man nie gegen diesen ,Gewalttäter' vorgegangen?''* Also nicht nur von den Realo-Grünen, sondern auch von den ordentlichen Kommunisten der Ruf nach der starken Hand des Staates gegen die Gewalttäter in der Szene.

Für uns nichts Neues, kennen wir diese DKP-Haltung aus vergangenen Jahren zur Genüge. In den siebziger Jahren waren ,,K-Gruppen'', Maoisten und Trotzkisten im DKP-Sprachgebrauch sowieso nur Agenturen des Klassenfeindes zur Spaltung der kommunistischen Bewegung. Zwar haben sich zwischenzeitlich die Töne der DKP gemildert. Doch mit einigem Staunen lesen wir in der UZ, daß eine ihrer Hetzgeschichten aus dem Jahre 1976 wieder als Zwangsbeleg für die Staatsschutzthese zitiert wird. Der angebliche Agent Gerhard Held vom KBW in Hannover. Weder konnte die DKP damals ihre Vorwürfe belegen, noch war es legitim, daraus auf die Funktion der Organisation KBW zu schlußfolgern.

Bei diesem Herangehen nimmt es daher nicht wunder, daß die UZ jetzt auch im akut gewordenen Streit um die Hamburger Hafenstraße die drohende Gewalttätigkeit des Konfliktes nicht aus seiner Anlage und Entwicklung heraus erklärt, sondern die Frage nach ,,bestellten Provokationen'' stellt. UZ-Überschrift am 13.11.: *,,Warnungen vor dem Weg der Gewalt in der Hamburger Hafenstraße''*. Wird damit an der sozialdemokratisch inspirierten Legende von den rein friedlich auf alternatives Wohnen orientierten Bewohnern, die von den Gewalttätern verdrängt wurden, gebastelt?

Zur Haftsituation von Barbara Ernst

Barbara Ernst wurd im Juni 1984 zusammen mit Helmut Pohl, Stefan Frey, Volker Staub, Christa Eckes und Ingrid Jakobsmeier in Frankfurt verhaftet. Im Herbst 1985 begann gegen Barbara und Volker, beide kommen aus Hamburg, in München (!) der Prozeß wg. Mitgliedschaft in der RAF und diverser kleinerer Delikte. Das Urteil gegen Barbara wurde im Herbst 1986 rechtskräftig: Vier Jahre Knast wg. Mitgliedschaft in der RAF. Beiligung an Aktionen wurde ihr nicht vorgeworfen.
Im folgenden dokumentieren wir die Presseerklärung der Anwältinnen zu ihrer Haftsituation.

ga., Hamburg

Gegen Barbara Ernst wurde Ende Juni zum zweiten Mal innerhalb von 6 Wochen Arrest verhängt (Arrest bedeutet für eine Gefangene, die sowieso isoliert ist, vor allem Entzug allen Arbeits- und Informationsmaterials einschließlich Radio und aller persönlichen Sachen, d.h. die Gefangene hat regelmäßig nichts als leeres Papier und Kugelschreiber). Dies war der bisherige Höhepunkt in einer Kette von Haftverschärfungen, die gegen Barbara in Gang gesetzt wurden, seit sie — entgegen ihrem Antrag auf Zusammenlegung mit den drei gefangenen Genossinnen, die in der Kleingruppe im Lübecker Hochsicherheitstrakt zusammen sind — im Oktober 86 ins Hamburger Untersuchungsgefängnis verlegt wurde.

Verfügt worden war außer dem Arrest eine Dauerbeobachtung mit Nachtlicht, wofür, wie Barbara später erfuhr, als formaler Grund „Suizidgefahr" herhalten mußte; daran anschließend sollte dann die eine Woche Arrest wegen „Arbeitsverweigerung" beginnen. Barbara verbarrikadierte sich gegen diese Maßnahmen in ihrer Zelle und begann, nachdem sie von Sicherheitsbeamten in die leere Arrestzelle geschleppt worden war, einen Hungerstreik mit der Forderung, sofort in die Zelle mit ihren Sachen zurückverlegt zu werden.

Daraufhin wurden Arrest und Dauerbeobachtung am nächsten Vormittag „außer Vollzug gesetzt" und Barbara wurde in die Zelle mit ihren Sachen zurückverlegt.

Barbara schreibt dazu: *„ich denk, sie konnten dadurch, daß ich mich verbarrikadiert und dann im Bunker das Fraß abgelehnt hatte, nicht mehr übersehen, daß ihr Kalkül aus ihrem Machtdünkel raus, daß sie Bunker mit Dauerbeobachtung und Nachtlicht, und dann daran anschließend die Woche Bunker, die sie wieder an „Arbeitsverweigerung" festgemacht hatten, in aller Stille durchziehen könnten, falsch*
dünkel raus, daß sie Bunker mit Dauerbeobachtung und Nachtlicht, und dann daran anschließend die Woche Bunker, die sie wieder an „Arbeitsverweigerung" festgemacht hatten, in aller Stille durchziehen könnten, falsch
ist. Sie mußten sehn, daß ihnen das auf die Füße fällt, ihre Mittel stumpf sind, es politisch gegen sie gedreht wird, und haben dann diese Maßnahmen am 2. Tag in aller Hektik abgebrochen und mich in diese Zelle mit meinen Sachen zurückverlegt.

Um die Tatsache ihres Rückzugs zu verschleiern haben sie jetzt die pseudo-medizinische Ebene vorgeschoben, auf der angeblich jetzt die Entscheidung, wann sie den Bunker durchziehen wollen, getroffen wird. Das ist ja aber leicht politisch zu durchschauen und gegen die Mobilisierung wirkungslos. Also kann auch nicht, wie sie das mit diesem krampfhaften Entpolitisierungsversuch bezwecken, ablenken vom Charakter der Konfrontation und vom politischen Kern, unseren Forderungen, dem Kampf von uns Gefangenen und seiner Bedeutung als Teil des revolutionären Kampfs."

Die Ablehnung der Gefängnis-Zwangsarbeit wurde, seit Barbara Strafgefangene ist (September 86), zur Verschärfung ihrer Haftbedingungen benutzt: Bevor im Mai das erste Mal Arrest mit der Begründung „Arbeitsverweigerung" gegen sie verhängt wurde, hatte sie deswegen zunächst noch in Aichach einen Monat und dann in Hamburg insgesamt drei Monate totale Einkaufssperre gehabt, wo sie z.B. nicht einmal Schreibmaterial usw. kaufen konnte, und einen Monat Radiosperre. Der dann Ende Juni mit dieser Begründung verhängte zweite Arrest wurde zwar nicht durchgezogen; er wurde aber auch nicht aufgehoben; vielmehr besteht unter dem Vorwand, daß nicht klar sei, ob sie „arrestfähig" ist, ein Schwebezustand, der als zusätzlicher Druck gegen sie wirken soll.

Im Untersuchungsgefängnis Hamburg ging es der Anstalt daneben von Anfang an darum dafür zu sorgen, jeden Kontakt zwischen Barbara und der Gefangenen aus dem Widerstand Elisabeth Meerman, die im selben Gefängnis war, auszuschließen: Um sogar zu verhindern, daß die beiden Gefangenen wenigstens am Fenster miteinander reden konnten, wenn eine von ihnen Hofgang hatte (gemeinschaftlicher Hof von Barbara und Elisabeth war verboten), wurde ihnen der Hofgang faktisch gestrichen (indem für beide Einzelhofgang auf einer Art Garagenvorplatz unter zusätzlicher Bewachung angeordnet wurde, Bedingungen, wegen derer die Gefangenen den Hofgang nur ablehnen konnten). Schließlich wurde Elisabeth dann im Januar nach Vechta verlegt — weil ihnen zwei politische Gefangene in einem Hamburger Gefängnis schon zuviel sind. Seitdem galt für Barbara wieder die Anordnung: Normalvollzugshofgang, den sie ablehnt, weil er Teil des Programms gegen die politischen Gefangenen ist. Die Konsequenz war, daß Barbara 9 Monate lang 24 Stunden des Tages allein in ihrer Zelle saß — bei einer Stunde Besuch im Monat von draußen (außer Anwaltsbesuch).

Am 28.9. wurde dann Einzelhofgang „bis auf Widerruf" angeordnet, der allerdings schon eine Woche später das erste Mal gestrichen wurde „aus organisatorischen Gründen", und der jetzt ganz unregelmäßig läuft mit dem Kalkül, täglichen Streß zu bewirken. Immerhin wurde die Hofgangssperre aber damit teilweise zurückgenommen als Ergebnis des Widerstands der Gefangenen gegen das Programm und der Stärke der Solidarität mit ihrem Kampf und ihren Forderungen.

Weitere Maßnahmen zielen vor allem darauf ab, jedes Arbeiten und jede politische Auseinandersetzung unmöglich zu machen. Barbara wird z.B. das dafür erforderliche Arbeitsmaterial systematisch entzogen: Nach und nach und verstärkt nach dem Abbruch der zweiten Arrestanordnung im Juni wurde ihr der größte Teil ihrer Unterlagen — Zeitschriften und Broschüren, Ordner mit Arbeitspapieren, Briefe — weggenommen und die Anzahl der Unterlagen, die sie in der Zelle haben darf, extrem geschränkt, wobei der Austausch gegen Unterlagen aus der „Habe" jeweils viele Tage dauert; jeder zusammenhängende Arbeitsprozeß, jede Planung von Arbeiten ist damit unmöglich.

Barbara schreibt: *„Seit dem 29.7.87 hocke ich in einer fast leeren Zelle. Sie haben von den sowieso nur noch ganz wenigen Sachen, die ich bis dahin noch hier hatte, noch rausgeholt und zur „Habe" gepackt: alle Verlagsverzeichnisse, die man ja für Bücherbestellungen braucht; fast alle Broschü-*
haben von den sowieso nur noch ganz wenigen Sachen, die ich bis dahin noch hier hatte, noch rausgeholt und zur „Habe" gepackt: alle Verlagsverzeichnisse, die man ja für Bücherbestellungen braucht; fast alle Broschü-
ren, Fotos — und da genau die, die ich von den Angehörigen hatte, was ja ein Ausdruck davon ist, wie Solidarität und Lebendigkeit sie dabei trifft, und sie mir den sinnlichen Eindruck durch die Fotos entziehn;
fast alle Klamotten, so daß ich mich nach der Gymnastik nichtmal mehr umziehen kann;
fast alle Postkarten und Briefe, auch die Durchschläge von den Briefen, die ich geschrieben hab;
und ankommende neue Post krieg ich überhaupt nur noch, wenn ich von den wenigen Briefen und Karten, die ich jetzt noch hab, die gleiche Anzahl Briefe und Karten aus der Zelle rausgeb wie neue Post ankommt. Also der Zweck von diesen neuen Maßnahmen ist ja offen, um jedes Arbeiten und Diskussion unmöglich zu machen, und die Isolation und Abschottung nochmal zu verschärfen. Damit ist z.B. jeder Diskussonsprozeß zerstört, weil ich mich auf vor einigen Monaten/Wochen Geschriebenes nicht mehr beziehen kann, und den Prozeß von Auseinandersetzungen der letzten Jahre nicht mehr nachlesen kann, um daran weiterzudiskutieren.

Sie wollen uns als politisch handelnde Subjekte ausschalten. Diese Maßnahmen hier stehen im Zusammenhang mit den Vorstößen wie sie jetzt verstärkt gegen uns laufen. Ich seh sie auch als eine Demonstration ihres Herrschaftswillens jetzt, wo sie doch bei dem Bunker-Terror hier, den sie an Arbeitsverweigerung festgemacht hatten, nen Rückzug antreten mußten."

Barbaras Haftsituation spiegelt den Ausnahmezustand wieder, wie er dauernd gegen alle politischen Gefangenen besteht. Darin ist der Arbeitszwang ein Mittel, um Zwangsmaßnahmen gegen die Gefangenen anzuwenden bis hin zu wiederholtem Arrest — wie er außer gegen Barbara auch zweimal gegen Claudia Wannersdorfer im Aichacher Gefängnis gelaufen ist — und physischer Gewalt. Mit diesen Maßnahmen wie auch mit der Hofgangssperre verfolgt der Staat das Ziel, die Gefangenen in das hineinzupressen, was er „Normalvollzug" nennt, was aber real eine einzige die 24 Stunden des Tages umfassende Sondermaßnahme ist.

Dazu gehört neben der Trennung der politischen Gefangenen voneinander und vor allem — unter der Behauptung des Gegenteils — gerade auch ihre Abtrennung von den sozialen Gefangenen und die Manipulation des Zusammenkommens mit ihnen: durch die plötzliche Einbeziehung dieser Gefangenen in die Sonderüberwachung und durch anderen Druck auf sie, durch besondere Auswahl und direkten Spitzeleinsatz. Wenn trotz dieser Bedingungen ein gemeinsamer Prozeß mit den sozialen Gefangenen entsteht, so wird sehr schnell die ungeschminkte Isolation für die politischen Gefangenen wieder hergestellt. So war es Ende Juli 87 bei Claudia Wannersdorfer, weil sie und die Gefangenen dort zusammen angefangen hatten, sich für die Aufhebung der Trennung untereinander, für menschlichere Bedingungen, einzusetzen.

In diesen Zusammenhang gehört auch das alte Projekt, die bestehenden Kleingruppen zu zerschlagen; daß es nicht aufgegeben wurde, wurde im vergangenen Sommer in Äußerungen des Kieler Justizministeriums gegenüber Anwälten deutlich.

Was hier als „Normalvollzug" gegen die politischen Gefangenen hochgezogen wird, hat vor allem auch das Ziel der Propaganda: Der Staat will — wenn die Gefangenen sich seinen Kriegsbedingungen dieses „Normalvollzugs" nicht unterwerfen — sagen können: sie würden sich selbst isolieren.

Es ist der Versuch, den Kampf der Gefangenen gegen die Isolation und für ihre Zusammenlegung zu kontern: Es soll damit Verwirrung gestiftet werden gegen die nicht nachlassende Mobilisierung für Zusammenlegung und zugleich die Tatsache der Isolation gegenüber der internationalen Öffentlichkeit geleugnet werden, weil die BRD deswegen schon bis zum UNO-Menschenrechtsausschuß angegriffen wurde. Seit dem Hearing vor diesem Ausschuß im April 86 hat der Staat die „Normalvollzugs"-Linie verstärkt aufgegriffen, und daß dies kein Zufall ist, wurde den Gefangenen in Frankfurt-Preungesheim ausdrücklich bestätigt, indem dieses UNO-Hearing als Grund dafür angegeben wurde, weshalb sie in verschiedene Stockwerke in den Normalvollzug verlegt werden sollten.
wurde den Gefangenen in Frankfurt-Preungesheim ausdrücklich bestätigt, indem dieses UNO-Hearing als Grund dafür angegeben wurde, weshalb sie in verschiedene Stockwerke in den Normalvollzug verlegt werden sollten.

Wie die BRD die Zusammenlegung der Gefangenen präventiv bekämpft — jetzt auch mit Angriffen gegen die Anwälte, deren Eintreten für die Zusammenlegung als „Werbung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" kriminalisiert wird und zum Anlaß genommen wurde für Durchsuchungen eines Anwaltsbüros, der Wohnungen von Genossinnen aus dem Widerstand und von zahlreichen Zellen von Gefangenen — so hat der spanische Staat seit Anfang dieses Jahres begonnen, die dort seit Jahren bestehenden Gefangenenkollektive zu zerschlagen. Das begann im Januar mit der Zerstreuung von Gefangenen aus dem ETA-Kollektiv von Herrera de la Mancha und wurde im Sommer fortgesetzt mit der Verlegung von zahlreichen Gefangenen aus den Kollektiven der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) in Soria und Carabanchel. Die Regierungen beider Staaten folgen damit einer vereinheitlichten Strategie gegen die revolutionären Gefangenen. Damit kriminalisiert der Staatsschutz der BRD die Zusammenlegungsforderung über die Konstruktion „RAF im Knast", während der spanische Staat die Verlegungen damit begründet, daß die Reorganisation der „terroristischen Vereinigung" aus dem Gefängnis heraus verhindert werden müsse.

Gegenüber dieser Politik weisen wir erneut darauf hin, daß die Aufhebung der Isolation notwendig und nur durch die Erfüllung der Forderungen der Gefangenen vorstellbar ist. Zu diesen Forderungen gehört vor allem die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand in große Gruppen.

Hamburg, den 21. Oktober 1987

Professoraler Schutz für rechtsradikalen Kollegen

Völkisch-rassistische Töne sind seit geraumer Zeit aus der Uni Oldenburg zu vernehmen. Der Neonazismus erhielt Einzug in den Wissenschaftsbetrieb. Motor dieser Entwicklung ist der Oldenburger Soziologieprofessor Gerd Vonderach. Mittlerweile ziehen die Vorfälle an der Uni Oldenburg größere Kreise: Der Präsident der Uni und Teile des Senats stellen sich schützend vor den Rechtsextremisten Vonderach.

Nationalrevolutionäre Regionalforschung

Einst galt der Oldenburger Soziologieprofessor Gerd Vonderach als eingefleischter Marxist. Seine ersten politischen Sporen verdiente er sich beim SDS, später arbeitete er mit dem Sozialistischen Büro zusammen. Anfang der 70er Jahre beschäftigte sich Vonderach noch mit den Problemen von Kapital und Klasse, sein Untersuchungsansatz war streng marxistisch.

Zehn Jahre später, Anfang der 80er Jahre, entdeckte Vonderach sein Herz für die Regionalforschung. Seit 1983 ist er der Herausgeber der Zeitschrift „Gezeiten, Archiv für regionale Lebenswelten", und seither wandelte er sich unaufhaltsam. Aus dem einstigen Sozialisten wurde innerhalb kurzer Zeit ein strammer Rechtsextremist.

Es liegt am Gegenstand des zu Untersuchenden, daß sich Vonderach nicht nur um die „regionalen Lebenswelten" des Weser-Ems-Gebietes kümmerte. Probleme des Deichmuseums Dorum oder etwa des Kunstmuseums Otterndorf kann man zwar erschöpfend behandeln, aber sie befriedigen den Wissenschaftlergeist auf die Dauer nicht. Die Besonderheiten der Heimat und der Region müssen natürlich um allgemeine Thesen und Theorien ergänzt werden, und die holte Vonderach sich vom Neonazismus. Für ihn wurde schnell klar, wie er es auszudrücken beliebte, daß „neben dem Eintreten für regionale Belange auch die Sorge um die Zukunft unseres Volkes bedeutsam" ist (Gezeiten, Nr. 7, Dezember 1986).

Und Anlaß zur Sorge um „unser Volk" besteht für Vonderach allemal: „Auch Völker leben nicht ewig (...) Das Verschwinden von Völkern und Kulturwelten kann schnell oder allmählich erfolgen, sich bald oder erst in ferner Zukunft ereignen, durch fremde Gewalt bewirkt werden oder als (unbewußter) Selbstmord. Auch das Absin-
Das Verschwinden von Völkern und Kulturwelten kann schnell oder allmählich erfolgen, sich bald oder erst in ferner Zukunft ereignen, durch fremde Gewalt bewirkt werden oder als (unbewußter) Selbstmord. Auch das Absin-
ken der Bevölkerungszahl eines Volkes, insbesondere im Verhältnis zur Entwicklung anderer Völker und ausländischer Bevölkerungsgruppen im eigenen Land, kann in einem solchen Zusammenhang gesehen werden." (Gezeiten, Nr. 6, S. 51).

Ziel und Programm der Vonderachschen Regionalforschung ist es, dem „deutschen Volk" seine „nationale Identität" wiederzugeben. Vonderach beklagt vor allem, daß „den Deutschen" die Nation „vorenthalten wird". Die verinnerlichte(n) Kollektivschuldgefühle", als „Folge verlorener Kriege" machen nach Vonderach aus dem „Deutschen Volk" eine „bloße Wirtschaftsgesellschaft ohne Erinnerung und Zukunft", ein Volk, das „unfähig" sei, eine „von den Einzelnen getragene politische Nation zu sein mit Selbstbehauptungswillen im Umkreis der anderen Nationen und gegenüber hegemonialer Vereinnahmung" (ebenda, S. 49).

Übrigens macht Vonderach keinen Hehl daraus, daß er sich bei seinen „Forschungen" positiv auf den von dem Neonazi Henning Eichberg entwickelten Begriff des „volklichen Nationalismus" stützt (ebenda, S. 48).

Die neonazistischen Mitstreiter

Wie man sieht, hat Vonderach seine Umwandlung zum Rechtsextremisten schnell, problemlos und vollständig vollzogen. Über seine Regionalforschung hat er gleichzeitig eine neue politische Heimat gefunden. Hatte Vonderach in der Vergangenheit viel mit Gewerkschaftern und Sozialdemokraten zusammengearbeitet, so mußte er sich nun nach neuen Mitstreitern und Bündnispartnern umsehen. Das tat er mit Erfolg.

Eine ganze Reihe einschlägig bekannter Neonazis hat bisher in Vonderachs Zeitung „Gezeiten" publiziert, u.a.:
— Öko-Professor Konrad Buchwald, der auch schon in den nationalrevolutionären Zeitungen „Neue Zeit" und „Wir selbst" veröffentlicht hatte;
— Henning Eichberg, der als einer der führenden Ideologen der Nazi-Szene zu bezeichnen ist;
— Peter Bahn, Autor mehrerer nationalrevolutionärer Zeitungen und seit 1984 Mitglied der völkisch-rassistischen Religionsgemeinschaft „Deutsche Unitarier". Bahn ist Mitbesitzer des rechtsextremen „Helios"-Verlages und Referent bei diversen rechtsextremen Organisationen;
— Winfried Dolderer, ebenfalls Autor in „Wir selbst";
— Peter Boßdorf, stellvertretender Vorsitzender des rechtsextremen Gesamtdeutschen Studentenverbandes (GDS).

Unter Vonderachs Regie hat sich die „Gezeiten" zu einer nur notdürftig getarnten nationalrevolutionären Streitschrift gemausert. Die neonazistische Presse weiß das zu schätzen: Vonderachs Artikel „Regionalismus und nationale Identität" aus den „Gezeiten" Nr. 6 wurde im nationalrevolutionären Zentralorgan „Wir selbst" 5/86 nachgedruckt, in dessen Autorenliste Vonderach bis heute aufgeführt ist. Welche Zielgruppe Vonderach im Auge hat, wird auch daran deutlich, daß für die „Gezeiten" in der rechtsextremen „GDS-Information" Anzeigen gestaltet wurden wie in „Wir selbst" (wo als Bestellanschrift angegeben ist: „Arbeitsgruppe Sozialer Wandel, Uni Oldenburg, Fachbereich 3".

Direkten kollegialen Austausch konnte Vonderach auch direkt am Arbeitsplatz führen. Der Rechtsextremist Peter Bahn war sogar eine Zeitlang wissenschaftlicher Mitarbeiter am Oldenburger Institut für Soziologie.

Als letztes sei hier erwähnt, daß Vonderach als Referent an einem Seminar des GDS im Juni 87 auf der Insel Wangerooge teilnahm (siehe: Burschenschaftliche Blätter 6/87)

Uni-Leitung gibt Rückendeckung

Uni-Leitung gibt Rückendeckung

Die „Nord-West-Zeitung" meldete am 5.11.87: „Kollegen stützen Soziologie-Professor". Die NWZ bezieht sich dabei auf einen öffentlichen Aufruf von vier von sieben Professoren des Senats der Uni, die die antifaschistischen Enthüllungen zum Fall Vonderach als „infame Form der Auseinandersetzung" und als „Schmutzkampagne" titulieren. Die Herren Professoren sehen in Vonderachs rechtsextremen Ergüssen „eine eigene theoretische und politische Position"; es gibt nach ihrer Überzeugung keinen Grund, Vonderach „aus der demokratischen Gemeinschaft auszugrenzen". Sie werden sich, schließen die Professoren ihre Solidaritätsadresse, den Enthüllungen der Antifaschisten „aktiv entgegenstellen und wir werden alles uns Mögliche tun, um die jeweils Betroffenen zu schützen!"

Der Präsident der Uni, Prof. Daxner, habe sich „im Prinzip" mit dem Aufruf solidarisch erklärt." (NWZ, 5.11.87)

Als die Rechtsextremisten sich an der Uni tummelten, hat er geschwiegen, denn bis dahin war es für ihn „nicht Aufgabe der Hochschulleitung (...), den Inhalt von Publikationen schon deshalb zu kommentieren, weil sie unter anderem von Mitgliedern der Universität ediert werden" (Stellungnahme von Daxner vom 4.11.87).

Aber als Antifaschisten diese Zustände aufdeckten, da war er sofort „mit Bestürzung" auf der Matte und konnte blitzschnell feststellen, daß die Antifaschisten die „Sorgfalt verletzt" hatten und das nur mit „politischen Beschimpfungen und Diffamierungen" gearbeitet worden ist (ebenda). So wird dem Rechtsextremismus der Rücken gedeckt.

He., KB Göttingen

Der "Schwarze Montag"

Vorboten einer tiefen Krise des Imperialismus

Die Folgen des Börsen-Crashs sind nicht vorüber, die nervöse Hektik an den Aktienmärkten hält an, weitere Kursstürze stehen an. Zwei Wochen später setzte der amerikanische Dollar zu einem Sturzflug an: Er erreichte am 10.11.87 ein Rekordtief gegenüber der DM von bislang 1,6530 DM — und eine weitere Talfahrt wird nicht ausgeschlossen. Die eine Krise verweist auf die Labilität der internationalen Finanzmärkte, die sich längst staatlichen Kontrollen entzogen haben — die andere, die unmittelbar nichts mit dem Crash zu tun hat, auf die ungelösten Probleme der US-Ökonomie, deren doppeltes Defizit sich krisenverschärfend auf die Weltwirtschaft auswirkt.

Die Seifenblase ist zerplatzt

Der ,,bloody monday'' kam nicht unerwartet. ,,Kommt der große Börsenkrach'' — orakelte die ,,Wirtschaftswoche'' bereits am 10. April dieses Jahres in ihrer Titelstory. Und ,,Die Zeit'' spekulierte nur 3 Tage vor dem Crash nicht mehr über das ,,ob'', sondern nur noch über das ,,wann'' der Kursstürze.

Der Crash ist die Folge einer beispiellosen Aktienhausse in den letzten 5 Jahren. Der Dow Jones-Index, ein Aktienkursindex der 30 führenden Industriewerte in den USA, kletterte in diesem Zeitraum von 780 auf 2720 Punkte. An den Börsenplätzen Tokio undLondon — auf den genannten 3 Börsen werden ca. 80% aller Börsenumsätze in der Welt getätigt — vervierfachten sich die Kurs-Indices, in der BRD stiegen sie um etwa das Dreifache, wobei hierzulande bereits Ende 1986 sanftere Kursstürze zu registrieren waren.

Auch in der Periode 1924 bis 1929 hatten sich die Aktienkurse vervierfacht, bis der ,,Schwarze Freitag'' hereinbrach. Allerdings handelt es sich beim derzeitigen Crash um ganz andere Größenordnungen: An jenem ,,Schwarzen Montag'' wurden 37 mal mehr Aktien auf Teufel komm raus verkauft als am ,,Schwarzen Freitag''.

Wertmäßig ausgedrückt hat sich der Kurswert aller Aktien in der kapitalistischen Hemisphäre seit 1982 von 2.000 Mrd. auf 8.000 Mrd. Dollar erhöht — und sank erst seit Mitte 1987 um 2.000 Mrd. Dollar.

Demgegenüber stieg das Bruttosozialprodukt der OECD-Länder, also der 24 größten kapitalistischen Staaten, von 7.600 Mrd. auf 10.600 Mrd. Dollar.

Aus diesem Vergleich geht deutlich hervor, daß die Kurse der Aktien mit der tatsächlichen realen ökonomischen Entwicklung absolut nichts mehr zu tun hatten. Mikro-ökonomisch ausgedrückt: Eine VW-Aktie, 1982 für 500 DM erworben, kostete bei Erwerb 5 Jahre später etwa 1.500 DM — ohne daß das Unternehmen dreimal so viel Pkw verkauft hätte oder um das Dreifache gewachsen wäre.

Wie ist es zu dieser Entkoppelung von bis ins Gigantische gestiegenen Aktienkursen einerseits und einer realen ökonomischen Entwicklung andererseits, die durch relativ niedrige Wachstumsraten in der nun auslaufenden Aufschwungperiode gekennzeichnet ist, gekommen?

Zunächst schmälern höhere Kurswerte die Renditen, denn bei einem überproportionalen Anstieg der Kurse reichen die ausgeschütteten Dividenden, selbst wenn auch diese steigen, nicht aus, einen ordentlichen Reibach zu machen. Bei steilem Kursansteig verschlechtert sich das Kurs/Dividenden-Verhältnis oder die Rendite. Dieses Verhältnis sank in den USA von 6 auf 2,5%, in der BRD von 4 auf 2% — das ist äußerst bescheiden im Vergleich zu den Zinserträgen aus Wertpapiergeschäften und aus amerikanischen Staatspapieren.

Man kommt der Erklärung für die Aktienhausse ein Stück näher, wenn die Börsenumsätze der Aktien betrachtet werden. In der BRD haben sie sich in den letzten 5 Jahren verzehnfacht — allein in den USA werden täglich 180 Millionen Aktien hin- und hergeschoben. Die ungeheuer hohe Umlaufgeschwindigkeit, die Möglichkeit dank der modernen Computerkommunikation, von jedem beliebigen Ort der Welt zu jedem beliebigen Zeitpunkt Aktien zu kaufen oder zu verkaufen und dabei auch geringfügigere Gewinnspannen auszunutzen, hat diese Hausse mit ermöglicht. Neben dieser Internationalisierung dieser Märkte spielen Veränderungen hinsichtlich der Verwertungsbedingungen im Kapitalismus eine grundlegende Rolle. Das industrielle Kapital realisiert den Profit nur noch zu einem Teil im Bereich der realen Akkumulation, also im Produktionsprozeß, weil die zu erwartenden Profitraten nicht mehr so hoch ausfallen wie noch in den sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre. Der andere Teil dieser riesigen Profitmassen, die die großen transnationalen Konzerne halten, sucht nach Verwertungsmöglichkeiten auf den internationalen Devisen- und Aktienmärkten. Der Siemens-Konzern setzt jährlich etwa 18 Mrd. DM um, ohne eine einzige Schraube verkauft zu haben. Bei Daimler und VW belaufen sich die jährlichen Gewinne aus Zinserträgen inzwischen auf die gleiche Höhe wie aus dem Verkauf von Pkw's.

In den USA gilt für alle großen Konzerne, daß sie den Löwenanteil ihrer Gewinne aus rein finanziellen Transaktionen herausholen. Gefragt sind in diesen Unternehmen heutzutage nicht nur tüchtige Ingenieure, sondern pfiffige Spürnasen in den hauseigenen Bankabteilungen, die möglichst grünstige Anlagesphären aufstöbern.

Daß man dabei ab und zu auf den Bauch fallen kann, das hat jüngst das Beispiel VW bewiesen.

Der weltweite Transformationsprozeß des ,modernen' Kapitals besteht also darin, daß über die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital hinaus das industrielle Kapital selbst als Bankkapital fungiert. Ein Prozeß, der vor dem Hintergrund des tendenziellen Falls der Profitraten und insgesamt niedrigerer wirtschaftlicher Wachstumsraten und seiner Gegentendenz — der Aufblähung und enormen Ausdehnung der internationalen Finanzmärkte — erklärbar wird.

Der Duft der großen weiten Welt auf den großen weltweit gespannten Finanzplätzen rann nicht nur durch die Bankabteilungen der Industriekonzerne oder Versicherungsgesellschaften, sondern erfaßte auch die Yuppies und Dinks, die teilnehmen wollten an dieser Spielhölle des Kapitals. Sie berauschten sich am Spiel mit dem Geld, das sie fiktiv von einem portable in Hintertupfingen in Sekundenschnelle um die Welt jagen konnten. Diese Spiele selbst brachten immer neue Varianten hervor — so etwa die beliebten Termingeschäfte mit Devisen und Aktien. Mit 5% Einsatz ist man dabei, da erst bei ,,Termin'' gezahlt wird. Steigt der Kurs bis zum vereinbarten Termin, so hat man gewonnen. Und umgekehrt.

Dazu gehören ebenso die Computerspiele, die mit Aktienkursdaten, Indices usw. gefüttert werden und selbst berechnen, wo der Ein- oder Ausstieg angesagt ist.

Mit zur Aktienhausse hat in den USA insbesondere das beliebte Spiel der Firmenkäufe beigetragen. Allein im letzten Jahr wurden Firmen im Werte von 200 Mrd. Dollar zusammengekauft — finanziert durch Banken und über die Aktienmärkte.

Dieser riesige und gleichzeitig hohle Geldzauber bedurfte denn auch eines vergleichsweise nichtigen Anlasses, um enttarnt zu werden: Die Drohungen des US-Finanzministers Baker, den Dollarkurs fallen zu lassen, gepaart mit einer Kritik an der westdeutschen Zinspolitik und japanischen Exportinteressen. Die genannten Punkte gehörten schon seit Jahren zum üblichen Repertoire innerimperialistischer Widersprüche. Die großen Anleger begriffen, was Sache war und gaben am ,,Schwarzen Montag'' die Parole aus: raus aus den Aktien. Wie die Lemminge setzte sich der Zug der Aussteiger in Bewegung; nur schnell verkaufen, um die Verluste in Grenzen zu halten. Dieser Run bewirkte jedoch nur noch tiefere Kurseinbrüche. Der Traum vom schnellen Geld zerplatzte an den Börsenmärkten, wenngleich die Kursstürze um weltweit durchschnittlich 25% (Stand: 9.11.87) sich noch immer nicht der ,,realen'' Ökonomie angenähert haben. Dieses Mißverhältnis besteht nach wie vor, und es ist daher in einigen Wochen und Monaten mit weiteren Kurseinbrüchen zu rechnen.

So ganz nebenbei ist dabei allerdings noch ein weiterer Traum zerstört worden: die ,,konservative Revolution'' der Reagonomics und Thatchers, die sich von der ,,Deregulierung'' insbesondere der Finanz- und Kapitalmärkte ein von staatlichen Zwängen befreites wirtschaftliches ,,Gleichgewicht'' erhofften. Fast alle Beschränkungen im freien Kapitalverkehr wurden aufgehoben, neue Börsenplätze in einigen Schwellenländern schossen wie Pilze aus dem Boden, freie Bankzonen ohne jegliche staatliche Kontrolle wurden eröffnet, um der vollkommenen Marktfreiheit Bahn zu brechen. Statt ,,Gleichgewicht'' stellt sich jedoch Ungleichgewicht und Chaos ein. So gesehen stellt der Crash auch eine Bankrotterklärung dieser ,,konservativen Revolution'' dar.



Dow Jones-Index. Monatsdurchschnitte von Januar 1982 bis September 1987

Der Crash und die Folgen

Im Unterschied zum ,,Schwarzen Freitag' von 1929, wo die Börsenkurse erst im Gefolge einer Rezession krachten, befindet sich die Weltwirtschaft derzeit konjunkturell im Auslaufen eines seit 1983 andauernden Aufschwungs, ohne daß eine Rezession bereits voll eingesetzt hätte.

Abgesehen davon, daß die weltweiten Turbulenzen an den Aktienmärkten weiterhin anhalten und weitere Kursstürze eher wahrscheinlich sein werden, bestehen die unmittelbaren Folgen des Crash zum einen in einer Reduzierung der konsumtiven Ausgaben im Bereich der Luxuswaren, weil die wohlhabenderen Teile der Mittelschichten, die sich an den Börsen die Finger verbrannt haben, zunächst auf ihren Porsche verzichten werden.

Zum anderen halten die Unternehmen bei ihren ohnehin nur spärlichen Investitionen zunächst einmal inne, um die weitere wirtschaftliche Entwicklung abzuwarten. Dazu zwingt sie der-


Rettungsaktion

Zeichnung Lucie Löwe © Der Tagesspiegel

Kapitalex- und -import, Netto-Vermögensposition der USA

Jahr	Kapitalexport	Kapitalimport	Netto-Vermögensposition[1] (in Mrd. Dollar)
1982	121,3	94,1	136,0
1983	50,0	85,5	88,0
1984	23,6	102,8	4,0
1985	32,4	127,1	-108,0
1986	99,5	181,0	-263,6

1) Mit Netto-Vermögensposition werden die Bestände aller ausländischen Guthaben einerseits (Kapitalexporte, Direktinvestitionen, Immobilien usw.) und die ausländischen Vermögen im Inland andererseits erfaßt. Ein Minus weist aus, daß die ausländischen Vermögensbestände im Inland größer sind, als die eigenen Vermögen im Ausland. Daraus ergibt sich für die USA seit 1985 die Netto-Schuldnerposition. (Quelle: ,,Frankfurter Rundschau'', 31.10.87 und ,,Spiegel'', 45/1987)

Fortsetzung nächste Seite







SCHWARZER MONTAG

BILD, wie immer im eigenen Realitätstunnel

Seite 2 · BILD · Hamburg, 31. Oktober 1987

Börse rauf – Röcke auch?

Fortsetzung von Seite 1

Der Börsen-Aufschwung wurde in Tokio (+ 3,3 Prozent) eingeleitet. Hongkong, wo es die höchsten Verluste gegeben hatte, um 1,6 an. Der Dollar blieb bei 1,73 Mark stabil.

Fielen die Kurse, weil die Rocksäume der Damen hochrutschten? Von der Frankfurter Textilmesse stammt der „Rocksaum-Indikator". Ein Modeexperte: „Wenn die Kurse fallen, steigen die Rocksäume – und jetzt ist der Minirock in." Der US-Soziologe Desmond Morris dagegen: „Mit den Aktien steigt auch der Rocksaum." Gestern gaben die Kurse Morris recht.

Fortsetzung von vorheriger Seite

zeit schon allein der Kursverfall des US-Dollar, der zwar unmittelbar nichts mit dem Börsencrash zu tun hat, sich aber in vielerlei Hinsicht auf der Kostenseite (Warenimporte, die in Dollar abgerechnet werden) und der Profitseite (Absatzchancen auf dem US-Markt) auswirkt. Konjunkturdämpfend ist der Crash für sehr viele US-Firmen, die sich zu einem großen Teil über die Aktienmärkte finanzieren. Die Kreditbeschaffung bei den Banken angesichts hoher Kurseinbrüche dürfte nicht mehr so leicht über die Bühne gehen.

Ansonsten haben sich die Vertreter der Notenbanken der wichtigsten imperialistischen Länder und die Regierungen auf einige kurzfristige Maßnahmen der Schadensbegrenzung des Crash an den Börsen geeinigt. Das konservative Credo der Geldwertstabilität wurde aufgegeben und stattdessen reichlich Geld, vor allem ,,billiges'' Geld durch Zinssenkungsmaßnahmen, dem Markt zur Verfügung gestellt, um ein Reißen der Kreditketten zu verhindern. Diese Situation könnte dann eintreten, wenn eine Reihe zahlungsunfähig gewordener Aktienanleger und ganze Brokergesellschaften, die zum Teil durch eigene Kapitalsicherungen gedeckt sind, bankrott gehen und die betreffenden Banken in Mitleidenschaft ziehen. Bei diesem befürchteten Szenario würden dann andere Bankkunden panikartig ihre Kontoguthaben bei dieser Bank abheben, andere Banken würden mit in den Strudel gerissen usw. — bis eine allgemeine Finanz- und Bankenkrise ausgebrochen wäre.

Irgendwie dämmert es auch den bürgerlichen Ökonomen und Politikern, daß der weitere Verlauf des Börsenkrachs von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängen könn-

treten, wenn eine Reihe zahlungsunfähig gewordener Aktienanleger und ganze Brokergesellschaften, die zum Teil durch eigene Kapitalsicherungen gedeckt sind, bankrott gehen und die betreffenden Banken in Mitleidenschaft ziehen. Bei diesem befürchteten Szenario würden dann andere Bankkunden panikartig ihre Kontoguthaben bei dieser Bank abheben, andere Banken würden mit in den Strudel gerissen usw. — bis eine allgemeine Finanz- und Bankenkrise ausgebrochen wäre.

Irgendwie dämmert es auch den bürgerlichen Ökonomen und Politikern, daß der weitere Verlauf des Börsenkrachs von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängen könnte. Abgesehen von den primitiven Gesundbetereien Reagans oder Bangemanns überschlagen sich derzeit die düsteren Prophezeiungen über eine drohende Rezession — der Anlaß für diese Stimmungen und Stimmen ist der weitere Abfall des Dollarkurses.

Das ‚doppelte Defizit' der USA und die drohende Rezession

Stellvertretend für viele seien zwei Meldungen aus der bürgerlichen Presse zitiert. Die ,,Financial Times'' schrieb: *,,Die wirtschaftliche Begründung für das, was geschehen ist, liegt im fehlenden Vertrauen in die Fähigkeit der wichtigsten Länder, kollektiv eine rationale Politik zu verfolgen. Zunehmend zweifelhaft scheint besonders, ob eine Verringerung des untragbaren amerikanischen Leistungsbilanzdefizits ohne scharfe Rezession erreicht werden kann. Solche Rezession könnte nach weiterer Abwertung oder durch größere Zinserhöhungen zur Vermeidung einer Abwertung ausgelöst werden''*(22.10.87)

Offenbar bevorzugen die USA die Variante Nummer 1 — die Dollarabwertung. Von Baker zunächst nur herbeigeredet, sackte der Greenback bislang auf ein Rekordtief von 1,6530 DM (bisheriger Tiefstand: 1,7062 am 3.1.1980).

Ein Ende des Kursabfalls des Dollar ist noch nicht abzusehen. Bürgerliche Ökonomen schätzen den Kurs auf 1,50 DM bis 1,60 DM. Wie dem auch sei, die Folgen liegen auf der Hand. Eine Dollarabwertung verteuert die Warenimporte in die USA und verschlechtert damit die Warenexportaussichten der wichtigen Konkurrenten wie Japan, der BRD und einiger ,,Schwellenländer', die vom bisherigen Dollarkurs profitieren. Die exportorientierten Ökonomien der BRD und Japan sind auf alle Fälle betroffen, zumal das wirtschaftliche Wachstum in der BRD derzeit in der Hauptsache vom Warenexport getragen wird. Bei allen bisherigen Rezessionen spielte das ,,Exportventil'' für die BRD eine erhebliche krisendämpfende Wirkung, die nun nachlassen könnte. Für die USA bedeuten verteuerte Warenimporte eine Verstärkung inflationärer Tendenzen durch höhere Importpreise. Bei Investitionsgütern werden US-Unternehmen diese höheren Preise in Form von höheren Kosten weitergeben — aber auch generell werden US-Firmen ,,dank'' hoher Importpreise die eigenen Preise erhöhen können. Inflation verhindert bzw. verzögert Investitionen, da diese wegen der ,,Mitnahmeeffekte'' über höhere Preise zunächst nicht getätigt werden.

Die Dollarabwertung bedeutet gleichzeitig eine Kampfansage des ,,Dollarimperialismus'' an seine wichtigsten Konkurrenten. Wenn die BRD und Japan ihre Ökonomien nicht ankurbelten, dann müßten sie eben dafür büßen. Mitgefangen — mitgehangen. Eine Dollarabwertung wird *nicht* zur

Das „doppelte Defizit" der USA

Jahr	Handelsbilanzdefizit	Haushaltsdefizit
1982	- 42,6 Mrd.	- 127,9 Mrd. Dollar
1983	- 69,3 Mrd.	- 207,8 Mrd. Dollar
1984	- 127,6 Mrd.	- 185,3 Mrd. Dollar
1985	- 139,7 Mrd.	- 212,3 Mrd. Dollar
1986	- 156,2 Mrd.	- 220,7 Mrd. Dollar
1987	- 170,0 Mrd. 1)	- 148,0 Mrd. Dollar 2)

1) Zahlen auf der Basis der ersten 9 Monate 1987 auf das ganze Jahr hochgerechnet
2) Der ,,Abbau'' des Haushaltsdefizits 1986 auf 1987 erklärt sich aus der Reagan'schen Steuerreform, die für dieses Jahr einige Übergangsstufen beinhaltet, in denen nur für dieses Jahr erhöhte Steuereinnahmen abfielen. Im nächsten Haushaltsjahr 1988 wird mit einem Defizit von ca. 180 Mrd. Dollar gerechnet.

(Quelle: Survey of Current Business, Juni 1986 und ,,Frankfurter Rundschau'', 31.10.87)

Das „doppelte Defizit" der USA

Jahr	Handelsbilanzdefizit	Haushaltsdefizit
1982	- 42,6 Mrd.	- 127,9 Mrd. Dollar
1983	- 69,3 Mrd.	- 207,8 Mrd. Dollar
1984	- 127,6 Mrd.	- 185,3 Mrd. Dollar
1985	- 139,7 Mrd.	- 212,3 Mrd. Dollar
1986	- 156,2 Mrd.	- 220,7 Mrd. Dollar
1987	- 170,0 Mrd. 1)	- 148,0 Mrd. Dollar 2)

1) Zahlen auf der Basis der ersten 9 Monate 1987 auf das ganze Jahr hochgerechnet
2) Der ,,Abbau'' des Haushaltsdefizits 1986 auf 1987 erklärt sich aus der Reagan'schen Steuerreform, die für dieses Jahr einige Übergangsstufen beinhaltet, in denen nur für dieses Jahr erhöhte Steuereinnahmen abfielen. Im nächsten Haushaltsjahr 1988 wird mit einem Defizit von ca. 180 Mrd. Dollar gerechnet.

(Quelle: Survey of Current Business, Juni 1986 und ,,Frankfurter Rundschau'', 31.10.87)

Folge haben, daß sich das amerikanische Handelsbilanzdefizit abbaut. Seit 1984 stagnierten die US-Warenexporte, 1985 waren sie sogar leicht rückläufig — und das, obowhl der Dollarkurs sich seit Anfang 1985 gegenüber dem Yen und der DM um ca. 40% verringert hatte! Hintergrund ist einfach die mangelnde Konkurrenzfähigkeit von US-Waren auf dem Weltmarkt. Selbst in den ausgewählten High-tech-Bereichen verzeichnen die USA bereits ein Defizit, verursacht vor allem durch die japanische Konkurrenz. Eine wirkliche Reduzierung der Handelsbilanz der USA läßt sich nur durch massive Warenimportbeschränkungen, also durch Protektionismus, erreichen. Man sollte schon aufhorchen, daß ein konservativer Ökonom in den USA in diesem Zusammenhang die Bildung einer Freihandelszone aus den USA, Kanada und Mexiko vorschlug, um gegen den Rest der Welt dichtzumachen. Genau das ist in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 abgelaufen: Desintegration des Weltmarkts, Übergang zu einer Autarkiepolitik keynesianischen Musters (übrigens mustergültig vom Hitler-Faschismus praktiziert) — und letztenendes eine gewaltsame -ordnung'' dieser Widersprüche (2. Weltkrieg).

Doch neben diesen protektionistischen Gefahren, von denen vor allem der japanische Imperialismus schwer in Mitleidenschaft gezogen würde (die BRD verfügt über eine Umorientierung auf die Märkte der EG über ausreichende Optionen nach einigen Anpassungsmaßnahmen) birgt die Abwertung des Dollar und die drohende Inflation noch eine andere Gefahr zunächst für die US-Ökonomie, letzenendes für die übrige Weltwirtschaft: Aufgrund der hohen äußeren Staatsverschuldung (die USA benötigen zur Deckung allein des Haushaltsdefizits über 100 Mrd. Dollar jährlich) und einer hohen internen Verschuldung in Höhe von 2,5 Billionen Dollar sind die USA nach wie vor auf hohe Kapitalimporte angewiesen. Diese wurden bisher durch hohe Realzinsen angelockt. Höhere Inflationsraten jedoch konterkarieren die derzeit relativ niedrigen Kapitalmarktzinsen, also müssen die Zinsen wiederum steigen, um die Kapitalimporte bei der Stange zu halten.

Hohe Zinsen jedoch würgen die ,,realen'' Investitionen ab. Damit ist der Weg in die Rezession in allen kapitalistischen Staaten vorprogrammiert. Aber ein zu starker Fall des US-Dollar, verbunden mit Preisauftriebstendenzen zunächst in den USA, beschwört eine andere Gefahr herauf: das Reißen der Kreditketten.

Die hohe externe Staatsverschuldung (1986: 220,7 Mrd. Dollar; 1987: 148 Mrd. Dollar, das Absinken ist allein der Reagan'schen ,,Steuerrevolution'' geschuldet und eine einmalige Ausnahme!), die hohe interne Verschuldung von Staat, Unternehmen und privaten Haushalten in Höhe von 2,5 Billionen Dollar in diesem Jahr wurden bisher extern finanziert. Hohe US-Zinsen auf Staatspapiere lockten ausländisches Kapital ins Land — seit 1984 deckten Kapitalimporte in Höhe von rund 400 Mrd. Dollar das US-Haushaltsdefizit. Sollten diese lukrativen Anlagemöglichkeiten in den USA infolge der Dollarabwertungen und inflationärer Tendenzen nicht mehr in dem Maße wie bisher bestehen, dann könnte es zum Ausstieg der Kapitalexporteure aus dem US-Markt kommen. Die gegenwärtig infolge der Börsenbaisse niedrigen Zinsen könnten diese ‚Flucht aus den USA' verstärken.

Die USA könnten ihre Defizite nicht mehr extern finanzieren und die Flucht aus dem Dollar würde zu weiteren erheblichen Turbulenzen auf den Finanzmärkten führen. Im Unterschied allerdings zu den verschuldeten Ländern der ,,Dritten Welt'' könnten die USA ihr Schuldenproblem lösen: Sie würden einfach die Notenpressen auf Hochtouren laufen lassen, um so ihre Defizite selbst zu finanzieren. Damit würde eine weitere enorme Geldentwertung des Dollar stattfinden — Inflation und ein weiterer tiefer Fall des Dollarkurses wären die Folge.

Egal also, welche Maßnahmen die USA auch ergreifen, eine Lösung des Problems des ‚doppelten Defizits' ist ohne weitreichende krisenhafte Prozesse nicht möglich.

Nun sei das zweite Zitat angeführt. Das ,,Handelsblatt'' schrieb am gleichen Tage, daß wohl eine ,,schwere Rezession'' bevorstehe und weist dann auf folgendes hin: *,,Die Tatsache, daß die Notenbanken seit Beginn dieses Jahres mit rund 90 Milliarden Dollar-Käufen Amerikas angeschlagene Währung stützen, schwört insbesondere an den Finanzmärkten der Neuen Welt das Gespenst nicht mehr extern finanzierbarer US-Mammutdefizite herauf''.*

Hier wird ein Bruch angedeutet, der das bisherige Krisenmanagement der äußerst ungleichgewichtigen und labilen Weltwirtschaft in Frage stellt. Bekanntlich entstand der enorme Kapitalimportbedarf der USA zu Beginn der achtziger Jahre erstens zur Finanzierung ihrer gestiegenen Handelsbilanzdefizite infolge mangelnder Konkurrenzfähigkeit der USA und zweitens zur Finanzierung ihres Haushaltsdefizits vor allem aufgrund enorm hoher Rüstungsausgaben und Steuermindereinnahmen ,,dank'' massiver Steuersenkungen (Laffer-Kurve). Der hohe Bedarf an Kapitalimporten induzierte hohe Zinsen und einen hohen Dollarkurs. Diese damalige Hochzinspolitik der USA wurde von allen konservativen Ökonomen als Ausdruck neuen Glanzes und neuer Macht des US-Imperialismus abgefeiert — und niemand kritisierte diese Politik, weil davon die anderen imperialistischen Länder, allen voran Japan und die BRD, profitierten. Schließlich steigerten diese Länder ihre Warenexporte in die USA gewaltig.

Die USA konnten ihre weltwirtschaftliche Lokomotivfunktion solange ausüben, solange sie ihre Warenimporte durch günstige Kapitalanlagebedingungen für Kapitalimporte flankierten, die Warenimporte also durch Kapitalimporte finanziert werden konnten. Das setzte also umgekehrt voraus, daß die Warenexportländer bereit waren, den USA entsprechende Kreditlinien einzuräumen.

Seit 1985 und dem Überschreiten des Höhepunktes des damaligen Dollarkurses von 3,47 DM wurde jedoch sichtbar, daß die exorbitante Verschlechterung der ‚doppelten Defizite' eine Abkehr von der Hochzinspolitik verlangte, zumal die hohen Zinsen nicht nur die ,,realen'' Investitionen blockierten, sondern auch ein immer gravierenderes Problem für die verschuldeten Länder der ,,Dritten Welt'' darstellten. Mit dem ,,Plaza-Abkommen'' von New York im September 1985 vereinbarten die Finanzminister und Notenbankchefs eine kontrollierte Abwertung des Dollar und eine Senkung der Kapitalzinsen. Dies ging nur koordiniert, weil es der Aufrechterhaltung einer lukrativen Zinsdifferenz zwischen den USA einerseits (Kapitalimportbedarf) und den Kapitalabflußländern andererseits bedurfte. Der Dollar rutschte tatsächlich, bis die Notenbankpräsidenten und Finanzminister im Februar dieses Jahres in Paris beim Louvre-Abkommen den Dollarkurs auf 1,80 DM fixierten — verbunden mit Lippenbekenntnissen der USA, ihre Defizite abzubauen und Japans und der BRD, ihre Ökonomien mittels keynesianischen ‚deficit spending' anzukurbeln. Trotz der rund 40%igen Dollarabwertung gegenüber Yen und DM seit 1985 konnten die US-Handelsbilanzdefizite jedoch nicht verringert werden, sondern stiegen weiter.

Anders ausgedrückt: Der Dollar war nach wie vor überbewertet, um ein Umlenken oder gar eine Umkehr der Warenströme zu erreichen.

Auf der anderen Seite lag es im Interesse Japans und der BRD, den Dollarkurs nicht unter eine bestimmte ,,Schmerzgrenze'' fallen zu lassen, weil das ihre Warenexporte in die USA gefährden würde. Das ist der Grund, warum diese Länder nicht nur ca. 100 Mrd. Dollar jährlich zur Deckung des US-Haushaltsdefizits kreditieren, sondern nach dem Louvre-Abkommen zwischen 80 und 90 Mrd. Dollar aufkauften, um diese vom Markt zu räumen. Ziel dieser Transaktionen war, den überbewerteten Dollar auf dem Niveau von etwa 1,80 DM zu halten. Der neuerliche Kursverfall des Dollar auf 1,6530 DM (10.11.87) beweist nur, daß die USA das Agreement gebrochen haben und der Federal Reserve Board (US-Notenbank) der Abwertung tatenlos zusah.

Auf der anderen Seite fanden sich auch die Notenbanken Japans, der BRD und anderer westeuropäischer Länder nicht mehr bereit, den Dollar vom Markt zu räumen und immer mehr eigene Devisen in den Markt zu pumpen. Offensichtlich zeigt sich nunmehr, daß die Kapitalabflußländer angesichts des immensen Kapitalbedarfs

zwischen 80 und 90 Mrd. Dollar aufkauften, um diese vom Markt zu räumen. Ziel dieser Transaktionen war, den überbewerteten Dollar auf dem Niveau von etwa 1,80 DM zu halten. Der neuerliche Kursverfall des Dollar auf 1,6530 DM (10.11.87) beweist nur, daß die USA das Agreement gebrochen haben und der Federal Reserve Board (US-Notenbank) der Abwertung tatenlos zusah.

Auf der anderen Seite fanden sich auch die Notenbanken Japans, der BRD und anderer westeuropäischer Länder nicht mehr bereit, den Dollar vom Markt zu räumen und immer mehr eigene Devisen in den Markt zu pumpen. Offensichtlich zeigt sich nunmehr, daß die Kapitalabflußländer angesichts des immensen Kapitalbedarfs

der USA ökonomisch überfordert sind: Die hohen Nettokapitalabflüsse entziehen den heimischen Ökonomien finanzielle Ressourcen und engen die Spielräume der nationalen Wirtschaftspolitik genau so ein wie das im umgekehrten Sinne ‚doppelte Defizit' in den USA. Das Fließen der Kapitalströme in eine Richtung (in die USA) klappt offensichtlich nur so lange relativ reibungslos, solange die Konjunktur auf ,,Wachstum'' läuft. Zeichnet sich eine Krise ab, dann werden die bisherigen weltwirtschaftlichen Prozesse in Mitleidenschaft gezogen bzw. nunmehr offen in Frage gestellt. Es scheint, als würden die Karten neu gemischt.

Börsenkrach und „Dritte Welt"

Am 5.11.87 setzten die internationalen Gläubigerbanken unter Federführung der amerikanischen Notenbank durch, daß Brasilien seinen seit Februar verkündeten ,,Zinsstreik'' abbricht und sich wieder dem Diktat des IWF (Internationaler Währungsfonds) beugen muß. Druckmittel: der Börsenkrach und die Befindlichkeit einiger US-Banken, da ihr Wertpapiervermögen bei den Aktien sank und die Drohung, daß Brasilien-Kredite als ,,minderwertig'' eingestuft würden. Also die faktische Kreditunwürdigkeit Brasiliens. Das saß. Brasilien mußte sich bereiterklären, die Zinsrückstände in Höhe von 4,5 Mrd. Dollar zu einem Drittel selbst aufzubringen, zu zwei Dritteln gewähren die Gläubigerbanken neue Kredite unter ihrer ,,treuhänderischen'' Verwaltung. Daß Brasilien unter dem Eindruck des Börsenkrachs wieder zu Zahlungen bereit ist, wirft ein bezeichnendes Licht darauf, wie der Imperialismus mit den verschuldeten Ländern der ,,Dritten Welt'' erst umspringt, wenn die Krise naht. Insgesamt sehen die Aussichten für die Länder der ,,Dritten Welt'' noch weitaus beschissener aus, als sie ohnehin schon sind. Zum einen benötigt das imperialistische Finanzkapital ihr ,,frisches Geld'' für ihre eigenen ,,hausgemachten'' Probleme. Die Bereitschaft, den Ländern der ,,Dritten Welt'' Kredite bereitzustellen, wird auf nahe Null sinken und war ja schon in der Vergangenheit sehr gering.

Zweitens wird die Krise an den Aktienbörsen auch auf die Rohstoffmärkte durchschlagen, denn auch hier ist es in der Vergangenheit zu einer immensen Aufblähung spekulativer Geschäfte gekommen. Die Rohstoffpreise werden also noch weiter sinken, damit auch die Exporterlöse der Länder der ,,Dritten Welt''.

Drittens wird eine weltweit einsetzende Rezession die Exporterlöse generell schmälern, da vor allem die USA ihre Märkte dichtmachen (die EG besitzt bereits die hohen Importschranken).

Damit stellt sich für die Länder der ,,Dritten Welt'' das Devisenaufbringungsproblem, wenn die Exporterlöse ausbleiben oder sinken und in deren Folge die Zinsen nicht gezahlt werden können. Das wiederum schlägt auf die Gläubigerbanken voll durch, die neben den Wertverlusten ihrer Aktienvermögen und drohenden Abschreibungen ,,fauler'' Kredite seitens einiger Brokergesellschaften auch an dieser Front ,,Wertberichtigungen'' vornehmen müßten. Angesichts der düsteren Konjunkturerwartungen und der Anspannung der internationalen Finanzmärkte besteht die ,,Lösung'' der Schuldenproblematik wohl nur in einem weiteren Aufschieben durch mehrjährige Moratorien usw., weil der Imperialismus zunächst genug mit seinen hausgemachten und unmittelbaren Problemen konfrontiert ist.

Zurück zu Keynes?

Die neoklassische Wirtschaftsphilosophie hat sich selbst ihres vollständigen Bankrotts überführt. Ausgerechnet diese konservativen Marktschreier rufen nun nach Taten der Notenbanken und der staatlichen Regierungen, um die Börsen- und Finanzkrisen in den Griff zu bekommen.

Es war ja gerade der vorherige Ruf nach vollständiger ,,Deregulierung'' der internationalen Finanz- und Kapitalmärkte, die tatsächlich erfolgte Befreiung dieser Märkte von staatlichen Reglementierungen wie Steuern, Vorschriften beim Devisenverkehr, Vorschriften beim Computerhandel mit Aktien usw., die diese Finanzmärkte blühen und gedeihen ließen und demgegenüber keine adäquaten staatlichen Instrumentarien zur Verfügung stehen. Infolge dieser ,,Deregulierungen'' nahmen die Instabilitäten und Labilitäten auf diesen Märkten, wie permanente Zinsschwankungen, Wechselkurs-

fen nun nach Taten der Notenbanken und der staatlichen Regierungen, um die Börsen- und Finanzkrisen in den Griff zu bekommen.

Es war ja gerade der vorherige Ruf nach vollständiger ,,Deregulierung'' der internationalen Finanz- und Kapitalmärkte, die tatsächlich erfolgte Befreiung dieser Märkte von staatlichen Reglementierungen wie Steuern, Vorschriften beim Devisenverkehr, Vorschriften beim Computerhandel mit Aktien usw., die diese Finanzmärkte blühen und gedeihen ließen und demgegenüber keine adäquaten staatlichen Instrumentarien zur Verfügung stehen. Infolge dieser ,,Deregulierungen'' nahmen die Instabilitäten und Labilitäten auf diesen Märkten, wie permanente Zinsschwankungen, Wechselkurs-schwankungen, die unkontrollierte Börsenhausse usw. zu und verschärften die krisenhaften Tendenzen. Würden diese konservativen Ökonomen ihre Ideologie für bare Münze nehmen, dann würde die nunmehr ausgelöste Krise wohl die Ereignisse in den zwanziger und dreißiger Jahren noch übertreffen.

Von daher ist davon auszugehen, daß zu den einst praktizierten keynesianischen Krisenregulierungs-Rezepturen zurückgegriffen werden muß, um über staatliche Eingriffe die Krise einzudämmen. Einige dieser stockkonservativen Säulen sind ja bereits eingestürzt: In den USA wird derzeit offen über Steuererhöhungen diskutiert, womit die Laffer-Kurve über Bord geschmissen wurde (Steuersenkungen würden zum Aufschwung führen und über kurz oder lang höhere Steuereinnahmen induzieren).

Zum anderen ist der Monetarismus beiseite gelegt worden, nämlich mit einer Geldverkanppung die Inflationsraten niederzuhalten, auch wenn dabei konjunkturstimulierende Investitionen abgewürgt werden.

Inzwischen betreiben die Notenbanken eine Politik des ,,leichten Geldes'' bei niedrigen Zinsen. Eine Inflation sei schließlich nicht so schlimm wie eine Rezession, meinen die Konservativen. Das meinte auch Keynes.

Man wird sehen, ob neben dem Krach an den Börsen nun auch der faule Zauber der neoklassischen Schulen in sich zusammenbricht und die sozialdemokratischen Varianten an Bedeutung gewinnen.

D./Westberlin

Quellen:
„Wirtschaftswoche", „Frankfurter Allgemeine", „Financial Times", „Handelsblatt", „Deutsche Volkszeitung/Die Tat", „Die Zeit", die „tageszeitung" — laufende Ausgaben seit dem 19.10.1987

§ 218
Ein Überblick über den Stand der Bewegung



Den Kampf vom Saal auf die Straße tragen ...

Die Abtreibungsgegner — vor allem in den von CDU und CSU regierten Ländern — schaffen zur Zeit ein politisches Klima, das Frauen, Ärzte und Pro-Familia zunehmend verunsichert und einschüchtert. Während die Rechten um CDL (Christliche Partei für das Leben) und Co. einerseits unermüdlich die Abschaffung der Notlagenindikation und der Krankenkassenfinanzierung fordern, kann sich die CDU um Süßmuth und Geißler moderater geben. Da kann man den „Scharfmachern" schon mal sanft eine Absage erteilen und dennoch in der Schublade ein „Beratungsgesetz" parat haben, das es in sich hat.

Andererseits hat die Diskussion um den § 218 und die zunehmende Verschlechterung der Abbruchsituation im letzten Jahr wieder zugenommen. So setzte sich die Forderung für die ersatzlose Streichung des § 218 (StGB) und für das Selbstbestimmungsrecht der Frau weiter durch. Mittlerweile läßt sich innerhalb der Gewerkschaften das Thema § 218 nicht mehr so einfach verbannen. Und trotz „Realos" und „Lebensschützer-Fraktion" konnten grüne Feministinnen die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 im grünen Parteiprogramm (noch) halten.

Für Aktivistinnen gegen den § 218 stellt sich die Frage: Was ist angesichts dieser Situtation zu tun, wie kann der Kampf gegen den § 218 in nächster Zeit und längerfristig geführt werden? Nachfolgend geben wir einen kleinen Überblick über den momentanen Diskussionsstand der Frauenbewegung und der Parteien sowie über geplante Aktivitäten.

Verfassungsklage

Nicht viel Neues gibt es über die Verfassungsklage der „Emma" zu berichten.

Zur Erinnerung: Im Herbst letzten Jahres hatte Alice Schwarzer mit einem Manifest „Weg mit dem § 218" und der Aufforderung an SPD und Grüne, gegen die Indikationsregelung vors Bundesverfassungsgericht zu ziehen, versucht, in den Bundestagswahlkampf einzugreifen. Mit gemischtem Erfolg, wie bekannt sein dürfte.

Nachdem nun seit der Hessenwahl keine Landesregierung mehr für diesen Weg in Frage kommt, wird die Klage einer einzelnen betroffenen (d. h. ungewollt schwangeren) Frau in Erwägung gezogen. Um dieses, auch in der

Erfolg, wie bekannt sein dürfte.
Nachdem nun seit der Hessenwahl keine Landesregierung mehr für diesen Weg in Frage kommt, wird die Klage einer einzelnen betroffenen (d. h. ungewollt schwangeren) Frau in Erwägung gezogen. Um dieses, auch in der

Frauenbewegung recht umstrittene, Vorgehen zu planen, hatte Alice Schwarzer Ende August relativ breit nach Köln geladen.

Unklar ist jetzt, ob die Initiatorin trotz der mageren Unterstützung und auch trotz der eigenen anderen Schwerpunktsetzung (Anti-Pornographie-Kampagne der „Emma") an ihrem Vorhaben festhält.

Same procedure as every year

Alle Jahre wieder diskutiert die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) den § 218. Und alle Jahre wieder scheitern die aufrechten Genossinnen bei ihrem Versuch, die SPD über den Umweg der ASF auf eine fortschrittliche Position festzunageln.

Dieses Jahr stand die ASF besonders unter Druck: Druck kam von „unten" durch Frauen aus Frauen- und Gewerkschaftsbewegung, die die Indikationsregelung nicht mehr verteidigen wollten. Druck von oben kam durch die vor einem Jahr von Herta Däubler-Gmelin und dem Vorstand der SPD zum 10. Jahrestag der Reform herausgegebene Broschüre, in der die offizielle Parteiposition zum § 218 festgeklopft wurde: Stillschweigen, keine Konfrontation mit den Rechten in dieser Frage, Verteidigen der Indikationsregelung.

Vom ASF-Bundesvorstand hatte für die diesjährige Bundeskonferenz am 17./18.10. in Mannheim ein Antrag vorgelegen, der unter anderem die Streichung des § 218 enthielt. Die massive Einmischung weiblicher (!) Parteiprominenz nahm das Abstimmungsergebnis vorweg. Vom „Vorwärts" mußten sich die SPD-Frauen eine Woche vor der Konferenz vorwerfen lassen, „das Geschäft des Gegners zu besorgen" (Verfasserin des Artikels ist übrigens die Mitautorin des neuen SPD-§ 218-Buches, Renate Faerber-Husemann, s. u.). Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs mahnte, keinen Beschluß zu fassen, für den es keine parlamentarischen Mehrheiten gebe und an dessen Ende „wir als Verlierer dastehen"; und Herta Däubler-Gmelin, bekannt dafür, daß sie und damit das SPD-Präsidium, dessen Mitglied sie ist, keine Diskussion zum § 218 wünscht, bezeichnete die Debatte als „Geisterdiskussion".

Mit 121 zu 110 Stimmen entschied sich die Konferenz dann gegen die Streichung und für den nicht mal mehr salomonisch, sondern schlicht und ergreifend dämlich zu nennenden Be-

218 wünscht, bezeichnete die Debatte als „Geisterdiskussion".
Mit 121 zu 110 Stimmen entschied sich die Konferenz dann gegen die Streichung und für den nicht mal mehr salomonisch, sondern schlicht und ergreifend dämlich zu nennenden Be-

schluß, „*eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um im Gespräch mit Betroffenen, mit Wissenschaftlerinnen, mit Interessierten und mit Hilfe von Anhörungen zu klären, ob und inwieweit bei einer Rücknahme des Strafanspruchs gegenüber der Frau ein Regelungsbedarf besteht und wie diesem unter Wahrung der getroffenen Grundsatzentscheidungen entsprochen werden kann*".

Die auf derselben Konferenz beschlossene und von der Presse vielbedachte Quotierung schien die immerhin beachtliche Minderheit nur allzu schnell zufriedenzustellen. Als ob es so gewollt war. Anders ist das Stillschweigen über diesen Beschluß und die im Vorfeld gefallenen Vorwürfe nicht zu verstehen.

Eine Konsequenz aus der sozialdemokratischen Politik der Nicht-Konfrontation, der Anbiederung an den Konservatismus ist die SPD-Argumentation gegen das geplante Beratungsgesetz. „Unnötig" und „überflüssig" ist ungefähr alles, was ihnen dazu einfällt. Jede weitergehende Kritik würde selbstverständlich mit dem Inhalt der Indikationsregelung kollidieren (der Gesetzestext des § 218 und das BVG-Urteil von 1975 liefern die Vorgaben für das Beratungsgesetz) — und der steht bekanntlich für die SPD nicht zur Disposition. Auf diesem Hintergrund ist es kein Wunder, daß die ASF-Konferenz in Mannheim Beschlüsse zur praktischen Organisierung massenhaften Protestes gegen das Beratungsgesetz vermissen ließ.

Lichtblicke am Horizont?

Etwas anders scheint es bei den Gewerkschafterinnen zuzugehen. Sie sorgten für die Durchführung einer Fachtagung des DGB zum Thema Beratungsgesetz, die am 3.10. in Bonn stattfand. Deutlich war hier in einer Reihe von Beiträgen die offensivere innergewerkschaftliche § 218-Diskussion der letzten Jahre zu spüren. Das Beratungsgesetz wurde als Anlaß genutzt, erneut und öffentlich die Indikationsregelung zu hinterfragen. „*Es ist Zeit, daß wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf der Basis unserer Beschlüsse die zwangsläufige Verschlechterung der Situation von Frauen verhindern! Es ist Zeit für die tatsächliche Entkriminalisierung aller Frauen durch die Herausnahme des § 218 aus dem StGB*". So die zweite stellvertretende GEW-Vorsitzende Britta Naumann. Andere Gewerkschaftsfunktionärinnen beschränkten sich darauf, ganz allgemein die „Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs" zu fordern (Marliese Dobberthien, DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg).

Groß soll der Unmut der Anwesenden über die Tatenlosigkeit des DGB-Bundesvorstands angesichts der drohenden Verschärfung von Abtreibungsbedingungen gewesen sein. Die Bundesfrauensekretärin der ÖTV, Hilde Just, und Karin Marckwald, hessische IGM-Funktionärin, forderten den DGB zur Organisierung von energischem Widerstand und bundesweiten Protestaktionen gegen das Beratungsgesetz auf. Erfreulich sind erste Ansätze einer offeneren Bündnispolitik von Gewerkschafterinnen. Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Westberlin beteiligt sich der DGB an Protestaktionen von Grünen und der Frauenbewegung.

gesetz auf. Erfreulich sind erste Ansätze einer offeneren Bündnispolitik von Gewerkschafterinnen. Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Westberlin beteiligt sich der DGB an Protestaktionen von Grünen und der Frauenbewegung.

Frau darf gespannt sein, ob die Gewerkschaftsfrauen in der Auseinandersetzung mit ihrem DGB-Bundesvorstand erfolgreicher sein werden als die ASF-Frauen.

Durch ein „Frauen-Begehren" zu neuen Kräfteverhältnissen?

Anfang des Jahres kündigten die Grünen (Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen) erstmals ihr Vorhaben für ein „Frauen-Begehren" gegen den § 218 an — wohl hauptsächlich in Reaktion auf die von Alice Schwarzer geforderte Verfassungsklage, die ja von SPD und Grünen abgelehnt worden war. Anfang September lag nun der erste Vorschlag für einen Aufruf sowie eine ausführliche Begründung für ein „Frauen-Begehren" auf dem Tisch. Danach geht es den Initiatorinnen darum, in der Frage des § 218 in „die Offensive" zu kommen. Mit einer „längerfristigen, übergreifenden Initiative" wollen sie anregen, durch ein „Frauen-Begehren" die „Voraussetzung zu schaffen für die ersatzlose Streichung des § 218". Das „Frauen-Begehren" soll als „Mittel" dienen, das, „wenn es von Frauen im Schnellballsystem aufgegriffen und mit gemeinsamen Aktionen verbunden wird, die politischen Kräfteverhältnisse von unten her nachhaltig zu unseren Gunsten verändert". Adressaten des „Frauen-Begehrens" seien alle „politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern" und frau zielt darauf ab, „die parlamentarischen Regierungsmehrheiten zu schaffen, die für eine Streichung des § 218 notwendig" seien.

Auf dem ersten Bündnistreffen am 12. September, auf dem über das Frauen-Begehren diskutiert werden sollte, war frau sich erstaunlich schnell in dem Vorhaben für ein „Frauen-Begehren" einig. Lediglich die Frauen aus den § 218-Gruppen äußerten Skepsis und kritisierten die hohen Erwartungen, die an diese Initiative geknüpft werden. Die Hamburger § 218-Gruppe bemerkte in einem Brief an die Initiatorinnen: „*Wir finden, daß zwischen der Sache selber (Unterschriftensammlung) und der davon versprochenen Wirkung eine gewaltige Lücke klafft; daß frau realistischerweise davon ausgehen kann, daß sich heute auf der Grundlage einer solchen Unterschriftensammlung weder die Diskussion rasant verbreitert noch es zu massenhaften Aktionen kommt, also auch nicht „die politischen Kräfteverhältnisse von unten her nachhaltig zu unseren Gunsten verändert" werden; daß aus diesem Grund er Betriff 'Frauenbegehren' in Anlehnung an ein 'Volksbegehren' nicht angemessen ist, sondern frau diesen Begriff freihalten sollte für Initiativen, die wirklich Aussicht auf massenhafte Unterstützung haben. Aus demselben Grund versprechen wir uns von der Initiative auch keine parlamentarischen Mehrheiten für eine Streichung des § 218.*"

Leider wurde über diese Bedenken nicht diskutiert, stattdessen bestimmte wieder einmal die SPD die Diskussion.

Letzte Meldung:

Ergebnis des Treffens der bundesweiten Koordination „Frauen gegen den §218" am 14. November

Letzte Meldung:

Ergebnis des Treffens der bundesweiten Koordination „Frauen gegen den §218" am 14. November

in Köln:

Auf dem Treffen waren 15 §218-Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet anwesend. Beschlossen wurde, am 8. März (Internationaler Frauentag) zu einem bundesweiten Aktionstag gegen das geplante „Beratungsgesetz" und zur Streichung des §218 aufzurufen. Wo dies möglich ist, soll der Aktionstag in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsfrauen durchgeführt werden. Darüberhinaus schlägt die „Koordination" vor, im April eine bundesweite Demonstration gegen das „Beratungsgesetz" zu organisieren, wenn dafür ein breites Bündnis zustande kommt. Zur Diskussion dieses Vorschlags lädt die „Koordination" für den 30. Januar '88 nach Kassel ein.

Karin Junker versuchte mit Hinweis darauf, daß die ASF im Herbst nun endlich die Streichung des § 218 ins Programm aufnehmen werde, das „Frauen-Begehren" auf die Forderung „Straffreiheit" festzulegen. Die vorgeschlagene (alte) Forderung für die ersatzlose Streichung des § 218 lehnte sie beharrlich ab. Wieder einmal mußte als Begründung das Bündnis mit den „Schwestern in der Kirche" herhalten. Nach langem hin und her einigte frau sich dann darauf, die ASF-Bundeskonferenz erst einmal abzuwarten. Nach derem „glanzvollen" Stattfinden, wo ja der Antrag auf Streichung des § 218 abgelehnt wurde, blieb die ASF beim nächsten Gesprächstermin für ein „Frauen-Begehren" dann einfach weg.

Auch auf diesem Treffen Anfang Oktober wurde über bestehende Fragen und Widersprüche zum „Frauen-Begehren" kaum noch diskutiert. Allerdings kochen einige Initiatorinnen des „Frauen-Begehrens" im Nachhinein die Erwartungen schon etwas runter. Praktisches Ergebnis des Treffens ist ein kurzer Text für eine Unterschriftensammlung mit ausführlichem Begleitflugblatt. Mit dem Motto „Frauen-Begehren — Selbstbestimmung" richten Aufruf und Unterschriftensammlung sich gegen das geplante Beratungsgesetz und fordern die ersatzlose Streichung des § 218.

Getragen und unterstützt wird die Initiative für ein „Frauen-Begehren" jetzt von einem noch relativ kleinen Kreis von Frauen aus den Grünen, DFI, FI 6. Oktober, MSB, SHB, VSP, Jusos sowie von einzelnen Pro-Familia-Mitarbeiterinnen, Journalistinnen und Gewerkschafterinnen. Auch die „Bundesweite Koordination — Frauen gegen den § 218" unterstützt das „Frauen-Begehren", trotz Skepsis gegenüber dem Projekt.

Es bleibt also abzuwarten, inwieweit das „Frauen-Begehren" über eine Unterschriftensammlung tatsächlich Aktivitäten gegen den § 218 und gegen zunehmende Verschlechterung der Abbruchbedingungen ankurbeln kann. Gelingt es, aus dem Kreis der Initiatorinnen für ein „Frauen-Begehren" heraus tatsächlich kontinuierlich am Ball zu bleiben und sich nicht immer wieder von sozialdemokratischen Manövern durcheinanderbringen zu lassen, gelingt es, den Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218 wieder mehr auf die Straße zu tragen, anstatt auf parlamentarische Mehrheiten zu

Ball zu bleiben und sich nicht immer wieder von sozialdemokratischen Manövern durcheinanderbringen zu lassen, gelingt es, den Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218 wieder mehr auf die Straße zu tragen, anstatt auf parlamentarische Mehrheiten zu

hoffen, wäre schon viel gewonnen.

Erster spontaner Protest

Ausgelöst durch das von der Bundesregierung angekündigte „Beratungsgesetz" entstand in der Frauenbewegung hier und da zaghafter spontaner Protest. War die bundesweite Protestveranstaltung der § 218-Gruppen im Mai dieses Jahres in Frankfurt noch relativ mager besucht, kommt jetzt anscheinend regional etwas in Gang.

Neben Anzeigenkampagnen gegen das „Beratungsgesetz" wurden Protestbriefe an Ministerin Süßmuth geschickt, wobei genauere Zahlen aber leider nur dem Familienministerium bekannt sind. Hier und da finden in Stadt und Land wieder größere und kleinere Veranstaltungen gegen den § 218 und das „Beratungsgesetz" statt. In West-Berlin und in Baden-Württemberg bildeten sich landesweite Frauenbündnisse, die den Kampf gegen den § 218 auf regionaler Ebene ausbauen wollen. In Baden-Württemberg fand am 7. November bereits eine landesweite Demonstration in Stuttgart statt, mit immerhin 1000 bis 1500 TeilnehmerInnen. Die West-Berlinerinnen planen für den Dezember ein Rockfestival gegen den § 218.

Von den in der „Bundesweiten Koordination — Frauen gegen den § 218" organisierten Frauengruppen gibt es darüber hinaus den Versuch, bundesweit zu gemeinsamen zentralen Aktionen gegen das „Beratungsgesetz" und die ersten Strafverfolgungen nach dem § 218 (s. nebenstehenden Artikel) zu kommen. Dazu findet am 14. November in Köln ein bundesweites Beratungstreffen statt.

Sy. und li.

Notlagenindikation vor Gericht

Zwei Gerichtsurteile im Trend der Zeit

Erstmals seit Inkrafttreten der § 218-Reform stand die Notlagenindikation vor Gericht: zwei Gerichte befanden von Ärzten gestellte Notlagenindikationen für nicht rechtens und griffen damit auf juristischem Wege in die seit langem von der CDU geschürte Diskussion ein, was denn nun eigentlich die Notlage sei, die eine Abtreibung rechtfertigen kann.

In dem Ergänzungsparagraphen 218a, dem Kernstück der 76er-Reform, heißtes zur Notlagenindikation, daß der Abbruch der Schwangerschaft auch angezeigt ist, „*um von der Schwangeren die Gefahr einer Notlage abzuwenden, die a) so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann, und b) nicht auf eine andere für die Schwangere zumutbarer Weise abgewendet werden kann.*"

Die Entscheidung über diese Lebenslage sprachen die Gesetzgeber den Ärzten zu. Welche Kriterien eine derartige Notlage erfüllen muß, mit welchen Mitteln ein Arzt sie bestimmen soll, darüber gibt es weder Gesetzestexte noch Richtlinien. So kommt es, daß in z.B. Hamburg etliche Ärzte/innen problemlos Indikationen stellen, auf dem platten Land aber kaum eine/r — in beiden Gebieten unter Berufung auf den selben Gesetzestext. Die Haltung des Arztes bestimmt, ob der Abbruch straffrei oder illegal durchgeführt wird.

Die Tatsache, daß über 80% aller Abtreibungen nach der Notlagenindikation durchgeführt werden, ist Hintergrund des ständig wiederholten Vorwurfs, die Notlagenindikation würde mißbraucht. Mit Gebärprämien à la Mutter- und Kind-Stiftung und mit Erziehungsgeld versuchen CDU/CSU, öffentlich Stimmung gegen diesen„Mißbrauch" zu machen. Mit dem Motto: „Wenn genügend materielle Hilfen da sind, wird die Notlagenindikation überflüssig", wird die vom Gesetz vorgesehene „sonstige" Notlage auf eine soziale (gleich materielle) Notlage reduziert, was, wie der Gesetzestext zeigt, nicht beabsichtigt war. Fatal war daher auch schon die sozialdemokratische Unart, immer von „Sozialer Indikation" zu sprechen.

In diese Bresche springen jetzt das Celler Amts- und das Nürnberger Landgericht.

In Celle wurde einem sechzehnjährigen Heimmädchen, das die Notlagenindikation bereits in der Tasche hatte, gerichtlich der Schwangerschaftsabbruch ausdrücklich untersagt. Zur Verhinderung des Abbruchs setzte das Gericht außerdem ein Zwangsgeld fest gegen den gynäkologischen Chefarzt des nächsten Krankenhauses, der das Mädchen noch nie gesehen hatte. Die ausgestellte Notlagenindikation sei nicht rechtens: eine wirtschaftliche und soziale Notlage läge nicht vor, da das Mädchen auch mit Kind im Heim und von Jugendhilfe leben könne, wie sie dies bereits jetzt tut. Eine Notlage psychischer Art sei nicht anzuerkennen, da die möglicherweise durch das erzwungene Austragen einer ungewollten Schwangerschaft bedingte Bedrängnis „*durch die innere Einstellung zu der Schwangerschaft hervorgerufen*" würde, und diese Einstellung sei bei einer sechzehnjährigen schließlich veränderbar. Drittens räumt das Gericht zwar ein, daß die aus dem Versorgen des Kindes resultierenden „*Einschränkungen für die in ihrer Berufsbildung nicht fertige, alleinstehende Mutter aus deren Sicht die Gefahr einer schwerwiegenden Notlage darstellen*" können. Aber diese Gefahr ist, wie der Gesetzestext vorsieht, anders als durch einen Abbruch abwendbar: nämlich durch eine Adoption. (AmtsG Celle 25 VII K 3470 SH)

Das Nürnberger Urteil wurde bundesweit bekannt dadurch, daß einem Gynäkologen, der dort seit Jahren die Schwangerschaftsabbrüche für ganz Nordbayern in seiner Privatklinik machte, vorgeworfen wurde, durch medizinische Fahrlässigkeit den Tod einer Frau nach einem Abbruch verursacht zu haben. Zu 58 Monaten Gefängnis und einem zweijährigen Berufsverbot als selbständiger Arzt wurde er verurteilt. Der Großteil der Strafe wird sicherlich zu Recht verhängt worden sein, denn medizinische Schlampereien bei den von ihm durchgeführten Abtreibungen konnten auch in anderen Fällen zuhauf nachgewiesen werden.

Ein beträchtlicher Teil des Urteils macht aber ein ganz anderes Interesse deutlich: dem Arzt wird vorgeworfen, illegale Abtreibungen durchgeführt zu haben, obwohl alle notwendigen Bescheinigungen vorlagen. Aber: erstens habe er die Indikationsbescheinigungen des Kollegen lediglich zur Kenntnis genommen und nicht noch einmal überprüft, was einem wirklich vorhandenen und rechtlich notwendigen „Rettungswillen" (dem Embryo gegenüber!) entsprochen hätte. Zum zweiten sei ein Großteil der Indikationen nicht haltbar und der Abbruch deshalb nicht straffrei gewesen.

Der erste Vorwurf spiegelt interessanterweise die derzeitigen Bemühungen der baden-württembergischen Landesregierung wider, den Instanzenweg durch eine Ärztekommission, die vor Durchführung der Abtreibung die Indikation überprüfen müßte, zu verschärfen. Dabei müsse es darum gehen, die „sonstige Notlage" im Schweregrad der medizinischen Indikation gleichzustellen.

Der Vorwurf, die gestellten Indikationen seien nicht rechtens, hat heutebereits weitreichende Folgen: zum einen in Nachfolgeprozessen gegen Indikationen stellende Ärzte. Der erste wurde bereits zu 10.000 DM Geldstrafe und einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Eine zweite Konsequenz ist die Klimaveränderung. Kurz nach Bekanntwerden des ersten Urteils riefen etliche Nürnberger Ärzte bei der dortigen Pro Familia an und teilten mit, daß sie zukünftig keine Indikationen mehr stellen werden.

Dem umfangreichen Nürnberger Urteil (LG Nürnberg-Fürth 5 KLs 229 Js 10415/82) ist zu entnehmen, was nach Ansicht des Gerichts alles *keine* Notlage ist:

— 24jährige Frau, ledig, vom Freund getrennt, voll berufstätig; keine Notlage, denn: sie wohnt bei den Eltern und leidet keine finanzielle Not.

— 21jährige Frau, getrennt lebend, ein Kind, für das sie vom Ehemann keinen Unterhalt erhält, lebt von Sozialhilfe; jetzt schwanger von ihr unbekanntem Mann; keine Notlage, denn: „Die neue Schwangerschaft war die Folge des selbst gewählten Lebensstils von Frau S.".

— 22jährige Krankenschwester, ledig, 1.400 DM Gehalt, Schulden, kleine Wohnung; keine ernsthafte Notlage, sondern der „typische Fall einer ledigen Mutter ohne zusätzliche Erschwernisse".

— 35jährige verheiratete Frau, drei Kinder, Mann arbeitslos, keine Notlage: „Die zusätzliche Belastung durch ein viertes Kind kann nicht als unzumutbar angesehen werden."

Wann aber handelt es sich überhaupt um eine Notlagenindikation? „*Insbesondere ist hier an Fälle zu denken,*" heißt es in der rechtlichen Würdigung des Nürnberger Urteils, „*in denen die Schwangere in schwere Konflikte geraten würde, etwa weil sie bereits so viele Kinder hat, daß sie bei der hinzukommenden Sorge für ein weiteres Kind ihre Pflichten gegenüber den bereits geborenen Kindern nicht mehr erfüllen könnte oder an Fälle, in denen*

hinzukommenden Sorge für ein weiteres Kind ihre Pflichten gegenüber den bereits geborenen Kindern nicht mehr erfüllen könnte oder an Fälle, in denen

pflegebedürftige Angehörige nicht mehr versorgt werden könnten." Oder: „*wenn z.B. die Schwangere an einer schweren Geisteskrankheit leidet, die zwar durch die Schwangerschaft nicht verschlechtert wird, bei der aber die Schwangere ihrer Verfassung nach nicht die erforderlichen Voraussetzungen für Kindererziehung mitbringt*". (Also immer dann ist's erlaubt, wenn's den Staat sonst viel kosten würde ...) „*Als Notlage kommt ferner (...) in Betracht, wenn eine Berufsausbildung wegen der Schwangerschaft beendet werden müßte und sich nicht nachholen ließen. (...) Dagegen kann nicht als Notlage angesehen werden, wenn die Berufsausbildung nicht sofort begonnen werden kann oder die Berufsausübung unterbrochen werden muß.*"

Zusammenfassend stellt das Gericht fest: „*Unzumutbar ist nicht schon, was die Betroffenen im Gespräch und in ihren Gedanken als unzumutbar bezeichnen, sondern nur etwas so Schwerwiegendes, daß es der Gesetzgeber und der unbefangen und nüchtern urteilende Arzt als für den Betroffenen billigerweise nicht mehr zumutbar ansehen. Die Bereitschaft zu einer durchaus weitgehenden Aufopferung eigener Interessen, wenn es das Wohl des Kindes verlangt, wird von den Eltern von Kindern auch sonst gefordert, und auch sonst gibt es im Leben immer wieder Fälle, wo ein entschiedener eigener Einsatz unter Hintansetzung eigener Interessen geboten ist. Dabei sind auch gewisse seelische Belastungen in Kauf zu nehmen.*"

Wenn diese Interpretation der Notlagenindikation gängige Praxis wird, dann gute Nacht, Marie! Rechtlich möglich wäre es. Politisch durchsetzbar zur Zeit sicher nicht. Aber in Zeiten eines Bundesberatungsgesetzes könnte das schon anders aussehen.

ll.

Neue Bücher zum § 218

Neue Bücher zum § 218

Zwei neue § 218-Bücher sind auf dem Markt, rechtzeitig zu Beginn der Auseinandersetzung um das Beratungsgesetz.

Im Verlag „Neue Gesellschaft" erschienen ist das Buch von Herta Däubler-Gmelin und Renate Faerber-Husemann, und nur zu offensichtlich liegt der Sinn dieses Buches darin, die SDP-Linie zum § 218 auf Stillhalten festzuklopfen. „Der tägliche Kampf um die Reform" heißt das Werk und kennzeichnet treffend das Lernziel, das die beiden Parteistrateginnen ihren Schwestern vermitteln möchten: die Indikationsregelung verteidigen. Fristenregelung oder gar ersatzlose Streichung ist out!

Die Forderung nach ersatzloser Streichung, neuerdings ja auch von einer Reihe von Einzelgewerkschaften und der DGB-Frauenkonferenz beschlossen, tun die Autorinnen mit der „gesetzlichen Bindungswirkung" des BVG-Urteils von 1975 ab, das eben eineLiberalisierung des bestehenden § 218 verunmögliche. Vor allem aber seien die Frauen mit der bestehenden Regelung bestens zufrieden, was eine ausgerechnet von „Bild der Frau" wiedergegebene Umfrage zeige. Gegenüber den Konservativen profilieren sich die Verfasserinnen als die besseren Lebensschützerinnen, da durch die von der SPD den Frauen geschenkte Indikationsregelung die Abtreibungszahlen gesunken seien.

Über die tatsächlichen Abtreibungsbedingungen, über Abtreibungstourismus also, über Nord-Süd- und andere Gefälle, über die neuesten Urteile gegen indikationsstellende Ärzte u.a. verlieren sie kaum ein Word. Die *würden* ja erst eintreten, wenn es den bösen Konservativen gelänge, die geliebte Indikationsregelung auszuhöhlen.

Ein Glanzstück sozialdemokratischer Frauenverdummungspolitik. Eigentlich kaum zu glauben, daß es zum Kauf angeboten wird.

* * *

Verena Krieger, grüne Bundestagsabgeordnete, schrieb das andere, wirklich andere § 218-Buch. „Entscheiden" heißt es und ist im „Konkret Literatur Verlag" erschienen.

Auch wenn die Schlußkapitel, in denen es um neue Diskussionen (Bevölkerungspolitik, Gen- und Reprotechnologien) und um neue Strategien geht, etwas enttäuschen: der größte Teil des Buches ist auch für alte § 218-Häsinen eine Bereicherung! Umfangreiche Literatur- und Presserecherchen und eine merkliche langjährige praktisch-politische Erfahrung mit dem Thema sorgen dafür, daß zu allen Aspekten des § 218 umfassend informiert wird. Besonders erhellend ist die Auseinandersetzung mit den § 218-Positionen der Parteien. „Trau der alten Tante nicht" heißt das Kapitel zur SPD, das eine, dem grünen Trend deutlich zuwiderlaufende gründliche Entlarvung der leider wieder aktuellt (s.o.) sozialdemokratischen Frauenpolitik darstellt. Auch mit der eigenen Partei und mit der Frauenbewegung rechnet die grüne Feministin ab. In einer Analyse der gängigen grün/alternativen Bedenken gegen die vollständige Freigabe der Abtreibung liefert Verena Krieger eine Reihe von klugen Argumenten. Ein Buch, das aneckt also, das sich traut, ungeliebt zu sein, das die Konfrontation sucht. Kurzum: ein Buch, wie wir es nötig haben.

ll.

Herta Däubler-Gmelin, Renate Faerber-Husemann: § 218 Der tägliche Kampf um die Reform, Verlag Neue Gesellschaft Bonn
Verena Krieger: Entscheiden Was Frauen (und Männer) über den § 218 wissen sollten, Konkret Literatur Verlag Hamburg



Bundesdeutscher Zeitschriftenhandel entscheidet:

EMMA verbreitet Pornos

***„EMMA-Auslieferung in Bayern wegen ‚Pornographie' blockiert".* Was zunächst eher wie ein Hintertreppenwitz bayerischer Provinzler anmutete und nicht ohne Ironie war, hat inzwischen ernstzunehmende Ausmaße angenommen. Denn nicht Doppelmoral, Bigotterie oder Prüderie sind Hintergrund des Auslieferungsstopps, vielmehr scheint hier der Handel, der mit pornographischen Zeitschriften auf den Markt geht, die offiziell unterhalb der Schwelle der verbotenen Pornographie liegen, gegen eine Frauenzeitung vorzugehen, um sich gegen eine unliebsame Kampagne zu schützen.**

Mit dem Oktoberheft startete EMMA eine Anti-Pornographie-Kampagne.

Zwar verbieten die Anti-Porno-Paragraphen 131 und 184 StGB verherrlichende oder verharmlosende Gewaltdarstellungen und die Verbreitung

Zwar verbieten die Anti-Porno-Paragraphen 131 und 184 StGB verherrlichende oder verharmlosende Gewaltdarstellungen und die Verbreitung

von Pornographie in der Öffentlichkeit, aber „*wir erleben zur Zeit gleichzeitig eine Banalisierung und eine explosionsartige Verbreitung der Pornographie*", *schreiben die EMMA-Frauen.* (EMMA 10/87, S. 16)

Neben Porno-Kinos, Sex- und Peepshows, Pornoheften und -zeitschriften entwickelt sich offenbar der Video-Apparat mit dem ausleihbaren Porno-Gewalt-Video zu dem einträglichsten Geschäft. Neuester Renner im Angebot sind „pornographische Video-Spiele". Diese Form des „alltäglichen home-Pornos" ist damit auch in immer größerem Ausmaß für Jugendliche zugänglich.

Eingang haben pornographische Darstellungen auch zunehmend in die Zeitgeist-Alternativ-Szene und -zeitschriften gefunden — genannt sei hier stellvertretend der „Wiener". Verkauft als „erotische Männerphantasien" und „Tabu-Brecher" werden vor allem Darstellungen aus dem sadomasochistischen Bereich bevorzugt — selbstverständlich mit Chic und Pep auf Hochglanzpapier gestylt.

EMMA geht auf diese Entwicklungen in ihrer Oktobernummer ein. Gespräche und Schilderungen von Begegnungen mit Frauen, die als Porno-Darstellerinnen arbeiten, beinhaltet der Kernartikel der Anti-Pornographie-Serie in der Novembernummer. Bedrückende sieben Seiten, die nicht nur bei der Schreiberin, sondern auch bei der Leserin Waschzwang, Ekel und Magendrücken hinterlassen. Illustriert hat die EMMA diese Seiten u.a. mit Ausschnitten von Originalphotos aus Sex-Magazinen aus dem sog. „Hart-Pornobereich", die, wie sie schreibt, teilweise legal über, teilweise illegal unter dem Ladentisch von Sexshops vertrieben werden — somit jedermann öffentlich zugänglich sind.

Dieses Layout wurde der Anlaß für die Nichtauslieferung der EMMA.

Wer wird hier geschützt?

Eine erste einstweilige Verfügung, die die EMMA beim Gericht in München gegen den Auslieferungsstopp beantragt hatte, wurde abgelehnt. Begründung: es handele sich um einen „Grenzfall"; zugegeben wurde allerdings, daß es „unstrittig" sei, „daß der Gesamttenor der EMMA-Kampagne gegen Pornographie aufklärerisch und kritisch sei." (EMMA-Presseerklärung, 28.10.87) Beanstandungen von Staatsanwälten oder der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, die für Maßnahmen oder Verbote gegen Verbreitung von verbotener Pornographie zuständig sind, lagen und liegen gegen EMMA nicht vor. Ausschließlich der Handel, den EMMA wegen seiner Profite und Geschäfte im Pornobereich scharf angegriffen hat, trat in Aktion.

Namentlich nennt EMMA zwei Münchner Juristen, Dr. Auer und Dr. Kuner, die (von ihnen betreuten) Grossisten „empfohlen" haben, die Zeitschrift wegen „harter Pornographie" nicht auszuliefern, sowie ihre eigene Vertriebsfirma „Verlagsunion" in Wiesbaden, die etwa eine Woche nach

schrift wegen „harter Pornographie" nicht auszuliefern, sowie ihre eigene Vertriebsfirma „Verlagsunion" in Wiesbaden, die etwa eine Woche nach

Auslieferung alle Grossisten angetelext hat, um sie vor dem Verkauf der Zeitschrift wegen „Verbreitung qualifizierter Pornographie" zu warnen. (EMMA-Presseerklärung, 5.11.87)

Diese beiden Herren und die Verlagsunion scheinen nicht naiv in der Sache gehandelt zu haben; sie scheinen vielmehr über sehr genaue Kenntnis des von ihnen inkriminierten Delikts zu verfügen. Dazu heißt es in der EMMA-Presseerklärung (5.11.87): „*Dr. Auer ist laut ‚Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften' u.a. Anwalt von ‚Penthouse'. ... Dr. Kuner ist bei Jugendschützern seit Jahren vor allem als Spezialist für die Verteidigung pornographischer Schriften bekannt. ... Die Verlagsunion vertreibt u.a. das Sexmagazin ‚Frivol'.*"

Damit können wohl Interessen und Hintergründe als weitgehend aufgeklärt betrachtet werden. Für die EMMA wirkt sich dieser Boykott inzwischen bedrohlich aus: sie ist in vielen Städten (besonders in Süddeutschland) gar nicht erst ausgeliefert worden, sie liegt an vielen Kiosken nicht aus, der Verkauf beschränkt sich weitgehend auf den Buchhandel und Frauenbuchläden.

Auch von dem Nebeneffekt Werbung, den solche Kampagnen manchmal bewirken, kann derzeit keine Rede sein. Fast sämtliche bürgerliche Zeitungen haben nichts über die Maßnahmen gegen EMMA berichtet oder sich auf Kleinstmeldungen beschränkt.

Die EMMA-Redaktion hat die Vertriebsfirma „Verlagsunion" zum Widerruf ihrer Behauptungen über EMMA aufgefordert. Sie hofft, den Boykott des Zeitschriftenhandels durchbrechen zu können. Die nächste Ausgabe der EMMA wird mit einem Vorschlag zu einer Anti-Pornographie-Kampagne und einem „Gesetzesentwurf gegen Pornographie" am 30. November erscheinen.

gb./Hamburg

Auf leisen Sohlen zur Bombe

Der BRD-Widerstand gegen den Atomwaffensperrvertrag

Teil 3

Von Matthias Küntzel



Die zentralen Artikel I und II des Atomwaffensperrvertrags (im Folgenden auch abgekürzt mit NPT = Non Proliferation-Treaty) enthalten die Verpflichtung, alles zu unterlassen, was die Anzahl der Atomwaffenstaaten erhöhen könnte (siehe Kasten). Von besonderer Bedeutung sind ebenfalls Artikel III (Regelung der Kontrollen zur Einhaltung dieser Verpflichtung durch die Internationale Atomenergie-Agentur, IAEA) sowie Artikel IV (Verpflichtung zur Förderung der friedlichen Atomenergie).

Der Atomwaffensperrvertrag geht in seinen Bestimmungen über die Verzichtserklärung der Bundesregierung von 1954 hinaus. Er fordert von seinen Unterzeichnern nicht nur den Verzicht auf die Produktion, sondern ebenfalls den Verzicht auf jedweden Erwerb von Atomwaffen. Anders als die Erklärung von 1954 sollte dieser Verzicht nicht nur gegenüber einer westlichen Staatengruppe, sondern ebenfalls gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts ausgesprochen werden. Er war somit verbindlicher und ungleich schwerer zu revidieren.

Die Abneigung gegen den Atomwaffensperrvertrag war 1966/67 allen im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam und wurde lediglich mit unterschiedlicher Lautstärke artikuliert. Außerhalb der BRD war das Interesse an der bundesdeutschen Unterschrift dafür um so größer. In den USA befürchtete man, im Falle eines Bonner Zugriffs auf Atomwaffen in deutsche Abenteuer hineingerissen zu werden. (59) Großbritannien beobachtete die zunehmende Atomwaffen-Fähigkeit der BRD ,,with suspicion, if not substantial alarm''. (60) Der französische Staatspräsident Pompidou warnte 1965 vor einer Situation, in der ,,auf der Basis (...) der Hoffnung, sich des Bündnisses mit den USA bedienen zu können (...), der deutsche Nationalismus mit der Sehnsucht nach den früheren Ostgrenzen'' (61) wieder erwacht. Ganz zu schweigen von der Sowjetunion, die von dem deutschen Interesse an einer Veränderung des Status Quo in Mitteleuropa am direktesten betroffen war: Ihre Führung machte keinen Hehl daraus, daß für sie unter dem geplanten Vertrag nur die westdeutsche Unterschrift wichtig war. (62)

In der Anfangsphase der Auseinandersetzung (1965/66) ging es der Bundesrepublik unter Kanzler Erhard in grotesker Verkennung der internationalen Rahmenbedingungen darum, den Atomwaffensperrvertrag zu verhindern.

Aufgrund des deutsch-amerikanischen Interesses an der Multilateralen Atomstreitmacht MLF steckten die Verhandlungen des Genfer Abrüstungsausschusses über den Atomwaffensperrvertrag bereits seit längerem in der Sackgasse. Die USA versuchten, die Möglichkeit einer MLF in einem Sperrvertrag zu integrieren, die Sowjetunion lehnte dies strikt ab. Die Bundesregierung verfolgte diese Verhandlungen mit besonderem Argwohn. Würden die USA hart bleiben und weiterhin dem deutschen Interesse an der MLF den Vorrang geben vor einer Vereinbarung über den Sperrvertrag?

Als am 5.7.65 — drei Wochen vor dem Zusammentritt der Genfer Abrüstungskonferenz — ein Geheimbericht des ehemaligen US-Verteidigungsministers Gilpatric an Präsident Johnson bekannt wird mit der Empfehlung, notfalls die MLF zu opfern (63), schrillen in Bonn die Alarmsirenen. Vier Tage später droht Außenminister Schröder im regierungsamtlichen Bulletin mit der deutschen Atombewaffnung. Nur bei Errichtung der MLF oder einer gleichwertigen Lösung könne Deutschland — so Schröder — ,,auf den Erwerb eigener Atomwaffen verzichten.''

Das sogenannte friedliche Atomprogramm der Bundesrepublik war zu diesem Zeitpunkt hinreichend entwickelt, um dieser Drohung Glaubwürdigkeit zu verleihen. Der Status der BRD als nukleare Schwellenmacht wurde von Schröder 1965 mit überraschender Offenheit (wenn auch nicht unbedingt Öffentlichkeit (64)) ausgenutzt, um im NATO-internen Kräftefeld die Gewichte zu verschieben. Das ging zwar 1966 nach hinten los. Dennoch ist davon auszugehen, daß diese Form der Erpressung auf dem Parkett der geheimen Nukleardiplomatie zum täglichen Geschäft gehört. Es verdient festgehalten zu werden, daß Schröder mit der Androhung der Atombewaffnung der BRD zumindest ,,an der innenpolitischen Front (...) die Reihen hinter sich wieder einmal (hatte) schließen können. Trotz Wahlkampf stützten SPD und FDP die Haltung des Außenministers.'' (65)

Die USA erklärten unmittelbar nach der Schröder-Drohung gegenüber der Bundesregierung, an der MLF strikt festhalten zu wollen, was bis zum Herbst 1966 jeden Verhandlungsfortschritt in Genf vereitelte. Als Schröder im Herbst 1966 seine Drohung vor dem Bundestag sinngemäß wiederholte (66), hatte sich das Blatt gewendet.

Bereits am 17.7.1966 wurde in einem ,,White House''-Memorandum an Präsident Johnson auf die vorrangige Verabschiedung des NPT gedrängt und vorgeschlagen, das Problem einer nuklearen Gemeinschaftslösung für die BRD aus dem Vertragstext auszuklammern. (67)

Die nun beginnenden Geheimverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR registrierte die Bundesregierung mit großer Sorge. Ein geheimes Fernschreiben von US-Außenminister Rusk berichtet über die Beschwerden, die ihm der Bonner US-Botschafter Knappstein am 26.10.66 vortrug. Dem Dokument zufolge erklärte Knappstein, daß die BRD eine Unterzeichnung des NPT nicht einmal erwägen könne, ,,bevor die nuklearen Probleme der Allianz nicht eine befriedigende Lösung gefunden hätten''. Die Verteidigung Europas — so Knappstein zu Rusk — habe gegenüber einer Einigung mit der Sowjetunion Vorrang. Der Sowjetunion dürfe nicht gestattet werden, ihre Ziele ohne eine politische oder militärische Kompensation zu erreichen. (68) Aber auch die Parade Knappsteins konnte den Lauf der Entwicklung nicht mehr aufhalten. Am 16.12.66 wird die Bundesregierung vertraulich über die Einigung der Großmächte auf die maßgeblichen Artikel I und II des Sperrvertrags informiert.

Das außenpolitische Fiasko der Bundesregierung war ein maßgeblicher Grund für den vorzeitigen Rücktritt der Regierung Erhard und ihre Ersetzung durch die Große Koalition: Der neue Außenminister im CDU-geführten Kabinett des Bundeskanzler Kiesinger hieß Willy Brandt, der Finanzminister Franz Josef Strauß. Die neue Regierung stand vor der Aufgabe, sich mit dem Entspannungskurs der USA zu arrangieren, d.h. das Beste daraus zu machen. Bis auf einen harten Kern innerhalb der Unionsparteien war 1967 allen Akteuren klar, daß Bonn dem Sperrvertrag auf Dauer nur um den Preis großer internationaler Isolierung fernbleiben konnte. In der zweiten Phase der Auseinandersetzung legte die Bundesrepublik nunmehr ihr gesamtes Gewicht in die Waagschale, um die Formulierungen und Auslegungen des Atomwaffensperrvertrages in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dieses Gewicht war erheblich. Denn die Sowjetunion hatte schon frühzeitig angekündigt, daß sie den Sperrvertrag nur ratifiziert, wenn auch die Bundesrepublik ihm beitritt. Da der Vertrag wiederum ohne sowjetische Ratifizierung keine Gültigkeit erlangen konnte, schien ,,die gesamte Zukunft dieses Nichtverbreitungsvertrages von der Haltung der Bundesrepublik'' abzuhängen. (69) Ihre Schlüsselposition verstanden die Akteure der Großen Koalition bis zur letzten Faser auszureizen: Noch nie zuvor hatte die BRD ,,bei einem internationalen Vertrag ihre Interessen so wahren und in gewissem Maße auch durchsetzen (können), wie beim Nichtverbreitungs-Vertrag'', heißt es zutreffend in einer Monographie über die Entstehung des NPT. (70)

Zunächst soll im Folgenden der Ablauf der Auseinandersetzungen — soweit bisher bekannt — grob nachgezeichnet werden. (71) Anschließend möchte ich auf die einschlägigen ,,Erfolge'' deutscher Bundesregierungen in dieser Kontroverse eingehen: Welche Grenzen wurden der BRD durch den Beitritt zum Sperrvertrag tatsächlich gesetzt? Welche nuklearen Handlungsoptionen sind ihr trotz Sperrvertrag bis heute geblieben?

Die Auseinandersetzung

Als Anfang 1967 die ersten Entwürfe des Atomwaffensperrvertrages durchsickerten, bot die BRD ,,der Welt ein Schauspiel kaum vorstellbarer Hysterie''. (72) Strauß bewertete den NPT als ,,ein neues Versailles und zwar eines von kosmischen Ausmaßen'', Adenauer sprach von einem ,,Morgenthau-Plan im Quadrat'' und erklärte anläßlich seines Besuchs bei dem spanischen Diktator Franco: ,,Ich hoffe, daß die Bundesrepublik nicht ihr Todesurteil unterschreibt.'' Der Präsident des Verbandes der Deutschen Industrie, Berg, sprach von der ,,äußersten Besorgnis der Industrie'' und erklärte, ohne Vertragsmodifikationen ,,lasse sich errechnen, wann Westdeutschland das Niveau eines Agrarstaates erreicht habe.'' In enger Tuchfühlung mit F.J. Strauß goß insbesondere die Presse des Springer-Verlages nationalistisches Öl auf das Feuer mit Schlagzeilen wie ,,Wir lassen uns nichts aufzwingen'', ,,Das Diktat der Atomgiganten'', ,,So sollen die Kleinen fertiggemacht werden'', und ,,Wir wollen kein Volk von Bettlern werden''.

Innerhalb der politischen Eliten war man sich selbstverständlich im Klaren darüber, daß die Bundesrepublik durch den NPT weniger in wirtschaftlicher als vielmehr in militärstrategischer Hinsicht zu ,,verarmen'' drohte — ein Umstand, der sich weitaus weniger massenwirksam vermarkten ließ. Nicht das Wirtschaftsministerium, sondern der Bundesverteidigungsrat der Bundesregierung war die federführende Bonner Instanz bei den NPT-Auseinandersetzungen der kommenden Jahre. Dieses Gremium beschloß im Februar 1967 die Einsetzung eines interministeriellen Arbeitsstabs ,,NV-Vertrag''. Er tagte unter dem Vorsitz des Auswärtigen Amtes. Mitglieder dieses Stabes waren neben den Vertretern diverser Ministerien ebenfalls die Professoren Häfele und Wirtz vom Kernforschungszentrum Karlsruhe.

Nach den Ausfällen gegen den Sperrvertrag vom Februar 1967 erschien die Bundesregierung unversehens in der Rolle des Störenfrieds Nr. 1 in einer ansonsten auf Entspannung zusteuernden Welt. Die Londoner Times warnte Ende Februar 1967 gar ,,vor den Folgen einer plötzlichen Hochflut britischer Deutschfeindlichkeit.'' (73) Wirtschaftsblätter wie das ,,Handelsblatt'' oder der ,,Industriekurier'' forderten eine Mäßigung des Tonfalls, da sonst die Lieferungen von angereichertem Uran aus den USA und damit das gesamte Atomprogramm in der Bundesrepublik zum Erliegen käme. Man konzentrierte sich also in der Folgezeit auf diplomatische Kanäle, um auf leisen Sohlen ein Maximum an Gegenleistungen für eine irgendwann ohnehin zu leistende Unterschrift einzuhandeln. Daß zwischenzeitlich die CSU immer wieder lospoltern durfte, gehörte dabei zum Arrangement. Denn der Manövrier-Spielraum einer Regierung kann — wie ein FAZ-Kommentator zuvor ausplauderte — ,,nicht wenig erweitert werden, wenn die Regierung zuweilen mit dem Daumen über die Schulter auf die Partei weisen und ihren Partnern außen notwendige Rücksichten innen vor Augen führen kann.'' (74) Und so geschah es auch. Die nationalistische Fundamentalopposition aus der CSU, die vermittels des ,,Bayernkurier'' in den kommenden Jahren fortgesetzt werden sollte, (75) verschaffte dem Außenminister Brandt hierbei den nötigen Spielraum, um ,,mit Delikatesse'' veränderte Vertragsformulierungen oder Sonderinterpretationen durchzusetzen.

Das Verhandlungsmarathon beginnt

Die ersten Verhandlungsrunden zwischen den USA und der BRD wurden im März und April 1967 in Washington durchgeführt. Teilnehmer der amerikanischen Seite berichten von den extensivsten Verhandlungen ihres Lebens: Wann immer eine lange Liste deutscher Einwände gegen den Sperrvertrag abgearbeitet war, habe die deutschen Delegation eine neue Liste vorgelegt. Hauptgegenstand der Gespräche war zum einen die Ausarbeitung amerikanischer Interpretationen zum NPT, die eine Reihe von Festlegungen hinsichtlich der NATO-Nuklearpolitik (darunter die ,,Europäische Option'') zum Gegenstand haben. Zum anderen drehten sich die Gespräche um die Frage der Kontrollen zur Einhaltung des Sperrvertrags, für deren Durchführung ein UN-Organ, die in Wien ansässige Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) vorgesehen war. Unter der Führung des hierzulande als ,,Brüterpapst'' bekannten Wolf Häfele gelang es der BRD-Delegation während dieser Wochen in Washington, in zwei zentralen Punkten eine Totalrevision und Abschwächung der bis dahin von der IAEA praktizierten Kontrollmodalitäten durchzusetzen (s.u.). In beiden Fällen gelang es der BRD, ihre spezifischen Kontrollwünsche in der Präambel des NPT sowie im Vertrag selbst festschreiben zu lassen.

Ein weitere Punkt dieser Verhandlungen betraf die Frage der uneingeschränkten Forschung, Entwicklung und Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke. Diesbezüglich wurde auf Wunsch der Bundesrepublik (aber auch auf Verlangen anderer Staaten) ein Vertragsartikel neu aufgenommen, der alle Vertragsparteien dazu verpflichtet, ,,den weitestmöglichen Austausch'' von nuklearen Gütern und Informationen ,,zu erleichtern''.

Ein zweites Verhandlungsmarathon wurde seitens der Bundesrepublik im Herbst 1967 über die Rolle der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) initiiert. Im krassen Gegensatz zu den Positionen der USA und der Sowjetunion, aber auch im Gegensatz zu westeuropäischen Positionen, lehnte es die Bundesregierung für den Bereich der EG kategorisch ab, die Kontrollen zur Einhaltung des Sperrvertrages auf die dafür vorgesehene IAEA zu übertragen. Die Bundesrepublik wollte für diesen Bereich ausschließlich die Euratom-Kontrollen gelten lassen — ein Anliegen, daß nicht nur die Sowjetunion als den Versuch einer ,,Eigenkontrolle'' scharf kritisierte. Nach Auskunft amerikanischer Diplomaten führte der Streit über die Rolle EURATOMs im Herbst 1967 zu einer Situation, in der die Zukunft des NPT auf des Messers Schneide stand. Ende 1967 schließlich lenkte die Sowjetunion ein und akzeptierte eine Vertragsformulierung, die eine gemeinsame Kontrollvereinbarung zwischen Euratom und der IAEA zuließ.

In einem Schreiben von Bundeskanzler Kiesinger an US-Präsident Johnson (Dezember 1967) wurde schließlich eine zeitliche Befristung des ursprünglichen unbegrenzten Sperrvertrages gefordert. Zuvor schon hatte die Bundesregierung als einen ,,Kernpunkt'' ihrer Änderungsvorschläge (im Verbund mit Italien) eine Befristung der Vertragsdauer auf fünf Jahre und später, als ,,Kompromiß'', auf zehn bis zwölf Jahre vorgeschlagen. Erreicht wurde schließlich eine Zeitbegrenzung des NPT auf 25 Jahre, wobei nach Vertragsablauf im Jahr 1995 über eine Verlängerung neu beraten werden soll.

Am 1. Juli wurde der Atomwaffensperrvertrag in seiner erheblich geänderten Version von den beiden Großmächten und Großbritannien feierlich unterzeichnet. Am selben Tag bemerkte die New York Times: ,,Wenn es eine Regierung auf der Welt gibt, die sich nicht lange sträuben kann, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, so ist es die Regierung Westdeutschlands.'' Doch es kam anders. Im August 1968 war die BRD der einzige Nicht-Unterzeichnerstaat innerhalb der Nicht-Atomwaffenstaaten der EG.

1969: Ungehinderte Anwendung von Kernsprengmitteln?

International erhöhte sich nun der Druck auf die Bundesrepublik, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. Bonn jedoch schaltete auf stur. Unverrichteter Dinge mußte der schwedische Außenminister, der speziell nach Bonn gereist war, um die Bundesregierung von der Notwendigkeit des Beitritts zu überzeugen, seinen Heimweg antreten. Auch die italienische Kritik an der Bonner Verzögerungstaktik wurde geflissentlich übergangen. (76). In einer Studie der konservativen ,,Stiftung Wissenschaft und Politik'' wird die Haltung der CDU/CSU in dieser Zeitspanne so beschrieben: ,,Zusätzlich zu früheren Argumenten kam sie jetzt mit neuen, um die Hinnahme des Vertrages von der Erfüllung weiterer Bedingungen abhängig zu machen, deren Erfüllung vernünftigerweise niemand erwarten konnte, insbesondere, da die Vertragsverhandlungen bereits abgeschlossen waren. Derartige Einwände praktischer Vernunft wurden jedoch beiseitegeschoben mit der Behauptung, ohne den westdeutschen Beitritt wäre der Vertrag aus sowjetischer Sicht wertlos, weshalb die Bundesrepublik noch einen erheblichen Verhandlungsspielraum ausnutzen könne.'' (77) Als besonders hartnäckiger Gegner der Unterschrift profilierte sich der Forschungsminister der Großen Koalition, Gerhard Stoltenberg. Je näher die Bundestagswahl im Herbst 1969 rückte, desto einhelliger formulieren die CDU und vor allem die in Konkurrenz mit der erstarkenden NPD stehende CSU ihre Ablehnung gegen den Sperrvertrag.

Damit hatte sich die BRD allerdings in eine Position manövriert, die weitere Lieferungen angereicherten Urans aus den USA gefährdete und das bereits unterschriftsreife Projekt einer gemeinsamen Urananreicherungsanlage mit den Niederlanden und Großbritannien zu zerschlagen drohte. Die Zeitschrift ,,Der Volkswirt'' vom 20.6.69 bemerkte unter der Überschrift ,,Stoltenberg kontra Stoltenberg'': Stoltenberg blockiere sich selbst durch selbstgezimmerte Barrikaden. Der ressortmäßig zuständige Urananreicherungskooperateur steht gegen den parteipolitisch programmierten Sperrvertragsgegner Stoltenberg. Bis zur Wahl wird sich gewiß nichts ändern.''

In der Tat. Erst unter der neugebildeten sozialliberalen Regierung Brandt wurde am 29.11.69 der Sperrvertrag gegen heftige Proteste der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (,,voreilig und unvertretbar'') unterschrieben. Doch selbst die Unterschrift der Bundesregierung war nicht ohne Pferdefuß. In einer gleichzeitig veröffentlichten Note erläuterte die Regierung Brandt, wie sie ihren Schritt verstanden wissen wollte. Zwar untersagt Artikel 1 des Sperrvertrages die Herstellung von Kernsprengkörpern *jeder* Art. Nichtsdestotrotz wird in der Bonner Note zum Sperrvertrag betont, daß nach Auffassung der Bundesregierung der Nichtverbreitungsvertrag Fortschritte auf dem Gebiet der Entwicklung und *Anwendung* der Technologie der friedlichen Verwendung *von Kernsprengmitteln* nicht behindern darf.'' (Hervorhebung: M.K.) Dreimal darf geraten werden, worin sich die Anwendung der Kernsprengtechnik von der Zündung einer Atombombe unterscheidet. (78) Unabhängig davon, ob es genau so gemeint war, läßt sich kaum bestreiten, daß diese Klausel als Freibrief für die Entwicklung und die Herstellung kompletter Atomsprenköpfe interpretiert werden kann. (79) Die bundesdeutsche Note zum Sperrvertrag war freilich kei-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ne Erfindung der Regierung Brandt/Scheel. Sie wurde bereits 1968 formuliert und vom Bundesverteidigungsrat der Großen Koalition gebilligt. Daß derartige Vereinbarungen bleiben, auch wenn die Regierungen wechseln, kennzeichnet den Atomstaat.

1974: Neunzig Gegenstimmen im Bundestag

Bis zur Verabschiedung des Sperrvertrags durch den Bundestag (die sogenannte ,,Ratifizierung'') sollten weitere drei Jahre vergehen. Die Ursache für diese Verzögerung war erneut der Streit über die Kontrollen zur Einhaltung des Sperrvertrages. Immerhin stand einiges auf dem Spiel. Der Bundesregierung kam es auf ein Kontrollverfahren an, das eigene oder bilaterale militärische Aktivitäten — wenn es drauf ankommt — nicht behindert.

Wie bereits erläutert, wollte die Bundesregierung eine Kontrolle ihrer Atomanlagen durch die Internationale Atomenergieagentur in Wien (IAEA) auf jeden Fall vermeiden — die Verantwortung für die Kontrollen sollte bei der Europäischen Atomgemein-



Außenminister Brandt in Paris (Dez. '67): ,,Kein Staat der Mißtrauen verdient''

Außenminister Brandt in Paris (Dez. '67): ,,Kein Staat der Mißtrauen verdient''

schaft EURATOM verbleiben. Da jedoch im NPT die Zuständigkeit der IAEA festgeschrieben war, gab es für die Verwirklichung des von ihr angestrebten Ziels nur eine Möglichkeit: Es mußte zwischen der IAEA und der EURATOM ein Abkommen ausgehandelt werden, daß für die EURATOM möglichst viele und für die IAEA möglichst wenige Rechte festschreibt. Schon im Juli 1968 hatte Willy Brandt die Nichtatomwaffenstaaten der EURATOM, Italien, Niederlande, Belgien und Luxemburg, auf eine gemeinsame Strategie verpflichten können. Ebenso wie die BRD unterzeichneten diese Länder den Sperrvertrag unter dem Vorbehalt, daß eine Ratifizierung erst dann erfolgt, wenn sich IAEA und EURATOM auf ein Kontrollabkommen geeinigt haben, in dem die Rechte der EURATOM ,,unberührt bleiben''. Mit diesem Vorgehen war es der Bundesregierung gelungen, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Zum einen konnte sie von da ab ihre ganz spezifischen Vorbehalte gegen die IAEA hinter der EURATOM verstecken. (80) Zum anderen ließ sich der fünffache Ratifizierungsvorbehalt als maßgebliche Trumpfkarte bei den nun anstehenden Verhandlungen zwischen EURATOM und IAEA zum Einsatz bringen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen (sie dauerten von Ende 1971 bis Ende 1972) war das im Frühjahr 1973 unterzeichnete ,,Verifikationsabkommen'', ein Abkommen, in dem die Rolle der IAEA darauf reduziert wurde, die von EURATOM vorgelegten Kontrollergebnisse lediglich zu beglaubigen (,,verifizieren'').

1974 wurde die Ratifizierung des Sperrvertrages sowie des ,,Verifikationsabkommens'' allerdings dringlich. Die USA durften als NPT-Unterzeichner Kernbrennstoffe nur an die Staaten liefern, deren Anlagen den IAEA-Kontrollen unterworfen waren. Im US-Kongreß gab es erste Proteste, daß trotz der fehlenden IAEA-Kontrollen US-Brennstoffe an die BRD geliefert wurden. Bei Nichtratifizierung war darüberhinaus die Kündigung des Vertrags mit Großbritannien und den Niederlanden über die Errichtung einer gemeinsamen Urananreicherungsanlage wahrscheinlich. Dies alles aber konnte den harten Kern der NPT-Gegner nicht beeindrucken.

Der bayerische CSU-Vorsitzende im bayerischen Landtag eröffnete die neue NPT-Auseinandersetzung mit einem Paukenschlag: Eine nationale Atombewaffnung sei in Erwägung zu ziehen, falls es in angemessener Frist zu keiner europäischen Streitmacht käme. (81) Andere zogen nach: Alfred Dregger, derzeitiger CDU-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, charakterisierte den Sperrvertrag als ,,Werkzeug Moskaus, das sich gegen den europäischen Zusammenschluß zu einem notfalls atomar gerüsteten Staatswesen richtet''. Der CSU-Vorstand in München verwies lobend auf Länder wie Israel und Südafrika, die den Vertrag abgelehnt hätten, ohne als entspannungsfeindlich diffamiert zu werden. (82) Die CSU blieb auch 1974 bei einem geschlossenen Nein. Das Land Bayern stellte auch im Bundesrat als einziges den Antrag auf Vertragsablehnung. Begründung: ,,Er mache die Atombewaffnung einer möglichen europäischen Streitmacht völkerrechtlich angreifbar und verbiete eine Atombewaffnung der Bundeswehr.'' (83) Die CDU war gespalten: 90 Abgeordnete (darunter die heutigen Minister Wörner, Zimmermann, Warnke und Kiechle, sowie der hessische Ministerpräsident Wallmann) stimmten gegen den Sperrvertrag, 111 stimmten ,,trotz schwerer Bedenken'' dafür.

Der wesentliche Grund für die Zustimmung der CDU-Mehrheit zum Sperrvertrag war — so Oppositionsführer Carstens — die durch das Verifikationsabkommen erreichte Entschärfung der Kontrollen sowie die Ankündigung der Bundesregierung, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde eine Erklärung zugunsten der Möglichkeit einer Europäischen Atomstreitmacht (,,Europäische Option'') abzugeben. Aber auch die Sprecher aus dem Regierungslager — für die SPD sprach der Abgeordnete Pawelczyk — begründeten mit dem Offenhalten der ,,Europäischen Option'' ihre Zustimmung. Der FDP-Sprecher und heutige Bundeswirtschaftsminister Bangemann riskierte gar die These, daß angesichts der Existenz zweier westeuropäischer Atomwaffenstaaten ,,ein solcher europäischer Zusammenschluß ..., der ja sogar zu einer Verminderung der Zahl der Atomwaffenstaaten führen würde, dem Vertragswerk selbst nicht widersprechen'' könne, sondern ,,vielmehr geradezu im Sinne dieses Vertrages'' sei. (84)

Halten wir fest: Die CDU/CSU hatte als Regierungspartei den bundesdeutschen Vertragsbeitritt abgelehnt,

Sinne dieses Vertrages'' sei. (84)
Halten wir fest: Die CDU/CSU hatte als Regierungspartei den bundesdeutschen Vertragsbeitritt abgelehnt,

SPD und FDP sein endgültiges Inkrafttreten um mehr als sieben Jahre verzögert. Der Vertrag, den die Bundesrepublik nach Auffassung der New York Times bereits im Juli 1968 hätte unterscheiben müssen, wurde für die BRD erst mit dem Inkrafttreten des ,,Verifikationsabkommens'' im Februar 1977 wirksam.

Das Resultat

Daß die Bundesregierung derart große Anstrengungen unternommen hat, um auf die Formulierungen des Atomwaffensperrvertrages Einfluß zu nehmen, kann angesichts der Bedeutung der Atomwaffenfrage in den 50er und 60er Jahren für die Bundesrepublik kaum überraschen. Diese Anstrengungen waren alles andere als vergebens. Auf BRD-Betreiben wurden zahlreiche Änderungen am Vertragsentwurf vorgenommen. Nach mehrmonatigen bilateralen Verhandlungen verkündeten die USA zusätzliche Interpretationen zum Sperrvertrag, die als Teil der US-amerikanischen ,,legislative history'' in den Vertrag eingingen und durch stillschweigendes Akzeptieren seitens der Sowjetunion völkerrechtlich wirksam wurden. Diese ,,Interpretationen'' blieben in der Öffentlichkeit praktisch unbekannt. Sie sind das Kleingedruckte zum Sperrvertrag — aber auf das Kleingedruckte kommt es ja oftmals an ...

Der folgende Überblick über die hauptsächlich auf BRD-Wunsch erzielten Vertragsmodifikationen ist von aktueller Bedeutung. Bei der Kontroverse von 1967 ging es um die Spielräume des Jahres 1987. Es war das durchgängige Ziel der Bundesrepublik, möglichst weitreichende Nuklearoptionen in den Sperrvertrag zu integrieren und Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit zu minimieren. Der Wunschzettel der Deutschen reichte dabei von der Forderung, sogenannte atomare ,,Verteidigungswaffen'' aus dem Weiterverbreitungsverbot herauszunehmen, bis zu dem Anliegen, eine ,,Antidiffamierungsklausel'' (gegen diejenigen, die ihnen Atomwaffengelüste unterstellen könnten) einzufügen. An welchen Punkten konnten sich die Akteure der Großen Koalition durchsetzen? Welche Spielräume wurden für die 80er oder 90er Jahre gesichert, welche Interessen angemeldet?

Weiterverbreitung „ziviler'' Atomtechnologie

Artikel IV des Sperrvertrages beeinhaltet die Verpflichtung der Vertragsparteien, den ,,weitestmöglichen Austausch'' von nuklearem Know-How zu ,,erleichtern''. Damit war nicht nur präventiv der im Rahmen des Brasilienvertrages von 1975 getätigte Nuklearexport gedeckt, der Brasilien zum heimlichen Atomwaffenstaat machte. Damit wurde gleichzeitig die im Artikel II des NPT festgelegte Verpflichtung, die Ausbreitung von Atomwaffen zu blockieren, konterkariert durch die Verpflichtung, die Ausbreitung von Kapazitäten zur möglichen Produktion nuklearer Waffen zu erleichtern. Es waren die damaligen Minister Stoltenberg und Brandt, die den Aspekt der Atomenergie-*Förderung* in den Sperrvertrag überhaupt erst eingebracht und die immer wieder neu auf eine Verschärfung der entsprechenden Formulierungen gedrängt hatten. (88)

Zusätzlich sicherten die USA als Interpretation Nr. 1 der BRD eine Vertragshandhabung zu, derzufolge alles erlaubt ist, was der Sperrvertrag nicht ausdrücklich verbietet. Die Bedeutung dieser Vertragsauslegung sei an zwei Beispielen demonstriert:

1. Obwohl es dem ,,Geist'' des Sperrvertrages zweifelsohne widerspricht, gilt die Belieferung der NATO oder der französischen Force de Frappe mit Plutonium etwa aus Hanau mit den Bestimmungen des Sperrvertrages als voll vereinbar, solange die hierdurch hergestellten Atomwaffen in französischer Verfügungsgewalt verbleiben. Dies jedenfalls ist die Auffassung der Bundesregierung. In einer Stellungnahme von 1985 betont sie, ,,daß der Transfer von Nukleargütern in Kernwaffenstaaten (...) keinen Beschränkungen unterworfen wird'', was ,,den beteiligten Staaten bei der Verhandlung des Vertragstextes vollkommen bewußt'' gewesen sei. (89)Ausgeklammert wird hierbei Artikel VI, der jeden Unterzeichnerstaat zur Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen verpflichtet.
2. Nach dem Grundsatz einer möglichst engen Vertragsauslegung ist den Unterzeichnerstaaten des Sperrvertrages auch die militärische Nutzung der Atomenergie erlaubt, solange nur die komplette Herstellung von Atomsprengkörpern unterbleibt. Dies betrifft die militärische Atomforschung

ges auch die militärische Nutzung der Atomenergie erlaubt, solange nur die komplette Herstellung von Atomsprengkörpern unterbleibt. Dies betrifft die militärische Atomforschung

ebenso wie die Herstellung von Nuklearantrieben für U-Boote oder die Ausnutzung der Radioaktivität bei Waffen mit konventionellem Sprengkopf. In diesem Sinne ist die Abzweigung von Nuklearmaterial für militärische nichtexplosive Zwecke ausdrücklich erlaubt. (90) Nach Auffassung der Bundesregierung sind derartige Abzweigungen ebenfalls vereinbar mit dem Atomgesetz der BRD (,,Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie''). Auf eine diesbezügliche Frage erklärte sie 1985 lapidar: ,,Regelungsgegenstand des Atomgesetzes ist die friedliche Nutzung der Kernenergie (...) Es enthält keine besonderen Regelungen über eine militärische Verwendung der Kernenergie (...)''! Erinnert sei an dieser Stelle an die bereits erwähnte BRD-Note zum Sperrvertrag, in der sich die Bundesregierung selbst die Anwendung von Kernsprengmitteln im Rahmen des Vertrages vorbehalten hat.

Halten wir fest: Mit den Regelungen des Artikel IV sowie besagter US-Interpretation konnte sich die Bundesregierung im Bereich eigener nuklearer Entwicklungen unterhalb der Schwelle einer kompletten Atomsprengkopfmontage jegliche Bewegungsfreiheit erhalten.

EURATOM und die Abschwächung der Kontrollen

Mit großer Energie und ebenso großem Erfolg widmete sich die Bundesregierung der Aufgabe, Kontrollen der Internationalen Atomenergieagentur, einer UN-Behörde, in der Bundesrepublik und im EG-Bereich zu verhindern und das Kontrollsystem der Europäischen Atomgemeinschaft Euratom zu erhalten. Anders als bei allen anderen Punkten wurde in dieser Frage der Konflikt in einer Schärfe zugespitzt,

Bild am Sonntag: Das Diktat der Atom-Giganten
BAYERN KURIER: HEIKLE ZEIT FÜR DEUTSCHE POLITIK
WELT am SONNTAG: Strauß an Kiesinger: Ich beuge mich nicht unter den Atomvertrag
DIE WELT: Führt Atomkontrolle zur Industrie-Spionage?
Kölnische Rundschau, Stadt-Ausgabe AM SONNTAG: „Atomsperrvertrag bringt Industriespionage"
Bild Zeitung: So sollen die Kleinen fertiggemacht werden
Hamburger Abendblatt: Wird Deutschland unterentwickeltes Land?

die das gesamte Projekt des Atomwaffensperrvertrags im Herbst 1967 beinahe zum Scheitern brachte. Im folgenden soll es auch um die Frage gehen, welches Motiv hinter diesem Kurs der Bundesregierung gestanden haben mag.

Denn unbestreitbar ist, daß es sich um ein ganz spezifisches Anliegen der BRD gehandelt hatte: Nur auf ,,dringliche deutsche Vorstellung'' hatte sich der Konfrontationskurs gegen die IAEA innerhalb der Euratom verankern lassen: (91) Weder Italien noch die Niederlande oder Frankreich sahen einen Grund, IAEA-Kontrollen zur Einhaltung des Sperrvertrages bei seinen Unterzeichnern im EG-Bereich abzuleh-

derlande oder Frankreich sahen einen Grund, IAEA-Kontrollen zur Einhaltung des Sperrvertrages bei seinen Unterzeichnern im EG-Bereich abzuleh-

nen. Schweden sprach sich für IAEA-Kontrollen aus, und Japan gehörte bereits seit 1963 zu den von der IAEA kontrollierten Staaten. Der ausschließlich in der Bundesrepublik geschürten Furcht vor Industriespionage bei Zulassung von IAEA-Kontrollen fehlte jede Substanz. (92)

Die heftige Abneigung gegen IAEA-Inspektoren hatte in der Bundesrepublik allerdings Tradition. Intime Kenner der Szene, wie z.B. der Atomphysiker Heisenberg, waren nicht grundlos beunruhigt darüber, daß für die Entscheidungsträger im Kernforschungszentrum Karlsruhe ,,die Grenzen zwischen friedlicher Atomtechnik und atomarer Waffentechnik fließend waren (...)'': (93) Es muß hinter den Mauern der Kernforschungszentren also Vorgänge gegeben haben, die man besser im Dunkeln hielt. Aus diesem Grund waren in der Vergangenheit alle Versuche gescheitert, die Bundesrepublik ,,durch Pressionen aller Art zur Annahme von IAEA-Kontrollen zu bewegen. Diese Pressionen reichten von freundlichen Überredungsversuchen des IAEA-Generaldirektors über ebenso freundliche Überredungsversuche westlicher oder neutraler Regierungen bis hin zu den überdeutlichen Erklärungen Polens und der CSSR auf der IAEA-Generalkonferenz im September 1966, sie seien bereit, ihre nuklearen Einrichtungen der IAEA-Kontrolle zu unterstellen, falls die BRD das Gleiche tue.'' (94) Dem letztgenannten polnisch-tschechoslowakischen Vorschlag schlossen sich 1967 die DDR, Ungarn und Bulgarien an. Mit ihm wurde erstmals im Rahmen der Ost-West-Beziehungen eine westliche Kontrolle im Geltungsbereich des Warschauer Pakts angeboten ... wenn nur die BRD ebenfalls Kontrollen akzeptierte. Bonn wies jedoch auch diesen ,,Vorschlag von möglicherweise weitreichender Bedeutung'' zurück. (95)

Aber reicht die bis 1966 demonstrierte Abneigung gegen IAEA-Kontrolleure aus, um die geradezu kampagnenmäßig betriebene Einschränkung des IAEA-Einflusses im Zusammenhang mit dem Sperrvertrag zu erklären? Denn immerhin hatten *vor* dem Höhepunkt dieser Kampagne (Herbst 1967) die bundesdeutschen Unterhändler Häfele und Wirtz sich auf weitreichende Abschwächungen des IAEA-Kontrollsystems mit den USA bereits einigen können:

— Es sollten zukünftig nicht mehr die Atomanlagen, sondern das Spaltmaterial, also das Uran oder Plutonium, Gegenstand der Kontrolle sein. Aus den Kontrollen fielen damit alle Anlagen, von denen eine Regierung behauptet, die seien stillgelegt oder enthielten kein Spaltmaterial. Weiter konnten nunmehr sensitive Atomanlagen unter NPT-Unterzeichnerstaaten verkauft werden, ohne die IAEA zu informieren, da es sich ,,nur'' um Anlagen, nicht aber um Spaltmaterial handelte. Ein weiterer Haken bei dieser Neuregelung besteht darin, daß grundsätzlich mindestens 1% des Spaltmaterials als unkontrollierbar gilt, weil es vielleicht nicht abgezweigt wurde, sondern aufgrund von Meßunsicherheiten oder Rücklagerungen in den Anlagen verschwunden ist (für die geplante WAA Wackersdorf handelt es sich diesen 1% um immerhin 50 kg Plutonium jährlich!). (96)

— Es sollten künftig die Kontrollen weniger durch Inspektoren als ,,durch Verwendung von Instrumenten und anderen technischen Verfahren an bestimmten strategischen Punkten'' (so die Präambel des Sperrvertrags) durchgeführt werden.

Noch absurder erscheint das Drängen der Bundesregierung auf Euratom-Kontrollen vor dem Hintergrund des damaligen desolaten Zustands der Europäischen Atomgemeinschaft: Die Zeitschrift ,,atomwirtschaft'' warnte unter der Überschrift ,,Was kommt nach Euratom?'' bereits davor, ,,weiteres Geld in Euratom zu stecken'' und deutete an, man solle sich ,,dazu aufraffen einen Schlußstrich (unter Euratom — M.K.) zu ziehen.'' (98) Auch das von der Bundesregierung gegen die IAEA vorgebrachte Argument einer notwendigen Gleichbehandlung mit Frankreich, das als Nichtunterzeichner des NPT keine IAEA-Kontrollen zu akzeptieren brauchte, war fadenscheinig: Frankreich hatte sich als Atomwaffenstaat den Euratom-Kontrollen ohnehin nie vollständig unterworfen. Zusätzlich hatte es erklärt, aus der Tatsache des BRD-Beitritts zum Sperrvertrag keine kommerziellen Vorteile ableiten zu wollen.

Die einzige plausible Begründung für das bundesdeutsche Insistieren auf Euratom-Kontrollen besteht darin, sich hierdurch die Möglichkeit einer gemeinsamen französisch-deutschen bzw. westeuropäischen Atomwaffenkooperation für die Zukunft offenzuhalten.

gemeinsamen französisch-deutschen bzw. westeuropäischen Atomwaffenkooperation für die Zukunft offenzuhalten.

Wir haben weiter oben von den deutsch-französischen Plänen einer gemeinsamen Atomwaffenentwicklung der Jahre 1957/1958 gehört. Wir sind dem schon 1960 artikulierten Interesse an einem europäischen Pfeiler der NATO nachgegangen. Wir mußten ein übereinstimmendes Interesse der Parteien der ,,Großen Koalition'' an der ,,Europäischen Option'' konstatieren. Liegt es da nicht auf der Hand, die massiven Interventionen zugunsten Euratoms ,,als Chiffren für die erstrebte europäische Nuklearstreitmacht zu werten''? (99)

Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Euratomvertrags wies die FAZ bereits 1957 darauf hin, daß der Vertrag ,,den sechs Ländern wahrscheinlich in einigen Jahren, wenn das notwendig sein sollte, sagen wir, den Bau von Euratom-Bomben ermöglichen'' (100) würde. In der Tat gibt es im Euratomvertrag keine Klausel, die eine militärische Nutzung der Atomenergie untersagen würde. Die Kontrollen (sie spielen im Euratom-Vertrag eine ganz untergeordnete Rolle (101)) dienen allein der Feststellung, ,,daß die Kernbrennstoffe nicht anderen als den vorgesehenen Zwecken zugeführt werden'', wobei von den Kontrollen alle für Verteidigungszwecke bestimmte Stoffe ausgenommen sind. Es könnte also problemlos ,,ein Mitgliedsland (...) unkontrolliert eine eigene militärische Kernindustrie aufbauen, ohne von Euratom daran gehindert zu werden''. (102) Neben den vollständig oder teilweise militärisch genutzten Anlagen sind in Frankreich auch die Atomanlagen der Euratomkontrolle entzogen, die mit national erzeugten Brennstoffen betrieben werden (103) und die somit auch als Schlupfwinkel möglicher deutsch-französischer Sonderentwicklungen in Frage kommen könnten. Daß man vor diesem Hintergrund kein Interesse an Einblicken

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

oder gar Eingriffen der IAEA haben konnte, leuchtet ein.

Mit größter Härte agierten deshalb gerade die Vertreter der Bundesrepublik, als in den Jahren 1971 und 1972 um eine Übereinkunft zwischen Euratom und IAEA, das ,,Verifikationsabkommen'' gerungen wurde. 1977 erst trat dieses Abkommen nach weiteren mehrjährigen Auseinandersetzungen in Kraft, in deren Verlauf ,,Euratom den größten Teil seiner Anstrengungen darauf konzentrierte, die Rolle der IAEA auf ein Minimum zu reduzieren.'' (104) Als Ergebnis mehrjähriger hartnäckiger Interventionen konnte die Rolle der IAEA auf ein Maß reduziert werden, das wirksame Kontrollen unmöglich macht. Konkret heißt das:

— Die IAEA erhält nur Daten, die nicht von seiten der Euratom oder von seiten des zu kontrollierenden Staates für ,,schützenswert'' erklärt werden.

— Die IAEA führt nur in Ausnahmefällen eigene Inspektionen durch und begleitet ansonsten 20-35% der Euratom-Inspektionen, wobei ihr der Zutritt zu bestimmten Teilen von Atomanlagen ohne Angabe von Gründen untersagt werden kann.

— Euratom kann jederzeit und ohne Angabe von Gründen einen IAEA-Inspektor für alle Mitgliedstaaten ablehnen, selbst wenn nur ein Staat dies wünscht.

— IAEA-Inspektionen müssen grundsätzlich ein bis sieben Tage vorher angekündigt und in Begleitung von Regierungsvertretern durchgeführt werden. (105)

Fortsetzung im nächsten AK

Matthias Küntzel, Bonn, Juli 1987

Anmerkungen:

(59) ,,Wir können es uns nicht gestatten, unseren Alliierten zu erlauben, uns in einen Atomkrieg hineinzureißen (...)'', so der Tenor einer Hintergrundstudie für eine US-Senatsanhörung am 3.2.61, zit. nach Brandstetter 1987,a.a.O., S. 900

(60) Kelleher, a.a.O., S. 144

(61) Archiv der Gegenwart (AdG), 29.11.65, S. 12195

(62) vgl. G. Wettig in: ,,Außenpolitik'' 1/1968

(63) vgl. AdG vom 12.7.1965, S. 11953

(64) Nur wenig gelangte von der Drohung Schröders an die Öffentlichkeit. Sie war ursprünglich als Dreizeiler in einem längeren Interview der ,,Düsseldorfer Nachrichten'' versteckt und tauchte später in den Massenmedien nie im Wortlaut sondern zumeist nur als Chiffre auf. So beispielsweise in dem FAZ-Kommentar vom 24.7.65 mit den Worten: ,,Harriman (US-Diplomat — Anm. M.K.) hat hoffentlich genau hingehört. Die Lektüre des Schröder-Interviews bleibt zu empfehlen.''

(65) Spiegel v. 11.8.65

(66) vgl. AdG, 23.9.66, S.12723

(67) ,,Diejenigen im (US-)Außenministerium'' heißt es weiter in dem Memorandum, ,,die die Hoffnung auf eine Hardware-Lösung für Deutschland am Leben halten, werden diesen Vorschlag ablehnen. Und auch von der deutschen Regierung sind keine freudigen Luftsprünge zu erwarten. Aber der MLF-Club im Außenministerium und die deutsche Regierung sind nicht der Präsident der Vereinigten Staaten.'' Aus: Memorandum von Bill Moyers, im Besitz des Verfassers.

(68) Outgoing Telegram des Department of State an die Bonner US-Botschaft vom 26.10.66, im Besitz des Verfassers

(69) so der britische Außenminister Stewart am 28.11.69, zit. nach A. Kramish, Die Zukunft der Nichtatomaren, Opladen 1970, S.118

(70) A. Petri, Die Entstehung des NV-Vertrages, Diss. Tübingen 1970

(71) Eine umfassende wissenschaftliche Arbeit hierzu liegt derzeit noch nicht vor. Einige Informationen enthält die Dissertation von P.W. Murphy, The Response Of The Federal Republic Of Germany To The Challenge Of The Nuclear Non-Proliferation Treaty,

P.W. Murphy, The Response Of The Federal Republic Of Germany To The Challenge Of The Nuclear Non-Proliferation Treaty,

Columbia-University 1974 sowie eine Studie des Verfassers, Die politischen Kontroversen in der BRD um den Atomwaffensperrvertrag in den Jahren 1966-1974, Lüneburg 1984.

(72) Spiegel 10/67, dem auch die folgenden Zitate entnommen sind

(73) zit. nach B. Kohler, Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und das Problem der Sicherheitsgarantien, Frankfurt 1972, S. 125.

(74) so die FAZ mit Bezug auf den NPT am 24.8.65

(75) vgl.Bayernkurier-Schlagzeilen vom 22.6.68 (,,Sperrvertrag: Deutschland Nation dritter Klasse''), vom 3.8.68 (,,In Handschellen frohlocken: Naivität der Erzpazifisten'') oder vom 15.11.69 (,,Neuer Morgenthau-Plan: Großangriff auf die deutsche Wirtschaft''), zit. nach Murphy, a.a.O., S. 29

(76) vgl. ,,Handelsblatt'' vom 19.8.sowie 28.8.68

(77) U. Nerlich, Der NV-Vertrag in der Politik der BRD, Ebenhausen 1973, S. 56 f.

(78) Die indische Regierung bezeichnete ihre am 18.5.74 gezündete Atombombe (die Sprengkraft entsprach der Bombe von Hiroshima) als eine friedliche Kernsprengung, die dem Ziel diente, die Kraterbildung in Gesteinen zu erforschen ...

(79) Auch Japan hat sich eine Interpretation des NPT vorbehalten, derzufolge ,,nichts im Vertrag die Freiheit der Forschung bezüglich der Anwendung von nuklearen Sprengsätzen in irgendeiner Weise'' beschränkt. (Europa-Archiv, 14/1968, S. 514). Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Stellungnahme der japanischen Militärzeitschrift Asahi, die im Juli 1967 forderte, ,,ein umfangreiches Programm zur friedlichen Nutzung der Kernenergie (aufzunehmen), das zunehmend die Möglichkeit bietet, notfalls auf die Produktion von Atomwaffen umzuschalten (...). Diese latente Möglichkeit wird die außenpolitische Verhandlungsposition eines Staates stärken, was Japan keineswegs unerwünscht sein kann'', zit. nach A. Kramish, Die Zukunft der Nichtatomaren, Opladen 1970

(80) Für den Fall, daß der NPT scheitern sollte — so die New York Herald Tribune am 5.5.67 — erwartete die Bundesregierung als die für das Scheitern verantwortliche Kraft in die Schußlinie der Sowjetunion zu geraten. Die engen Konsultationen mit anderen Nichtatomwaffenstaaten waren diesbezüglich eine Vorsichtsmaßnahme um den Eindruck zu vermeiden, es ginge um deutsche Sonderinteressen.

(81) CSU-Korrespondenz vom 20.8.73, vgl. U. Nerlich, a.a.O., S. 60. Seidl blieb sich treu. In einem im März 1984 in der Zeitschrift ,,Europäische Wehrkunde'' veröffentlichten Leserbrief wiederholte er die Forderung nach der deutschen Bombe.

(82) vgl. Neue Züricher Zeitung v. 15.2.74, Süddeutsche Zeitung v. 19.2.74

(83) Welt v. 6.3.74

(84) vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 81. Sitzung, S. 5266. Gleichzeitig wies Bangemann darauf hin, ,,daß jede unnötige Erörterung solcher Interpretationsschwierigkeiten unseren eigenen Standpunkt schmälern könnte und wir deswegen mit solchen Äußerungen sehr vorsichtig sein sollten.'' Beifall bei allen Regierungsparteien folgte lt. Protokoll diesen Ausführungen.

(88) Murphy berichtet von insgesamt fünf Entwürfen des Artikel IV, die insbesondere auf Betreiben von Gerhard Stoltenberg und Willy Brandt 1967 und 1968 fortlaufend verschärft wurden, vgl. Murphy, a.a.O., S. 314. Während nach dem Wortlaut des Artikel IV speziell die NPT-Unterzeichnerstaaten von der Atomenergieförderung profitieren sollten, konzentrierte sich die BRD nach NPT-Unterzeichnung allerdings auf die Zusammenarbeit und bevorzugte Behandlung von Nicht-Unterzeichnerstaaten wie Brasilien, Argentinien, Südafrika, Pakistan und Indien.

(89) siehe die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der GRÜNEN: ,,Atomwaffensperrvertrag und nukleare Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland'', Drucksache 10/4502, S. 10.

(90) Da die Kontrollen zur Einhaltung des Sperrvertrages wiederum ausschließlich zur Verhinderung einer unzulässigen Abzweigung aus der friedlichen Atomenergienutzung dienen dürfen, ,,mußte'' der Bereich der zugelassenen militärischen Atomenergieverwendung als kontrollfreier Raum definiert werden. Tatsächlich findet sich solch eine Regelung in Artikel 14 des ,,Verifikationsabkommens'' von Euratom und IAEA mit der Überschrift: ,,Nichtanwendung der Sicherungsmaßnahmen auf Kernmaterial, das bei nichtfriedlichen Tätigkeiten verwendet werden soll''. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI spricht diesbezüglich von ,,dem berühmten Schlupfloch-Paragraphen, da bei Wegfall der Kontrollen eine Abzweigung von der erlaubten militärischen Anwendung zur Herstellung von Atomsprengkörpern stattfinden kann'' (SIPRI,The Near-Nuclear Countries and the NPT, Stockholm 1972, S.65)

(91) so Kurt Becker in der ,,Zeit'' vom 9.5.69. In einer Lobeshymne auf Willy Brandt hatte zuvor die FAZ geschrieben, daß ,,zum ersten Mal (...) einem Bundesaußenminister das

In einer Lobeshymne auf Willy Brandt hatte zuvor die FAZ geschrieben, daß ,,zum ersten Mal (...) einem Bundesaußenminister das

Kunststück gelingen (könnte), die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zu den europäischen Gemeinschaften wirksam als außenpolitisches Instrument zur Durchsetzung deutscher Interessen zu gebrauchen.'' (FAZ,12.4.67)

(92) Die Unsinnigkeit dieses Vorwurfs beweist darüberhinaus ein Blick in die IAEA-Bestimmungen von 1966, in denen das Recht jedes Mitgliedstaatesfestgelegt war, gegen die Zusammensetzung eines Inspektorenteams ein Veto einzulegen. Zusätzlich schrieben die IAEA-Bestimmungen eine Kontrolltätigkeit vor, die die wirtschaftliche und technologische Entwicklung des betreffenden Staats nicht behindert. Ausführlicher in: Küntzel 1984, a.a.O., S. 64ff

(93) vgl. W. Heisenberg, Der Teil und das Ganze, zit. nach Kollert u.a., Kalkar-Report, Frankfurt 1983, S. 126

(94) so der langjährige BRD-Vertreter in der IAEA, Werner Ungerer, in: Kernenergie und internationale Politik, München 1975, S. 167 ff.

(95) New York Times v. 25.10.66

(96) hierzu ausführlicher in: M. Küntzel, Schlupflöcher statt Safeguards, in ,,Atombomben made in Germany?'', a.a.O., S. 114 ff

(97) die im Sperrvertrag nun festgeschriebenen Orientierungspunkte für die Durchführung der Kontrollen machte es notwendig, das bisher gültige Kontrollsystem der IAEA umfassend zu revidieren. Die hierzu notwendigen Verhandlungen fanden 1970/71 im Sicherheitskontrollausschuß der IAEA statt. Gegen die USA und die UdSSR, die möglichst an den alten Verfahren festhalten wollten, konnten sich hier insbesondere die BRD und Japan mit ihren Vorstellungen durchsetzen, wobei die Möglichkeit einer Nicht-Ratifizierung des NPT wiederholt als Druckmittel ins Spiel gebracht wurde. David Fischer, Ex-IAEA-Direktor und Teilnehmer der Verhandlungen, berichtet, daß die BRD in diesem Komitee ,,grundsätzlich alles (unterstützte), was der Verwässerung der Safeguards diente'', a.a.O,, S.87

(98) atw 12/68, S. 581

(99) J.Radkau, a.a.O., S. 327

(100) FAZ v. 9.4.57, zit. nach Spilker, a.a.O., S.11

(101) Nur neun von 224 Artikeln des Vertrages sind den Kontrollen gewidmet. Allein der Abschnitt ,,Verbreitung von Kenntnissen'' ist doppelt so umfangreich.

(102) FAZ v. 15.2.67

(103) vgl. SIPRI 1972, a.a.O., S. 52. SIPRI schätzte schon 1972 den Anteil der zivilen, den Euratomkontrollen entzogenen Atomindustrie auf 10-20% der zivilen Kapazitäten. Entgegen der geäußerten Behauptung umfassender Kontrollen durch Euratom gäbe es somit auch für deutsch-französische Gemeinschaftsunternehmungen zahlreiche uneinsehbare Ecken.

(104) D. Fischer, a.a.O., S. 73

(105) vgl. Küntzel, 1986, a.a.O., S. 119 f

Das SIPRI-Jahrbuch

Die deutsche Ausgabe des ,,SIPRI Yearbook 1987'' wurde im Oktober in der Reihe rororo-aktuell vorgelegt. Es ist die siebte Rowohlt-Taschenbuch-Ausgabe dieses international renommierten Nachschlagewerks, die — wie gewöhnlich — eine Auswahl von Beiträgen aus der englischsprachigen (bei Oxford University Press erschienenen) Originalausgabe enthält. Als Ziel der Publikation wird angegeben: ,,der Öffentlichkeit einen möglichst objektiven Überblick über die politisch-militärischen Angelegenheiten des Vorjahres zu bieten'' (S. 7).

Das 254 Seiten umfassende Buch beinhaltet Fakten, Analysen und Meinungen zu neuen technologischen Entwicklungen im konventionellen Bereich und in der Weltraumrüstung, zum Stand der Rüstungskontrollverhandlungen Ende 1986, zum weltweiten Waffenhandel und zum Golfkrieg sowie eine Auflistung von 36 bewaffneten Konflikten — von Nordirland (als einzigem Konflikt in Europa, der vom Autor als Krieg angesehen wird) bis Südafrika, von Nicaragua bis Afghanistan — mit den Namen der jeweils streitenden Parteien, Schätzungen zur Anzahl der Kampfteilnehmer, Zahlen der bisherigen Todesopfer und kurzen Kommentaren zur Erläuterung der Situation.

Tabellen zu den (weltweiten) Rüstungsausgaben sucht mensch diesmal vergeblich im SIPRI-Jahrbuch, und auch Zahlen zu den Militärpotentialen der einzelnen Staaten gibt es kaum noch.

Was auch immer der Hintergrund dieser anscheinend veränderten Prioritätensetzung sein mag (von manchen Experten wird sie als Verschiebung von einer quantitativen zu einer qualitativen Herangehensweise ausdrücklich begrüßt), in der Konsequenz bedeutet sie auch, daß der Sektor der militärischen Kräftevergleiche wieder zunehmend Geheimdiensten, regierungseigenen Organen und NATO-freundlichen Institutionen wie vor allem dem International Institute for Strategic Studies (IISS) überlassen wird und daß SIPRI als die wichtigste alternative Quelle auf diesem Gebiet wohl ausgedient hat.

Mit einer gewissen Spannung erwartet werden durfte das neue Jahrbuch vor allem wegen seiner Einleitung durch Walther Stützle, die im Juni, nach dem Erscheinen der englischen Originalausgabe, in der internationalen Presse zum Teil für Schlagzeilen sorgte (siehe dazu auch den entsprechenden Artikel in diesem AK). In dieser Einleitung (,,1986 — Ein Jahr des Friedens?'') geht der ehemalige Mitarbeiter des Bonner Verteidigungsministeriums und neue SIPRI-Direktor auf Distanz — selbstverständlich in den zum neuen Amt gehörenden diplomatischen Formulierungen — zum traditionellen SIPRI-Plädoyer für eine atomwaffenfreie Welt.

Eine atomwaffenfreie Welt sei, selbst wenn die USA und die Sowjetunion sich in dieser Frage einigen könnten, kaum realisierbar. Erstens müßten sich dann auch die anderen Atomwaffenstaaten und die sogenannten Schwellenländer einer solchen Übereinkunft anschließen, was Stützle, der ja zumindest das Schwellenland BRD gut kennen muß, für äußerst unwahrscheinlich hält. Zweitens könne das know how der Bombenproduktion nicht mehr aus der Welt geschafft werden. Drittens sei eine lückenlose Kontrolle eines entsprechenden Vertrags kaum möglich. Und viertens herrsche weit und breit nun mal die — ebensowenig widerlegbare wie beweisbare — Auffassung vor, die Atomwaffen würden kriegsabschreckend wirken und ,,den Einsatz militärischer Mittel für offensive politische Zwecke in den Beziehungen der Atommächte untereinander'' verhindern. (S. 25) Angesichts dieser Umstände stelle sich die Frage, ,,ob eine Welt mit einer bekannten, vertraglich begrenzten Zahl von Atomwaffen nicht sicherer sei als eine, in der die Gefahr heimlicher Vertragsverstöße eine permanente Quelle des Mißtrauens wäre?'' (S. 25)

In der Pose des besorgten Europäers kritisiert Stützle die Politik der Reagan-Administration (vor allem wegen SDI) und ,,das auf langfristiger, recht starrer Planung beruhende politische System der Sowjetunion'', das ,,nur schwer oder überhaupt nicht in der Lage'' sei, ,,einmal getroffene Entscheidungen nachträglich zu revidieren''. (S. 21)

Stützle beklagt, daß im Denken des amerikanischen Präsidenten die NATO einen sehr geringen Stellenwert einnehme. Dies zeige sich nicht nur am Versuch Washingtons, das Erdgas-Röhrengeschäft zwischen Bonn und Moskau zu vereiteln, oder an dem US-Bombenangriff gegen Libyen, sondern auch an Reagans ,,Vorstoß'' beim Gipfeltreffen in Reykjavik: ,,Obwohl Reagans Angebot an Gorbatschow — Abschaffung aller Atomwaffen — die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion buchstäblich auf den Kopf stellte, hielt es der Präsident nicht für notwendig, die Standpunkte der Alliierten zu berücksichtigen.'' (S. 29)

Ein paar Seiten weiter widmet der neue SIPRI-Chef der Nord-Süd-Problematik. Die Schuldenkrise sei eine Zeitbombe für die Weltwirtschaft. Die Gläubigerstaaten erwiesen sich bisher als ,,unfähig'', diese zu entschärfen. Aber natürlich könne das Problem auch nicht gelöst werden, ,,wenn die Staaten der Dritten Welt keinen eigenen Beitrag leisten, beispielsweise durch einschneidende Kürzungen ihrer Militärausgaben''. (S. 15)

Sehr behutsam hingegen kritisiert Stützle die Unterstützung des südafrikanischen Regimes (,,dessen Grundlage eine rassistische Philosophie ist, das Kinder inhaftieren und sogar foltern läßt'') durch ,,manche Industriestaaten''. An diesem Beispiel zeige sich ,,der geringe Stellenwert, den Moral in der internationalen Politik hat''. (S. 13) (Er muß es ja wissen.)

Der ,,Abnutzungskrieg am Golf'' zwischen Iran und Irak bringt Stützle zu der Frage: ,,Wie klug ist eigentlich eine Sicherheitspolitik, die ganz auf die Abschreckungskraft atomarer und konventioneller Waffen im Ost-West-Verhältnis setzt, ohne zu begreifen, daß im eigenen Hinterhof, angefacht durch religiösen Fanatismus, die Flammen bereits lodern?'' Es scheint den neuen Direktor traurig zu stimmen, daß ,,keine fremde Macht in der Lage ist, auf eine der beiden Kriegsparteien beruhigenden Einfluß auszuüben''. (S. 12) Es ist sogar noch schlimmer: ,,Manche Länder haben den Krieg durch Rüstungsverkäufe sogar aktiv in Gang gehalten.'' (S. 21) Welche Länder, mit welchen Interessen, darüber schweigt der weitsichtige Mann wohlweislich.

Hu., Nijmegen

SIPRI-Jahrbuch 7. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, 1987, 254 Seiten, DM 16,80. ISBN: 3 499 12232 4.

Kurswechsel der SIPRI?

Im Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) gab es im Oktober 1986 einen auffallenden Amtswechsel. Walther Stützle, von 1976 bis 1983 als Leiter des Planungsstabs im Bonner Verteidigungsministerium tätig, trat die Nachfolge des scheidenden SIPRI-Direktors Frank Blackaby an. Dieser Personenwechsel deutet allem Anschein nach auf einen tiefergreifenden Kurswechsel hin, der dem — hoch angesehenen und bisher als relativ unabhängig und integer geltenden — Forschungsinstitut ein ,,weniger linkes Image'' verschaffen soll.

SIPRI wurde 1966 gegründet, ,,um an Schwedens 150-jährige Vergangenheit des unterbrochenen Friedens zu erinnern''. Das Institut wird vornehmlich vom schwedischen Parlament finanziert und besteht aus einem internationalen Mitarbeiterstab, Vorstand (Exekutivrat) und wissenschaftlichem Beirat. Unter anderem in friedensbewegten Kreisen galt SIPRI bisher als zuverlässige Quelle für Fakten, zum Beispiel auf dem Gebiet der militärischen Kräfteverhältnisse. Dies vor allem auch im Vergleich zum großen ,,Konkurrenten'', dem in London residierenden, allzu NATO-freundlichen, International Institute for Strategic Studies (IISS).

Mitte Juni sorgte das Erscheinen des ,,SIPRI Yearbook 1987'' in der niederländischen Presse für Schlagzeilen, in denen von einem ,,neuen Kurs'' die Rede war. Anlaß: Im neuen Jahrbuch geht der neue Direktor auf Distanz zum traditionellen Plädoyer für eine atomwaffenfreie Welt. Die sozialdemokratisch orientierte Tageszeitung ,,De Volkskrant'' wies zudem darauf hin, daß der neue Direktor eine Reihe nicht gerade abrüstungsbegeisterter Autoren für das Jahrbuch herangezogen hat (wie zum Beispiel den konservativen amerikanischen Physiker Alan Krass oder den bundesdeutschen Sicherheitsexperten und ehemaligen IISS-Direktor Christoph Bertram) und behauptete, der Kurswechsel sei auch der Grund dafür, daß ein Großteil des alten Forschungsstabs mittlerweile seinen Hut genommen hat.

Die links-liberale Wochenzeitung ,,Vrij Nederland'' ging der Sache genauer auf den Grund. Stützles Nominierung sei im Forschungsstab tatsächlich nicht mit Freude aufgenommen worden. Namhafte Spezialisten wie Sverre Lodgaard, Arthur Westing, Thomas Ohlson und Michael Brzoska hätten dem Institut seitdem den Rücken zugekehrt, allerdings aus unterschiedlichen (teils persönlichen) Gründen.

Der Forschungsstab hätte, nachdem unter anderem Ulrich Albrecht seine Kandidatur abgelehnt hatte, Sverre Lodgaard zur Nachfolge von Blackaby vorgeschlagen. Aber der Norweger sei sowohl der schwedischen Regierung als auch dem SIPRI-Vorstand ,,viel zu links'' gewesen. Lodgaard ist ein ausgesprochener Befürworter atomwaffenfreier Zonen (zum Beispiel in Skandinavien), und diese Idee sei seit der Affäre um das sowjetische U-Boot (Oktober/November 1981) in Schweden ,,in der untersten Schublade gelandet''.

Auch der Amerikaner William Arkin (zusammen mit Richard Fieldhouse Autor des 1985 erschienenen Atomwaffen-Reports ,,Nuclear Battlefields'') habe starke Fürsprecher unter den Mitarbeitern gehabt. Er sei jedoch ,,aufgrund seiner wenig akademischen Einstellung und seiner scharfen New Yorker Zunge'' auf Widerstand gestoßen. Außerdem habe ein Teil seiner Enthüllungen von Atomwaffen-Geheimnissen bestimmten Leuten im SIPRI-Vorstand sehr mißfallen.

Walther Stützle — der übrigens laut ,,Vrij Nederland'' selbst behauptet, federführend mitgewirkt zu haben an der berüchtigten Rede Helmut Schmidts vor dem IISS in London im Oktober 1977, die allgemein als Startschuß für den NATO-,,Doppelbeschluß'' gesehen wird — sei dann von SIPRI-Vorstandsmitglied Egon Bahr als Kandidat vorgeschlagen worden.

Bereits vor seiner Nominierung habe Stützle im Institut — zum Unmut der Mitarbeiter — seine eigenen Vorstellungen zu den SIPRI-Prioritäten zum besten gegeben. SDI sei das wichtigste Thema, und danach komme die konventionelle Rüstung. Atomare Rüstungsbegrenzung käme weit dahinter, und der wirtschaftliche Sektor, also Rüstungsproduktion und -handel (traditionell starke SIPRI-Themen), stünden noch ein ganzes Stück tiefer auf Stützles Prioritätenliste.

Des neuen Direktors Einleitung zum ,,SIPRI Yearbook 1987'' erinnert ,,Vrij Nederland'' an die, gerade in den letzten Monaten wieder strapazierten, ,,sicherheitspolitischen Nöte'' und Abkoppelungsängste bundesdeutscher Politiker. Außerdem sei es doch ,,eigenartig'', daß Herr Stützle einerseits die Auffassung vertrete, Ronald Reagan könne seine SDI-Pläne nicht aufgeben, bevor der Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan und die jüdischen Ausreisegenehmigungen geregelt seien, während er andererseits ,,wenig Hoffnung'' zeige im Hinblick auf Veränderungen im sowjetischen System.

Dem Schluß des ,,Vrij Nederland''-Artikels haben auch wir vorerst nichts hinzuzufügen: Es hat den Anschein, ,,daß SIPRI seine traditionellen Sicherheitsauffassungen nicht länger austrägt. Die künftigen Jahrbücher werden zeigen, wie neutral die schwedische Friedensforschung bleibt oder — praktisch gesehen — wie wenig SIPRI sich verändert als Denkinstitution der westeuropäischen Sozialdemokratie.''

Hu., Nijmegen

(Quellen: SIPRI, Arms Produktion in the Third World, London and Philadelphia, 1986; De Volkskrant, 18.6.1987; Vrij Nederland, 11.7.1987.)

Drei Grüne machen guten Eindruck

Drei Realos in Israel — die Bundestagsabgeordneten Otto Schily, Waltraud Schoppe und Dietrich Wetzel präsentierten sich Mitte Oktober erfolgreich als die besseren Deutschen. Besser als Kanzler Kohl mit seiner „Gnade der späten Geburt“; besser aber auch als die Antizionisten in der eigenen Partei, die sich bereitwillig vor den Kameras von Arafat umarmen lassen.

Wenn es der Sache dient, ist Otto Schily zu größter Bescheidenheit fällig. „*Wir sind nicht als Wunderdoktoren für die Heilung des Nahost-Problems und auch nicht als Dozenten gekommen, sondern als Studenten*“, verkündete der selbsternannte grüne Nahost-Experte und Schatten-Außenminister seinen israelischen Gastgebern. Das ging gegen die Gruppe linker Grüner um Jürgen Reents und Gaby Gottwald, die im Dezember 1984 mehrere Länder des Nahen Ostens bereist hatte. In einem Vorbereitungspapier des seinerzeitigen Reisekoordinators Uli Tilgner, das später als „persönliche Meinung“ und „nicht offiziell“ heruntergespielt wurde, waren wesentliche Ergebnisse der Reise schon zu Hause in Bonn formuliert worden: mit dem syrischen Außenminister sei „Übereinstimmung in den meisten Fragen“ zu erwarten; Treffen mit offiziellen israelischen Vertretern seien dagegen „sinnlos“. Als dieses interne Papier peinlicherweise an die Öffentlichkeit gelangte, setzte in der bundesdeutschen und mehr noch in der israelischen Presse eine scharfe Kampagne ein. In einigen israelischen Blättern wurden die Grünen als „neue Nazis“ diffamiert.

Flaue Grundsatzdebatte

In der „Schwerpunktdebatte Nahost“ der Bundestagsfraktion am 6.10.87 wurde die bevorstehende Israel-Reise nur am Rande erwähnt. Das von Schily und Wetzel vorgelegte Papier „Elemente einer Nahost-Politik der Fraktion“ kann in seiner Allgemeinheit kaum als Bestandteil der Besuchsvorbereitung gewertet werden. Unumstritten waren die von Wetzel genannten Voraussetzungen für eine „Konfliktlösung im Nahen Osten“: „*Ein friedliches Zusammenleben von Juden und Palästinensern im Nahen Osten wird langfristig nur möglich werden,*

— wenn ein jüdischer und ein palästinensischer Staat nebeneinander bestehen;
— wenn sich eine wirtschaftliche Kooperation über die Staatsgrenzen beider Staaten hinaus entwickeln kann
— und eine kulturelle Autonomie aller ethnischen Gruppen innerhalb der jeweiligen Staaten garantiert ist“.
(Protokoll der Fraktionssitzung).

Im Konkreten scheiden sich die Geister. Fraktionsassistent Udo Knapp „*teilt die Position der Israelis, die sich weigern, sich mit der PLO an einen Tisch zu setzen, räumt aber ein, daß historisch kein Weg daran vorbeiführe*“. Bizarr auch der Beitrag von Jutta Oesterle-Schwerin: „*Unter Bezug auf die Rede von Thomas Ebermann, in der er sich auf die Zweistaatlichkeit der Deutschen bezog und Kohl das Recht absprach, in seinem Namen die Wiedervereinigung zu fordern, knüpft sie die Verbindung zu den Palästinenser/inne/n, die sich ihrer Meinung nach ebenfalls durch die Position ihrer politischen Führer, die rigoros den Kampf um einen eigenen palästinensischen Staat fortsetzen, nicht vertreten fühlen. Sie vergleicht die Situation der palästinensischen Flüchtlinge und der Ostflüchtlinge (Schlesier, Sudetendeutsche), denen es in der BRD bestens gehe. Ähnlich verhalte es sich mit den Bedürfnissen der Palästina-Flüchtlinge nach Ruhe und Frieden, egal ob in einem eigenen Staat oder nicht. (...) Ohne die Forderung/Vertröstung nach einem eigenen Staat wäre ein menschenwürdiges Leben schneller zu realisieren gewesen.*“ Andererseits kritisiert Frau Oesterle-Schwerin als einzige, daß die Schily-Reisegruppe auf Einladung von Staatspräsident Herzog und damit als offizielle Delegation reisen wolle. „*Ein Treffen mit der Opposition und außerparlamentarischen Gruppen hält sie für sinnvoller.*“ Genau für diese Einseitigkeit war die 84er-Reisegruppe schwer gescholten worden.

Das Wetzel/Schily-Papier wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen — als „Grundlage für eine Positionsbestimmung“ bzw. „Leitantrag für weitere Befassung“. Mit diesem Beschluß verpflichtet sich die grüne Bundestagsfraktion, „*in beiden Lagern* (Israelis und Palästinenser; Anm. AK) *jene Kräfte zu unterstützen, die eine gegenseitige Anerkennung anstreben*“ — „*im Rahmen zweier Staatlichkeiten*“. Befürwortet wird eine internationale Nahost-Konferenz unter Beteiligung der PLO, die „*unter Führung von Jassir Arafat ihre Verhandlungsbereitschaft erklärt und allem Anschein nach in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Palästinenser*“ handele.

Einstimmig abgelehnt wurde ein zunächst von Wetzel und Schily geforderter internationaler Kongreß auf neutralem Boden, gedacht als Beitrag zum Abbau von „Mißtrauen zwischen Israelis und Palästinensern“. Gänzlich vom Tisch ist dieser größenwahnsinnige Einstieg in die Weltpolitik damit allerdings noch nicht. Eine Fünfer-Kommission soll sich weiter damit befassen.

Die Reise ...

... von Schily, Schoppe und Wetzel geht auf eine persönliche Einladung von Israels Staatspräsident Chaim Herzog zurück, die er während seines Staatsbesuchs in der BRD aussprach. Als offizielle Gäste der israelischen Regierung führten die drei Gespräche mit Herzog selbst, mit Beamten des Außen- und Finanzministeriums und mit dem Herausgeber der Tageszeitung „Haaretz“ („taz“, 24.10.). In der besetzten Westbank besuchten sie die israelische Siedlung Kiryat Arba und sprachen mit Eliakim Haetzni, dem Wortführer der rechtsradikalen Gush Emunim. Schilys Kommentar zu dieser Begegnung: Auch Haetzni teile, wie auf der Linken die Progressive Friedensliste (PPL) den „positiven Grundkonsens“, bestehend in dem „Wunsch nach friedlichem Zusammenleben von Juden und Arabern“. Gush Emunim fordert allerdings nicht weniger als die endgültige Annektion der besetzten Gebiete.

Ihre Eindrücke faßten die drei Grünen auf einer abschließenden Pressekonferenz in Tel Aviv zusammen. Vor allem auf diese Pressekonferenz und ihre Wiedergabe in der „taz“ gehen die folgenden innergrünen Turbulenzen zurück.

Inzwischen liegt der Wortlaut der dort gehaltenen Beiträge vor. Den Anfang machte Waltraud Schoppe mit freundlichen Worten über die Gastfreundschaft und die „große Offenheit“ der israelischen Regierung. Gelernt hat sie auch etwas: „*Ich möchte aber sagen, (...) daß ich die Bedrohung, die das israelische Volk empfindet, in der Größe und Höhe nicht so eingeschätzt hatte.*“ Welche der von ihren Gesprächspartnern gefürchteten Bedrohungen sie real gegeben sieht, sagte Frau Schoppe nicht: Durch Syrien? Durch die PLO? Oder durch Steine werfende palästinensische Jugendliche? Letztere sind ihr besonders unheimlich. Wie Otto Schily warnt sie vor dem Anwachsen des islamischen Fundamentalismus in der palästinensischen Jugend. Den ungeduldigen jungen Leuten, die allem Anschein nach von der Wirksamkeit strikter Gewaltfreiheit nicht überzeugt sind, gab sie eine universell gültige Lehre aus ihrer „Arbeit als Realpolitikerin“ mit auf den Weg: „... *daß Politik nur durch kleine Schritte stattfinden kann*“.

Den Hauptteil der Pressekonferenz bestritt Otto Schily. (Zu seinen dort vorgetragenen „Sieben Jas“ vgl. den nachstehenden ausführlichen Artikel von Jürgen Reents). Daß die von ihm proklamierte Selbstbeschränkung auf die Rolle des gelehrigen Studenten nur gegenüber der israelischen Regierung Gültigkeit hatte, wird besonders in seinem „vierten Ja“ deutlich. Den auf „kultureller Autonomie“ bestehenden Palästinensern versucht er den unschätzbaren Wert „kultureller Begeg-

Fortsetzung auf Seite 23

GO EAST!

Anmerkungen zu einem deutschen Besuch in Israel

Von Jürgen Reents

Auf unserer Nahost-Reise im Dezember 1984 haben wir in der Westbank auch Deheische besucht, ein palästinensisches Flüchtlingslager südlich von Bethlehem. Dort leben etwa 12.000 Menschen. Das Lager ist vom israelischen Militär rundum — bis auf einen Eingang — eingezäunt und zugemauert worden. Man will so Angriffe gegen israelische Siedler aus dem Lager heraus verhindern. Deswegen patrouilliert auch israelisches Militär ständig vor, und von Zeit zu Zeit auch im Lager. In der Dunkelheit wird das Lager manchmal von Scheinwerfern der israelischen Militärposten hell angestrahlt. Dies war auch der Fall, als wir in Deheische waren.

Während unseres Besuchs in Deheische demonstrierte gerade eine Anzahl von Gusch-Emunim-Leuten des rechtsradikalen Rabbis Mosche Levinger vor dem Lager und forderte dessen Auflösung. Ein knappes halbes Jahr zuvor, am 3. Juli 1984, hatte ein israelischer Soldat bei einer Bus-Kontrolle auf die aus Deheische kommenden Insassen gefeuert, und dabei fünf Jugendliche z.T. schwer verletzt. Zum Zeitpunkt unseres Besuches hatten die Lagerbewohner immer noch keine Antwort der zuständigen Militärbehörden auf ihre Aufforderung, diesen Vorfall gerichtlich zu untersuchen.

Deheische taucht immer wieder in den Nachrichten aus der Westbank auf, auch diese Tage: Ende Oktober wurde eine palästinensische Hochzeitsgesellschaft von einem israelischen Armeestützpunkt aus beschossen (häufiger Grund für ein solches Vorkommnis ist die schlichte Tatsache, daß bei einer solchen Feier auch palästinensische Freiheitslieder gesungen werden). Dagegen wurde von Lagerbewohnern protestiert und demonstriert. Das wiederum veranlaßte die Armee zu einer nächtlichen Razzia in Deheische, bei der alle männlichen Personen über 17 Jahre auf einem Hügel zusammen getrieben und dort neun Stunden lang festgehalten wurden. Nach palästinensischen Angaben sind mindestens 30, nach israelischen Angaben 18 Personen festgenommen worden. (Süddeutsche Zeitung v. 27.10.87, und Palästina-Bulletin 44/87)

Die Leute, mit denen wir im Dezember 1984 in Deheische sprachen, erzählten uns, daß sie bislang allen Versuchen widerstanden hätten, sie aus diesem Lager zu vertreiben. Gusch Emunim und zumindest Teile der israelischen Regierung wollen die Palästinenser von dort weg haben, weil dieses Lager zwischen dem Siedlungsgürtel am südlichen Stadtrand Jerusalems und dem daran anschließenden Gusch-Etzion-Siedlungsblock liegt. Das stört den Verkehr und die Erweiterungspläne der Siedlungsblöcke. Wenn sie ihr Lager aufgeben, dann wird auch dieser Boden bald enteignet sein.

Deheische machte einen tristen Eindruck. Ein Haus aber, an dem wir vorbeikamen, war bunt mit Girlanden geschmückt. „Dort feiert heute abend die gesamte Nachbarschaft“, sagte uns jemand. „Einer der Söhne ist wieder aus dem israelischen Gefängnis heimgekehrt.“ Es gebe kaum eine Familie in diesem Lager, erzählte man uns weiter, aus der nicht mindestens ein Angehöriger mindestens einmal schon in einem israelischen Militärgefängnis gesessen habe.

* * *

Nach Deheische kommt man, wenn man von Jerusalem aus in Richtung Hebron fährt. Ich weiß nicht, ob die jetzige Reisegruppe aus der grünen Bundestagsfraktion dieses Lager im Vorbeifahren erblicken konnte, oder ob der Wagen des israelischen Außenministeriums, der sie in die Westbank chauffiert hat, angewiesen wurde, die Umgehungsstraße zu nehmen, um einer eventuellen Frage, was denn das da sei, von vornherein auszuweichen. Darauf hat man ja auch schwerlich Einfluß, wenn man militärisch besetzte Gebiete als Gast und mit Hilfsmitteln der Besatzungsmacht besucht.

Ziel ihrer Fahrt war Kirjat Arba, wo die Reisegruppe sich zu einem Gespräch mit Herrn Haezni von Gusch Emunim traf.

Kirjat Arba ist eine israelische Siedlung am östlichen Stadtrand von Hebron. Ich kenne diese Siedlung nicht. Wir haben sie damals nur aus der Ferne gesehen, als wir uns in Hebron mit Mostafa Abdennabi Natscheh getroffen haben, ehemaliger palästinensischer Bürgermeister von Hebron, der im Juli 1983 von der israelischen Militärbehörde amtsenthoben worden war. Damit war es ihm noch etwas besser ergangen als seinem Vorgänger Fahd Kawasmeh, der im Mai 1980 nicht nur amtsenthoben, sondern durch Verfügung des Militärs auch gleich nach Jordanien deportiert wurde, zusammen mit Muhamed Milhem, bis dahin Bürgermeister von Halhul, einer Nachbargemeinde von Hebron.

Mit Natscheh fuhren wir damals auch auf einen der Hügel am Stadtrand von Hebron, auf dem nur ein einziges Gebäude stand: eine Schule. Auf unsere Frage, warum denn ausgerechnet hier eine Schule gebaut worden sei, was doch sehr umständlich für die Schulkinder sei, erklärte er uns: „Das da drüben ist Kirjat Arba, eine israelische Siedlung. Das Militär und die Siedler versuchen, rund um Hebron einen Siedlungsgürtel zu legen und den Boden dafür zu enteignen. Wenn hier aber eine Schule steht, dann ist das nicht so einfach für sie.“

Kirjat Arba ist in den Berichten, die sich mit der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten befassen, häufig erwähnt. Kirjat Arba war einer der ersten Versuche, israelische Siedlungen direkt in die Zentren der palästinensischen Bevölkerung auf der Westbank hineinzutreiben. In einem Bericht des UN-Sonderausschusses über die israelischen Praktiken in den besetzten Gebieten, herausgegeben am 12.9.1979 in Genf, kann man lesen: „*Unter dem Vorwand israelischer Sicherheit haben die israelischen Behörden arabisches Land abgesperrt. Das Gesetz erlaubt, daß zeitlich begrenzte Militärlager auf diese Weise geschaffen werden können; das Land muß aber an seinen rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden, wenn die Lager aufgehoben werden. Doch das Gesetz wird mißbraucht. Wenn die Armee erscheint, folgen ihr Siedler und besiedeln das Land durch die Errichtung von Häusern und anderen Einrichtungen. Trotz der Bestrebungen, diesen Mißbrauch abzustellen, gehen solche Aktionen weiter. Die Israelis erklären das Land zu israelischem Besitz (...) Im April 1970 unternahmen israelische Behörden Maßnahmen, um große Gebiete von Hebron aus Sicherheitsgründen abzusperren. General Mosche Dayan sagte zu diesem Zeitpunkt, das Land werde zur Verteidigung gebraucht. Tatsächlich wurde es zur Errichtung einer Siedlung, Kirjat Arba, verwendet. Dort leben heute mehr als 2.000 Israelis. Das Land gehört arabischen Bürgern, die kein Recht haben, das Gebiet zu betreten. Sie werden am Betreten gehindert. Die Entscheidung, dieses Gebiet von Hebron zu schließen, wurde trotz Protesten der arabischen Bevölkerung und trotz der Tatsache, daß es sich dabei um eine Aggression handelt, gefällt. 1978 bauten die Besatzungsbehörden Drahtzäune um einen Teil des beschlagnahmten Bodens. Aber einige arabische Häuser hatten sich danach Sondererlaubnisse vom Militärkommandeur zu besorgen.*“ (zit.n. Viktoria Waltz / Joachim Zschiesche. Die Erde habt ihr uns genommen, (West-) Berlin 1986, S. 339 — Anm.: Waltz und Zschiesche schreiben, daß die Zahl der israelischen Siedler in Kirjat Arba inzwischen auf 4.000 angewachsen sei; ebd., S. 340)

In einem anderen Buch, das sicher auch viele gelesen haben, die sich mit der Situation in den israelisch besetzten Gebieten ernsthaft auseinandersetzen, heißt es über Kirjat Arba:

„*Diese städtische Siedlung entbehrte jeden militärischen Charakters und dokumentierte unzweifelhaft den Willen, sich hier nicht nur vorübergehend niederzulassen. Für Kirjat Arba konnten nur religiöse Gründe geltend gemacht werden: Die Berufung auf das Recht des jüdischen Volkes, in seinem ‚historischen Heimatland‘ zu siedeln.*“ (J.Metzger/M.Orth/C.Sterzing, Das ist unser Land, Bornheim-Merten, 1980, S.48)

Kirjat Arba wächst durch Vertreibung arabischer Familien in der Nachbarschaft und Beschlagnahmung von deren Land. Die einsässige Bevölkerung selbst und ihr Eigentum ist das Hindernis dieser Siedlungspolitik. Im „Kölner Stadtanzeiger“ vom 19./20.2.83 wurde das so geschildert: „*Mal werden Weinstöcke als solches Hindernis betrachtet und ausgerissen, mal sind es Hochspannungsleitungen. Ein Haus hat man bereits zerstört, das angeblich ‚illegal‘ gebaut worden war, einer Witwe hat man mehrmals Handgranaten vor die Tür geworfen, weil sie nicht bereit ist, ihr Haus zu verlassen, das den Siedlern zu nah an Kirjat Arba steht. Schuldige wurden natürlich nie gefunden.*“

Das Auftreten gerade der Siedler von Kirjat Arba findet auch in einigen israelischen Zeitungen manchmal deutliche Kritik. Dazu noch einmal aus dem Buch von Metzger u.a.: „*Die jüdischen Siedler lassen die Palästinenser oft spüren, wer die eigentlichen Herren in den besetzten Gebieten sind. Ein besonders krasses Beispiel dafür sind die jüdisch-orthodoxen Siedler von Kirjat Arba, die in unmittelbarer Nähe von Hebron leben. ‚Sie sorgen in Hebron, so wie sie es sehen, für Ordnung‘, beschreibt eine israelische Zeitung ihr Auftreten. ‚Die Araber beklagen sich, daß sie von den Siedlern geschlagen werden, wann immer es denen gefällt, daß die Siedler gelegentlich schießen, um die Leute zu ängstigen, daß sie arabisches Eigentum beschädigen.‘ Die Siedler demonstrieren nicht nur ihre Anwesenheit, sondern begreifen sich als legitime ‚Ordnungsmacht‘. Mitte März 1976 sagte Rabbi Levinger, das ‚geistliche Oberhaupt‘ von Kirjat Arba, im israelischen Fernsehen, er habe die Bewohner der Siedlung ‚angewiesen, gezielt zu schießen‘, wenn sie mit Steinen beworfen würden, während sie in Hebron ‚patrouillierten‘.*“ (Metzger u.a., a.a.O., S.52; Zitate dort aus: Davar, 8.10.76, und Jerusalem Post, 22.3.76)

Selbstdarstellungen israelischer Siedler aus Kirjat Arba lassen über ihr Auftreten und ihren ideologischen Hintergrund ebensoviel erkennen: „*Nicht allein Kirjat Arba, sondern Hebron muß eine jüdische Stadt sein.*“ (Rabbi Goren, Mitglied der Gusch Emunim, zit. in: Jerusalem Post, International Edition, 30.12.79/5.1.80) „*Wir kämpfen um Groß-Hebron, ein ausgedehntes städtisches Zentrum für ganz Judäa. Glaube, Hingabe und Ausdauer sind der Schlüssel zum Sieg.*“ „*Wer heute Hebron aufgibt, der gibt morgen Tel Aviv preis. Je stärker wir Juden sind, desto geringer ist die Gefahr seitens der Araber. Sie kämpfen nicht gegen jene, die ihre Herren sind. Sie kämpfen nur, wenn sie glauben, es gebe keine Herren.*“ (Äußerungen israelischer Siedler, zit. in: Zeit-Magazin 25/82, 18.6.82).

Kirjat Arba ist Symbol und Vorposten: Ähnlich der Siedlungsblöcke um Nablus, Ramallah und Jericho geht es hier um die Parzellierung arabischer Städte in der Westbank und ihre Umwandlung in Zentren der jüdisch-israelischen Besiedlung — in diesem Fall um Hebron, das mit arabischem Namen Khalil heißt, und nach Ostjerusalem die zweitgrößte Stadt in der Westbank ist. Im Stadtkern von Hebron selbst sind bereits etliche Militärposten und Siedlungsstützpunkte installiert. Das Auftreten von Militär und (bewaffneten) Siedlern in Hebron führt immer wieder zu militanten Protestaktionen der palästinensischen Bevölkerung, die sich gegen die schleichende Einvernahme ihres Lebens, ihrer Kultur, ihrer Häuser und ihres Landes zur Wehr setzen. Und ihr Widerstand wiederum gilt dem israelischen Militär als Vorwand für Vergeltungsaktionen und kollektive Strafmaßnahmen. Die Besetzung der Westbank ist die alleinige Ursache dieses Konflikts, in dessen Verlauf Siedler und Soldaten palästinensische Einwoh-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ner bewaffnet angreifen und ihr Eigentum zerstören, und dafür mit wenigen Tagen Haft oder ganz straffrei wegkommen — und palästinensische Jugendliche Militär und Siedler mit Steinen und Molotow-Cocktails angreifen, und dafür lange Jahre im Gefängnis verschwinden.

Wenn bei einer Razzia eine Waffe im Haus einer palästinensischen Familie gefunden wird, dann wird entsprechend eines Erlasses der israelischen Besatzungsbehörden das Haus gesprengt und der Boden enteignet. Häuser, die zu nahe an israelischen Militärposten oder Siedlungen stehen, werden auch ohne solchen Anlaß weggesprengt. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit: Im Dorf Sa'ir in der Nähe von Hebron hat die israelische Armee Ende Juni drei Häuser abreißen lassen, als Strafaktion gegen Familien, aus denen Angehörige wegen Mitgliedschaft in Al-Fatah und Beteiligung am bewaffneten Widerstand zu lebenslanger Haft verurteilt worden waren. Insgesamt sollen seit 1967 auf diese Weise 1.300 Häuser von Palästinensern zur „kollektiven Abschreckung" zerstört worden sein (Neue Züricher Zeitung, 25.6.87).

Vielleicht hat die grüne Reisegruppe solche in Schutt und Asche gesprengten Häuser in Hebron — z.B. in der Nähe des Busbahnhofs — nicht gesehen, als sie auf dem Weg nach Kirjat Arba durch die Stadt fuhr.

Vielleicht haben sie sie gesehen, und haben sie für einen normalen Abriß gehalten, weil sie keine Begleitung hatten, die ein Interesse daran haben konnte, sie über so etwas aufzuklären.

Und vielleicht haben sie auch die Ibrahim-Moschee nicht gesehen, die in Hebron direkt in der Nähe der Straße liegt, die nach Kirjat Arba führt, und konnten nicht einmal fragen, was denn israelische Militärposten an den Eingängen und sogar auf dem Dach dieser Moschee zu suchen haben. Wer hätte ihnen die Geschichte dazu erzählen sollen? Wer hätte ihnen erzählen sollen, daß diese Moschee, die vor 1967 auch Nicht-Moslems zum Besuch offen stand, 1967 von den Israelis in einen jüdischen und einen moslemischen Bereich geteilt wurde, und bewaffnete israelische Soldaten sich dort auch aufhalten, wenn die Moslems zum Gebet zusammen kommen? Wer hätte ihnen erzählen können, daß es 1976 hier zu schweren Auseinandersetzungen gekommen ist, nachdem israelische Siedler in der Moschee Koran-Bücher zerrissen und verbrannt hatten, weil sie diese Moschee, unter der sich die Grabhöhle Abrahams befinden soll, als jüdisches Heiligtum umwandeln wollen? Wer hätte ihnen erzählen sollen, daß es immer wieder zu Auseinandersetzungen im Umfeld dieser Moschee gekommen ist, weil sich auf dieses Stadtviertel eine der hauptsächlichen Bestrebungen israelischer Siedler in Hebron richtet? Wer hätte ihnen erzählen sollen, daß die israelischen Militärbehörden Anfang 1980 im Zusammenhang mit diesen Auseinandersetzungen rund 200 Palästinenser festnehmen ließen, einen großen Teil davon zu hohen Ge-

hörden Anfang 1980 im Zusammenhang mit diesen Auseinandersetzungen rund 200 Palästinenser festnehmen ließen, einen großen Teil davon zu hohen Ge-

fängnisstrafen verurteilten, eine rund zweiwöchige Ausgangssperre über die gesamte Innenstadt von Hebron verhängten und erst nach fünf Tagen erlaubten, daß die Bewohner für eine Stunde Einkauf ihre Häuser verlassen durften?

Sicher, niemand kann sich überall direkt informieren, und über vieles, das man nicht selbst ansehen kann, und wo man nicht hinkommt, kann man auch etwas lesen, um etwas zu verstehen und um sich eine Meinung zu bilden. Das gilt für grüne Außenpolitiker selbstverständlich genauso, wie für jeden Menschen.

Aber was um alles in der Welt, wenn jemand denn überhaupt etwas über diese Region weiß, kann eine Delegation der grünen Bundestagsfraktion bewegen, sich vom israelischen Außenministerium ein Besuchsprogramm für die israelisch besetzten Gebiete zusammenstellen zu lassen, und sich dort dann (als einzigen Besuchspunkt) durch einen Vertreter von Gusch Emunim über die Westbank zu „informieren", um anschließend auf einer Pressekonferenz zu verkünden, man mache sich „sehr, sehr große Sorgen" darüber, daß sich in der palästinensischen Jugend „eine Bewegung ausbreitet in die Richtung Fundamentalismus, Jihad und ähnliches" (Otto Schily)? Kann eine Delegation der Grünen, selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß ihr drei Bundestagsabgeordnete angehören, für sich allein überhaupt so viel politische Naivität versammeln?

* * *

In der Siedlerbewegung Gusch Emunim („Block der Getreuen") verfügt die rechtsradikale „Tchija"-Partei („Partei der nationalen Wiedergeburt"), die sich aus Protest gegen den Friedensvertrag mit Ägypten von der Likud-Fraktion „Cherut" („Freiheitspartei") abgespalten hat, über einen bedeutenden ideologischen Einfluß. Die „Tchija"-Partei fordert die „Auflösung der Lager und Verschickung der Flüchtlinge nach Saudi-Arabien und in andere Öl-erzeugende Länder, die ein dringendes Bedürfnis nach Arbeitskräften haben" (Haaretz, 16.10.79, zit. n. J. Metzger u.a., S.42). Sie vertritt damit am offensten die Ansichten, die in der israelischen Siedlerbewegung sehr verbreitet sind. Denn die Siedlerbewegung gründet nun mal darauf, daß die besetzten Gebiete „rechtmäßig" und „historisch" zum „Judenstaat" gehören.

Das bedeutet allerdings nicht, daß die israelischen Siedler politisch in ebenso großem Maße Parteigänger der „Tchija"-Partei sind. Eine solche Zwangsläufigkeit besteht auch deswegen nicht, weil die jüdisch-israelische Besiedlung der besetzten Gebiete ein Programmpunkt aller staatstragenden Parteien in Israel ist, und sie sich nur in Form und Ausmaß dieser Siedlungspolitik unterscheiden. Ausführlich zitiert sei deswegen aus einem Grundsatzartikel eines Vertreters der Siedlungsbewegung in der „Mapai" („Arbeiterpartei"), Ze'ev Zur:

„Die Siedlung als Mittel zur Schaffung von Grenzen hat während des gesamten zionistischen Aufbaus sich wandelnden politischen Bedingungen standgehalten. In der Mandatszeit hat sie die Regionen jüdischer Anwesenheit in Erez-Israel (Palästina) und den konkreten Rahmen des zionistischen Gemeinwesens aus territorialer Sicht bestimmt. Der Teilungsplan der UN (1947) stimmte wesentlich mit dem Bereich überein, den die jüdische Ansiedlung bereits abgesteckt hatte. Die Araber stimmten dem UN-Plan nicht zu und eröffneten den Krieg. Und die israelische Armee, die sich angesichts des Krieges organisieren mußte, konnte sich auf die bestehenden Siedlungen stützen und dehnte die Grenzen des hebräischen Staates weit über die Teilungslinien der UN hinaus. Auf Grundlage dieser Erweiterungen wurden die Waffenstillstandsabkommen von 1949 geschlossen. (...) Die Siedlungspolitik nach dem Sechs-Tage-Krieg war dazu bestimmt, verteidigungsfähige Grenzen zu schaffen. Es handelt sich um Grenzen, von denen die Regierung hoffte, daß sie im Rahmen von Verhandlungen anerkannt und durch Friedensverträge besiegelt würden. Die israelischen Regierungen haben nicht ultimativ Grenzen gefordert. Aber angesichts der Weigerung der arabischen Staaten zur Verständigung war man bestrebt, kein Vakuum zu hinterlassen und mittels der errichteten Siedlungen darauf hinzuweisen, wie weit die Auffassung von sicheren Grenzen geht. (...) Araber können im Rahmen einer jüdischen Souveränität existieren; aber Juden — das ist etwas anderes. Das Beispiel der Araber in Galiläa und im „Dreieck", die sich als Teil der arabischen Welt empfinden, beweist es. Auch in Friedenszeiten veranlaßten nichtbesiedelte Grenzen die Wüstenbewohner, in den besiedelten Bereich ein-

arabischen Welt empfinden, beweist es. Auch in Friedenszeiten veranlaßten nichtbesiedelte Grenzen die Wüstenbewohner, in den besiedelten Bereich ein-

zudringen und ihn zu besetzen; man denke an das, was im Negev vor sich geht. Das Vakuum zog die Infiltranten an, Saboteure und Fedayeen, die ungehindert eindringen konnten, solange sie nicht auf eine Barriere von Siedlungen stießen. (...) Wenn ein Bewußtsein über die Bedeutung von Gebieten besteht, die eine Sicherheitsfunktion wahrnehmen, dann muß man betonen, daß nur die Existenz jüdischer Siedler in diesen Gebieten die Verteidigungsfähigkeit der Grenzen garantieren kann. Die militärisch-politische Aufgabe der Siedlung wird mit einem Verzicht auf verteidigungsfähige Grenzen nicht zu einem Ende kommen; denn wer seine Sicherheit nur durch Friedensverträge erreichen will, die nicht durch Sicherheitsgrenzen abgestützt sind, der gefährdet den Frieden und die Existenz des Staates." (vollständig abgedruckt in: Grenzprobleme im Palästinakonflikt, Militärpolitik Dokumentation, Heft 28/29, bearb. v. Dan Diner, (West-)Berlin/Ffm, 1983, S.135-140)

Da ich noch einmal davon ausgehe, daß Otto Schily sich nicht so leicht einen schlichten Dummkopf nennen läßt, der einfach keine Ahnung von den Fragen hat, für die er seine Kompetenz reklamiert, muß ich wohl zwei Dinge unterstellen:

1. daß er sein Bekenntnis zur „Anerkennung und Existenz des Staates Israel und seiner berechtigten Sicherheitsinteressen" auf der abschließenden Pressekonferenz am 23.10. in Tel Aviv bewußt in genau dieser glühenden Formulierung gewählt hat, die eben immer zur Rechtfertigung der Annektionspolitik gegenüber palästinensischem Territorium diente;

2. daß er seine Behauptung, er habe „in allen Gesprächen" (ausdrücklich von ihm genannt: „von Herrn Haezni bis zu Herrn Peled" — also von Gusch Emunim bis zur Progressiven Friedensliste) einen „positiven Grundkonsens" festgestellt, nämlich den „Wunsch nach friedlichem Zusammenleben von Juden und Arabern in dieser Region, allerdings natürlich mit unterschiedlichen Vorstellungen, in welcher Form das zu geschehen hat", auch durchaus bewußt so interpretiert haben möchte, daß es für ihn selbst letztlich keinen entscheidenden Unterschied macht, ob „friedliches Zusammenleben" auf Unterwerfung oder auf Gleichberechtigung gründet.

Ich möchte Otto Schily natürlich raten, sich in diesem Fall doch lieber den Dummkopf vorwerfen zu lassen, und so auch für sich selbst eine Erklärung für das Gelächter zu finden, das er mit dem zweiten Punkt auf der Pressekonferenz provozierte. Immerhin müßte es auch ihm zweifelhaft bleiben, ob die Progressive Friedensliste wirklich damit einverstanden ist, vor seinem Abflug schnell noch einen „positiven Grundkonsens" mit der von ihr immer scharf attackierten Gusch Emunim untergejubelt zu bekommen.



Israelische Fallschirmjäger 1967 beim Sturm auf Ostjerusalem. Auch eine jener Begegnungen „mit der israelisch-jüdischen Bevölkerung" an der „die Palästinenser sehr viel gewonnen haben" (Schily)?

Über die Vorstellung vom „friedlichen Zusammenleben" zwischen israelischen Siedlern und Palästinensern unter israelischer Besatzung, die Otto Schily bei Herrn Haezni festgestellt hat, hat Bassam Schakaa, palästinensischer Bürgermeister von Nablus, mal folgendes gesagt: *„Es ist zum Lachen. Ich kann keinerlei Beziehungen zwischen den jüdischen Siedlern und den arabischen Einwohnern feststellen. Die Siedler kommen mit ihren Gewehren und dringen gewaltsam in die Gebiete ein. Sie zerstören Eigentum und umgeben sich mit Stacheldraht und elektrischen Zäunen. Auf diese Weise kann keine Koexistenz entstehen. Die Feindschaft der Siedler gegen die arabische Bevölkerung sitzt tief und zeigt sich in ihrem Benehmen. Sie sind die fanatischsten unter den Zionisten. (...) Ich habe Verteidigungsminister Weizman gesagt, daß die Siedlungen nur Haß hervorrufen."* (Journal of Palestine Studies, Nr.33, Herbst 1979, S.118; zit.n. Metzger u.a., S.54)

Bassam Schakaa und andere Palästinenser in der Westbank haben leider

Herbst 1979, S.118; zit.n. Metzger u.a., S.54)

Bassam Schakaa und andere Palästinenser in der Westbank haben leider

nicht die Möglichkeit gehabt, die grüne Reisegruppe mal aus ihrer Sicht als Opfer dieses „friedlichen Zusammenlebens" mit den Leuten von Gusch Emunim zu informieren. Es hätte ja sein können, daß Otto Schily seine mysteriöse Andeutung über die „unterschiedlichen Formen" des „positiven Grundkonsenses" für ein „friedliches Zusammenleben" dann doch präziser gefaßt, oder besser gesagt: ein dermaßen dummes Geschwätz, das von der Wirklichkeit so weit entfernt ist wie Otto Schily von seinem Traum, mal auf Genschers Schreibtisch den Globus drehen zu dürfen, gar nicht erst von sich gegeben hätte. Bassam Schakaa wurden im Juni 1980 von israelischen Rechtsextremisten im besetzten Nablus beide Beine weggesprengt.

„Friedliches Zusammenleben" unter den Bedingungen der Besetzung bedeutet, daß die Palästinenser unter der Willkür von mittlerweile mehr als 1.900 Militärerlassen leben müssen. „Friedliches Zusammenleben" von Besetzten und Besatzern bedeutet z.B. auch, daß palästinensische Bauern keine Erlaubnis mehr zum Bau von Brunnen für landwirtschaftliche Zwecke erhalten, während die israelischen Siedler nicht nur ungehindert nach Wasserquellen zur Versorgung ihrer Haushalte, Ländereien und Swimming-Pools bohren können, sondern obendrein Wasser aus den besetzten Gebieten ungeachtet der regionalen Knappheiten und der ökologischen Folgen nach Israel gepumpt wird.

* * *

So bleibt es denn, da mein freundschaftlicher Rat, auf mildernde Umstände wegen völliger Unkenntnis des Sachverhalts zu plädieren, vermutlich nicht aufgegriffen wird, zu guter Letzt doch nicht erspart, in allem Ernst ein paar Fragen zum Sieben-Punkte-Ja aufzuwerfen, das Otto Schily in seinem Eingangsbeitrag auf der Pressekonferenz am 23.10. in Tel Aviv unterbreitet hat, ohne sich als „Wunderdoktor für den Nahost-Konflikt anzubieten", ohne „Rezepte mitgebracht" zu haben, ohne „mit einfachen Formeln" zu „hantieren", sich selbst die „größte Behutsamkeit und Zurückhaltung" auferlegend, noch einmal „in aller Behutsamkeit und Zurückhaltung, ich wiederhole das", und „bitte ohne jeglichen Hochmut oder Einbildung über die Bedeutung unserer Partei".

Also „an erster Stelle" das „Ja zur Anerkennung und Garantie der Existenz des Staates Israel und seiner berechtigten Sicherheitsinteressen". Auf den Sinn gerade dieser Formulierung habe ich zwar oben schon hingewiesen, es ist aber noch etwas zu ergänzen: Otto Schily hat sich seine Idee von „einer Konsensbildung im Sinne von mehreren JAs" ausdrücklich als Ersatz für den bisherigen „nationalen Konsens Israels" ausgedacht, den er in einem Papier des Auswärtigen Amtes der Bundesregierung als einen Konsens von „vier NEINs" erkannt hat. Falls er das auch so gemeint hat, wie er es gesagt hat, dann richtet sich sein Sieben-Punkte-Ja folglich an die israelische Adresse. Das wiederum würde aber für seinen „an-erster-Stelle"-Punkt bedeuten, da dies ja ohnehin schon die Auffassung aller staatstragenden Parteien in Israel ist, daß er sich hier explizit eine neue Meinungsbildung für diejenigen in Israel überlegt hat, die der Formel von den „berechtigten Sicherheitsinteressen" aus Kenntnis ihrer tatsächlichen Bedeutung in Israel selbst Kritik und Opposition entgegensetzen — wie z.B. die Progressive Friedensliste, die „Rakach" (israelische KP) oder gar Strömungen wie die aus der Desertions-Kampagne während des israelischen Libanon-Einmarsches hervorgegangene „Jesch Gvul" („Es gibt eine Grenze"), das Bir-Zeit-Solidaritätskomitee usw. — nebenbei: größtenteils Gruppierungen, die bei diesem Besuch ebenso gemieden wurden wie die Palästinenser in den besetzten Gebieten. Die Frage, ob Otto Schily mit dem, was er sagt, wirklich

nebenbei: größtenteils Gruppierungen, die bei diesem Besuch ebenso gemieden wurden wie die Palästinenser in den besetzten Gebieten. Die Frage, ob Otto Schily mit dem, was er sagt, wirklich

ernst genommen werden will, was die Sache zweifellos nur schlimmer macht, verläuft sich in jede Einzelheit.

Aber zum zweiten Ja, dessen äußerst komplizierte Bewerkstelligung Otto Schily sehr angemessen herausarbeitet: *„An zweiter Stelle aber durchaus, und mit eben derselben Bedeutung, die Anerkennung der Identität des palästinensischen Volkes und seines Wunsches, dafür eine geeignete staatliche Form zu finden, was immer dies sein wird, und zwar für uns — wenn ich das hier sozusagen als Randbemerkung anfügen darf, eine interessante Bemerkung, die wir von einem Palästinenser gehört haben, der gesagt hat: also für uns spielt es nicht die entscheidende Rolle, ob nun die Westbank zurückkehrt zu Jordanien, und wir dort dann unsere Möglichkeit haben der Entfaltung, wie immer dann das Verhältnis der Westbank zu Jordanien ist. Wir sind übrigens, das möchte ich vielleicht auch hier noch betonen, der Meinung, daß Palästina, also wenn man schon den Begriff Palästina verwendet, dann muß man Jordanien hinzusehen, das finde ich eine richtige Einstellung, also weil das in Europa, vor allen Dingen in Westeuropa nicht ordentlich und korrekt gesehen wird. Da muß man ein bißchen Geschichte studieren, glaube ich, um sich hier die richtige Meinung zu bilden. Alles andere halte ich für völlig falsch."*

Wenn jemand darin die Aussage suchen sollte, daß Israel sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen müßte, um einen Frieden im Nahen Osten herbeizuführen, und daß das palästinensische Volk ganz unumwunden das Recht bekommen soll, in diesen Gebieten einen eigenen Staat zu bilden, dann würde er die intellektuelle Anstrengung, nicht mit einfachen Formeln zu hantieren, beleidigen — und zwar „durchaus" an erster Stelle. „Was immer das sein wird", was Otto Schily da vorgeschlagen hat: dies ist es jedenfalls nicht. Die Schlüsselbotschaft von Otto Schilys Ja-Nr. 2 scheint in dem „bißchen Geschichte" versteckt zu sein, das er — jetzt wiederhole ich — mit größter Behutsamkeit und Zurückhaltung zu studieren vorschlägt. Tatsächlich scheint hier auch ein bißchen Geschichte bereits zu genügen, denn die einzige Karte, die unter dem Namen „Palästina" bekannt ist, und tatsächlich einen Teil Jordaniens mit einschließt (im übrigen auch kleine Teile Libanons, Syriens und Ägyptens) ist die „Palästina"-Karte der Zionistischen Weltorganisation von 1919, mit der sie erstmals ihren territorialen Anspruch konkret definierte: der reichte in Jordanien bis vor die Tore von Amman (u.a. anzuschauen in: Die Palästinafrage — ein kurzer historischer Rückblick, hrg. v. der UNO, New York, 1980, dt. Ausgabe).

Nun ist nicht zu unterstellen, daß Otto Schily den alten Anspruch eines jüdischen Staates auf ein so umrissenes „Palästina" wiederbeleben will — davon sind inzwischen ja selbst die herrschenden Kreise in Israel überzeugt, daß der nicht zu verwirklichen ist. Die geographische Konstruktion dieses „Palästinas" existiert aber zu anderem Zwecke fort: wenn schon ein jüdischer und ein arabischer Staat nebeneinander in Palästina existieren sollen, dann kann dies „bißchen Geschichte" von 1919, das nie mehr als eine Zeichnung war, doch als „Nachweis" dienen, daß das palästinensische Volk einen Teil seines Staates ja schließlich schon hat — in Jordanien. Bei entsprechend starker Betonung, daß man „alles andere für falsch" hält, könnte man sich dann in einer unausweichlichen Situation einer Beendigung der militärischen Besetzung ja vielleicht darauf einigen, daß dies angerechnet wird, und mithin nur noch ein Teil der besetzten Gebiete zurückgegeben werden müßte. Zusätzlich hat man auch eine handfeste Tatsache: Von den knapp 3,5 Millionen Einwohnern Jordaniens sind nämlich rund die Hälfte Palästinenser — wenn auch Hunderttausende Flüchtlinge vor israelischer Expansion.

Herr Anug, stellvertretender Generaldirektor des israelischen Außenministeriums und Leiter der dortigen Westeuropa-Abteilung, hat uns bei unserem Besuch im Dezember 1984 die These von Jordanien als palästinensischem Staat auch vorgetragen. Nun hatte Herr Anug wieder Besuch, und diesmal war jemand dabei, dem noch ein Seminarschein in „ein bißchen Geschichte" fehlte. In allen Diskussionen über den Nahost-Konflikt, die ich mit Otto Schily aus den vergangenen vier Jahren kenne, ist dieses Regierungsargument aus Tel Aviv nie bei ihm gekommen. Er hat wirklich was Neues aufgeschnappt.

Dritter Ja-Punkt: man solle „zu jeglichen Gesprächen bereit sein, informeller und formeller Natur", und dürfe solche Gespräche „nicht behindern". Hätte er diese Aussage so stehen lassen, dann hätte ich mir einige Zeilen sparen und einfach denken können, daß eben niemand Gefängnisstrafen für Kontakte mit der PLO so vornehm kritisieren

te er diese Aussage so stehen lassen, dann hätte ich mir einige Zeilen sparen und einfach denken können, daß eben niemand Gefängnisstrafen für Kontakte mit der PLO so vornehm kritisieren

kann wie Otto Schily, und daß genau dies das Holz ist, aus dem Möllemänner geschnitzt werden. Aber er mußte noch einen Halbsatz anfügen, einen solchen, bei dem die feine Differenzierung zwischen dem, was „an erster Stelle" steht, und dem, was „an zweiter Stelle aber durchaus auch" nicht unerwähnt bleiben sollte, falls irgendjemand mal was daraus zitieren will, auch ohne ausdrückliche Nennung das Ohr erreicht: „natürlich nicht durch erpresserischen Druck seitens der PLO behindert werden, aber auch umgekehrt nicht von israelischer Seite". Ja bitte: Wo hat die PLO „durch erpresserischen Druck" Gespräche behindert? Raus mit den Informationen, sowas darf man nicht für sich behalten. Ich unterzeichne jeden Protestbrief an die PLO mit, in dem der Vorfall mit Ort, Zeit und handelnden Personen beschrieben wird.

Vierter Ja-Punkt: man solle „den Wert der kulturellen Autonomie, aber auch der kulturellen Begegnung" erkennen. Morgen suchen wir den Anfang des Regenbogens, dort soll ein Topf voll mit Gold stehen. Aber Otto Schily wird nicht mitsuchen, denn er „kann überhaupt nicht leugnen, daß die Palästinenser aus der Begegnung gerade auch mit der israelisch-jüdischen Bevölkerung sehr viel gewonnen haben. Das ist einfach eine Tatsache, eine historische Tatsache" — das muß ein irres Erfolgserlebnis für Herrn Anug gewesen sein! — „das sollte aber auf israelischer Seite auch vielleicht zu der Vertrauensbildung führen, daß die Palästinenser aus dieser Begegnung auch die Fähigkeit gewonnen haben zum Aufbau eines demokratischen Staates, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit".

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

GO EAST!

Wenn Otto Schily ,,die Palästinenser'' da mal nicht überschätzt. Sind die wirklich schon so weit, diese ,,Fähigkeit'' zu israelischer Demokratie gelernt zu haben? Ich meine, unsere Reise liegt schon etwas zurück, und in der Zwischenzeit mag sich einiges ereignet haben — glaubst du wirklich, Otto? Also vor drei Jahren hättest du denen das bestimmt auch noch nicht zugetraut. Allerdings sollen die Schwarzen unten in Afrika ja auch schon recht manierlich sein, ich habe da erstaunliche Dinge gelesen. Naja: modernde Zeiten, modernde Gedanken. Und weiter geht's: ,,Wir sind fünftens für strikte Einhaltung der Menschenrechte''. Also noch mal zur Repetition: Wir sind erstens für die berechtigten Sicherheitsinteressen des israelischen Staates; zweitens durchaus auch für ... — na, wie war die Formulierung doch gleich noch? richtig: für was immer dies auch sein wird Palästina in Jordanien als geeignete staatliche Form, aber das spielt nicht die entscheidende Rolle, weil wir dazu noch ein bißchen Geschichte studieren wollen; drittens sind wir für Gespräche, wenn die PLO ihren erpresserischen Druck einstellt; viertens sind wir der Ansicht, daß das palästinensische Volk langsam ins demokratiefähige Alter kommt; und fünftens — ja, fünftens sind wir für Menschenrechte, weil das zur ,,grünen Identität'' gehört. So sind die Grünen nämlich: unerbittlich für Menschenrechte. Wenn ihnen etwas zugetragen wird, dann gehen sie der Sache nach, auch wenn es ziemlich unwahrscheinlich klingt. Und in diesem Fall scheint es sogar etwas ganz und gar Unvorstellbares zu sein, womit bestimmt niemand gerechnet hat, und Otto Schily selbst am allerwenigsten, weshalb er erstmal in größter Behutsamkeit und Zurückhaltung betont, daß er hofft, jetzt nicht irgendein ,,Tabu'' zu brechen, und sich vor aller öffentlichen Ausbreitung dessen, was ihm zu Ohren gekommen ist, ausdrücklich entschuldigt: ,,ich konnte das nicht überprüfen, in einem solchen Gespräch kann ich das nicht überprüfen, wir werden das aber überprüfen, und wir werden uns dort auch mit dieser Frage befassen'' — das sei jedenfalls versichert. Und dann: er habe ,,in einem Gespräch mit Palästinensern'' — in der Quelle also liegt der Grund seiner Unsicherheit — ,,gehört, daß im Rahmen der Besatzung, Kinder, palästinensische Kinder ins Gefängnis gebracht worden sein sollen und auf schreckliche Weise behandelt worden sein sollen — ich will hier jetzt keine Details ausbreiten, was uns gesagt worden ist''. Auch diese schwierige Klippe, einen Hinweis unterzubringen, daß es Leute gibt, die dem israelischen Militär Vorwürfe machen, hat er schließlich unter Aufbietung all seiner anwaltlichen Zivilcourage geschafft. Hoffentlich ist der Gastgeber jetzt nicht doch noch verärgert.

Und noch einmal: Wenn Otto Schily also mit all seinen Gedanken ernst genommen werden, und den Dummkopf nicht auf sich sitzen lassen will, dann ist der fünfte Punkt jetzt aber doch die mutige Selbstbezichtigung, daß er bis zum Tage dieser Pressekonferenz ein ganz gehöriger Dummkopf war, der auch nicht einen einzigen Fernsehbericht über die israelische Besatzungspolitik in Westbank und Gaza-Streifen gesehen, nicht eine einzige Zeile darüber gelesen, nicht eine einzige Person darüber befragt hat. Warum auch — nur weil er für die Nahost-Politik der grünen Bundestagsfraktion zuständig ist? Das ist beileibe kein Argument, sondern wäre eine allzu einfache Formel. Andere, die ihren Kopf nicht nur bereitwillig vor eine Kamera halten, wenn sie irgendwo hinfahren, sondern ihn auch als Denk- und Erinnerungsvorrichtung benutzen, sind ja wegen ihrer ,,vorgefaßten Urteile'' nicht zuletzt von Otto Schily selbst bös gescholten worden.

Otto Schily ist zwar Rechtsanwalt von Beruf und Außenpolitiker von Berufung, aber die Berichte z.B. von ,,Law in the Service of Man'' (LSM), dem Zweig der Internationalen Juristenkommission (Genf) in der Westbank, scheinen für ihn keine Informationsquelle zu sein. Ein Beispiel über die Behandlung von ,,Sicherheitshäftlingen'' im Westbank-Gefängnis Al-Fara'a, der Bericht eines 15-jährigen Schülers, der am 22. Januar 1984 nachts um 1.30 Uhr festgenommen wurde: ,,*Als ich ins Al-Fara'a-Gefängnis kam, wurden mir meine persönlichen Sachen abgenommen und ich mußte in den Arztraum zu einer Untersuchung gehen — ich hatte keine Krankheit. Von dort wurde ich in die Zelle gebracht. Ich wurde gefesselt, eine Hand über meine Schulter und die andere hinter meinen Rücken, und sie zogen mir einen Beutel über den Kopf. Dann brachten sie mich in den Waschraum. Sie zwangen mich, mich ins Wasser zu setzen, und dort blieb ich zwei Tage. Während dieser Zeit wurde ich häßlichen Verhören unterzogen; sie schlugen mich mit einem Elektrokabel und befahlen mir, mich lange Zeit im Kreis zu drehen, sodaß mir schwindelig und übel wurde. Ich mußte mit kreuzförmig ausgebreiteten Armen anderthalb Stunden lang mitten im Verhörraum stehen. Danach bekam ich einfach nicht mehr mit, was mit mir geschah, weil ich aufgrund des Verhörs ohnmächtig wurde. Als ich wieder zu mir kam, befand sich neben mir ein Krankenpfleger, der mich beim Namen rief und mir rasch ein paar Tabletten gab. Eine halbe Stunde später wurde ich zum Verhör zurückgeschafft. Sie traten mich mit ihren Armeestiefeln gegen die Schienenbeine und beschimpften mich mit üblen Ausdrücken. Zum Beispiel sagten sie, sie würden meine Schwester holen und mir ihr machen, was sie wollten. Das ging lange Zeit so. Ich sagten ihnen, daß ich unschuldig sei, aber sie glaubten mir nicht und folterten mich 12 Tage lang. In dieser Zeit wurden viele Anklagen gegen mich vorgebracht, aber ich gestand nur eine Sache: daß ich Steine auf ein Auto mit israelischem Kennzeichen geworfen hatte. Nach 12 Tagen brachten sie mich in die Zellen und ich blieb dort zwei Monate. In diesen zwei Monaten wurde ich viermal zum Gericht gebracht. Beim fünften Mal wurde ich verurteilt. Der Richter verurteilte mich zu zwei Monaten Haft, die drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurden. Ich wurde um 7.30 Uhr abends am 22. März 1984 entlassen.*'' (Ein Bericht über die Behandlung von Sicherheitsgefangenen im Westbank-Gefängnis von Al-Fara'a — hrg. durch Gesetz im Dienste des Menschen, Ramallah, April 1984, S.7/8)

In einer anderen Dokumentation über die Situation im JNAID-Gefängnis bei Nablus berichtet ,,Law in the Service of Man'' im Oktober 1984 u.a. folgendes unter Berufung auf Aussagen von Gefangenen: ,,*(...) Nach Angaben dieses Gefangenen hatte es Mitte August bereits Beschwerden an die Behörden wegen schwerer Überfüllung gegeben, und es war zugesichert worden, daß die Zahl der Leute in jeder Zelle verringert werden würde. Statt das zu tun, brachten sie jedoch 30 neue Gefangene und wollten sie in die schon überfüllten Zellen stecken. Die Häftlinge weigerten sich, sie reinzulassen, und die neuen Gefangenen weigerten sich, die Zellen zu betreten. Die Gefängnisbeamten drohten mit Gewaltanwendung. Als die Häftlinge trotzdem nicht gehorchten, holten die Beamten einen der Gefangenen, Abdul Hakim Da'ana, aus der Zelle und schlugen ihn. Die anderen Gefangenen trommelten als Zeichen des Protests gegen ihre Türen. Daraufhin wurden weitere Wachen geholt, die mit Gewalt in die Zelle 12 eindrangen und die zehn Insassen so schwer schlugen, daß sechs von ihnen im Krankenhaus behandelt werden mußten. Zwei neue Gefangene wurden dann hineingetrieben, nachdem sie auch geschlagen worden waren. Die Häftlinge fuhren fort, gegen die Zellentüren zu trommeln. An diesem Punkt sollen die Verantwortlichen Kanister mit Gas in die Zellen geworfen haben. Die genaue Art des Gases ist nicht bekannt, aber ein Häftling berichtet, er habe auf dem Etikett die Worte ,Nicht in geschlossenen Räumen verwenden' gelesen. Das Gas erzeugte Atemnot und ein Brennen. Alle Häftlinge hatten schwere Atembeschwerden und einige verloren das Bewußtsein; sechs mußten später im Krankenhaus behandelt werden. Die Nachwirkungen des Brennens waren noch mehrere Tage lang zu spüren. Während das Gas sich ausbreitete, wurden die übrigen neuen Gefangenen in die Zellen getrieben. Die Nachwirkungen des Gases blieben über eine Woche lang und die Gefängnisbeamten trugen in der folgenden Woche im Gelände Gasmasken.*'' (Gesetz im Dienst des Menschen, JNAID — Das neue israelische Gefängnis in Nablus — eine Einschätzung; Ramallah, Oktober 1984, S.7)

Sechster Ja-Punkt: ,,Verzicht auf jeglichen Terror und Gegenterror.'' Ohne Umschweife gesagt, und ohne Umschweife von mir zugestimmt.

Siebenter und letzter Ja-Punkt: ,,daß man eine positive Haltung dazu einnimmt, daß auf internationaler Ebene sozusagen auch Bürgen für eine Garantie und eine Förderung eines Friedensprozesses vorhanden sein müssen.'' Da Otto Schily auch hier in seiner schonungslosen Offenheit für's Offenlassen nicht mitteilte, ob er damit die von palästinensischer Seite geforderte Internationale Friedenskonferenz unter Beteiligung von Israel, der PLO, der arabischen Nachbarstaaten Israels und der Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates meinte, oder ob er mehr die israelische Position einer israelisch-jordanischen Verhandlung ,,mit internationalem Rahmen'' (und ohne PLO) meinte, oder ob er anregen wollte, daß er selbst eigentlich auch ein guter Bürge sei — darüber darf nun spekuliert werden.

Schlußfolgerung: Wenn ich bis vor kurzem immer wieder, wenn das Thema Nahost-Politik auf der Tagesordnung stand, reichlich verärgert war, wenn jemand mit einer kurzen Bemerkung über unsere ,,mißglückte'' Nahost-Reise und ohne weitere Argumente sich aus der Debatte zu stehlen versuchte, was denn wirklich konkret falsch daran gewesen sei, außer daß fast die gesamte Presse von ,,mangelnder Sensibilität'' schrie, dann haben wir jetzt ja das prominente Gegenbeispiel, was diese ,,Sensibilität'' ist. Nein, danke!

* * *

Ich bin mir auch nicht sicher, ob Spott angesagt ist, wenn man bedenkt, wie auf diese Weise die Politik der Grünen beschädigt wurde. Was diejenigen in der Westbank und in Israel gedacht haben mögen, mit denen wir damals Gespräche geführt, und zu denen wir Kontakt haben, als sie jetzt feststellen mußten: sie fast alle sind aus dem Blickwinkel der Grünen ausgegrenzt worden (es gab trotz Wissen und trotz ausdrücklichem Angebot keine Nachfrage der jetzigen Delegation nach irgendwelchen Kontakten) — kann ich mir schon vorstellen. Viele wissen seit geraumer Zeit, daß die grüne Bundestagsfraktion nicht mehr unumwundene Fürsprecherin für Selbstbestimmung und Befreiung, für Menschenrechte und Völkerrecht ist. Das Ausmaß, in dem die Bundestagsfraktion sich ,,reif'' gemacht hat, auch mal als Kasperl der internationalen Diplomatie zu dienen, selbst in militärisch besetzten Gebieten, wird hier wie da einige erschreckt haben.

Otto Schily auf der Pressekonferenz auf die Frage, was denn seine Meinung zu dem Geheimprozeß gegen Vanunu sei, der vom Mossad entführt wurde, weil er über israelische Anstrengungen für eine eigene Atomrüstung berichtet hat: ,,Ich bin Rechtsanwalt, wie Sie wissen, und zu einem rechtsstaatlichen Prinzip gehört es, sich nicht in schwebende Verfahren einzumischen.'' Was ist da noch zu erwarten?

In einem Punkt bin ich mir aber sicher, daß Otto Schily damit nicht eine spezielle Unterstützung israelischer Politik ausdrücken wollte, und möchte ihn vorab vor etwaigen Fehlinterpretationen in Schutz nehmen: Als er von dem ,,hervorragenden Botschafter'' Israels in Bonn sprach, mit dem er auch schon ,,viele Gespräche'' geführt habe, meinte er nicht Herrn Ben Ari speziell, sondern er meinte die Gattung Botschafter als solche, die er ,,hervorragend'' findet (irgendwelche Zwischenrufe: ,,Weiß doch jeder!'' sind nicht angebracht, weil Otto nicht davon ausgehen konnte, daß dies auch in Tel Aviv schon jeder weiß).

Aber daraus folgt ein zweites: Was er in Tel Aviv auf der Pressekonferenz gesagt hat, muß er nicht zwangsläufig immer wieder so sagen. Otto Schily ist Opportunist genug, beim nächsten Treffen mit einem arabischen Botschafter in Bonn auch diesem nach dem Mund zu reden. Dieses präzise Gespür für das, was die eigene Person in die Nähe von Würdenträgern rückt, ist offenbar die Erkennungsmelodie seiner Außenpolitik.

Ach ja: Im Humboldt-Taschenbuch ,,Spanisch in 30 Tagen'' lernt man schon auf Seite 17: Otto es alemàn — Otto ist Deutscher.

Fortsetzung von Seite 21

Drei Grüne machen guten Eindruck

nung'' nahezubringen: ,,*Ich glaube, man kann überhaupt nicht leugnen, daß die Palästinenser aus der Begegnung gerade auch mit der israelisch-jüdischen Bevölkerung sehr viel gewonnen haben.*'' Die bedauernswerten Opfer, die bei dieser ,,Begegnung'' ihre Häuser, beide Beine oder ihr Leben verloren haben, sollten nicht kleinlich dagegen aufgerechnet werden.

Das Nachspiel ...

... auf bundesdeutschem Boden war von den drei Reisenden einkalkuliert. Daß ihre Gegenspieler im Bundesvorstand so ungeschickt kontern würden, konnten sie allerdings kaum hoffen. Unter der Überschrift ,,Solidarität mit israelischer Opposition und Palästinensern'' wurde in Bonn überstürzt eine ,,Klarstellung'' zur grünen Nahost-Politik in die Welt hinaus getelext, die neben dem berechtigten Vorwurf, Schily und Schoppe hätten ,,ihre privaten Positionen als Positionen der Grünen ausgegeben'', eine Reihe falscher bzw. nicht nachprüfbarer Anschuldigungen enthält:

,,*... ließen O. Schily und W. Schoppe jegliche kritische Distanz zur israelischen Regierungspolitik vermissen*'';

,,*keinerlei Kritik an der fortwährenden israelischen Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens*'';

,,*Das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes wird von Schily explizit abgelehnt*'';

,,*halten es O. Schily und W. Schoppe nicht für notwendig, die Forderung nach einer internationalen Friedenskonferenz unter Beteiligung der PLO zu erheben*''.

Nichts leichter, als diese ,,dreiste Unwahrheit'' (Schily) zurückzuweisen: ,,*In allen Gesprächen, die sie sowohl mit Regierungsvertretern als auch mit der israelischen Opposition und den Palästinensern geführt hätten, seien sie für die Räumung der besetzten Gebiete und für den Anspruch des palästinensischen Volkes auf eine eigene staatliche Form eingetreten. Bei allen Gesprächen sei auch auf eine Friedenskonferenz unter Beteiligung der PLO gedrängt worden*'' (Schily laut ,,Frankfurter Rundschau'' vom 28.10.). Das mag mensch glauben oder nicht — der Bundesvorstand wird es nicht widerlegen können.

Die ,,taz'' kommt in ihrem Kommentar (24.10.) den Tatsachen schon näher: ,,*Eine ,fact-finding-tour' sollte es sein, auf deutsch: Die Grünen waren auf der Suche nach der Wahrheit. Doch von der haben sie eben nur die eine Hälfte gesehen: die der Mächtigen.*'' Und nicht nur das: ,,*Die Realos haben SPD und FDP von rechts überholt.*'' Bezogen auf die abschließende Pressekonferenz ist das gar nicht mal übertrieben.

Für diese ungewöhnlich derbe Kritik gab es dann Wiedergutmachung in Form eines ganzseitigen ,,taz''-Interviews (3.11.). Hier setzen Otto Schily und Waltraud Schoppe die Akzente schon etwas anders. Der kluge Diplomat berücksichtigt Ort, Zeit und Bedingungen seiner Auftritte — und vor allem das Publikum. Selbstverständlich seien sie für das ,,Recht des palästinensischen Volkes auf eine eigene Staatlichkeit'' und für ,,den israelischen Rückzug aus den besetzten Gebieten'' (Schily). Waltraud Schoppe gesteht auch zu, ,,*daß die PLO einen politisch-identifikatorischen Zusammenhang geschaffen hat, der für die Palästinenser notwendig ist, um sich mit den Israelis auseinanderzusetzen*'', auch wenn sie sich nach wie vor weigert, die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes zu akzeptieren.

Weiterhin anonym bleiben in dem Interview die palästinensischen Gesprächspartner der drei Israel-Reisenden: wer waren diese ,,verschiedenen Palästinenser aus der Westbank und Ostjerusalem'' oder die ,,in Nazareth ansässigen und politisch tätigen Palästinenser'', mit denen so bedeutende Gespräche geführt wurden? Der unbekannte Palästinenser muß Schily auch beistehen gegen den Vorwurf der ,,taz'', mit der Aussage, ,,auch Jordanien sei Palästina'', habe die Reisegruppe die ,,*Wortwahl Sharons (übernommen), der gesagt hat, es gäbe schon einen Palästinenserstaat, und zwar in Jordanien*''. Schilys Antwort: ,,*Ich bin nicht gegen eine jordanisch-palästinensische Konföderation. Uns haben Palästinenser gesagt: Wenn uns eine Konföderation angeboten wird, dann nehmen wir sie*''.

Einen anderen palästinensischen Gesprächspartner hat Otto Schily nach eigener Darstellung mit seinen nationalstaatskritischen Thesen schwer verärgert. Solche Töne hat man von Schily gegenüber dem bundesdeutschen 60-Millionen-Staat, für dessen Gewaltmonopol er unermüdlich eintritt, bisher nie gehört: ,,*Entgegen den Vorurteilen, die mir in der Bundesrepublik entgegenkommen, bin ich kein Staatsfetischist, sondern meine, daß Staatlichkeit nur ein Element sozialer Konfiguration ist. In einem Gespräch mit einem Palästinenser habe ich versucht, in positiver Weise arabische Traditionen einer europäischen, meiner Meinung nach fehlgeleiteten Entwicklung entgegenzusetzen, Traditionen also, in der die sozialen Beziehungen nicht über den Staat gelaufen sind, sondern über Stammes-, Familien- und ähnliche Verbindungen. Der Gesprächspartner hat das als kränkend empfunden und gesagt: Ihr wollt euch als Europäer über uns erheben, ihr haltet uns für Halbwilde, aber auch wir wissen mit einem Staat umzugehen.*''

Daß die Palästinenser in dieser Frage empfindlich reagieren, ist gut zu wissen für Otto Schily, der schon die nächste Reise plant: im nächsten Jahr zu Gesprächen ,,mit arabischen Regierungen einschließlich der Vertretung der PLO''.

Ob er dann überhaupt noch Mitglied der Grünen Bundestagsfraktion sein wird, ist derzeit ungewiß. Mit 13 zu 12 Stimmen wurde inzwischen ein von Schily, Schoppe und Wetzel eingebrachter Verurteilungsantrag gegen den Bundesvorstand und seine ,,in Form und Inhalt unhaltbaren Vorwürfe'' von der Fraktion zurückgewiesen. Abgelehnt wurde auch das Ansinnen der drei Reisenden, ihren ,,erfolgreichen Ansatz einer Grünen Außenpolitik im Nahen Osten'' im nächsten Frühjahr ,,in personeller Kontinuität mit einer Informationsreise in die arabischen Länder fortzusetzen''. Seitdem brodelt es in der Gerüchteküche: tritt Schily aus dem Auswärtigen Ausschuß, gar aus Fraktion und Partei aus? Waltraud Schoppe will jedenfalls bleiben. ,,Mich kriegt ihr nicht klein. Bevor ich aus der Partei gehe, müssen da andere raus'', wird sie in der ,,taz'' (12.11.) zitiert. Eine mögliche Spaltung der Fraktion, in demselben ,,taz''-Artikel ,,nicht mehr ausgeschlossen'', wurde von der Mehrheit der Realos fürs erste vertagt. Hubert Kleinert, Parlamentarischer Geschäftsführer, gegenüber dpa: ,,Wenn Otto Schily geht, geht er nicht allein''.

Andere Gerüchte — der AK kann nichts für diese Art grüner ,,Informationspolitik'' — melden einstweilen Versuche realpolitischen Intrigierens. Die Herren Schily und Knapp sollen die ,,taz''-Redaktion gedrängt haben, Amos Wollin, den ,,taz''-Korrespondenten in Tel Aviv, von weiterer Berichterstattung ,,freizustellen''.

Keineswegs glatt läuft für die Israel-Reisenden die Eindämmung der Proteste in den eigenen Reihen. In einem ,,Offenen Brief von MitarbeiterInnen der Grünen im Bundestag an Waltraud Schoppe, MdB und Otto, MdB'' wird der Israel-Besuch als ,,skandalös und illoyal der Partei und unserer Fraktion gegenüber'' bezeichnet: ,,Ihr habt es gewagt, auch im Ausland den Realo-Fundi-Streit jetzt auf Kosten der Rechte der PalästinenserInnen und der gesamten israelischen Friedens-, Öko- und Anti-Atom-Bewegung auszutragen. Dabei tragt Ihr durch Euer serviles und einseitiges Verhalten gegenüber der israelischen Regierung zum Schaden unserer Partei, der Fraktion und der parteipolitischen Inhalte bei, diese Haltung schadet auch dem internationalen Frieden in Nahost''. Die Initiatorin dieser Protesterklärung, Gina Meir-Düllmann, die selbst Jüdin ist und in der Jüdischen Friedensinitiative mitarbeitet, bekam für diese ,,Anmaßung'' sogleich Druck aus der Chefetage. Waltraud Schoppe drohte ihr ,,persönliche Konsequenzen'' und ,,böse Folgen'' an.

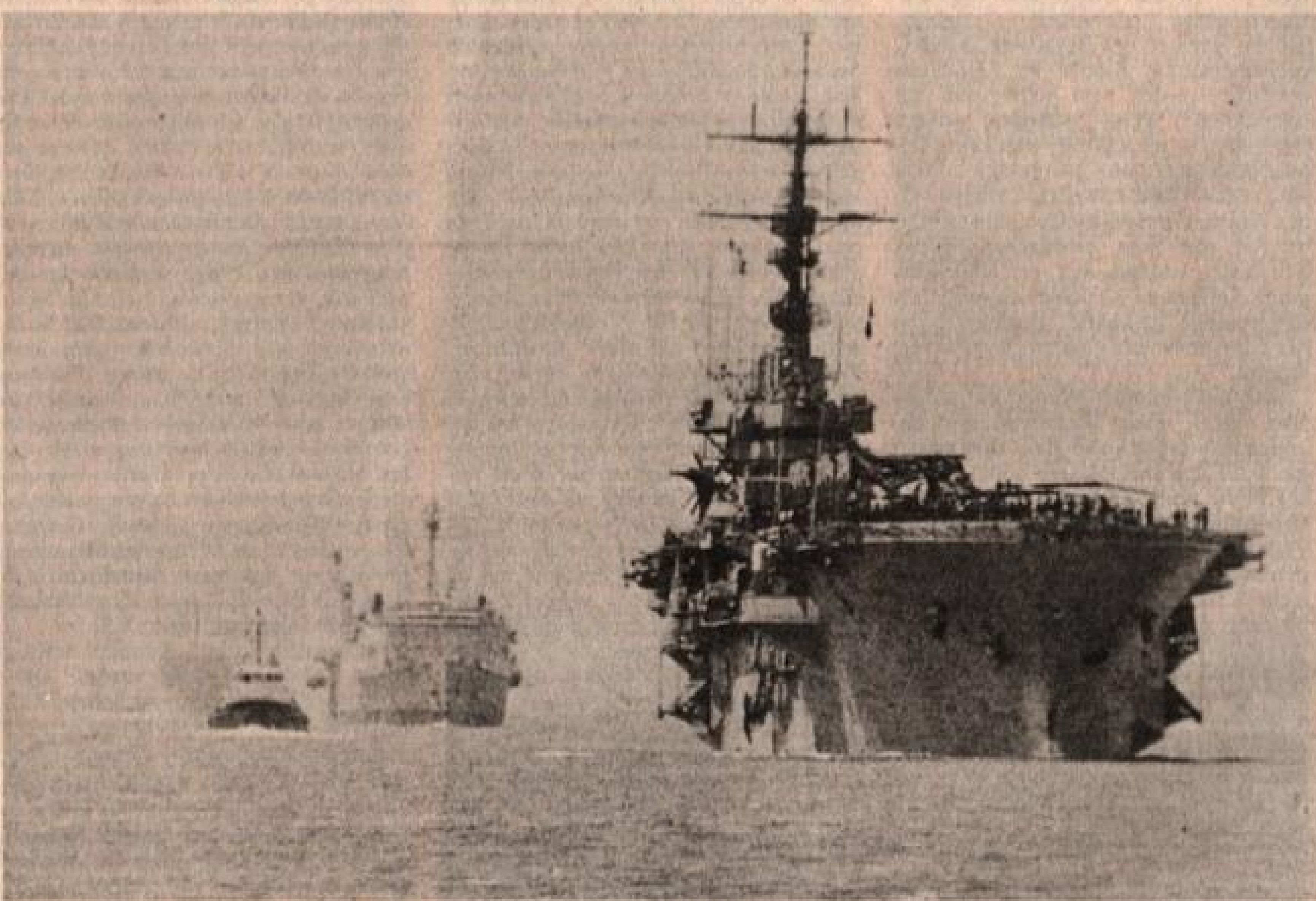
Geschäftsführer Kleinert will überhaupt den ,,strukturellen Anti-Autoritarismus'' in der Fraktionsarbeit ausmerzen: einfache Büroangestellte erdreisten sich, gewählte Volksverteter zu kritisieren!

Antiautoritär gebärden sich aber auch einige richtige Abgeordnete, beispielsweise Ellen Olms, die die Fraktion schriftlich davon in Kenntnis setzte, demnächst zusammen mit Thomas Ebermann und Regula Bott ,,mehrere arabische Hauptstädte'' und das ,,Hauptquartier Arafats'' besuchen zu wollen. Ihr unverkennbar satirisches Schreiben war für Udo Knapp eine intellektuelle Überforderung. Knapp, manchmal als dummer August der Fraktion bezeichnet, war ernsthaft empört. Sein Zornesausbruch wird sinngemäß mit den Worten wiedergegeben: ,,Die Reise von Olms, Ebermann und Bott muß verhindert werden. Die wollen sich bei Arafat für die Reise von Otto und Co. entschuldigen''!

Js.

Fortsetzung von Seite 1

Ein Krieg der nie zuende gehen darf



Als im Januar 1979 der Schah nach einem Volksaufstand den Iran verlassen mußte, schien auf den ersten Blick für die imperialistischen Mächte die Welt zusammenzubrechen. Hatte der Iran doch in der Globalstrategie der USA und der NATO die Rolle einer militärisch hochgerüsteten Ordnungsmacht in der Ölregion Mittelost spielen sollen. Auf den zweiten Blick allerdings drängt sich die Frage auf, ob die ,,islamische Revolution'' nicht für das imperialistische Weltsystem weitaus nützlicher ist als der Schah jemals hätte sein können.

Im September 1980 eröffnete das irakische Regime den Krieg gegen den Iran. Vorangegangen waren monatelange Grenzprovokationen beider Seiten und Aufrufe beider Staaten an die Bevölkerung des Nachbarland, ihre Regierung zu stürzen. Ziel des Iraks war die Eroberung der iranischen Provinz Kusistan. Dafür gibt es neben ideologischen Motiven — die Bevölkerung der Provinz ist nach irakischer Auffassung eigentlich arabisch — einen sehr einfachen und einleuchtenden materiellen Grund: Kusistan lieferte 90% des iranischen Erdöls. Da der Iran durch die Folgen der Revolutiou geschwächt war, seine Armee nur bedingt einsatzfähig war, und da sich das neue Regime dem Anschein nach international isoliert hatte, meinte das irakische Regime leichtes Spiel zu haben. In seiner Fehleinschätzung wurde es bestärkt durch monarchistische iranische Militärs, die im Irak Zuflucht gefunden hatten und von dort aus auf Revanche sannen. Das irakische Regime, das sich einige Jahre lang als radikalste Stimme im arabischen Lager gebärdet hatte — insbesondere hinsichtlich des Palästina-Konflikts und der Unterstützung fragwürdiger terroristischer Aktionen — war in der Zwischenzeit auf Westkurs gegangen. In erster Linie Frankreich spielte dabei die führende Rolle und versorgte das Regime mit modernsten Waffen. Saudi-Arabien, die arabischen Golfstaaten und Jordanien hatten dem Irak ihre Unterstützung für den Einmarsch in den den Iran zugesagt.

Die erste Kriegsphase schien wunschgemäß zu verlaufen. Die irakischen Sreitkräfte drangen auf 600 km Breite 20 bis 100 km weit vor und besetzten mehrere iranische Städte; die wichtige Stadt Abadan wurde eingeschlossen. Anders als erwartet konnte der Iran bereits im Oktober 1980 die Front stabilisieren und zur Rückeroberung der verloren gegangenen Gebietsstreifen übergehen. Als Kriegsziel wurde nicht nur die Vertreibung des Agressors vom iranischen Territorium, sondern auch der Sturz des ,,gottlosen'' irakischen Regimes proklamiert. Im Juni 1982 hatte der Iran seine Vor-

dern auch der Sturz des ,,gottlosen'' irakischen Regimes proklamiert. Im Juni 1982 hatte der Iran seine Vor-

kriegsgrenzen wieder erreicht und schickte sich an, den Krieg in den Irak hineinzutragen und Richtung Bagdad vorzustoßen.

Das irakische Regime hatte nach dem Scheitern seiner ersten Offensive begriffen, daß in diesem Kampf nichts mehr zu holen war, sondern daß nur noch die Aussicht eines langfristig nicht durchzustehenden Abnützungskrieges offen war. Seit November 1981 ist der Irak deshalb im Prinzip bereit, den Krieg abzubrechen. Das scheitert aber am Beharren des Teheraner Fundamentalisten-Regimes, den Krieg bis zum Sturz der Regierung in Bagdad und bis zum Sieg der schiitisch-,,islamischen Revolution'' im Irak fortzusetzen. Da militärisch ein Patt besteht — die technischen Vorteile des Gegners gleicht der Iran, der fast dreimal soviel Menschen hat wie der Irak, immer wieder durch barbarische Massenmobilisierungen aus — könnte der Krieg noch jahrelang weitertoben.

Waffen vom Satan für den Teufel

Eine höchst erstaunte Öffentlichkeit nahm im November 1986 zur Kenntnis, daß ausgerechnet die USA Waffen und Ersatzteile an den Iran geliefert hatten und daß sie sich dabei der Vermittlung Israels, dem angeblichen Erzfeind des Fundamentalisten-Regimes, bedient hatten. Maßlose Verblüffung. Wer hätte so etwas aber auch gedacht!

Wir lernen: Nichts und niemand ist so vergeßlich wie die Öffentlichkeit. Und wenn es nicht Vergeßlichkeit ist, dann ist es Heuchelei. Denn schon drei Jahre vor den wahnsinnig sensationellen Irangate-,,Enthüllungen'' konnte man genau und detailliert lesen, wie der Hase lief. Beispielsweise am 23.11.83 in der FAZ: ,,*Wie amerikanische Waffen nach Teheran gelangen / Drehscheibe Israel*''. Wir lasen dort: ,,*Iran ist besonders abhängig von Lieferungen amerikanischer Waffen und Ersatzteile, da die iranische Regierung unter dem Schah in den siebziger Jahren gewaltige Mengen an Kriegsgerät*

Ersatzteile, da die iranische Regierung unter dem Schah in den siebziger Jahren gewaltige Mengen an Kriegsgerät

aus den Vereinigten Staaten im Wert von mehr als 17 Milliarden Dollar bezogen hatte...Trotz des amerikanischen Lieferboykotts...gelangt nach amerikanischen Berichten Kriegsgerät aus den Vereinigten Staaten jährlich für Hunderte von Millionen Dollar nach Iran.'' Die FAZ teilte auch mit, wie das gemacht wird: Die USA liefern an Verbündete wie Israel und Südkorea, die dann mit Wissen und stillschweigendem Einverständnis der USA an den Iran weiterverkaufen. Der Sachverhalt war schon im Juli 1981 absolut beweiskräftig ans Licht gekommen, als über der UdSSR ein israelisches Flugzeug abstürzte, das sich verflogen hatte. Die Ladung: 360 Tonnen Ersatzteile für Panzer und Munition aus der US-Produktion. Ziel: Iran.

Vordergründig höchst erstaunlich. Ist denn nicht für die Teheraner Fundamentalisten Israel der Satan und Hauptfeind, zu dessen Vernichtung ihre gesamten Aktivitäten gegen den Irak und im Libanon dienen sollen? Beschwört denn nicht die israelische Regierung, die sich eindrucksvoll über jede westliche Waffenlieferung an ein arabisches Land sorgt, immer wieder die ungeheure Bedrohung, die vom Iran und vom schiitischen Fundamentalismus für den jüdischen Staat ausgeht? Hat Israels Regierung denn nicht mehrfach kategorisch Waffenlieferungen an den Iran bestritten? Erklärte das Komeini-Regime denn nicht ebenso kategorisch, die israelischen Waffenlieferungen seien ein böses Gerücht, das die Zionisten und andere Feinde des Islam verbreiten, um den Weg der islamischen Revolution zu blockieren? Glaubt hier überhaupt irgendjemand noch selbst, was er sagt?

Keiner darf gewinnen

Ein wesentliches Motiv für die prompte amerikanisch-israelische Waffenhilfe an den Iran bestand in der ersten Kriegsphase in der Sorge, dem Irak könne ein rascher Sieg gelingen. Unter dem Schah war die iranische Rüstung rein westorientiert gewesen, in erster Linie auf Lieferungen aus den USA gestützt. Ohne gesicherten Zufluß an Nachschub und Ersatzteilen wäre das Geschick des Komeini-Regimes schon nach wenigen Monaten oder Wochen entschieden gewesen. Das hätte erstens dem Irak eine unerwünscht starke Stellung in der Golfregion gegeben und hätte zweitens die vielversprechende Aussicht auf einen wundervoll langen und profitablen ,,Bruderkrieg'' in der islamischen Welt schon im Ansatz zunichte gemacht. Eine schreckliche Vorstellung, denn: ,,*Offen gesagt ist es den Israelis recht, wenn dieser Krieg bis zum sogenannten Sankt-Nimmerleins-Tag geführt wird. Dies ist natürlich kein frommer, aber vielleicht ein verständlicher Wunsch eines kleinen und rundum bedrohten Volkes.*'' (,,Allgemeine Jüdische Wochenzeitung'', 5.12.86)

Klein und rundum bedroht ist anscheinend nicht bloß Israel, sondern die gesamte NATO, die sich in dem unfrommen Wunsch einig ist, daß dieser Krieg nicht enden möge, solange noch ein Iraner und ein Iraker eine Waffe halten — und natürlich vorher bezahlen können. Daher die möglichst ausgewogene Belieferung beider Seiten mit Waffen. Daher das Eingreifen mit direkten Interventionsdrohungen und mit (mal richtigen, mal listig gefälschten) Satellitenaufnahmen vom Aufmarsch der Gegenseite, sobald eine Seite das Übergewicht gewinnen könnte und damit ein vorzeitiges Kriegsende droht.

Noch niemals hat es einen derartigen Krieg zwischen zwei Staaten der Dritten Welt gegeben. Noch nie hat ein solcher Krieg so lange gedauert, noch nie wurden so riesige Mengen an Waffen verbraucht, noch nie war die Waffenindustrie aller Großmächte so gleichmäßig auf beiden Seiten im Geschäft, und vor allem: noch niemals waren zwei Kontrahenten so erfreulich zahlungsfähig über Jahre hin. 210 Milliarden (!) Mark soll seit Kriegsbeginn der Irak ausgegeben haben, 470 Milliarden Mark der Iran.

Das anhaltende Massaker zwischen den beiden benachbarten Ländern entzieht sich im Übrigen der klassischen Ost-West-Konstellation. Wir sind an Konflikte gewohnt, bei denen die NATO die *eine* Seite versorgt und die UdSSR die *andere*. Im Krieg Iran-Irak ist auch die Sowjetunion auf *beiden* Seiten präsent. Im Grunde steht für beide Militärblöcke somit nichts auf dem Spiel; außer den Menschen der beiden betroffenen Völker kann es nur Gewinner geben.

Zusätzlich stellt der Golfkrieg ein großes ideologisches und propagandistisches Kapital dar. Mit seiner Hilfe wird den Menschen der imperialistischen Mächte das Bild zweier barbarischer, grausamer, fanatisch ineinander verbissener halbzivilisierter Völker vermittelt. Da für dieses Gemetzel niemand anders verantwortlich ist als die beiden beteiligten Länder — man hat es eben doch allzu eilig gehabt, die unreifen Stämme der Dritten Welt aus der kolonialen Obhut in die Selbstständigkeit zu entlassen —, ist die Produktion und Lieferung von Waffen für den Golfkrieg natürlich kein Verbrechen, sondern darf reinen Herzens in ihrer volkswirtschaftlich segenbringenden Funktion (Schaffung von Arbeitsplätzen!) genossen werden. Und kein Rüstungsproduzent braucht sich seiner Krokodilstränen zu schämen, wenn er an die armen, armen Kinder denkt, die da unten am Golf von gewissenlosen islamischen Fanatikern als Schlachtenfutter verheizt werden.



Der Flottenaufmarsch am Golf

Im Februar 1984 hatte der Irak die Ölverladestation des Iran, die Insel Kharg und 90 km Umkreis zur Angriffszone erklärt. Später wurde der Umkreis auf 130 km erweitert. Seither gibt es den Tankerkrieg im Golf. Iran greift zur Vergeltung aus dem Irak oder ,,befreundeten Staaten'' (vor allem aus Kuwait) kommende Tanker an. Insgesamt 230 Schiffe wurden angegriffen, 120 Matrosen kamen dabei ums Leben. Marineeinheiten der Großmächte im Golf begleiteten die Tanker eigener Nationalität. Als im Februar Kuwait drei sowjetische Tanker charterte, reagierten die USA prompt und boten Kuwait an, die Hälfte ihrer Tanker, elf an der Zahl, künftig unter US-Flagge zu nehmen. Ab Juli sollten die ersten Tankerkonvois von drei bis vier Tankern unter US-Schutz durch den Golf fahren. Am 17.5. wurde aber erst einmal die Lenkwaffenfregatte ,,Stark'' der US-Marine durch zwei Exocet-Raketen des Irak schwer beschädigt. 37 Tote und 25 Verwundete gab es auf der Fregatte.

Ab Mai dieses Jahres hatten die USA wiederholt die europäischen NATO-Partner aufgefordert, einen Teil ihrer Bürde ,,außerhalb des NATO-Gebietes'' zu übernehmen und eine gemeinsame Golf-Flotte aufzustellen. Den USA geht es dabei um eine politische Beteiligung ihrer NATO-Partner, aber auch um die konkrete Unterstützung mit Minenjägern, von denen die Bundesmarine zum Beispiel 39 Stück, die US-Marine aber nur drei besitzt. Und die minensuchenden Hubschrauber der USA funktionieren nur bei schönem Wetter. Die BRD lehnte eine direkte Beteiligung von vornherein ab. Aber auch bei den anderen NATO-Partnern stieß das Ansinnen nicht auf Begeisterung. Erst im August kündigte die britische Regierung an, daß ihre ablehnende Haltung nicht unwiderruflich sei. Italien forderte anfangs eine UNO-Truppe für den Einsatz im Golf und schickte erst nach dem Angriff auf eines ihrer Handelsschiffe Kriegsschiffe in den Golf. Frankreich erklärte, daß sein Flottenverband unter der Führung des Flugzeugträgers ,,Clemenceau'' ,,*normalerweise*'' nicht direkt in den Golf fahren werde. Inzwischen sind diese NATO-Partner und die Niederlande und Belgien im Golf präsent, aber immer noch sorgfältig darauf bedacht, den Anschein zu wahren, daß man nicht eine Flotteneinheit zusammen mit den USA bilde. (FR, 5.8.87) Wie sieht der Aufmarsch im einzelnen nun aus?

Die **USA** unterhalten seit 1949 ständig eine ,,Mittelostkampfgruppe'' der Navy im Golf. Sie besteht aus fünf bis sieben Kampfschiffen einschließlich eines Führungsschiffes. Zeitweise operiert im Arabischen Meer ein Flugzeugträger, der wegen der Gefährdung höchstens zu Besuchszwecken in den Golf einfährt. Aber auch von dort aus können die Kampfflugzeuge im Golf operieren. Diese Kampfeinheiten werden alle vier bis fünf Monate durch neue ersetzt. Während des Tankerkrieges begleiteten Marineschiffe die Tanker eigener Nationalität. Für die Konvoi-Begleitung unter dem Schutz der US-Marine wurde im Juli turnusmäßig der bisherige Verband abgelöst und die Zahl der Kriegsschiffe mit dem Schlachtschiff ,,Missouri, drei Raketenkreuzern und zwei Zerstörern auf zehn erhöht. Im östlichen Mittelmeer wird außerdem ein zusätzlicher Flugzeugträgerverband bereit gehalten. Saudi-Arabien besitzt 9 AWACS-Maschinen zur elektronischen Steuerung und Absicherung der Operationen. Vier Maschinen davon sind sowieso in US-Besitz, aber auch die übrigen werden von US-Einheiten bedient.

Derzeit ist **Großbritannien** im Golf mit drei Geleitschiffen vertreten, zwei Fregatten und einem Zerstörer, der besonders zur Luftabwehr ausgerüstet ist. Die Fregatte ,,Andromeda'' sichert die vier britischen Minenjäger vor der Küste der Vereinigten Arabischen Emirate, der Flugkörper-Zerstörer ,,Edinburgh'' begleitet Schiffe unter britischer Flagge von der Straße von Hormuz bis nach Bahrein. Die Fregatte ,,Brazen'' liegt in Mauritius. Außerdem müssen drei weitere Schiffe als Ersatz bereitgehalten werden. In den Emiraten und im Oman hat Großbritannien ,,diskrete Hafenrechte''. Offiziell beurlaubte britische Offiziere bilden hier die Führung des Militärs. Die Flugplätze werden von britischen Seeaufklärern vom Typ ,,Nimrod'' benutzt. In Manövern wird gelegentlich die Verlegung der britischen ,,Schnellen Eingreiftruppe'' in den Golf geprobt. (s. AK 279, 9.2.87, S.18) ,,*Vor allem die Rücksichten auf die Klientelstaaten veranlaßt die Briten zu großer Zurückhaltung bei zu demonstrativer Zusammenarbeit mit den Amerikanern.*'' (dieses und die folgenden Zitate sind der FAZ vom 6.10.87 entnommen)

Ein großer Teil von **Frankreichs** Flotte befindet sich derzeit im indischen Ozean. Die Basis ist die französische Kolonie Djibouti. Das Führungs- und Versorgungsschiff ,,Marne'' wird von fünf statt üblicherweise zwei Fregatten mit Exocet-Raketen an Bord begleitet. Sie sollen angegriffenen Schiffen zur Hilfe kommen. Außerdem wurden zwei U-Jagd-Fregatten, die ,,Georges Leygues'' und ,,La Motte-Piquet'' in den Golf geordert, die zudem mit Luftverteidigungsraketen und einem Hubschrauber für die U-Boot-Jagd ausgerüstet sind. Nicht direkt in den Golf, sondern in den Indischen

Fortsetzung nächste Seite

USA im Krieg mit Iran: Bundeswehr springt ein



Foto: Will

Drei deutsche Schiffe sind startklar, darunter der Zerstörer „Mölders“, der mit 337 Jungs von Kiel startet

Manama/Washington – Die kriegerischen Auseinandersetzungen im Golf zwischen den USA und dem Iran spitzen sich weiter zu. Nach einem erneuten Schlagabtausch spricht der Iran vom „totalen Krieg“. Auch die Bundeswehr gerät nun in den Sog der kriegerischen Auseinandersetzungen: Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik sollen 600 Marinesoldaten ins Mittelmeer abgezogen werden. Als Ersatz für die NATO-Einheiten, die jetzt in der Golfregion stationiert sind.

Keine drei Wochen ist es her, daß die USA ein iranisches Schiff in Brand schossen. Jetzt schlugen sie wieder zu. Als Iraner auf einen US-Hubschrauber das Feuer eröffneten/versenkten die Amerikaner drei iranische Schnellboote. Zwei Iraner kamen bei dem Angriff ums Leben, vier wurden schwer verletzt.

Wenige Stunden später dann eine „Erfolgsmeldung“ aus Teheran: Die Iraner haben einen US-Helikopter abgeschossen. Mit Raketen des amerikanischen Typs Stinger. Außerdem sei ein amerikanisches Schiff beschädigt worden. Die Reaktion aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium: „Das ist nicht passiert“, sonst „würden wir es wissen.“

Das Pentagon wertet die Schüsse auf den US-Hubschrauber als „eindeutig feindseligen Akt“ und bezeichnet gleichzeitig den Gegenschlag der eigenen Streitkräfte als „Selbstverteidigung“.

Teheran spricht von „wüster Attacke“ und fordert, mit den „Provokationen“ Schluß zu machen: „Andernfalls werden die amerikanischen Soldaten nicht auf eigenen Beinen, sondern in Särgen in ihre Heimat zurückkehren.“

Anfang kommender Woche sollen nun unsere 600 Marinesoldaten ins Mittelmeer. Doch FDP-Verteidigungsexperte Hoyer beruhigt: „Für die Soldaten besteht keinerlei Gefahr. Die Bundesregierung hat ein direktes Eingreifen in den Golfkrieg ausgeschlossen.“

Sybille Schul

Siehe Kolumne Seite

(aus Hamburger Morgenpost, 10.10.87)

(aus Hamburger Morgenpost, 10.10.87)

Am 14. Oktober liefen drei Kriegsschiffe der Bundesmarine mit 600 Soldaten in Richtung Mittelmeer aus: der Lenkwaffenzerstörer ,,Mölders'', die Fregatte ,,Niedersachsen'' und der bewaffnete Versorger ,,Freiburg''. Die Schiffe ,,*sollen vorübergehend jene Lücke teilweise schließen, die der Abzug der 6. US-Flotte in den Persischen Golf gerissen hat. Der deutsche Flottenverband wird zum 'On-Call-Abrufverband' der amerikanischen, der italienischen und der britischen Marine stoßen, der im Mittelmeer bisher regelmäßig zu gemeinsamen Übungen zusammengerufen worden ist. Aber auch über den 16. November hinaus werden die deutschen Schiffe bis Mitte Dezember bleiben und in dieser Zeit dem NATO-Marinebefehlshaber Süd in Neapel direkt unterstellt.*'' (1) Zum Kontingent der Kriegsschiffe der Bundesmarine im Mittelmeer gehört auch noch der Tender ,,Saar'' vom 1. Minensuchgeschwader. Aber, darauf wies das Verteidigungsministerium extra und sorgfältig hin, die ,,Saar'' sei ,,*als Ersatz für ein belgisches Kriegsschiff zum Ärmelkanal-Verband gestoßen, das die belgische Regierung in den persischen Golf geschickt hatte*'', und mit diesem Verband halte sich die ,,Saar'' ,,*im Rahmen üblicher Flottenmanöver (...) im Mittelmeer auf*'', womit sie eben ,,*nicht zu dem Verband gehöre, den Wörner Anfang Oktober zur Entlastung anderer NATO-Marinen ins Mittelmeer entsandt hatte.*'' (2)

Auf der einen Seite ist die BRD eifrig bemüht, ihr Engagement herunterzuspielen. Schon im Mai hatte Bundeskanzler Kohl auf dem Gipfel in Venedig den USA mitgeteilt, daß eine Entsendung von Kriegsschiffen der BRD in den Golf nicht möglich sei, weil dies das Grundgesetz angeblich verbieten würde. (3) Damit es auch ja nicht vergessen würde, hatte Wörner Anfang August noch einmal seinem Amtskollegen Weinberger presseöffentlich mitteilen lassen, daß man ,,*keine deutschen Kriegsschiffe in den Golf entsenden*'' werde. (4) Und Genscher, der den iranischen Außenminister Anfang August in Bonn empfing, ließ seine

den iranischen Außenminister Anfang August in Bonn empfing, ließ seine

FDP nicht nur das Grundgesetz bemühen, sondern Irmgard Adam-Schwätzer meinte zudem, ,,*es sei nach den historisch-politischen Erfahrungen unvorstellbar, daß deutsche Soldaten im Golf eingesetzt würden.*'' Und so beschloß der Bundeshauptausschuß der FDP: ,,*Ein Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes kommt nicht in Frage. (...) Politische und nicht militärische Lösungen sind gefragt.*'' (5) Wie sehr man seitens der BRD den Abstand zu der ganzen Sache betonen möchte, zeigen die Bemerkungen, daß man sich schon immer und regelmäßig im Mittelmeer treffe und daß die ,,Saar'' ja gar nicht zum Mittelverband gehöre, den die Bundesmarine jetzt entsandt hat, sondern im Ärmelkanal sei und nur ganz zufällig und im Rahmen der üblichen Routine im Mittelmeer weile. Auf der anderen Seite wird genau das Gegenteil herausgestrichen: wenn die NATO-Marine im Mittelmeer jetzt so verdünnt ist und die große Gefahr besteht, daß der Feind in dieses Vakuum hineinstößt, dann können sich die ,,Jungs'' von der Marine nicht verschließen und müßten helfend einspringen. Wie Orden-Tragen gehört das zu den militärischen Machtritualen; dieses hier nennt man ,,Kanonenbootpolitik''. Der FDP-,,Ver teidigungsexperte'' Hoyer konnte aber gleich beruhigen: ,,*Für die Soldaten besteht keinerlei Gefahr*'' (6) Natürlich geht es im Hintergrund durchaus um konkrete Interessen der BRD: ,,*Mit der Entsendung der deutschen Schiffe ins Mittelmeer könnte freilich die Vorentscheidung für eine dauerhafte Präsenz der Bundesmarine zwischen Gibraltar und Zypern getroffen worden sein. Denn schon seit vier Jahren laufen in der NATO Überlegungen, auch im Mittelmeer eine ständige Einsatzgruppe von NATO-Schiffen zu schaffen, wie es sie im Nordatlantik und im Ärmelkanal mit deutscher Beteiligung schon gibt.*'' (1) Warum die Bundesregierung aber ausdrücklich dementierte und um welche Rechte hier im Hintergrund noch gerangelt wird, können wir nicht beurteilen. Den öffentlichen Erklärungen Wörners zufolge geht es um etwas ganz anderes, nämlich um eine Art Ehrung: ,,*Mit der Präsenz im Mittelmeer wolle die Bundesregierung den direkten Einsatz von Schiffen der USA und fünf anderer europäischer NATO-Staaten im Golf würdigen.*'' (2) Etwas weniger pompös meinte der ,,Spiegel'', diese Maßnahme ,,*solle die Verärgerung der US-Regierung dämpfen, daß die Bundesregierung keine Marineverbände in den Golf entsandt habe.*'' (7) Folgt man aber Wörner, so leistet die BRD hier ,,*einen wesentlichen Beitrag im Sinne des Westens. Die Deutschen hätten wie alle anderen Staaten ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Prinzips der Freiheit der Meere. Dieses gelte es im Golf zu erhalten.*'' (4) An der militärischen Aktion möchte man sich aber direkt nicht beteiligen. In diesem Falle mischt man lieber politisch mit, und im Sinne ,,strikter Neutralität'' betreibt man den Handel mit beiden kriegsführenden Parteien und liefert Waffen an beide Seiten, damit der Krieg weitergeht.

Es ist dummes Zeug, wenn sich die Regierung bei dieser Politik auf das Grundgesetz beruft, das angeblich die Entsendung von Kriegsschiffen in den Golf verbietet. So schrieb W. Hüge, Rechtsanwalt und Kapitänleutnant der Reserve: ,,*Die Erhaltung der wirtschaftlichen Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist mit der Verpflichtung zur Erhaltung der militärischen Sicherheit gleichrangig. (...) Es bestehen deshalb keine rechtlichen Bedenken gegen den Einsatz von Einheiten der Bundeswehr zum Schutze deutscher Handelsschiffe auf internationalen Seerouten.*'' Und das gilt natürlich vorrangig für den Golf: ,,*Gerade die ständigen militärischen Konflikte im Mittleren Osten, in dessen Region ca. 55% der bekannten Rohölreserven der Welt liegen, lassen eine beharrliche Gefahr für die Funktionsfähigkeit der westlichen Volkswirtschaften, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Abhängigkeit von der Rohstoffzufuhr aus überseeischem Ausland, entstehen.*'' (8) Bloß, so muß man ergänzen, für das Gedeihen der BRD-Volkswirtschaft ist nicht nur die Rohstoffversorgung existentiell wichtig, sondern die BRD blüht und floriert vor allem durch den Export, der Krisenregionen einschließt. Dafür ist natürlich häufig umgekehrt ein militärischer Einsatz abträglich für das wirtschaftliche Geschäft.

* * *

,,Die Sowjets opfern viel für ihre Machtstrategie, was im Widerspruch zu ihren wirtschaftlichen Interessen steht. Warum machen sie es? Ich möchte drei Gründe aufführen, die sich abzeichnen. Einmal, um langfristig die eigenen Erdöl- und Rohstoffbasen zu sichern, und für Erdöl kommt ja nur der Mittlere Osten für sie in Betracht und nicht Alaska. Das zweite ist, durch die Beherrschung dieser für Europa lebenswichtigen Flanke, die Europäer in Abhängigkeit, Verwundbarkeit und Erpressbarkeit zu halten. (...) Die Amerikaner können sich auf lange Zeit mit Energie und Rohstoffen notdürftig selbst versorgen. Wir können es nicht einmal für kurze Zeit. Die Amerikaner sind weniger verwundbar, weniger abhängig, weniger verletzbar und weniger erpreßbar als wir. Und wenn wir den Amerikanern in der unteilbar gewordenen Sicherheitsproblematik die kalte Schulter zeigen, dann werden wir erleben, daß wir in der Stunde der Not ganz mutterseelenallein dastehen werden. Wir Deutsche, wir Europäer, alle...

Franz Josef Strauß

,,Unabdingbar ist eine verstärkte militärische Präsenz der USA im Indischen Ozean und im Nahen Osten. (...) Die USA werden die Lasten einer solchen Politik weltweiter Freiheitssicherung auf die Dauer weder alleine tragen können noch tragen wollen. (...) Darum müssen wir die Sanktionen der USA dem Iran wie der Sowjetunion gegenüber voll mittragen — nicht nur verbal und nicht dort, wo es uns nichts kostet. (...) Daher muß jetzt in Struktur- und Aufgabenstellung der NATO die Konsequenz gezogen werden: Die Sicherung der Rohstoff- und Ölversorgung muß zu einer zentralen Aufgabe der NATO werden. (...) Die geographische Begrenzung muß fallen.''

Manfred Wörner

Am 11. und 12.1.1980 auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß der CDU. (9) Damals war nicht die CDU/CSU, sondern die SPD-FDP-Koalition an der Regierung, und in der Opposition konnte man stärkere Töne anschlagen.

* * *

Was will die SPD?

Kunterbunte Töne konnte man von der SPD zur Entsendung der Bundesmarine ins Mittelmeer vernehmen. Der SPD-Abgeordnete Jungmann kritisierte, daß ,,*jetzt die Nordflanke der NATO geschwächt sei.*'' Anscheinend droht hier der sowjetische Vorstoß. Er kritisierte die ,,*schrittweise Erweiterung*'' der Marineaufgaben. (10) Walter Kolbow bezeichnete die Entsendung von Marineschiffen als ein ,,*untaugliches Mittel zur Lösung der Probleme. Dies sei eine indirekte Unterstützung der USA im Golf.*'' (11) Hermann Scheer hingegen wollte einen Flottenverband im Golf haben, aber einen mit einer UNO-Flagge am Heck. Kanonenbootpolitik sei das auch nicht, was die BRD jetzt betreibe. (10)

Dummes Zeug von den Grünen

,,Zur Ankündigung von Bundesverteidigungsminster Wörner im Verteidigungsausschuß, eine Einsatzgruppe der Bundesmarine ins Mittelmeer zu entsenden, erklärt der Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN IM BUNDESTAG, Dr. Alfred Mechtersheimer:

Die Entscheidung des Bundesverteidigungsminsteriums ist eine indirekte Einmischung in den Golfkrieg auf US-amerikanischer Seite. Der Verteidigungsminster erleichtert mit seiner Entlastungsaktion die US-amerikanische Militärpräsenz im persischen Golf, die vor allem inneramerikanisch motiviert ist.

Die Bundesregierung gibt mit ihrer Stellvertreter-Kanonenbootpolitik ihre bisherige Neutralität auf und verliert ihre Dialogfähigkeit mit beiden Kriegsgegnern. Mit ihrer einseitigen Einmischung hat die Bundesregierung die Lage im Golf verschärft.

Offenkundig hat sich Verteidigungsminister Wörner als künftiger Generalsekretär ein Entrèe als Vertreter einer harten und US-freundlichen Linie verschaffen wollen.

Es ist kennzeichnend, daß eine solch weitreichende und folgenschwere Entscheidung vom Verteidigungsminister und nicht vom gesamten Kabinett getroffen wurde.'' (12)

Die Grünen waren es, die verdienstvollerweise eine aktuelle Stunde im Bundestag zum Thema Bundesmarine ins Mittelmeer für den 16.10.87 durchgesetzt hatten. In seiner Bundestagsrede fügte dann Mechtersheimer in Anlehnung an zahlreiche Pressebehauptungen noch eine weitere Dummheit hinzu und meinte: ,,*Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wird sich ein deutscher Einsatzverband in dieser Region* (gemeint ist das Mittelmeer — Anm. AK) *aufhalten.*'' Doch die ,,Mölders'' und die ,,Niedersachsen'' waren schon vom 18.1. bis 20.3.1985 da und letztere auch schon einmal 1984 (13), von anderen Schiffen der Bundesmarine wollen wir erst gar nicht reden.

ANMERKUNGEN

(1) Stuttgarter Zeitung, 9.10.87
(2) Stuttgarter Zeitung, 17.10.87
(3) FR, 4.8.87
(4) FR, 5.8.87
(5) FR, 26.10.87
(6) MoPo, 10.10.87
(7) zitiert nach FR, 5.10.87
(8) Marine Forum 7/8 87
(9) VZ, 2/80, Nachrichten aus dem politisch parlamentarischem Bereich
(10) FAZ, 17.10.87
(11) Hamburger Abendblatt, 17.10.87
(12) Pressemitteilung der Grünen im Bundestag; Nr. 923/87, vom 8.10.87
(13) Nach: ,,Bundesmarine raus aus dem Mittelmeer''; Informationsmaterial zum Thema, zusammengestellt von der Initiative ,,Kein Friede mit der Bundeswehr'', Stuttgart. Diesem Heft sind eine Reihe weiterer Zitate dieses Artikels entnommen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ozean sind außerdem der Flugzeugträger ,,Clemenceau'' mit 20 Super-Etendard-Flugzeugen und weiteren Jagdflugzeugen vom Typ ,,Crusader'', zwei Lenkwaffenzerstörern (,,Duquesne'' und ,,Suffren'') und dem Versorgungsschiff ,,Meuse'' beordert worden. Im Golf von Oman hat Frankreich drei Minenjäger nebst Versorgungsschiff ,,Garonne'' aufgeboten. Ein weiteres Versorgungsschiff ,,Var'' und das Reparaturschiff ,,Jules Verne'' sind im Einsatz. Frankreich, so heißt es, ,,*pflegt traditionell und demonstrativ seine Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten*''.

Italien hat nach dem Angriff auf ein italienisches Handelsschiff einen Flottenverband von drei Minenjagdbooten, drei Fregatten und zwei Unterstützungsschiffen entsandt, darunter ein U-Boot-Bergungsschiff zum Einsatz für Minentaucher. Logistisch stützt sich die italienische Flotte auf die Franzosen, mit denen sie auch im Mittelmeer enge Kooperation pflegen.

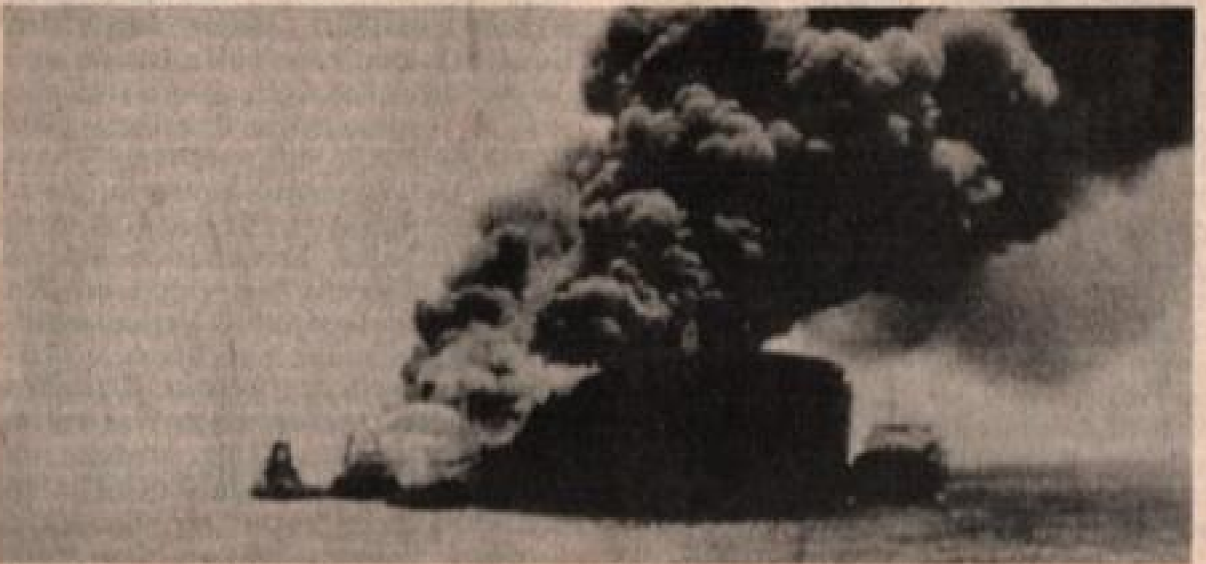
Belgien und die **Niederlande** haben je zwei Minenjäger und ein belgisches Versorgungsschiff unter gemeinsamen Oberbefehl in den Golf entsandt. Sie operieren in ,,*engster taktischer und logistischer Kooperation*'' mit den Briten.

Offiziell und nach außen hin operieren diese Flottenteile scheinbar unabhängig und nur zum Schutz der Handelsschiffe unter eigener Flagge. Es ergibt sich aber folgende Arbeitsteilung: Franzosen und Italiener operieren vorwiegend außerhalb der Straße von Hormuz; die Briten geben Geleit und Minenschutz von Hormuz bis Bahrein; die USA räumen Minen vor allem im Norden des Persischen Golfes bis Kuwait, sichern aber ihre Konvois über die gesamte Strecke. Die Tankerkapitäne warten einfach solange, bis ein gemeinsamer Konvoi zustande kommt.

Die **Sowjetunion** ist mit einer ,,Kriwak''-Fregatte und drei Minensuchbooten im Indischen Ozean, bzw. im Golf bei Eskorten vertreten. Damit war die Sowjetunion als erste mit Minensuchern im Golf zur Stelle. Inzwischen sind zwei Zerstörer der ,,Sovremennyi''-Klasse hinzugekommen. Sieben Versorgungsschiffe und Tanker stehen zur Verfügung. Die ,,normale'' Präsenz der SU direkt im Golf besteht in der Anwesenheit eines Landungsschiffes im Roten Meer und zweier Marineaufklärungsflugzeuge, die von Aden aus operieren. Sowjetische Kriegsschiffe eskortieren zur Zeit Handelsschiffe bis nach Kuwait. Die Sowjetunion hat immer wieder ein gemeinsames Vorgehen, etwa eine multinationale UN-Flotte vorgeschlagen, ,,*ohne dabei jedoch auf Gegenliebe bei den westlichen Seemächten zu stoßen. Dennoch wird von Fachleuten eine stillschweigende Absprache nicht ausgeschlossen.*''

QUELLEN

(1) Österreichische Militär-Zeitschrift Heft 1 bis 5, 1987
(2) FAZ, 6.10.87
(3) FR, 5.8.87



NATO-Vertrag und Golfintervention

In der Öffentlichkeit wird es als selbstverständlich dargestellt, daß die NATO-Partner in Europa sich an den jeweiligen US-Kriegs- und Interventions-Manövern, sei es gegen Libyen oder jetzt im Golf, zu beteiligen hätten. Allerdings gibt es dafür offensichtlich keinen NATO-Automatismus, genauso wie etwa Frankreich seinen Krieg im Tschad auch alleine ohne NATO-Partner führt. Was sagt der NATO-Vertrag dazu? Der Vertrag bzw. entsprechende Abkommen definieren so etwas wie ein „NATO-Gebiet", in dem ein militärischer Angriff den „Bündnisfall", d.h. eine gemeinsame NATO-Kriegsführung auslösen würde. Sorry, aber das moderne Kriegsrecht kennt keinen Angriff, sondern nur noch die Verteidigung. Im Artikel 5 des Vertrages vereinbaren die Parteien, *„daß ein bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als Angriff gegen sie alle angesehen wird"*. Das soll zur Folge haben, daß jede Partei dem „Angegriffenen" Beistand leistet und *„die Maßnahmen, einschließlich Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen und zu erhalten."* Im Artikel 6 wird es noch präziser; dort wird der Bündnisfall ausgelöst durch einen Angriff *„auf das Gebiet einer der Parteien in Europa oder Nordamerika, (...) auf die Gebietshoheit einer Partei unterstehenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses."* Als die Türkei und Griechenland 1951 der NATO beitraten, wurde im Protokoll dazu festgestellt, daß auch ein Angriff auf Schiffe oder Flugzeuge der Parteien, *„wenn sie sich im Mittelmeer oder im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses befinden"*, als Bündnisfall anzusehen sei.

Dieses NATO-Gebiet bzw. diese Einschränkung war bei Gründung von den USA durchgesetzt worden. Die USA wollten damals jede Art von Automatismus vermeiden, über den NATO-Vertrag in irgendeinen der britischen oder französischen, belgischen, holländischen oder portugiesischen Kolonialkriege mit hineingezogen zu werden. Die NATO-Verträge schränken aber keineswegs das Gebiet ein, in dem die NATO gemeinsam militärisch operiert. Schon 1951 überlegte man, ob man für Operationen im Nahen Osten ein gemeinsames Oberkomman-

operiert. Schon 1951 überlegte man, ob man für Operationen im Nahen Osten ein gemeinsames Oberkomman-

do schaffen sollte. Nach dem Kriegsrecht kann jedes Land weltweit einen Angriff auf Schiffe oder Flugzeuge als Angriff auf das Land werten und sich verteidigen. Nach dem Prinzip der „Angemessenheit" sollen Grenzzwischenfälle oder Übergriffe erst nach einer gewissen Dauer oder Intensität einen militärischen Einsatz rechtfertigen. Hier könnten bzw. müßten, wenn die NATO-Partner das wollten, kollektive Verteidigungsregeln getroffen werden, in denen Vertragspartner etwa den gegenseitigen Schutz von Schiffen nicht nur von Fall zu Fall, sondern generell vereinbaren. Speziell von den USA, aber auch immer wieder von der rechten Presse, wenn es mal wieder opportun war, Kriegshetze zu betreiben, wurde die Ausweitung des NATO-Gebietes vor allen Dingen in die arabische Ölregion ins Spiel gebracht.

Wenn sich die BRD mit Hinweis auf das Grundgesetz einer Beteiligung am Flottenaufmarsch im Golf, den Einsatz von Kriegsschiffen außerhalb des NATO-Gebietes verweigerte, so ist das Unsinn. Das Grundgesetz schließt ebenso wie das heutige Kriegs- und Völkerrecht den Angriffskrieg aus. Im Grundgesetz hat sich die BRD als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches, das den zweiten Weltkrieg auslöste, wie alle Staaten das Recht auf Streitkräfte zu Verteidigungszwecken zugestanden. Dieses Recht wird im Grundgesetz in keinster Weise etwa auf das eigene Hoheitsgebiet, das NATO-Gebiet, bestimmte Seegebiete oder sonst etwas eingeschränkt. Die Bundeswehr schickt häufiger Flugzeuge, Pioniere oder Militärpersonal nach Afrika oder andere Länder der Welt. Das gilt im allgemeinen nicht als militärischer „Einsatz". Aber auch die militärische Einsatzplanung der Bundeswehr reicht über das Hoheitsgebiet der BRD hinaus. Das gilt nicht nur für die Marine, sondern auch Bundeswehrtruppen sind an der „NATO-Feuerwehr" beteiligt, die vor allem für militärische Einsätze in Norwegen und der Türkei aufgebaut worden ist.







Krieg am Golf als großes Geschäft

Der Golf ist derzeit der profitabelste Absatzmarkt für den Waffenexport. Aus über 50 Ländern, darunter zehn sozialistische Länder, fließt der Waffenstrom. (1) Die Hälfte der Exporteure dürfte gleich an beide Kriegsparteien liefern. (2) Der Iran und der Irak sollen jährlich je zwölf Mrd. Dollar für den Krieg ausgeben. Das entspricht in etwa dem gesamten Bruttosozialproduktes eines Landes wie Syrien, aber liegt unter den Ausgaben der BRD für die Bundeswehr. (3) Bezahlt werden die Waffen aus dem Ölgeschäft, wobei der Irak sich auch des Ölgeldes anderer Golfstaaten bedienen darf. Der Tankerkrieg zwischen dem Iran und Irak soll dem jeweiligen Gegner dieses Geschäft erschweren. Der Irak kann sich weitestgehend auf staatlich genehmigte Waffenlieferungen, vor allem aus der Sowjetunion und Frankreich oder Ägypten stützen, während der Iran nach dem offiziellen US-Embargo nach dem Sturz des Schah seine Waffen vor allem auf dem grauen Markt zusammenkaufen muß. (4) Wenn die offiziellen Waffenlieferbestimmungen in den meisten Ländern nur annähernd eingehalten würden, könnte der Krieg in dieser Form kaum weitergeführt werden. Als die USA kürzlich ein Waffenembargo insbesondere gegen den Iran im UN-Sicherheitsrat forderten, meinte die „Frankfurter Allgemeine": *„Wie sollen Leute ein Feuer löschen, das sie zum Teil selbst gelegt haben?"* (5) Und so zündeln alle kräftig weiter. Die NATO muß italienische Minen räumen; eine Exocet aus der Kopro-

(5) Und so zündeln alle kräftig weiter. Die NATO muß italienische Minen räumen; eine Exocet aus der Kopro-

duktion Frankreichs und der BRD schoß eine US-Fregatte zu Schrott, während die Toten das Eingreifen in diesen Krieg begründen sollen.

In diesem Artikel sollen einige Beispiele über die Waffenexporte in diesen Krieg aufgelistet und dargestellt werden, wie diese Schiebereien legal oder illegal betrieben werden.

Bestechung macht's möglich

Frankreich ist jahrelang der drittgrößte Waffenexporteur der Welt gewesen und nun hinter Großbritannien auf Platz vier gerutscht. 1986 gingen etwa 40% des Waffenexports in Höhe von 3,5 Mrd. Dollar in den Golfkrieg, vor allem an den Irak, der etwa ein Drittel der Waffen aus Frankreich bezieht. (6)(2)

Gegenüber dem Iran verhängte Frankreich bereits im Sommer 1980 ein Waffenembargo. Trotzdem hat jetzt auch Frankreich sein kleines „Irangate", denn zwischen 1983 und 86 gelangten etwa 500.000 Artilleriegranaten vom Kaliber 155 und 203 Millimeter, sowie 120.000 Sprengladungen im Gesamtwert von 790 Mio. Franc in den Iran. Selbst Mitterand soll in das Geschäft eingeweiht gewesen sein, die Sozialistische Partei soll 2,5 bis 3 Mio. Franc Provision kassiert haben. Am 28.2.86 hatte der Journalist Daniel Jubert in dem Blatt „La Presse de la Manche" einen Bericht und Dokumente über die Verladung dieser Waffen im Hafen Cherbourg auf den Frachter „Nicole" unter der Flagge Bahamas veröffentlicht. Zur Verladung waren eigens Iraner angereist. Kurz vor den Wahlen erstattete damals der sozialistische Verteidigungsminister Quilès Anzeige gegen den Firmenchef von Luchaire. Anfang November 87 veröffentliche der konservative „Figaro" den „geheimen" Untersuchungsbericht des Verteidigungsminsteriums. Danach hat die Regierung die Ausfuhr dieser Waffen genehmigt, wobei als Empfängerländer Jugoslawien, Portugal, Pakistan und Ecuador angegeben waren. Zumindest Portugal produziert solche Granaten selbst und Ecuador fehlen die Kanonen, um damit zu schießen. Außerdem, so der Bericht, sei sogar ein Teil der Kaufhausattentate in Frankreich in den Jahren 1985 und 86 mit Sprengstoffen dieser Art durchgeführt worden. Auf rund 100 Mio. Franc wird die Summe geschätzt, die insgesamt die u.a. iranische und italienische Vermittler dieses Waffengeschäftes eingestrichen haben. Die Firma Luchaire konnte ihren Umsatz verdoppeln. Jean-Francois Dubos aus dem Vorzimmer des damaligen sozialistischen Verteidigungsminsters Hernu ist die Schlüsselfigur in diesem Skandal, er soll den General vom Sicherheitsdienst mit einer Anfrage über den Verbleib der Waffen mit folgender Bemerkung abgewiesen haben: *„Verstehen Sie, Luchaire speist die Kassen der Sozialistischen Partei."* Der zuständige Firmenchef Falcoz bestreitet das kategorisch. Falcoz ist aber gleichzeitig der Schatzmeister der Sozialisten in Hernus Parteiregion. Mitterand soll am 21.5.1984 vom Admiral Lacoste, damals Chef des Abwehrdienstes (heute „Opfer" des Greenpeace-Skandals) auf das Waffengeschäft aufmerksam gemacht worden sein. Der Präsident habe ihn an Hernu weiterverwiesen. (7)(8)

Italien räumt eigene Minen

Italien räumt eigene Minen

Italien hat eine junge, vergleichsweise nicht allzu riesige Rüstungsindustrie. In 300 Firmen sind 85.000 bis 100.000 Menschen beschäftigt. Von einer jährlichen Produktion von 9.500 Mrd. Lire geht ein Viertel in den Export, der allein zwischen 1985 und 86 um 40% gestiegen war. In der internationalen Hitliste des Waffenexports nimmt Italien Platz sechs ein. Das italienische Staatsunternehmen CNR (cantieri navali riuniti) erhielt seit 1980 für 1,6 Mrd. Dollar irakische Aufträge für vier Fregatten und andere Kriegsschiffe und Ausrüstungen. Die Fregatten sind allerdings noch nicht ausgeliefert worden.

Waffenexporte Italiens unterliegen seit 1941 der militärischen Geheimhaltung. Waffenexporte sind von einem Komitee aus Funktionären des Auswärtigen, der Verteidigung, des Außenhandels und der Industrie zu genehmigen. Innerhalb von 60 Tagen muß die Ankunft im (offiziellen) Empfängerland vom Exporteur bestätigt werden. Gegenüber Libyen und Syrien besteht ein Embargo. Die politische Richtlinie, nicht an die kriegführenden Parteien im Golfkrieg zu liefern, wurde 1986, nachdem eine Reihe von Skandalen aufgeflogen war in den Rang eines Ausfuhrverbots erhoben.

Anfang Oktober wurden drei italienische Techniker, die im Irak Kraftwerke modernisierten, von kurdischen Rebellen entführt. Italien müsse den Kurden humanitäre Hilfe leisten und die Waffenlieferungen an den Irak einstellen, forderten die Rebellen. „Die Presse soll sich still verhalten", verlangte Ministerpräsident Goria. Zwar lagern die Fregatten für den Irak noch in Italien, aber Montedision konnte Produkte für das Nervengas an den Irak liefern. Der dafür Verantwortliche ging wegen einer rechtzeitig erlassenen Amnestie straffrei aus. Zwischen 1978 und 83 lieferte Italien Waffen im Wert von 410 Mio. Dollar an den Irak (von 17 Mrd. Dollar Waffeneinkäufen weltweit).

Italien liefert auch an den Iran, längst hat das Land sein „Irangate all'Italiana". Am 6. September hat die Justizbehörde 45 Haftbefehle ausgestellt, nachdem ein libanesischer Frachter im Golf von Bari mit Waffen und Drogen an Bord beschlagnahmt worden war. Soviel Seeminen kann die inzwischen in den Golf entsandte italienische Flotte gar nicht wegräumen, wie an den Iran geliefert worden sind. 30.000 Seeminen gelangten im vergangenen Jahr via Nigeria und Syrien in den Iran. Die Firma „Vasella Metalmeccanica" aus Brescia hatte bereits den Export weiterer zwei Millionen Minen vorbereitet. Die Firma gehört zu gleichen Teilen den Konzernen Borletti und Fiat. Der Firmenchef hält die Aufdeckung der Geschichte für ein „Komplott" eines Konkurrenten oder eines Landes, das seinen Kunden feindlich gesinnt sei. In diesem Waffengeschäft soll auch die Mafia drinstecken und früher soll die Gelli-Geheimloge ohne Schwierigkeiten Endverbraucherdokumente aus Südamerika beschafft haben. Für solche Schiebungen und Bestechungen und die Vermittlung dafür muß man rund 10 bis 20% des Waffenpreises ansetzen. Heute gelangen die Waffen über Israel oder Singapur in den Iran. Ende 1986 diskutierte das italienische Parlament schon einmal über die Waffenschiebereien. US-Waffen waren mit dänischen Schiffen auch über den italienischen Hafen Talamone in der Toskana in den Iran verschoben worden. Am 24.9. wurde Giuseppe Lupis an der Schweizer Grenze mit einem indonesischen Wechsel von 10

ben worden. Am 24.9. wurde Giuseppe Lupis an der Schweizer Grenze mit einem indonesischen Wechsel von 10

Mio. DM erwischt. Es wird gemunkelt, daß es sich um die Zahlung eines Teil dieser US-Waffen handele. Dieser Lupis, der sich selbst als „Provokateur" bezeichnete lieferte weitere Hinweise auf Waffenschiebungen.(9)(10)(11)

VOEST schießt gegen VOEST

In Österreich gibt es 185 Rüstungsfirmen mit 20.000 Arbeitskräften. Der Sprecher des österreichischen Verteidigungsministeriums erklärte dazu: *„Wenn ein neutraler Kleinstaat ja sagt zum Heer, muß er ja sagen zur Rüstungsproduktion. Und wenn er ja sagt zur Rüstungsproduktion, muß er auch ja sagen zum Waffenexport. Der Eigenbedarf ist viel zu klein für die hohen Entwicklungskosten."* Etwas anders drückte dies das Wiener Nachrichtenmagazin „Profil" aus (zitiert nach „Spiegel"): *„Der Spätankömmling im großen internationalen Waffenbasar landete bei widerlichen Diktaturen und Herrschaften, mit denen sich eine Staatsindustrie besser nicht zeigt und bediente sich bei den Geschäften ebenso widerlicher Vermittler. Steyr-Agent in Bolivien war lange Nazi-Verbrecher Klaus Barbie."*

1984 schloß die Firma Noricum, eine Tochter der staatlichen VOEST-Alpine, einen Vertrag über die Lieferung von 200 Kanonen mit einer Schußreichweite bis zu 40 km. Offiziell sollten die Kanonen in Libyen landen. Den ersten Hinweis, daß diese Kanonen für den Iran bestimmt waren, kabelte Österreichs Botschafter in Athen, Herbert Amry, ins Wiener Außenamt. Eine Woche später, am 11. Juli 1985, war er tot, er starb nach einem Cocktail an Herzversagen. Anfang 1986 wurde im Monatsmagazin „Basta" enthüllt, daß in einem jugoslawischen Hafen 40 Kanonen mit iranischen Bedienungsanleitungen entdeckt worden seien. Die Firma dementierte und die österreichische Regierung reagierte erbost, Innenminister Blecha nannte das *„fast einen Hochverrat"*. Im neutralen Österreich ist die Lieferung von Waffen an kriegführende Parteien untersagt. Das Geschäft wurde gestoppt, nachdem schon 140 Kanonen im Iran gelandet waren. Seit Mitte Juni sitzen fünf Mitarbeiter der Firma in Untersuchungshaft, im September wurde auch der Chef der Noricum verhaftet. Während einer Hausdurchsuchung in der Firma war ein Fernschreiben aus dem Iran eingetroffen, mit dem die überfällige Lieferung der elektronischen Feuerleitsysteme für die Kanonen angemahnt wurde. Das Kanonengeschäft sollte ursprünglich bis 1988 mit 300 weiteren Kanonen für 2,3 Mrd. DM weitergehen.

VOEST-Kanonen schießen nicht nur für den Iran, sondern auch für den Irak im Golfkrieg. Jordanien hatte sie offiziell bestellt. (12)(13)(14)(15)

Nobel-Preise für den Frieden — Waffen für den Krieg

Direktor Carlberg von „Nobel Industries" gab inzwischen zu, daß zwei Tochterunternehmen in illegale Kriegswaffengeschäfte verwickelt seien. 1983 begannen die Geschäfte von Dynamit Nobel und dem Iran. Die Bofors-Tochter Nobel baute im Iran eine Munitionsfabrik in der Wüste zwischen Shiraz und Isfahan. Daran waren auch US-Techniker mit bundesdeutschen Pässen beteiligt. Der Export von Kriegswaffen ist in Schweden prinzi-

US-Techniker mit bundesdeutschen Pässen beteiligt. Der Export von Kriegswaffen ist in Schweden prinzi-

piell verboten, kann aber in Ausnahmefällen genehmigt werden. Via Jugoslawien landeten von 1984 bis 86 200 oder sogar über 300 Tonnen Sprengstoff im Iran, 70 Robot-70 Luftabwehrraketen landeten statt in Singapur in Bahrein und Dubai und eine Munitionslieferung vermutlich im Iran. Insgesamt soll es um ein Geschäft von 200 Mio. Mark gegangen sein. Der Auftrag war über ein geheimes Kartell internationaler Munitionshersteller abgewickelt worden, darunter belgische, österreichische, finnische, niederländische, südafrikanische Firmen und die Dynamit Nobel aus der BRD. Sammellager für den Abtransport war Bremerhaven, der Endverladehafen Bandar Abbas im Iran, offizieller Empfänger war Kenia. Eine Anzeige einer schwedischen Friedensorganisation gegen Nobel brachte im Mai 1984 die Untersuchung ins Rollen. Inzwischen hat Schweden seine Richtlinien für den Waffenexport verschärft und verlangt eine Bestätigung des Empfängerlandes, die Waffen nicht weiter zu transferieren. Bei Verstoß sollen Exporte in solche Länder verboten werden. 18 Verfahren hat Bofors inzwischen am Hals, darunter ein Verfahren, weil die Firma für einen Kanonenauftrag für Indien 70 Mio. Mark Schmiergelder eingesetzt hatte.

Schwedische Kleinstschiffe aus Aluminium, zu klein für den Radar, mit 50 Knoten Geschwindigkeit zu schnell, um sie zu fassen, greifen seit dem April im Golf Tanker an. Weil es aber „zivile" Boote sind werden auch die letzten der 40 bestellten Schiffe legal ausgeliefert werden können. (16)(17)(18)(19)

10.000 Dollar für einen Toten

Mehrmals pro Woche landen in Kairo nach Einbruch der Dunkelheit irakische Lufttransporter vom Typ „Iljuschin 76" und laden Särge aus und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Waffenschiebung — ein Mordsgeschäft

Waffen ein. Im Krieg gefallene Ägypter bringen eine Abfindung von 10.000 Dollar. 25-30.000 ägyptische Militärexperten dienen freiwillig im Irak, zwischen 4.000 und 4.500 sollen sich in iranischer Gefangenschaft befinden.

Nach staatlichen Angaben beträgt der Gesamtwaffenexport Ägyptens 500 Mio. Dollar pro Jahr. Andererseits wird der Wert der Waffenlieferungen Ägyptens allein an den Irak seit Kriegsbeginn auf 2,5 bis an die fünf Mrd. Dollar beziffert. Ehe Moskau 1983 die Waffenlieferungen in den Irak wieder verstärkte, handelte es sich vor allem um Ersatzteile für sowjetische Waffen, seither vor allem um ägyptische Eigenprodukte, die in Kooperation mit Frankreich, Großbritannien und Brasilien hergestellt werden, darunter Artillerie- und Panzermunition, aber auch 80 Tucano-Schulflugzeuge, die mit einer brasilianischen Lizenz für den Irak produziert werden sollen. Nur die vom Irak gewünschte Lieferung von Napalm-Bomben soll Ägypten abgelehnt haben.

Nutznießer Spanien

1983 haben spanische Firmen für 280 Mio. Dollar Waffen an den Iran geliefert. Im Hafen von Barcelona wurden 1984 und 85 9.200 Tonnen Waffen eingeladen, in den ersten sechs Monaten 1987 sogar 5.883 Tonnen. Obwohl die Regierung keine Exportgenehmigungen erteilt, gelingt es den Waffenhändlern stets, ihre Ware unter Polizeischutz zu verladen. Auch der Irak ist mit Spanien zufrieden. Der Sprecher im Außenministerium Ahmed al-Guielani erklärte Spanien zum *,,Nutznießer''* dieses Krieges und Iraks Beziehungen zu Spanien seien *,,normal, mit Ausnahme der Waffenverkäufe an den Iran über Syrien und Libyen.''* Die USA benutzen Spanien einerseits für ihr Waffengeschäft und veranlaßten die Freilassung der Diplomaten Kibble und Oliveira, die mit Scheck aus dem Irangategeschäft in der Tasche erwischt worden waren, andererseits protestierten die USA im April 1984 gegen spanische Geschäfte mit Teheran. (22)

ANMERKUNGEN

(1) taz, 28.11.87
(2) Im Sipri-Jahrbuch 1987 ist ein Bericht dazu veröffentlich. Autoren sind M. Brzoska und Th. Olsen. Hier werden weniger Doppellieferer aufgeführt, aber danach sollen die BRD, Belgien oder Portugal gar keine Waffen an den Iran liefern. Zahlreiche Skandale sind gerade in jüngster Zeit aufgeflogen
(3) Blätter des IZ3W, Sept. 84 für den Iran; Spiegel 21.11.83 für den Irak; andere Quellen haben teilweise noch höhere Schätzungen.
(4) Michael Flittner: „Krieg als Geschäft", in rororo-Aktuell Nr. 12133
(5) FAZ, 5.11.87
(6) Kleine Zeitung, 14.7.87
(7) Spiegel, 9.11.87
(8) FR, 10.11.87
(9) Welt 12.3.85
(10) Basler Zeitung, 29.9.87
(11) FR, 21.10.87
(12) FR, 8.9.87
(13) FAZ 9.9.87
(14) Spiegel, 21.9.87
(15) SZ, 30.12.86
(16) FR, 28.3.87
(17) Zeit 27.3.87
(18) „Der Krieg am Golf", Informationsbroschüre des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg
(19) FR, 22.8.87
(20) FAZ, 9.11.87
(21) FR, 20.2.87
(22) Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 5.6.87



Iranische Revolutionsgardisten gegen US-Flotte

,,Die Bundesregierung hat dafür Sorge getragen, daß keine deutschen Waffen in den Iran und den Irak geliefert werden.''
(Hans-Dietrich Genscher am 7.7.84 im Parlament)

Auch jetzt, im Oktober 1987, erklärten angesichts einer Reise in fünf Golf-Staaten Vertreter des Außenministeriums erneut, man wolle in Bonn *,,an einer strikten Neutralität festhalten. (...) Die Bundesrepublik selbst liefere keine Waffen in die Staaten des Golfkriegs; bundesdeutsche Waffenlieferungen — sollten sie dennoch vorkommen — stellten gesetzwidrige Akte dar.''*

Vorsichtshalber sprach man sich dennoch gegen ein Verbot von Rüstungslieferungen aus, weil sich das im Effekt gegen den Iran richten würde. (1) Man nimmt also richtig an, daß die BRD gegen jedes einseitige Waffenverbot eintritt, weil sie das Waffengeschäft mit beiden Kriegsparteien betreibt. Dabei kann die BRD immer noch die Biedermannsmiene herauskehren. Es mangelt keineswegs an skandalösen Waffenlieferungen, sondern es mangelt hier an einer Öffentlichkeit, die daraus einen Skandal macht. Verteidigungsminister Wörner mag zwar im Bundestag Krokodilstränen weinen, weil die GRÜNEN von westlicher ,,Kanonenbootspolitik'' im Golf geredet hatten und er mag das Leben unschuldiger Matrosen beschwören, aber mehr als Heuchelei kann dabei nicht herauskommen. Denn Waffen ,,made in Germany'' durften im Golfkrieg zum zweiten Mal (diesmal vom Irak abgefeuert) auf einen NATO-Verbündeten und seine Matrosen ,,erfolgreich'' schießen. Die Waffe stammt aus einem Staatsbetrieb und das Geschäft war legal. Die europäische Waffenschieberzentrale des Iran soll inzwischen statt in London in Frankfurt oder Hamburg angesiedelt sein. Hamburg hätte Tradition, dort saßen schon die Argentinier im Falkland-Krieg. (2)

Zivile Waffen

Der einfachste Weg, Waffen in eine Kriegsregion zu schaffen — das soll in der BRD verboten sein — ist der, sie als ,,Zivilgüter'' zu deklarieren. Besonders erfolgreich war hier die bundesdeutsche Lastwagenindustrie. Sie lieferte von 1981 bis 85 Fahrzeuge im Wert von mehr als 6,3 Mrd. DM in den Irak und mehr als 6,1 Mrd. DM in den Iran. (3)(4) Allein in den Jahren 1981/82 waren das 10% der gesamten LKW-Produktion der BRD. (5)(6)

1982 wurden 400 Panzertransporter der Firma Faun über Bremen in den Irak verschifft. Sie verfügten über eine Schießluke, die die Firma als ,,Belüftungsklappe'' auswies. Sie hatten einen militärischen Tarnanstrich, Tarnbeleuchtung und die für's Militär vorgeschriebene Elektrik. (4) Das Bundesministerium für Verteidigung begründete die Ausfuhrgenehmigung damit, daß die LKWs nur dann unter den Rüstungsexport fallen würden, wenn sie *,,für militärische Zwecke besonders konstruiert''* seien. (7)

Die Firma Blumhardt lieferte ebenfalls im Jahre 1982 die Auflieger dazu, auf denen man Panzer transportiert. Weil der Auffahrwinkel bei der Bundeswehr 14° beträgt und er hier auf 18° erhöht worden war, konnte das Bundesamt für Wirtschaft seine Genehmigung erteilen.

Die Militärunimogs der Firma Daimler-Benz waren auch nicht ,,besonders'' für militärische Zwecke konstruiert; bei der Schießluke fehlte angeblich der Schießkranz für das Maschinengewehr. (4)

Die Firma Magirus malte auf 130 gefechtsbereite Geländetransporter vom Typ 130 M 7 den roten Halbmond (hier wäre es ein rotes Kreuz), um sie als Ambulanzen zu tarnen (8)

Schiebung über ein drittes Land

Wenn Waffen nicht zivil genug aussehen, dann muß ein drittes Land eingeschaltet werden.

1984 lieferte MBB sechs Hubschrauber an Österreich, das reichte sie in den Irak weiter. Damit sie auch als zivile Hubschrauber deklariert werden konnten, baute die Firma Denzel in Augsburg die Militärelektronik ein und nach dem Testen wieder aus und schickte sie per Extrafracht in den Irak. Als diese Schummelei aufgeflogen war, sagte das Wirtschaftsministerium eine Überprüfung zu. Mehr hörte man davon nicht. (9)

Rüstungskooperation

Die ganz scharfen Waffen läßt man lieber Frankreich oder andere Länder exportieren, und begnügt sich seitens der BRD mit einer Teilproduktion und einem Teilgeschäft.

Frankreich produziert die Exocet-Raketen, die sowohl im Falkland-Krieg als auch im Golf ihre Treffer verzeichneten. MBB, zur Hälfte in Staatsbesitz, baut dafür die Näherungszündmechanismen. Immerhin 300 Stück davon sind vom Irak bereits verfeuert worden. (10)

Euromissile aus Frankreich, das zur Hälfte MBB gehört, lieferte für vier Mrd. DM dem Irak 150 Roland-Flugabwehrsysteme. (11) Der Export taucht in keiner BRD-Statistik auf, sondern unter Waffenexport Frankreichs.

Auf die gleiche Weise erhielt der Irak 1981 30 Alpha-Jet-Erdkampfflugzeuge, die von der französischen Firma Dassault-Breguet gemeinsam mit Dornier produziert werden. 25 Angehörige der irakischen Luftwaffe wurden ab November 83 in der BRD ausgebildet. (12)

Die Bundesregierung könnte, wenn sie wollte, solche Waffenexporte verhindern: *,,Die Bundesregierung hat sich in ihren rüstungsexportpolitischen Richtlinien vorbehalten, zur Durchsetzung ihrer rüstungsexportpolitischen Ziele bestimmten Exportvorhaben des Kooperationspartners im Konsultationswege entgegenzutreten.''* (13) Sie kann *,,in Ausnahmefällen die Zulieferung (...) verweigern''*. (14) Darauf hat aber die Schmidt-Regierung gegenüber Frankreich in einem Geheimabkommen 1972 verzichtet, wie aus einem Rundschreiben für die Rüstungskonzerne offiziell bekannt wurde. (15) Die derzeitige Regierung erklärte ausdrücklich, sich an dieses Abkommen zu halten und schloß 1984 auch mit Großbritannien die gleiche Vereinbarung ab. (3)(4)

Lizenzproduktion in Drittländern

24 MBB-Hubschrauber BO 105 gingen mit einer Schweizer Kanone in den Iran. Die Panzerabwehrrakete ,,Hot'' dazu stammte aus dem Hause Euromissile (s.o.) Die Hubschrauber waren in Spanien von der Firma CASA in Lizenz montiert worden. Die Firma gehört zu 11% MBB. (4)

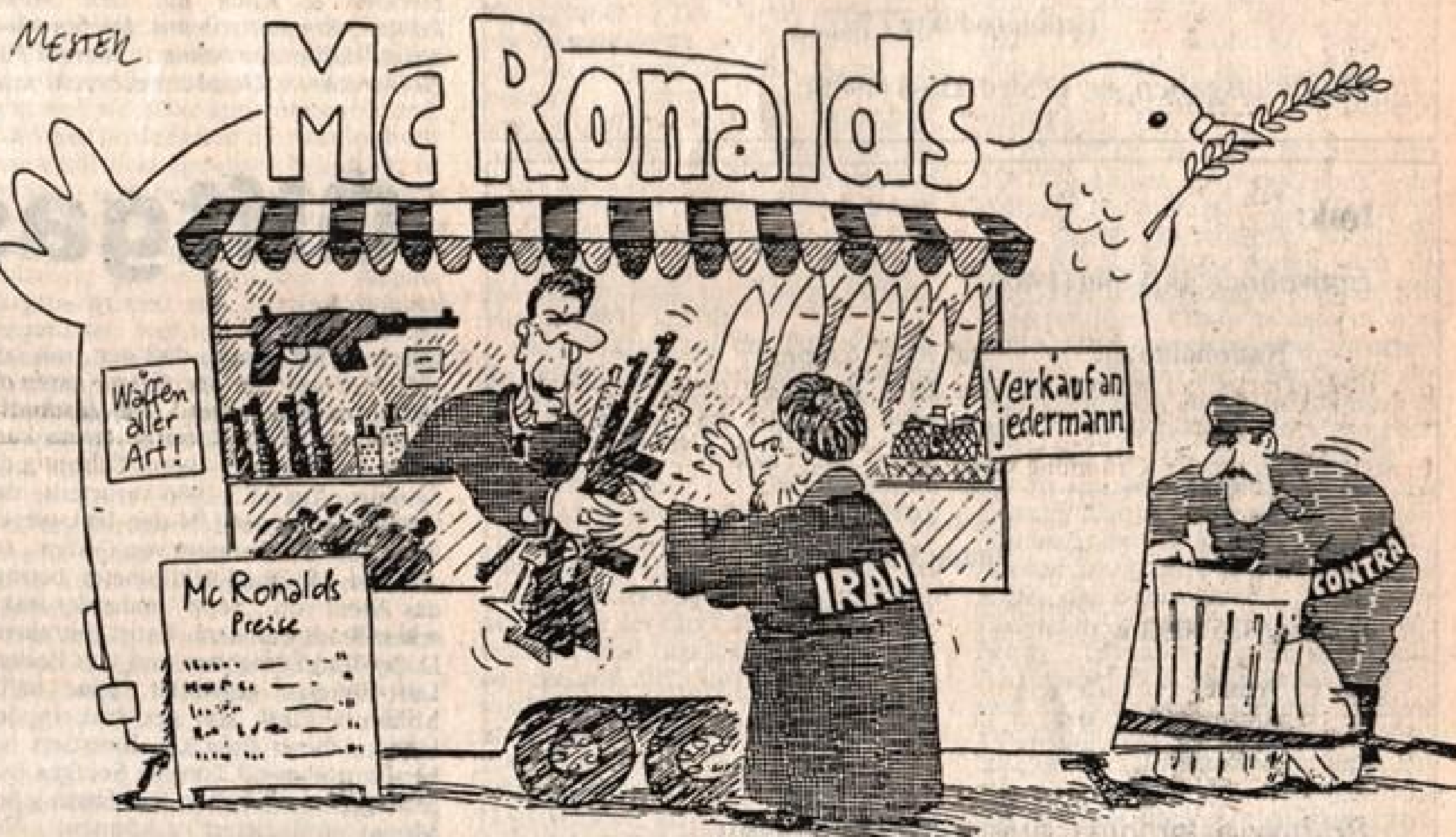
Über Argentinien wollte 1984 der Iran den Kampfpanzer ,,Marder'' von Thyssen-Henschel beziehen, d.h. den ,,Marder''-Umbau TAM (Tanque Argentino Mediano), der dort bis auf den Motor, das Getriebe und die Kanone produziert wird. Das Ergebnis der iranischen Bemühungen ist uns nicht bekannt, aber der Irak möchte diesen Panzer auch haben. (13)(16)(17)

Noch einfacher ist es beim G-3-Gewehr der Firma Heckler & Koch, hier ist die Lizenz schon zu Schah-Zeiten in den Iran verkauft worden. (6)

Die Lizenzvergabe für Waffenproduktion ist für *,,unproblematische Staaten''* genehmigungsfrei, aber auch hier könnte nach dem Gesetz das Verteidigungsministerium die Unterlassung verlangen. (18)

Schummeleien und Dementis

Eine andere Art von Geschäft macht Gerhard Mertins, Chef der Firma Merex. Er ist für die Vermittlung des TAM-Panzers zuständig (s.o.) und er vermittelt auch chinesische Waffenexporte und lieferte dafür eine Produktionsanlage für 120-mm-Kanonen, die der Leo II benutzt, nach China. Dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft hatte man das als Anlage *,,zur Glättung von Rohren''* verkauft. Nun hat er sich quasi selbst angezeigt, nachdem er die Lieferung von ,,Cobra''-Hubschraubern aus den USA über den Militärattachè des Iraks in Bonn vermittelt hatte. Die US-Firma läßt offen, ob sie nicht einen anderen Typ geliefert hat und will die 1% Provision (2,7 Mio. Dollar) an Mertins nicht zahlen.



,,Ich bin doch nicht blöde'', sagte Mertins, als jemand meinte, er habe sich mit der Anzeige selbst ans Messer geliefert. Der Verkauf von Kriegswaffen und auch die Vermittlung ist einerseits ,,ohne Genehmigung'' nicht statthaft bzw. in Spannungsgebiete verboten. Wer aber *,,unter Aufsicht oder als Beschäftigter eines anderen tätig wird''*, braucht keine Genehmigung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz. Und Mertins hat Erfahrung. Er stand nach Waffenlieferungen in den 60er Jahren, von Kampfflugzeugen aus Altbeständen der Bundeswehr an die gegeneinander Krieg führenden Staaten Indien und Pakistan, schon einmal vor Gericht. Die Sache war aufgeflogen, nachdem er die Steuern dafür zurückverlangt hatte. Und Mertins war schließlich Sieger im Prozeß, weil er mit Rückendeckung von Bundesregierung und Nachrichtendienst gehandelt hatte. Obendrein kassierte er fünf Mio. DM vom Bund für Rufschädigung wegen des Prozesses. (17)

1986 filzten Kontrolleure auf dem Frankfurter Flughafen den Inhalt von Kisten, die für den Iran bestimmt waren. Doch das Frachtgut der bundeseigenen Firma Fritz Werner schien harmlos zu sein. Es handelte sich um Lacke und Verdünner. Die Sache verlief im Sande, obwohl diese Lieferung für eine iranische Waffenschmiede bestimmt war. Die Firma war schon zu Schah-Zeiten Hoflieferant und lieferte Munitions- und Waffenfabriken für Pistolen, Gewehre und Maschinengewehre, für Infanterie-, Flak-, Mörser- und Artilleriegeschosse. Mehr als 300 Mitarbeiter der Firma waren im Iran tätig. Zum Schluß der Schah-Ära sorgte die Firma auch für Schlagstöcke mit Elektroschock und Handschellen. Nach dem Schah-Sturz purzelte der Konzern-Umsatz von 1,2 Mrd. auf 0,58 Mrd. DM. Doch mit dem Krieg ging es bald erneut bergauf, inzwischen sind wieder 100 Mitarbeiter im Iran tätig. Sie haben die Munitionsfabriken wieder flottgemacht. Ersatzteile, neue Maschinen und Waffenzubehör wurden an den Iran geliefert. Für den Diag-Chef Hammer *,,völlig übliche Geschäftsvorgänge''*. Die Firma Werner bot den Iranern per Kostenvoranschlag eine komplette Munitionsfabrik für 150 Mio. Schuß pro Jahr für 115 Mio. DM an. Was aus dem Handel geworden ist, wollte der Prokurist der Firma nicht verraten.

Zwar sind Schießgeräte und Munition ,,Kriegswaffen'', deren Ausfuhr in ein kriegführendes Land nicht genehmigt werden darf, aber nicht genehmigungspflichtig sind Maschinen zu deren Herstellung. Nach dem Außenwirtschaftsgesetz könnte der Export solcher Maschinen dennoch verboten werden, wenn die Regierung damit *,,eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhüten''* gedenkt. Im Juli 1984 teilte der parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Martin Grüner, den GRÜNEN auf ihre Anfrage hin mit: *,,,Die Firma Fritz Werner, Geisenheim' (...) betreibe ,das Geschäft zur Errichtung kompletter Anlagen für die Fertigung von Munition und Waffen' seit ,mehreren Jahrzehnten'. Auch deshalb kenne die Geschäftsleitung ,die im Zusammenhang mit Rüstungsexporten zu beachtenden gesetzlichen Vorschriften (...) genau'''* (19). Gefragt war aber nicht nach der Gesetzeskenntnis der Firma sondern nach ihrer Praxis. Über das Geschäft verweigert die Bundesregierung mit Hinweis auf *,,Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse''* die Auskunft. Allerdings kann der Spiegel (19) deren Höhe angeben: Die Iraner hätten im ersten Quartal 1986 für 49 Mio. DM geordert, während die Iraker mit 163.000 DM bescheidener waren. Dazu muß man aber wissen, daß Fritz Werner eine weltweite Kartellabsprache mit der französischen Firma Manurhin eingegangen ist und im Irak dürfte der französische Partner dann das größere Geschäft tätigen.

Die Firma MBB hat dem Iran die Lieferung von 12 Militärtransportern des Typs Transall und den Lizenzbau des Flugzeuges, sowie ein ,,umfassendes Programm'' für die Weitergabe von Know-how zugesagt. Erste Berichte dazu gab es bereits Anfang des Jahres. (4) Ende September legten in Paris die Volksmudschaheddin Dokumente über die Abmachungen vor. Der Konzernsprecher von MBB erklärte dazu, daß die Verhandlungen 1985 *,,in Übereinstimmung mit der Bundesregierung''* abgebrochen worden seien, während der Sprecher des Wirtschaftsministeriums in Bonn von gar nichts wußte. (20) Im Januar hatte die Firma noch erklärt, daß die Bundesregierung sogar eine Genehmigung für den Fall der Beendigung des Krieges in Aussicht gestellt habe. (21)

Wenn die vier U-Boote, die HDW für den Iran baut — sie waren schon 1978 vom Schah in Auftrag gegeben worden —fertig sind, bekommt sie der Iran, meint der zuständige Bundessicherheitsrat, wobei er davon ausgeht, daß dann der Krieg zuende sein wird. Andernfalls sollen die U-Boote in der BRD aufbewahrt werden. (22)

Fortsetzung nächste Seite

Angaben zu den am Krieg beteiligten Ländern

Iran:

Einwohner: 40,5 Mio. (1982)

Nationalitäten:	über 50 %	iran. Perser
	ca. 20 %	Aserbeidschaner
	ca. 16 %	Kurden
	ca. 5 %	Araber
	ca. 2 %	Turkmenen
	ca. 1 %	Belutschen
Religion:	ca. 75 %	Schiiten
	ca. 18 %	Sunniten
	2–3 %	Christen, Juden und Baha'i

Fläche: 1.648 000 km²

Wüste:	etwa 40 %
Weide:	etwa 27 %
Ackerland:	10 %

Bruttosozialprodukt: 70 Milliarden US-$ (1982)

Erwerbstätige:

Land- und Forstwirtschaft:	40 %
Industrie:	32 %
Dienstleistungen, Handel u. Verkehr:	28 %

Import: 16 Milliarden US-$ (1983)

Export: 15 Milliarden US-$ (1983)

Exportgüter: Erdöl ca. 89 %
Erdölprodukte 7 %

Militärausgaben: ca. 12 Mrd. US-$ (1985)

Irak:

Einwohner: 14,5 Mio (1982)

Nationalitäten:	ca. 70 %	Araber
	ca. 28 %	Kurden
	knapp 2 %	Türken
Religion:	über 50 %	Schiiten
	ca. 45 %	Sunniten
	knapp 3 %	Christen

Fläche: 435 000 km²

Wüste:	75 %
Weide:	9 %
Ackerland:	12 %

Bruttosozialprodukt: 40 Milliarden US-$ (1980)

Erwerbstätige:

Land- und Forstwirtschaft:	43 %
Industrie:	25 %
Dienstleistungen, Handel u. Verkehr:	32 %

Import: 20,5 Milliarden US-$ (1982)

Export: 10 Milliarden US-$ (1982)

Exportgüter: Erdöl über 95 %

Militärausgaben: ca. 12 Mrd. US-$ (1985)

Quellen: dtv-perthes Weltatlas Bd. 1 Naher Osten 1977
Gérard Chaliand: Kurdistan und die Kurden I, Göttingen 1984
Nohlen/Nuscheler, Handbuch der 3. Welt, Bd. 6, Hamburg 1983
Fischer Weltalmanach 1985
eigene Berechnungen

Fortsetzung von vorheriger Seite

Im Auftrag dänischer Reeder fuhr im Februar 87 die bundesdeutsche ,,Gretl'' mit 1.400 Tonnen portugiesischen Mörsergranaten in Richtung Iran. Die ÖTV hatte Tips bekommen, darunter von irakischen Beobachtern bei der Verladung in Setubal. Die Hamburger Staatsanwaltschaft ordnete die Durchsuchung und die Beschlagnahmung der Waffen an. Der Anwalt der Reederei meinte gegenüber ÖTV-Vertretern, daß man doch ,,froh sein'' könne, eine ,,so gute Ladung transportieren zu können'', aber ansonsten wußte die Reederei rein gar nichts, nicht einmal den Standort des Schiffes kannte sie. Per Funk wurde die ,,Gretl'' zum Anlaufen eines Hafens aufgefordert, besser gesagt vorgewarnt. Als man das Schiff erwischte, war die Ladung nicht mehr drauf. Man vermutet, daß sie bei Gibraltar auf hoher See umgeladen worden ist.

Im norditalienischen Savona beschlagnahmten im Oktober 87 Zöllner und Finanzpolizei an Bord des Frachter ,,Fathulkhair Doha'' (aus Quatar) 14 Tonnen Waffen aus der BRD, die wohl für den Irak bestimmt waren, obwohl als Zielland Dubai angegeben war. Vier Angehörige der irakischen Armee waren auf dem Schiff festgenommen worden. In der Ladung waren 350 Maschinengewehre der Firma Heckler & Koch, außerdem Ersatzteile und elektronisches Zubehör. ,,Bild'' vermutete Nachtsicht-Zielfernrohre, die aus Hessen stammen. Das Schiff war vorher unter anderem in Hamburg und Bremen beladen worden. Der Sprecher von Heckler & Koch erklärte dazu: ,,*Vieles, was unter dem Namen Heckler & Koch auf den Markt kommt, ist nicht von uns. Ich bin überzeugt, daß unser Name in diesem Fall zu Unrecht ins Gespräch gebracht wurde.*'' Eine neue Variante für den Waffenexport, bzw. eine Möglichkeit für die Fahnder, Heckler & Koch ungeschoren davon kommen zu lassen, denn in sowas hat die BRD Übung.

Als via Bremerhaven 1984 1,6 Mio. Kilo Sprengstoff und Muniton von Dynamit Nobel aus Schweden und der BRD und von einer niederländischen Firma verschifft worden waren, gab es in Schweden und den Niederlanden einen großen Skandal und intensivere Nachforschungen der Behörden. Auch in der BRD wurde Strafantrag gegen Dynamit Nobel gestellt. Erst wurde die Anzeige an die Bonner Staatsanwaltschaft geschoben und dann wieder zurück nach Bremerhaven. Der Staatsanwalt dort prüft nun wieder, ob er ermitteln soll. (25)

Von einer Verurteilung wegen irgendeines solcher Geschäfte ist der Redaktion nichts bekannt. Als im September der Iran einen britischen Tanker in Brand geschossen hatte, wurde in London die Schließung eines iranischen Büros für den 8.10.87 verfügt, das als das zentrale Waffenbeschaffungsbüro des Iran galt und Waffen im Wert von acht Mrd. Dollar beschafft haben soll. Die ,,Sunday Times'' berichtete mit Berufung auf CIA-Kreise und Bonner Diplomaten und Beamte, daß das Büro nun nach Hamburg oder Frankfurt, also in die BRD, verlegt würde. Der in Paris lebende iranische Ex-Präsident Bani Sadre meinte, es gebe solche Büros schon in diesen Orten, außerdem noch ein weiteres in Düsseldorf. Tatsächlich war die Belegschaft des Londoner Büros nach ersten Schwierigkeiten mit der Londoner Regierung im vergangen Jahr bereits von 80 auf 30 Mitarbeiter reduziert worden. Die iranischen Vertreter in der BRD erklärten dazu: ,,*Wir wissen von nichts*''. Und die BRD-Behörden erklärten, daß ein solches Büro in der BRD aufgrund des Kriegswaffenkontrollgesetzes keine Chance habe, offiziell zu arbeiten. (26) Aber darum ging es ja auch nicht. Die ,,Sunday Times'' hatte behauptet, ,,*Bonn sei angeblich dazu bereit, den aus London umsiedelnden Waffenschiebern diplomatischen Status einzuräumen und vor ihren zukünftigen Aktivitäten schlicht die Augen zu verschließen*''. (27)

ANMERKUNGEN

(1) FR, 16.10.87
(2) s. AK 271, S.2, vom 2.6.86 und AK 273, S. 18, vom 25.8.86
(3) Jürgen Reents, ,,Wer braucht, der kriegt'', Konkret 1/87
(4) Anmerkung (3) und einige weitere sind hier der BUKO-Broschüre ,,Der profitable Krieg'' vom März 1987 entnommen
(5) Handelsblatt, 6.4.82
(6) Anmerkung (5) und einige weitere sind hier zitiert nach Michael Flitner: ,,Krieg als Geschäft — Waffenexporte in Iran und Irak''; aus: Iran — Irak, rororo-Aktuell Nr. 12133
(7) schriftliche Antwort des Bundesministeriums für Verteidigung vom 25.8.82
(8) Spiegel, 11.7.83
(9) Stern 7/8, 1984
(10) SZ, 19.8.85
(11) Spiegel, 21.11.83
(12) dvz/die tat, 27.1.84
(13) Bundestagsdrucksache 10/1336 vom 17.4.84
(14) Der Bundesminister für Verteidigung am 7.7.83
(15) Helmut Lorscheid in Forum Europa 3/84
(16) Neue Ruhr Zeitung, 11.2.86
(17) Spiegel, 23.3.87
(18) BT-Drucksache 10/1915, 29.8.84
(19) die Werner-Story ist dem Spiegel vom 4.5.87 entnommen, s. dazu auch die Informationsbroschüre des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg: ,,Der Krieg am Golf''
(20) FR, 1.10.87
(21) SZ, 5./6.1.87
(22) Wehrdienst 965/84, 19.11.84
(23) taz, 14. und 19.2.87, Bild, 4.11.87
(24) Bild, Hamburger Abendblatt, 19.10.87
(25) s. Broschüre des Komitees unter Anmerkung (19)
(26) Welt, 29.9.87
(27) taz, 29.9.87

Giftgas aus der BRD

Der Iran behauptet, daß der Irak seit 1980 Giftgas an der Front einsetze. 1984 bestätigte eine UN-Beobachtergruppe den Einsatz chemischer Waffen, darunter von Tabun und Senfgas. Am 23.3.1986 verurteilte der Sicherheitsrat der UN den Irak wegen fortgesetzten Einsatzes von Giftgas. (1)

Rund 25 Quadratkilometer beträgt das Areal von ,,Sepp'' nahe der irakischen Stadt Samarra. Es ist mit einem Doppelzaun umgeben und von Boden-Luft-Raketen geschützt. Eine halbe Milliarde Mark soll der Irak in den Umbau dieser Fabriken investiert haben, um über 60 Tonnen Senfgas und je vier Tonnen Tabun und Sarin jeden Monat produzieren zu können. ,,*Nur um während der Dattelernte Schädlinge zu bekämpfen*'', behauptet Iraks Botschafter in Bonn. (2) Bereits im März 1984 beschuldigte die ,,New York Times'' die hessische Firma Pilot Plant GmbH, ein Tochterunternehmen der Karl Kolb GmbH in Dreieich bei Frankfurt, einen Großteil der Anlagen für die C-Waffen-Produktion geliefert zu haben. Die Firma dementierte und behauptete, daß man mit ihren Anlagen kein Nervengas herstellen könne, die Bundesregierung schloß sich an. (2) Auf Druck des CIA wurde die Verschiebung weiterer Anlagen von der Bundesregierung untersagt, aber gleichzeitig wurde der Firma ein Persilschein ausgestellt, denn Experten, u.a. vom TÜV, erklärten, daß es ,,*zu gefährlich*'' sei, mit diesem Gerät Giftgas herzustellen. (3) Im April 1984, nach den ersten Anschuldigungen gründeten die Ehefrauen der Preussag-Mitarbeiter Holzer und Leifer mit dem Hamburger Elektrogroßhändler Krauskopf die Firma W.E.T., die tonnenweise Chemikalien und Anlagen in den Irak schaffte. Am 30.8.85 ging bei der Preussag Hannover, adressiert an Holzer plötzlich ein Fernschreiben ein, daß einen weiteren Irak-Versand ankündigte. Durch diesen Irrläufer wurde die Sache publik. (2) Obwohl Oberst Ulrich Imobersteg, Chemiker und Leiter der Abteilung C-Waffen-Verteidigung in der Schweiz und Mitglied der UNO-Kommission, erklärte, daß es für den Irak kein großes Problem sei, mit den vorhandenen Anlagen Senfgas zu produzieren, sah das Kasseler Finanzgericht das anders und erlaubte der Firma weitere Exporte. Allerdings ging das Verfahren erst einmal in die zweite Instanz. (2) Außerdem untersagte ein Gericht der ,,Gesellschaft für bedrohte Völker'', den Vorwurf zu wiederholen, daß die Firma Kolb durch ihre Lieferungen, die irakische Giftgasproduktion mit ermöglicht habe. (4)

ANMERKUNGEN

(1) aus der Broschüre ,,Der profitable Krieg — Iran-Irak''; herausgegeben vom BUKO
(2) Stern 19.2.87
(3) ami 4/85
(4) taz, 29.9.87



Die Trauer um die Opfer — Zivilbevölkerung nach irakischem Bombenangriff

Atomexporte der BRD in den Irak und Iran

Die Firma Nukem hat an den Irak 1979 ,,Heiße Zellen'' geliefert, in denen ferngesteuert radioaktive Substanzen bearbeitet werden können. Außerdem wollte Nukem 13 Tonnen angereichertes Uran liefern. Ob diese Lieferung nach der Bombardierung des Atomforschungszentrums Osirak durch Israel ausgeführt wurde, wurde im ,,Spiegel'' (1) bestritten und in der ,,atommüllzeitung'' (2) bestätigt. Daß im Irak der Atomausbau weiter betrieben wird, bestätigten Festnahmen aus den Reihen eines internationalen Händlerringes, der 1000 kg Uran und 34 kg Plutonium an den Irak verkauft haben soll. (3)

Am 1.7.75 begann der Bau von zwei AKWs in Busher im Iran durch die KWU. Der Bau sollte 10 Mrd. DM kosten. (4) Der Schah hatte außerdem eine Absichtserklärung für den Bau weiterer vier AKWs abgegeben. (5) Nach dem Sturz des Schah wurde das Abkommen gekündigt, nachdem 5 Mrd. DM bereits verbaut waren. Der Iran forderte 1,7 Mrd. DM zurück. Stattdessen erhielt die KWU 85 Mio. DM Ausfallbürgschaft der Hermes-Kreditversicherungsanstalt. 1982 gab es einen Vergleich mit dem Iran und den Auftrag an die KWU, den Weiterbau dieser Anlagen, die mehrfach unter irakischem Beschuß gelegen hatten, zu prüfen. (6)(7)(8)

Der Weiterbau geriet erst kürzlich wieder in die Schlagzeilen, weil aus Italien Dampferzeuger für das AKW in den Iran geliefert werden sollten, und Arbeiter der Firma Ansaldo, die diese Anlagen im Auftrag der KWU produziert hatte, versuchten, die Auslieferung durch Blockaden zu stoppen. Die Dampferzeuger sind schon seit sechs Jahren fertig und gehören laut KWU bereits dem Iran. Italien habe der KWU 1986 die Auslieferung zugesichert. Nach einer Parlamentsdebatte in Italien wurde die Auslieferung in den Iran nun doch erst einmal gestoppt und nun muß die Bundesregierung sich zum Thema äußern. Zur Beruhigung der Gemüter behauptet hier die KWU, daß für die Inbetriebnahme wichtige und bereits fertiggestellte Komponenten in der BRD lagerten, weil für sie ,,*keine Exportgenehmigung vorliegt*''. (9) Man wird ganz sicher wieder davon hören, spätestens wenn das AKW fertig ist.

ANMERKUNGEN

(1) Spiegel, 28.4.80
(2) Atommüllzeitung, Mai/Juni 1982
(3) taz, 7.6.84
(4) SZ, 13.6.79
(5) FAZ, 26.2.77
(6) Spiegel, 7.5.84
(7) Weserkurier, 26.4.84
(8) Die Zitate aus den Anmerkungen (1) bis (7) sind der Broschüre ,,Der profitable Krieg — Iran-Irak'' entnommen, die der BUKO herausgegeben hat
(9) nach taz, 29.10.87



Verblüfft

Israel hat niemals Waffen an den Iran verkauft.

Die Waffen, die Israel niemals an den Iran verkauft hat, wurden auf Verlangen der USA verkauft.

Das Verlangen der USA wurde von Israel in Gang gebracht.

Die USA erfuhren erst kürzlich, daß sie von einem a) an sie gestellten oder b) von ihnen gestellten Verlangen wußten.

Das ganze Geschäft wurde arrangiert von Präsident Reagans „rechter Hand", Sicherheitsberater John Poindexter, dessen Name bezeichnenderweise im Altfranzösischen rechte Faust bedeutet. Die linke Faust wußte offensichtlich nicht, was die rechte Faust tat.

Auf gar keinen Fall hat der Iran Waffen vom zionistischen Feind erhalten.

Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß die Aguda niemals Waffen an den Iran verkauft hat.

Die Gewehre, Raketen und Artilleriegranaten, die Israel dem Iran nicht verkauft waren, waren rein defensiv.

Der Iran ist entschlossen, sich selbst zu verteidigen, bis Iraks Präsident Hussein zu Tode verteidigt ist.

Iraks Präsident Hussein hält aber sehr brav aus, danke schön, wegen der Waffen, die er von Israel bekommt.

Israel hingegen verkauft keine Waffen an Irak, weil es vollauf damit beschäftigt ist, dem Iran keine Waffen zu verkaufen.

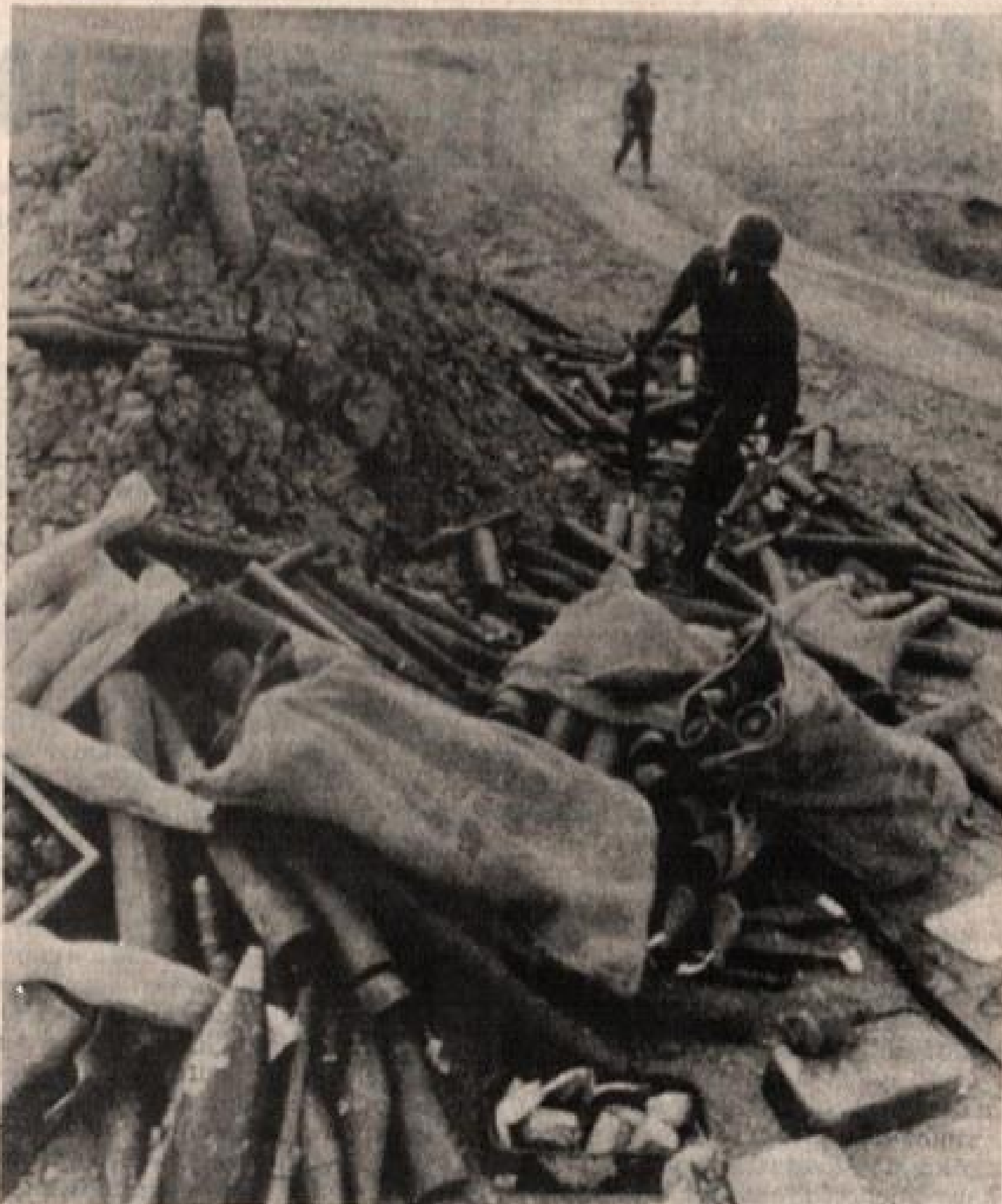
Außerdem hat Israel an einer Verewigung des Golfkriegs kein Interesse.

Andererseits ist es für Israel nicht ohne Interesse, zu beobachten, was die Iraner und die Irakis miteinander machen.

Alle fraglichen Waffen wurden von den USA produziert, obwohl sie in Israel hergestellt wurden.

Die amerikanischen Waffen, die Israel dem Iran nicht verkauft hat, wurden auf holländischen Frachtern transportiert; dazu gehörten mehrere Schiffsladungen Waffen, die aus der Zeit vor Reagans Aufforderung datierten. Diese Waffen sind als „antizipatorisch" bekannt und dienen dazu, nachfolgende Lieferungen von Ersatzteilen zu begründen.

Es ist ungenau, den Transfer von Waffen und Ersatzteilen als „Verkauf" zu bezeichnen, denn auch wenn mehrere Hundert Millionen Dollar den Besitzer wechselten, hat weder jemand etwas erworben noch etwas verkauft.



Gewaltige Materialschlachten — ermöglicht durch Waffenexporte in das Kriegsgebiet

Das Geld, das Israel von den Saudis für die Lieferung der Waffen an den Iran bekam, wurde sofort auf einem Schweizer Bankkonto deponiert. Israel, das einfach eine Neigung zur Geschäftigkeit hat, gewann durch die Verkäufe keinen Pfennig.

Das Schweizer Bankkonto wurde von der CIA verwaltet, um Waffen an Nikaraguas regierungsfeindliche Contra-Rebellen zu liefern.

Gewisse israelische Waffenhändler waren überrascht, daß sie auf den Bermudas verhaftet wurden, weil sie a) glaubten, für den CIA zu arbeiten, und weil sie b) meinten, sie seien in Nikaragua.

Israel hat niemals Waffen oder Bargeld an die regierungsfeindlichen Contras geliefert, weil Israel nur regierungs*freundliche* Rebellen fördert.

Sowohl die anti-Contras wie die pro-Sandinistas bestreiten, jemals Waffen oder Bargeld von Israel erhalten zu haben, weil sie beide antizionistisch sind.

Woher beide Seiten die Munition für ihre Galil Sturmgewehre bekamen, ist unklar — vermutlich von den pro-Aguda-Kräften — aber es ist bekannt, daß die nikaraguanische Armee von Kubanern geleitet wird, die in Angola ausgebildet und von der Sowjetunion ausgerüstet wurden, und Israel ist Hauptwaffenlieferant der Sowjetunion in Afghanistan.

Präsident Reagan hat kein Interesse, Waffen gegen Geiseln zu tauschen, denn falls eine Geisel freigelassen wird, ist sie keine Geisel mehr, während Waffen, durch wieviele Hände sie auch gehen, immer Waffen bleiben. So leicht kann man Republikaner nicht anscheißen.

Die vom Iran unterstützten Schiiten hielten im Libanon französische Geiseln gefangen, weil der von Syrien un-
nielten im Libanon französische Geiseln gefangen, weil der von Syrien un-
terstützte Bruder des Palästinensers, der das El Al Flugzeug in Heathrow sprengen wollte, in Westdeutschland wegen des Bombenanschlags auf eine von US-Soldaten besuchte Disko inhaftiert war.



Obwohl die Schiiten fleißig Palästinenser im Libanon töten, waren sie bereit, in diesem Fall der PLO zu helfen, weil Israel der Hauptwaffenlieferant Frankreichs ist.

Syrien unterstützt den Terrorismus nicht und schickt jedem sofort einen Mechaniker, der so etwas auch nur anzudeuten wagt.

Israel liefert keine Waffen an Sri Lanka, obwohl ein gewisser hoher israelischer Offizier dort kürzlich eine überraschende Zwischenlandung machte, um einen beträchtlichen Scheck einzusammeln.

Der Scheck wurde auf dem Schweizer Bankkonto einer gewissen Anne Henderson Pollard deponiert, die — wie man sich erinnern wird — kürzlich dabei beobachtet wurde, daß sie gegen die Tore der chinesischen Botschaft in Washington hämmerte.

Die Chinesen blieben unerforschlich schweigsam zu der gesamten Waffenaffäre. Das liegt daran, daß Sie-wissen-schon-wer der Hauptwaffenlieferant der Volksrepublik ist.

Gleichzeitig wußte das irische Mädchen nicht, was in ihrem Fluggepäck war. Als Irin wußte sie nicht einmal, daß sie schwanger war.

Es ist lehrreich, daran zu erinnern, daß Israels Atomwaffen nicht existieren, aber wenn man Fotos von ihnen veröffentlicht, existiert man auch nicht.

Israel verhielt sich so, wie es sich verhielt, a) weil Big Ron es darum bat, b) aus Sorge um gefährdete jüdische Bevölkerungsgruppen in Iran, Irak, Syrien, Sri Lanka, Saudi-Arabien, China und der Sowjetunion. Die gefährdete jüdische Bevölkerung Israels soll sich wie üblich selbst um sich kümmern.

Außerdem ist die Erde flach, schwarz ist weiß, oben ist unten, links ist rechts, richtig ist falsch, und wir hatten in den letzten Wochen so viel zu lachen, daß es nicht lustig ist. Klar?

(„Jerusalem Post", 13.12. 86)

Intervention vorbehalten

Türkei im Golfkrieg

Die Türkei versteht sich nicht nur als „Eckpfeiler der NATO", sondern auch als wichtigste Regionalmacht im Mittleren Osten. Mit diesem Anspruch tritt sie ihren Nachbarn Syrien, Iran und Irak entgegen. In diesem Sinne räumt die NATO der Türkei durchaus auch einen Handlungsspielraum ein: *„Gerade der Versuch aber, in der Region eine Rolle zu spielen, die nicht mit dem Stigma der Paktgebundenheit gebrandmarkt ist, dürfte die Türkei langfristig als westlichen Außenposten wertvoller machen als eine Politik im Namen der westlichen Mächte, die den Konfliktstoff in der Region nur erhöhen könnte"* (Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, zit. nach: J. Roth: Im Würgegriff der NATO, in: Alternative Türkeihilfe (Hg.): Militärs an der Macht, Herford 1983, S. 2)

Gegenüber den USA und ihren westeuropäischen NATO-Verbündeten haben türkische Strategen immer wieder zu verstehen gegeben, daß sie bereit und am allerbesten in der Lage seien, wichtige Funktionen des imperialistischen Krisenmanagments selbst zu übernehmen: *„Die Türkei hat ernstliche Zweifel daran, ob die RDF* (schnelle Eingreiftruppe der USA, Anm. AK) *nützlich wäre gegen ‚low level'-Konflikte, egal, ob indirekte sowjetische Initiativen beteiligt sind oder nicht. Die Länder der Region sind besser geeignet, mit solchen unvorhersehbaren Fällen umzugehen"* (Ali L. Karaosmanoglu: Turkey's Security and the Middle East, in: Foreign Affairs, Herbst 1983, S. 170)

Im Golfkrieg hat die Türkei bisher im wesentlichen „Neutralität" gewahrt — was konret bedeutet, daß sie seit Jahren an beide Seiten von der Uniform bis zum Leichentuch alles liefert, was zum Sterben am Golf gebraucht wird. (Auf den enorm ausgeweiteten Handelsbeziehungen zu den Kriegsparteien beruht ein wesentlicher Teil des „Wirtschaftswunders", das gemeinhin dem Genie des türkischen Ministerpräsidenten Özal zugeschrieben wird.) Eine rege und nicht ungeschickte Diplomatie zwischen den Kriegsparteien wie auch gegenüber anderen arabischen Staaten hat der Türkei soviel Ansehen verschafft, daß sie nach 1980 (als erstes NATO-Land) den Vorsitz der Konferenz Islamischer Staaten einnehmen konnte.

Nichtsdestotrotz hat Ankara angekündigt, im Falle einer Niederlage Saddam Husseins im Nordirak einzumarschieren und die (angeblich schon immer eigentlich türkischen) Ölprovinzen Kirkuk und Mossul heim ins Reich zu holen. Bereits 1983 hat sie sich in dieser Frage bei den USA rückversichert (vgl. New Statesman, 15.7.83), und Anfang 87 waren Kirkuk und Mossul Gegenstand breitester öffentlicher Erörterungen und einer allgemeinen Kriegsstimmung. Mit dem Luftwaffenangriff auf kurdische Dörfer im Nordirak Anfang März 87 hat die türkische Regierung gegenüber dem Iran und den mit ihm verbündeten irakisch-kurdischen Organisationen ihre Interventionsbereitschaft unterstrichen (vgl. AK 280). Auch wenn als Vorwand für den Überfall eine angebliche PKK-Aktion diente, handelte es sich eindeutig um einen Entlastungsangriff für den Irak, der durch die Kervela-Offensive auf Basra schwer bedrängt war. Entsprechend war die Aktion propagandistisch vorbereitet worden und fand quer durch das politische Spektrum der Türkei die Unterstützung aller parlamentarischen Kräfte.

Zugleich profilierte die Türkei sich durch diesen Angriff erneut als regionale Ordnungsmacht gegenüber dem kurdischen Befreiungskampf. Bereits seit 1983 besteht ein Abkommen mit dem Irak, das ein Eindringen türkischer Streitkräfte in irakisches Territorium zur Verfolgung kurdischer Widerstandskämpfer erlaubt. Eine ähnliche Vereinbarung soll es mit Iran geben. Das jüngste Bombardement, bei dem zweihundert Menschen starben, war der blutige Höhepunkt solcher „Vergeltungsaktionen".

Unter allen Umständen sollte verhindert werden, daß durch die Kriegsentwicklung, konkret durch ein entscheidendes iranisches Vorstoßen auf Basra ein „Machtvakuum" im Nordirak entsteht, das womöglich den dort relativ starken kurdischen Organisationen das Ausrufen eines eigenen Staates erlauben könnte, denn natürlich hätte ein Erfolg der Kurden in Irak gewichtige Rückwirkungen auf die Auseinandersetzungen in Türkisch-Kurdistan.

Dort wird der Bürgerkrieg mit unverminderter Härte geführt. Derzeit wird der gesamte Südosten des Landes militärisch ausgebaut. Während überall neue Panzerrollbahnen, Flugplätze und Militärkrankenhäuser entstehen, erfolgt zugleich eine systematische Entvölkerung des Grenzstreifens, massenhafte Deportationen der Bewohner ganzer Siedlungen in die Westtürkei oder Zusammenfassung der kurdischen Bevölkerung in sogenannten „Sammeldörfern" (nach dem Vorbild der strategischen Dörfer im Vietnamkrieg). In Türkisch-Kurdistan kommt heute praktisch das gesamte Arsenal der „low intensity warfare" zum Einsatz — mit voller Rückendeckung der NATO. Diese liefert nicht nur die polizeiliche und militärische Ausrüstung, sondern hat auch explizit ihr Interesse an der unbedingten Unterdrückung der kurdischen Nationalbewegung bekundet, da am Rande der strategisch wichtigen Ölregion kurdischer Separatismus nicht geduldet werden könne (vgl. z.B. Lothar Rühl in Europäische Wehrkunde 2/81).

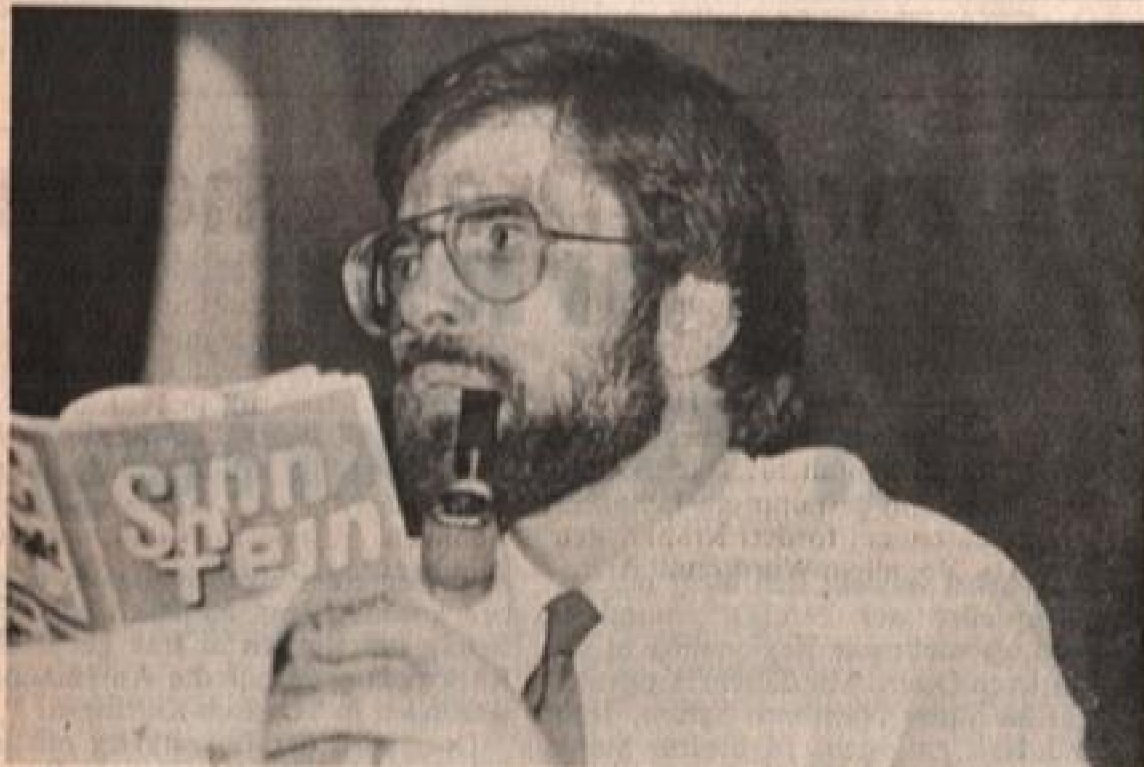
Die BRD hat im Rahmen der NATO-internen Arbeitsteilung die Aufgabe übernommen, die Türkei für ihre Ordnungsmachtrolle hochzurüsten. Ein Schlaglicht darauf wirft ein Brief von Bundeskanzler Kohl an Ministerpräsident Özal, in dem es u.a. heißt: *„Die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern auf dem Gebiet der Waffenindustrie nimmt seit langem in unseren Beziehungen einen gewichtigen Platz ein. Die Bundesrepublik ... hat als einziges europäisches Land seit zwanzig Jahren Anstrengungen unternommen, um die Kampfkraft der türkischen Streitkräfte zu erhöhen. ... Die Hilfe, die Deutschland ... ohne jede Bedingung zur Verfügung gestellt hat, beträgt* (zusammengerechnet, Anm. AK) *mehr als 3,3 Milliarden DM ... und ich bin sicher, daß das deutsche Parlament in Zukunft noch mehr Hilfe zusagen wird."* Kohl kommt dann auf sein eigentliches Anliegen zu sprechen: Die Auswahl eines leichten Kampfpanzers für den Einsatz in Kurdistan. Kraus-Maffei hat speziell für die Guerilla-Bekämpfung den inzwischen in der Türkei und Guatemala getesteten Radpanzer PUMA entwickelt. Kohl betont in dem Brief seine *„große Zufriedenheit"* damit, daß nach den Tests der PUMA gegenüber den konkurrierenden englischen und amerikamischen Produkten *„nach militärischen und technischen Gesichtspunkten der beste Panzer"* sei. Kohl wirbt damit dringend um den Zwei-Milliarden-Auftrag, für dessen Abwicklung er eine deutsche Staatsgarantie zusagt (Milliyet, 4.9.87).

Daß der Panzer nicht fertig importiert, sondern in Koproduktion mit türkischen Firmen in der Türkei hergestellt werden soll, weist auf einen weiteren wichtigen Aspekt der türkischen Rüstungspolitik hin: Die Rüstungsindustrie soll so weit ausgebaut werden, daß sie als Waffenschmiede für die gesamte Region dienen kann. Die BRD unterstützt diese Ambitionen nach Kräften und hat bereits mehrfach entsprechende Industrieanlagen geliefert.

Die Hochrüstung der Türkei wird von der Bundesregierung selbst als ein *„herausgehobener Beitrag"* im Rahmen des imperialistischen Eingreifens in den Golfkrieg verkauft: *„Für die Bundesrepublik Deutschland kommt ihrem Beitrag zur Stärkung der NATO-Südflanke auch insofern besondere Bedeutung zu, als dieser es uns erleichtert, Forderungen nach einem ‚out of area'-Engagement der Bundesrepublik Deutschland entgegenzutreten"* (Vorlage des Auswärtigen Amtes an den Auswärtigen Ausschuß des Bundestages 209-363.60/0 vom August 87). Mit dem beabsichtigten Ausbau der zentraltürkischen Luftwaffenbasis Konya als „Übungsraum" für bundesdeutsche Kampfbomber (vgl. AK 266, 13.1.86) würden allerdings zugleich die logistischen Voraussetzungen für ein solches „out of area"-Engagement in der Golfregion deutlich verbessert.

Türkei-AG

Sinn Fein festigt Weg zur politischen Partei



Nachdem der Sinn Féin-Parteitag (Ard Fheis) im letzten Jahr beschlossen hatte, den Abstentionismus, also die Nichteinnahme gewonnener Sitze im Südirischen Parlament aufzugeben, war der Ard Fheis dieses Jahr vor dem Hintergrund des miserablen Abschneidens der Partei bei den Wahlen im Februar von Selbstkritik und dem Bemühen geprägt, politisches Profil in der Republik Irland zu gewinnen.

Etwa 500 Delegierte unternahmen vom 30.10. bis 1.11. den (von vornherein aussichtslosen) Versuch, 192 Resolutionen zu allen Themen irischer Politik zu behandeln. Neben der für viele ausländische Beobachter ungewohnten Disziplin der Delegierten fiel dabei auf, daß lebhafte Debatten an zum Teil unerwarteten Punkten entflammten, während andererseits ,,sichere'' Streitpunkte gänzlich unwidersprochen blieben.

Letzteres galt besonders für das Umgehen mit den neuesten Angriffen auf die parlamentarische Arbeit der Sinn Féin in Nordirland. Hier steht die Einführung einer Gewaltsverzichtserklärung ins Haus, mit der jede/r KandidatIn auf die Nichtunterstützung gesetzlich verbotener Organisationen festgelegt werden soll. Daß dieser Schritt sich ausschließlich gegen Sinn Féin wendet ist unbestritten. Zu diesem Punkt hatte der Parteivorstand (Ard Comhairle) eine Resolution vorgelegt, die die Entscheidungen über zu treffende Maßnahmen in die Hände des Ard Comhairle legte, wobei deutlich war, daß dies die Option einschließen würde, eine entsprechende Erklärung zu unterschreiben — vor wenigen Jahren noch ein undenkbarer Schritt.

Es zeugt von der Aufweichung traditioneller republikanischer Prinzipien zugunsten von Politikfähigkeit, daß die Partei diesen Punkt ausschließlich unter der Fragestellung politischer Notwendigkeiten diskutierte und dem Ard Comhairle die Möglichkeit gab, eine taktische Entscheidung zu treffen. Danny Morrison, Direktor für Öffentlichkeitsarbeit, brachte die Sache auf den Punkt, als er sagte, man werde sich verhalten wie ein IRA-Volunteer, der gerade ein Landmine gelegt hat, von einer britischen Patrouille angehalten und gefragt wird: ,,Sind sie ein IRA-Volunteer, der gerade eine Landmine gelegt hat?''. Worauf dieser antwortet: ,,Nein Sir, ich komme gerade von einem Treffen der St. Vincent de Paul Society!''.

Zudem, so Morrison weiter, ,,ist das einzige Gesetz, das wir im Norden anerkennen, das republikanische Gesetz. Die Briten sind illegal''.

Alte Zöpfe

Äußerst kontrovers verlief dagegen die Abtreibungsdebatte, nachdem die Situation für irische Frauen, die ohnehin nach England fahren müssen, um eine Abtreibung durchführen zu lassen, sich durch das sogenannte Hamilton-Urteil drastisch verschlechtert hat. Mit diesem Urteil wurde jede Beratung über Abtreibung, selbst die Veröffentlichung der Adressen von Beratungsstellen, für illegal erklärt. Vor diesem Hintergrund waren verschiedene Anträge vorgelegt worden, die die Partei auf die Unterstützung der Kampagne für den Erhalt der Beratungsstellen festlegen sollten.

In der Debatte wurde deutlich, daß Sinn Féin noch weit davon entfernt ist, eine fortschrittliche Position zur Abtreibungsfrage unter den Mitgliedern verankert zu haben. Die Meinungsbreite umfaßte in etwa jede mögliche Position bis hin zu ,,Abtreibung ist Mord'' usw. Zwar verurteilte der Ard Fheis das Hamilton-Urteil als einen ,,Angriff auf die Bürgerrechte und eine Ausweitung von Zensur'', lehnte aber mit einer Mehrheit von 2/3 der Delegierten jede Festlegung auf eine generelle Unterstützung der Kampagne ab und mochte auch einer Resolution nicht zustimmen, die das Recht jeder Frau auf Information über Abtreibung hervorhob.

Mary McGing (Ard Comhairle) begründete dies damit, daß es sich bei der Abtreibungsfrage um ein ,,marginales Einzelproblem handelt, daß nicht von der Hauptaufgabe des nationalen Befreiungskampfes ablenken darf'' — ein Standpunkt, der in jenen republikanischen Traditionen wurzelt, die Sinn Féin-Präsident Gerry Adams in seiner Ansprache als Hauptgrund für das schlechte Abschneiden der Partei bei den Februar-Wahlen angriff.

Neue Perspektiven

Adams verzichtete in seiner Ansprache auf den üblichen Rückblick auf das vergangene Jahr und bemühte sich stattdessen, die Perspektiven der republikanischen Bewegung für die Zukunft aufzuzeigen. Bezogen auf die 1,9% Stimmen bei den Februar-Wahlen in der Republik Irland sagte Adams, dieses Ergebnis verdeutliche die Schwierigkeiten der Aufgabe, die Sinn Féin sich gestellt habe: ,,Unser Ergebnis im Februar war unter anderem ein klares Zeichen dafür, daß es uns in der Vergangenheit nicht gelungen ist, die zahlreichen Gelegenheiten zum Eingreifen in die Probleme der Menschen zu nutzen. Dieses Erbe müssen wir abschütteln. Das können wir nicht durch Rhetorik. Nur wenn wir systematisch die Themen angehen, die früher hätten angegangen werden müssen, und die in den 70er Jahren einfacher anzugehen gewesen wären, können wir eine Relevanz für die Menschen in diesem Staat gewinnen (...) Unsere Analyse ist klar. Aber Theorie ohne Praxis ist bedeutungslos, und eine Analyse, wie korrekt sie auch sein mag, ist nutzlos ohne Relevanz für die Menschen.''

Mit dieser Stellungnahme läutet Adams den Abschied von einem Kernstück republikanischer Ideologie ein. Für Sinn Féin und IRA ist nicht nur die britische Herrschaft im Norden, sondern auch das Parlament der Republik Irland illegal. Als einzig legitime Vertretung wird das 1919 gewählte Parlament (Second Dáil) anerkannt, dessen letzte Mitglieder ihre Autorität an das Army Council der IRA übergaben, welches sich seitdem als Regierung der Gesamtirischen Republik begreift — ein Anspruch, über den sich vortrefflich streiten läßt, der aber in jedem Fall die republikanische Bewegung allzuoft gelähmt hat, wenn es darum ging, die Interessen der Menschen im ,,real existierenden Irland'' zu unterstützen, an dessen ,,illegale'' Regierung Forderungen zu stellen, als Widerspruch in sich erschien.

Auch für Nordirland hat Sinn Féin mit dem Dokument ,,Setting the Criteria — Tackling Discrimination'' einen sehr konstruktiven Vorstoß unternommen. Die Diskriminierung von Katholiken in den 6 Counties hat, allen Behauptungen der britischen Regierung zum Trotz, durch das Abkommen von Hillsborough 1985 in keiner Weise abgenommen. Nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit in katholischen Gebieten etwa doppelt so hoch wie in protestantischen, sind die Unterschiede in der Lebensqualität eklatant. Sinn Féin hat die britische Regierung mit dem genannten Dokument mit einem Katalog kurzfristig durchführbarer Maßnahmen konfrontiert, der z.B. die Sperrung öffentlicher Aufträge für Firmen vorsieht, die Katholiken benachteiligen. Dabei geht Sinn Féin nicht davon aus, ,,daß die Beseitigung von Diskriminierung unter dem Status des 6 Countie-Staates oder unter britischer Aufsicht erreicht werden kann. Nichtsdestotrotz liegt die Verantwortung dafür, dieses historische und strukturelle Problem anzugehen, bei der britischen Regierung als Erzeuger und Verantwortlicher für diesen Zustand.''

Insgesamt hat der Ard Fheis zu den wichtigsten Problemen die Politik der Sinn Féin deutlich weiterentwickelt. Es ist zwar noch ein weiter Weg zurückzulegen, bevor Sinn Féin im Süden die gleiche Relevanz wie im Norden gewinnen kann, aber die Richtung ist vielversprechend.

nb./Dublin

Eine Bombe mit Folgen für die IRA

Am 7.11. explodierte im nordirischen Enniskillen eine Bombe, die elf Zivilisten tötete und weitere 60 zum Teil schwer verletzte. Urheber: die provisorische Irisch Republikanische Armee (I.R.A.). Die genauen Umstände, unter denen die Bombe explodierte, sind noch unbekannt. Die I.R.A. behauptet, die britische Armee habe die von der republikanischen Guerilla deponierte Bombe durch elektronische Suchgeräte gezündet. Dies ist zumindest denkbar und wäre auch keineswegs das erste Mal der Fall. Von der Notwendigkeit schonungsloser Selbstkritik befreit dies indessen nicht. Zudem: eine politisch wie militärisch versierte Guerilla muß eine derartige Möglichkeit von vornherein mit einkalkulieren; genauso wie die Nichtweitergabe einer Bombendrohung durch die Sicherheitskräfte, was in der Vergangenheit ebenfalls wiederholt der Fall war. Ansonsten ist das Scheitern oder Gelingen ihrer Aktion allein davon abhängig, ob der Kontrahent das eigene Kalkül befolgt.

Die Nutznießer dieser Bombe sitzen in Dublin und London. Womit ein weiteres Problem benannt ist: Die Bombe hätte genauso gut aus der Küche des britischen Geheimdienstes stammen können. Wenn jedoch nur eine Spur von Unsicherheit darin entsteht, ob die Urheberschaft den eigenen Leuten oder aber der Gegenseite zuzuordnen ist, muß die entsprechende Aktion aus der Sicht einer Guerilla als politisch gescheitert betrachtet werden.

Die I.R.A. kennt dieses Problem. Sie weiß, daß sie an Glaubwürdigkeit verliert, wenn sie die Öffentlichkeit über die Hintergründe militärischer Aktionen im Unklaren läßt. Aus diesem Grunde hat die I.R.A. bislang auch bei zweifelhaften, umstrittenen und schwer vermittelbaren Aktionen ihre Verantwortung nicht verschwiegen. Es entspricht der Praxis der I.R.A., binnen von 24 Stunden nach einer Aktion mit einem Statement an die Öffentlichkeit zu treten. Dies war auch nach Enniskillen der Fall. Die Behauptung, die I.R.A. habe in diesem Fall versucht, sich um die Verantwortung herumzudrücken und sei erst durch die erdrückende Beweislage zum Offenbarungseid genötigt worden, ist somit pure Propaganda.

Die I.R.A. reagierte in einer Weise, wie man nach einer derartigen Aktion nur reagieren kann: Sie entschuldigte sich für die Bombe und bekundete ihr Beileid für die Angehörigen der Opfer. Gerry Adams, Sinn Féin-Präsident, Unterhausabgeordneter und nicht ohne Einfluß auf die Strategie der I.R.A., äußerte, er würde keinerlei Anstalten machen, die Enniskillen-Bombe zu rechtfertigen.

Ein schwerer Rückschlag

Für die linke I.R.A.-Führung bedeutete Enniskillen ein schwerer Rückschlag. Das letzte Mal, daß sich Vergleichbares ereignete, war Mitte der 70er Jahre. Es bleibt die Erkenntnis, daß sich zwar das Ausmaß sektiererischer, blindlings gegen die protestantische community und nicht gegen die Sicherheitskräfte gerichteter Aktionen bekämpfen und reduzieren läßt; eine Garantie dafür, daß so etwas völlig ausbleibt, wird man indessen auch nach weiteren 18 Konfliktjahren nicht geben können. Die Gründe hierfür sind in der besonderen Struktur des Konflikts zu suchen, die nur mit den Auseinandersetzungen in Palästina nd Südafrika zu vergleichen sind. Der Konflikt in Nordirland ist ein antiimperialistischer und doch zugleich auch ein sektiererischer. In Nordirland stehen sich nicht nur britische Besatzungsmacht und antiimperialistische Bewegung gegenüber. Die nordirische Gesellschaft ist eine Apartheid-Gesellschaft, ein System protestantischer Vorherrschaft, das Katholiken — aufgrund ihrer Religion und nationalirischer Aspirationen — als Bürger zweiter Klasse behandelt. Konfessionslinien dominieren gegenüber Klassenlinien. Noch immer wähnt sich der protestantische Arbeiter seinem protestantischen Herrn näher als dem katholischen ,,Klassenkollegen''. Eine gesamte, vielschichtige community — nicht nur eine bestimmte Klasse — begreift sich gegenüber den katholischen underdogs als überlegenes und auserwähltes Volk.

Sektierertum war und ist vorrangig eine Angelegenheit der Protestanten. Seit der Unterzeichnung des britisch-irischen Abkommens, das die Protestanten um ihre angestammten Privilegien fürchten läßt, wurden hunderte von katholischen Familien aus mehrheitlich protestantischen Vierteln vertrieben, ermordeten protestantische/loyalistische Todesschwadrone mehr als 20 Katholiken, die fast ausnahmslos mit der I.R.A. nichts zu tun hatten. Ausschlaggebend war allein die Zugehörigkeit zur anderen community. Der anonyme Terror gegen Zivilisten soll den Katholiken beibringen, daß jeder Katholik ein potentielles Ziel der Todesschwadrone ist, solange wie die I.R.A. existiert. Erst die völlige Lossagung von der I.R.A., die Beteiligung an ihrer Liquidierung und die Aufgabe der nationalistischen Identität schaffen die Voraussetzungen, unter denen über eine Gleichberechtigung der Katholiken nachgedacht werden könnte.

In einem solchen Milieu gedeiht notwendigerweise das Verlangen nach Vergeltung. Die I.R.A. hat sich bislang diesbezüglich äußerste Zurückhaltung auferlegt. Ihre Devise lautet, nur dann zurückzuschlagen, wenn die Täterschaft einer bestimmten Person erwiesen ist. Wahllose Vergeltungsschläge gegen die protestantische community lehnt sie hingegen ab. Seit dem neuerlichen Aufflammen der sektiererischen Mordkampagne der Loyalisten hat die I.R.A. zwei Führer loyalistischer Todesschwadrone exekutiert, die sie der Verantwortung für mehrere sektiererische Morde bezichtigte.

Dennoch lassen die Umstände von Enniskillen darauf schließen, daß auch innerhalb der I.R.A. sektiererisches Denken keineswegs überwunden ist, sondern periodisch immer wieder zum Durchbruch kommt — auch wenn dieses nicht der I.R.A.-intern vorherrschenden Logik und die I.R.A.-Führung davon frei sein mag. Zweifellos ist die Bekämpfung des Sektierertums in den eigenen Reihen unter den Bedingungen der Apartheid eine ungemein schwierige Angelegenheit.

Sie bedeutet, zu vermitteln, daß es falsch ist, der protestantischen community militärisch gegenüberzutreten, auch wenn diese sich in ihrer Gesamtheit an der Niederhaltung der Katholiken/Nationalisten beteiligt und dem Gedanken protestantischer Überlegenheit anhängt. Nicht gerade selten beginnt die Biographie eines I.R.A.-Volunteers damit, daß er bereits als Jugendlicher miterleben mußte, wie seine Familie aus ihrem Haus von protestantischen Faschisten vertrieben und von den protestantischen Sicherheitskräften stetig belästigt wurde etc.

Sinn Féin und I.R.A. betonen immer wieder, daß in einem wiedervereinigten und sozialistischen Irland auch für die protestantische community Platz sei; daß sie die Protestanten nicht weniger als Iren betrachten würden als sich selbst. Bei einer community, die die Gleichstellung nicht will, sondern als Statusverlust vielmehr befürchtet, stößt eine derartige Propaganda allerdings auf taube Ohren. Sinn Féin und die I.R.A. wissen dies, weshalb sie die These vertreten, daß mit einem protestantischen Umdenken frühestens dann zu rechnen sei, wenn die Nabelschnur zur britischen ,,Schutzmacht'' gekappt ist und die Protestanten folglich zum Pragmatismus genötigt sind. Von daher sind die republikanischen Offerten zwar gut gemeint, drohen jedoch — in Anbetracht der unverändert starren Haltung der Protestanten — zum bloßen Ritual, zwecks Bezeugung des eigenen Nichtsektierertums und der Anerkennung der anderen community, zu verkommen. So wird das Sektierertum auf absehbare Zeit hin auch in den eigenen Reihen nicht gänzlich auszuschließen sein.

Sektierertum in der I.R.A.

Wann sich eine Bombe à la Enniskillen wiederholt, ist nur eine Frage der Zeit. Möglich, daß es der I.R.A.-Führung gelingt, das Sektierertum in den eigenen Reihen auf ein Minimum zu reduzieren. Andererseits mutete es in den Monaten seit dem britisch-irischen Abkommen schon manchmal gespenstisch an, wie die Katholiken unter den Druck der loyalistischen Paramilitärs gerieten, aber die I.R.A. nichtsdestotrotz — quasi an diesen vorbei und in geradezu stoischer Manier — die Sicherheitskräfte unter Beschuß nahm und sich somit dem Kalkül der Loyalisten verweigerte, als sei mit dem britisch-irischen Abkommen keine Veränderung in der politischen Landschaft eingetreten. Schon im Sommer 1986 wurde gemunkelt, daß dieser Kurs auf Dauer kaum durchzuhalten sei. Enniskillen hat diese Vermutung bestätigt, wenn es auch nur eine lokale I.R.A.-Einheit war, die aus dem Ruder lief. Und wenn es in Zukunft nicht die I.R.A. ist, die ab und an zu sektiererischen Gegenattacken ausholt, dann wird es eine andere Formation aus der katholischen/nationalistischen community sein, die dieses — systembedingte — Vakuum füllt. Auch darum weiß die I.R.A., weshalb sie in den letzten Jahren eine komplizierte Gratwanderung in ihren militärischen Aktionen durchmachte. Es fällt auf, daß mit dem neuerlichen Aufflammen der loyalistischen Angriffe gegen die katholische/nationalistische community die I.R.A. ihre Aktionen gegen das Ulster Defence Regiment (U.D.R.) intensivierte. Das U.D.R. zählt zu den offiziellen Sicherheitskräften, eine Art Paraarmee, die der britischen Armee unterstellt ist. Das U.D.R. ist extrem sektiererisch, aufs engste mit den loyalistischen Paramilitärs und deren Todesschwadronen verquickt und bei den Katholiken derart verhaßt, daß selbst sehr gemäßigte katholische Politiker in der Vergangenheit deren Auflösung verlangten. Gleichzeitig ist das U.D.R. die offizielle Sicherheitskraft, mit der sich die protestantische community und die rechtsradikalen Loyalisten am stärksten identifizieren. Von daher wird eine gegen das U.D.R. gerichtete Aktion leicht als sektiererisch und als Angriff auf die protestantische community interpretiert. Möglicherweise hatte dies die I.R.A.-Führung mit einkalkuliert. Das U.D.R. erscheint als legitimes Ziel, da Bestandteil des offiziellen Repressionsapparates. Von daher läßt sich der Vorwurf des Sektierertums leicht widerlegen. Aber auf der anderen Seite läßt sich auch ein Zusammenhang zwischen der loyalistischen Vertreibungs- und Mordkampagne und der Zunahme von I.R.A.-Attacken gegen das U.D.R. konstruieren. So erscheint die stärkere Konzentration auf das U.D.R. als Be-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

mühen, sektiererischen Stimmungen gerecht zu werden und auf die protestantische community — die seit dem irisch-britischen Abkommen Risse zeigt — Druck auszuüben, ohne ins offene Sektierertum abzugleiten.

Was steht nun zu erwarten? Das neue Auslieferungsgesetz, das die Aushändigung von in den ,,Süden'' geflüchteten I.R.A.-Mitgliedern an die nordirische und britische Justiz erleichtern soll und in der irischen Öffentlichkeit bislang auf erheblichen Widerstand stieß, wird nun wohl problemloser die Hürde des Dubliner Parlaments nehmen. Die Wiedereinführung der Internierung — im ,,Norden'' und im ,,Süden'' — wie ein Sinn Féin-Verbot erscheinen als nicht ausgeschlossen, zumal entsprechende Pläne bereits seit längerer Zeit in den Schubladen der Regierungen liegen. Bislang wurden diese Pläne als letzte Mittel gegen eine republikanische Bewegung verstanden, die sowohl auf der Ebene von Wahlen wie des bewaffneten Kampfes nicht unterzukriegen war. Es war diese Stärke der Bewegung, die Dublin und London über die Internierung nachdenken ließ. Mit Enniskillen haben sich die Vorzeichen jedoch umgekehrt: Nun könnte es die selbstverschuldete Schwäche der Bewegung sein, die zur drastischen Verschärfung der Repression lockt.

Die Loyalisten werden Enniskillen als Annahme der sektiererischen Ebene durch die I.R.A. begreifen und die Gunst der Stunde nutzen. Nur einen Tag später beschossen in Belfast loyalistische ,,Paras'' katholische Jugendliche und verletzten dabei fünf von ihnen. Die I.R.A. hat die sektiererische Auseinandersetzung nicht eröffnet. Aber sie hat mit Enniskillen zu ihrer Verschärfung beigetragen.

Die Bombe von Enniskillen explodierte in einer Situation, wo Insider mit verstärkten Geheimdienstoperationen und mit der Zunahme des anonymen Terrors rechneten. Schon einmal hatten in Dublin gezündete Bomben ein irisches Parlament dazu veranlaßt, den britischen Wünschen nach Gesetzesverschärfung nachzugeben. Wer für die Bomben verantwortlich war, interessierte seinerzeit niemanden. Wie sich später herausstellte, hatte die I.R.A. mit den Bomben nichts zu tun, wohl aber die loyalistischen ,,Paras'' und der britische Geheimdienst. Das Überschwappen des Konfliktes auf den ,,Süden'' und die Einkehr Belfaster Verhältnisse vor Augen, votierte eine in Panik geratene Parlamentsmehrheit für den Polizei- und Repressionsstaat. Die Tatsache, daß der sektiererische Mord und der anonyme Terror gerade in diesen Monaten und deutlich erkennbar im gegnerischen Kalkül liegen, macht die Bombe von Enniskillen politisch umso verheerender.

Die ,,Provos'' mögen darauf spekulieren, daß die Bombe von Enniskillen in einigen Monaten in Vergessenheit geraten ist bzw. die Erinnerung daran von der alltäglichen britischen Repression und dem protestantischen Sektierertum verdrängt wird. Dafür spricht, daß sich die Popularität der Bewegung über nunmehr 18 Jahre und diverse Fehlschläge und Krisen hinweg als erstaunlich dauerhaft erwies. Auch mag man sich auf die Position zurückziehen, daß in einem Krieg derartige Dinge nun einmal passieren und nicht auszuschließen sind. Tatsächlich sind die ,,Provos'' nicht terroristischer als die FMLN in El Salvador, Die SWAPO in Namibia und der ANC in Südafrika. Nur werden deren ,,Fehltritte'' hierzulande weniger bekannt.

Auch wenn der Verweis auf die besonderen Gesetze und die Eigendynamik eines Krieges nicht gänzlich falsch ausfällt, so wird man von einer Guerilla mit emanzipatorischem Anspruch doch mehr verlangen können als die bloße Feststellung, daß der Krieg schon immer so war, noch immer so ist und immer so bleiben wird. Kriege und Armeen sind nichts neutrales, für die stets die gleichen Gesetze gelten zu haben.

Die bisher bekannten Statements aus der republikanischen Bewegung lassen jedoch darauf schließen, daß man es sich kaum so leicht machen wird. So ist von personellen wie politischen und militärischen Konsequenzen die Rede, die die I.R.A. aus der Enniskillen-Bombe zu ziehen hätte. Dies läßt immerhin hoffen, daß dem Prozeß der Politisierung, die die republikanische Bewegung seit einigen Jahren durchmacht, mit Enniskillen nicht Einhalt geboten wird. Die britische Regierung wird an dem Fortgang dieses Prozesses jedoch kaum interessiert sein, sondern statt dessen versuchen, der I.R.A. die Möglichkeit einer Atem-, Denk- und Diskussionspause zu verweigern und sie in eine negative Militarisierung zu zwingen.

dsm

Honduras:
Von der Bananenrepublik zur US-Drehscheibe

Mit dem Sturz Somozas verloren die USA ihren treuesten Verbündeten in Mittelamerika. Seither wird Honduras an dessen Stelle zum neuen regionalen Gendarmen aufgerüstet. Jahrzehntelang von nordamerikanischen Bananenmultis kontrolliert, existierten günstige Ausgangsbedingungen für die Reaganadministration das Land zum antirevolutionären Bollwerk in Mittelamerika zu verwandeln.

Die aktuelle Innen- und Außenpolitik, Anmerkungen zur wirtschaftlichen und sozialen Situation, Massenbewegung und die Politik der Guerillagruppen stehen im Mittelpunkt des Artikels.

Weitgehend unbemerkt von der internationalen Öffentlichkeit macht Honduras gegenwärtig einen grundlegenden Strukturwandel durch.

Jahrzehntelang dominierten US-Bananenmultis, die United Fruit Company, Standard Fruit und Del Monte, die hondurenische Wirtschaft. Straßen, Eisenbahnen und Stromversorgung wurden dort aufgebaut, wo es für diese Bananenmultis profitabel war. Verließen die Konzerne eine bestimmte Region, verfiel die vorhandene Infrastruktur oder wurde gar wieder demontiert. Die nationale Elite ordnete und ordnet sich willfährig den US-Wirtschaftsinteressen und deren politische Interessen unter. Schon zweimal fungierte Honduras als Aufmarschgebiet von US-amerikanischen Interventionen. 1954 rekrutierte Castillo Armas unter tatkräftiger Mitbeteiligung des CIA Söldner in Honduras und stürzte nach seinem Einmarsch die demokratische Regierung Arbenz in Guatemala.

1965 starteten die US-Marines von Honduras aus ihre Attacke, um per Militärintervention die reformistische Regierung der Dominikanischen Republik zu verjagen und ,,Ruhe und Ordnung'' wiederherzustellen. Nach den erwähnten Interventionen kehrte in beiden Fällen eine blutgetränkte Friedhofsruhe ein.

Heute dient Honduras als Rückzugsgebiet der nicaraguanischen Contra und als militärischer Eckpfeiler der US-Interventionspolitik in ganz Mittelamerika. Und dies ist die entscheidende Funktion, die Honduras heute für das westliche Bündnis hat. Zwar wird die Wirtschaft weiterhin von US-Multis dominiert, aber für die USA hat das Land heute eine vorrangig politische und militärisch-strategische Bedeutung.

Zivilregierungen lösen Militärjuntas ab

Nach 20 Jahren nahezu ununterbrochener Militärherrschaft übernahm im Januar 1982 Roberto Suazo Córdova als gewählter Präsident die Regierungsgeschäfte. Er wurde im Januar 1986 von dem jetzigen Präsidenten José Azcona Hoyo abgelöst. Zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten konnte damit ein gewählter Präsident an seinen gewählten Nachfolger das Amt übergeben. Die Armee hatte Anfang der achtziger Jahre auf Druck der USA hin eine politische Öffnung eingeleitet.

Innenpolitisch gesehen trat sie damit etwas in den Hintergrund und blockte so vielfältige Kritik ab. Die schon traditionellen Korruptionsskandale und massive Menschenrechtsverletzungen, 124 Verschwundene (1) und 133 Ermordete (2) von 1980-1984 gehen auf ihr Konto und das der mit ihr liierten Todesschwadronen, hatten die Armee ins Zwielicht gebracht. International paßte diese ,,Entmilitarisierung'' in die von der US-Administration verordnete Strategie einer scheinbaren Demokratisierung abgewirtschafteter Regimes.

Auch wenn von Seiten der US-Strategen diese Konzepte im Hintergrund der ,,Demokratisierung'' standen, die wählenden Hondurenos hatten anderes im Sinn. Die hohe Wahlbeteiligung bei den Wahlen von 1980, 1981 und 1985 ,,*bewies die Ablehnung der Militärs durch das Volk und eine klare Präferenz für eine demokratische Politik*''. (3)

Demzufolge gehören die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten und die beidne Präsidenten jeweils der ,,Liberalen Partei'' an, die im Gegensatz zur ,,Nationalen Partei'' als weniger armeehörig gilt.

Weder die ,,Liberale Partei'' noch die ,,Nationale Partei'', die zusammen über 90% der Stimmen bekamen, haben, so wie wir es verstehen, ein einheitliches Programm. Personalistisch ausgerichtet, organisieren sich interne Strömungen um Führungspersönlichkeiten. Programmatische Auseinandersetzungen über grundlegende Fragen finden nicht statt. Im Parlament sützt sich der amtierende Präsident José Azcona Hoyo auf eine Koalition rechter Strömungen der ,,Liberalen Partei'' mit der rechtskonservativen Mehrheitstendenz der ,,Nationalen Partei''. Die entsprechenden Vereinbarungen wurden im ,,Pakt der nationalen Einheit'' (PUN) niedergelegt. Die Vertragspartner aus beiden Parteien grenzen ihre Einflußsphären im Staatsapparat, in staatlichen Unternehmen und bei der Postenvergabe in der Bürokratie ab. (4) Dieser ,,Pakt der nationalen Einheit'' dient den herrschenden Kräften (Landoligarchie, Großunternehmer/Finanzkapital, Armeeführung und US-Botschaft) störenden Diskussionen zu unterbinden. Und sei es, daß diese Diskussionen nur auf der Ebene einer Parteien- und Wahlkonkurrenz stattfänden. Auf diese Weise werden entscheidende nationale Probleme — wie: beschleunigte Militarisierung des Landes, US-Manöver und Militärpräsenz, wirtschaftliche und soziale Lage und Verhältnis zu Nicaragua — weitgehend aus einer kontroversen Debatte herausgehalten. Gleichzeitig hat jedoch dieses Bündnis auch die Spaltungen innerhalb der beiden großen Parteien weiter vertieft und die Fragmentierung dieser Parteien weiter vorangetrieben.

Die parlamentarische Opposition

Die oppositionelle, sozialdemokratisch orientierte ,,Erneuerungs- und Einheitspartei'' (PINU) erreichte 1985 ca. 24.000 Stimmen oder 1,5%. Die im Gegensatz zu ihren mittelamerikanischen Schwestern fortschrittliche, die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU hat deshalb auch ihre Unterstützung eingestellt, ,,Christdemokratische Partei'' (PDCH) bekam 30.000 oder 2% der Stimmen. Und zählt man noch eine sich sozialdemokratisch definierende Tendenz innerhalb der ,,Liberalen Partei'', die ,,M-Lider'' mit ihren 43.000 Stimmen zu den Oppositionsparteien, so summieren sich knappe 7% der abgegebenen Wählerstimmen von 1985 für die fortschrittlich/demokratische Opposition. (5)

Die PINU und die PDCH haben je zwei Abgeordnete im Parlament. Keine der drei aufgezählten Parteien ist auf Landesebene in den Massenbewegungen verankert, und die Massenmedien berichten hauptsächlich über die beiden großen. Von diesen drei Parteien ist auch nicht zu erwarten, daß sie in näherer Zukunft ein wesentlich größeres Gewicht als Gegenpol zur offiziellen Regierungspolitik gewinnen werden.

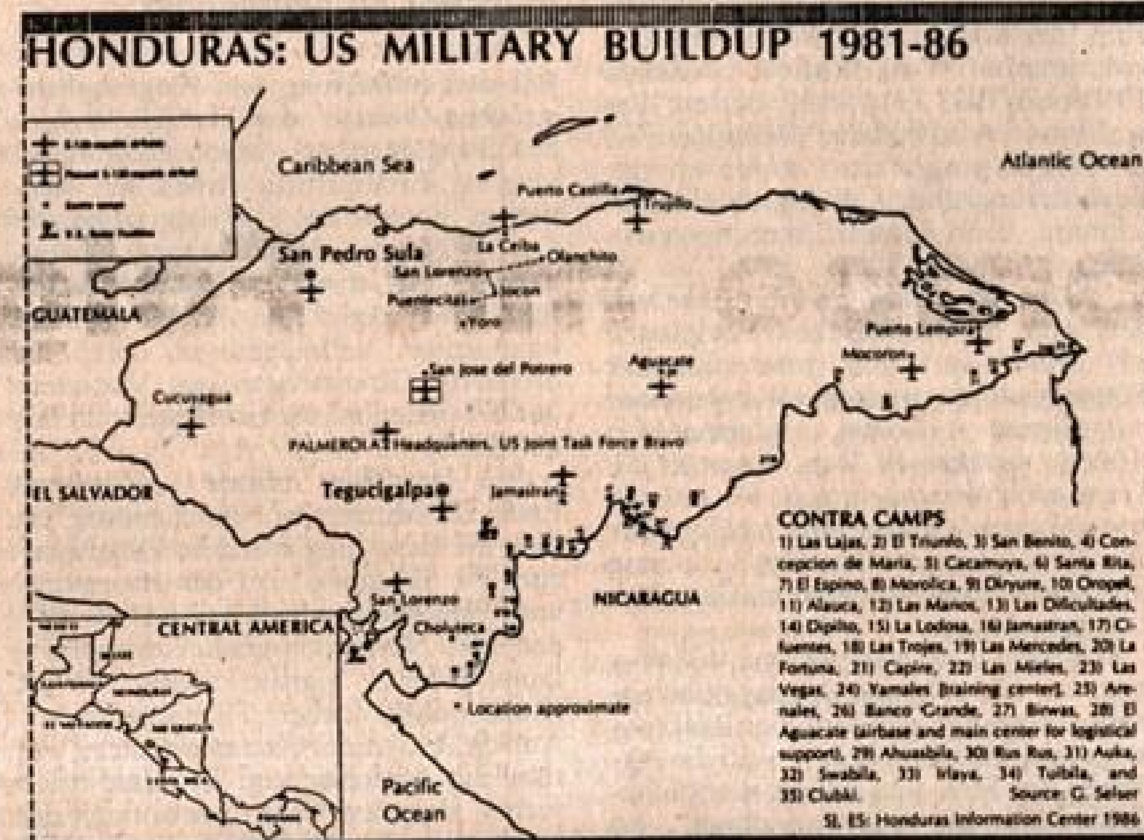
Wirtschaft und Soziales

Von den 4,3 Hondurenos gelten 2,2 Millionen als erwerbsfähig. Von diesen sind 900.000 entweder arbeitslos oder unterbeschäftigt. Kaugummiverkaufen, Schuhputzen, Bettelei, Diebstahl und Prostitution sind somit für viele die letzte und einzige Möglichkeit, sich das Überleben zu sichern. Allein in der Hauptstadt Tegucigalpa leben mehr als 100.000 Menschen in miserablen Bretterbuden oft ohne Wasser, Kanalisation, Strom oder andere Infrastruktureinrichtungen. Daß diese Häuser in den die großen Städte umgebenden Armutsgürteln oft undichte Dächer, keine Fenster und gestampften Lehm als Fußboden haben, fördert Krankheiten aller Art. Vor allem Wurm- und Atemwegserkrankungen sind weitverbreitet. Regierungsinstiutionen gehen von 500.000 fehlenden Wohneinheiten im ganzen Land aus. Und weil viele Wohnungen fehlen, betragen die Mietpreise selbst für die beschriebenen Elendshütten 70 Lempiras, etwa ein Drittel des monatlichen Mindesteinkommens (1 Lempira = 0,80 DM). Auf dem Land ist die Lage noch schwieriger. Die fruchtbarsten Böden hat sich eine kleine Gruppe von Großgrundbesitzern und US-amerikanischen Konzernen angeeignet. Den Kleinbauern bleiben Parzellen bergigen, trockenen und wenig fruchtbaren Bodens. Zehntausende Familien verfügen nicht einmal über diese ohnehin minimale Subsistenzgrundlage.

Auch eine Anfang der 60er Jahre eingesetzte zögerliche Landverteilung, das Wort Agrarreform wird vermieden, konnte das Problem der Landlosen nicht im entferntesten lösen.

Ungleiche Landverteilung, massive ökologische Zerstörungen durch die Contras, Trockenheit und fehlende Infrastruktur haben seit März 1987 im Süden des Landes zu einer massiven Hungersnot geführt. 250.000 Menschen leiden darunter. Mithilfe von Gemeinschaftsküchen, gleichmäßiger Aufteilung des Vorhandenen und Ausübung politischen Drucks wehren sich die Betroffenen. Staatliche Vorschläge zur Umsiedlung in abgelegene, unwirtliche und unbesiedelte Landesteile lehnen sie ab. (6)

Nahezu 3 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden, um die Hälfte zurückgegangene Investitionen im Vergleich zu 1980, stagnierende wirtschaftliche Indizes in fast allen Bereichen runden das düstere Bild ab. Zwischen 1980 und 1986 betrug die US-Wirtschaftshilfe 770 Mio. US-Dollar, reichte aber nicht aus, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. (7) Neben der verfahrenen Inlandssituation ist dafür auch die weltweite Krise mitverantwortlich, welche die Rahmenbedingungen für nahezu alle Länder der sogenannten Dritten Welt erheblich verschlechtert hat.



Militarisierung des Landes

Gemäß ihren militärisch-strategischen Interessen in Mittelamerika konzentrieren sich die USA in Honduras auf den Aufbau der militärischen Infrastruktur, einer Infrastruktur, die den US-Truppen, der hondurenischen Armee und der Contra dient. Nach offiziellen Zahlen bekam Honduras 1980 4 Mio., 1983 37 Mio. und 1986 88 Mio. Dollar Militärhilfe. Zwischen 1980 und 1986 bekamen die hondurenischen Militärs von den USA Ausrüstung, Einrichtungen und Training im Wert von 309 Mio. Dollar zur Verfügung gestellt. (8) Jüngst wurde im US-Kongreß die Zustimmung über die Lieferung von modernen Kampfflugzeugen erteilt.

Im Zuge der seit 1983 ständig stattfindenden Manöver, mittlerweile haben schon über 50 stattgefunden, haben die US-Marines neun Flugpisten, die für Großraumflugzeuge geeignet sind, gebaut. Munitions- und Treibstofflager, Kommunikations- und Überwachungseinrichtungen und Anti-Panzer-Sperren an der nicaraguanischen Grenze sind ebensowenig in den offiziellen Militärhilfezahlen enthalten, wie ständige Counterinsurgencyübungen, welche in Militärmanövern durchgespielt werden.

Die derart aufgerüstete hondurenische Armee hat schon mehrmals Grenzkonflikte mit Nicaragua provoziert. Die Contra operiert unter dem Schutz und mit logistischer Hilfe derselben Armee. Die salvadorianische Befreiungsbewegung FMLN hat wiederholt von gemeinsamen hondurenisch-salvadorianischen Angriffen auf ihre Guerillaverbände berichtet. Auch an einigen Massakern gegen flüchtende salvadorianische Zivilbevölkerung war die hondurenische Armee mehrmals nachweislich mitbeteiligt. Und schließlich geht das Heer nicht zuletzt gegen den ,,inneren Feind'', die linken politischen Bewegungen und die Guerillagruppen, vor.

Die USA haben unabhängig vom bisher beschriebenen eine beträchtliche militärische Infrastruktur aufgebaut, die sie direkt kontrollieren. An allererster Stelle ist dabei die Base in Palmerola zu erwähnen. Die bereits laufende Einmischung hat dort mit ihren 1.200 fest stationierten und weiteren hunderten Soldaten, die laufend ausgewechselt werden, ihr Hauptquartier. Die Spionageflüge über El Salvador und Nicaragua gehen von Palmerola aus. Straßen, Flugplätze, Versorgungsbasen und Hafenanlagen werden im Zusammenhang mit den Manövern ständig erweitert.

Die nicaraguanische Contra hat ihre wichtigsten Basen in Honduras. In den Grenzdepartaments Choluteca, El Paraiso, Olancho und Gracias a Dios kann sie sich weitgehend ungehindert bewegen. Aus diesen Landesteilen flüchteten mehr als 10.000 Hondurenos, da ständige Überfälle, Raub, Vergewaltigungen und Zwangsrekrutierungen ihnen ihr gewohntes Leben verunmöglichketn. Am Rande nahegelegener Provinzstädte lebend, stehen sie heute völlig mittellos da. Zudem ist ihre Lage in der Öffentlichkeit tabu. Nur der Verband kleiner Kaffeeproduzenten (AHPROCAFE) geht, da viele seiner Mitglieder betroffen sind, mit Entschädigungsforderungen an die Öffentlichkeit und fordert zudem den Abzug der Contra.

Die Massenbewegung

Nach einer jahrelang andauernden Repressionsphase Anfang der achtziger Jahre tritt heute die demokratische Volksbewegung wieder mehr in den Vordergrund. Menschenrechts-, Verschwundenen- und Friedenskomitees, Studenten-, Gewerkschafts- und Campesinoorganisationen können ihren Einfluß erweitern, indem fortschrittliche Bereichsorganisationen aufgebaut/gestärkt werden. Die wichtigsten davon, wie der Gewerkschaftsdachverband FUTH und die Campesinoorganisation CNTC sind keine revolutionäre Massenorganisationen, wie sie etwa in den siebziger Jahren in El Salvador existierten. Vielmehr sind sie als demokratische und kämpferische Verbände aufgebaut, innerhalb derer die revolutionären Gruppen diskret mitarbeiten. Weder erlaubt das politische Massenbewußtsein den Aufbau starker revolutionärer Massenorganisationen, noch wäre dies angesichts der allgegenwärtigen Repression möglich. Diese Bereichsorganisationen versuchen nun je in ihrem Aktionsfeld die Meinungsführerschaft und ihre Mobilisierungsfähigkeit zu verbreitern. Aktionsbündnisse mit gemäßigten Tendenzen sucht man ständig, um die vom Staat versuchte politische Isolation abzuwenden.

Die Mitgliedschaft der FUTH und CNTC bestehe aus Subversiven, Kommunisten, ,,Terroristen'' und Guerilleros, so die Regierung. Von diesen Vorwürfen hin zu Mord und Verschwinden ist in Honduras der Weg nicht weit. Allein aus Gründen des physischen Überlebens müssen also all diese Beschuldigungen zurückgewiesen und Bündnisse gesucht werden.

Die politische Grundlinie: Bereichsspezifische, unmmittelbare Forderungen verbindet man mit demokratischen, antiimperialistischen und patriotischen Inhalten. Gegen Entlassungen, US-Truppen, Contra, Repression und für Agrarreform, Verstaatlichung

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

der Schlüsselsektoren, neue Arbeitsgesetze und die Rückgewinnung der nationalen Souveränität lauten die wichtigsten Forderungen. Häufigere Streiks, große Landbesetzungswellen, Demos und die Übernehme der Contra-Raus-Forderung bis in Teile der traditionellen Parteien zeigen, daß die skizzierte Strategie Erfolg hat.

In der organisierten Arbeiterschaft verfügt die linke FUTH mit 25.000 Mitgliedern in 24 Mitgliedsgewerkschaften über erheblichen Einfluß und hat vor allem eine mehrfach größere Mobilisierungskraft als die christ- und sozialdemokratische Konkurrenz. Unter den Campesinos gewinnt die erst vor zwei Jahren gegründeten CNTC mit ihren 25.000 Mitgliedern zunehmend an Ansehen und Einfluß. Die breite Beteiligung an den maßgeblich von der CNTC mitinitiierten Landbesetzungen vom Mai 87 bestätigt dies.

Diese Massenorganisationen bilden die zur Zeit ernstzunehmendste Opposition gegen die Politik des nationalen Ausverkaufs und der willigen Unterordnung unter die Kriegspolitik der USA.

Kaum ausgebildete Kader, fehlende finanzielle Mittel und die systematische Repression behindern die Arbeit erheblich. Aber es fehlt auch nach wie vor ein schlagkräftiger Zusammenschluß, ein gemeinsames Dach der verschiedenen Ansätze in der Massenbewegung.

Das seit 1984 bestehende ,,Koordinierungskomitee der Volksorganisationen'' (CCOP) schließt die wichtigsten Verbände zwar auf dem Papier zusammen, funktioniert aber nur auf der Basis von Absprachen unter Führungspersönlichkeiten und hat nur eine recht begrenzte Mobilisierungsfähigkeit. Viele Gesprächspartner beklagten die organisatorische Zersplitterung. Der Aufbau regionaler, aktionsfähiger Zusammenschlüsse, die sich erst dann, wenn sie auf dieser Ebene erfolgreich funktionieren, auf nationaler Ebene zusammenschließen, läßt noch auf sich warten. Aber der Vorschlag wird diskutiert.

Die Guerillagruppen

Vier Guerillagruppen gibt es in Honduras: die ,,morazanistische Befreiungsfront für Honduras'' (FMLH), die

ras: die ,,morazanistische Befreiungsfront für Honduras'' (FMLH), die

,,revolutionäre zentralamerikanische Arbeiterpartei'' (PRTC), die ,,Volksbefreiungsbewegung — Cinchoneros'' (MPL-Cinchoneros) und die ,,revolutionären Volkskräfte — Lorenzo Zelaya'' (FPR-Lorenzo Zelaya). (10) Alle vier Organisationen sind um 1980 gegründet worden, wobei FMLH und PRTC mittlerweile so gut wie keine Aktivitäten in Honduras mehr entwickeln können, weil fast alle ihrer Militanten ermordet wurden oder ins Exil flüchten mußten.

Die PRTC wurde im September 1983 vernichtens geschlagen, als die Armee wenige Tage nach dessen Formierung einen Guerillafocus im an Nicaragua angrenzenden Departamento Olancho entdeckte. Nach Armeeangaben wurde die Gruppe von ca. 130 Personen völlig vernichtet. Dem Autor ist unbekannt, ob es Überlebende gab. (11)

Die ,,Volksbefreiungsbewegung Cinchoneros'' gründete sich im März 1980 als Abspaltung von der KP. Die Cinchoneros ehren in ihrem Namen den Führer eines Aufstandes von Landarbeitern und Goldwäschern im Jahre 1865. Der Autor kennt ihre politische Analyse nicht. Die Cinchoneros sind die militärisch bedeutendste Gruppe. Neben Solidaritätsaktionen mit den Sandinisten und der salvadorianischen FMLN hatte besonder die Besetzung der Industrie- und Handelskammer in der größten Industriestadt San Pedro Sula besondere Bedeutung. Im Austausch gegen festgehaltene Unternehmer konnte die Gruppe einsitzenden Gefangene freipressen. Obwohl auch Dutzende Cinchoneros ermordet wurden, viele ins Exil gehen mußten, ist die Gruppe weiter in Honduras militärisch aktiv.

Am 12. Oktober 1986 informierte das Pressebüro der Streitkräfte, daß in der Nähe des Karibikhafens ,,La Ceiba'' bei einem bewaffneten Zusammenstoß ein Soldat und zwei Cinchoneros getötet wurden. In den folgenden Wochen wurde die Region von fünf Batallionen der Armee und 500 US-Rangers, die im Rahmen eines ,,Manövers'' teilnahmen, durchsucht. Aber es gelang den etwa 90 Cinchoneros, die nach eigenen Angaben zu diesem Zeitpunkt die Konfrontation nicht gesucht hatten, die Umkreisung zu durchbrechen. 15 Armeesoldaten starben bei Zusammenstößen. (12) Die Cinchoneros sind die militärisch stärkste Guerillagruppe, die einzige, die über Landguerillaansätze verfügt.

Nach Auskunft von Mitgliedern anderer revolutionärer Gruppen verfügen sie zwar über eine gewisse ,,klammheimlich Sympathie'', haben aber kaum Einfluß in der organisierten Massenbewegung.

Der im November 1980 erstmals aufgetretenen Gruppe ,,Revolutionäre Volkskräfte — Lorenzo Zelaya'' schreiben Beobachter die größte Bedeutung zu. Aus verschiedenen Vorläufern der radikalen studentischen und Arbeiterlinken entstanden, hat diese Organisation gegenwärtig erwähnenswerten Einfluß in den oben erwähnten Massenorganisationen und führt Stadtguerillaaktionen vor allem zur Geldbeschaffung durch. Über Landguerillaansätze verfügt die Gruppe nicht.

In Gesprächen mit Führungsmitgliedern der FPR legten diese besonderen Wert auf die Bedeutung politischer und militärischer Elemente ihrer Politik. Die revolutionäre Theorie sie auf die konkrete hondurenische Realität anzuwenden und solle in einen Volkskrieg zur nationalen Befreiung münden. Der bewaffnete Kampf wird als letztlich entscheidendes Element in der Auseinandersetzung gegen die US-Fremdherrschaft und gegen die Klassenunterdrückung gesehen. Jedoch will man gleichzeitig alle politischen Räume ausnutzen, um die Massenarbeit zu forcieren. So soll die Teilnahme des ganzen Volkes an den Kämpfen erreicht werden, weil die Avantgarde und die Organisierten allein diese Kämpfe nicht erfolgreich führen könnten. Mithilfe von politischen und sozialen Tagesforderungen soll die Basis für die hondurenischen Revolutionäre verbreitert und auf dieser Grundlage die militärischen Aktivitäten entwickelt werden. Die starke Betonung der Massenarbeit bzw. die Notwendigkeit überhaupt erst die bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen für den revolutionären Befreiungskampf zu schaffen, ist Ergebnis der selbstkritischen Einschätzung der Aktivitäten, welche die ,,revolutionären Volkskräfte'' zwischen 1980 und 1983 entwickelt hatten. Bewaffnete Propaganda, Sabotage bei US-Einrichtungen etc. waren in der Bevölkerung eher auf Angst und Ablehnung, denn auf Zustimmung gestoßen.

,,*Keine bewaffnete Aktion kann isoliert von den politischen Vorgängen auf nationaler und internationaler Ebene gesehen werden. Wir könnten mit diesen Aktionen weitermachen.*

Ebene gesehen werden. Wir könnten mit diesen Aktionen weitermachen.

Aber es hat keinen Sinn, wenn es die Leute nicht verstehen, d.h. wir müssen erst die soziale und politische Basis für die Revolution verbreitern'', meinte ein FPR-Leitungsmitglied im Gespräch mit dem Autor.

Seit dem Kurswechsel von 1984 — weg von bewaffneter Propaganda/Sabotage und hin zu Stadtguerillaaktivitäten und Massenarbeit — sind die Aktionen der FPR von außerordentlicher Geheimhaltung gekennzeichnet. So übernimmt die Gruppe für Banküberfälle z.B. nicht öffentlich die Verantwortung.

,,*Die Polizei schreibt ihnen fast alle militärischen Operationen zu. Auch macht sie dei FPR für die anwachsenden sozialen Konflikte, die sich in verlängerten Streiks, massiven Landbesetzungen und radiakalisierten Aktionen anderer Teile der Volksbewegung niederschlagen, verantwortlich.*''(13)

Auch wenn weder die von der FPR angestrebte ,,Patriotische Volksfront für die Rettung der nationalen Souveränität und gegen die Unterwerfung unter die USA'', noch die Guerillafront auf dem Lande, noch die Einheit der Revolutionäre realisiert ist, so stimmt der Autor folgender Einschätzung zu: ,,*Auch wenn die hondurenische revolutionäre Bewegung erst am Anfang steht, so hat sie doch dasselbe qualitative Niveau wie ähnliche Organisationen in den Nachbarländern*'', schreibt das sozioökonomische Forschungsinstitut für Honduras, das seinen Sitz in México D.F. hat.

Al., KB Nürnberg

Anmerkungen:
(1) ,,Honduras — Realidad nacional y crisis regional'', Tegucigalpa 1986, S. 125
(2) siehe Quelle 1, S. 123
(3) siehe Quelle 1, S. 20
(4) Näheres: INSEH: ,,Honduras, El primer año de gobierno de Azcona Hoyo'', México D.F. 1987, S. 8f.
(5) Alle Zahlen nach: INSEH: ,,Honduras, El primer año ..., S. 7
(6) Alle Zahlen nach: INSEH-Informe Nr. 22, Sept./Dez. 1986, S. 10-12
(7) Zahlen nach: ,,Inforpress Centroamerica'', Guatemala 18.9.86, S. 10
(8) Zahlen nach Quelle 7
(9) Zahlen nach INSEH-Informe Nr. 22, S. 4
(10) INSEH: El primer año ..., S. 12
(11) ,,Inforpress Centroamerica'', Guatemala 23.10.86, S. 5
(12) wie Quelle 10
(13) wie Quelle 10

Weitere Information bei Interesse:
Instituto de Investigaciones Socio-económicas de Honduras INSEH, AP. Postal 20-057, Col San Angel, 01000 México D.F.

Programmierter Absturz

Samora Machel fiel einem Attentat zum Opfer

Nachdruck einer Untersuchung der Zeitschrift ''Sputnik''

Am 19. Oktober 1986 stürzte eine TU 134a auf dem Flug von Lusaka nach Maputo, der Hauptstadt Mocambiques, über südafrikanischem Gebiet ab. Unter den 34 Opfern befand sich auch Samora Machel, der Präsident der Volksrepublik Mocambique. Wie die Untersuchung der Absturzursachen ergab, besteht kein Zweifel mehr, daß ein Attentat zu dem Unglück führte.

Die Ankunft der Maschine wurde für den späten Abend des 19. Oktober auf dem Flughafen von Maputo erwartet. Nach Mitteilung des sowjetischen Bordkommandanten Juri Nowodran verlief der Flug normal. Dennoch traf die Maschine nicht ein. Als sicher gelten konnte, daß ein Unglück geschehen sein mußte, stiegen Flugzeuge und Rettungshubschrauber auf. Aber auch ihre Suche entlang der Flugtrasse der TU 134a und der angrenzenden Gebiete blieb erfolglos.

Zur selben Zeit spazierten südafrikanische Polizisten bereits im Schein starker Scheinwerfer an der Absturzstelle der Präsidentenmaschine, die unweit der Grenze zu Mocambique in der südafrikanischen Provinz Natal gegen einen Berg geprallt war.

Wie konnte es dazu kommen, daß die Maschine 96 Kilometer vor dem Ziel um 37 Grad nach rechts drehte und bis zum Absturz unbeirrt diesen Kurs hielt?

Falscher Flugleitsender

Bei der Aufklärung von Flugzeugkatastrophen kommt den Aufzeichnungen des Flugschreibers besondere Bedeutung zu. Er fixiert die Arbeit der wichtigsten Systeme des Flugzeuges und alle Gespräche, die die Besatzung untereinander und mit den Bodenleitstellen führt. Was ergab nun die Entschlüsselung seiner Aufzeichnungen durch die dreiseitige Kommission aus Vertretern der Sowjetunion, Mocambiques und Südafrikas?

dreiseitige Kommission aus Vertretern der Sowjetunion, Mocambiques und Südafrikas?

(...) Der Flug näherte sich seinem Ende. 25 Minuten vor der Landung erhielt die Besatzung von dem Flugdispatcher die Erlaubnis, auf der Hauptstart- und -landebahn zu landen. An Bord wurden die Navigationsgeräte zum Empfang der Signale des VOR (Rundstrahlfunkfeuer) eingeschaltet. Auf die Frage des Kommandanten, warum die Maschine um 37 Grad nach rechts abdrehen solle, antwortete der Navigator Oleg Kudrjaschow: ,,VOR weist dorthin.'' Das Flugzeug drehte auf den falschen Kurs 221 Grad nach Signalen ab, die der Flugleitsender vom Boden übermittelte. Nowodran führte das Manöver aus und setzte den Anflug fort.

Doch die Lichter der Millionenstadt tauchten nicht auf. Die Besatzung vermutete, daß die Banditen wieder einmal die Stromversorgung lahmgelegt hatten. In solchen Fällen war aber immer die Notbefeuerung des Flughafens eingeschaltet worden. Der Funker setzte sich mit dem Dispatcher in Verbindung, der die Landeerlaubnis bestätigte, was heißen mußte, daß mit der Befeuerung der Anlfugbahn alles in Ordnung war. Die Flieger gerieten in Unruhe. Irgend etwas stimmte hier nicht. Bis zum Zusammenprall mit dem Berg blieben nur noch wenigen Sekunden ...

Aus der Analyse der vom Flugschreiber aufgezeichneten Bordgespräche geht hervor, daß die jähe Kursänderung die Ursache für den Absturz war. Sie aber erfolgte aufgrund der Signale des Flugleitsenders von Maputo. Wie Untersuchungen der Elektronik des Bordkurssystems bestätigten, war das System der TU 134a genau auf diesen Sender eingestellt. Daraus ergab sich nur eine Schlußfolgerung: Auf der Frequenz von Maputo mußte ein viel stärkerer Falschsender Daten gegeben haben, die zur Kursabweichung und zum Absturz in dem Gebirge führten.

Welche Haltung nahm nun die südafrikanische Seite ein, die beschuldigt worden war, diese Katastrophe vorsätzlich herbeigeführt zu haben?

Tatsachen entstellt

Angriff ist die beste Verteidigung — so läßt sich die Haltung beschreiben, die die südafrikanische Seite, zumindest in ihren öffentlichen Erklärungen, einnahm. Außenminister Roelof Botha, der an der Absturzstelle weilte, nahm nicht einmal einen Vertreter des Ministeriums für Zivilluftfahrt mit sich. Noch bevor die schon erwähnte dreiseitige Untersuchungskommission die Aufzeichnungen des Flugschreibers ausgewertet hatte, erklärte er gegenüber der südafrikanischen Radiogesellschaft und Nachrichtenagentur ,,South African Press Association'': ,,Wichtig ist, daß die gesamte Welt erfährt: Die TU 134a sowjetischer Produktion hatte kein automatisches Sicherheitssystem an Bord, das die Piloten bei einer zu geringen Flughöhe gewarnt hätte.''

Eine derartige Aussage konnte die dreiseitige Kommission nicht bestätigen. Das Flugzeug war mit einem solchen System ausgerüstet. Alle technischen Systeme befanden sich in einwandfreiem Zustand. Die Besatzung hatte die Maschine jederzeit unter Kontrolle und reagierte auf alle Flugleit-und Navigationsinformationen. Aufschlußreich ist, daß die Maschine im Moment des Zusammenpralls mit dem Berg eine Flughöhe von fast 700 Metern hatte, was die minimale Flughöhe für Maputo (473 Meter) deutlich übersteigt.




Tausende Mocambiquer gaben Samora Machel auf seinem letzten Weg ihr Geleit

Tausende Mocambiquer gaben Samora Machel auf seinem letzten Weg ihr Geleit

Botha wußte darauf nichts Besseres zu antworten als: ,,Meine Aufgabe bestand darin, die negativen Folgen einer schwerwiegenden Beschuldigung, die an die Adresse der Repbulik Südafrika gerichtet ist, so gering wie möglich zu halten.'' Und er fügte noch hinzu, daß er sich in technischen Finessen nicht besonders gut auskenne.

Doch Botha beließ es nicht nur bei dieser einen Lüge. Auf einer der Pressekonferenzen behauptete er, daß die gesamte sowjetische Besatzung schlicht und einfach betrunken gewesen sei. Woher er diese Information hat, bleibt sein Geheimnis: Die Mediziner haben jedenfalls im Blut der fünf Besatzungsmitglieder, von denen vier tödlich verunglückten, keinerlei Alkohol nachweisen können.

Nachdem die dreiseitige Kommission festgestellt hatte, daß mit großer Wahrscheinlichkeit die Signale eines unbekannten Flugleitsenders zu der Kursabweichung geführt haben, präsentierte die südafrikanische Seite gleich den Schuldigen — ein VOR im benachbarten Swasiland. Die russischen Piloten hätten sich von ihm irreleiten lassen.

Aber diese Behauptung war so wacklig wie alles andere an dieser Lügenkonstruktion. Jeder Flugleitsender arbeitet auf einer Festfrequenz, die zudem in allen internationalen Flugnavigationskarten eingetragen ist. Beweiskräftiger ist jedoch etwas anders: Unmittelbar vor der Katastrophe registrierten die Bordschreiber das Überfliegen des Rundstrahlfunkfeuers. Was bedeutet, daß sich das VOR auf dem Territorium Südafrikas befand. Für diese Annahme spricht auch, daß die Untersuchungskommission an der Absturzstelle Spuren eines geheimen Militärlagers fand. Zeugen berichteten, daß das Zeltlager am Vorabend des Unglücks aufgeschlagen und einen Tag danach wieder abgebaut worden sei. Auch die Spuren eines schweren Militärfahrzeuges wurden entdeckt.

Noch ein interessantes Detail. Am Morgen des 19. Oktober, also fast einen Tag vor Bekanntwerden der Katastrophe, rief im Büro einer der Nachrichtenagenturen in Johannesburg ein Unbekannter an, der sich als Offizier der südafrikanischen Luftstreitkräfte zu erkennen gab. Er teilte mit, daß eine Spezialeinheit der Armee einen Falschsender aufgestellt habe, der die Maschine des mocambiquischen Präsidenten vom Kurs abbringen solle.

Daß der von langer Hand vorbereitete Anschlag auf die TU 134a dem Leben Samora Machels galt, stand von Anfang an außer Zweifel. Pläne zur Beseitigung des populären Präsidenten der Volksrepublik wurden in Südafrika schon lange geschmiedet. Unflätige Beschimpfungen richtete z.B. der südafrikanische Verteidigungsminister Magnus Malan an die Adresse Samora Machels. Als der Direktor der mocambiquischen Nachrichtenagentur C. Cardoso dem Präsidenten gegenüber diese Äußerungen als unverhüllte Morddrohungen qualifizierte, entgegnete ihm Samora Machel, daß man schon versucht habe, ihn umzubringen. Er sei den südafrikanischen Militärs ein Dorn im Auge, setzte er hinzu.

Durch seinen unermüdlichen Kampf gegen alle Formen von Rassismus und Apartheid, gegen die Versuche Südafrikas, die fortschrittlichen Regimes in den fünf afrikanischen Frontstaaten zu stürzen, hatte er sich weltweit hohe Autorität erworben. Machel kehrte diesmal von einem Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter Angolas, Sambias und Zaire zurück, auf dem die explosive Situation in dieser Region erörtert und gemeinsame Maßnahmen zur Abwehr südafrikanischer Einmischungsversuche festgelegt worden waren. Natürlich hatte Südafrika großes Interesse daran, den Inhalt der dort gefaßten Beschlüsse zu erfahren.

Im November 1986 veröffentlichte die französische Zeitschrift ,,Afrique-Asie'' ein Gespräch mit einem der zehn Überlebenden der Katastrophe. Vasco Langa, Mitarbeiter des mocambiquischen Außenministeriums, berichtete, wie er bald nach dem Absturz wieder zu



Flugroute der TU 134a nach der Kursänderung durch Signale des Falschsenders

sich gekommen sei, sich aber wegen seiner beiden gebrochenen Beine nicht aus dem Sessel befreien konnte. Er beobachtete, wie sich in der Dunkelheit eine Gruppe von etwa 30 uniformierten Südafrikanern den Flugzeugtrümmern näherte. Sie hielten Taschenlampen und Pistolen in den Händen. Einige von ihnen beugten sich über die Leichen und fragten von Zeit zu Zeit: ,,Wo ist Samora?'' Andere sammelten die verstreuten Papiere zusammen und nahmen aus den Aktenkoffern der Delegationsmitglieder Dokumente. Langa, der um sein Leben fürchten mußte, stellte sich tot. Nachdem die Uniformierten alles, was sie interessierte, an sich genommen hatten, verschwanden sie wieder in der Dunkelheit. Erst einige Zeit später landeten Hubschrauber und trafen Ambulanzen ein.

Die eintreffenden Polizisten aber hatten nichts Wichtigeres zu tun, als weiter fieberhaft nach der Leiche Samora Machels zu suchen. Erst gegen Morgen wurden dann die Verletzten ins Krankenhaus gebracht. Samora Machel wurde anhand eines Ringes identifiziert, in den der Name seiner Frau Graca eingraviert war.

(Wir entnahmen diesen Artikel der Zeitschrift ,,Sputnik, Digest der sowjetischen Presse'', Oktober 87)

Ausnahmezustand auf Tahiti

Letzte französische Kolonie wackelt

Atomtestgebiet — Moruroa-Atoll

In Tahiti wurde am 24. Oktober der Ausnahmezustand verhängt, nachdem tags zuvor der von streikenden Dockern besetzte Hafen durch zwei Schwadrone der Gendarmerie „geräumt" worden war. Daraufhin demonstrierten im Zentrum der Stadt Papeete etwa 500 Menschen, meist Jugendliche, warfen Schaufenster ein und plünderten. Es soll sich dabei, so hieß es in der Presse, um „unkontrollierte Elemente" gehandelt haben. „Plötzlich und unerwartet brach der soziale Aufstand (...) aus", „unvermutet (geht die Kolonie) in Flammen auf", so hieß es z.B. in der taz. (1)

„Plötzlich", so viel ist richtig, brechen soziale Aufstände immer aus. Aber „unerwartet" und „unvermutet"? Wer das behauptet, hat entscheidende Entwicklungen der letzten Monate und Jahre offenbar nicht wahrgenommen.

Erstens haben sich die sozialen Spannungen und in ihrer Folge das Klima sozialer Unruhe in Polynesien zunehmend verschärft. Zweitens ist in den sogenannten letzten französischen Kolonien ein sich verstärkender Prozeß des Abbröckelns, des Willens zur Unabhängigkeit zu beobachten, nicht nur in Neu-Kaledonien. Drittens stellt dieser Prozeß aufgrund der neueren Entwicklungen in der EG und Westeuropa nicht mehr nur französische, sondern auch westeuropäische Interessen infrage.

In Polynesien stauen sich soziale Spannungen seit Jahren, ja Jahrzehnten. Nach offiziellen Schätzungen (2) sind mehr als ein Drittel der Einwohner von Tahiti, ca. 25.000 Menschen, gezwungen, in den etwa 5.000 Slumhütten in Papeete und vor allem Faa'a ihr Leben unter unwürdigen und ungesunden Umständen zu fristen.

Die Arbeitslosigkeit entwickelt sich zu einem schnell wuchernden Krebsgeschwür. Offiziell werden für 1988 13-14% Arbeitslose vorausgesehen (3); die wirkliche Zahl liegt weit höher.

Die wachsenden sozialen Spannungen machten sich in einer fast ununterbrochenen Kette von Streiks Luft. Allein im September/Oktober dieses Jahres streikten die Seeleute, unterstützt von den Hafenarbeitern, die Hauptschullehrer, die Belegschaften verschiedener Unternehmen, das Bodenpersonal des Flughafens — ihretwegen wurden zwei zusätzliche Schwadronen der Gendarmerie (ca. 150 Leute) am 16. Oktober nach Tahiti entsandt (6) — und dann wieder

Flughafens — ihretwegen wurden zwei zusätzliche Schwadronen der Gendarmerie (ca. 150 Leute) am 16. Oktober nach Tahiti entsandt (6) — und dann wieder

die Hafenarbeiter, die am 23. Oktober von den neu eingetroffenenen Gendarmen aus dem besetzten Hafen herausgeprügelt wurden.

Die letzten französischen Kolonien, obwohl geographisch weit voneinander entfernt über die ganze Weltkugel verstreut, stehen untereinander „unterirdisch" wie mit einem System kommunizierender Röhren in Verbindung. Die Einsicht verbreitet sich, daß zwar lt. französischer Verfassung alle Bürger gleich sind, daß jedoch die den Bürgern in den überseeischen Departements eingeräumte „globale soziale Parität" sie bei weitem schlechter stellt als die Bürger der Metropole. Deswegen traten am 4. Oktober 1987 die beiden kommunistischen Abgeordneten der Insel *Réunion* zurück.

In *Guadeloupe* haben sich die Befürworter der Unabhängigkeit seit Jahren in der UPLG (Union Populaire pour la libération de la Guadeloupe) zusammengeschlossen. Daneben agiert im Untergrund die verbotete ARC (Alliance Révolutionnaire Caraibe). Aus ihren Reihen wurde Ende Juni der Vorschlag gemacht, eine provisorische Regierung zu bilden, um die Grundlagen für die künftige guadeloupische Republik aufzubauen.

In *Guyana* werden die Kolonialherren nervös, weil im benachbarten Surinam Ronny Brunswick einen Bürgerkrieg angezettelt hat. Schließlich wird vom grenznahen Kourou in Guyana die europäische Rakete „Ariane" abgefeuert. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Bevölkerung, für die der „Raketenbahnhof" immer ein Fremdkörper und nicht eine Quelle wirtschaftlichen Wohlstandes blieb, und Sorge um Ansteckung durch den surinamesischen Bazillus veranlaßten die französische Regierung, das militärische Kommando und die Armee zu verstärken (9) und in Kourou Flugabwehrraketen „Crotale" aufzustellen. (10)

Aus *Martinique*, genauer vom dortigen CNCP (Conseil National des Comités Populaires) kam im September dieses Jahres der Vorschlag, daß die Befreiungsbewegungen der letzten französischen Kolonien bei den französischen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1988 einen gemeinsamen Unabhängigkeits-Kandidaten aufstellen, um zu verdeutlichen, daß sie sich von innerfranzösischen Kandidaten nicht betroffen und repräsentiert fühlen und daß sie den Kampf um die Unabhängigkeit gemeinsam führen wollen. Frankreichs „law and order"-Minister Pasqua (Innen) und Pandraud (Sicherheit) reagieren darauf mit verschärfter Repression, die z.B. Marie-George Michel von der UPLG für 100 Tage ins Gefängnis brachte.

Durch stärksten diplomatischen Druck auf Surinam, dessen im Bürgerkrieg befindliche Regierung nicht gerade von einer Position der Stärke aus verhandeln konnte, schaffte es Frankreich, Luc Reinette und vier weitere guadeloupische Unabhängigkeitskämpfer entführen und ausliefern zu lassen. (11)

Worum es für Frankreich geht, hat der gaullistische Abgeordnete Jacques Baumel im Mai dieses Jahres prägnant zusammengefaßt: „*Neu-Kaledonien ist*

der gaullistische Abgeordnete Jacques Baumel im Mai dieses Jahres prägnant zusammengefaßt: „Neu-Kaledonien ist

ein ungeheuerer Flugzeugträger, der während des (2. Welt-) Krieges 200.000 Amerikaner und 40 Kriegsschiffe (...) in seinem Hafen aufgenommen hat. Es ist ein Glied in der französischen Kette, die die Erde umringt. Und wenn dieses Glied fällt, werden nach der Domino-Theorie auch die anderen fallen. Neu-Kaledonien verlieren heißt, über kurz oder lang auch Polynesien verlieren, das über sein Atomwaffenversuchszentrum unsere atomare Abschreckung garantiert." (12)

Die „französische Kette, die die Erde umringt", reicht vom Indischen Ozean über Mittelamerika bis zum Süd-Pazifik. In allen diesen überseeischen Departements oder Territorien ist Frankreich militärisch präsent. Kanaky (oder mit dem französisch-kolonialistischen Namen Neu-Kaledonien) wird eine besondere strategische Bedeutung gegenüber einer (bisher nicht existenten) „roten" Bedrohung im Südpazifik beigemessen. Folgerichtig beschlossen bereits 1985 die damals regierenden Sozialisten, Kanaky zum Stützpunkt für Atombomber und atomare Unterseeboote auszubauen. Daneben verfügt Kanaky über die weltweit zweitgrößten Reserven an dem strategischen Metall Nickel. Schon für sich genommen zwei wichtige Gründe, Kanaky nicht unabhängig werden zu lassen.

Noch gravierender aber das nächste Argument: „Wenn dieses Glied (Kanaky) fällt, werden (...) auch die anderen fallen". Ausdrücklich genannt wird Polynesien, mit dem Atomversuchszentrum Moruroa.

Nicht ausdrücklich genannt wird unter den „anderen" Guyana, das mit Kourou für den französischen Anspruch steht, im Weltraum und in der Weltraumtechnologie präsent zu sein. Denn wegen seiner Äquatornähe — ein Vorteil, den kein europäisches Land aufzuweisen hat — stellt es angeblich ein ideales Raketenabschußgelände dar.

Doch es geht bei der Frage der Unabhängigkeit der letzten französischen Kolonien schon längst nicht mehr nur um französische Interessen. Die Interessen

hängigkeit der letzten französischen Kolonien schon längst nicht mehr nur um französische Interessen. Die Interessen

Westeuropas, insbesondere der BRD, sind hier wegen der Großmachtbestrebungen der EG aufs Engste impliziert.

Einerseits müht sich die Wirtschaftsmacht EG, durch Aufbau eines europäischen Sicherheits- und Verteidigungssystems (im Rahmen der NATO, wie es immer heißt) dem EG-Einigungsprozeß neue Dynamik einzuflößen und Westeuropa zu „angemessener" politisch-militärischer Statur zu verhelfen. Das bedeutet als Fernziel eine gemeinsame europäische Atomstreitkraft.

Materielle Voraussetzung dafür aber ist — neben der englischen — die französische Force de Frappe. Die Entwicklungen der letzten Monate machen das überdeutlich: Die angeblich drohende „Entnuklearisierung" Europas durch den Abzug der amerikanischen und russischen Mittelstreckenraketen wird als Vorwand benutzt, um das lang gehegte Projekt eines europäischen Verteidigunssystems incl. Atomstreitkraft auf den Weg zu bringen. Die von der Bundesrepublik und Frankreich jetzt forciert aufgebaute Militärachse Paris-Bonn wird von allen Seiten als Keimzelle und erster Schritt auf diesem Weg verstanden. Französische Neutronenwaffen auf bundesdeutschem Territorium, über die die Bundesrepublik mit Hilfe eines „Zwei-Schlüssel-Systems" mitverfügt, auf Moruroa getestet, mit im schnellen Brüter Superphénix — an dem die BRD über die SBK zu 11% beteiligt ist — erbrütetem Plutonium geladen, sind seit August dieses Jahres nicht mehr Spekulation. Nicht zufällig war auch zwischen Kohl und Mitterand anläßlich des Statsbesuches des französischen Präsidenten vom 19.-22. Oktober davon die Rede. Starke politische Kräfte der BRD sehen in dieser französisch-europäischen Route den „Königsweg" zu bundesdeutschem Zugang zu und Mitverfügung über Atomwaffen.

Und nebenbei gesagt: Von allen politisch-strategischen Zielen abgesehen, bereichert sich die bundesdeutsche Industrie auch direkt an den Atomtests — und trägt damit zum horrenden Außenhandelsdefizit Polynesiens bei. 1985 steigerten sich die einschlägigen Exporte an Maschinen, Ausrüstungen und elektrotechnischen Erzeugnissen für das Atomversuchszentrum gegenüber dem Vorjahr um 28,3% auf 13,6 Mio. DM (von 53,7 Mio. DM insgesamt). Dem standen sinkende Importe von mickrigen 0,5 Mio. DM gegenüber! (13)

Auf der anderen Seite hat Westeuropa nicht nur auf der Erde Ambitionen: Auch im Weltraum will es präsent sein. Dafür steht das angeblich zivile EG-Gemeinschaftswerk, die Rakete „Ariane". (Nebenbei: Wenn es sich wirklich um ein ausschließlich „ziviles" Projekt handelt, warum ist Pierre Verdier, der angeblich Informationen über den Raketenmotor an die UdSSR geliefert haben soll, dann angeklagt, durch die „Sammlung von Informationselementen die nationale (französische) Verteidigung geschädigt zu haben"? (16))

„Ariane" dient dazu, Satelliten im Weltraum abzusetzen, wiederum angeblich zivile bisher, wie etwa „Spot", dessen Bilder jedoch militärisch ausgewertet werden (17), eindeutig militärische in Zukunft, z.B. „Helios" (18). Der geplante europäische Raumgleiter „Hermes" soll in den nächsten Jahren dazukommen.

Ohne den „Raketenbahnhof" Kourou

mes" soll in den nächsten Jahren dazukommen.

Ohne den „Raketenbahnhof" Kourou

in Guyana müßten alle diese Wunderwerke europäischen Erfindergeistes auf der Erde bleiben, bliebe das erstrebte (West-)Europa der Forschung eine Worthülse, könnten die EG-Staaten nach eigener Einschätzung langfristig weder wirtschaftlich-technologisch die gewollte Spitzenstellung einhalten noch die infrastrukturellen Voraussetzungen (Satelliten-Beobachtung) für eine Militärmacht Europa aufbauen.

Deutlich wird: Die Großmacht Westeuropa hat ein eminentes Eigeninteresse, daß die letzten französischen Kolonien bleiben.

Folgerichtig zementiert sie den status quo mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Mit einem Kredit von 5 Mio. ECU finanziert z.B. die Europäische Investitionsbank 1976 die Ausweitung der Nickelminen der SLN (Société le Nickel) in Neu-Kaledonien und unterstützte damit indirekt einen der größten lokalen Kapitalisten und Geschäftemacher und gleichzeitig Anführer der Unabhängigkeitsgegner, den neu-kaledonischen Gaullisten Jacques Lafleur. Ebenfalls innerhalb der EG, d.h. im Rahmen der politischen Zusammenarbeit, fanden Konsultationen hinsichtlich der Frage statt, wie die EG-Staaten bei der UNO-Vollversammlung im Dezember 1986 stimmen sollten, als es um die Wiederaufnahme Kanakys in die Liste der zu entkolonisierenden Länder und Völker ging. Es konnte „kein gemeinsamer Standpunkt der Mitgliedstaaten erarbeitet werden" (19). Die widerstrebenden vier Länder (Großbritannien, Irland, Dänemark, Griechenland) konnten aber offenbar wenigstens zur Enthaltung bewogen werden; die übrigen, also auch die BRD, stimmten dagegen, da sie die von Frankreich vorgebrachten Gründe für stichhaltig hielten (20). Kein Wunder bei der beschriebenen Interessenlage.

Zusammenfassend läßt sich also sagen: Die innere Situation in Polynesien, das überall in den letzten französischen Kolonien zu beobachtende Anwachsen der Unabhängigkeitsbewegungen, die französische Interessenlage sowie die eindeutige westeuropäische Komplizenschaft haben genau das erwarten lassen, was jetzt in Tahiti eingetroffen ist: brutale staatliche Repression aus Angst, der letzten Kolonien verlustig zu gehen.

Die Entwicklung in Kanaky in den letzten Jahren läßt allerdings vermuten, daß damit genau das Gegenteil des Gewollten erreicht wird.

Dorothee Piermont

Anmerkungen:
1) taz, 27.10.87
2) Les Nouvelles de Tahiti, 11.4.87
3) Les Nouvelles de Tahiti, 31.8.87
4) entfällt
5) entfällt
6) Les Nouvelles de Tahiti, 20.10.87
7) entfällt
8) Le Monde, 27.10.87
9) Le Monde 18.4.87
10) Le Monde, 7.3.87
11) 2 A. Autogestion l'alternative, 26.10.87
12) Les Novelles de Tahiti, 9.5.87
13) Australien-Neuseeland-Pazifik Verein e.V. Hamburg, Rundschreiben 6/86
14) entfällt
15) entfällt
16) Le Monde, 23.10.87. Pierre Verdier und seine russische Ehefrau Ludmilla Varyhunie sind mit fünf weiteren Personen angeklagt, Informationen über den Raketenmotor der „Ariane" an die Sowjetunion weitergeleitet zu haben. Verdier wurde deshalb über sieben Monaten in Untersuchungshaft gehalten und am 21. Oktober unter Polizeikontrolle freigelassen. Die Anklage wurde jedoch aufrecht erhalten. Anläßlich seiner Freilassung erwähnte „Le Monde" den Hauptanklagepunkt.
17) Le Monde, 25.3.87
18) Le Monde, 25.3.87
19) Antwort der im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit zusammentretenden Außenminister der EG vom 6.10.1987 auf meine schriftliche Anfrage Nr. 2608/86.
20) Antwortschreiben des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Jürgen W. Möllemann, vom 27. Januar 1987, Az. StM 147/87 und vom 9.3.1987, Az. StM 341/87 auf meine Anfragen.

Copyright F.A.Z.-Karte Sturm

Auf der Suche nach „glasnost“ und „perestroika“

Ein Reisebericht, Teil 2

Leningrader Stadtalltag. Neues Denken, neue Plakate? Gespräche. Überraschendes im Standesamt, Heiratspalast genannt„Besuch im Pionierpalast. Begegnung mit Kollegen und Kolleginnen des Schreibwarenwerkes ,,Sojus''. Verblüffende Demonstration zum Begriff ,,perestroika''. Das waren die Themen des ersten Teils des Berichtes.

Der zweite Teil führt nach Moskau. Moskau im touristischen Alltag. Moskau im Spannungsfeld zwischen Umgestaltung und Tradition, zwischen Aufbruch in neue Sachlichkeit und feierlicher Nostalgie zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution. Die Suche nach ,,perestroika'' und ,,glasnost'' ist auch in Moskau eine widersprüchliche Sache. Einfache Wahrheiten waren bei Reisen in die UdSSR noch nie zu finden. Unter den aktuellen Bedingungen erst recht nicht.

Mag die Lektüre eine Anregung sein, sich selbst auf den Weg zu machen. Die Reise soll ja schließlich erst noch beginnen!

F., 15.10.87

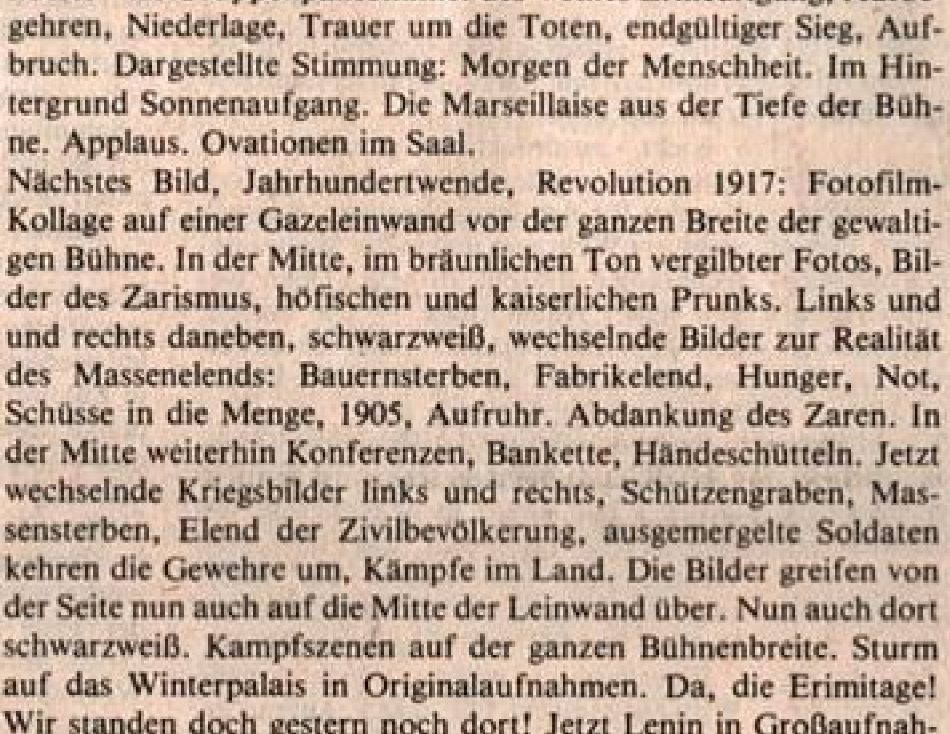
Jetzt Moskau.
Anflug spät abends.
Bodentemperatur auf dem Flughafen acht Grad.
Schweigende Fahrt durch Vororte ins Jugendhotel ,,Molodoschnaja''. Kurze Besprechung des Programms für die nächsten drei Tage. Viel Gelächter über viel Chaos bei Sputnik. Mischa im Stress. Er muß Bürokratismus durch Mehrarbeit ausgleichen. Wir planen, so gut es geht. Dann aber raus aus der Hoteltristesse! Wer kommt mit? Noch gleich per Taxi zum Roten Platz!
Krasnaja ploschtschad, bitte! Danke, spassiwa!
Endlich! Fantasie wird Wirklichkeit. Die Wirklichkeit ist fantastisch. Der Platz wölbt sich auf dem höchsten Innenstadtberg. Auf seiner Höhe das Leninmausoleum. Darüber die Paradetribüne des ZK. Ich fühle mich wie der kleine Prinz auf dem Stern.
Kosmische Kommandobrücke.
Umgrenzende Türme und Fassaden sinken rundum wie die Berge des kleinen Planeten unter die Augenlinie. Der Blick überfliegt die tiefergelegene Stadt.
Tags endlose Schlangen vor dem Leninmausoleum.
Nachts nur der Mond und die illuminierten Kremlsterne über dem Platz. Die rote Fahne weht, von einer Windmaschine getrieben, bei Tag wie bei Nacht, von Ewigkeit zu Ewigkeit, sozusagen. Zu jeder vollen Stunde, exakt nach der großen Kremluhr, Moskauer Zeit, zelebriert die im übrigen unbeweglichen Ehrengarde am Leninmausoleum Wachablösung im Stechschritt. Buckinghampalace auf russisch. Ob die sich bewegt haben, fragt einer aus der Gruppe, als der Rust plötzlich hier landete? Eine Frage, der man nachgehen könnte. Immerhin, der Volksmund, haben wir gehört, soll sich über das Gaunerstückchen schlapp gelacht haben.
Acht Millionen Menschen in Moskau. Dazu zwei Millionen Touristen aus den Republiken der UdSSR und dem Ausland. Schmelztiegel der Rassen und Nationalitäten. Der Platz ist ihr Schnittpunkt.
Zentrum der Stadt im Zentrum der UdSSR.
Zentrum der Macht.
Rund um den Platz touristischer Hochbetrieb.
Die arabeske Sinnlichkeit der Basiliuskathedrale, Moschee, Kirche, Plastik und Gemälde zugleich. Die Arkaden des Kaufhauses GUM. Die rote, an Lübecker Patrizierhäuser erinnernde Backsteinfront des historischen Museums. Stadtrundfahrt, Staunen über die U-Bahn-Paläste, Besuch des ewigen Feuers am Grabmal des unbekannten Soldaten bei der Kremlmauer, Kremlbegehung. Alles so, wie Millionen Touristen es seit Jahren erleben. 15.000 touren jeden Tag allein durchs Kremlgelände.
Moskau, das große Dorf, lästert Mischa, zu viele Menschen, zu

wie Millionen Touristen es seit Jahren erleben. 15.000 touren jeden
Tag allein durchs Kremlgelände.
Moskau, das große Dorf, lästert Mischa, zu viele Menschen, zu
weit, zu groß.
Großartig dennoch. Anders als Leningrad ist Moskau eine gewachsene Stadt. Weniger Straßen, mehr Sträßchen, weniger Fassaden, mehr umbauter Raum, Durchbrüche, Schaufenster, architektonisches Chaos.
Die Gruppe ist fasziniert, einschließlich der unvermeidbaren Brüche. Schock eins: Auf dem Prominentenfriedhof beim sog. Mädchenkloster ragen zwischen allen möglichen, nach den Berufen der Toten modellierten Grabsteinen auch Gewehre und Raketen hervor. Auf einem Grab protzt ein mannsgroßer Panzer, das Rohr triumphal, phallusgleich aufgerichtet. Das bei uns nur zu denken!
Schock zwei: Die Universität ist nur mit Sonderausweis betretbar. Für normale Sterbliche ist sie unbekanntes Gelände. Ausbildungsorte, erklärt mir Mischa, sind wie Ausbildungsgänge immer noch streng voneinander getrennt. Das gilt auch für Institute und Bibliotheken. Den Sinn dieser Regelung kann er mir nicht erklären.
Soweit alles touristischer Alltag.

Im übrigen Moskau im Umbau, ,,perestroika'' und 70. Jahrestag. Ein großes Ereignis im frischen Wind: Der Moskauer Stadttag am 19.9., ,,djen goroda'', Motto: Moskau von 1147 bis 1987, Moskau im 70. Jahr der Oktoberrevolution! Der erste Stadttag in Moskau, wie Mischa anmerkt.
Die Stadt präsentiert sich. Die politische Prominenz spricht auf dem Markt. Goodwill-action für den neuen politischen Kurs. Ein Fest mit großem Programm: Samstag morgen 9.00 Uhr, gemeinsamer Frühsport in allen Betrieben und öffentlichen Einrichtungen. Dann Sport in allen Stadtteilen. Mittags Massenumzüge in diversen Stadtteilen in historischen Kostümen von 1147 bis heute. Parallel dazu Massenveranstaltungen auf dem Roten Platz und Plätzen der Innenstadt, Feuerwerk an der Moskwa und anderes. Nachmittags Kinder- und Jugendfest im Gorki-Park: Rock, Pob und Snob. Was das Herz begehrt. Mammutprogramme. Für jeden etwas. Was auffällt: Zivilisten und Militärs, Massenauflauf und Massenaufmarsch, zivile und militärische Geschichte verbinden sich zum Gesamtbild eines Volksfests. Uniformen in jeglicher historischen Art, in jeglicher aktuellen Möde, buntbetresst wie lodenbraun, ordnet sich ein. Arm in Arm gehen Zivilisten und Militärs, Frauen und Soldaten, Kinder mit und ohne Uniform. Die Uniform ist integriert, dominiert nicht. Die Uniformierten geben sich locker.
Die Innenstadt ist gesperrt. Ein Areal von fünf Kilometern Durchmesser rund um den roten Platz ist frei von Verkehr. Sogar die zentrale U-Bahn-Station Karl-Marx-Platz ist stillgelegt. Menschen! Nur Menschen! So viele Menschen an einem Ort habe ich überhaupt noch nicht gesehen. Aber kaum ein lautes Wort, wenn es nicht von irgendeiner Bühne per Lautsprecher schallt. Kaum Gerenne, wenn nicht irgendwo inszeniert. Keine Flasche. Keine Gruppen. Ein Menschenstrom hin, ein Menschenstrom her. Das schiebt aneinander vorbei. Kein Lachen. Kein Trubel. Disziplin. Das Bild fasziniert und befremdet zugleich. Als die Miliz den Roten Platz sperrt, obwohl noch eine Veranstaltung angekündigt ist, sieht man keinen Protest. Wer fragt, sind die Westler.

Am Abend großes Konzert im Kremlpalast

Thema: ,,Ich liebe dich, Rußland'', ein gemeinsamer Auftritt verschiedener, aus einem zweijährigen Laienwettbewerb hervorgegangener Volksmusik- und Volkstanzgruppen zu Ehren des 70. Oktober und des Moskauer Stadttags. Wer kann, stellt sich ein. Das Publikum ist gemischt, viele Familien. Wir haben Touristen-Karten. Viele Einheimische setzen an der Kasse noch auf Gelegenheiten. Eine freie Karte kann ich zum Originalpreis abgeben. Ein junges Mädchen greift zu. Ich bin aus Sibirien, sagt sie oben im Saal, morgen muß ich zurück. Wie schön, daß ich dies jetzt noch erleben kann. Sie strahlt. Festliche Erwartung.
Vorhang auf, erstes Bild: französische Revolution. Delacroix, ,,la liberté'' als Gruppenpantomime: des Volkes Erniedrigung, Aufbegehren, Niederlage, Trauer um die Toten, endgültiger Sieg, Aufbruch. Dargestellte Stimmung: Morgen der Menschheit. Im Hintergrund Sonnenaufgang. Die Marseillaise aus der Tiefe der Bühne. Applaus. Ovationen im Saal.
Nächstes Bild, Jahrhundertwende, Revolution 1917: Fotofilm-Kollage auf einer Gazeleinwand vor der ganzen Breite der gewaltigen Bühne. In der Mitte, im bräunlichen Ton vergilbter Fotos, Bilder des Zarismus, höfischen und kaiserlichen Prunks. Links und und rechts daneben, schwarzweiß, wechselnde Bilder zur Realität des Massenelends: Bauernsterben, Fabrikelend, Hunger, Not, Schüsse in die Menge, 1905, Aufruhr. Abdankung des Zaren. In der Mitte weiterhin Konferenzen, Bankette, Händeschütteln. Jetzt wechselnde Kriegsbilder links und rechts, Schützengraben, Massensterben, Elend der Zivilbevölkerung, ausgemergelte Soldaten kehren die Gewehre um, Kämpfe im Land. Die Bilder greifen von der Seite nun auch auf die Mitte der Leinwand über. Nun auch dort schwarzweiß. Kampfszenen auf der ganzen Bühnenbreite. Sturm auf das Winterpalais in Originalaufnahmen. Da, die Erimitage! Wir standen doch gestern noch dort! Jetzt Lenin in Großaufnah-





Auf dem Friedhof neben dem Neujungfrauen-Kloster: Semenfanin, General der Panzertruppe. Foto: H. Wojahn

me, Originalton, wie er vom Smolny-Balkon den Sowjetstaat ausruft. Im Saal spontaner Applaus. Was für ein Gefühl. Lenin lebt. Hinter der durchscheinenden Filmwand tritt derweil das nächste Bild aus der Tiefe der Bühne: ,,narodnaja Twortschestwa'', Volkskunst. Tänze, Lieder, Sitten des Vielvölkerstaats UdSSR nach der Revolution, das Herz des Konzerts. Ein opulenter Strom geschmückter Gruppen, Menschen aller Hautfarben, Tanz-, Kampf- und Familienszenen rauscht über die Bühne: Neckisches wie Kämpferisches, Schamanistisches wie fernöstlich Überkultiviertes, Schönheiten, Kinder, Mütter, Dickleibige und Alte, Eskimos, Tartaren, Kaukasier, Letten, Russen, Usbeken, um nur die zu nennen, an die ich mich erinnern kann. Augen und Ohren können es nicht fassen. Am Schluß dieses Bildes stehen gut 800 bis 1000 Menschen auf der Bühne.

In der Pause verteilen sich die Gruppen über die gestaffelten Ebenen der weitläufigen Foyers. Rasseln im Ritual hier, zarte Lieder zu alten Streichinstrumenten da, Tänze zum Klang buddhistischer Gebetsschellen dort. Andere Darsteller stehen gruppenweise oder einzeln im Gespräch. Im Untergeschoß lassen sich einige mongolische Zierlichkeiten kichernd bestaunen. Stolz und zugleich ein wenig verlegen. Man merkt, sie sind Laien.
Der Wettbewerb der Gruppen erstreckte sich über zwei Jahre im ganzen Land, erklärt Mischa, die besten Gruppen sind heute abend hier. Keine ist professionel. Er ist stolz auf die lebendige Tradition sowjetischer Volkskunst. Wirklich, es ist ein Herzstück der sowjetischen Kultur. Noch in den Läden und Kaufhäusern prägt sie das Bild, wenn auch nivelliert zu Serienware aus Plastik, billigen Stoffen, Geschirr, Möbeln, Pack- und Einwickelpapieren bis hin zu den einfachen Malbüchern für Kinder.
Eine solche Aufführung hbe ich noch nicht gesehen, sie wäre bei uns nicht möglich, sagt eine Frau aus der Gruppe. Stimmt. Unsere Volkskunst ist durch den Faschismus nachhaltig zerstört. Hier dagegen nimmt die stolze Herzlichkeit des Dargebotenen selbst die skeptischen Gemüter im Sturm.
Der zweite Vorhang öffnet sich für einen Gedichtvortrag vor unbeleuchteter Bühne. Die Worte kommen schwer und einzeln. Die Rede ist vom zweiten Weltkrieg, von den Opfern des Faschismus, vom Vaterländischen Krieg, von der Befreiung. Hinter dem Sprecher, dann hinter dem ihn ablösenden Sänger, wächst allmählich über den ganzen Bühnenhintergrund die Projektion einer lodernden Flammenwand, Frontgetöse, Bombennächte, blutiges Chaos. Die Intensität dieses Bildes ist schwer zu ertragen. Mischa weint. Es ist diese Zeit, sagt er nachher, ich erlebe das oft. Es darf sich nicht wiederholen.
Ich wehre mich gegen das inzenierte Pathos. Aber es trifft dennoch. Es ist eine andere Geschichte, die der Opfer, des Widerstands, der Befreiung. Das macht andere Inszenierungen möglich. Jetzt kommt die Rote Armee im Stechschritt auf die Bühne. Siegesfeier. Heldenehrung. Brecht. Eisler. Solidaritätslied. Mir bleibt fast das Herz stehn. Das kann sich bei uns kein Theater erlauben! Krieg ist eben nicht Krieg. Oder doch? Die Zweifel kommen nicht weit. Schon folgt für die Darstellung des Aufbaus nach '45 eine realsozialistische Modernität der UdSSR auf die nächste: pantomimisches Produktions-, Schul-, Kosmoballet, Gesellschaftsleben in Robe und Attitüde, hier im biedermeiernden Jugenstil, dort futuristisch schlicht, hier funktionalistisch, dort romantisch, im Ganzen gnadenlos vermischt. Über allem der Sport zur Charakterisierung der heutigen UdSSR. Sportpalast auf der Bühne, Einzelleistungen,
stisch schlicht, hier funktionalistisch, dort romantisch, im Ganzen gnadenlos vermischt. Über allem der Sport zur Charakterisierung der heutigen UdSSR. Sportpalast auf der Bühne, Einzelleistungen,
Varietenummern, Massenakrobatik. Im selben Stil Rock'n Roll, das erste Mal, wie Mischa meint, im Kremlpalast. Als Hit noch obendrauf: Maschine-dance, ein satirischer Massendialog zu neuesten Modefragen der UdSSR, vorgeführt als breakdance männlicher und weiblicher Schaufensterpuppen. Mir schwanken die ästhetischen Kategorien. Mir entgleiten die Epochen. Was wird hier gespielt? 19. Jahrhundert? 20er, 50er, 80er Jahre? Das Jahr 2000? Das Neue als Wiederholung des Alten? Ich passe.
Das Finale sprengt sowieso alles vorher Gezeigte. Bild: Zukunft des Landes: Kinder! Hunderte Kinder! Sie perlen über die Bühne wie ein Wasserfall in allen Variationen: Kindergarten, Schule, Sport, Spiel, Spannung, mit weißen Schleifchen, in kleinen Uniformen, in Raumanzügen, im Computerstrech, im Sportdress und im ersten Ballkleid. Präzision, Bienenfleiß und Optismus der neuen Generation wird demonstriert. Hoffnung. Vertrauen in die Zukunft. Fröhliche Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung an den Grenzen des Neuen Jahrtausends. Aus der Gruppe höre ich Worte wie Schinderei, Kindesmißbrauch. Aber als die Kinder am Schluß zusammen mit den Laiengruppen sowie den Akteuren und Akteusen des zweiten Teils Brot und Salz lachend ins Publikum tragen, ist die Kritik glatt überrumpelt.
Im Hintergrund der Bühne erstrahlt derweil das Emblem der UdSSR in triumphalem Rot, die Weltkugel mit Hammer und Sichel, eingerahmt von zwei Garben. Darüber in wuchtigen Lettern: ,,Ehre dem großen Oktober!''.
Wer es nicht gesehen hat, kann es kaum glauben, wie sich wuchtiger realsozialistischer Kitsch mit modernster Bühnentechnik, wie sich Konservativismus mit Beschwörung der Neuen Zeit, wie sich neue Sachlichkeit und Revolutionsnostalgie zu einem dramatischen Herzwärmer verbinden, der die reale Stagnation in romantische Sehnsucht verwandelt. Auch in Begeisterung. Das Konzert ist als Höhepunkt des Moskauer Stadttages am Vorabend der Feiern zum 70. Oktober Seismograph für das offizielle geistige Klima der UdSSR. Andere Aufführungen folgen dem gleichen Muster. Es weist auf ein Gleichgewicht zwischen Leiden an der eigenen Lethargie und dem Pathos revolutionärer Initiative. Zwischentöne sind es, Widersprüchliches, Halbes, Stolz auf die eigene Geschichte, Sehnsucht nach besserem Leben, zugleich Liebe zum Genuß, was da zum Ausdrck kommt. Sehr reich in der Zerrissenheit. Sehr menschlich. Poetisch. Keinesfalls weist es auf schnellen Durchbruch, nicht von unten, ebensowenig von oben.

Schule Nr. 70

Wie das Konzert, so unsere Begegnungen in Moskau.
Als erstes die Schule Nr. 70, eine aus einem guten Dutzend Spezialschulen mit sog. erweitertem Deutschunterricht. Lockere Lage im Stadtgrün, wie übrigens alle Schulen, die ich in der UdSSR kennen-

Realer Sozialismus

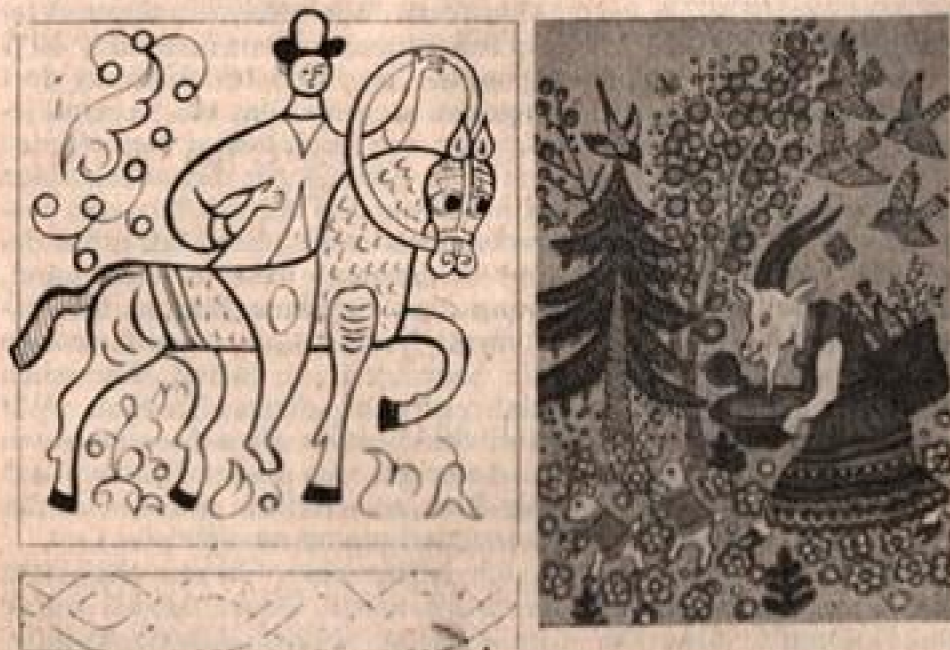
gelernt habe. Über dem Haupteingang: Herzlich Willkommen! Rot für den Stadttag. Gäste werden erwartet. Auch wir werden herzlich begrüßt. Ich sehe nur Frauen im Empfangskomitee: Direktorin, Kodirektorin, Lehrerinnen in den Klassen, Frauen in den Sekretariatsräumen. Wo sind die Männer?

Exponate auf allen Etagen: Lenin in diversen Größen, Schülerzeichnungen zur Moskauer Geschichte, Plakatreihen zum Alltagsleben, Bilder, Keramiken. Demonstration sozialen Engagements.

Wie in Leningrad die jungen Pioniere, springen jetzt Schüler und Schülerinnen auf, die Kleinen nicht anders als die jungen Erwachsenen, alle in Uniform, als wir, aufgeteilt in kleine Gruppen, die Klassenräume betreten. Für eine noch so kurze Antwort treten sie aus der Bank. Wir winken ab, verunsichert eher als locker. Die SchülerInnen setzen sich dennoch erst auf ein Zeichen der LehrerInnen, dann aber alle gemeinsan. Wie zu Kaisers Zeiten, würde man bei uns dazu sagen.

Die Gruppe will natürlich wissen, ob das so sein muß. Antwort, kurz und präzise: Das diszipliniert. Ohne Disziplin kein richtiges Lernen. Das ist kein Versprecher, auch keine Vergröberung durch die Übersetzung. Das ist Konsens der aktuellen sowjetischen Schulreform. Erst im zweiten Ansatz folgt das soziale Argument: Vermeidung von Konkurrenz in der Schule. Alle sollen die gleichen Voraussetzungen haben. Kleidung, Schulbücher, Schulspeise werden gestellt. Im übrigen dürften die kleinen Mädchen ja die Schleifchen, die größeren ihre Blusen zu den Kostümen nach Geschmack variieren, allerdings selbstverständlich in weiß.





Aus Malbüchern für Kinder

„Perestroika" heißt auch im Bildungsbereich nicht Lockerung, sondern Intensivierung, konkret: weitere Differenzierung der polytechnischen Ausbildungsgänge nach den Erfordernissen der Wirtschaft. Man ist stolz auf das Erreichte. Und das mit Recht. Das Bildungsniveau sowjetischer SchülerInnen ist hoch. Oft verblüffen junge Leute in der UdSSR z.B. mit Kenntnissen über (west)deutsche Literatur, Geschichte und Politik, ja beschämen ihre GesprächspartnerInnen, wenn sie ihren Böll, Heine oder Goethe nicht nur besser, sondern sogar auswendig kennen. Aber es geht um die weitere Integration von Bildung, Forschung und Produktion. Die Umgestaltung ist auf ein qualitativ neues Ausbildungsniveau der Fachleute gerichtet, um die sozialökonomische Entwicklung des Landes zu beschleunigen.

Es hat unterschiedliche Vorstellungen zu der Reform gegeben, erzählt Mischa. Einige forderten Rückbesinnung auch auf Makarenko, auch auf andere seiner Zeit, wollen Neues ausprobieren, auch spielerische Formen des Lernens. Aber sie haben sich nicht durchsetzen können. Schade. Wir brauchen neue Impulse gerade in der Erziehung. Ähnliches höre ich von allen, mit denen ich spreche, höre ich selbst in Hamburg im sowjetischen Konsulat.

Aber die Realität des Gesprächs in der Aula der Schule 70 ist eine andere: Vorn, aufrecht, majestätisch die Direktorin, Mitte 50, kraftvoll, herzhaft, voluminös, berstend vor Aktionismus. Die Politik der Schule, das ist sie. In den Bänken auf einer Hälfte des Raums neben uns Schüler und Schülerinnen, brav, schweigend, uniformiert. 20, vielleicht 30 Jahre hat diese Frau die Schule als Funktionärin der Chrustschow-, Breschnjew, Tschernjenkow-Bürokratie dirigiert. Jetzt dirigiert sie die „Perestroika". Der Umbau, wie sie es nennt, sei lebensnotwendig. Müsse auch für die Schule konkretisiert werden. Neue Lehrpläne würden erarbeitet. Unterricht intensivieren. Bei sich selbst beginnen. Fehler offen kritisieren. Usw. usf. Bisher habe sie nur Aufgaben gestellt. Nun prüfe sie selbst, ob sie erfüllt würden. Auch die Schüler müßten mehr Mitverantwortung entwickeln ...

Von den SchülerInnen kommt kein kritisches Wort, weder im Klassengespräch, noch beim Aulaempfang. Sie demonstrieren in unkindlichem Ernst steif ihr abrufbares faktisches Wissen. Die Kritikaskade von oben überflutet jeden kritischen Ansatz von unten. Auf die Frage, wo neben sechs Stunden Unterricht, Schulaufgaben, Pionieraktivität, Komsomolz-Schulung plus sozialen Verpflichtungen wie Friedenscamp usw. Zeit für Privates bleibt, antwortet ein Mädchen: Ich lerne so viel wie möglich in der Schule und auch bei den Pionieren, damit ich auf die Universität gehen und dort besser und schneller vorankommen kann. Wenn ich den Abschluß habe, kann ich an Privates denken. Selbst Fragen nach der Schülermitbestimmung beantwortet gleich die Genossin Direktor. Es gibt Leute, kommentiert Mischa im Bus, die kritisieren soviel, daß nichts mehr zu kritisieren bleibt. Das ist auch eine Methode. Das ist vielleicht das größte Problem für unsere perestroika.

Bibliothek: Ludmillas Zweifel

Bibliothek für fremdsprachige Literatur. Führung in zwei Gruppen, anschließend politisches Gespräch im bibliothekseigenen Veranstaltungssaal. Die Bibliothek ist zugleich bibliografisches, wissenschaftliches und kulturelles Zentrum. Es gibt einen Handapparat für Zeitschriften, Lesesäle, Ausleihe außer Haus ist nicht möglich. Bisher durfte nur wissenschaftliches Personal die Bibliothek benutzen, seit kurzem auch Studenten. Über die Zulassung allgemeiner Öffentlichkeit werde diskutiert, hören wir später.

Im Veranstaltungssaal das schon bekannte Stück in anderer Besetzung: Vorn jung, smart, dynamisch der Chef der politischen Abteilung. Mit uns im Gestühl Ludmilla und ihr Kollege, die je einen Teil unserer Gruppe herumgeführt haben.

Ludmilla, zurückhaltend zart, klug, lächelnd, ein wenig verhuscht, hat von der Öffnung im Kulturleben berichtet. Ein bißchen während der Führung. Das Meiste in lockeren zehn Minuten zwischen Rundgang und Diskussion im Treppenhaus. Begeisterung geht von ihr aus. Neue Filme! Aufsätze! Bücher! Wissenschaftliche Arbeiten! Neues Leben! Ich freue mich sehr, sagt sie leise. Es ist aufregend, wichtig. Es geschieht viel. Aber alles ist jung. Man muß vorsichtig sein.

Der junge Manager fordert uns auf, Fragen zu stellen.

Die Fragen kommen ziemlich provokativ: Man habe in der Handbibliothek nur DDR-Zeitungen gesehen. Warum es denn keine westdeutschen Blätter gebe?

Ganz Nachsicht: Welche wollen Sie sehen?

Ludmilla muß sich schicken lassen. Wenige Minuten später bringt sie die Frankfurter Allgemeine, die Süddeutsche, die Frankfurter Rundschau aus dem Archiv. Er läßt sich die Zeitungen geben, bedient uns jovial.

Alles da, wie Sie sehen.

Sie setzt sich schweigend.

Auswahlkriterien?

Wissenschaftliche und schöngeistige Werke. Eine technisch- wissenschaftliche Abteilung wird gesondert geführt. Wir laden ausländische Autoren ein. Wir stehen in wissenschaftlichem Austausch.

dische Autoren ein. Wir stehen in wissenschaftlichem Austausch.

Zensur? Keineswegs, nur bei Pornografie.

Ja, antisowjetische Propaganda sortieren wir auch aus.

Ob Aufrufe zum Pazifismus darunter fallen, kann ich nicht sagen. Dazu kenne ich keine Literatur.

Zu Afghanistan gibt es nichts Öffentliches. Ich kann Ihnen aber meine eigene Meinung sagen, wenn sie Sie interessiert.

Ich bin verblüfft. Solche Betonung der persönlichen Meinung ist neu. Auch wenn die Meinung selbst inzwischen so ganz neu nicht mehr ist. Der Konflikt müsse bereinigt werden, hören wir. Er koste die UdSSR zuviel politisches Vertrauen. Man müsse offen darüber diskutieren. Man müsse überhaupt viel offener werden. In der Bibliothek: mehr Öffentlichkeit, Auslandskontakte, Ausstellungen, Lesungen, mehr Diskussionen in der Belegschaft. In der ganzen Gesellschaft: Perestroika, glasnost, otkrowjennost, Umbau, Demokratisierung, Transparenz. Unerläßlich für die weitere Entwicklung des Landes. Das habe man erkannt. Jetzt müsse jeder seinen Teil dazu beitragen. Aktiv. Schöpferisch. Initiativ.

Lässig verabschiedet er uns. Zu smart? Zu dynamisch? Ludmilla lächelt gequält. Es hat alles erst angefangen, sagt sie leise, als sie uns hinausbegleitet. So schnell geht es nicht. Ich frage sie, ob sie Lust hat, das Gespräch nach Arbeitsschluß fortzusetzen. Sie will nicht. Leider, sagt sie, keine Zeit. Schade.

Abend mit Komsomolzen

Letzter Höhepunkt endlich: Der zweite Begegnungsabend, diesmal im Hotel. Kulturprogramm im großen Saal vorneweg, Narodnaja musika, natürlich, Volksmusik, was denn sonst. Ungarisch. Russisch. Kasachisch. Und dies noch. Und das. Dann geht es los.

In einem Seitenraum werden wir von einer Bezirks-Komsomolzengruppe empfangen, junge Frauen und Männer, gemischt. Tische in U-Form, Fähnchen darauf, apn-Broschüren, Mineralwasser, Pepsi, russischer Keks. Politatmospäre. Man spürt die Gewohnheit. Eiskalt ist es auch. Eine Woche später fehlt mir die Stimme. Einer klingelt am Glas. Ruhe. Die unvermeidliche Rede. Mir und Druschba, Friede und Freundschaft, wünscht Vadim der Runde und viel Hitze beim Gespräch, um die Kälte zu ertragen. Naja, so steif scheint es doch nicht zu werden. Ich danke namens unserer Gruppe, formuliere unser Anliegen: Wir haben so viele Worte über „perestroika" gehört. Wir möchten von euch wissen, was daran Realität ist. Erstaunter Beifall. So geht es los.

Englisch. Französisch. Deutsch. Ein bißchen Russisch. So dreht sich das Karussel. Um mich der engere Kreis der Bezirkgruppe, Vadim, zwei Frauen, zwei Männer, alle um 25. Auch Mischa dabei. Was sind deine Eindrücke, wollen sie wissen.

Es ist viel los bei euch, sage ich. Viele Worte, gute Worte gegen die Stagnation. Aber zuviel Forderung von oben, zuwenig Bewegung von unten. „Perestroika" wird, scheints, hauptsächlich als Aufforderung zu mehr Leistung verstanden.

Zufällige Eindrücke, meint Vadim. Der Komsomol-Kongress hat z.B. erst dieses Jahr neue politische Initiativen beschlossen. Es wird überall politisch diskutiert. Es gibt das neue Betriebsgesetz. Das Arbeitskollektiv ist das Herzstück der Umgestaltung. In Zukunft bestimmen die Belegschaften selbst. Jeder nach seinen Fähigkeiten.

Ich zeige Unverständnis.

Bisher hatten wir feste individuelle Belohnung, egal für welche Leistung. Jetzt wird das Kollektiv nach Leistung am Produkt entlohnt. Es bestimmt seine Leistung selbst. Es bestimmt mit, wieviel vom Gewinn als Lohn ausgeschüttet wird. Wer gut arbeitet, kriegt guten Lohn.

O.K! Es müssen neue Maschinen her, ein Kindergarten soll gebaut werden. Du bist fleißig. Ich bin faul. Sie ist ledige Mutter. Er hat Frau und Kinder. Wer entscheidet?

Der Rat des Kollektivs, drei, vier Leute.

Wonach entscheiden sie?

Was meinst du?

Die Interessen stehen doch gegeneinander.

Der Rat spricht alles durch, verhandelt auch mit dem Betriebsdirektor, mit dem örtlichen Sowjet. Der Rat hat das Vertrauen des Kollektivs.

Ja, aber trotzdem: die unterschiedlichen Interessen ...

Glaubst du, die materiellen Interessen sind alles?



Satirische Zeitung „Krokodil", Sept. 87 Bildtext Mitte: „Instruktionen", unten: „Auf bessere Zeiten"

Das Karussel steht.

Wir sind alle verwirrt.

Die anfänglichen Fronten haben sich gelöst.

Vadim ist nicht mehr nur Komsomolz-Sekretär, der einen Westler einseift. Ich bin nicht mehr allein Tourist, der dumme Fragen stellt. Wir streiten als Sozialisten um die Bedeutung der Gorbatschow-

einseift. Ich bin nicht mehr allein Tourist, der dumme Fragen stellt. Wir streiten als Sozialisten um die Bedeutung der Gorbatschow-

Initiativen. Mehr Markt, was heißt das? Mehr Sozialismus? Mehr Kapitalismus?

Für Vadim ist klar: Es geht um mehr Sozialismus. Mehr Verfügungsgewalt, bessere Lebensqualität für die arbeitende Bevölkerung. Es geht um Entwicklung von Initiative in der Bevölkerung selbst. Es geht um Entlastung der Partei von Verwaltungsaufgaben, in die sie durch fehlerhafte Entwicklungen seit 1920 hineingeraten sei. Der Name Stalin fällt nicht. Den nenne ich. Ebenso Trotzki, Bucharin usw. Vadim stimmt jedoch beiläufig zu. Die Partei müsse wieder zur politischen Avantgarde werden. Es gehe um die Stärkung der Sowjets als Verwaltungorgane für alle staatlichen und kommunalen Aufgaben. Es gehe darum, Voraussetzungen zu schaffen für eine allseitige Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit. Es gehe um die Zukunft der Menschheit. Er ist ganz erfüllt von diesen Visionen.

Inzwischen ist es nach 23 Uhr. Der Raum wird geschlossen. Wir setzen unser Gespräch im Foyer fort. Vadim erzählt von seiner Arbeit als Bezirkssekretär des Komsomol. Oben der Widerstand der Partei. Unten die mangelnde Initiative seiner eigenen Generation. Es wird noch ein langer Weg sein, sagt er, den festgefahrenen Konservativismus zu überwinden. Aber wir müssen es schaffen. Der letzte Bus drängt. Wir tauschen Adressen und verabschieden uns. Flüchtig geht mir ein Vergleich der Komsomolzen mit den 68er Jusos durch den Kopf. Aber ich denke ihn nicht zuende. Man wird ja sehen. Die Geschichte ist offen.

Später vor der Hoteldisco schreien mir andere aus unserer Gruppe zu: Anfangs ja schwierig! Die waren geschult! Aber doch interessant! Eine Frau hat sich verabredet für den folgenden Tag. Ich treffe zufällig noch einen Freund von Vadim im Bus. Auch er gibt mir seine Adresse. Wir müssen ins Gespräch kommen, meint er. Wir müssen die Angst überwinden.

•

Man hat sich das ganz anders gedacht, sagt eine Frau beim Nachbereitungsabend in Hamburg. Man hat gedacht, daß die Menschen dort so unzufrieden sind, daß sie am liebsten wegwollen.

Einiges hat man ja schon nach den Vorbereitungsabenden korrigiert. Aber so richtig konnte man sich die Verhältnisse doch nicht vorstellen. Es ist ja alles zu fremd.

Jetzt hat man es erst richtig gesehen. Jetzt weiß ich, daß die Menschen es dort selbst nicht anders wollen, auch wenn ihnen vieles nicht paßt. Es ist ja dort auch vieles im Fluß.

Das sind für mich die wichtigsten Erfahrungen.

Dafür hat es sich schon gelohnt.

"Istwestija"-Chefredakteur Laptow
über die
Schwierigkeiten der Perestroika

Die ,,Iswestija'' ist die offizielle sowjetische Regierungszeitung und eines der wichtigsten Publikationen des Gorbatschow-Flügels der KPdSU. Ihr Chefredakteur Laptew war auf Einladung der DKP in mehreren Städten der Bundesrepublik. Aus der vierstündigen Diskussion in Stuttgart wählten wir die interessantesten Fragekomplexe aus. Auswahlkriterium war hierbei nicht, ob die Antworten uns politisch in den Kram paßten, sondern ob sie Fakten oder Einschätzungen enthielten, die von anderen KPdSU-Funktionären bisher nicht oder nicht so zu hören waren.

Obwohl Iwan Laptew immer wieder seinen Optimismus über den Erfolg der Perestrojka betonte, wurden die Widerstände und Schwierigkeiten bei diesem politischen Experiment im Verlaufe seiner Ausführungen deutlich.

Welche Rolle spielt die Presse, welche Rolle spielt die ,,Iswestija'' bei der Umgestaltung ?

Ich möchte mit meinen eigenen Arbeitserfahrungen beginnen. Ich bin ein junger Chefredakteur, ich bin in dieser Position seit etwas über drei Jahren. Meine ersten Erfahrungen als Chefredakteur, nun die Erinnerungen daran schmecken recht bitter.

Bei uns in Moskau hatte sich im Handel eine Art Handels-Mafia herausgebildet. Sie wurde geleitet vom Direktor eines großen Lebensmittelgeschäftes. Er war bereits verhaftet, er war sogar verurteilt, da meldete sich unsere Zeitung ,,Iswestija'' mit einem Bericht über die Korruption und über die Bedingungen, die das Entstehen einer solchen verbrecherischen Gruppe ermöglicht haben. Nun wurde ich mit der Behauptung konfrontiert, ich sei es, der ganz Moskau Schmach und Schande bereitet habe. Und ich wurde gefragt, mit was ich mich da eigentlich befasse. Wenn Sie es nicht weitersagen, will ich Ihnen ehrlich gestehen, daß mich aus der verwickelten Lage damals der jetzige Generalsekretär, der damals noch kein Generalsekretär war, gerettet hat. Unter solchen Bedingungen mußten wir nun arbeiten.

will ich Ihnen ehrlich gestehen, daß mich aus der verwickelten Lage damals der jetzige Generalsekretär, der damals noch kein Generalsekretär war, geret-

Auf der anderen Seite hatte unsere Presse auch erheblich dazu beigetragen, die Fontänen aus Lobhudelei zu starten, durch die die vergangenen Jahre gekennzeichnet waren. Diese Schuld tragen wir, und wir streiten das keinesfalls ab. Wir alle entstammen jener Zeit, und sind auch durch jene Zeit geprägt worden. (...)

Was heißt Demokratisierung konkret?

Die beste Gewähr für das Gelingen der Perestrojka ist nach unserer Ansicht die größtmögliche Entfaltung und Erweiterung der Demokratie. In dieser Beziehung unternehmen wir wirklich revolutionäre Schritte.

Es mag Ihnen vielleicht seltsam vorkommen, aber am besten ist die Demokratie bei uns in den letzten Monaten in dem Bereich fortgeschritten, wo sie unserer Vorstellung nach eigentlich zuletzt zum Zuge kommen sollte: ich meine die Demokratie unmittelbar im Bereich der Wirtschaft.

Bei uns ist man dazu übergegangen, Betriebsdirektoren und Leiter auf anderen Betriebsebenen direkt zu wählen. Vergleichbar wäre das so, als ob hier die Arbeiter ihre Manager selber wählen. Wir haben solche Wahlen bereits in mehreren tausend Fällen durchgeführt, es gibt hierbei sehr gute Entscheidungen, aber auch Lösungen, die wir keinesfalls als gelungen bezeichnen können. Wir werden sehen, wir werden es lernen.

Wir haben auch einige Experimente gestartet bei den Wahlen zu den Organen der Sowjetmacht. Man hat sicherlich oft davon gelesen, denn das war Objekt der Kritik von allen Seiten, von rechts bis links, daß wir nur einen Kandidaten zu den Wahlen nominierten, und daß die Menschen dann hingingen und ihre Stimme nur für diesen Kandidaten abgeben konnten. Dies wurde einerseits gedeutet als Ausdruck der Einheit zwischen Partei und Volk. Von der Warte des heutigen Tages ist es ein Leichtes, wenn man ein bißchen geringschätzig darauf herabschaut und Späße darüber macht. Aber nun war es an der Zeit, sich ernsthaft Gedanken darüber zu machen und das Ganze neu zu gestalten. Bei den letzten Wahlen haben wir den Versuch gestartet, freilich nicht in jedem Wahlbezirk, aber in jeder Region des Landes: Es standen zwei, drei, fünf, sieben und mehr Kandidaten pro Mandat zur Wahl. Es gab dann eine Konkurrenz im besten Sinne des Wortes. Ein Kollege wollte zum Beispiel so gern gewählt werden, daß er im Rundfunk ein Konzertprogramm bestellt hat für seine Landsleute.

Buchstäblich kurz vor meiner Abreise in die Bundesrepublik wartete die ,,Komsomolska Prawda mit einer Jahrhundertnachricht auf: In Kasachstan hat man durch allgemeine Abstimmung auf einer Sowchose den Direktor abgewählt. Was hat nun dieser Direktor getan? Er ist in den Hungerstreik getreten. Und wo? In der Kreisleitung der KPdSU. Er brachte seinen Sessel mit, stellte diesen vor dem Gebäude der Kreisleitung auf, setzte sich hin und sagte: Ich verlasse diesen Sessel nicht, bevor ich wieder eingesetzt werde.



Foto: H. Wojahn

nicht, bevor ich wieder eingesetzt werde.

Bietet die Perestrojka nicht auch einen günstigen Nährboden für reaktionäre Strömungen? In ,,Sowjetunion heute'' stand ein Artikel über die Gründung einer Sektion der rechten ,,Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte'' (IGFM) in Moskau, und eine Gruppe namens ,,Pamjat'' ist durch antisemitische Hetze hervorgetreten.

Zum 15. Oktober dieses Jahres wurden in der Sowjetunion 32.000 informelle Organisationen gezählt. Organisationen, Vereinigungen, Initiativen, die innerhalb der letzten zwei Jahre aufgekommen sind. Was sind das für Vereinigungen? Es kommen beispielsweise fünf Leute zusammen, und sagen: ,,Wir bilden eine Gruppe über die Einhaltung der Vereinbarung von Helsinki''. Oder irgend etwas von der Art. Und nun fordern sie von der Sowjetmacht, registriert und akzeptiert zu werden. Einige versuchen, Demonstrationen und ähnliches zu veranstalten. Das ist für uns eine neue Erscheinung.

Mitunter wissen wir nicht einmal, wie wir darauf reagieren sollten. Es gibt Krishna-Anhänger; Hippies, die man im Westen längst vergessen hat, tauchen bei uns auf — alles mögliche ist plötzlich da.

(...) Wir betrachten alle diese Erscheinungen vor allen Dingen ruhig. Wir sind uns dessen bewußt, daß das längere Zeit ausgeblieben war. Nun ist es der Wunsch von allen, sich lauter zu Wort zu melden. Diese umfangreichen Prozesse, die sich jetzt in der Sowjetunion vollziehen, die bringen unvermeidlich etwas Gischt an die Oberfläche. Und wir werden sie ruhigen Herzens gewähren lassen, wenn sie nicht gegen die sowjetischen Gesetze verstoßen. Von uns aus sollen sie sich ruhig mit lauter Stimme melden.

Mit ,,Pamjat'' ist das etwas komplizierter. Es handelt sich hier um eine zahlenmäßig recht starke Vereinigung. Auf welcher Grundlage ist sie entstanden? In den 30er Jahren, das werden Sie sicherlich wissen, und auch nach dem Krieg hat man sich den Heiligtümern unserer Geschichte gegenüber sehr geringschätzig verhalten. Das regte die Menschen auf. Das berührte natürlich viele. Solche Dinge passieren auch heute noch. Auf dieser Grundlage entstand das Interesse an der Aufrechterhaltung von Denkmälern. An die Spitze dieser Vereinigung haben sich jedoch einige Menschen geschlichen, die dieser Bewegung eine etwas andere Richtung verleihen wollen, und zwar in Richtung der Suche nach Schuldigen. Schuldig seien nach ihrer Meinung Zionisten, seien Juden und so weiter. Im Grunde genommen dringt so in diese Organisation der Geist der ,,Schwarzen Hundertschaft'' ein. Die ursprüngliche Idee, die Erhaltung der Denkmäler, scheint nicht schlecht zu sein, aber das Wesen ist im Grunde genommen zutiefst verwerflich.

Nun, wie sollen wir das bekämpfen unter unseren neuen Bedingungen? Sollten wir ein bißchen Miliz aufbieten? Dann werden alle, unter anderem auch in diesem Land, lauthals schreien.

Also wollen wir uns auf andere Art auseinandersetzen. Die Zeitung ,,Iswestija'' hat einen riesengroßen Beitrag zu dieser Gruppe ,,Pamjat'' gebracht, und wir haben unseren Lesern aufgezeigt, wer an der Spitze dieser Gruppe steht, welche Ideen dieser Gruppe untergeschoben werden, wie gefährlich diese Ideen sind. Wir haben also eine öffentliche ideologische Analyse dieser Bewegung veranstaltet.

stija'' hat einen riesengroßen Beitrag zu dieser Gruppe ,,Pamjat'' gebracht, und wir haben unseren Lesern aufge-

Die ,,Pamjat''-Leute haben dann versucht, zu uns in die Redaktion zu kommen, vorwiegend um uns die Fensterscheiben einzuwerfen. Aber sie müssen wissen, daß das unter unseren Bedingungen ein ziemlich kompliziertes Unterfangen ist. ,,Iswestija'' ist immerhin ein riesiger Konzern, und dort arbeiten allein in Moskau über 4.000 Kollegen. Wenn es darauf ankommt, etwas zu verteidigen, so sind wir dazu aus eigener Kraft in der Lage. Darüberhinaus ist es eine staatliche Zeitung, das wichtigste Presseorgan unseres Staates.

Im Anschluß an uns haben sechs Zeitungen Beiträge über ,,Pamjat'' gebracht. Und was ihre Entwicklung angeht, so würde ich sagen, daß sie nicht aufwärts, eher abwärts verläuft. Menschen, denen es um den Erhalt der Denkmäler geht, die verlassen diese Organisation. Aber die rechten Führungspersönlichkeiten von ,,Pamjat'' treten mit allerlei reaktionären Erklärungen auf. Wenn sie sich weiter laut melden, werden wir weiter aufzeigen, mit wem wir es zu tun haben. Aber es wäre sicherlich falsch, wenn wir sagen würden, das wäre gerade der Inhalt der Demokratie. Es ist *eine* der Formen, wie sich die Menschen betätigen und zeigen wollen. Wenn sie gegen die sowjetischen Gesetze verstoßen, dann werden auch unsere Rechtsschutzorgane dementsprechend vorgehen.

Für uns besteht das Problem hier in etwas anderem: Unsere Verfassung enthält das Recht und die Möglichkeit, solche Organisationen zu gründen. Aber ebenso wie das Demonstrationsrecht ist es nicht in Gesetzesform konkretisiert. Und nun kommt so eine Gruppe und möchte registriert werden, als eingetragener Verein sozusagen, einschließlich der Eröffnung eines Bankkontos, mit Formblatt, Stempel und Siegel. Aber wir wissen gar nicht, wie wir verfahren sollen, und auf welcher rechtlichen Grundlage. Wie soll denn die Beziehung dieser Vereinigung mit dem Staat geregelt werden? Dazu wird jetzt ein entsprechendes Gesetz zügig ausgearbeitet. Und wenn solche Organisationen sich nicht bis zu diesem Zeitpunkt von selbst auflösen, dann werden sie auch registriert werden.

Zeitpunkt von selbst auflösen, dann werden sie auch registriert werden.

Foto: H. Wojahn

Der Erfolg der Perestrojka ist ja keineswegs eine ausgemachte Sache. Ich teile hier die Skepsis des ,,Iswestija''-Kommentators Alexander Bowin, der geschrieben hatte: ,,Neigen wir nicht dazu, zu verharmlosen, zu vertuschen, wie scharf und tief der gesellschaftliche Kampf in Partei und Land jetzt ist.'' Als Hauptgegner der Perestrojka bezeichnete Bowin den ,,hausbackenen bürokratischen sowjetischen sozialistischen Konservatismus'' und fügte hinzu: ,,DIE haben die Hoffnung nicht aufgegeben, UNS zu begraben.'' Wie denken Sie darüber ?

Alexander Bowin ist in der ,,Iswestija''-Redaktion als politischer Beobachter und Kolumnist tätig. Davon haben wir fünf, abgesehen von allen anderen Mitarbeitern. In der ,,Iswestija''-Redaktion sind lauter Genies tätig, und manchmal ist es kein Leichtes, mit Ihnen allen fertig zu werden. Sie haben einen Auszug aus Bowins Artikel zitiert, den er in der Zeitschrift ,,Neue Zeit'' veröffentlicht hat. Was läßt sich in diesem Zusammenhang sagen? Wo ist die wichtigste Opposition der Umgestaltung? Hätte Bowin in dieser Richtung recht gehabt, könnte man konkrete Menschen nennen, so wäre es für uns kein Problem gewesen. Die Sache ist weitaus komplizierter. Der größte Widerstand gegen die Umgestaltung, die wichtigste Opposition, ist in uns selbst, in jedem sowjetischen Menschen: Wir sind in unserer Zeit aufgewachsen, und wir sind von dieser Zeit erzogen worden; wir beherrschen bestimmte Methoden für die Lösung dieser oder jener Fragen; wir beherrschen bestimmte Fertigkeiten in der Leitungstätigkeit; wir haben unsere Gewohnheiten; wir haben unsere Leidenschaften, Voreingenommenheiten, Abneigungen; wir haben unsere eigene Angst, denn man möchte nicht einen guten Sessel und eine gute Arbeit verlieren. Und hier genau wurzelt der Widerstand gegen die Umgestaltung. Man kann das auch durchaus als unseren sozialistischen Konservatismus bezeichnen. Man kann das auch als psychologische Schranke bezeichnen, als Problem des Nichtverstehens, der Trägheit usw. Das ändert nichts am Wesen der Sache.

Da die Menschen unterschiedlich sind, äußert sich bei jedem dieser psychologische Bremseffekt auf unterschiedliche Art und Weise. Ich habe vorhin schon davon gesprochen, daß eine enorme Schicht von Menschen vorhanden ist, deren wichtigste Aufgabe darin bestand, andere zu leiten. Sie verstanden sich wie große Räder im Papiermeer, und es ist nicht bekannt, was das Endprodukt war. Nun stellen sie sich mal vor, da ist jetzt einer 55, fünf Jahre vor der Altersrente. Einen neuen Beruf wird er wohl kaum meistern. Seinen alten Beruf, sagen wir als Maschineningenieur, hat er längst verlernt. Wie sollen wir mit einem solchen Menschen umgehen? Er klammert sich an seinen Schreibtisch, und er ist nur mit äußerster Mühe wegzubringen. Deshalb kommt es bei uns vor, daß wir die Leute etwas eher in die Rente schicken, und daß wir spezielle Bedingungen schaffen, daß Leute, die anderswo eingesetzt werden, nicht finanziell benachteiligt werden. Diejenigen, die umzuschulen sind, die werden umgeschult, und für einige schaffen wir sogar Reserveplanstellen. Sie bekommen das gleiche Gehalt wie früher, aber sie beteiligen sich an nichts. Wir bezeichnen solche Leute als Ratgeber. Aber das kommt für die Gesellschaft um ein Vielfaches billiger, als wenn sie weiter auf dem früheren Posten sitzen würden.

Das betrifft nicht einen oder zwei
um ein Vielfaches billiger, als wenn sie weiter auf dem früheren Posten sitzen würden.

Das betrifft nicht einen oder zwei Menschen. Wir müssen unseren Verwaltungsapparat um mindestens 40% abbauen. Von den 16 Millionen dort Beschäftigten sind das etliche. Und jeder von den unmittelbar Betroffenen hat eine Familie, im Schnitt können wir also von drei bis vier Personen ausgehen. Das ist die reale Masse, mit deren Widerstand man rechnen kann, wenn man für diese Masse nicht bestimmte Bedingungen schafft, um sie zur Seite treten zu lassen. Wir sehen und erkennen dieses Problem. Wir sind dabei, nach allen Möglichkeiten zu forschen, um dieses Problem aus der Welt zu schaffen, auch wenn das manchmal plump aussieht. (...)

Ich würde diese Skepsis also nicht allzusehr teilen. Dieser Artikel wurde im Februar vorigen Jahres geschrieben. Seit dieser Zeit ist es uns gelungen, schon so manches zu leisten, und uns über so manches Klarheit zu verschaffen.

Polarisierung in der KPdSU —
Boris Jelzin abgewählt

Der Moskauer Parteivorsitzende, Boris Jelzin, wurde am 11. November durch das Moskauer Parteikomitee seines Amtes enthoben. Damit ist einer der konsequentesten Verfechter der Perestroika zumindest vorläufig entmachtet worden. Weder die Abwahl Jelzins noch ihre Vorgeschichte passen zu den Proklamationen von glasnost und Demokratisierung.

Auf der Tagung des ZK der KPdSU am 21. Oktober 1987 kam es zu Auseinandersetzungen, die von der Partei ganz im alten Stil behandelt wurden. Über den Inhalt der Tagung wurde nichts veröffentlicht. Bestätigt wurde von der Partei, daß eine Rede von Jelzin auf Mißfallen stieß sowie daß Jelzin seinen Rücktritt angeboten habe. Worum es nun genauer ging, ist nicht so recht klar.

Sicher ist, daß Jelzin das Tempo der Perestroika als ungenügend kritisierte, und weiterhin, daß er Teile des Parteiapparates der Sabotage bezichtigte. Das wäre an sich weder verwunderlich noch sonderlich brisant. Darüberhinaus aber soll Jelzin auch das Wort ,,Personenkult'' in den Mund genommen haben, behauptet die bürgerliche Presse. Es gibt da zwei Versionen: die einen schreiben, Jelzin habe Gorbatschow vorgeworfen, Personenkult zu betreiben; die anderen schreiben, Jelzin habe Gorbatschow vorgeworfen, er dulde, daß andere Personenkult betrieben. Wie dem auch sei. Ungeschickt ist beides allemal, wenn man bedenkt, wofür die Vokabel ,,Personenkult'' steht. Auf einer Pressekonferenz am 31.10.87 hat der ZK-Sekretär Lukjanov bestätigt, daß Jelzin seinen Rücktritt angeboten habe. Von TASS jedoch erschien die Empfehlung an die sowjetische Presse, Lukjanovs ,,*Antwort auf die Frage nach dem Ersten Sekretär des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU nicht zu drukken*''. Das mag sich daraus erklären lassen, daß Jelzin sein Rücktrittsersuchen zurückgezogen (NZZ vom 1.11.) und bereits auf der ZK-Sitzung Selbstkritik geübt haben soll (FAZ vom 2.11.). Den Gerüchten nach sollen vor allem Ligatschow, der für Warnungen vor allzu viel Glasnost und Perestroika bekannt ist, sowie der KGB-Chef Tschebrikow mit Jelzin hart ins Gericht gegangen sein, welcher wiederum von Jakowlew, Kolbin und Arbatow unterstützt worden sei (laut FAZ). Gegen einen wachsenden Einfluß der Konservativen im ZK spricht der Umstand, daß am 31.10. die ,,Prawda'' einen ZK-Beschluß veröffentlichte, in dem die Parteimitglieder aufgerufen werden, diejenigen Funktionäre zu unterstützen, die die ,,*Vorhut der Perestroika*'' bilden und endlich die ,,*Bremser beim Namen*'' zu nennen und abzuwählen.

Fortsetzung nächste Seite

Zwei Schritt zurück, ein Schritt vor

70 Jahre Oktoberrevolution und der Stand der Perestroika

Die Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution sind vorüber. Die Rede das Generalsekretärs der KPdSU, M.S. Gorbatschow, wurden in den hiesigen Medien mit Enttäuschung aufgenommen und bot einem Hamburger Anzeigenblättchen für Akademiker namens ,,Spiegel'' erneut Gelegenheit, Halbwissen und zynische Ignoranz als Journalismus auszugeben. Und die ,,Tageszeitung'' konnte es nicht lassen, klarzustellen, daß sie an den Sozialismus nicht ,,glaube'', aber dennoch Gorbatschow ,,Sympathie'' entgegenbringe. Über die Grünen in diesem Zusammenhang ein Wort zu verlieren, erübrigt sich ohnehin. 70 Jahre — und nichts passiert?

Doch. Am 2. November legte Gorbatschow namens des Zentralkomitees der KPdSU die Bilanz von 70 Jahren Sowjetunion vor. Wir wollen uns an dieser Stelle ausführlich mit der Rede Gorbatschows auseinandersetzen. Deutlich wurden in der Rede nicht nur die Probleme der KPdSU mit ihrer Geschichte, sondern ebenso die Linien einer beginnenden Fraktionierung innerhalb der KPdSU. Die Perestroika, schreibt Gorbatschow in seinem gerade erschienenen Buch, ist eine Revolution. Danton, der Altmeister revolutionärer Taktik, erklärte einst, die Revolution brauche drei Dinge: Kühnheit, Kühnheit und abermals Kühnheit. Ist Gorbatschow kühn genug?

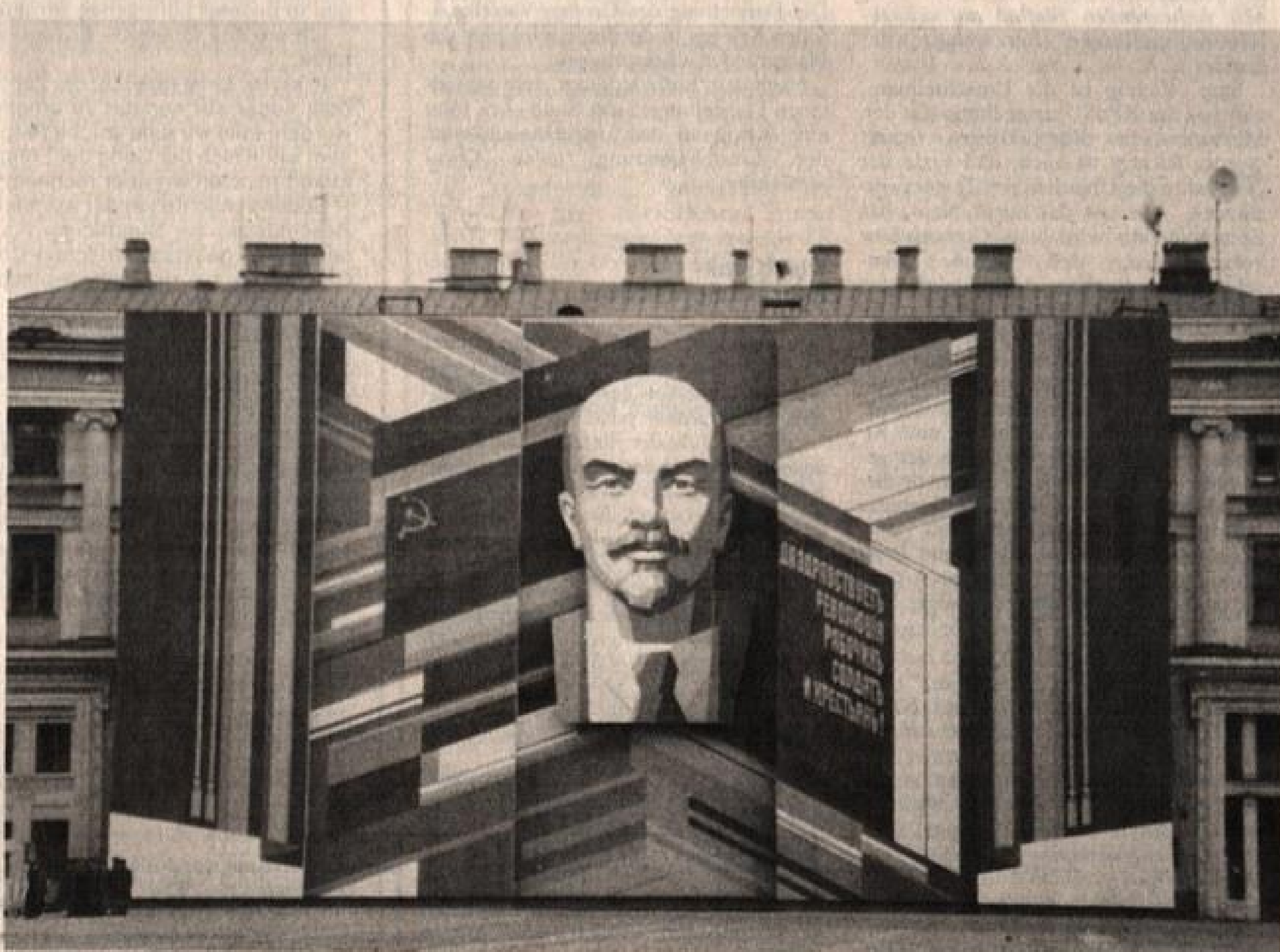


Foto: H. Wojahn

Die Rede unter dem Titel ,,Die Revolution wird fortgesetzt'' beginnt mit dem Stolz auf das Geleistete, mit einer apodiktischen Feststellung, es gebe keinerlei Anlaß, die Errungenschaften der UdSSR zu verleugnen. Die ersten Absätze lesen sich wie eine Beschwörung:

,,*Das Jubiläum — das ist ein Moment des Stolzes. Des Stolzes auf das Vollbrachte. Außerordentlich schwere Prüfungen hatten wir zu bestehen. Und wir bestanden sie ehrenvoll ...*

Das Jubiläum — das ist ein Moment des Gedenkens. An all jene Millionen Menschen, von denen jeder einen Beitrag zu unseren gemeinsamen sozialistischen Errungenschaften geleistet hat

ment des Gedenkens. An all jene Millionen Menschen, von denen jeder einen Beitrag zu unseren gemeinsamen sozialistischen Errungenschaften geleistet hat ...

Das Jubiläum — das ist ein Moment des Nachdenkens. Darüber, daß sich unsere Taten und unsere Schicksale zeitweilig nicht einfach und eindeutig gestalteten. Es gab alles — sowohl Heroisches als auch Tragisches, große Siege und bittere Rückschläge ...

Das Jubiläum — das ist ein Blick in die Zukunft. Unsere Errungenschaften sind grandios, gewichtig und bedeutend. Sie sind ein festes Fundament, die Grundlage für neue Erfolge, für die weitere Entwicklung der Gesellschaft. Gerade in der Entwicklung des Sozialismus, der Fortsetzung der Ideen und der Praxis des Leninismus und des Oktober sehen wir das Wesen unseres heutigen Tuns und Trachtens, unsere allererste Aufgabe und moralische Pflicht. Aus all dem ergibt sich die Notwendigkeit einer ernsthaften und fundierten Analyse des Oktober, all dessen, was in den sieben Jahrzehnten nach dem Oktober geschaffen worden ist.'' (Alle Zitate, soweit nicht anders angegeben, nach der Dokumentation in der ,,UZ'' vom 4.11.87)

Wie läßt es sich erklären, daß Gorbatschow seine Rede so traditionell beginnt, daß er also die Kontinuität an den Anfang setzt und keinen Paukenschlag? Zunächst einmal: Diese Rede gibt nicht die persönliche Meinung Gorbatschows wieder und nicht die Standpunkte der entschiedenen Verfechter der Perestroika, sondern jene Standpunkte, die anläßlich des Jahrestages geäußert werden können, ohne den Zusammenhalt der Partei zu gefährden. Auf dem Plenum des ZK der KPdSU Ende Oktober gab es heftige Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei. Sie waren offenkundig so gravierend, daß die Führung der KPdSU beschloß, diesen Streit geheimzuhalten und damit ihre Parole ,,glasnost'' zu diskreditieren (siehe nebenstehenden Artikel: Polarisierung innerhalb der KPdSU). Ein weiterer Grund dürfte darin liegen, daß Gorbatschow sich in letzter Zeit sichtlich bemüht, dem ideologischen Druck aus dem Westen und den Vereinnahmungsversuchen der Sozialdemokratie entgegenzuwirken (ein Beispiel dafür sind seine Ausführungen bei dem Gespräch mit den französischen KPF-Mitgliedern sowie eine Reihe von Erklärungen über den sozialistischen Charakter der Perestroika).

Einen dritten Grund bildet das Bemühen, sich mit den sowjetischen Konservativen in allererster Linie auf dem Feld der *heutigen* Aufgaben anzulegen. Zdenek Mlynar hat dies vor Monaten bereits herausgestrichen:

,,*Und wenn es wohl stimmt, daß alle wesentlichen Probleme des gegenwärtigen politischen Systems ihre Wurzeln in der Vergangenheit haben (unter Stalin, Chruschtschow, Breschnew), will Gorbatschow gleichwohl die Aufmerksamkeit nicht auf die Vergangenheit konzentrieren und über deren Bewertung eine ernste Auseinandersetzung innerhalb der Partei, in den Leitungsgremien und in der Gesellschaft hervorrufen. Die Erfahrung der Chruschtschow-Ära (aber auch des ,Prager Frühlings') lehrt in der Tat, daß dies der erste Schritt in die Niederlage ist ...*'' (Kreuzweg der politischen Reform, in: Sozialismus Nr.2/87, S. 48).

Die Grundlinie der Argumentation bei Gorbatschow stellt die aktuellen Aufgaben voran und erläutert in ihrem Zusammenhang die historischen Ursachen der Probleme. Dieses Vorgehen kann man kritisieren oder als enttäuschend empfinden, es hat jedoch zwei durchaus plausible Gründe: Erstens soll den Konservativen kein Nebenkriegsschauplatz zugestanden werden, auf dem sie mit lautem Geklapper von den nötigen Reformen ablenken können. Und zweitens soll auf diese Weise ein Schutzwall gegen diejenigen errichtet werden, die die Perestroika für eine Abrechnung mit dem Sozialismus insgesamt zu mißbrauchen versuchen.

Heißt das nun aber, daß die Kritik der eigenen Geschichte und insbesondere der stalinistischen Deformation für Gorbatschow eine marginale Rollen spielen? Ich denke nicht. Aber das Schwergewicht liegt nicht in der Kritik an Stalin, sondern in dem Kampf gegen den Stalinismus.

Lenin und die NEP

Gorbatschow stellt in seinen Ausführungen über die ersten Jahre nach der Oktoberrevolution insbesondere die Neue Ökonomische Politik (NEP) heraus. Er erinnert an die Definition aus Lenins Spättexten, Sozialismus sei eine Gesellschaft ,,*zivilisierter Genossenschafter*'', was bedeutet, daß der Sozialismus nicht nur staatliches Eigentum an Produktionsmitteln kennt, sondern eben auch genossenschaftliches. Gorbatschow fährt dann fort:

,,*Wir wenden uns jetzt immer öfter den letzten Arbeiten Lenins, den Leninschen Ideen der Neuen Ökonomischen Politik zu und versuchen, diesen Erfahrungen alles für uns heute Wertvolle und Notwendige zu entnehmen. (...) Wenn vom schöpferischen Potential der NÖP die Rede ist, muß wohl noch einmal von dem politischen und methodologischen Ideenreichtum der Naturalsteuer gesprochen werden.*''

Diese These wird nicht näher erläutert. Sie deutet jedoch darauf hin, daß in der KPdSU Überlegungen angestellt werden, genossenschaftliches Eigentum zu fördern und über eine modifizierte Naturalsteuer zu beeinflussen.

Es ist keineswegs belanglos, daß Gorbatschow insbesondere die NEP herausstreicht und diese eben nicht nur als einen kurzfristigen Rückzug verstanden wissen will. Die Situation von 1924 kennzeichnet Gorbatschow mit folgenden Worten:

,,*Die Geschichte stellte der neuen Gesellschaftsordnung ein hartes Ultimatum: entweder in kürzester Frist ihre sozialökonomische und technische Basis zu schaffen, zu überleben und somit der Menschheit erste Erfahrungen einer gerechten Organisation der Gesellschaft zu vermitteln oder unterzugehen ...*''.

Und dann kommt er zur Sache.

Die ,,Periode nach Lenin''

1. Die Situation der Partei

,,*Im Laufe der Jahrzehnte sind wir immer wieder auf diese Zeit zurückgekommen. Das ist natürlich, denn damals begann der Aufbau der ersten sozialistischen Gesellschaft in der Welt. Das war eine Heldentat von historischer Dimension und Bedeutung. (...) Wenn wir heute mitunter mit kritischem Blick auf unsere Geschichte schauen, dann nur deshalb, weil wir uns eine bessere und umfassendere Vorstellung von den Wegen in die Zukunft machen wollen*''.

Nach dieser taktvollen Einleitung folgt ein längerer Passus über die Entwicklung in den 20er und den frühen 30er Jahren, der hier in Auszügen wiedergegeben werden soll:

,,*Obwohl die Partei und die Gesellschaft über die Leninsche Konzeption vom Aufbau des Sozialismus, über die Arbeiten V.I. Lenins nach der Oktoberrevolution verfügten, war die Suche nach dem Weg sehr schwer, erfolgte sie in angespanntem ideologischen Kampf und in einer Atmosphäre politischer Diskussionen. In deren Mittelpunkt standen grundlegende Entwicklungsprobleme der Gesellschaft, vor allem die Frage nach der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in unserem Land. (...)*

Es ging also um wichtigste, umwälzende Probleme und Aufgaben. Und obwohl die Partei, ich wiederhole, über die Leninschen Richtlinien zu diesen Fragen verfügte, entbrannten dazu scharfe Diskussionen. (...)

Mit einem Wort, sich Klarheit zu verschaffen und den einzig richtigen Kurs in einer so komplizierten und bewegten Situation zu finden, war außerordentlich schwer. Der Charakter des ideologischen Kampfes komplizierte sich erheblich durch persönliche Rivalität in der Parteiführung. Alte Differenzen, die es bereits zu Lebzeiten Lenins gab, machten sich auch in der neuen Situation bemerkbar, und das in sehr krasser Form. Vor der Möglichkeit einer solchen Gefahr warnte bekanntlich Lenin. In dem ,Brief an den Parteitag' (Werke Bd.36, S.577-596 — Anm. jb) *unterstrich er, daß ,das keine Kleinigkeit, oder eine solche Kleinigkeit ist, die entscheidende Bedeutung erlangen kann'. So geschah es auch in vielerlei Hinsicht.*

Kleinbürgerliche Wesensart gewann bei einigen angesehenen Funktionären Oberhand. Sie bildeten Fraktionen. (...) Sie provozierten die Spaltung sogar dann weiter, als dem überwiegenden Teil in der Partei klar wurde, daß ihre Ansichten den Leninschen Ideen und Plänen zuwiderlaufen, ihre Vorschläge falsch sind und das Land von dem richtig eingeschlagenen Kurs abbringen können.''

2.Trotzki und der Trotzkismus

,,*Das trifft vor allem auf L.D. Trotzki zu, der nach Lenins Tod maßlose Führungsansprüche in der Partei erhob und somit in vollem Maße die Leninsche Charakteristik seiner Person als übermäßig selbstsicheren, sich stets drehenden und windenden betrügerischen Politiker bestätigte. Trotzki und die Trotzkisten negierten die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus unter den Bedingungen der kapitalistischen Umzingelung. In der Außenpolitik setzten sie auf den Export der Revolution und in der Innenpolitik auf das ,Ansetzen von Daumenschrauben' bei der Bauernschaft, auf die Ausbeutung des Dorfes durch die Stadt und auf administrativ-militärische Methoden bei der Leitung der Gesellschaft. Der Trotzkismus ist eine politische Strömung, deren Ideologen im Grunde eine kapitulantenhafte Haltung einnahmen, wobei sie sich mit linken, pseudorevolutionären Phrasen tarnten. Dem Wesen nach stellte er eine Attacke gegen den Leninismus an der gesamten Front dar. Es ging praktisch um das Schicksal des Sozialismus in unserem Land, um das Schicksal der Revolution.*

Unter diesen Bedingungen mußte dem Trotzkismus vor dem ganzen Volk der Nimbus genommen, mußte sein antisozialistisches Wesen entlarvt werden. Die Situation gestaltete sich noch komplizierter dadurch, daß die Trotzkisten in einem Block mit der neuen Opposition unter der Führung G.J. Sinowjews und L.B. Kamenews agierten. Die Führer der Opposition hatten begriffen, daß sie in der Minderheit waren, und drängten der Partei immer neue Diskussionen auf, wobei sie auf eine Spaltung ihrer Reihen setzten. Aber die Partei sprach sich letztendlich für die Linie des ZK und gegen die Opposition aus, die ideologisch und organisatorisch zerschlagen wurde.

Somit behauptete der führende Kern der Partei unter Leitung J.W. Stalins den Leninismus im ideologischem Kampf ...''.

Diese Ausführungen sind in der Tat enttäuschend. Sie bleiben bei der alten Version, die die Trotzkisten aus den Reihen der Kommunisten ausgrenzt und ihren kommunistischen Anspruch als bloße Tarnung abtut. Was Gorbatschow verschweigt, ist erstens Lenins Forderung nach Ablösung Stalins vom 4.1.1923 und ist zweitens das Vertrauen, das Lenin an seinem Lebensende in Trotzki setzte (vergl. die nebenstehende Dokumentation: Der Brief an den Parteitag). Auch wenn ich der Kritik Gorbatschows an der damaligen Sozialismuskonzeption Trotzkis großteils zustimmen kann (1), so betrachte ich die ausgrenzende Verdammung Trotzkis als

tag). Auch wenn ich der Kritik Gorbatschows an der damaligen Sozialismuskonzeption Trotzkis großteils zustimmen kann (1), so betrachte ich die ausgrenzende Verdammung Trotzkis als

völlig unhaltbar. Dies umso mehr, als die politische Ausschaltung Trotzkis eine Zäsur darstellte, denn sie war einer der zentralen Schritte hin zu einer monolithischen Partei, die jeden Widerspruch als Verrat begriff. Der sowjetische Historiker Jurij Afanasiev sagte völlig zu Recht über die Rehabilitierung Bucharins:

,,*Ich glaube, daß mit ihm alle Mitarbeiter Lenins rehabilitiert werden müssen ... Wenn wir die einen rehabilitieren würden, die anderen aber nicht, wären wir schon auf halbem Weg, die Repression Stalins zu rechtfertigen. Die Delikte, die Vergehen, sind alle gleich*'' (Interview mit der Corriere della Sera, Nachdruck in taz vom 6.11.).

Was soll man dem hinzufügen? Doch erst einmal weiter in der Rede Gorbatschows.

3. Bucharin und die ,,Rechten''

,,*Ganz am Ende der 20er Jahre entbrannte ein scharfer Kampf auch um die Wege des Übergangs der Bauernschaft zum Sozialismus. In diesem Kampf trat im Grunde genommen die unterschiedliche Einstellung der Mehrheit des Politbüros und der Gruppe um Bucharin gegenüber der Anwendung der NÖP-Prinzipien in der neuen Entwicklungsetappe der sowjetischen Gesellschaft zutage.*

Die konkreten Bedingungen jener Zeit ... machten eine beträchtliche Steigerung des Tempos des sozialistischen Aufbaus zu einer dringenden Aufgabe. Bucharin und seine Anhänger unterschätzten in ihren Plänen und Theorien praktisch die Bedeutung des Zeitfaktors beim Aufbau des Sozialismus in den dreißiger Jahren. (...) Sowohl Bucharin selbst als auch seine Anhänger sahen sehr bald ihre Fehler ein.'' (Gemeint sind vermutlich die Selbstkritiken in der ,Prawda' vom November 1929 sowie die Einheit auf dem XVI.Parteitag im Juni 1930 — Anm. jb)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Ausführungen Gorbatschows über die Debatten in den 20er Jahren geben insgesamt Stalin gegen die Oppositionen recht. Dabei kommt die sogenannte ,,rechte'' Opposition um Bucharin besser weg als die Trotzkisten, ist die Kritik an ihnen verhaltener und versöhnlicher. Bis zu diesem Punkt verbleibt die Rede Gorbatschows also weitgehend in den gehabten Bahnen der sowjetischen Historiographie. Sehen wir weiter.

Der große Umbruch und die Heraufkunft des Stalinismus

Ende der 20er Jahre wechselte die KPdSU/B ihren Kurs. Sie leitete die forcierte Industrialisierung ein, die durch eine Ausbeutung der Bauern finanziert werden sollte. Es begann die gewaltsame Kollektivierung, eine terroristische Schlacht gegen dreiviertel der Bevölkerung. Am 7. November 1929 feierte Stalin das ,,*Jahr des großen Umschwungs*''. Dieser Umschwung und die ihm folgenden Verhältnisse in der UdSSR bilden das düsterste Kapitel der sowjetische Geschichte. Die Ausführungen Gorbatschows zu dieser Etappe sind widersprüchlich und zaghaft. Zunächst einmal hebt er das Positive hervor:

,,*Die Partei schlug einen bisher nicht erkundeten Weg der Industrialisierung vor, nämlich sofort die Schwerindustrie voranzutreiben ohne auf äußere Finanzquellen zu hoffen, ohne auf langjährige Akkumulationen aus der Entwicklung der Leichtindustrie zu warten. Das war unter jenen Bedingungen der einzig mögliche, wenn auch für das Land und das Volk ungemein schwere Weg. Es war ein bahnbrechender Schritt, bei dem der revolutionäre Elan der Massen als Komponente des Wirtschaftswachstums ins Kalkül gezogen wurde. Die Industrialisierung in einem Zug brachte das Land auf ein qualitativ neues Niveau: (...)*

Blickt man realistisch auf die Geschichte und berücksichtigt man die Gesamtheit der inneren und internationalen Realitäten, drängt sich unwillkürlich die Frage auf: Hätte unter jenen Bedingungen ein anderer Kurs gewählt werden können als der, den die Partei vorschlug? Wenn wir auf dem Boden der Historie, der Wahrheit bleiben wollen, kann es nur eine Antwort geben: Nein''.

Das heißt also, Gorbatschow betrachtet den Kurswechsel der KPdSU Ende der 20er Jahre als historisch unvermeidlich und damit als grundsätzlich gerechtfertigt. Den größten Fehler sieht Gorbatschow in den Methoden, mit denen die Kollektivierung durchgesetzt wurde:

,,*Es entstand ein System des Administrierens und Kommandierens der Partei- und Staatsführung des Landes. Es verstärkte sich der Bürokratismus, vor dessen Gefahren Lenin seinerzeit gewarnt hatte. (...) In der Industrie mit ihrem damaligen Umfang ..., brachten solche Methoden und ein solches Leitungssystem im großen und ganzen ihre Ergebnisse. Doch ein so striktes System der Zentralisierung und des Kommandierens war bei der Lösung der Aufgaben der Veränderung des Dorfes unzulässig.*

Man muß es offen sagen: In der neuen Etappe mangelte es an Leninscher Aufmerksamkeit für die Interessen der werktätigen Bauernschaft. Und die Hauptsache — es wurde die Tatsache unterschätzt, daß sich die Bauernschaft in den Jahren nach der Revolution als Klasse grundlegend verändert hatte. Zur Hauptfigur wurde der Mittelbauer. Er setzte sich als Eigentümer durch, dieser werktätige Bauer, der seinen Boden von der Revolution erhalten hatte und sich in den ganzen zehn Jahren davon überzeugt hatte, daß die Sowjetmacht auch seine Macht ist. Er wurde zum treuen und zuverlässigen Verbündeten der Arbeiterklasse ... (Wäre) die Linie des Bündnisses mit den Mittelbauern gegen die Kulaken konsequent verfolgt worden, dann wäre es auch nicht zu jenen Überspitzungen gekommen, die bei der Kollektivierung auftraten. (...)

Der an sich richtige Kurs auf die Bekämpfung des Kulakentums wurde oftmals so breit ausgelegt, daß auch ein bedeutender Teil der Mittelbauern erfaßt wurde. Das ist historische Realität''.

Nein, das ist es nicht. Sondern Tatsache ist, daß die ,,Prawda'' am 11. November 1929 erklärte, die 100prozentige Verstaatlichung allen Inventars und allen Zugviehs sei das Ziel. Und Molotow schwärmte von ,,*kollektivierten Republiken*''. Es wurde nicht ein Teil der Mittelbauern ,,erfaßt'', sondern alle. Das war jedenfalls das erklärte politische Ziel, welches sich kurzfristig allerdings nicht realisieren ließ. Doch weiter mit der Darstellung durch Gorbatschow:

,,*Für das Verständnis der Situation in jenen Jahren muß man bedenken, daß sich das System des Administrierens und Kommandierens ... auf das gesamte gesellschaftspolitische Leben des Landes auswirkte. Nachdem es sich in der Wirtschaft durchgesetzt hatte, dehnte es sich auch auf den Überbau aus, wo es die Entfaltung des Potentials der sozialistischen Demokratie einschränkte und ihr Voranschreiten hemmte. (...) Es gab erste Erfolge. Gleichzeitig wurden die Methoden, die von der Zeit des Kampfes gegen den feindlichen Widerstand der Ausbeuterklassen diktiert waren, in die Zeit des friedlichen sozialistischen Aufbaus mechanisch übernommen, in der sich die Bedingungen grundlegend geändert hatten. (...) Später wurde diese politische Praxis ausgebaut und mit der falschen ,,Theorie'' einer Zuspitzung des Klassenkampfes im Prozeß des Aufbaus des Sozialismus begründet. Dies hatte einen verheerenden Einfluß auf die gesellschaftspolitische Entwicklung des Landes ...*''.

Stop. Richtig ist die Umschreibung, daß von der KPdSU unter Stalin mit den Methoden des Bürgerkrieges regiert wurde. Richtig ist auch, daß Ende der 20er Jahre die Ursachen des Terrors entstanden. Aber ist das alles? Nein, das Entscheidende wird von Gorbatschow verschwiegen: der ,,große Umschwung'' zerschlug das Bündnis von Arbeiterklasse und Bauernschaft, er bedeutete einen radikalen Bruch mit der bolschewistischen Strategie. Er veränderte mit einem Schlag die klassenmäßige Grundlage des Staates. Er stellte, um mit Gorbatschow zu reden, eine Attacke gegen den Leninismus an der gesamten Front dar. Wie läßt sich vor diesem Hintergrund die Kritik an Bucharin und anderen aufrechterhalten?

Es gibt einen Passus in jenem Brief Lenins an den Parteitag, den auch Gorbatschow nicht zu zitieren wagte und der doch in diesem Zusammenhang so wichtig ist:

,,*Unsere Partei stützt sich auf zwei Klassen, und deshalb ist ihre Instabilität möglich und ihr Sturz unausweichlich, wenn es dahin käme, daß zwischen beiden Klassen kein Einvernehmen erzielt werden könnte. (...) Keinerlei Maßnahmen werden in diesem Fall eine Spaltung verhindern können.*'' (Werke Bd. 36, S. 578).

So klar Lenin die Gefahr sah, so wenig konnte er ahnen, was Stalin und seinesgleichen in diesem Fall tun würden. Und hier muß auch gesagt werden, daß die ,,Industrialisierung in einem Zug'' überhaupt nur als Ausbeutung der Bauernschaft betrieben werden konnte, weil es andere Kapitalquellen nicht gab. Das Konzept des ,,Großen Umschwungs'' ist in sich geschlossen und man kann nicht Teile davon richtig und andere falsch finden. Gorbatschow richtet seine Kritik an der Kollektivierung in die richtige Richtung, scheut jedoch vor der sich aufdrängenden und unabweisbaren Konsequenz zurück: Es gab keine Alternative zur NEP — außer dem Terror gegen das Volk. Weil Gorbatschow den Kurs der beschleunigten Industrialisierung aber verteidigt, findet er auch keine Erklärung für die ,,Fehler'' bei der Kollektivierung.

Die Säuberungen und die Schuld Stalins

Ebenso halbherzig wie die Kritik an dem ,,Großen Umschwung'' bleibt die Analyse seiner politischen Folgen, die Hunderttausende mit dem Leben bezahlten. Gorbatschow nennt weder Namen der Opfer noch Umfang der Liquidierungen.

,,*Es ist vollkommen offensichtlich, daß gerade das Fehlen des nötigen Niveaus der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft sowohl den Personenkult als auch die Verletzungen der Gesetzgebung, die Willkür und die Repressalien der dreißiger Jahre ermöglichte. Offen gesagt — Verbrechen, verübt auf dem Nährboden des Machtmißbrauchs. Tausende Mitglieder der Partei und Parteilose waren Massenrepressalien ausgesetzt. (...)*

Jetzt gibt es viele Diskussionen über die Rolle Stalins in unserer Geschichte. Seine Persönlichkeit ist äußerst widersprüchlich. Wir müssen bei den Positionen der historischen Wahrheit bleiben und sowohl den unbestreitbaren Beitrag Stalins zum Kampf für den Sozialismus und zum Schutz seiner Errungenschaften als auch die groben politischen Fehler und die Willkür sehen, die er und seine Umgebung zugelassen haben, für die unser Volk einen hohen Preis zahlte und die für das Leben unserer Gesellschaft schwerwiegende Folgen nach sich zogen. Manchmal wird behauptet, Stalin habe von den Gesetzlosigkeiten nichts gewußt. Aus den Dokumenten, über die wir verfügen, geht hervor, daß dem nicht so ist. Die Schuld Stalins und seiner nächsten Umgebung gegenüber Partei und Volk für die zugelassenen Massenrepressalien und die Gesetzlosigkeiten ist gewaltig und unverzeihlich. Das ist eine Lehre für alle Generationen. (...)

Wir wissen jetzt, daß die politischen Anklagen und die Repressalien gegen eine Reihe von Persönlichkeiten der Partei und des Staates, gegen viele Kommunisten und Parteilose, gegen Wirtschafts- und Armeekader, Wissenschaftler und Kulturschaffende ein Ergebnis vorsätzlicher Fälschungen waren''.

Hervorzuheben ist noch, daß Gorbatschow Stalins Außenpolitik vor und in dem Zweiten Weltkrieg gegen Kritik verteidigt und zwar ausdrücklich auch den Nichtangriffspakt mit dem Dritten Reich. Dies ist zu erwähnen, weil vor kurzem der Chef des sowjetischen Generalstabes im Zweiten Weltkrieg, Marschall Georgi Shukov, Stalins Politik vor dem Krieg kritisierte (vergl. Nachdruck in der taz vom 6.11.87, S. 13). Die Darstellung des Großen Vaterländischen Krieges in der Rede wird hier aus Platzgründen übersprungen.

Nach den, höflich gesagt, sehr verhaltenen Darstellungen der Stalin-Ära folgt eine Kritik an den Unzulänglichkeiten der Entstalinisierung unter Chruschtschow.

Die Kritik an Chruschtschow

Den Ansatz der Reformen unter Chruschtschow, der in der Breschnew-Ära zur Unperson geworden war, beurteilt Gorbatschow positiv:

,,*In der Mitte der fünfziger Jahre, insbesondere nach dem XX. Parteitag der KPdSU, ging der Wind der Veränderung über das Land. Das Volk sammelte neue Kräfte, lebte auf, wurde kühner und zuversichtlicher. Die Kritik des Personenkultes und seiner Folgen und die Wiederherstellung der sozialistischen Gesetzlichkeit verlangten der Partei und ihrer Führung mit N.S. Chruschtschow an der Spitze nicht wenig Mut ab. Frühere Stereotype in der Innen- und Außenpolitik begannen zusammenzubrechen. (...)*

Mit einem Wort, es vollzogen sich Veränderungen zum Besseren — sowohl in der sowjetischen Gesellschaft als auch in den internationalen Beziehungen. Es wurden jedoch nicht wenige subjektivistische Fehler gemacht, die das Eintreten des Sozialismus in eine neue Etappe komplizierten und progressive Vorhaben in vielem in Mißkredit gebracht haben. Es geht darum, daß qualitativ neue Aufgaben der Innen- und der Außenpolitik und des Parteiaufbaus nicht selten mit voluntaristischen Methoden, mit Hilfe des alten politischen und ökonomischen Mechanismus gelöst worden sind. Die Hauptursachen für das Mißlingen der Reformen, die in jener Periode in Angriff genommen wurden, bestand jedoch darin, daß sie sich nicht auf eine breite Entfaltung der Demokratisierungsprozesse stützten.''

Die Katze ist aus dem Sack. Was Gorbatschow in diesem Punkt sagt, ist klar und eindeutig: Chruschtschow hat Stalin kritisiert, aber mit den alten, den stalinistischen Mechanismen weitergearbeitet. Und diese Inkonsequenz führte zum Scheitern der Reformen. Als ungenügend kritisiert Gorbatschow namens des ZK auch die Rehabilitierungen unter Chruschtschow:

,,*Viele Anklagen wurden später — besonders nach dem XX. Parteitag — aufgehoben. Tausende unschuldig Leidende wurden vollständig rehabilitiert.*

Doch der Prozeß der Wiederherstellung der Gerechtigkeit wurde nicht zu Ende geführt und kam faktisch Mitte der sechziger Jahre zum Stehen (1964 wurde Chruschtschow durch Breschnew ersetzt — Anm. jb). *Jetzt muß man in Übereinstimmung mit dem Oktober-Plenum (1987) des ZK erneut darauf zurückkommen. Das Politbüro des ZK hat eine Kommission zur allseitigen Untersuchung neuer und schon früher bekannter Fakten und Dokumente zu diesen Fragen gebildet. (...)*

All das wird seinen Niederschlag auch im Abriß der Geschichte der KPdSU finden, dessen Ausarbeitung einer Sonderkommission des ZK übertragen wird. Das müssen wir tun. Umso mehr, da wir es auch gegenwärtig noch mit Versuchen zu tun haben, den schwerwiegenden Fragen unserer Geschichte auszuweichen, sie zu verschweigen und so zu tun, als ob nichts Besonderes geschehen wäre. Damit können wir uns nicht einverstanden erklären. (...) Wir können es auch deshalb nicht, weil eine wahrheitsmäßige Analyse uns bei der Lösung unserer heutigen Probleme helfen muß, unseren Problemen der Demokratisierung, der Gesetzlichkeit, der Offenheit, der Überwindung des Bürokratismus, kurz gesagt den brennenden Problemen der Umgestaltung''.

Fortsetzung nächste Seite

Den ,,Brief an den Parteitag'', häufig als ,,Testament'' bezeichnet, diktierte Lenin Ende Dezember 1922 / Anfang Januar 1923.

Die Briefe wurden seinerzeit nicht veröffentlicht. Der Brief ,,Zur Frage der Nationalitäten oder der ,Autonomisierung'' ,,wurde auf einer Beratung der Delegationsleiter des XII.Parteitags (...) verlesen''; der ,,Brief an den Parteitag'' ,,wurde in den Delegationen auf dem XIII. Parteitag der KPR(B) verlesen.'' (Red. Anm. in Lenin, Werke, Bd. 36, 3. Auflage, 1967)

1956 wurden diese Briefe Lenins auf Beschluß des ZK der Partei den Delegierten des XX. Parteitags der KPdSU zur Kenntnis gebracht, an die Parteiorganisationen versandt, in der Zeitschrift ,,Kommunist'' veröffentlicht und als Broschüre in Massenauflage herausgegeben.

Brief an den Parteitag

Ich würde sehr empfehlen, auf diesem Parteitag eine Reihe von Änderungen in unserer politischen Struktur vorzunehmen.

Ich möchte Ihnen die Erwägungen mitteilen, die ich für die wichtigsten halte.

In erster Linie rate ich, die Zahl der Mitglieder des ZK auf einige Dutzend oder sogar auf hundert zu erhöhen. Mir scheint, unserem Zentralkomitee würden, falls wir eine solche Reform nicht vornehmen, große Gefahren drohen, wenn sich der Gang der Ereignisse nicht ganz günstig für uns gestaltet (damit müssen wir aber rechnen).

Sodann möchte ich der Aufmerksamkeit des Parteitages empfehlen, den Beschlüssen der Staatlichen Plankommission unter bestimmten Voraussetzungen gesetzgeberischen Charakter zu verleihen, diesbezüglich also Gen. Trotzki bis zu einem gewissen Grad und unter gewissen Bedingungen entgegenzukommen.

Was den ersten Punkt betrifft, d.h. die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des ZK, so glaube ich, daß das nötig ist, sowohl um die Autorität des ZK zu heben als auch um ernsthaft an der Verbesserung unseres Apparates zu arbeiten und um zu verhindern, daß Konflikte kleiner Teile des ZK eine übrmäßig große Bedeutung für das ganze Schicksal der Partei erlangen könnten.

Ich glaube, daß unsere Partei das Recht hat, von der Arbeiterklasse 50 – 100 Mitglieder des ZK zu verlangen, und daß Sie diese von ihr ohne übermäßige Anspannung ihrer Kräfte erhalten kann.

Eine solche Reform würde unsere Partei erheblich festigen und ihren Kampf erleichtern, den sie inmitten feindlicher Staaten zu führen hat, und der sich meiner Meinung nach in den nächsten Jahren stark zuspitzen kann und muß. Mir scheint, daß unsere Partei durch eine solche Maßnahme tausendfach an Stabilität gewinnen würde.

Lenin

23.XII.1922
Niederschrift: M.W.

II

Fortsetzung der Aufzeichnungen.
24. Dezember 1922

Unter der Stabilität des Zentralkomitees, von der ich oben gesprochen habe, verstehe ich Maßnahmen gegen eine Spaltung, insoweit solche Maßnahmen überhaupt getroffen werden können. Denn der Weißgardist in der ,,Russkaja Mysl'' (ich glaube, es war S.F. Oldenburg)(1) hatte natürlich recht, als er erstens seine Hoffnungen in dem Spiel dieser Leute gegen Sowjetrussland auf eine Spaltung unserer Partei setzte und als er zweitens seine Hoffnungen hinsichtlich dieser Spaltung auf sehr ernste Meinungsverschiedenheiten in der Partei setzte.

Unsere Partei stützt sich auf zwei Klassen, und deshalb ist ihre Instabilität möglich und ihr Sturz unvermeidlich, wenn es dahin käme, daß zwischen diesen beiden Klassen kein Einvernehmen erzielt werden könnte. Es ist zwecklos, für diesen Fall diese oder jene Maßnahme zu treffen und überhaupt von der Stabilität unseres ZK zu sprechen. Keinerlei Maßnahmen werden in diesem Fall eine Spaltung verhindern können. Ich hoffe jedoch, das liegt in allzu ferner Zukunft und ist ein allzu unwahrscheinliches Ereignis, als daß man darüber sprechen müßte.

Ich meine mit Stabilität die Garantie vor einer Spaltung in allernächster Zeit und beabsichtige, hier eine Reihe von Erwägungen rein persönlicher Natur anzustellen.

Ich denke, ausschlaggebend sind in der Frage der Stabilität unter diesem Gesichtspunkt solche Mitglieder des ZK wie Stalin und Trotzki. Die Beziehungen zwischen ihnen stellen meines Erachtens die größere Hälfte der Gefahr jener Spaltung dar, die vermieden werden könnte und zu deren Vermeidung meiner Meinung nach unter anderem die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des ZK auf 50, auf 100 Personen dienen soll.

Gen. Stalin hat, nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine unermeßliche Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht überzeugt, daß er es immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen. Andererseits zeichnet sich Gen. Trotzki, wie schon sein Kampf gegen das ZK in der Frage des Volkskommissariats für Verkehrswesen bewiesen hat, nicht nur durch hervorragende Fähigkeiten aus. Persönlich ist er wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK, aber auch ein Mensch, der ein Übermaß von Selbstbewußtsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat.

Diese zwei Eigenschaften zweier hervorragender Führer des gegenwärtigen ZK können unbeabsichtigt zu einer Spaltung führen, und wenn unsere Partei nicht Maßnahmen ergreift, um das zu verhindern, so kann die Spaltung überraschend kommen.

Ich will die persönlichen Eigenschaften der anderen Mitglieder des ZK nicht weiter charakterisieren. Ich erinnere nur daran, daß die Episode mit Sinowjew und Kamenew im Oktober (2) natürlich kein Zufall war, daß man sie ihm *(Offenbar ein Schreibfehler: statt ,,ihm'' muß es sinngemäß ,,ihnen'' heißen. Die Red.)* aber ebensowenig als persönliche Schuld anrechnen kann wie Trotzki den Nichtbolschewismus.

Was die jungen Mitglieder des ZK betrifft, so möchte ich einige Worte über Bucharin und Pjatakow sagen. Das sind meines Erachtens die hervorragendsten Kräfte (unter den jüngsten Kräften), und ihnen gegenüber sollte man folgendes im Auge haben: Bucharin ist nicht nur ein überaus wertvoller und bedeutender Theoretiker der Partei, er gilt auch mit Recht als Liebling der ganzen Partei, aber seine theoretischen Anschauungen können nur mit sehr großen Bedenken zu den völlig marxistischen gerechnet werden, denn in ihm steckt etwas Scholastisches (er hat die Dialektik nie studiert und, glaube ich, nie vollständig begriffen).

25.XII. Nun zu Pjatakow. Er ist zweifellos ein Mensch mit großer Willenskraft und glänzenden Fähigkeiten, der jedoch einen allzu starken Hang für das Administrieren und für administrative Maßnahmen hat, als daß man sich in einer ernsten politischen Frage auf ihn verlassen könnte.

Natürlich mache ich die eine wie die andere Bemerkung nur für die Gegenwart und für den Fall, daß diese beiden hervorragenden und ergebenen Funktionäre keine Gelegenheit finden sollten, ihr Wissen zu erweitern und ihre Einseitigkeit zu überwinden.

Lenin

25.XII.1922
Niederschrift: M.W.

Ergänzung zum Brief vom 24. Dezember 1922

Stalin ist zu grob, und dieser Mangel, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten durchaus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen an diese Stelle zu setzen, der sich in jeder Hinsicht von Gen. Stalin nur durch *einen* Vorzug unterscheidet, nämlich dadurch, daß er toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger launenhaft usw. ist. Es könnte so scheinen, als sei dieser Umstand eine winzige Kleinigkeit. Ich glaube jedoch, unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung einer Spaltung und unter dem Gesichtspunkt der von mir oben geschilderten Beziehungen zwischen Stalin und Trotzki ist das keine Kleinigkeit, oder eine solche Kleinigkeit, die entscheidende Bedeutung erlangen kann.

Lenin

Niederschrift: L.F.
4. Januar 1923

III

Fortsetzung der Aufzeichnungen.
26.Dezember 1922

Die Erhöhung der Zahl der Mitglieder des ZK auf 50 oder sogar 100 Personen soll meines Erachtens einem doppelten oder sogar dreifachen Ziel dienen: Je mehr Mitglieder dem ZK angehören, desto mehr Genossen werden in der ZK-Arbeit geschult und desto geringer wird die Gefahr einer Spaltung auf Grund irgendeiner Unvorsichtigkeit sein. Die Einbeziehung vieler Arbeiter in das ZK wird den Arbeitern helfen, unseren Apparat zu verbessern, der unter aller Kritik ist. Im Grunde genommen wurde er uns vom alten Regime hinterlassen, denn es war völlig unmöglich, ihn in so kurzer Zeit, besonders während des Krieges, der Hungersnot usw. umzugestalten. Daher kann man den „Kritikern", die uns spöttisch oder boshaft mit Hinweisen auf die Defekte unseres Apparates aufwarten ruhig antworten, daß diese Leute die Bedingungen der gegenwärtigen Revolution absolut nicht begreifen. Den Apparat in einem Jahrfünft hinreichend umzugestalten ist überhaupt unmöglich, besonders unter den Bedingungen, unter denen sich die Revolution bei uns vollzogen hat. Es genügt, daß wir in fünf Jahren einen Staat von neuem Typus geschaffen haben, in dem die Arbeiter, gefolgt von den Bauern, gegen die Bourgeoisie vorgehen, auch das ist angesichts der feindlichen internationalen Umgebung eine gigantische Leistung. Aber dieses Bewußtsein darf uns den Blick nicht dafür trüben, daß wir im Grunde den alten Apparat vom Zaren und von der Bourgeoisie übernommen haben und daß jetzt, nachdem der Frieden gekommen und der minimale Bedarf zur Stillung des Hungers gesichert ist, alle Arbeit darauf gerichtet sein muß, den Apparat zu verbessern.

Ich stelle mir die Sache so vor, daß einige Dutzend Arbeiter, die Mitglieder des ZK werden, sich beser als irgend jemand sonst damit befassen können, unseren Apparat zu überprüfen, zu verbessern, neuzugestalten. Die Arbeiter-und Bauerninspektion, die diese Funktion zunächst innehatte, erwies sich als außerstande, ihr gerecht zu werden, und kann lediglich als „Anhängsel" oder unter bestimmten Voraussetzungen als Helferin dieser Mitglieder des ZK Verwendung finden. Die Arbeiter, die ins ZK aufzunehmen sind, dürfen meiner Meinung nach vorwiegend nicht unter jenen Arbeitern ausgewählt werden, die einen langen Sowjetdienst durchgemacht haben (in diesem Teil meines Briefes zähle ich zu den Arbeitern überall auch die Bauern), weil sich bei diesen Arbeitern schon bestimmte Traditionen und bestimmte Vorurteile herausgebildet haben, die wir gerade bekämpfen wollen.

Arbeitermitglieder des ZK sollen vorwiegend Arbeiter sein, die unter jener Schicht stehen, welche bei uns in den fünf Jahren in die Reihen der Sowjetangestellten aufgerückt ist, und mehr zu den einfachen Arbeitern und zu den Bauern gehören, die jedoch nicht direkt oder indirekt unter die Kategorie der Ausbeuter fallen. Ich glaube, daß solche Arbeiter, die in allen Sitzungen des ZK, in allen Sitzungen des Politbüros anwesend sind und alle Dokumente des ZK lesen, einen Stamm ergebener Anhänger der Sowjetordnung bilden können, die erstens fähig sind, dem ZK selbst Stabilität zu verleihen, und die zweitens imstande sind, wirklich an der Erneuerung und Verbesserung des Apparats zu arbeiten.

Lenin

Niederschrift: L.F.
26.XII.1922

rung des Apparats zu arbeiten.

Lenin

Niederschrift: L.F.
26.XII.1922

Anmerkungen:
(1) Der politische Beobachter der im Jahre 1922 in Prag erscheinenden weißgardistischen Zeitschrift Peter Struves „Russkaja Mysl" war nicht S.F. Oldenburg (wie im Brief gesagt wird), sondern S.S. Oldenburg.
S.F. Oldenburg ist der bekannte russische Gelehrte und Orientalist, der 1922 ständiger Sekretär der Akademie der Wissenschaften war.
(2) Gemeint ist das kapitulantenhafte Verhalten Sinowjews und Kamenews in den Sitzungen des ZK der Partei am 10. (23.) und 16.(29.) Oktober 1917, als sie gegen Lenins Resolution über die sofortige Vorbereitung des bewaffneten Aufstands auftraten und dagegen stimmten. Nachdem Kamenew und Sinowjew in beiden Sitzungen entschieden zurückgewiesen worden waren, veröffentlichten sie am 18. Oktober in der menschewistischen Zeitung „Nowaja Shisn" eine Erklärung des Inhalts, daß die Bolschewiki den Aufstand vorbereiten, daß sie beide aber den Aufstand für ein Abenteuer halten. Damit verrieten sie den streng geheimen Beschluß des ZK über die unmittelbare Organisierung des Aufstands an Rodsjanko und Kerenski. Am gleichen Tag verurteilte W.I.Lenin in dem „Brief an die Mitglieder der Partei der Bolschewiki" diese Handlungsweise und bezeichnete sie als unerhörtes Streikbrechertum. (Siehe Werke, Bd. 26, S. 204 - 207)

aus: Lenin, Werke, Bd. 36, Berlin, 3. Auflage, 1967



Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Ausführungen passen nun gar nicht zu der zaghaften Schilderung der Stalin-Ära und ihrer Verbrechen. Christian Schmidt-Häuer hat wohl recht, wenn er die Rede als eine „*taktische Meisterleistung*" begreift, die, ohne den sowjetischen Patriotismus zu verletzen, „*den reformorientierten Historikern neue Räume öffnet*" (Soll und Haben einer Revolution; in: Die Zeit, Nr. 46/87, S. 3). Das Kunststück, die Bilanz „*trotz vieler bitterer Eingeständnisse nicht zu einer düsteren Bilanz der sieben Jahrzehnte Kommunismus werden zu lassen*" (Schmidt-Häuer), zeigt allerdings den tatsächlichen Diskussionsstand in der KPdSU auf. Es stellt sich zugleich eine Arbeitsteilung her, die sicher nicht nur einem freien Spiel der Kräfte zu verdanken ist. Zeitgleich mit der Rede Gorbatschows legten Kritiker wie Jurij Afanasiev neue Kohlen ins Feuer, drängt Jelzin nach mehr Konsequenz, kritisiert Shukov, der in der UdSSR eine unantastbare Autorität besitzt, Stalins Fehler vor dem Zweiten Weltkrieg, zeigt der von Gorbatschow gesponserte Film „Risiko" plastisch die Verantwortung Stalins für die Schwäche der sowjetischen Armee 1941. Welche Folgen zieht nun das ZK der KPdSU aus der Analyse der eigenen Geschichte?

Perestroika — wird die Revolution fortgesetzt?

Während Chruschtschows Politik zumindest bescheinigt wird, Reformen versucht zu haben, ist das Urteil über die Breschnew-Ära vernichtend:

„*Das Land verfügte über große Möglichkeiten für die weitere Beschleunigung seiner Entwicklung. Doch um diese Möglichkeiten zu nutzen und sie wirksam zu machen, waren neue kardinale Veränderungen in der Gesellschaft und natürlich ein entsprechender politischer Wille vonnöten. Es mangelte an einem wie am anderen*".

Aus all diesen Erfahrungen, den Verbrechen Stalins, den Halbherzigkeiten Chruschtschows und der stagnationsfördernden Politik Breschnews, sei die „Idee der Umgestaltung" erwachsen, die mehr als eine oberflächliche Reform sein will:

„*Genossen! Wir gehen einen revolutionären Weg, und das ist kein Weg für Schwache und Zaghafte, sondern für Starke und Mutige*". Was soll also revolutioniert werden? Und von wem und gegen wen?

„*Ziel der Umgestaltung ist es, theoretisch und praktisch die Leninsche Konzeption vom Sozialismus vollständig*

„*Ziel der Umgestaltung ist es, theoretisch und praktisch die Leninsche Konzeption vom Sozialismus vollständig*

wiederherzustellen, in der dem arbeitenden Menschen mit seinen Idealen und Interessen, den humanistischen Werten in der Wirtschaft, in den sozialen und politischen Beziehungen und in der Kultur die unangefochtene Priorität zukommt. (...)

Zwei Schlüsselprobleme der Entwicklung der Gesellschaft werden das Schicksal der Umgestaltung bestimmen. Das sind die Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens und die radikale Wirtschaftsreform.

In Fortführung der Sache des Oktobers hat die Umgestaltung die weitere Vertiefung und Entwicklung der sozialistischen Demokratie zur erstrangigen Aufgabe gemacht. Die Demokratisierung der Gesellschaft ist das Herz der Umgestaltung, und davon ... hängen sowohl die Erfolge der Umgestaltung selbst als auch ... die Zukunft des Sozialismus insgesamt ab. (...)

Und jetzt sehen wir, wie schwer sich die Menschen an die neue Lage, an die Möglichkeit und Notwendigkeit gewöhnen, im Leben alle Fragen mit demokratischen Methoden zu lösen. (...) Die Entwicklung der Selbstverwaltung wird sich vor allem über die Sowjets vollziehen, die gemäß den Plänen der Partei ihrer Rolle als bevollmächtigte und entscheidende Organe voll gerecht werden müssen. In letzter Zeit wurden die Rechte und Möglichkeiten der Sowjets auf allen Ebenen wesentlich erweitert. Dieser Prozeß wird anhalten. Das bedeutet, die Sowjets werden an Kraft gewinnen, die Sowjetdemokratie wird vertieft. (...)

Die sich im Lande vollziehenden neuen Prozesse stellen auch die Frage der allgemeinen, politischen und Rechtskultur, ich würde sagen der Kultur der sozialistischen Demokratie, neu. Gerade mit dem Mangel an dieser Kultur sind in vielerlei Hinsicht solche Übel wie Bürokratismus und Amtsmißbrauch, Kriecherei, Mißwirtschaft und Verantwortungslosigkeit verbunden. (...)

Die Kultur der Demokratie darf sich nicht nur auf den Bereich der Politik beschränken. Sie muß alle Sphären der menschlichen Beziehungen durchdringen. Wir gehen davon aus, daß der Sozialismus eine Gesellschaft zunehmender Vielfalt der Meinungen, der gegenseitigen Beziehungen und der Tätigkeit des Menschen ist".

Auch wenn diese Ausführungen sehr allgemein bleiben, so enthalten sie doch zwei gewichtige Aspekte: Erstens wird der alte Ökonomismus überwunden und die Frage der Demokratisierung offen zur zentralen Frage erklärt. Das heißt nicht weniger, als daß das ZK der KPdSU erklärt, der sowjetische Überbau sei zu einer Fessel der Produktivkraftentwicklung geworden und bedürfe daher einer tiefgreifenden Veränderung. Zweitens wird endlich Abschied genommen von der stalinistischen Idee, der Sozialismus sei eine monolithische Gesellschaft, in der die eine richtige Ansicht (nämlich die der Partei der Arbeiterklasse) herrsche und jede Abweichung nur aus imperialistischen Intrigen erklärt werden kann. Gegen wen sich nun aber, materialistisch betrachtet, die Perestroika wendet, wird in der Rede kaum deutlich. Viel deutlicher wird Gorbatschow in seinem neuen Buch, „Perestroika":

„*Gemäß unserer Theorie bedeutet Revolution Aufbau, aber sie impliziert immer auch Zerstörung. Revolution erfordert die Zerstörung all dessen, was veraltet ist, stagniert und den schnellen Fortschritt behindert. Ohne Zerstörung schafft man keinen Platz für Neues. (...) Perestroika berührt die Interessen vieler Menschen, die der ganzen Gesellschaft. Und natürlich beschwört Zerstörung Konflikte herauf und provoziert mitunter heftige Zusammenstöße zwischen alt und neu.*

Zwar explodieren keine Bomben, und natürlich fliegen auch keine Kugeln, aber diejenigen, die im Weg stehen, leisten Widerstand ... Wahrscheinlich wird jeder im ersten Stadium der Perestroika Opfer zu bringen haben, aber einige werden für immer Privilegien und Sonderrechte aufgeben müssen, auf die sie keinen Anspruch haben und in deren Genuß sie widerrechtlich gekommen sind, aber auch Rechte, die unseren Fortschritt behindert haben.

Gefragt, ob wir nicht überstürzt vorgehen, antworten wir: Nein. Es gibt keine vernünftige Alternative zu einer dynamischen, revolutionären Perestroika". Und er erklärt, schließlich habe sich auch die bürgerliche Revolution nicht mit einem Schlag, sondern als eine Reihe von Revolutionen durchgesetzt (Vorabdruck im „Spiegel" Nr. 45/87).

Ganz anders klingt es in der Rede, in der zum ersten Mal nicht nur vor den konservativen Bremsern gewarnt wird, sondern ebenso vor der Ungeduld:

„*Wir müssen auch dem Druck der Übereifrigen und Ungeduldigen widerstehen, derjenigen, die nicht der objektiven Logik der Umgestaltung Rechnung tragen wollen, ihre Unzufriedenheit über das ihrer Meinung nach langsame*

tiven Logik der Umgestaltung Rechnung tragen wollen, ihre Unzufriedenheit über das ihrer Meinung nach langsame

Tempo der Veränderungen äußern und darüber, daß diese die erforderlichen Früchte angeblich nicht schnell genug bringen".

Gleichzeitig aber erklärt Gorbatschow, daß „*die nächsten zwei oder drei Jahre*" für die Perestroika „*die kompliziertesten, die entscheidenden, in gewissem Sinne kritischen Jahre*" sein werden. Es ist müßig darüber zu spekulieren, ob das ZK Gorbatschow zur Warnung vor Ungeduld verpflichtete oder ob es seine eigene Überzeugung ist. Deutlich wird an der Rede in jedem Fall, daß es unterschiedliche Flügel in der KPdSU gibt und daß Gorbatschow als Generalsekretär eine integrierende Funktion einnimmt. Daraus entsteht die Gefahr, daß die Perestroika auf halbem Wege stecken bleibt, wenn es nicht gelingen sollte, das Kräfteverhältnis in der Partei erheblich zu verändern.

Ein erstes Fazit

Die Rede Gorbatschows zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution legt nicht die wahre Geschichte der Sowjetunion dar, sie enthüllt nicht die Wahrheit über die Stalin-Ära noch folgt sie den Forderungen nach einer schnelleren Polarisierung in der sowjetischen Gesellschaft. In ihren Halbheiten und Inkonsequenzen gibt sie einen Einblick in den Stand der Diskussion in der KPdSU und in die Kräfteverhältnisse innerhalb der sowjetischen Gesellschaft. Sie enttäuscht insoweit, als Rehabilitierung zumindest von Bucharin erwartet worden war. Und sie enttäuscht insoweit, als ein deutliches Benennen der „Bremser", der Konservativen erhofft worden war. Auf der anderen Seite aber stehen Überraschungen auf durchaus wichtigen Feldern. Die Rede hat in Bezug auf die Stalin-Ära keine abschließende Relativierung der Kritik vorgenommen, sondern im Gegenteil die weitere Erforschung gefordert. Dies betrifft auch und nicht zuletzt die Rolle der Kommunistischen Internationale, deren „*wahrhafte und vollständige Chronik erst noch geschrieben werden*" muß (Gorbatschow). Keineswegs nebensächlich ist es auch, wenn Gorbatschow die Wiederherstellung der Leninschen Sozialismuskonzeption proklamiert und dabei die Texte aus der Zeit nach der Oktoberrevolution, die Konzeption der NEP und die letzten Texte Lenins hervorhebt. (Diese Texte werden in einer der nächsten Ausgaben des AK vorgestellt und analysiert werden.)

Die größte Überraschung aber liegt wohl in der Rehabilitierung Chruschtschows durch das ZK der KPdSU. War noch wenige Tage vor der Rede in den hiesigen Medien vermutet worden, Gorbatschow werde es nicht wagen, sich in die Tradition Chruschtschows zu stellen, so wurde man eines besseren belehrt. Man kann die Rede gar nicht anders verstehen, als daß die Politik Chruschtschows wesentlich positiver zu bewerten ist als die Politik Breschnews. Die Kritik an Chruschtschow ist ausgesprochen mutig. Gorbatschow hat es höflicher ausgedrückt, meint aber dasselbe wie Afanasiev: „*Chruschtschow hat den Menschen Stalin verdammt, aber sein System gerettet*" (nach taz vom 6.11.). Afanasiev spricht bezüglich der Breschnew-Ära denn auch von einer „*Restauration des Stalinismus*" (Interview mit der Polityka).

Doch vieles in der Rede bleibt dunkel und orakelhaft. So wenn Gorbatschow ausführt, „*nicht immer*" seien die Reaktionen der UdSSR „*auf provokatorische Handlungen des Imperialismus angemessen*" gewesen, oder wenn er erklärt, er hoffe künftig auf „*die strikte Einhaltung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz durch alle*", was beispielsweise in der CSSR als verkappte Selbstkritik verstanden werden kann. Oder wenn er der Passage über die Zusammenarbeit im RGW hinzufügt: „*was übrigens deren Teilnehmer von den anderen sozialistischen Ländern nicht prinzipiell trennt*", womit vor allem die VR China gemeint sein dürfte. Und was soll der folgende Satz aussagen:

„*Die Zeiten der Komintern und des Informbüros und selbst der bindenden internationalen Beratungen sind vorbei. Doch die internationale kommunistische Bewegung existiert*".

In diese Sätze könnte man viel hineininterpretieren. Aber besser wäre es, die Dinge beim Namen zu nennen. Falsch war der Einmarsch in der CSSR 1968, falsch war die Intervention in Afghanistan usw.usf. Es wird noch einiges Wasser die Wolga hinabfließen, bis sich die KPdSU zu derartigen Eingeständnissen durchringt. Und man darf nicht übersehen, daß es einen engen, einen sehr engen Zusammenhang zwischen den Verhältnissen in der KPdSU und denen zwischen der KPdSU und anderen kommunistischen Kräften gibt. Erst wenn die KPdSU sich zu einer Pluralität kommunistischer Standpunkte durchringt, erst wenn sie aufhört, Trotzkisten

wenn die KPdSU sich zu einer Pluralität kommunistischer Standpunkte durchringt, erst wenn sie aufhört, Trotzkisten

als getarnte Kapitulanten und die jeweilige Parteilinie als unkritisierbares Heiligtum zu begreifen, erst dann wird auch eine internationale kommunistische Diskussion möglich sein, die mehr ist als bloße Huldigung des größten sozialistischen Staates. Bis dahin ist es noch weit, aber nach den langen Rückschritten der vergangenen Jahrzehnte wurde wenigstens ein Schritt nach vorne gemacht. Eine Revolution aber ist das nicht. Jedenfalls noch nicht.

jb

Anmerkungen:
(1) Auf der Frankfurter IMSF-Tagung zur Perestroika führte Beltschuk eine ähnliche Trotzki-Kritik wie Gorbatschow, ohne allerdings diese mit einer Ausgrenzung zu verbinden:

„Es wurde die Frage gestellt, ob wir unsere Geschichte neu schreiben müssen. Meiner Meinung nach, ja. Viele Seiten unserer Geschichte wurden verschwiegen und viele falsch dargestellt. Hinsichtlich der Prozesse in den dreißiger Jahren herrscht Einigkeit. Die Anklagen gegen Trotzki und Bucharin, sie seien von Anfang an Verräter der Revolution gewesen, sind falsch. Wie die Rolle der Persönlichkeiten damals und ihre Programme eingeschätzt werden müssen, ist eine andere Sache.

Ich bin kein Spezialist auf diesem Gebiet, aber ich bin der Meinung, daß unsere Historiker alles neu aufarbeiten müssen.

Zu meiner zynischen Bemerkung über Stalin und Trotzki (in seinem vorhergehenden Diskussionsbeitrag hatte er den Vergleich zitiert, Stalin sei der beste Trotzkist gewesen — Anm. der DVZ). Ich persönlich habe viel von Trotzki gelesen, auch eine ausgezeichnete Biographie über Trotzki von Isaac Deutscher. Der Vergleich ist nicht grundlos, auch wenn ich ihn im großen und ganzen nicht teile. Viele Standpunkte Trotzkis hat Stalin später in die Tat umgesetzt, wenn auch auf brutalere Weise, als dies Trotzki getan hätte. Er war ein kultivoller Mensch und wäre sicherlich nicht so vorgegangen. Trotzdem gab es inhaltliche Übereinstimmungen. Dazu gehört die Überindustrialisierung, also die beschleunigte Industrialisierung (seit dem Ende der 20er Jahre — Anm. jb), und zwar auf Kosten der Bauernschaft.

Zur Rolle der Gewerkschaften. Auch hier gab es Übereinstimmungen. Rakowski, einer der Trotzkisten, die später erschossen wurden, sagte in den dreißiger Jahren auf einer Parteikonferenz: Jetzt haben wir mit der Parteilinie keine Differenzen mehr." (zitiert nach DVZ Nr. 38/87, S. 20).

Prof. Dr. Alexander Beltschuk ist stellvertretender Direktor des Instituts für internationale Arbeiterbewegung in Moskau.

Weiße Flecken — zum Beispiel Katyn

„Die Wahrheit wird früher oder später ohnehin für alle zugänglich sein, und die Historiker sind verpflichtet, alles zu tun, damit dies so schnell wie möglich geschieht. Ich könnte kein Problem der polnisch-sowjetischen Beziehungen nennen, dem man hätte ausweichen müssen. Sogar Katyn, oder vor allem Katyn, ist ein Problem aus der Geschichte, an das sich die Historiker, die polnischen wie die sowjetischen, heranmachen müßten, gemeinsam." — So formulierte es ein Pionier der sowjetischen Geschichtswissenschaft, Juri Afanasjew, kürzlich für die polnische Zeitung „Polytika". Im Wald von Katyn, nahe der sowjetischen Stadt Smolensk, wurden während des Weltkriegs Tausende polnischer Offiziere ermordet. Nach der immer noch gültigen offiziellen sowjetischen Version durch Angehörige der deutschen Wehrmacht. Viele schwerwiegende Argumente sprechen jedoch gegen diese Version. Gerade in Polen sind die Zweifel bis heute nicht verstummt. Darauf soll Afanasjews Bemerkung anspielen.

Ganz anders zwei sowjetische Wissenschaftler, die die DKP-Tageszeitung „UZ" am 30. Oktober präsentierte: der Militärhistoriker Pjotr Kotschegura und die Slawistin Valentina Parsadanowa. Für diese beiden bedeutet das oft genannte Aufarbeiten der „weißen Flecken" in der sowjetischen Geschichte genau das Gegenteil, nämlich **„Schluß zu machen mit dem Mythos um solche Themen wie z.B. Katyn"**. *„Es gibt bereits eine Reihe von Beweisen für dieses Verbrechen der Faschisten. Wir suchen nach neuen Beweisen, nach neuen Dokumenten mit dem Ziel, die Wahrheit zu untermauern und den Gegnern die richtige Antwort zu erteilen."* Im übrigen habe auch die polnische Seite in der vor ein paar Monaten gebildeten gemeinsamen Historikerkommission *„keine andere Meinung zu dieser Frage zum Ausdruck gebracht"*.

Die Frage bleibt also umstritten. Der Fall könnte zu einem Prüfstein für die Ernsthaftigkeit und Konsequenz der sowjetischen *Glasnost* werden. Betrachten wir die Fakten.

15.000 Polen verschwinden spurlos

Am 13.April 1943 meldeten die deutschen Nachrichten, daß „kürzlich" im Wald von Katyn Massengräber mit den Leichen ermordeter polnischer Offiziere entdeckt worden seien. Es handele sich um mindestens 10.000 bis 12.000 Tote. Tatsächlich wurden aber nicht mehr als etwa 4.500 Leichen gefunden. Sie waren, das ist unumstritten, Insassen des sowjetischen Kriegsgefangenenlagers Kozjelsk gewesen. Es hatte in diesem Lager rund 5000 Gefangene

Sie waren, das ist unumstritten, Insassen des sowjetischen Kriegsgefangenenlagers Kozjelsk gewesen. Es hatte in diesem Lager rund 5000 Gefangene

gegeben, was der Zahl der gefundenen Leichen fast genau entspricht.

Die Rote Armee war aufgrund der geheimen Zusatzklausel zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag Mitte September 1939 in den Ostteil Polens einmarschiert. Die UdSSR fühlte sich dazu berechtigt, weil der polnische Staat dieses Gebiet 1920/1921 durch einen Angriffskrieg gegen die vom Bürgerkrieg geschwächte junge Sowjetmacht an sich gebracht hatte und weil die Bevölkerungsmehrheit (Weißrussen und Ukrainer) eindeutig nicht-polnisch war. Ungefähr 250.000 polnische Soldaten ergaben sich der Roten Armee und wurden Kriegsgefangene. Unter ihnen rund 10.000 Offiziere. Diese wurden auf die Lager Kozjelsk, Ostaschkow und Starobjelsk verteilt. Insgesamt befanden sich in diesen drei Lagern etwa 15.500 polnische Kriegsgefangene.

Im Juni 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht die UdSSR. Das führte zu einer raschen sowjetisch-polnischen Annäherung. Am 30. Juli 1941 wurde das erste einer Reihe von Abkommen unterzeichnet. Es sah eine „Amnestie" für alle polnischen Kriegs- und sonstigen Gefangenen vor. Unmittelbar in diesem Zusammenhang wurde damit begonnen, eine neue polnische Armee aufzustellen. Die Polen stießen dabei schnell auf die zunächst rätselhafte Tatsache, daß 8.300 - 8.400 Offiziere, die definitiv in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten waren, unter den Freigelassenen nicht auftauchten. Insgesamt fehlten ungefähr 15.000 Kriegsgefangene. Das Verschwinden der über 8.000 Offiziere wurde besonders ernstgenommen, denn es bedeutete, daß sie für den Wiederaufbau der polnischen Armee als dringend benötigte Kader nicht zur Verfügung standen. Die Polen begannen also, ihre neuen sowjetischen Partner immer dringlicher nach den Verschwundenen zu fragen. Antwort: Alle polnischen Gefangenen ohne Ausnahme seien nach der „Amnestie" freigelassen worden. Von Verschwundenen sei nichts bekannt. Als der polnische Exilregierungschef Sikorski Anfang Dezember 1941 bei Stalin persönlich vorsprach, zog sich dieser auf die „Vermutung" zurück, die Verschwundenen seien wohl geflohen, vielleicht in die Mandschurei.

Die auf eigene Faust weiterforschenden Polen konnten schließlich wesentliche Fakten zusammentragen: Praktisch alle Verschwundenen waren Insassen der Lager Kozjelsk, Starobjelsk und Ostaschkow gewesen. Es war ihnen erlaubt gewesen, einmal im Monat an ihre Familien zu schreiben. Im März/April 1940 brach dieser Briefkontakt plötzlich ab. Nach dieser Zeit gab es kein Lebenszeichen von ihnen. An sie gerichtete Briefe wurden als unzustelbar zurückgeschickt. Aus den Berichten einiger weniger Gefangener aus den drei Lagern, die im Frühjahr 1940 ausgesondert worden waren und auf diese Weise überlebt hatten, ergab sich ein ziemlich klares Bild, das durch Kundschafter des polnischen Untergrunds weiter ergänzt wurde: die Insassen der Lager Kozjelsk, Starobjelsk und Ostaschkow waren Ende April-Anfang Mai 1940 mit unbekanntem Ziel weggeschafft worden. Anscheinend verlor sich ihre Spur im Raum Smolensk.

Daß die deutschen Dienststellen über diese Vorgeschichte zumindest in groben Zügen informiert waren, ergibt sich aus der falschen Zahl 12.000 in den ersten Meldungen über die „Entdeckung" von Katyn. Man war einfach von der Zahl der Verschwundenen ausgegangen.

Der deutschen Meldung vom 13. April 1943 über die „Entdeckung" von Katyn folgte am 15. April die sowjetische Gegenstellungnahme: polnische Kriegsgefangene, *„die 1941 zu Bauarbeiten westlich von Smolensk eingesetzt waren"*, seien beim deutschen Vormarsch *„den faschistischen Henkern in die Hände gefallen"* und von den Deutschen ermordet worden. Plötzlich gab es also eine Erklärung für das Verschwinden der 15.000 Gefangenen, nach denen die Polen monatelang vergeblich gefragt hatten.

Stalin ist beleidig

Stalin ist beleidig

Unabhängig voneinander und kurz nacheinander wandten sich am 17. April die deutsche Regierung und die in London residierende polnische Exilregierung an das Internationale Rote Kreuz in Genf mit der Aufforderung, sich an einer Untersuchung der Hintergründe des Massenmords von Katyn an Ort und Stelle zu beteiligen. Das IRK reagierte seinen bekannten Grundsätzen entsprechend: es sei zur Übernahme einer solchen Rolle bereit, *sofern* es von *allen* Beteiligten darum gebeten würde. Das kam nach Lage der Dinge einer Absage gleich, denn die UdSSR war alles andere als interessiert.

Am 19. April schlug die sowjetische Führung mit einem „Prawda"-Artikel gegen *„Hitlers polnische Kollaborateure"* hart zurück. Der Exilregierung wurde wegen ihres Appells an das IRK vorgeworfen, sie habe sich der *„eindeutigen, direkten Unterstützung der Naziprovokateure"* schuldig gemacht. Am 26. April brach die UdSSR die Beziehungen zur polnischen Exilregierung in aller Form ab. Dieser Bruch war allerdings nur der offizielle Schlußpunkt einer Entfremdung, die schon bald nach der Versöhnung vom Sommer-Herbst 1941 begonnen hatte und die schon 1942 dazu geführt hatte, daß die auf dem Territorium der UdSSR neugebildeten polnischen Armeeeinheiten über den Iran nach Westen evakuiert wurden. Sehr bald nach dem Bruch vom April 1943 hatte die sowjetische Führung eine neue Gruppe sympathisierender Polen an der Hand, die zielstrebig in den Rang einer mit London konkurrierenden zweiten Exilregierung befördert wurde. So gesehen war der einzige wirkliche Sieger der Katyn-Affäre nicht der eitle Goebbels, der sich in seinen Tagebuchaufzeichnungen als Genie feierte, sondern die UdSSR. Ihr kam zugute, daß die polnische Exilregierung vorgeprescht war, ohne Rückendeckung von Churchill und Roosevelt zu haben, und daß die entscheidende Phase des Weltkriegs keine gute Zeit für die Suche nach der reinen Wahrheit um jeden Preis war. Die Alliierten begriffen richtig, daß — unabhängig von der Lage der Fakten — der deutschen Propaganda jeder Erfolg verweigert werden mußte.

Bis heute hält sich in der bürgerlichen Presse hartnäckig die Behauptung, die sowjetische Verantwortung für Katyn sei vom IRK oder einer *unabhängigen* Kommission festgestellt worden. Das ist falsch. Das IRK war, wie oben dargestellt, nicht zur Mitwirkung bereit. Lediglich Rot-Kreuz-Vertreter aus dem besetzten Polen nahmen an den Untersuchungen teil. Die angeblich unabhängige Kommission bestand aus Gerichtsmedizinern, die deutsche Stellen aus verbündeten und neutralen Staaten ausgesucht hatten und deren Ergebnis die Nazi-Propaganda schon vorweggenommen hatte. Diese Kommission war Ende April 1943 ganze zwei Tage am Ort, besichtigte in dieser Zeit die Massengräber, und jeder der Mediziner obduzierte eine Leiche. Sie unterschrieben abschließend ein Protokoll, das die Zeit der Erschießungen verblüffend genau auf die Monate März und April 1940 datierte. In Wirklichkeit ergab sich diese Festlegung aber nicht aus dem eher fragwürdigen medizinischen Befund, sondern aus den Indizien. Sie ist ein indirekter Schluß aus der Tatsache, daß die sehr reichen Funde von Papieren, Briefen, Lagerzeitungen und detaillierten Tagebüchern in den Manteltaschen der Leichen angeblich im April 1940 endeten.

Die sowjetische Version: Mehr Fragen als Antworten

Im September 1943 wurde Smolensk von der Roten Armee befreit. Es wurde nun eine sowjetische Untersuchungskommission eingesetzt, die zunächst offenbar vor allem Verhöre unter der Bevölkerung der Umgebung anstellte. Erst vom 16. bis 23. Januar 1944 fand eine gerichtsmedizinische Untersuchung statt. Am 24. Januar legte die Untersuchungskommission ihren Gesamtbericht vor. Daraus ergibt sich folgende Version: Im Gebiet westlich von Smolensk habe es drei Lager mit kriegsgefangenen Polen gege-

westlich von Smolensk habe es drei Lager mit kriegsgefangenen Polen gege-

ben, die zum Bau und zur Reparatur von Autostraßen eingesetzt worden seien. Diese Lager werden nicht mit Namen, sondern nur mit Zahlen bezeichnet. Offensichtlich soll es sich um die gleichen Gefangenen handeln, die vorher in den Lagern Kozjelsk, Starobjelsk und Ostaschkow waren. Der sowjetische Bericht erwähnt, daß sie im Frühjahr 1940 in den Raum Smolensk verlegt wurden. Das ist also unstrittig. Weiter heißt es, man habe die Gefangenen beim deutschen Vormarsch 1941 nicht rechtzeitig evakuieren können, so daß sie schließlich der Wehrmacht in die Hände gefallen seien. Die Deutschen hätten diese Gefangenen noch einige Wochen lang als Arbeitskräfte eingesetzt und sie schließlich im September 1941 ermordet.

Gegen diese Version gibt es gewichtige Einwände: Warum bricht zugleich mit der Verlegung der Gefangenen in den Raum Smolensk im Frühjahr 1940 jedes Lebenszeichen von ihnen ab? Warum konnten die sowjetischen Stellen diese Auskunft den Polen nicht schon 1941/42 geben, als jene verzweifelt nach dem Verbleib ihrer verschwundenen Kameraden forschten? Wie kommt es, daß von den drei Nr.1-ON bis Nr. 3-ON genannten angeblichen Lagern westlich von Smolensk bis dahin noch nie jemand gehört hatte, obwohl die Polen ausgezeichnet über jedes sowjetische Kriegsgefangenenlager informiert waren? Wieso konnten die Lager nicht evakuiert werden, obwohl der Raum Smolensk erst gut drei Wochen nach Beginn des deutschen Überfalls von der Wehrmacht besetzt wurde, und obwohl viel weiter westlich gelegene Lager mit polnischen Gefangenen evakuiert werden konnten?

Der sowjetische Untersuchungsbericht enthält eine Reihe von Aussagen sowjetischer Bewohner der Gegend, die etwa behaupten, sie hätten polnische Gefangene noch im August 1941 bei Straßenarbeiten beobachtet, die Deutschen hätten Razzien nach geflüchteten polnischen Gefangenen gemacht, und einige wollen sogar den Transport der Gefangenen zur Erschiessung beobachtet und die Schüsse gehört haben. Dabei ist zu bedenken, daß ein Großteil dieser „Zeugen" im Frühjahr 1943 auch schon zugunsten der deutschen Version ausgesagt hatte oder in anderer Form mit den Besatzern kollaboriert hatte. Typisch dafür ist Professor Basilewski, Direktor der Smolensker Sternwarte, den die Deutschen zum Stellvertretenden Bürgermeister der Stadt ernannt hatten. Ihn treffen wir noch einmal als Zeuge in Sachen Katyn im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß. Auf Befragen der deutschen Verteidigung erklärte Basilewski in Nürnberg, er sei wegen seiner Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzungsbehörden nicht bestraft worden, sondern sei jetzt im Gegenteil auch noch Professor zweier Hochschulen geworden. Eine bemerkenswerte Karriere eines Kollaborateurs in einem Land, wo erwiesenermaßen — es wird heute in der UdSSR offen darüber gesprochen — selbst die einfachen sowjetischen Soldaten, die aus deutscher Kriegsgefangenschaft lebend zurückkehrten, wie Landesverräter beargwöhnt und diskriminiert wurden.

Doch zurück zum sowjetischen Kommissionsbericht. Sein Herzstück ist zweifellos die gerichtsmedizinische Untersuchung, die wie erwähnt erst im Januar 1944 stattfand. Wie der deutsche Bericht besteht auch der sowjetische aus zwei Teilen: erstens dem eigentlichen medizinischen Befund, und zweitens der Bewertung von Gegenständen, die angeblich bei den Leichen gefunden wurden. Während aber die deutschen Veröffentlichungen eine Fülle von umfangreichem Material (u.a. ganze Tagebücher und Briefe) erwähnen und dokumentieren, listet der sowjetische Bericht nur neun Gegenstände auf, die auf Zeiten nach dem Frühjahr 1940 datiert sind. Keines dieser „Dokumente" hat großen Beweiswert. Fünf der Fundstücke sind Quittungen, die von sowjetischen Behörden ausgestellt wurden. Seltsamerweise sprach der Vorsitzende der gerichtsmedizinischen Sachverständigenkommission, Prosorowski, als Zeuge in Nürnberg davon, daß bei den Leichen auch

sion, Prosorowski, als Zeuge in Nürnberg davon, daß bei den Leichen auch

„Notizen, Broschüren, Zeitungen, offene und geschlossene Briefe" gefunden worden seien, wovon unter den neun „Beweisstücken" aber nichts auftaucht. Prosorowski wurde in diesem Moment vom sowjetischen Anklagevertreter Smirnow unterbrochen mit den Worten: *„Diese Einzelheiten sind unerheblich, und ich bitte Sie, davon abzusehen."*

Man muß in diesem Zusammenhang erwähnen, daß die Kommission rein sowjetisch war. Hätte es nicht nahegelegen, sich in einem internationalen Rahmen zu rehabilitieren, *falls* die sowjetische Regierung in Sachen Katyn nichts zu verbergen hatte und es nicht mehr zu enthüllen gab als einen infam inszenierten weiteren deutschen Massenmord?

Katyn war ursprünglich auch ein Punkt der sowjetischen Anklage im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß und wurde dort einen vollen Tag lang mit Zeugenaussagen verhandelt. Im Nürnberger Urteil war dann von Katyn nicht mehr die Rede; der Anklagepunkt war stillschweigend fallengelassen worden. Auch hat wegen Katyn in Polen niemals ein Prozeß stattgefunden, obwohl der sowjetische Kommissionsbericht nicht bloß die militärische Einheit nannte, die angeblich die Erschiessungen durchgeführt hatte, sondern mehrere deutsche Offiziere namentlich anklagte.

Zweifellos waren sowohl die deutschen wie die sowjetischen Stellen in der Lage, sich den Untersuchungsschauplatz wunschgemäß zu präparieren. Die sowjetischen Stellen allerdings viel leichter als die deutschen, weil es bei deren Grabungsarbeiten und Leichendurchsuchungen viele polnische Augenzeugen gab, während die sowjetische Kommission ganz unter sich war. Die medizinischen Befunde sind vermutlich in beiden Fällen nicht viel wert. Es bleibt als Hauptindiz die Logik der Ereignisse: Für die Welt hörten 15.000 polnische Gefangene im Frühjahr 1940 auf zu existieren. Kein einziger Brief, keine einzige herausgeschmuggelte Nachricht erreichte nach diesem Zeitpunkt noch ihre Familien. Dieser Fakt ist von der UdSSR niemals plausibel erklärt worden.

„Wir werden davon einige Wochen leben können"

Der Zeitpunkt der ersten deutschen Bekanntmachung, 13. April 1943, ist zweifelsfrei mit der „Entdeckung" der Massengräber von Katyn nicht identisch. Der erste dienstliche Hinweis kam in der letzten Februarwoche 1943 durch die Geheime Feldpolizei, die den Fund von Leichen polnischer Offiziere weitermeldete. Wegen des gefrorenen Bodens waren umfangreiche Grabungen zu dieser Zeit nicht möglich; diese sollen am 29. März begonnen worden sein.

Ist die „Entdeckung" Katyns also auf Ende Februar 1943 zu datieren? In Wirklichkeit könnte sie sogar noch früher stattgefunden haben. Nach mehreren Darstellungen sollen schon 1942 polnische Zwangsarbeiter im Dienste der Wehrmacht aus der Bevölkerung der Umgebung Hinweise auf die Massengräber bekommen haben, und auf diesem Wege kam es auch zur Kenntnis deutscher Stellen. Unklar ist aber, ob jemand schon vor dem Frühjahr 1943 die Dimension und die politische Ausbeutbarkeit der Sache erkannte. Es fehlt dafür bisher jeder Beleg; die bekannten Quellen deuten darauf hin, daß die Katyn-Kampagne tatsächlich erst Anfang April im Propagandaministerium entwickelt wurde.

Die „Entdeckung" von Katyn kam für die deutsche Propaganda aus mehreren Gründen sehr gelegen: 1. Nach der schweren Niederlage von Stalingrad und der zeitlich parallelen Kriegswende in Nordafrika breiteten sich *defätistische Stimmungen* in der deutschen Bevölkerung aus. Das Massaker von Katyn sollte dem Krieg wieder einen scheinbaren Sinn geben, indem die Folgen einer militärischen Niederlage gegen den *Bolschewismus* beschworen wurden. 2. In ähnlichem Sinn sollte Katyn die deutsche Propagandathese unterstützen, man kämpfe in der UdSSR für die Freiheit und des Überleben Europas und der gesamten westlichen Zivilisation. Im Januar 1943 war erstmals das pro-nazistische „Russische Komitee" des General Wlassow mit einem Aufruf zur „Neuordnung Europas" gegen den *Bolschewismus* unter deutscher Führung in Erscheinung getreten. Sitz des Komitees war ausgerechnet die Stadt Smolensk. 3. Mit der Katyn-Propaganda sollte von der systematischen Vernichtung der Juden im deutschen Einflußbereich abgelenkt werden. Am 19. April 1943, knapp eine Woche nach der ersten deutschen Meldung über Katyn, begann die *Liquidierung* des Warschauer Ghettos, die den berühmten Aufstand

gann die *Liquidierung* des Warschauer Ghettos, die den berühmten Aufstand

auslöste.

Goebbels notierte am 14. April 1943 in sein Tagebuch: *„Wir werden davon einige Wochen leben können"*. Diese Hoffnung erwies sich, trotz der Sensation und den Emotionen auf polnischer Seite, die Katyn anfänglich auslöste, bald als trügerisch. Angesichts der bekannten Tatsachen der deutschen Politik in den besetzten Gebieten war niemandem weißzumachen, daß eine „Neuordnung Europas" unter deutscher Politik das geringere Übel gegenüber einer „Bolschewisierung" wäre. Schon 1942 wurden in Auschwitz an vielen Tagen mehr Juden in die Gaskammern getrieben als Leichen im Wald von Katyn gefunden worden waren. Aufgrund einer systematischen Vernichtungspolitik starben allein vom Beginn des deutschen Überfalls (Juni 1941) bis zum Frühjahr 1942 etwa zwei Millionen sowjetische Kriegsgefangene durch Verhungern und Erfrieren oder wurden erschossen. Was im Rahmen der sowjetischen Politik zweifellos eine *Ausnahme* war, stellte für die deutsche Politik den massenhaft praktizierten *Regelfall* dar.

Das hinderte einen Tendenz-Historiker wie Hillgruber nicht, am Beispiel Katyn den „Historikerstreit" von 1986 schon ein Jahr früher vorwegzunehmen: *„Was für Hitler die Rassenideologie war, war für Stalin die Klassenideologie."* („Welt", 10.4.85) Äußerungen wie diese, die offensichtlich den Zweck verfolgen, die deutsche Vernichtungspolitik durch Vergleiche zumindest zu relativieren und möglichst auch noch Ursachen und Wirkungen zu vertauschen, bestärken selbstverständlich in der UdSSR die Tendenz, ein Thema wie Katyn nicht neu aufzurollen. Dennoch *könnte* es sein, daß man in der Sowjetunion schließlich auch in diesem Punkt mehr Mut zur Wahrheit und Transparenz zeigt, als sich die professionellen Apologeten der sowjetischen Politik von gestern träumen lassen.

Kt., Hamburg

"Die Kommunisten in der BRD haben als Partei nichts zu verlieren als ihre Erfolglosigkeit"

Interview
mit
Erasmus Schöfer (DKP)



Erasmus Schöfer

AK: Du schreibst in der Tradition von Peter Weiss, der ,,Ästhetik des Widerstandes''. Also ein sehr differenzierter, dialektischer Stil, der sich auch gegen Lesegewohnheiten sperrt. Ist das nicht ein Genuß für eine ausgesucht kleine Schicht von Intellektuellen? Erreicht das überhaupt die Massen?

Schöfer: Peter Weiss pflügt ein verkarstetes Feld der Wirklichkeit um, was ungeheuer schwierig ist — er ist natürlich ein großes Vorbild für mich. Wenn man sich als Schriftsteller unvertrauten, neuen Erscheinungen der Realität stellt, dann kann auch die Sprache nicht simpel sein.

Die spannende Frage dabei ist, wo in der widersprüchlichen Realität die revolutionären oder gesellschaftsverändernden Prozesse sind. Die versuche ich hervorzuheben. Nichts optimistisch über die Wirklichkeit hinaus erfinden, wie beim ,,Sozialistischen Realismus'', sondern die Wirklichkeit da aufsuchen, wo sie für die Zukunft offen ist. In diesem Sinne habe ich beispielsweise über Wyhl geschrieben, über die Arbeiterselbstverwaltung der Süßmuth-Glashütte, oder auch immer wieder über Kommunisten und ihre Probleme.

Vom Schriftsteller zum Kommunisten

Wurdest Du durch diese dialektische Aneignung der Wirklichkeit Kommunist, oder kamst Du als Kommunist zum Schreiben?

Ich stamme aus einem ganz bürgerlichen Elternhaus, war bei Hitler Pimpf und wollte wenigstens Jungenschaftsführer werden, erlebte an den Universitäten der frühen BRD den ganzen Antikommunismus des Kalten Krieges.

Ich mußte mich, wie wohl jeder junge Mensch, erst als Individuum ken-

tikommunismus des Kalten Krieges.
Ich mußte mich, wie wohl jeder junge Mensch, erst als Individuum ken-

nenlernen, ehe ich mich als gesellschaftliches Wesen begreifen konnte. Diesen Vorgang spiegelt die Entwicklung meines Schreibens, alle experimentellen Um- und Abwege eingeschlossen. Aber gleichzeitig immer ein existenzielles Engagement für Gerechtigkeit und davon angetrieben das ständige Vergleichen der gesellschaftlichen Wirklichkeit mit ihrem moralischen Anspruch. Dadurch wird einer Kommunist, Christ oder Zyniker.

Ich gehörte dann zur Gründergeneration des ,,Werkkreis Literatur der Arbeitswelt'', wo wir genau an den Defiziten des bürgerlichen Kulturbetriebes in diesem Bereich ansetzten. Dabei haben wir interessante Erfahrungen gemacht. Wir legten z.B. immer Wert auf billige Taschenbuchausgaben, aber merkten dann, daß die Kollegen lieber etwas mehr Geld ausgaben und sich für 20 Mark ein ,,schönes Buch'' kauften. Oder daß ein Arbeiter nicht unbedingt großes Interesse daran hat, das noch einmal in einem Buch zu lesen, was er den ganzen Tag erlebt hat. Wir hatten sicher Illusionen, aber lernten auch schnell und definierten: Literatur der Arbeiterklasse ist thematisch und formal unbegrenzt, unterscheidet sich von bürgerlicher Literatur vor allem darin, daß sie die gesellschaftliche Organisationsweise der Produktionsmittel nicht übersieht. In den letzten 15 Jahren hat der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt u.a. über eine Million Werkkreis-Bände, an die hundert verschiedene Bücher, verschuldet, die nicht auf dem Müll gelandet sind, sondern durch Gewerkschaften, Arbeiterparteien, Schulen und Kaufhäuser, auch Buchhandlungen zu Langzeitsprengstoff in den Köpfen wurden. Ich bin froh, daran mitschuldig zu sein.

Gremliza wirft Wallraff vor, daß er mit seiner populistischen Schreibweise die politische Wahrheit auf den Strich schickt, um die unteren Klassen anzumachen, was jedoch nie gelingen könne. Was sind Deine Erfahrungen?

Gremliza sieht ja (in der letzten Ausgabe des ,,Arbeiterkampf'') seinen Mindesterfolg darin, jeden Monat ein paar Intellektuelle zur Überprüfung ihrer Ansicht bewegen zu können. Das muß nicht falsch sein. Ich glaube nur nicht, daß man mit diesem Herangehen allein ein relevantes Publikum erreichen kann. Politisch eingreifende Literatur braucht wie bei Peter Weiss den ,,kollektiven Leser'', d.h. daß sich eine Gruppe von Menschen hinsetzt und sich ihre Bedeutung in einem gemeinsamen Diskurs erschließt. Diese Gruppe kann aber genauso gut aus ungeschulten Interessierten bestehen.

Für wen schreibt man, wenn man politisch etwas bewegen will? Einerseits können das letztlich nur die Massen der Arbeitenden sein. Andererseits wird doch die geistige Verdichtung dessen, was sich in der Gesellschaft bewegt, von geschulten Denkern geleistet. In diesem Spannungsverhältnis muß sich gute Literatur immer neu erproben und sich an beiden Polen kritisch messen.

Zum Stalinismus

Zum Stalinismus

Dein neues Buch enthält eine Erzählung, ,,Leningrad denken'', die vor etwa zehn Jahren schon einmal erschienen ist. Du hast sie überarbeitet, und einen zusätzlichen Widerspruch eingeführt: Daß nämlich Leningrad nicht nur für den faschistischen Vernichtungswillen der Nazis steht, sondern auch für Verbrechen Stalins. Warum hast Du diesen zentralen Widerspruch kommunistischer Politik, den Stalinismus, erst jetzt in die Geschichte hineingenommen?

Über die deutsche Vergangenheit, den Faschismus, zu reden, darf für uns nicht heißen, einen leichten Ausweg über die Totalitarismus-These zuzulassen, also über die demagogische Gleichsetzung von Nazismus und Stalinismus durch die bürgerliche Geschichtsschreibung.

In den letzten zehn Jahren wurde ich gezwungen, über die Schwäche der Kommunisten nachzudenken und nach Ursachen zu suchen. Tatsache ist doch, daß vielleicht nicht alles, wohl aber vieles hierzulande nach Veränderung schreit, und trotzdem sind wir Kommunisten, die entschiedensten Veränderer, schwach. Ich bin u.a. darauf gestoßen, daß es unterhalb der antikommunistischen Propaganda Erscheinungen im Sozialismus gibt, die ihn in einem nicht besonders vorteilhaften Licht erscheinen ließen. Und weil wir so taten, als gäbe es das nicht, haben wir Kommunisten uns unglaubwürdig gemacht. Nur größere Wahrhaftigkeit kann zu größerer Überzeugungskraft führen.

Warum verbinden wir nicht grundsätzliche Sympathie mit dem Land der Oktoberrevolution mit einer Kritik an Erscheinungen, die nicht wesensmäßig mit der vergesellschafteten Produktionsweise zusammenhängen? Schönzufärben und die Augen zu verschließen, das brachte uns gar nichts. Und ob es den Sowjets geholfen hat, ist auch nicht so sicher.

Du grenzt Dich aber von der Meinung ab, daß erst jetzt, wo auch die KPdSU bestimmte Dinge kritisiert, auch westliche Kommunisten kritisieren dürfen?

Ja. Hm. Das kommt etwas zögernd, weil ich schon ein gewisses Verständnis für die älteren Genossen habe, die aufgrund ihrer Erfahrungen von einer sehr grundsätzlichen Solidarität mit der Sowjetunion ausgegangen sind. Es ist ein merkwürdiges Phänomen, daß diese Genossen durch den Gang der Geschichte einerseits bestätigt, andererseits widerlegt sind. Widerlegt sind sie, weil die sowjetischen Genossen jetzt selber ganz deutlich sagen, was falsch gelaufen ist und was wir hier nicht sehen wollten; bestätigt worden sind sie aber in ihrem grundsätzlichen Vertrauen in die Kraft der sowjetischen Partei, den Sozialismus in ihrem Land neu zu beflügeln.

Ich will deshalb nicht hochmütig sagen, ich habe es ja immer gewußt, daß man das alles schon viel früher hätte sehen können. Aber wir müssen selbstkritisch bilanzieren, und wir müssen uns ändern. Ich fände es unzulässig, jetzt einfach stillschweigend anders zu verfahren. Gleichzeitig muß die Vergangenheit kritisch aufgearbeitet werden.

jetzt einfach stillschweigend anders zu verfahren. Gleichzeitig muß die Vergangenheit kritisch aufgearbeitet werden.

Genauso, wie wir von den Deutschen eine aktive Vergangenheitsbewältigung fordern und das Argument ,,alles ist doch jetzt anders'' und die ,,Gnade der späten Geburt'' nicht gelten lassen. Diesen Anspruch müssen wir auch an uns Kommunisten selber stellen, was unsere Vergangenheit angeht. Wir müssen offen und kritisch vor unsere Vergangenheit treten.

Es ist ein interessantes Gedankenspiel, was passiert wäre, wenn wir nach 1956 die Entstalinisierung von Chruschtschow energischer unterstützt und ein Weitertreiben gefordert hätten. Wir hätten damit vielleicht auch den sowjetischen Genossen geholfen, denn bei Reisen in die SU traf man doch schon seit langem viele, die unzufrieden waren. Das gilt im übrigen auch für Genossen in der DDR.

In Deinem letzten Roman ,,Tod in Athen'' hast Du ja einiges an Kritik schon drin, was jetzt auch die aktuelle Diskussion in der DKP prägt. Beispielsweise kritisiert eine der Hauptfiguren die Politik der Kommunisten als zu sehr taktierend, zu wenig radikal, und an anderer Stelle werden die Einstimmigkeits-Rituale auf SED-Parteitagen angesprochen. Hat dieser Roman die jetzige DKP-Diskussion mit angestoßen?

Umgekehrt. Der Roman ist angestoßen durch Diskussionen, die ich in der DKP erlebt habe. Er hat sie aufgenommen, widergespiegelt, und dadurch vielleicht beigetragen, das Vorhandensein dieser Diskussion bewußt zu machen. Vor allem in Gruppen, die vorher diese Diskussion nicht offen geführt haben, hat der Roman vielleicht eine Wirkung als Katalysator gehabt. Viele haben bei Lesungen gesagt: Endlich schreibt mal einer die Erfahrungen und Überlegungen auf, die uns schon lange brennen.

Es gab ja dann auch eine unterschiedliche Reaktion in DKP-offiziellen oder DKP-nahen Publikationen, beispielsweise die Kritik in der UZ oder das enthusiastische Lob in den ,,roten blättern''.

Kontroversen finde ich richtig und wichtig. Ich will als Schriftsteller keine fertigen Antworten liefern, ich will Denkprozesse anstoßen. Auch ,,Tod in Athen'' überläßt es am Schluß dem Leser, im Vergleich mit eigenen Lebenserfahrungen weiter zu denken.

Grade jetzt beschäftige ich mich mit der Kritik eines leitenden Genossen. Er gesteht dem Buch seine Qualitäten zu, aber kritisiert, daß die Hauptfigur Bliss, ein Parteimitglied, keinen Ausweg findet. Ich mußte ihm sagen, oft genug zeigt die Wirklichkeit auch Kommunisten keinen Ausweg, und zweitens halte ich es für besser, mehrere Positionen dialektisch nebeneinanderzusetzen und den Leser zum Denken zu bringen. Also den Parteikommunisten Bliss, den unabhängigen Linken Anklam, die griechischen GenossInnen.

Die Partei als „Entwurf"

Also verschiedene kommunistische Positionen, kritisch gegeneinander und kritisch zu sich selbst!

Genau. Ich meine, daß die verschiedenen marxistischen Strömungen, Gruppierungen, Parteien endlich mehr miteinander sprechen, mehr zueinander rücken müssen. Das sind doch alles irgendwie Glieder einer großen marxistischen Partei. Mich wundert schon manchmal, daß in der DKP unter der Überschrift Bündnispolitik viel gesprochen wird von Friedensbewegung, Sozialdemokraten, Grünen, aber nicht von anderen Kommunisten. Oder auch von Genossen, die von uns weggegangen sind. Oft scheint es für die DKP schwieriger, mit anderen Marxisten zu diskutieren, als mit Sozialdemokraten, wo dann aber auch die Diskussionen entsprechend allgemein bleiben.

Und innerhalb der Partei?

Geschieht im Augenblick eine ganze Menge, um mehr wirkliche Diskussionsinhalte zu ermöglichen, als das bisher der Fall war. Unten an der Basis ist eine große Unzufriedenheit entstanden, weil wir immer von Demokratie gesprochen haben, aber nicht sehr viel davon zu merken war.

Das hat ja auch zu tun mit der veränderten Lebensweise der Arbeiterklasse. Alle Organisationsprinzipien, die sich herausgebildet und auch bewährt haben, stammen aus den 2oer Jahren. Das Proletariat war damals wie selbstverständlich mit seiner Führung solidarisch. Vom Einzelnen mit seiner damals ganz einfachen Schulbildung wurde gar nicht beansprucht, mitzureden und mitzuentscheiden. So kam es zur

risch. Vom Einzelnen mit seiner damals ganz einfachen Schulbildung wurde gar nicht beansprucht, mitzureden und mitzuentscheiden. So kam es zur

Betonung des Zentralismus gegenüber der Demokratie. Heute ist das anders. Fakt ist, daß die lohnabhängig Tätigen — selbst das Wort Proletariat ist ja zurecht umstritten — heute ganz anders zum unabhängigen Denken qualifiziert sind, und daß daraus viel höhere Ansprüche an Mitwirkung und Mitentscheidung gewachsen sind. Und zwar zu einer Mitwirkung, die überprüfbar ist, die nicht nur formal besteht, sondern die ausgeübt werden kann.

Und darüber geht im Augenblick die Auseinandersetzung in der DKP, wie weit man da was verändern soll. Und ich finde diesen Streit gut, und man muß auch gar nicht verbergen, daß es ihn gibt. Wir sind viel zu ängstlich, daß etwas an die Öffentlichkeit kommt, und zucken zusammen, wenn von Krise in der DKP gesprochen wird. Eine Krise ist belebend, fordert heraus. In der Weise ist die Krise da, freilich nicht so, daß der Partei Spaltung drohte. Das sind Ängste ...

Auf diesen ominösen ,,Spiegel''-Artikel hätten wir ganz anders reagieren müssen. Wir hätten sagen müssen, jawohl, natürlich diskutieren wir bei uns, daß die Fetzen fliegen, und das ist Ausdruck unserer Demokratie. So hätten wir den Stier an der Nase packen und herumführen müssen.

Von Peter Weiss stammt der Satz: ,,Die Partei aber war auch die Partei der Dialektik. Verbrauchtes, Orthodoxes war in sie überführt worden, doch da war auch das Junge, die Veränderungsfähigkeit, das waren die Kräfte, die sich auf die Zukunft richteten.'' Dieser Satz, geschrieben in einer anderen Zeit und bezogen auf eine andere Partei, trifft der auch heute auf die DKP zu?

Der Satz stammt von 1975, so alt ist der nicht. Er spricht da über die Zeit 1944/45, aber mit dem Wissen der 7oer Jahre. Weiss legt in diesen historischen Roman viel rein, was er sich für die Gegenwart wünscht. Immer wieder — so auch in dem Zitat — reißt er dialektisch Gegensätze auf und stellt sie schmerzhaft nebeneinander. In ähnlichem Sinne bezeichnet er die Partei als einen ,,Entwurf'', der ständig zu verändern ist. Es gibt die alten Genossen, die Sicherheit in der Erfahrung und Tradition finden, und es gibt viele, die Neues ausprobieren wollen. Nur aus Jux? Ich habe schon im Frühjahr geschrieben: Die Kommunisten in der Bundesrepublik haben als Partei nichts zu verlieren als ihre Erfolglosigkeit. Das ist oft polemisch mißverstanden worden: Ich wollte darauf aufmerksam machen, daß die unstreitigen politischen Bodengewinne der Kommunisten sich für die DKP kaum merklich auszahlen.

Wo muß Neues ausprobiert werden, wo haben Kommunisten inhaltliche Defizite?

Nun, einiges habe ich schon genannt. Ein anderer Punkt ist das Umgehen mit kulturrevolutionären Tendenzen in der Gesellschaft. Was menschliche Lebensweisen angeht, verhalten wir uns nur zu oft opportunistisch, d.h. wir unterstützen das, was die Masse macht und gern hat, anstatt es einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Immerhin gibt es mittlerweile in der DKP Frauengruppen und Schwulengruppen. Dennoch haben wir, die Arbeiterbewegung überhaupt, gewaltige Defizite im Bereich des Psychischen und der Sexualität. Für eine kämpfende KP sind die Mitglieder ja normalerweise keine Menschen mit einer Seele, einer Psyche, und besonders ältere Genossen tun sich schwer, mit diesen Faktoren unserer Existenz umzugehen. Andererseits spielen psychische Probleme gerade bei Kommunisten eine große Rolle, verständlich, wenn du nur mal an die Diskrepanz zwischen unserem revolutionären Anspruch und unserer täglichen Erfahrung denkst.

Deshalb habe ich ja in ,,Tod in Athen'' einen Genossen zu zeigen versucht, der seine psychischen Probleme ernst nimmt und sagt, das muß ich selber ausleben, die Partei hilft mir dabei nicht. Ist mir auch übel genommen worden, daß ich seinen Freund sagen lasse, er sei verheizt worden, und keiner habe es gemerkt. Dieser Bliss in meinem Roman macht aber keine Flucht nach Athen, wie mir viele vorgeworfen haben, sondern er versucht eine Eigentherapie und braucht dazu den Abstand.

Du gibst dem ,,Arbeiterkampf'' ein Interview — wird dir das nicht viele Probleme in der DKP bringen? Immerhin droht dem Hamburger Genossen ,,MüGo'' ein Parteiordnungsverfahren, weil er sich in der ,,taz kritisch zur DKP geäußert hat. Der Parteivorstand hat erklärt: ,,Wer jedoch in einem antikommunistisch orientierten Presseorgan die Politik der DKP angreift, der

hat erklärt: ,,Wer jedoch in einem antikommunistisch orientierten Presseorgan die Politik der DKP angreift, der

schadet der Partei und stellt sich außerhalb der Solidargemeinschaft der DKP.''

Ich sehe keine Probleme. Zum einen sehe ich nicht, daß Eure Zeitung in einer Weise, wie man es ja oft genug von der ,,taz'' sagen kann, die DKP bekämpft oder parteifeindlich ist. Dazu habe ich mir den AK schon gut genug angeschaut, um zu prüfen, in welchen Zusammenhang ich da komme. Im Gegenteil finde ich das positiv an Eurer Zeitung, daß sie verschiedene marxistische Meinungen zuläßt und nebeneinanderstellt und dadurch auch dem Leser die Möglichkeit zur eignen Stellungnahme gibt.

Zum zweiten hat ein DKP-Präsidiumsmitglied kürzlich auf unserem Peter Weiss-Symposium gesagt: ,,Es gibt die Feuerbachthese von Marx, die Philosophen haben die Welt nur interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern. Jetzt sind wir 100 Jahre weiter, vielleicht hat sich die Welt so verändert, daß wir sie neu interpretieren müssen.'' Wenn ein Mitglied der Parteiführung zu so etwas anstiftet, dann ist es klar, daß ich dabei freudig mitmache, wie viele andere auch. Dazu gehört, mit euch zu diskutieren. Die Zeiten sind jedenfalls lange vorbei, daß wir jede marxistische Initiative außerhalb der DKP als Gründung des Verfassungsschutzes verstanden und bekämpften. Deshalb freue ich mich über euer Interesse an meiner literarischen Arbeit und meiner politischen Meinung und gebe euch Auskunft.

Erasmus, vielen Dank für das Interview!

Für den AK interviewte Jürgen/KB-Stuttgart.

Die neuesten Veröffentlichungen von Erasmus Schöfer: *Tod in Athen*, Roman, Besprechung in AK 282; *Flieg Vogel Stirb*, Kurzgeschichten, u.a. ,,Leningrad denken'' (s. Interview).

Dieser Tod mahnt zur Besinnung

Anmerkungen zum Tod von Aydin Erol in Hamburg

In der Nacht vom 23./24. Oktober kam unser türkischer Genosse Aydin Erol, genannnt Yavuz, bei einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Anhängern zweier linker Organisationen aus der Türkei durch eine Kugel zu Tode. Die genauen Umstände seines Todes sind bis heute nicht geklärt.

Der Anlaß für seinen Tod ist, auch im Rückblick besehen, beliebig, könnte sich so wie geschehen täglich wiederholen: Eine Gruppe von Anhängern von Avrupa da Dev Genc betritt gegen 23 Uhr das Lokal Emek, um dort Flugblätter zu verteilen, die zur Solidarität mit dem Streik der Lederarbeiter in der Türkei aufrufen, und um Geld für diesen Streik zu sammeln. Sie kommen dabei auch an einen Tisch mit Anhängern der Organisation Dev Yol (siehe dazu die Anmerkung am Ende des Artikels), die dort den Geburtstag eines Genossen feiern. Aus dieser Gruppe heraus gibt es ablehnende Stimmen gegen die Flugblätter, weil man eine eigene Kampagne mache. Die Stimmung kippt in heftige Ablehnung um, als festgestellt wird, daß dieses Flugblatt u.a. auch von der Feyka-Kurdistan, einer Sympathisantengruppe der PKK, unterzeichnet war. Die dort anwesende Gruppe von Dev Yolern liefert sich seit ca. zwei Jahren eine heftige Auseinandersetzung mit der PKK, wegen deren terroristischen Vorgehens gegen einen Teil ihrer Kritiker. Ein Opfer der PKK wurde unter anderem der Genosse Kürsat Timuroglu, der im Februar 1986 in Hamburg auf offener Straße ermordet wurde. Es gibt Wortgefechte, Beschimpfungen und wohl auch ein zerknülltes Flugblatt. Die Gruppe von Dev Genclern geht, wie die „taz" am nächsten Tag wohl zitierend schreibt, gedemütigt aus dem Lokal. Um 1.30 Uhr kommt sie erneut ins Lokal, diesmal nicht mit drei, sondern mit mindestens fünf Personen (Darstellung Dev Genc), oder sogar mit acht bis neun Personen (Darstellung Dev Yol). Über die folgenden Geschehnisse gibt es weit auseinanderliegende Berichte. Das Ergebnis ist spricht jedoch für sich: Zwei durch Messerstichen verletzte Dev Gencler, einer mit einem Streifschuß. Drei schwere Kopfverletzungen durch Knüppel auf Seiten der Dev Yoler. Yavuz hatte eine Kopfplatzwunde durch Schlagstockeinsatz sowie eine tödliche Verletzung durch eine Kugel.

Die Polizei stellt später fest, daß insgesamt acht Schüsse abgefeuert worden sind, alle aus derselben Pistole. Sieben Kugeln wurden im Fußboden gefunden, eine hatte einen Dev Gencler

gesamt acht Schüsse abgefeuert worden sind, alle aus derselben Pistole. Sieben Kugeln wurden im Fußboden gefunden, eine hatte einen Dev Gencler

vorher gestreift, alle anderen waren direkt in den Boden eingedrungen. Die achte Kugel traf Yavuz. Nach Untersuchungen wurde er von einem Querschläger getroffen worden.

Fünf Anhänger von Dev Genc und zwei von Dev Yol wurden von der Polizei am Tatort festgenommen. Ein Dev Gencler beschuldigte vor der Polizei namentlich einen Dev Yoler, die Schüsse abgegeben zu haben. Dieser wurde daraufhin als einziger nicht aus der Haft entlassen.

Die Reaktionen der beteiligten Organisationen

Die Anhänger von Dev Genc haben eine einfache Erklärung. Sie seien nach dem ersten Besuch später noch einmal in das Lokal gegangen, weil sie an die übrigen Gäste Flugblätter verteilen wollten. Dabei dachten sie sich, *„die Göcmen-Leute hätten schon längst das Lokal verlassen. Als sie jedoch das Lokal betraten, sahen sie die berüchtigte Gruppe wieder. Sie wollten zu den anderen Gästen gehen und von denen Geld sammeln. Aber die wurden sofort von dieser Gruppe mit Worten und tätlich angegriffen. Unsere Freunde erlitten dabei zum Teil schwere Schuß- und Stichverletzungen. Die zum Teil vollbesoffenen Angreifer fingen an, mit Waffen ziellos herumzuschießen, wobei sie auch ihren eigenen Freund niederschossen."* Mehrmals wird dann die Gruppe von Anhänger von Dev Yol als „Säuferbande" tituliert, deren Grund für den Angriff ihr Haß auf die PKK sei.

Wie erklären sich aus dieser Schilderung aber die Verletzungen auf Seiten der Dev Yol Anhänger? Haben sie sich etwa auch die Verletzungen durch Schlagstöcke selbst beigebracht? Dazu bekommen wir von Dev Genc keine Antwort.

Die Dev Yol Anhänger sehen sich selbst als das Opfer einer Provokation. In der ersten Erklärung zum Vorfall heißt es: *„Unser Freund Erol Aydin 'Yavuz' wurde bei einem bewaffneten Angriff auf eine Geburtstagsfeier erschossen. Wir wurden in der Nacht von Freitag auf Samstag von einer mit Knüppel, Messern und Schußwaffen ausgerüsteten Gruppe angegriffen. Dabei wurde unser Freund Erol Aydin, genannt Yavuz, von einer Kugel tödlich getroffen."*

Das eigene Agieren wird als Reaktion auf einen Angriff beschrieben, über den Einsatz von Waffen auf eigener Seite wird nichts gesagt. Für den unbefangenen Leser muß aus dieser Erklärung folgen, daß der tödliche Schuß von der angreifenden Gruppe ausgegangen sei. Eine zweite Erklärung ist dann sehr viel vorsichtiger abgefaßt. Darin heißt es nur noch: *„Gegen 1.30 Uhr löste sich unsere Runde allmählich auf, wir waren die letzten Gäste. Etwa um diese Zeit betraten die Flugblattverteiler und weitere vier bis sechs Männer erneut das Lokal, diesmal ohne Flugblätter. Ihr Erscheinen kam uns bedrohlich vor, da sie in größerer Anzahl, ohne Flugblätter und ohne erkennbaren Grund auftraten. Einer von uns bat den Wirt, die Polizei zu rufen, und dieser teilte der Gruppe mit, daß er das Lokal gerade schließen wollte. Außerdem versuchten drei unserer Freunde, darunter eine Frau und Yavuz, im Gespräch die eingedrungene Gruppe davon zu überzeugen, daß wir an keinem Streit interessiert seien, gerade nach Hause gehen wollten und sie doch auch wieder gehen sollten. Daraufhin zog der Wortführer der Gruppe plötzlich einen Knüppel aus der Jacke und schlug der Frau auf den Kopf. Seine Begleiter zogen ebenfalls ihre Waffen und gingen auf uns los. In der nun folgenden Auseinandersetzung wurde Yavuz von einer Kugel tödlich am Kopf getroffen, mehrere Personen wurden z.T. schwer verletzt."*

Wie die Verletzungen der Dev Genc Anhänger zustande kamen und woher der tödliche Schuß erfolgte, dazu schweigt auch diese Erklärung.

Nun ist es verständlich, daß von beiden Seiten zum konkreten Ablauf dann nichts gesagt wird, wenn es um die Handlungen der eigenen Gruppenmitglieder geht, denn immerhin stehen ge-

Seiten zum konkreten Ablauf dann nichts gesagt wird, wenn es um die Handlungen der eigenen Gruppenmitglieder geht, denn immerhin stehen ge-

richtliche Folgen ja noch aus. Selbstbezichtigungen wird man also nicht erwarten, aber auch ohne eine solche kann ohne Gefährdung der Tatbeteiligten ein wahrheitsgemäßer Bericht über den Ablauf gegeben werden.

Auffällig ist jedoch, daß beidseitig mit Schuldzuweisungen an die andere Seite nicht gespart wird. Noch mehr zu denken muß allerdings geben, daß beide Erklärungen kein wirkliches Wort des Bedauerns enthalten, erst in der zweiten Erklärung der Anhänger von Dev Yol wird dies auch für die Verletzungen der Genossen von Dev Genc ausgesprochen.

Die Dev Yol Anhänger erklären sich ausdrücklich bereit, in der zweiten Erklärung, an einer Aufklärung der genauen Umstände mitzuarbeiten, auch darüber *„wer geschossen hat, und wie Yavuz zu Tode kam."* Entgegen dieser Aussage, mit der ja zunächst einmal eine eindeutige Schuldzuweisung aufgehoben wird, veröffentlichen sie jedoch gleichzeitig in der taz und der „Hamburger Rundschau" eine Todesanzeige, in der wiederum der Öffentlichkeit suggeriert wird, als gäbe es nur eine Tatmöglichkeit. Sie schreiben dort: *„Yavuz Aydin Erol wurde in der Nacht vom 23./24. Oktober 1987 bei einem Überfall durch Anhänger der Avrupa da Dev Genc/Hamburg von einer Kugel tödlich getroffen."*

Politische und moralische Verantwortung

Ein genauer Tathergang ergibt sich aus den Stellungnahmen der beteiligten Gruppen also bisher nicht. Spekulationen verbieten sich allein schon deshalb, weil ein Beschuldigter noch in Haft gehalten wird, dieser sich zu der ihm vorgeworfenen Tat aber nicht geäußert hat.

Nur soviel scheint sicher zu sein: Die Gruppe von Anhängern von Dev Genc ist mit Sicherheit mit keinen rein friedlichen Absichten nochmals zurückgekehrt. Dagegen sprechen die Uhrzeit, das Auftreten in einer verstärkten Gruppe und die Bewaffnung mit Knüppel. Mit dem Niederschlagen einer Frau, die mäßigend eingreifen wollte, auch wenn dies vielleicht von den Dev Genc Anhängern als Rausschmiß interpretiert wurde, haben sie eindeutig das Anfangssignal für die folgende Saalschlacht gegeben. Insofern waren sie die Angreifer und war ihr Auftreten provokatorisch.

Die Anhänger von Dev Yol sind auf diese Provokation eingestiegen und ha-



„Yavuz"
Aydin Erol
1956 - 1987

ben sie in aller Härte beantwortet. Bis auf den Versuch am Anfang gibt es bisher keinerlei Anzeichen, daß diese Gruppe eine Eskalation vermeiden wollte. Vielmehr weist sie in ihren Stellungnahmen darauf hin, daß die Anhänger von Dev Genc wissen mußten, in welcher angespannten Lage sie sich seit den Drohungen und Angriffen durch die PKK befänden, daß diese auch wissen mußten, daß sie aufgrund dieser Situation Waffen tragen. Daraus schlußfolgern sie nun, daß die Anhänger von Dev Genc die Verantwortung für die gesamte Eskalation tragen müßten.

raus schlußfolgern sie nun, daß die Anhänger von Dev Genc die Verantwortung für die gesamte Eskalation tragen müßten.

Dies ist eine unzulässige Schlußfolgerung. Alle bisherigen Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Gruppen ergeben zunächst, daß keine der beiden Seiten Tote bei den Auseinandersetzungen wollte, ja sie nicht einmal in Kauf nehmen wollte. Daß an diesem Tag die Auseinandersetzung soweit eskalierte, muß also konkrete Gründe haben. In jedem Fall aber kann man sagen, daß die Dev Yol Anhänger sich als politisch unfähig erwiesen haben, mit der Situation umzugehen. Selbst wenn es den bedauerlichen Tod von Yavuz nicht gegeben hätte, die Schwerverletzten zeigen, daß auf eine Provokation eskalierend geantwortet wurde. Dies wiegt umso schwerer, als diese Gruppe von Dev Yol Anhängern seit geraumer Zeit eine Kampagne gegen die gewaltätige Austragung der Widersprüche in der Linken führt und vehement gegen Gewalt zur Austragung innerlinker Widersprüche antritt. Sie hat es nicht geschafft, sich selbst herauszuhalten und dem eigenen Anspruch gerecht zu werden. Man muß in diesem Fall noch weiter gehen: Von einer Gruppe, die von sich selbst sagt, daß sie als *einzige* die Frage der Gewalt in der Linken ernsthaft diskutiert, muß man auch verlangen, daß sie alles tut, um die Konfrontation zu vermeiden bzw. abzubauen. Auch der Hinweis auf die besondere Situation der Gruppe, die sich aus der ständigen Bedrohung durch die PKK ergibt, kann den Vorfall nur menschlich erklären, ihn aber nicht rechtfertigen.

Dies soll und darf nun keinesfalls heißen, daß die Angegriffenen als die Angeklagten dastehen, sondern sagt lediglich, daß es nicht ausreichend ist, Angreifer und Provokateure zu bezeichnen und damit für den weiteren Gang der Ereignisse jede Verantwortung abzulehnen. Auch in einer solchen Situation gibt es Methoden, die Auseinandersetzung zu eskalieren oder sie zu beruhigen.

Was bisher über den Tathergang bekannt geworden ist, rechtfertigt in keinem Fall den Gebrauch von Schußwaffen. Als Angriffswaffe versteht sich dies von selbst. Aber auch für den Verteidigungsfall gäbe es nur eine denbare Situation: die der unmittelbaren Bedrohung eines Lebens. Dies war hier nicht gegeben. Auch wenn die Tatsache, daß alle Schüsse in Richtung Fußboden abgegeben worden sind, dafür spricht, daß es in der Absicht lag, keine

nicht gegeben. Auch wenn die Tatsache, daß alle Schüsse in Richtung Fußboden abgegeben worden sind, dafür spricht, daß es in der Absicht lag, keine

Menschenleben zu gefährdet, zeigt der Ausgang, daß dies in einer solchen Situation gar nicht zu gewährleisten ist.

Wir übersehen nicht, daß es innerhalb der türkisch-kurdischen Exilantenszene zu einer gespannten Situation gekommen ist, dürfen auch nicht einfach übersehen, daß aufgrund der Drohungen der PKK einzelnen Personen extrem gefährdet sind. Deshalb darf nicht leichtfertig eine Bewaffnung zur Selbstverteidigung, zum Schutz des eigenen Lebens abgelehnt oder gar verurteilt werden. Aber gerade diese angespannte Situation macht es notwendig, daß alle außerhalb dieser konkreten Bedrohung liegenden Konflikte mit besonderer Sorgfalt und Behutsamkeit angegangen werden, um diese nicht zu eskalieren. Insofern richtet sich der Vorwurf gegen die Anhänger von Dev Genc, daß sie es auf eine Provokation angelegt hatten, der Vorwurf an die Anhänger von Dev Yol, daß sie nicht deeskalierend, sondern eskalierend agiert haben. Und wenn von ihrer Seite Schußwaffen eingesetzt worden sein sollten, müssen sie uns und sich selbst die Frage beantworten, ob sie in der Lage sind, mit diesen verantwortungsbewußt umzugehen.

Weiter wie bisher?

Beide Gruppen sprechen in ihren Erklärungen davon, daß Gewalt innerhalb der Linken ausgeschlossen werden sollte. Als Hintergrund für diesen Zusammenstoß mit tödlichem Ausgang wird von den Anhängern von Dev Yol die Bedrohung durch die PKK genannt, mit dem Vorwurf, daß Dev Genc als eine der wenigen türkischen Organisationen immer noch mit dieser zusammenarbeitet. Die Anhänger von Dev Genc machen umgekehrt dieser Gruppe von Anhängern von Dev Yol den Vorwurf, sie betreibe das Geschäft der Isolierung der PKK, was dem Befreiungskampf in Kurdistan schade. Dies erklärt die Gereiztheit zwischen den Gruppen, rechtfertigt aber selbstverständlich nicht den Vorfall. Keine der bisher erschienen Erklärungen enthält bisher Elemente, wie diese Widersprüche diskutiert werden sollen. Die Anhänger von Dev Yol schweigen sich dazu aus, die Anhänger von Dev Genc verschärfen diesen Widerspruch noch dadurch, daß sie in einer gemeinsamen Erklärung mit verschiedenen autonomen Gruppen, der Volksfront, der FAU/R und der Feyka-Kurdistan (PKK) diese Auseinandersetzung als logische Folge der sich verschärfenden Klassen- und Befreiungskämpfe in der Türkei und Türkei-Kurdistan behandeln. Wenn dies so wäre, dann ist jede Erklärung, man wolle Gewalt zwischen linken Gruppen vermeiden, reines Geschwätz. Es liegt dann auf dem Niveau der PKK, die bisher jede Gewalttätigkeit als im Befreiungskampf gerechfert hat. Solange die Dev Genc Anhänger also die Drohungen der PKK gegen diese Gruppe von Anhängern von Dev Yol nicht ernst nehmen, wird eine Debatte über Gewalt in der Linken sinnlos sein. Umgekehr muß diese Gruppe von Dev Yol aber auch lernen, daß nicht jede Gruppe, die noch zu einer Zusammenarbeit mit der PKK bereit ist, dieselben Methoden anwendet wie diese und somit auch anders als diese zu behandeln ist.

he. und s., Hamburg

Anmerkung: Die revolutionäre türkische fOr-

he. und s., Hamburg

Anmerkung: Die revolutionäre türkische fOrganisation Dev Yol ist hier in der BRD in den vergangenen Jahren als Devrimci Isci aufgetreten (Auslandsorganisation von Dev Yol nach dem Putsch). Im vergangenen Jahr spaltete sich diese Organisation, ein Teil arbeitet weiter unter dem Namen Devrimci Isci, der hier erwähnte Teil ist in Hamburg bekannt als „Kulturladenkreis" oder Anhänger von „Göcmen" („Der Einwanderer", eine Zeitschrift, die sich vor allem dem Problemen der Einwanderer widmet). Dev Yol existiert derzeit in der Türkei nicht mehr als agierende Organisation, ist vielmehr ein Diskussionszusammenhang.

Gespräche mit der VSP

Am 22. Oktober fand ein Gespräch zwischen Vertretern des KB und der VSP (Vereinigte Sozialistische Partei) statt. Die Initiative war von der VSP ausgegangen, die *„über die weiteren Perspektiven möglicher Schritte zur Einheit revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten"* sprechen wollte. Die VSP ist aus einem Zusammenschluß der trotzkistischen GIM (Gruppe Internationale Marxisten) mit der ehemals maoistisch-stalinistischen KPD/ML entstanden, und sie begreift sich als Kern für einen umfassenden Zusammenschluß aller Gruppen und Grüppchen der radikalen Linken. In diesem Sinn hat sie schon vor Monaten Kontakt zu den DS (Demokratische Sozialisten) — eine aus der SPD hervorgegangene Gruppe, die zunächst die Rolle eines Juniorpartners der DKP in der Friedenliste spielte und mittlerweile in Ratlosigkeit versunken ist — und zu der KBW-Restgruppe BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) aufgenommen. Die Gespräche mit dem BWK, die sich vorwiegend um programmatische Gemeinsamkeiten drehen, sind mittlerweile weit gediehen, so daß der Zusammenschluß nach Ansicht des BWK bereits nur noch „eine Frage von einigen Monaten" ist. Wie das mit den nach wie vor bestehenden Differenzen in vielen Fragen der praktischen Politik vereinbar ist, bildet für Außenstehende ein Rätsel. Zu denken ist beispielsweise an die demonstrative Sympathie des BWK für die kurdische PKK, die Widersprüche in den eigenen Reihen und innerhalb der Linken gern mit terroristischen Methoden anzugehen pflegt. Überhaupt machen die Vereinigungsbestrebungen der VSP für Außenstehende den Eindruck eines bedenkenlosen Einsammelns sektiererischer Schrullen, bei dem die Politikfähigkeit der VSP eher weiteren Schaden nimmt, statt sich zu erhöhen. Daß es einigen führenden VSPlern vor gar nichts graust, ergab sich aus einer Äußerung im Gespräch mit uns: auch die MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) müsse in die Vereinigungsbemühungen einbezogen werden.

Daß der KB in der stufenförmig aufgebauten Vereinigungsstrategie der VSP wirklich die allerletzte Gruppe war, an die man sich mit einer Gesprächsaufforderung wandte, ist vermutlich kein Zufall, sondern verdankt sich der realistischen Einsicht, daß der KB für die hier praktizierte Art des Zusammenwerfens von Gruppen nicht zu haben ist.

Das erste Gespräch zwischen Vertretern unserer beiden Gruppen brachte denn auch nicht viel mehr als die nicht allzu sensationelle Erkenntnis, daß man es auf der anderen Seite nicht mit Monstern, sondern mit Menschen zu tun hat, mit denen sich über alle politischen Themen reden läßt, ohne daß man sich gegenseitig an die Gurgel geht. Praktisches Ergebnis ist eine bisher nicht weiter konkretisierte Vereinbarung, in den internen Blättern beider Gruppen, in Seminaren und anderen Diskussionsrunden, aber auch in den zentralen Publikationen einen Dialog über Fragen unserer Politik, beispielsweise gegenüber der Grünen Partei, aufzunehmen.

Kt., Hamburg

Die RAF und der linke Konservatismus

Deutscher Herbst 1977. Razzien, Bullenkontrollen, Prozesse, Distanzierungen, Angst davor, wie weit der Staat gehen und wie wenig man ihm entgegensetzen kann. Vieles wurde mir beim Lesen dieses Buches wieder gegenwärtig: **,,Nix gerafft. 10 Jahre Deutscher Herbst und der Konservativismus der Linken''**. Oliver Tolmein und Detlef zum Winkel zeichnen entlang zahlreicher Medienmeldungen ein genaues Bild der politischen Atmosphäre des Jahres 1977 und insbesondere des ,,Deutschen Herbstes''. Ein Aufschwung der Anti-AKW-Bewegung mit Großdemonstrationen bis zum ,,Kalkar-Schock'' kennzeichnete das Jahr 1977.

Einschneidender in den Folgen als die Demos in Brokdorf und Grohnde waren die spektakulären Aktionen der RAF, die Erschießung des Generalbundesanwalts Buback, des Bankiers Ponto und die Entführung und schließliche Tötung des Kapitalistenbosses Schleyer. Die Härte des Staates zeigte sich nicht erst in der Blutnacht in Stammheim am 18. Oktober 1977, als drei Gefangene der RAF wie im ,,Krisenstab'' gewünscht starben.

Affentanz um einen Nachruf

Ein Klima der Hysterie und Einschüchterung schufen Politiker und Medien bereits im Frühjahr 1977. Stein des Anstoßes war der ,,Buback-Nachruf'', ein völlig harmloser Text eines Göttinger Spontis (,,Mescalero''), der sich ausdrücklich gegen die Strategie des bewaffneten Kampfes in der BRD wandte (,,Unser Weg zum Sozialismus kan nicht mit Leichen gepflastert sein''). Der Spontiautor verzichtete in seinem Artikel nicht auf eine persönliche Gefühlsäußerung: ,,*Meine unmittelbare Reaktion (...) ist schnell geschildert: ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen. Ich habe diesen Typ oft genug hetzen hören, ich weiß, daß er bei der Verfolgung, Kriminalisierung, Folterung von Linken eine herausragende Rolle spielte*''. Da ging's rund: Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten erstattete Anzeige, der Staatsanwalt ermittelte,

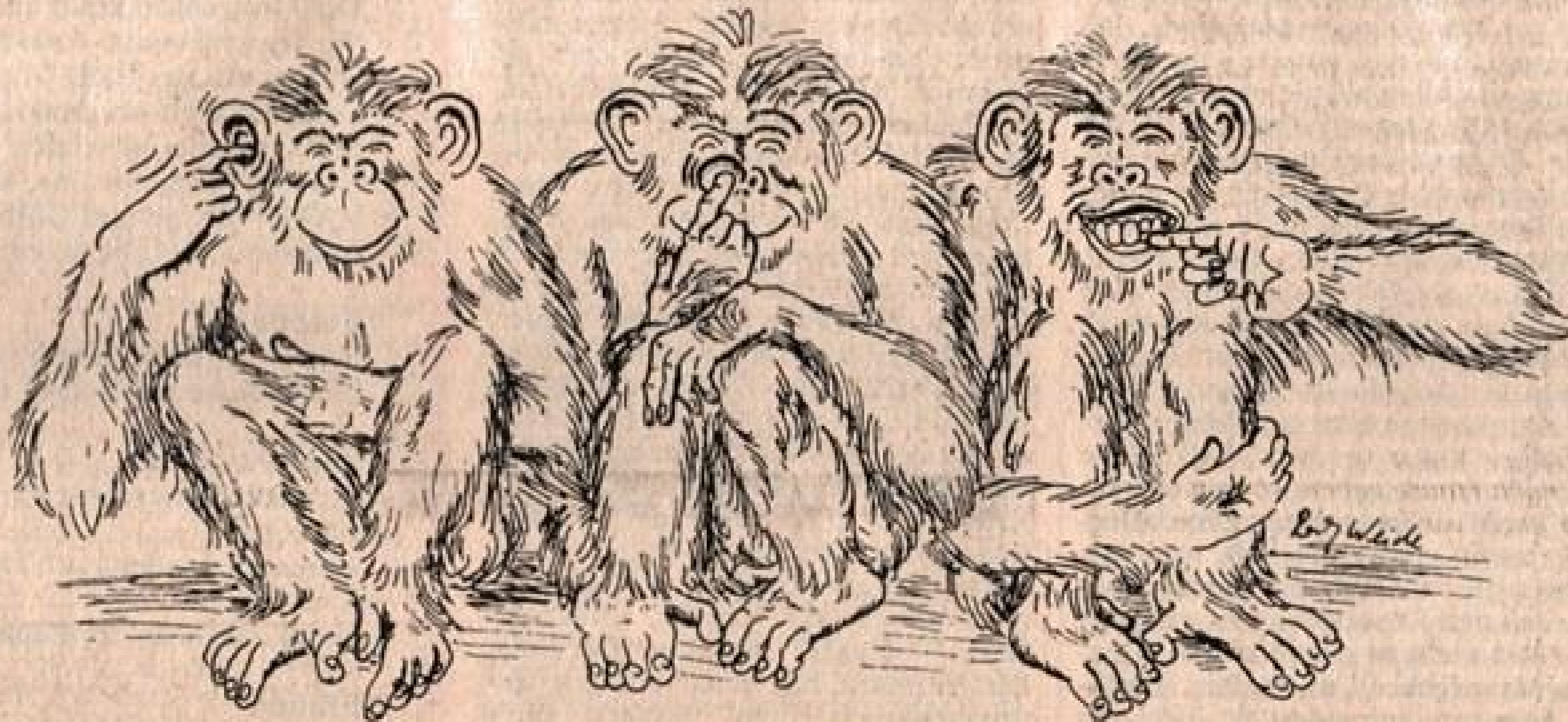
ausragende Rolle spielte''. Da ging's rund: Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten erstattete Anzeige, der Staatsanwalt ermittelte,

Justizminister Hans-Jochen Vogel (SPD) stellte Strafantrag gegen alle Nachdrucke. Die ,,Frankfurter Rundschau'' sah in dem Sponti-Rülpser ,,blanken Faschismus'', Theo Sommer, Chefredakteur der ,,Zeit'', durch den Weg seines Sohnes Jerry zum MSB schon arg gebeutelt, klagte darüber, daß ,,unsere Studenten'' den ,,Grundkonsens über Anstand und Menschlichkeit aufkündigen''. ,,Zeit''-Feuilletonchef Fritz J. Raddatz drückte auf die Tränendrüse des sozialliberalen Studienrats: ,,Der Schreck über die kopflose wie herzlose Mordfreude geht tief''. Dem Schmock reichte die ,,Mordfreude'' nicht, herzlos mußte sie sein — statt herzlich?

Keine der bürgerlichen Zeitungen gab auch nur die wesentlichen Gedanken des ,,Buback-Nachrufs'' wieder. Nur die ,,klammheimliche Freude'' war in aller Munde. Dreizehn Professoren gaben den ,,Nachruf'' als Dokumentation heraus, der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel nahm sie in die Zange. Das Ergebnis: zwölf der dreizehn unterschreiben eine Unterwerfungserklärung: ,,*Ich bin mir bewußt, daß ich als Beamter eine besondere Treuepflicht gegenüber dem Staat habe. Diese fordert mehr als eine nur formal korrekte, im übrigen aber kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung (...)*''. Der ,,politischen Treuepflicht'' habe der Beamte ,,insbesondere in Krisenzeiten und ernsthaften Konflikten'' nachzukommen. Wische dieser Art ersparen in Deutschland immer wieder den Gebrauch des Polizeiknüppels. Die politische Macht kommt aus den Revers-Läufen.

,,Mescalero'' meldete sich knapp ein Jahr später Anfang 1978 noch mal zu Wort, in einem Interview in ,,Konkret'' (3/78). Da schlug er vor, ,,solchen Oppositionspaaren wie richtig/falsch zu entwischen'', stattdessen ,,Wahnsinn in die Politik zu tragen, das ganze zum Wirbeln zu bringen''. Man müsse statt einer kalkulierbaren Opposition ,,einen unkalkulierten Ball schaffen''. Das war's dann. Zwischen ,,Mescaleros'' erstem Bäuerchen und dem Abgesang lag nicht einmal ein Jahr. Während Linke sich von ,,kategorialen Sicherheiten'' (,,Mescalero'' in ,,Konkret'' 3/78) verabschiedeten, legten Sicherheitspolitiker erst richtig los: ,,*Die Bevölkerung will, daß man diese Leute hart anfaßt, so wie sie es nach ihren brutalen Taten verdienen*'' (Generalbundesanwalt Rebmann am 1.8.1977 über die politischen Gefangenen der RAF). Zwei Monate später waren Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe tot. Antiimperialistische Gruppen hatten vor der drohenden Ermordung der Gefangenen gewarnt — wer nahm das ernst?

Die staatliche These vom ,,Selbstmord'' der Gefangenen war sofort unanfechtbarer als jeder Grundgesetz-Artikel. Gegen alle Ungereimtheiten auf der Ebene der Fakten stand der verordnete Glaube an ein Phänomen, daß im Leben, zumal in Gefängnissen, äußerst selten vorkommt: kollektiver, gleichzeitiger Selbstmord. Nicht durch die Kraft von Argumenten, durch Palmström-Logik wirkte die staatliche Version über den Mord im siebten Stock in Stuttgart-Stammheim auch in die Linke hinein. Es muß Selbstmord gewesen sein, weil nicht sein kann, was nicht sein darf, sonst wäre das Bild von der Demokratie BRD nicht aufrecht zu erhalten. Ich erinnere mich an manche Diskussion mit Juso-Genossen: ,,Glaubst du wirklich, daß sie umgebracht wurden?'' — Es durfte nicht sein.



Verdrängung statt Diskussion

Verdrängung war angesagt bei jenen Linken, denen Begriffe wie ,,unsere Gesellschaft'' und ,,unser Staat'' bedenkenlos über die Lippen kommen. Die RAF, das konnten keine Genossen sein, die Fehleinschätzungen erlegen waren; deren falsche Schlußfolgerungen von richtigen Elementen ihrer Thesen zu trennen gerade die Aufgabe von Sozialisten, Marxisten gewesen wäre. Die RAF, das war nur ,,eine blindwütige Bande von Mördern''. Diese Äußerung stammt von Helmut Kohl (5.9.1977) — aber wie viele (Halb)-Linke haben ähnlich gedacht? Zu den infamsten Dingen, die die bürgerliche Propaganda 1977 via TV und Presse vortrug, gehört die Behauptung, die ,,Terroristen'' seien ,,Hitlers Kinder''. Durch eine Umwertung der Werte machten sie aus dem SS-Offizier Schleyer einen Antifaschisten und aus Ulrike Meinhof eine SS-Kommandeuse. Solche Pervertierung von Geschichtsbildern hat dieses System nötig, das sich selbst treffend als Rechtsnachfolger des ,,Dritten Reiches'' einstuft und seine Präsidenten folgerichtig aus den Reihen von SA-Reitern und KZ-Baumeistern rekrutierte.

,,*Wer ein historisches Datum benötigt, um die Phase des Niedergangs der westdeutschen Linken grob zu terminieren, ist mit der Angabe 1977 und Deutscher Herbst ganz gut bedient*'', schreiben Detlef zum Winkel und Oliver Tolmein. Sie zeigen, daß es eine ernsthafte Diskussion um die Lehren aus dem Jahr 1977 und um die Politik der RAF in der Linken bis heute nicht gegeben hat.

Über die RAF, ihre Bedeutung und ihre Fehler zu diskutieren, das setzt voraus, ihre Positionen zu kennen. Die jüngste Beschlagnahme der von Pieter Bakker-Schut herausgegebenen Dokumentation mit Briefen politischer Gefangener zeigt, daß Druck und Vertrieb solcher Schriften etwas anderes ist, als Debatten über Natur und Ökologie im dritten Programm. Wenn ein Staat eine Gruppe von Gegnern in Sonderknäste steckt und bereits die Information über ihre politischen Positionen zum Verbrechen stempelt (§ 129a, Werbung für eine terroristische Vereinigung), könnte es Gründe dafür geben, die nicht mit dem flotten Hinweis auf das Scheitern dieser Gruppe geklärt sind.

Oliver Tolmein und Detlef zum Winkel setzen sich konkret mit Positionen der RAF auseinander. Sie kritisieren u.a. die eklatante Fehleinschätzung der RAF in deren Papier ,,Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front'' vom Mai 1982, durch die Schleyer-Entführung sei ,,die Einheit aller Demokraten auseinandergetrieben'' worden. Die Autoren konstatieren eine ,,merkwürdig anmutende Mattheit und Konsequenzlosigkeit'' in der Analyse, die das Untergrund-Papier enthält. So sagt die RAF nirgendwo, daß und warum es falsch war, Schleyer zu erschießen, statt ihn frei zu lassen und die Herrschenden damit zu blamieren. Die Veröffentlichung der Gespräche mit dem ,,Boss der Bosse'' hätte unter solchen Umständen anderes bewirkt als der Fund der Leiche im Kofferraum eines PKW.

Die RAF neigt, wie viele politisch isolierte Gruppen zu Selbstüberschätzung. Sie meint, mit Schleyer habe sie der Bourgeoisie ,,einen Pfeiler ihrer Macht unter den Füßen'' weggezogen. Manche RAF-Statements erinnern an die Tautologien aus den schlimmsten Zeiten des KBW — was wir machen ist gut, weil es richtig ist. Eine Debatte um die RAF dürfte aber auch die Frage nicht ausklammern, warum diese Gruppe, die unvergleichlich härter vom Staat verfolgt wurde als jede andere linke Organisation in der Geschichte der BRD heute, rund zwanzig Jahre nach ihrer Gründung noch existiert und vermutlich weiter existieren und agieren wird.

,,*Der Imperialismus verfügt über keine positive, produktive Perspektive mehr, es ist nur noch die von Zerstörung (...) Steilansteigende Selbstmorde, Flucht in Krankheit, Suff, Pillen, Drogen, das ist die Wirklichkeit aus der langen Geschichte von Niederlagen, Ertragen und Leiden, aus der Entpolitisierung, in der die äußere Gewalt nicht mehr als Ursache gesehen werden kann (...) Ein imperialistischer Apparat, militärpolitisch aggressiv, technologisch und organisationstechnisch hochgepusht*'' sei mit seinen ,,*umfassenden politisch-militärischen Kriegsmitteln*'' stark genug, ,,*den national befreiten Ländern die Bedingungen ihrer Entwicklung zu diktieren und sie damit zu blockieren und vielleicht stark genug, die sozialistischen Staaten durch Rüstungszwang und über den Weltmarkt ökonomisch zu zerrütten*''. Die unschöne gepreßte Häufung von Adjektiven sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die RAF mit solchen Beurteilungen des Imperialismus näher an der Wahrheit dran ist als die Grünen mit ihrer ,,Betroffenheit'' über die ,,Wachstumsgesellschaft'' und den ,,Nord-Süd-Konflikt''. Daß die RAF ihre Anschläge und die der französischen ,,Action directe'' für die proletarische Gegenfront zum Imperialismus und den bewaffneten Kampf heute und hierzulande für aktuell hält, ist aus ihrer Beschreibung des Imperialismus keineswegs logisch abgeleitet.

In dem abschließenden Essay ,,über den Konservativismus der Linken'' wird der Hang, die Wahrheit dem Nutzen zu beugen, kritisiert. Die Rücksichtnahme auf Interessen, und seien es die an der Aufrechterhaltung des eigenen schiefen Weltbildes, blockiere Denkprozesse. Beispiele: Das Bild von den ,,beiden Blöcken'', Ost wie West, die als gleichermaßen schändlich einzustufen seien, ist ähnlich beliebt und für den Betreffenden ungefährlich wie die Wahrnehmung der RAF als einer Truppe durchgedrehter Krimineller ohne einen politisch zu diskutierenden Hintergrund. Das (Nicht)-Verhältnis vieler Linker zur RAF weist bemerkenswerte Parallelen mit dem zu den sozialistischen Staaten auf. Da gibt es das Gegensatzpaar zweier ,,typisch deutscher'' Haltungen. Die RAF — das sind entweder als ,,bewaffnet kämpfende Genossen'' Helden jenseits jeder Kritik oder hohlköpfige Terroristen. Die DDR ist entweder das Arbeiter-, Bauern- und Kinderparadies, aus dem man von der Delegationsreise mit leuchtenden Augen heimkehrt, oder der preußisch-stalinistische Schweinestaat, bei dessen bloßer Erwähnung man bereits das Gesicht verzieht.

Was den Spießern unter den Linken Unwohlsein bereitet ist die Tatsache, daß die RAF mit ihren Aktionen wenn auch zum falschen Zeitpunkt und oft in falscher Weise die in der Geschichte keineswegs erledigte Rolle der Gewalt als der ,,Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht'' (Marx) praktisch thematisiert. Nicht nur mit der RAF, auch mit der Haltung radikaler Linker links von der SPD und den Grünen beschäftigen sich die Autoren im Schlußteil ihres Buches.

Sie polemisieren gegen die permanente Bestimmung der bedrohlichen Zeit als ,,Fünf vor Zwölf''. In Wirklichkeit sei ,,nicht die Zeit stehengeblieben, sondern ihre BetrachterInnen.'' Zeit, so die Autoren zu der ,,Fünf vor Zwölf''-Metapher, sei nur ein Maß für Bewegung. ,,*Wenn Linke seit Jahren dieselbe Zeit messen, bedeutet das, daß sie keine Bewegung registrieren.*''. Die Angst, die im ,,Fünf vor Zwölf''-Denken zum Ausdruck kommt, liegt als Gefühl nahe bei der Ohnmacht. Zu neuen Erkenntnissen kommt man dabei nicht.

Joschka Fischer und Gorbatschow

Ohnmacht ist auf Dauer schwer zu ertragen und korrespondiert daher manchmal mit Allmachtsgefühlen. Das Phänomen ist in der Linken verbreitet. Das Präsidium einer Partei, die nahezu alle ihre Wähler bereits organisiert hat

Phänomen ist in der Linken verbreitet. Das Präsidium einer Partei, die nahezu alle ihre Wähler bereits organisiert hat

und bei Wahlen 0,2 Prozent erreicht, publiziert seine ,,Mißbilligung'' eines Diskussionspapiers der Hamburger Bezirksorganisation im Stil einer Erklärung des Politbüros einer Staatspartei. Die BI Mörfelden-Walldorf übernimmt die ,,politische Verantwortung'' für die Todesschüsse an der ,,Startbahn West'', obwohl sie mit der Schießerei absolut nichts zu tun hatte.

Ein superradikaler Sponti, dem auffiel, daß man bei Straßenschlachten mit der Polizei oft den kürzeren zieht, findet, daß sich Siegen gar nicht lohnt: ,,*Selbst wenn Du den Bullen besiegst, Du hast ihn dann aufgefressen, hast ihn in Dir und wirst selbst zum Bullen!*'' Der Verfasser, der dies 1977 zu Papier brachte, mochte sich mit Ohnmacht auf Dauer nicht abfinden und wurde zwischenzeitlich Minister: Joschka Fischer.

Die Alternative für die die Autoren plädieren, ist nicht bequem: ,,*Will man nicht von der Utopie zur bürgerlichen Realpolitik fortschreiten, bleibt nur der Weg zur Wissenschaft*''.

Als methodisch interessanten Anstoß gegen den Konservativismus in der Linken sehen die Autoren die mit dem Namen Gorbatschow verbundene Umgestaltung in der Sowjetunion. Sie sprechen mit Bewunderung von der Leistung, die ursprüngliche kommunistische, vom Stalinismus zerstörte Selbstkritik wieder entdeckt und ein nüchternes Verhältnis zu ihr gefunden zu haben. Daß Gorbatschow die Probleme der westdeutschen Linken nicht stellvertretend lösen kann, verschweigen die Autoren nicht. Der Gebrauch des eigenen Kopfes ist gefragt.

Gerd Eggeling

Oliver Tolmein, Detlef zum Winkel: Nix gerafft, 10 Jahre Deutscher Herbst und der Konservativismus der Linken, Konkret-Literatur-Verlag, 166 Seiten, 18 DM

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ein ernstes Problem liegt allerdings tatsächlich in der Verehrung Gorbatschows, die z.T. dem recht unlauteren Motiv entspringt, die Hände in den Schoß zu legen und auf die Rettung durch den gerechten Herrscher zu warten. Die russische Ikonentradition, die Stalin so geschickt mit seinem Konterfei zu verbinden wußte, ist bis heute ungebrochen. Und nicht alle, die sich einen retuschierten Gorbatschow an die Wand hängen, wollen auch Demokratie und persönliche Verantwortung. Es wäre überhaupt nicht verwunderlich, wenn Jelzin darauf hingewiesen hätte. Im Gegenteil. Ohne den politischen Ikonismus zu zerbrechen, läßt sich eine tatsächliche Demokratisierung in der UdSSR gar nicht erreichen. Auch Gorbatschow hat ja schon mehrfach darauf hingewiesen, manche würden die neue Politik nur für eine neue Kampagne halten und unter neuen Sprüchen die alte Politik betreiben. Daß Ligatschow und Tschebrikow solche Kritiken nicht mögen, spricht nicht gegen Jelzin, spricht aber dafür, daß der KPdSU-Spitze noch manche Umbesetzung zu wünschen ist.

Daß es nun ausgerechnet Jelzin traf, zeigt einmal mehr, über welche Macht die Konservativen in dem Parteiapparat noch verfügen. Jelzin war für sie ein rotes Tuch. 1985 kam Jelzin von Swerdlowsk nach Moskau und wurde Chef der Konstruktions- und Bauabteilung des ZK. Im Juli 1985 wurde er ZK-Sekretär, im Dezember Erster Sekretär des Stadtparteikomitees von Moskau, im Februar 1986 Kandidat des Politbüros. Allein, daß er als Parteichef von Moskau nicht Vollmitglied des Politbüros wurde, deutete schon auf ungewöhnliche Widerstände hin.

Jelzin wurde zunächst von Andropow, später von Gorbatschow gesponsert. Der Moskauer Parteiorganisation wurde er wärmstens ans Herz gelegt, um nicht zu sagen, aufgezwungen. Jelzin machte sich schnell einen Namen als Parteifunktionär, der seine Aufgaben ernst nimmt und persönlich gegen Korruption und Amtsmißbrauch vorgeht.

Vor allem aber ließ sich Jelzin nicht auf die Krähenregel ein, sondern nannte die Dinge beim Namen. Im Februar 1986, auf dem XXVII. Parteitag kritisierte er offen die sozialen Privilegien der sogenannten Nomenklatura. Er warf einem Teil des ZKs vor, sie hätten ,,*schlichtweg vergessen, was wirkliche Parteiarbeit*'' ist. Nun schlug das Imperium der Bürokraten zurück. Jelzin wurden Zustände angelastet, für die er nichts kann (etwa die Versorgungsprobleme in Moskau), und vor allem die Liberalität gegenüber oppositionellen Aktivitäten und Meinungen.

Die Ablösung Jelzins als Parteichef von Moskau ist ein schwerer Schlag für die neue Politik. Eine bislang unklare Frage ist, ob er Kandidat des Politbüros bleibt, denn darüber entscheidet das ZK und nicht das Moskauer Parteikomitee. Der Fall Jelzin wird so oder so zu einem Gradmesser der Kräfteverhältnisse in der Partei und damit der Perestroika selbst.

jb

Sowjetische und deutsche Künstler sehen Frieden und Krieg

Was kommt dabei heraus, wenn eine Ausstellung mit dem (Unter-)Titel ,,Künstler sehen Frieden und Krieg'' als (wie auf dem Plakat angezeigt) ''Eine gemeinsame Ausstellung der Deutschen Bank AG, der AEG Aktiengesellschaft, der Mannesmann AG, der Ruhrgas AG, der Zanders Feinpapiere AG mit dem Ministerium für Kultur der UdSSR, Moskau'' durchgeführt wird?



Boris Prorokows Zeichnung ,,Babij Jar'' entstand 1959 — In Babij Jar erschossen Nazi-Truppen sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten

Im Grußwort des Kataloges informieren die Bosse der oben genannten Firmen das Publikum über das Zustandekommen dieser Ausstellung: die ,,im Handel mit der Sowjetunion besonders engagierten Unternehmen'' Deutsche Bank, Mannesmann und Ruhrgas hätten ,,nach der Realisierung mehrerer Erdgas-Röhren-Geschäfte (...) durch den kulturellen Austausch die Beziehungen zwischen beiden Ländern und das Verständnis ihrer Bürger füreinander fördern'' wollen. Die Dreistigkeit von Unternehmen, die in Vergangenheit und/oder Gegenwart alles andere als friedensstiftend (gewesen) sind, sich nun als Völkerverständigungsförderer aufzuspielen, ist nicht nur nicht auf nennenswerteren Protest gestoßen. Ganz im Gegenteil bescheinigt etwa die eigentlich ziemlich radikaldemokratische ,,Hamburger Rundschau'' der Ausstellung — und damit den Ausstellern —, ,,konkrete Friedensarbeit'' geleistet zu haben; und verliert im übrigen in einem immerhin ganzseitigen Artikel kein Wort über diese denkwürdige Versammlung von Mäzenaten. Was in einer demokratischen Zeitung zu lesen zu erwarten wäre, bringt dann ausgerechnet die ,,FAZ'', deren Rezensent (allerdings nach der Methode ,,den Sack schlagen und den Esel meinen'') ,,leicht durchschaubare Interessen'' ortet: ,,Kunst soll (...) ökonomischen Interessen eine Aura von poetischer Überhöhung stiften (...).''

Was bringt dem Besucher diese Ausstellung, in der ,,Kunstwerke aus beiden Ländern (der SU und der BRD - Anm.) erstmals in einer gemeinsamen thematischen Ausstellung gezeigt werden''? Erst einmal Verwirrung und bald Überdruß, denn nur die wenigsten werden die Zeit für einen mehrmaligen und jeweils mehrstündigen Besuch aufbringen, um mit Sinn und Verstand die

den''? Erst einmal Verwirrung und bald Überdruß, denn nur die wenigsten werden die Zeit für einen mehrmaligen und jeweils mehrstündigen Besuch aufbringen, um mit Sinn und Verstand die

ausgestellten 300 Ölbilder, Grafiken und Plastiken (je 150 deutsche und russische bzw. sowjetische Arbeiten) aufnehmen zu können.

Das eigentliche Ärgernis besteht jedoch in der Auswahl jener Bilder, an denen man wohl in einer bundesdeutsch-sowjetischen Gemeinschaftsausstellung am interessiertesten ist: den künstlerischen Arbeiten, die den Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion thematisieren. (Bundes-) Deutsche Künstler haben sich damit — will man der Ausstellung glauben — so gut wie gar nicht befaßt. Gezeigt wird lediglich eine Lithographie von Otto Hermann aus dem Zyklus ,,Die Verdammten'', der Plieviers Roman ,,Stalingrad'' zum Vorwurf hatte. Von den insgesamt 150 russischen bzw. sowjetischen Arbeiten haben immerhin rund 25 den Überfall auf die SU zum Thema. Der deutsche Ausstellungsbesucher wird aber weitestgehend von der Wahrheit verschont, daß es dieses Land war, von dem der Krieg ausging und dem alleine rund zwanzig Millionen Sowjetmenschen zum Opfer fielen. Wieviele der Zuschauer können sich denn schon Genaueres vorstellen beim Betrachten einer Serie von Lithographien mit dem Titel ,,Leningrad in den Tagen der Blockade''? Wer weiß denn schon, daß diese Blockade durch die Nazi-Wehrmacht zweieinhalb Jahre währte, daß durch Hunger, Kälte und Krankheiten über eine Million Leningrader umgekommen sind?! Eine solche Ausstellung (wie so manche andere auch) ist, was ihren Erkenntniswert angeht, ohne zusätzliche Informationen, die im direkten Zusammenhang mit den Exponaten gebracht werden (und nicht in einem teuren Katalog), weitestgehend unergiebig. Direktere Hinweise zumindest im Titel wie der zu einer Serie von Holzschnitten: ,,Die von Faschisten zerstörten Vororte von Leningrad'' sind höchst selten.

Diese ,,Behutsamkeit'' von sowjetischer wie bundesdeutscher Seite — nahe einem Verschweigen der Wahrheit — ist allerdings gewollt, wie den Gruß- und Vorworten und den Einleitungen des Kataloges zu entnehmen ist. — Kaum verwunderlich ist es, wenn die Sponsoren der Ausstellung,

— ist allerdings gewollt, wie den Gruß- und Vorworten und den Einleitungen des Kataloges zu entnehmen ist. — Kaum verwunderlich ist es, wenn die Sponsoren der Ausstellung,

die Herren über Finanzen, Gas und Röhren, in allgemeinster Allgemeinheit von einem ,,schmerzlichen Aspekt unserer gemeinsamen Geschichte'' schwafeln, und wenn die Herren Hofmann und Stölzl (Direktor der Hamburger Kunsthalle bzw. des Münchner Stadtmuseums) von Völkern - gemeint das sowjetische und das (bundes)deutsche - orakeln, die ,,lange Zeit die Herausforderungen und Wechselfälle der räumlichen Nachbarschaft zu tragen hatten''. Die sowjetischen Beiträger zu dem Katalog übertreffen diesen Dumpfsinn noch. W. Sacharow, immerhin Minister für Kultur der UdSSR seufzt in seinem Grußwort: ,,Ja, die moderne Welt ist kompliziert und widersprüchlich, aber sie hat ein gemeinsames Haus — unseren Planeten.''

Was dann von Wanslow und Sokolow in ihrem Beitrag zu den russischen bzw. sowjetischen Exponaten theoretisch untermauert wird: ,,ein neues politisches Denken'' sei die ,,einzige mögliche Alternative gegenüber dem aggressiven Militarismus''. Nachdem solchermaßen klargestellt ist, daß eben doch das Bewußtsein das Sein bestimmt, macht es auch gar nichts mehr, ,,die Kraft der Vernunft des Menschen'' zu preisen, jene ,,Vernunft, die die heiligen Rechte auf Leben und Frieden auf Erden verteidigt.'' Allerdings überraschen die Autoren im weiteren Verlauf ihrer Arbeit den Leser, wenn sie einen alten russischen Aufklärer mit der für seine Zeit ja bemerkenswert klaren Feststellung zitieren, der Krieg sei ,,Produkt der feudaldynastischen Regierung wie des religiösen Fanatismus'' und — was schert uns unser Geschwätz von der vorherigen Seite — Engels' Verdikt: ''Der Staat der Vernunft hat einen völligen Zusammenbruch erlebt'' bringen. Wo's dann aber der jüngsten Zeit zugeht, wo ,,Gesicht und Adresse des Verbrechens'' nicht häufig genug genannt werden können, verfallen die Autoren in Lyrismen — ,,die schwarze Pest des Faschismus'' — und reden, wo es um das Zusammenbomben ganzer Städte durch die Nazi-Wehrmacht geht, im Stile bürgerlicher Historiographen vom ,,Untergang'' von Kulturdenkmälern.

das Zusammenbomben ganzer Städte durch die Nazi-Wehrmacht geht, im Stile bürgerlicher Historiographen vom ,,Untergang'' von Kulturdenkmälern.

Man kann den Herren Hofmann und Stölzl wirklich glauben, wenn sie über die Erarbeitung der Ausstellung schreiben: ,,Das Auswahlverfahren kann man mit dem Bild der kommunizierenden Röhren beschreiben. Es basierte auf gegenseitiger Unterrichtung und funktionierte klaglos. (...) Fragen der Kataloggestaltung lösten sich anstrengungslos — gleichsam beim Nachtisch.''

K., Hamburg

Nach Hamburg wird die Ausstellung vom 10.12.87 - 31.1.88 im Münchner Stadtmuseum gezeigt und geht dann nach Moskau und Leningrad. — Der großformatige Katalog ist 384 Seiten stark und kostet in der Ausstellung DM 35.-

INHALT

Hochschule
Professoraler Schutz für rechtsradikalen Kollegen 13